

The SPD logo consists of the letters 'SPD' in a bold, white, sans-serif font, centered within a solid red square.

ANTRÄGE ZUM
AUßERORDENTLICHEN
BUNDESPARTEITAG
IN AUGSBURG

14. APRIL 2013, MESSE AUGSBURG

www.spd.de

Anträge zum außerordentlichen Bundesparteitag der SPD

**Augsburg
Messe Augsburg
14. April 2013**

Inhaltsverzeichnis

Antragsbereiche	Abk.	Anzahl	Seite
Regierungsprogrammewurf	RP	1	8 - 96
Vorbemerkung	Vorb.	-	-
I. Deutschland besser und gerechter regieren: Für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land.....	I.A	2	97 - 98
II. Finanzmärkte bändigen - Wirtschaft und Mittelstand stärken - Gute Arbeit schaffen.	II.A	56	99 - 146
II.1 Märkte brauchen Regeln - für nachhaltiges Wachstum.....			100 - 108
II.2 Gute Arbeit in einer modernen Gesellschaft			108 - 121
II.3 Miteinander für mehr soziale Marktwirtschaft in Europa			121 - 122
II.4 Den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sichern			122 - 133
II.5 Sichere und bezahlbare Energie – Die Energiewende zum Erfolg führen			133 - 141
III. Bildung, Gleichberechtigung und Zusammenleben in einer modernen Gesellschaft.	III.A	26	147 - 160
III.1 Aufstieg durch Bildung			148 - 149
III.2 Gleichberechtigung und Gleichstellung verwirklichen			149 - 154
III.3 Familien gehen vor.....			154 - 155
III.4 Jugendpolitik			155
III.5 Gleichberechtigte Teilhabe: Für eine moderne Integrationspolitik			156
III.6 Kultur-, Medien und Netzpolitik			156 - 157
IV. Für eine gerechte Steuerpolitik	IV.A	10	161 - 168
V. Soziale Sicherheit und Vorsorge	V.A	23	169 - 196
V.1 Gesundheit und Pflege.....			170 - 182
V.2 Gute Arbeit, gute Rente			183 - 187
V.3 Gemeinsam leben – Menschen mit und ohne Behinderungen			-
VI. Gute Nachbarschaft.....	VI.A	13	197 - 206
VI.1 Soziale Stadt und Zusammenhalt der Regionen.....			198
VI.2 Die Stadt als Motor wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung			198 - 199
VI.3 Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen			199 - 202
VI.4 Ländliche Räume.....			-
VII. Umwelt und Verbraucherschutz	VII.A	12	207 - 221
VII.1 Lebensqualität und Innovation durch Umweltpolitik.....			208
VII.2 Verbraucherinnen und Verbraucher schützen und stärken.....			209
VIII. Demokratie leben.....	VIII.A	10	222 - 227

Antragsbereiche	Abk.	Anzahl	Seite
VIII.1 Demokratie als Gesellschaftsprinzip			223 - 225
VIII.2 Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt stärken			226
VIII.3 Für Freiheit in Sicherheit.....			226
IX. Ein anderes und besseres Europa	IX.A	2	228 - 229
X. Unsere Idee der Globalisierung: Gerechtigkeit für alle statt Reichtum für wenige.	X.A	1	230 - 231
XI. Deutschland besser regieren.....	IX.A	-	-
Themenübergreifende Anträge	thA	8	232 - 248
Sonstige.....	So	12	240 - 253

Mitglieder der Antragskommission für den Bundesparteitag am 14. April 2013 in Augsburg

Vom Parteivorstand benannte Mitglieder:

Vorsitzender: Olaf Scholz

(stimmberechtigte) Mitglieder: Manuela Schwesig
..... Doris Ahnen
..... Carsten Sieling
..... Andrea Nahles
..... Peter Friedrich
..... Julian Nida-Rümelin
..... Niels Annen

(beratende) Mitglieder: Elke Ferner
..... Sascha Vogt
..... Gabriele Lösekrug-Möller
..... Ralf Stegner
..... Thorsten Schäfer-Gümbel
..... Armin Schild
..... Michaela Engelmeier-Heite
..... Aydan Özoguz

Von den Bezirken/Landesverbänden benannte Mitglieder:

LV Schleswig-Holstein Ralf Stegner
LV Mecklenburg-Vorpommern Rudolf Borchert
LO Hamburg Nils Weiland
LO Bremen Andreas Bovenschulte
BZ Nord-Niedersachsen Günter Hagemann
BZ Weser-Ems Susanne Mittag
BZ Hannover Maximilian Schmidt
BZ Braunschweig Frank Hoffmann
LV Sachsen-Anhalt Falko Grube
LV Brandenburg N.N.
LV Berlin Monika Buttgereit
LV Nordrhein-Westfalen Dietmar Nietan
BZ Hessen-Nord Sören Bartol
BZ Hessen-Süd Dagmar Schmidt
LV Thüringen Iris Gleicke
LV Sachsen H. Homann
LV Saar Jürgen Barke
LV Rheinland-Pfalz Alexander Schweitzer
LV Baden-Württemberg Elfriede Behnke
LV Bayern Marietta Eder

Der Antragsschluss für den a.o. Bundesparteitag am 14. April 2013 war satzungsgemäß am 11. März 2013.

Für den Inhalt sind die jeweiligen Antragstellenden verantwortlich.

Die Antragskommission hat am 22. März 2013 getagt und legt ihre Stellungnahme gemäß § 22 (2) des Organisationsstatuts fristgemäß den Delegierten und den antragstellenden Organisationsgliederungen zu.

Regierungsprogrammmentwurf

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Antragsbereich RP Antrag I</p> <p>5 <i>Parteivorstand</i></p> <p>5 Deutschland besser und gerechter regieren: Für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land!</p> <p>10</p> <p>Vorbemerkung</p> <p>15 I. Deutschland besser und gerechter regieren: Für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land</p> <p>II. Finanzkapitalismus bändigen – Wirtschaft und Mittelstand stärken – Gute Arbeit schaffen</p> <p>20 II.1 Märkte brauchen Regeln – für nachhaltiges Wachstum</p> <p>II.2 Gute Arbeit in einer modernen Gesellschaft</p> <p>II.3 Miteinander für mehr Soziale Marktwirtschaft in Europa</p> <p>II.4 Den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sichern</p> <p>II.5 Sichere und bezahlbare Energie - Die Energiewende zum Erfolg führen</p> <p>25 III. Bildung, Gleichberechtigung und Zusammenleben in einer modernen Gesellschaft</p> <p>III.1 Chancengleichheit und Aufstieg durch Bildung</p> <p>III.2 Gleichberechtigung und Gleichstellung verwirklichen</p> <p>30 III.3 Familien gehen vor</p> <p>III.4 Jugendpolitik</p> <p>III.5 Gleichberechtigte Teilhabe: Für eine moderne Integrationspolitik</p> <p>III.6 Kultur-, Medien und Netzpolitik</p> <p>35 IV. Für eine gerechte Steuerpolitik</p> <p>V. Soziale Sicherheit und Vorsorge</p> <p>40 V.1 Gesundheit und Pflege</p> <p>V.2 Gute Arbeit, gute Rente</p> <p>V.3 Gemeinsam leben – Menschen mit und ohne Behinderungen</p> <p>VI. Gute Nachbarschaft</p> <p>45 VI.1 Soziale Stadt und Zusammenhalt der Regionen</p> <p>VI.2 Die Stadt als Motor wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung</p> <p>VI.3 Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen</p> <p>50 VI.4 Ländliche Räume</p> <p>VII. Umwelt und Verbraucherschutz</p> <p>VII.1 Lebensqualität und Innovation durch gute Umweltpolitik</p> <p>VII.2 Verbraucherinnen und Verbraucher schützen und stärken</p> <p>55 VIII. Demokratie leben</p> <p>VIII.1 Demokratie als Gesellschaftsprinzip</p> <p>VIII.2 Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt stärken</p> <p>VIII.3 Für Freiheit in Sicherheit</p> <p>60 IX. Ein anderes und besseres Europa</p> <p>X. Unsere Idee der Globalisierung: Gerechtigkeit für alle statt Reichtum für wenige</p> <p>65 XI. Deutschland besser regieren!</p>	<p>RP1</p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission</p> <p>Deutschland besser und gerechter regieren: Für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land!</p> <p>Vorbemerkung</p> <p>I. Deutschland besser und gerechter regieren: Für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land</p> <p>II. Finanzkapitalismus bändigen – Wirtschaft und Mittelstand stärken – Gute Arbeit schaffen</p> <p>II.1 Märkte brauchen Regeln – für nachhaltiges Wachstum</p> <p>II.2 Gute Arbeit in einer modernen Gesellschaft</p> <p>II.3 Miteinander für mehr Soziale Marktwirtschaft in Europa</p> <p>II.4 Den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sichern</p> <p>II.5 Sichere und bezahlbare Energie - Die Energiewende zum Erfolg führen</p> <p>III. Bildung, Gleichberechtigung und Zusammenleben in einer modernen Gesellschaft</p> <p>III.1 Chancengleichheit und Aufstieg durch Bildung</p> <p>III.2 Gleichberechtigung und Gleichstellung verwirklichen</p> <p>III.3 Familien gehen vor</p> <p>III.4 Jugendpolitik</p> <p>III.5 Gleichberechtigte Teilhabe: Für eine moderne Integrationspolitik</p> <p>III.6 Kultur-, Medien und Netzpolitik</p> <p>IV. Für eine gerechte Steuerpolitik</p> <p>V. Soziale Sicherheit und Vorsorge</p> <p>V.1 Gesundheit und Pflege</p> <p>V.2 Gute Arbeit, gute Rente</p> <p>V.3 Gemeinsam leben – Menschen mit und ohne Behinderungen</p> <p>VI. Gute Nachbarschaft</p> <p>VI.1 Soziale Stadt und Zusammenhalt der Regionen</p> <p>VI.2 Die Stadt als Motor wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung</p> <p>VI.3 Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen</p> <p>VI.4 Ländliche Räume</p> <p>VII. Umwelt und Verbraucherschutz</p> <p>VII.1 Lebensqualität und Innovation durch gute Umweltpolitik</p> <p>VII.2 Verbraucherinnen und Verbraucher schützen und stärken</p> <p>VIII. Demokratie leben</p> <p>VIII.1 Demokratie als Gesellschaftsprinzip</p> <p>VIII.2 Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt stärken</p> <p>VIII.3 Für Freiheit in Sicherheit</p> <p>IX. Für ein (...) besseres Europa</p> <p>X. Unsere Idee der Globalisierung: Gerechtigkeit für alle statt Reichtum für wenige</p> <p>XI. Deutschland besser regieren!</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Vorbemerkung</p> <p>Dieses SPD-Regierungsprogramm 2013 steht in einer Reihe und zugleich großen Tradition von Programmen unserer Partei. Mit unseren Regierungsprogrammen haben wir immer wieder den Nachweis von Regierungswilligkeit und Regierungsfähigkeit geliefert. Vor allem aber haben wir stets bewiesen, dass wir - programmatisch gerüstet und geschlossen – die wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse für die Menschen in unserem Land nachhaltig verändern wollen. Gerade im Vorfeld von Wahlen ist es unerlässlich, dass sich die SPD ganz konkret darüber im Klaren ist, was politisch zu tun ist, wenn es die Verhältnisse im Lande, um uns herum in Europa und in der Welt erfordern. Auf der Höhe der Zeit zu sein, bedeutet zuerst, dass wir uns daran erinnern: Die Kraft der Erneuerung hat in der SPD eine Tradition, die Gründungsgedanke und Gegenwartsaufgabe zugleich ist. Wir haben unser Land zum Besseren verändert und wollen dies weiter tun.</p> <p>In diesem Jahr fällt die Bundestagswahl mit unserem historischen Jubiläum zusammen: Die SPD feiert ihr 150jähriges Bestehen. Damit sind wir die älteste demokratische Partei Deutschlands und traditionsreichste sozialdemokratische Partei der Welt. Seit ihrer Gründung 1863 kämpfen Millionen unserer Mitglieder für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit. Sie treten ein für eine solidarische und fortschrittliche Gesellschaft, die den Einzelnen schützt und ihn zur Selbstbestimmung befähigt. Wir wissen: Die Frage von sozialer Gerechtigkeit und gleicher Rechte ist heute und in Zukunft genauso aktuell wie immer wieder in den vergangenen 150 Jahren. Ohne die SPD sähe unser Land anders und ärmer aus, gäbe es keinen Acht-Stunden-Tag, keine Arbeitnehmerrechte, keine Arbeitsschutzgesetzgebung und keine Sozialstaatlichkeit in unserer Verfassung. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit bleibt daher eine Daueraufgabe.</p> <p>Die SPD ist und bleibt die große politische Kraft für Demokratie und Emanzipation in Deutschland. Die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes der Nazis vor 80 Jahren durch die SPD ist bis heute ein beispielloser Ausweis für unsere demokratische Grundhaltung und Überzeugung. Dafür wurden Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer wieder in der deutschen Geschichte verfolgt, unterdrückt, interniert, gedemütigt und getötet. Sich daran immer wieder zu erinnern, macht uns demütig, stolz, aber eben auch selbstbewusst. Zu dieser großen sozialdemokratischen Geschichte gehört auch die Gründung der SDP oder Ost-SPD im Oktober 1989, mit der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ihren Beitrag zur friedlichen Revolution in Deutschland geleistet haben. Wir leben Demokratie und werden dies weiter tun.</p> <p>Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen seit dem 19. Jahrhundert für die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts 1919, die Verankerung der Gleichberechtigung im Grundgesetz 1949 und die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Frau in den 1970er Jahren. Sie kämpfen seit Jahren für gleichen Lohn für Frauen und Männer, mehr Frauen in Führungspositionen von Staat, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Dieser Einsatz ist für uns aber keine Frage von Kalkül und Wahlkämpfen, sondern von Haltung und Grundüberzeugungen. Mut und Entschlossenheit zeichnen sozialdemokratische Bundeskanzler aus. Dazu gehören die visionäre Ostpolitik Willy Brandts, genauso wie das weltwirtschaftliche Krisenmanagement Helmut Schmidts, die Überwindung des Reformstaus durch die rot-grüne Bundesregierung, das Nein Gerhard Schröders zum Irak-Krieg und das erfolgreiche Krisenmanagement in der Wirtschafts- und Finanzkrise.</p> <p>Im Jahr unseres 150jährigen Bestehens blicken wir selbstbewusst und zuversichtlich nach vorn. Wir wollen und werden weiter als die starke politische Kraft für wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt in Deutschland und in Europa kämpfen. Wir wissen um die gewaltigen globalen Herausforderungen in den kommenden Jahrzehnten. Doch wir wissen genauso um die Interessen, Nöte, Sorgen und Leidenschaften von Millionen Menschen in Deutschland, die Hoffnung und Vertrauen in eine starke Sozialde-</p>	<p>Vorbemerkung</p> <p>Dieses SPD-Regierungsprogramm 2013 steht in einer Reihe und zugleich großen Tradition von Programmen unserer Partei. Mit unseren Regierungsprogrammen haben wir immer wieder den Nachweis von Regierungswilligkeit und Regierungsfähigkeit geliefert. Vor allem aber haben wir stets bewiesen, dass wir - programmatisch gerüstet und geschlossen – die wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse für die Menschen in unserem Land nachhaltig verändern wollen. Gerade im Vorfeld von Wahlen ist es unerlässlich, dass sich die SPD ganz konkret darüber im Klaren ist, was politisch zu tun ist, wenn es die Verhältnisse im Lande, um uns herum in Europa und in der Welt erfordern. Auf der Höhe der Zeit zu sein, bedeutet zuerst, dass wir uns daran erinnern: Die Kraft der Erneuerung hat in der SPD eine Tradition, die Gründungsgedanke und Gegenwartsaufgabe zugleich ist. Wir haben unser Land zum Besseren verändert und wollen dies weiter tun.</p> <p>In diesem Jahr fällt die Bundestagswahl mit unserem historischen Jubiläum zusammen: Die SPD feiert ihr 150jähriges Bestehen. Damit sind wir die älteste demokratische Partei Deutschlands und traditionsreichste sozialdemokratische Partei der Welt. Seit ihrer Gründung 1863 kämpfen Millionen unserer Mitglieder für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit. Sie treten ein für eine solidarische und fortschrittliche Gesellschaft, die den Einzelnen schützt und ihn zur Selbstbestimmung befähigt. Wir wissen: Die Frage von sozialer Gerechtigkeit und gleicher Rechte ist heute und in Zukunft genauso aktuell wie immer wieder in den vergangenen 150 Jahren. Ohne die SPD sähe unser Land anders und ärmer aus, gäbe es keinen Acht-Stunden-Tag, keine Arbeitnehmerrechte, keine Arbeitsschutzgesetzgebung und keine Sozialstaatlichkeit in unserer Verfassung. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit bleibt daher eine Daueraufgabe.</p> <p>Die SPD ist und bleibt die große politische Kraft für Demokratie und Emanzipation in Deutschland. Die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes der Nazis vor 80 Jahren durch die SPD ist bis heute ein beispielloser Ausweis für unsere demokratische Grundhaltung und Überzeugung. Dafür wurden Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer wieder in der deutschen Geschichte verfolgt, unterdrückt, interniert, gedemütigt und getötet. Sich daran immer wieder zu erinnern, macht uns demütig, stolz, aber eben auch selbstbewusst. Zu dieser großen sozialdemokratischen Geschichte gehört auch die Gründung der SDP oder Ost-SPD im Oktober 1989, mit der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ihren Beitrag zur friedlichen Revolution in Deutschland geleistet haben. Wir leben Demokratie und werden dies weiter tun.</p> <p>Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen seit dem 19. Jahrhundert für die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts 1919, die Verankerung der Gleichberechtigung im Grundgesetz 1949 und die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Frau in den 1970er Jahren. Sie kämpfen seit Jahren für gleichen Lohn für Frauen und Männer, mehr Frauen in Führungspositionen von Staat, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Dieser Einsatz ist für uns aber keine Frage von Kalkül und Wahlkämpfen, sondern von Haltung und Grundüberzeugungen. Mut und Entschlossenheit zeichnen sozialdemokratische Bundeskanzler aus. Dazu gehören die visionäre Ostpolitik Willy Brandts, genauso wie das weltwirtschaftliche Krisenmanagement Helmut Schmidts, die Überwindung des Reformstaus durch die rot-grüne Bundesregierung, das Nein Gerhard Schröders zum Irak-Krieg und das erfolgreiche Krisenmanagement in der Wirtschafts- und Finanzkrise.</p> <p>Im Jahr unseres 150jährigen Bestehens blicken wir selbstbewusst und zuversichtlich nach vorn. Wir wollen und werden weiter als die starke politische Kraft für wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt in Deutschland und in Europa kämpfen. Wir wissen um die gewaltigen globalen Herausforderungen in den kommenden Jahrzehnten. Doch wir wissen genauso um die Interessen, Nöte, Sorgen und Leidenschaften von Millionen Menschen in Deutschland, die Hoffnung und Vertrauen in eine starke Sozialdemokratie setzen. Die-</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 mokratie setzen. Diesen Menschen fühlen wir uns zuallererst verpflichtet. Für sie wollen wir Politik machen - mit dem „Blick von unten“ und mit Leidenschaft und Beharrlichkeit. Gemeinsam mit traditionellen, aber auch mit neuen Bündnispartnern wollen wir ein neues Kapitel in der Geschichte unseres Landes schreiben. Diese Kraft der Erneuerung bleibt Kern unserer Politik: Wir wollen eine bessere Zukunft für alle Menschen und für unser Land, in Europa und in der Welt.</p>	<p>sen Menschen fühlen wir uns zuallererst verpflichtet. Für sie wollen wir Politik machen - mit dem „Blick von unten“ und mit Leidenschaft und Beharrlichkeit. Gemeinsam mit traditionellen, aber auch mit neuen Bündnispartnern wollen wir ein neues Kapitel in der Geschichte unseres Landes schreiben. Diese Kraft der Erneuerung bleibt Kern unserer Politik: Wir wollen eine bessere Zukunft für alle Menschen und für unser Land, in Europa und in der Welt.</p>
<p>10 I. Deutschland besser und gerechter regieren. Für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land.</p>	<p>I. Deutschland besser und gerechter regieren. Für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land.</p>
<p>15 Wir wollen und werden besser und gerechter regieren. Wahlversprechen werden heute skeptischer denn je betrachtet. Zu häufig wurde von Parteien und Regierungen vor Wahlen zu viel versprochen und nach der Wahl zu wenig gehalten. In einer Welt, die sich ständig wandelt, fällt es zudem immer schwerer, Gewissheiten zu verkünden und Garantien abzugeben.</p>	<p>Wir wollen und werden besser und gerechter regieren. Wahlversprechen werden heute skeptischer denn je betrachtet. Zu häufig wurde von Parteien und Regierungen vor Wahlen zu viel versprochen und nach der Wahl zu wenig gehalten. In einer Welt, die sich ständig wandelt, fällt es zudem immer schwerer, Gewissheiten zu verkünden und Garantien abzugeben.</p>
<p>20 Für den Fall unserer Regierungsübernahme bei der Bundestagswahl 2013 wollen wir deshalb in diesem Regierungsprogramm keine unrealistischen Wahlversprechen vorstellen, sondern vor allem unsere Idee von einem neuen Miteinander in unserem Land und vom Zusammenleben in Europa und in der Welt.</p>	<p>Für den Fall unserer Regierungsübernahme bei der Bundestagswahl 2013 wollen wir deshalb in diesem Regierungsprogramm keine unrealistischen Wahlversprechen vorstellen, sondern vor allem unsere Idee von einem neuen Miteinander in unserem Land und vom Zusammenleben in Europa und in der Welt.</p>
<p>25 Deutschland ist ein starkes Land. Wir können und wir brauchen wirtschaftlichen Erfolg. Deutschland soll aber auch ein Land sein, in dem alle am Erfolg teilhaben. Die Politik muss dem Gemeinwohl verpflichtet sein und nicht wirtschaftlichen Einzelinteressen. Die stärkste Lobby in Deutschland müssen endlich wieder die Bürgerinnen und Bürger sein.</p>	<p>Deutschland ist ein starkes Land. Wir können und wir brauchen wirtschaftlichen Erfolg. Deutschland soll aber auch ein Land sein, in dem alle am Erfolg teilhaben. Die Politik muss dem Gemeinwohl verpflichtet sein und nicht wirtschaftlichen Einzelinteressen. Die stärkste Lobby in Deutschland müssen endlich wieder die Bürgerinnen und Bürger sein.</p>
<p>30 Wir versprechen, dass wir dieses neue Miteinander und das Gemeinwohl in allen vor uns liegenden Herausforderungen unseres Landes wieder zur Leitlinie unseres Handelns machen werden. Und dort, wo wir Veränderungen bewirken wollen, die finanzielle Folgen haben, sichern wir auch deren solide und nachhaltige Finanzierung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten versprechen nicht allen alles, aber was wir versprechen, werden wir halten.</p>	<p>Wir versprechen, dass wir dieses neue Miteinander und das Gemeinwohl in allen vor uns liegenden Herausforderungen unseres Landes wieder zur Leitlinie unseres Handelns machen werden. Und dort, wo wir Veränderungen bewirken wollen, die finanzielle Folgen haben, sichern wir auch deren solide und nachhaltige Finanzierung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten versprechen nicht allen alles, aber was wir versprechen, werden wir halten.</p>
<p>40 Unsere Idee von einem neuen Miteinander.</p>	<p>Unsere Idee von einem neuen Miteinander.</p>
<p>45 Wir wollen, mehr Zusammenhalt in unserer Gesellschaft: Junge und Ältere, Frauen und Männer, Deutsche und Nicht-Deutsche, Gesunde und Kranke, Menschen mit und ohne Behinderung. Wir alle gehören zusammen. Wir alle sind Deutschland. Und wir alle gehören zu Europa, dem einzigen Kontinent, der die individuelle Freiheit jedes Einzelnen mit der Verantwortung und Solidarität aller Menschen füreinander verbindet.</p>	<p>Wir wollen, mehr Zusammenhalt in unserer Gesellschaft: Junge und Ältere, Frauen und Männer, Deutsche und Nicht-Deutsche, Gesunde und Kranke, Menschen mit und ohne Behinderung. Wir alle gehören zusammen. Wir alle sind Deutschland. Und wir alle gehören zu Europa, dem einzigen Kontinent, der die individuelle Freiheit jedes Einzelnen mit der Verantwortung und Solidarität aller Menschen füreinander verbindet.</p>
<p>50 Die SPD steht für Gerechtigkeit auch über Generationen hinaus: Wir orientieren unsere Politik daran, sowohl heutigen als auch kommenden Generationen eine angemessene Lebensgrundlage zu ermöglichen. Unser Verständnis von Fortschritt im 21. Jahrhundert beinhaltet deswegen qualitatives Wachstum und Verbesserung der Lebensqualität, Erweiterung von Lebensmöglichkeiten und individueller Freiheit und einen verantwortungsbewussten Umgang mit den begrenzten natürlichen Ressourcen unseres Planeten.</p>	<p>Die SPD steht für Gerechtigkeit auch über Generationen hinaus: Wir orientieren unsere Politik daran, sowohl heutigen als auch kommenden Generationen eine angemessene Lebensgrundlage zu ermöglichen. Unser Verständnis von Fortschritt im 21. Jahrhundert beinhaltet deswegen qualitatives Wachstum und Verbesserung der Lebensqualität, Erweiterung von Lebensmöglichkeiten und individueller Freiheit und einen verantwortungsbewussten Umgang mit den begrenzten natürlichen Ressourcen unseres Planeten.</p>
<p>55 Deutschland steht trotz der Krise gut da. Die Menschen in unserem Land haben in den vergangenen Jahren Enormes geleistet. Ihnen ist es zu verdanken, dass es Deutschland heute vergleichsweise gut geht.</p>	<p>Deutschland steht trotz der Krise gut da. Die Menschen in unserem Land haben in den vergangenen Jahren Enormes geleistet. Ihnen ist es zu verdanken, dass es Deutschland heute vergleichsweise gut geht.</p>
<p>60 Auch die Lebensverhältnisse in den ostdeutschen Bundesländern haben sich verbessert. Mehr als zwei Jahrzehnte nach der Vereinigung können Ost- und Westdeutsche stolz sein auf das bisher Erreichte. Aber noch gibt es schmerzliche ökonomische und soziale Ungleichheiten zwischen Ost und West, die wir durch eine solidarische Politik überwinden wollen.</p>	<p>Auch die Lebensverhältnisse in den ostdeutschen Bundesländern haben sich verbessert. Mehr als zwei Jahrzehnte nach der Vereinigung können Ost- und Westdeutsche stolz sein auf das bisher Erreichte. Aber noch gibt es schmerzliche ökonomische und soziale Ungleichheiten zwischen Ost und West, die wir durch eine solidarische Politik überwinden wollen.</p>
<p>65 Die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sind von der SPD-Bundesregierung mit Gerhard Schröder gelegt worden: Statt wie andere europäische Länder nur auf die Fi-</p>	<p>Die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sind von der SPD-geführten Bundesregierung mit Gerhard Schröder gelegt worden: Statt wie andere europäische Länder nur auf die Fi-</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
<p>nanzmärkte und neuen Dienstleistungen der sogenannten „new economy“ zu setzen, stärkte der SPD-Kanzler Gerhard Schröder auch das produzierende Gewerbe, Industrie und Handwerk. Während andere Staaten aufgrund ihrer Deindustrialisierung heute enormen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen gegenüber stehen, wuchs mit dieser von der SPD vorangetriebenen aktiven Industriepolitik Deutschland zu einer modernen und erfolgreichsten Volkswirtschaften Europas und der Welt. Dazu trug auch die vor zehn Jahren begonnene Reformpolitik der SPD-geführten Bundesregierung bei. Diese Reformpolitik der „Agenda 2010“ erhöhte die Investitionen in Forschung und Innovation, beschleunigte den Ausbau der erneuerbaren Energien und holte hunderttausende Menschen vom Abstellgleis der Sozialhilfe und bezog sie erstmals ein in die aktive Arbeitsmarktpolitik. Den in diesem Prozess auch entstandenen Missbrauch von Leiharbeit, Minijobs und Niedriglohnbeschäftigung allerdings werden wir korrigieren. Denn Menschen unabhängig von Transfers zu machen und Zugänge zu guter, sicherer und sozialversicherter Arbeit zu verhelfen, bleibt das Ziel unserer Politik. Verbunden mit Investitionen in die frühe Förderung der Kinder in Kindertagesstätten und dem Start des ersten bundesweiten Ganztagschulprogramms, haben wir vor zehn Jahren mit dieser Reformpolitik den Paradigmenwechsel zu einem vorsorgenden Sozialstaat eingeleitet. Sozialstaat, Sozialpartnerschaft und aktive Wirtschaftspolitik haben sich in der Krise der Finanzmärkte als Garanten von Stabilität und Erfolg erwiesen. Als die Konjunktur 2008 und 2009 einbrach, haben wir mit gezielten Investitionsprogrammen in den Kommunen und für die Autoindustrie den Wachstumsmotor neu in Gang gesetzt. Kurzarbeit hat Massenentlassungen verhindert und eine Beschäftigungsbrücke zum Aufschwung gebaut, der ab dem Sommer 2009 einsetzte. Das Ergebnis ist eindeutig: Die sozialdemokratische Politik in den Jahren 1998 bis 2009 hat Deutschland zu einem starken Land mit großen Potenzialen gemacht.</p>	<p>nanzmärkte und neuen Dienstleistungen der sogenannten „new economy“ zu setzen, stärkte der SPD-Kanzler Gerhard Schröder auch das produzierende Gewerbe, Industrie und Handwerk. Während andere Staaten aufgrund ihrer Deindustrialisierung heute enormen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen gegenüber stehen, wuchs mit dieser von der SPD vorangetriebenen aktiven Industriepolitik Deutschland zu einer modernen und erfolgreichsten Volkswirtschaften Europas und der Welt. Dazu trug auch die vor zehn Jahren begonnene Reformpolitik der SPD-geführten Bundesregierung bei. Diese Reformpolitik der „Agenda 2010“ erhöhte die Investitionen in Forschung und Innovation, beschleunigte den Ausbau der erneuerbaren Energien und holte hunderttausende Menschen vom Abstellgleis der Sozialhilfe und bezog sie erstmals ein in die aktive Arbeitsmarktpolitik. Den in diesem Prozess auch entstandenen Missbrauch von Leiharbeit, Minijobs und Niedriglohnbeschäftigung allerdings werden wir korrigieren. <u>Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit und ist notwendig, um das Vertrauen in die Arbeitsmarktpolitik sicher zu stellen.</u> Denn Menschen unabhängig von Transfers zu machen und Zugänge zu guter, sicherer und sozialversicherter Arbeit zu verhelfen, bleibt das Ziel unserer Politik. Verbunden mit Investitionen in die frühe Förderung der Kinder in Kindertagesstätten und dem Start des ersten bundesweiten Ganztagschulprogramms, haben wir vor zehn Jahren mit dieser Reformpolitik den Paradigmenwechsel zu einem vorsorgenden Sozialstaat eingeleitet. Sozialstaat, Sozialpartnerschaft und aktive Wirtschaftspolitik haben sich in der Krise der Finanzmärkte als Garanten von Stabilität und Erfolg erwiesen. Als die Konjunktur 2008 und 2009 einbrach, haben wir mit gezielten Investitionsprogrammen in den Kommunen und für die Autoindustrie den Wachstumsmotor neu in Gang gesetzt. Kurzarbeit hat Massenentlassungen verhindert und eine Beschäftigungsbrücke zum Aufschwung gebaut, der ab dem Sommer 2009 einsetzte. Das Ergebnis ist eindeutig: Die sozialdemokratische Politik in den Jahren 1998 bis 2009 hat Deutschland zu einem starken Land mit großen Potenzialen gemacht.</p>	1 5 10 15 20 25 30
<p>Daraus erwächst Verantwortung. In Europa, aber auch für die Schwächeren in unserer Gesellschaft. Gerade aus der wirtschaftlichen Stärke unseres Landes heraus ist es möglich, die Voraussetzungen für eine bessere und solidarischere Gesellschaft zu schaffen: Für ein neues Miteinander, mehr Chancengleichheit und ein neues soziales Gleichgewicht.</p>	<p>Daraus erwächst Verantwortung. In Europa, aber auch für die Schwächeren in unserer Gesellschaft. Gerade aus der wirtschaftlichen Stärke unseres Landes heraus ist es möglich, die Voraussetzungen für eine bessere und solidarischere Gesellschaft zu schaffen: Für ein neues Miteinander, mehr Chancengleichheit und ein neues soziales Gleichgewicht.</p>	35
<p>Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP hat diese Chance nicht genutzt. Im Gegenteil: Das Risiko, arm zu werden, nicht mehr am Leben in der Gesellschaft teilnehmen zu können, ist größer geworden für viele Menschen, die weniger qualifiziert sind, länger arbeitslos oder in unsicherer und niedrig bezahlter Arbeit beschäftigt sind, für Alleinerziehende, für Menschen, die in ihrer Leistungsfähigkeit eingeschränkt oder behindert sind oder bereits in armen Familien aufwachsen in den vergangenen vier Jahren. Benachteiligungen bei Gesundheit, auf dem Arbeitsmarkt und bei der Bildung sind nicht überwunden.</p>	<p>Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP hat diese Chance nicht genutzt. Im Gegenteil: Das Risiko, arm zu werden, nicht mehr am Leben in der Gesellschaft teilnehmen zu können, ist größer geworden für viele Menschen, die weniger qualifiziert sind, länger arbeitslos oder in unsicherer und niedrig bezahlter Arbeit beschäftigt sind, für Alleinerziehende, für Menschen, die in ihrer Leistungsfähigkeit eingeschränkt oder behindert sind oder bereits in armen Familien aufwachsen in den vergangenen vier Jahren. Benachteiligungen bei Gesundheit, auf dem Arbeitsmarkt und bei der Bildung sind nicht überwunden.</p>	40 45
<p>Wir werden die Probleme und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger wieder in den Mittelpunkt der Politik stellen - und nicht die Interessen anonymen Finanzmärkte oder elitärer Ideologien. Deshalb haben wir als erste Partei in Deutschland in einem breit angelegten Bürgerdialog die Menschen in Deutschland gefragt, was in unserem Land besser werden muss. Die Antworten und Projekte aus diesem Bürgerdialog sind in dieses Regierungsprogramm eingeflossen. Aus unserem Bürgerdialog wissen wir, dass Bürgerinnen und Bürger unseres Landes vor allem Fragen der sozialen Sicherung, der guten Arbeit, der Situation von Familien, eines gerechten Finanzsystems und der sozialen Gerechtigkeit interessieren. Wir wollen das Gemeinwohl in den Mittelpunkt unserer Politik stellen.</p>	<p>Wir werden die Probleme und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger wieder in den Mittelpunkt der Politik stellen - und nicht die Interessen anonymen Finanzmärkte (...). Deshalb haben wir als erste Partei in Deutschland in einem breit angelegten Bürgerdialog die Menschen in Deutschland gefragt, was in unserem Land besser werden muss. Die Antworten und Projekte aus diesem Bürgerdialog sind in dieses Regierungsprogramm eingeflossen. Aus unserem Bürgerdialog wissen wir, dass Bürgerinnen und Bürger unseres Landes vor allem Fragen der sozialen Sicherung, der guten Arbeit, der Situation von Familien, eines gerechten Finanzsystems und der sozialen Gerechtigkeit interessieren. Wir wollen das Gemeinwohl in den Mittelpunkt unserer Politik stellen.</p>	50 55 60
<p>Eine moderne Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der jede und jeder Einzelne Freiheit leben kann. Eine Gesellschaft, die allen die gleichen Chancen zur persönlichen Entfaltung und für ein selbstbestimmtes Leben bietet. Das gilt mehr als 20 Jahre nach der Einheit Deutschlands für die Bürgerinnen und Bürger im Osten wie im Westen unseres Landes. Das gilt 95 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts und 64 Jahre nach Inkrafttreten des Artikel</p>	<p>Eine moderne Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der jede und jeder Einzelne Freiheit leben kann. Eine Gesellschaft, die allen die gleichen Chancen zur persönlichen Entfaltung und für ein selbstbestimmtes Leben bietet. Das gilt mehr als 20 Jahre nach der Einheit Deutschlands für die Bürgerinnen und Bürger im Osten wie im Westen unseres Landes. Das gilt 95 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts und 64 Jahre nach Inkrafttreten des Artikel 3 des</p>	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 3 des Grundgesetzes für Frauen wie für Männer. Und das gilt 150 Jahre nach der Gründung der Sozialdemokratie in Deutschland für Menschen aller Schichten, Berufe und unabhängig von ihrer Her- kunftsgeschichte. Die Voraussetzungen dafür kann nur eine starke 5 und solidarische Gemeinschaft schaffen. Eine Gesellschaft, die weiß, dass die Chancen jeder und jedes Einzelnen auch immer vom Fortkommen aller anderen abhängen. Und von einer Politik des Ge- meinwohls, nicht einer des Egoismus und der Lobby- und der Son- derinteressen.</p> <p>10 In den vergangenen 20 Jahren wurde den „Märkten“ viel Raum gegeben, sie sollten die Regeln unseres Zusammenlebens prägen. Das Wettbewerbsprinzip der Wirtschaft wurde genauso auf Staaten und Regionen wie auf das Verhältnis der Menschen untereinander übertragen. Konkurrenz war angeblich die einzige Triebkraft ge- 15 gesellschaftlicher Entwicklung. Wer nicht mithalten konnte, wurde an den Rand gedrängt. Demokratisches Engagement, soziale, ökologi- sche und wirtschaftliche Regeln galten als Hindernisse in diesem Wettbewerb, wurden zu unnützen Kostentreibern erklärt, die es zu minimieren oder am besten ganz abzuschaffen galt. Die Erfolgsg- 20 schichte der sozialen Regelsetzung für die Marktwirtschaft wurde als ein unzeitgemäßes Hindernis im globalen Wettbewerb erklärt. Das Ende ist bekannt. Spätestens seit der Finanz- und Eurokrise wissen wir: Diese Regellosigkeit machte aus der erfolgreichen so- zialen Marktwirtschaft eine geldgetriebene Marktgesellschaft. In ihr 25 zählt, was schnell Geld bringt. Und in ihr hat Chancen, wer über ausreichend Geld verfügt. Volkswirtschaften, die nicht mithalten konnten, versuchten, sich Wohlstand über Schulden zu erkaufen. Nachhaltigkeit, langfristige Investitionen, Verantwortung und Vor- sorge für die Zukunft zählten immer weniger. Bildung, Gesundheit, 30 Kultur, private und öffentliche Sicherheit und Daseinsvorsorge wur- den nicht mehr für alle garantiert, sondern sie wurden zum Markt- produkt, das man sich kaufen und leisten können muss. Heute bemerken wir, dass diese Entwicklung unsere Gesellschaft gespalten hat. Sozial und kulturell. Nicht nur Besitz und Einkom- 35 men sind immer ungleicher verteilt, sondern auch Zugänge zu Bil- dung, Gesundheit, Mobilität und Kultur. Die Armut wächst ebenso wie der Reichtum - die Mittelschicht kommt unter Druck. Das Gle- iche erleben wir in Europa.</p> <p>40 Dem gegenüber strebt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eine Gesellschaft an, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. 150 Jahre nach der Gründung der Sozialdemokratie in Deutschland sind ihre Ziele weder erreicht noch überlebt. Das Streben nach Frei- heit, Gerechtigkeit und Solidarität bleibt eine dauernde Aufgabe, die sich immer wieder neu stellt. Heute heißt das, wieder für ein neues 45 soziales Gleichgewicht in unserem Land und in Europa zu sorgen. Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft neu begründen und ein so- ziales Europa schaffen.</p>	<p>Grundgesetzes für Frauen wie für Männer. Und das gilt 150 Jahre nach der Gründung der Sozialdemokratie in Deutschland für Men- schen aller Schichten, Berufe und unabhängig von ihrer Herkunftsgeschichte. Die Voraussetzungen dafür kann nur eine starke und soli- 5 darische Gemeinschaft schaffen. Eine Gesellschaft, die weiß, dass die Chancen jeder und jedes Einzelnen auch immer vom Fortkommen al- ler anderen abhängen. Und von einer Politik des Gemeinwohls, nicht einer des Egoismus und der Lobby- und der Sonderinteressen.</p> <p>In den vergangenen 20 Jahren wurde den „Märkten“ viel Raum ge- geben, sie sollten die Regeln unseres Zusammenlebens prägen. Das Wettbewerbsprinzip der Wirtschaft wurde genauso auf Staaten und Regionen wie auf das Verhältnis der Menschen untereinander über- tragen. Konkurrenz war angeblich die einzige Triebkraft gesellschaft- 15 licher Entwicklung. Wer nicht mithalten konnte, wurde an den Rand gedrängt. Demokratisches Engagement, soziale, ökologische und wirtschaftliche Regeln galten als Hindernisse in diesem Wettbewerb, wurden zu unnützen Kostentreibern erklärt, die es zu minimieren oder am besten ganz abzuschaffen galt. Die Erfolgsgeschichte der 20 sozialen Regelsetzung für die Marktwirtschaft wurde als ein unzeit- gemäßes Hindernis im globalen Wettbewerb erklärt. Das Ende ist bekannt. Spätestens seit der Finanz- und Eurokrise wis- sen wir: Diese Regellosigkeit machte aus der erfolgreichen sozialen Marktwirtschaft eine geldgetriebene Marktgesellschaft. In ihr zählt, 25 was schnell Geld bringt. Und in ihr hat Chancen, wer über ausrei- chend Geld verfügt. Volkswirtschaften, die nicht mithalten konnten, versuchten, sich Wohlstand über Schulden zu erkaufen. Nachhaltig- keit, langfristige Investitionen, Verantwortung und Vorsorge für die Zukunft zählten immer weniger. Bildung, Gesundheit, Kultur, private und öffentliche Sicherheit und Daseinsvorsorge wurden nicht mehr für alle garantiert, sondern sie wurden zum Marktprodukt, das man sich kaufen und leisten können muss.</p> <p>Heute bemerken wir, dass diese Entwicklung unsere Gesellschaft ge- spalten hat. Sozial und kulturell. Nicht nur Besitz und Einkommen sind immer ungleicher verteilt, sondern auch Zugänge zu Bildung, Gesundheit, Mobilität und Kultur. Die Armut wächst ebenso wie der Reichtum - die Mittelschicht kommt unter Druck. Das Gleiche er- leben wir in Europa.</p> <p>Demgegenüber strebt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eine Gesellschaft an, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. 150 40 Jahre nach der Gründung der Sozialdemokratie in Deutschland sind ihre Ziele weder erreicht noch überlebt. Das Streben nach Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bleibt eine dauernde Aufgabe, die sich immer wieder neu stellt. Heute heißt das, wieder für ein neues sozi- ales Gleichgewicht in unserem Land und in Europa zu sorgen. Wir 45 wollen die Soziale Marktwirtschaft neu begründen und ein soziales Europa schaffen.</p>
<p>Ein neues soziales Gleichgewicht in Deutschland.</p> <p>50 Arbeit, Anstrengung und Fleiß lohnen sich für viele Menschen in Deutschland nicht mehr. Schulerfolg und Bildungslaufbahn hängen mehr als sonst irgendwo in Europa vom Einkommen der Eltern ab. Trotz guter Ausbildung oder Studium finden immer weniger einen 55 sicheren und angemessen bezahlten Einstieg in den Beruf. Zu viele Familien und vor allem Alleinerziehende sind von Armut bedroht. Eine gute Gesundheitsversorgung und Pflege gibt es längst nicht mehr für alle. Die Lasten für die Finanzierung unseres Gemeinwe- sens sind unfair verteilt: Menschen mit normalem Einkommen tra- gen immer mehr, Kapital- und Vermögenseinkünfte und sehr große 60 Einkommen immer weniger. Und nicht zuletzt: Heimat geht verlo- ren, weil Städte und Gemeinden finanziell so ausgeblutet sind, dass kulturelle und soziale Angebote geschlossen, Stadtteile und Infra- struktur vernachlässigt werden. Die soziale und kulturelle Spaltung 65 Deutschlands ist in den letzten Jahren gewachsen.</p> <p>Das alles muss sich wieder ändern. Deutschland ist nicht wirtschaft- lich stark und erfolgreich geworden, weil die Ungleichheit wuchs, sondern weil die Idee der sozialen Marktwirtschaft alle Menschen</p>	<p>Ein neues soziales Gleichgewicht in Deutschland.</p> <p>Arbeit, Anstrengung und Fleiß lohnen sich für viele Menschen in Deutschland nicht mehr. Schulerfolg und Bildungslaufbahn hängen mehr als sonst irgendwo in Europa vom Einkommen der Eltern ab. Trotz guter Ausbildung oder Studium finden immer weniger einen si- 55 cheren und angemessen bezahlten Einstieg in den Beruf. Zu viele Fa- milien und vor allem Alleinerziehende sind von Armut bedroht. Eine gute Gesundheitsversorgung und Pflege gibt es längst nicht mehr für alle. Die Lasten für die Finanzierung unseres Gemeinwesens sind unfair verteilt: Menschen mit normalem Einkommen tragen immer mehr, Kapital- und Vermögenseinkünfte und sehr große Einkommen 60 immer weniger. Und nicht zuletzt: Heimat geht verloren, weil Städte und Gemeinden finanziell so ausgeblutet sind, dass kulturelle und so- ziale Angebote geschlossen, Stadtteile und Infrastruktur vernachläs- sigt werden. Die soziale und kulturelle Spaltung Deutschlands ist in den letzten Jahren gewachsen.</p> <p>Das alles muss sich wieder ändern. Deutschland ist nicht wirtschaft- lich stark und erfolgreich geworden, weil die Ungleichheit wuchs, sondern weil die Idee der sozialen Marktwirtschaft alle Menschen</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>teilhaben lassen wollte, am wachsenden Wohlstand unseres Landes. Wir wollen deshalb mehr Verteilungsgerechtigkeit bei Einkommen und Vermögen erreichen. Dazu tragen zuerst gerechte Löhne bei, aber auch eine Politik, die die Finanzierung öffentlicher Aufgaben gerecht finanziert. Wir wollen dafür sorgen, dass gute Ausbildung und gute Arbeit wieder guten Lohn und sichere Arbeit zur Folge haben. Und dass endlich Frauen und Männer in Deutschland für gleiche und gleichwertige Arbeit auch den gleichen Lohn bekommen, und die Vereinbarkeit von Beruf, Kindererziehung und Unterstützung bei Pflege in unserem Land zur Normalität wird. Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse im Osten wie Westen Deutschlands erreichen. Wir wollen, dass unsere Städte und Gemeinden sozial und kulturell lebendig bleiben und Junge wie Ältere guten und bezahlbaren Wohnraum finden. Wir wollen, dass Menschen in Deutschland keine Angst mehr vor Armut im Alter haben müssen. Und wir werden dafür sorgen, dass Gesundheit und Pflege wieder Kernaufgabe unseres Sozialstaates werden und nicht die Privatisierung dieser Aufgaben immer mehr zur Zwei- oder Dreiklassen-Gesellschaft führt.</p>	<p>teilhaben lassen wollte, am wachsenden Wohlstand unseres Landes. <u>Wir wollen deshalb die Sozialpartnerschaft und ihre Institutionen stärken.</u> Wir wollen (...) mehr Verteilungsgerechtigkeit bei Einkommen und Vermögen erreichen. Dazu tragen zuerst gerechte Löhne bei, aber auch eine Politik, die die Finanzierung öffentlicher Aufgaben gerecht finanziert. Wir wollen dafür sorgen, dass gute Ausbildung und gute Arbeit wieder guten Lohn und sichere Arbeit zur Folge haben. Und dass endlich Frauen und Männer in Deutschland für gleiche und gleichwertige Arbeit auch den gleichen Lohn bekommen, und die Vereinbarkeit von Beruf, Kindererziehung und Unterstützung bei Pflege in unserem Land zur Normalität wird. Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse im Osten wie Westen Deutschlands erreichen. Wir wollen, dass unsere Städte und Gemeinden sozial und kulturell lebendig bleiben und Junge wie Ältere guten und bezahlbaren Wohnraum finden. <u>Wir wollen die Chance des Alters nutzen und die Herausforderung durch eine moderne und gerechte Politik meistern.</u> Wir wollen, dass Menschen in Deutschland keine Angst mehr vor Armut im Alter haben müssen. Und wir werden dafür sorgen, dass Gesundheit und Pflege wieder Kernaufgabe unseres Sozialstaates werden und nicht die Privatisierung dieser Aufgaben immer mehr zur Zwei- oder Dreiklassen-Gesellschaft führt.</p>
<p>Wir wollen mehr als vier Jahre regieren, denn es wird Zeit brauchen, um alle Maßnahmen für eine Neubegründung der sozialen Marktwirtschaft und mehr soziale Gerechtigkeit auf den Weg zu bringen und ihre nachhaltige Finanzierung sicher zu stellen. Deshalb beschreiben wir in diesem Programm Projekte, die wir in den nächsten vier Jahren umsetzen wollen ebenso wie solche, die nur mittelfristig zu erreichen sind und machen dies durch die jeweiligen Formulierungen deutlich. Denn die einzelnen Forderungen können nur umgesetzt werden, wenn ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stehen. Um die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhöhen, wollen wir Steuermittel verantwortungsvoll einsetzen, konjunkturelle Mehreinnahmen für den Schuldenabbau nutzen sowie die Einnahmen der öffentlichen Hand grundsätzlich verbessern.</p>	<p>Wir wollen mehr als vier Jahre regieren, denn es wird Zeit brauchen, um alle Maßnahmen für eine Neubegründung der sozialen Marktwirtschaft und mehr soziale Gerechtigkeit auf den Weg zu bringen und ihre nachhaltige Finanzierung sicher zu stellen. Deshalb beschreiben wir in diesem Programm Projekte, die wir in den nächsten vier Jahren umsetzen wollen ebenso wie solche, die nur mittelfristig zu erreichen sind und machen dies durch die jeweiligen Formulierungen deutlich. Denn die einzelnen Forderungen können nur umgesetzt werden, wenn ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stehen. Um die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhöhen, wollen wir Steuermittel verantwortungsvoll einsetzen, konjunkturelle Mehreinnahmen für den Schuldenabbau nutzen sowie die Einnahmen der öffentlichen Hand grundsätzlich verbessern.</p>
<p>Den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sichern.</p>	<p>Den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sichern.</p>
<p>Wir wissen: Vor uns stehen stürmische Zeiten. Die europäische Krise macht vor Landesgrenzen keinen Halt. Die Politik der konservativen deutschen Bundesregierung hat alle Länder Europas zeitgleich in eine reine Kürzungs- und Austeritätspolitik ohne jeden Wachstumsimpuls gezwungen. In der Folge bricht das Wirtschaftswachstum Europas ein. Statt sinkender Schulden, explodieren die Staatsschulden Europas ebenso wie die Arbeitslosigkeit in fast allen Ländern Europas. Als Exportland, dessen Arbeitsplätze davon abhängen, dass vor allem in den anderen Ländern Europas deutsche Produkte gekauft werden, spürt unser Land die Folgen dieser immer größer werdenden europäischen Wirtschaftskrise. Sinkende Wachstumsprognosen für die deutsche Wirtschaft und eine nachlassende Innovationstätigkeit, vor allem des deutschen Mittelstandes auf den Feldern Forschung und Entwicklung, bedrohen zunehmend die Arbeitsplätze und damit den Wohlstand unseres Landes. Der drohende Fachkräftemangel und die Folgen der durch CDU/CSU und FDP völlig fehlgeschlagenen Energiepolitik gefährden zusätzlich die Grundlagen des wirtschaftlichen Erfolges in Deutschland. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen den Weg zu soliden Staatsfinanzen begleiten durch Impulse für Wachstum und Arbeitsplätze. Vor allem die Bekämpfung der dramatisch gestiegenen Jugendarbeitslosigkeit muss dabei im Mittelpunkt europäischer Politik stehen. Die finanziellen Mittel für die Rückkehr zu einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik dürfen dabei allerdings nicht durch neue Schulden aufgebracht werden, sondern durch die gerechte Besteuerung der Finanzmärkte. Die Folgen unverantwortlicher Spekulationen auf diesen Finanzmärkten sind es gewesen, die zu einer dramatisch gestiegenen Staatsverschuldung in Europa geführt haben. Nicht zuletzt deshalb muss der Finanzsektor jetzt auch dazu beitragen, diese Schulden wieder abzutragen.</p>	<p>Wir wissen: Vor uns stehen stürmische Zeiten. Die europäische Krise macht vor Landesgrenzen keinen Halt. Die Politik der konservativen deutschen Bundesregierung hat alle Länder Europas zeitgleich in eine reine Kürzungs- und Austeritätspolitik ohne jeden Wachstumsimpuls gezwungen. In der Folge bricht das Wirtschaftswachstum Europas ein. Statt sinkender Schulden, explodieren die Staatsschulden Europas ebenso wie die Arbeitslosigkeit in fast allen Ländern Europas. Als Exportland, dessen Arbeitsplätze davon abhängen, dass vor allem in den anderen Ländern Europas deutsche Produkte gekauft werden, spürt unser Land die Folgen dieser immer größer werdenden europäischen Wirtschaftskrise. Sinkende Wachstumsprognosen für die deutsche Wirtschaft und eine nachlassende Innovationstätigkeit, vor allem des deutschen Mittelstandes auf den Feldern Forschung und Entwicklung, bedrohen zunehmend die Arbeitsplätze und damit den Wohlstand unseres Landes. Der drohende Fachkräftemangel und die Folgen der durch CDU/CSU und FDP völlig fehlgeschlagenen Energiepolitik gefährden zusätzlich die Grundlagen des wirtschaftlichen Erfolges in Deutschland. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen den Weg zu soliden Staatsfinanzen begleiten durch Impulse für Wachstum und Arbeitsplätze. Vor allem die Bekämpfung der dramatisch gestiegenen Jugendarbeitslosigkeit muss dabei im Mittelpunkt europäischer Politik stehen. <u>Dabei unterstützen wir das europäische Projekt der Jugendgarantie.</u> Die finanziellen Mittel für die Rückkehr zu einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik dürfen dabei allerdings nicht durch neue Schulden aufgebracht werden, sondern durch die gerechte Besteuerung der Finanzmärkte. Die Folgen unverantwortlicher Spekulationen auf diesen Finanzmärkten sind es gewesen, die zu einer dramatisch gestiegenen Staatsverschuldung in Europa geführt haben. Nicht zuletzt deshalb muss der Finanzsektor jetzt auch dazu beitragen, diese Schulden wieder abzutragen.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 So wichtig und bedeutend der Dienstleistungssektor in unserem Land auch geworden ist: Deutschland muss auch ein erfolgreicher und starker Standort einer vielfältigen Industrie und des produzierenden Gewerbes bleiben. Deutschland steht heute so erfolgreich da, weil insbesondere die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung unter Gerhard Schröder den Industriestandort Deutschland verteidigt und ausgebaut hat. Nach wie vor ist der Wohlstand unseres Landes abhängig von unserer Innovationsfähigkeit und der industriellen Produktion. Deshalb wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten durch die Erneuerung der Infrastruktur, Investitionen in Bildung, Ausbildung und Qualifizierung und vor allem durch eine echte Energiewende den Produktions- und Industriestandort Deutschland sichern und stärken.</p> <p>15 Unser besonderer Schwerpunkt wird dabei die Mittelstandsförderung bilden. Die besondere Verbindung zwischen vielen hochinnovativen und flexiblen mittelständischen Unternehmen mit großen und erfolgreichen Industriebetrieben und einer exzellenten Bildungs- und Wissenschaftsstruktur macht den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes aus. Wir wollen durch bessere Abschreibungsbedingungen, steuerliche Anreize für Investitionen in Forschung und Entwicklung und eine gute Kreditversorgung diese Struktur auch in den kommenden Jahren erhalten und stärken.</p>	<p>So wichtig und bedeutend der Dienstleistungssektor in unserem Land auch geworden ist: Deutschland muss auch ein erfolgreicher und starker Standort einer vielfältigen Industrie und des produzierenden Gewerbes bleiben. Deutschland steht heute so erfolgreich da, weil insbesondere die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung unter Gerhard Schröder den Industriestandort Deutschland verteidigt und ausgebaut hat. Nach wie vor ist der Wohlstand unseres Landes abhängig von unserer Innovationsfähigkeit und der industriellen Produktion. Deshalb wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten durch die Erneuerung der Infrastruktur, Investitionen in Bildung, Ausbildung und Qualifizierung und vor allem durch eine echte Energiewende den Produktions- und Industriestandort Deutschland sichern und stärken.</p> <p>Unser besonderer Schwerpunkt wird dabei die Mittelstandsförderung bilden. Die besondere Verbindung zwischen vielen hochinnovativen und flexiblen mittelständischen Unternehmen mit großen und erfolgreichen Industriebetrieben und einer exzellenten Bildungs- und Wissenschaftsstruktur macht den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes aus. Wir wollen durch bessere Abschreibungsbedingungen, steuerliche Anreize für Investitionen in Forschung und Entwicklung und eine gute Kreditversorgung diese Struktur auch in den kommenden Jahren erhalten und stärken.</p>
<p>Die Finanzierung unseres Gemeinwesens.</p>	<p>Die Finanzierung unseres Gemeinwesens.</p>
<p>25 Zwischen 2009 und 2013 haben CDU/CSU und FDP trotz höchster Steuereinnahmen und niedrigster Zinsen noch einmal 100 Milliarden Euro neue Schulden gemacht! Die Zahlungsverpflichtungen für die Euro-Rettung sind hier noch nicht einmal eingerechnet. Diese Politik wachsender Neuverschuldung, selbst in Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur, war unverantwortlich und wird von uns nicht fortgesetzt werden. Wir stehen zur Einhaltung der Schuldenbremse!</p> <p>30 Die doppelte Aufgabe in Deutschland – die Schulden unseres Landes abzubauen und gleichzeitig vor allem in Bildung und Infrastruktur zu investieren – lässt sich nicht mit dem Wahlversprechen verbinden, gleichzeitig die Steuern zu senken. Sondern im Gegenteil: Wir werden Steuern sogar erhöhen müssen. Nicht alle Steuern für alle, aber einige Steuern für wenige.</p> <p>35 Denn in unserem Land gibt es eine neue soziale Frage: Wie kommen wir wieder zu einer fairen Verteilung der Lasten für unser Gemeinwohl? Nie waren wenige Menschen in Deutschland wohlhabender, und nie haben sie geringere Beiträge zum Gemeinwohl tragen müssen. Noch nie war die Schere zwischen arm und reich so groß, wie in diesen Zeiten. Noch nie mussten Vermögende der Gesellschaft, die ihnen den Reichtum ermöglicht hat, so wenig zurückgegeben wie heute.</p> <p>40 Das muss sich ändern. Wir brauchen eine Neuverteilung der Gemeinwohllasten, ebenso wie eine gerechte Neuverteilung der Chancen in unserer Gesellschaft: Leistung und Anstrengung müssen wieder eher zu Wohlstand führen als Herkunft, Beziehungen und großes Vermögen.</p> <p>45 Wir wissen: Niemand freut sich über Steuererhöhungen, auch die nicht, die sie finanziell leicht verkraften können. Wir sind aber auch sicher: Viele der von diesen Steuereinnahmen betroffenen Bürgerinnen und Bürger mit hohem Einkommen oder großem Kapital- und Vermögensbesitz werden diese Steuererhöhungen akzeptieren, wenn sie sicher sein können, dass die dadurch erzielten Einnahmen auch tatsächlich nur und ausschließlich für die Senkung der Verschuldung und für Investitionen in Bildung und die Infrastruktur genutzt werden.</p> <p>Wir werden deshalb nachweisen, wie hoch die zusätzlichen Einnahmen durch die genannten Steuererhöhungen sind, und dass wir sie für den Abbau der Neuverschuldung sowie für Investitionen in Bildung und Infrastruktur nutzen.</p>	<p>Zwischen 2009 und 2013 haben CDU/CSU und FDP trotz höchster Steuereinnahmen und niedrigster Zinsen noch einmal 100 Milliarden Euro neue Schulden gemacht! Die Zahlungsverpflichtungen für die Euro-Rettung sind hier noch nicht einmal eingerechnet. Diese Politik wachsender Neuverschuldung, selbst in Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur, war unverantwortlich und wird von uns nicht fortgesetzt werden. Wir stehen zur Einhaltung der Schuldenbremse!</p> <p>Die doppelte Aufgabe in Deutschland – die Schulden unseres Landes abzubauen und gleichzeitig vor allem in Bildung und Infrastruktur zu investieren – lässt sich nicht mit dem Wahlversprechen verbinden, gleichzeitig die Steuern zu senken. Sondern im Gegenteil: Wir werden Steuern sogar erhöhen müssen. Nicht alle Steuern für alle, aber einige Steuern für wenige.</p> <p>Denn in unserem Land gibt es eine neue soziale Frage: Wie kommen wir wieder zu einer fairen Verteilung der Lasten für unser Gemeinwohl? Nie waren wenige Menschen in Deutschland wohlhabender, und nie haben sie geringere Beiträge zum Gemeinwohl tragen müssen. Noch nie war die Schere zwischen arm und reich so groß, wie in diesen Zeiten. Noch nie mussten Vermögende der Gesellschaft, die ihnen den Reichtum ermöglicht hat, so wenig zurückgegeben wie heute.</p> <p>Das muss sich ändern. Wir brauchen eine Neuverteilung der Gemeinwohllasten, ebenso wie eine gerechte Neuverteilung der Chancen in unserer Gesellschaft: Leistung und Anstrengung müssen wieder eher zu Wohlstand führen als Herkunft, Beziehungen und großes Vermögen.</p> <p>Wir wissen: Niemand freut sich über Steuererhöhungen, auch die nicht, die sie finanziell leicht verkraften können. Wir sind aber auch sicher: Viele der von diesen Steuereinnahmen betroffenen Bürgerinnen und Bürger mit hohem Einkommen oder großem Kapital- und Vermögensbesitz werden diese Steuererhöhungen akzeptieren, wenn sie sicher sein können, dass die dadurch erzielten Einnahmen auch tatsächlich nur und ausschließlich für die Senkung der Verschuldung und für Investitionen in Bildung und die Infrastruktur genutzt werden.</p> <p>Wir werden deshalb nachweisen, wie hoch die zusätzlichen Einnahmen durch die genannten Steuererhöhungen sind, und dass wir sie für den Abbau der Neuverschuldung sowie für Investitionen in Bildung und Infrastruktur nutzen.</p>
<p>Das ist unser Weg, um Deutschland zu erneuern.</p>	<p>Das ist unser Weg, um Deutschland zu erneuern.</p>
<p>65 Wirtschaftlich stark, sozial gerecht und ökologisch verantwortlich.</p>	<p>Wirtschaftlich stark, sozial gerecht und ökologisch verantwortlich.</p>

II. Finanzkapitalismus bändigen – Wirtschaft und Mittelstand stärken – Gute Arbeit schaffen

II.1 Märkte brauchen Regeln – für nachhaltiges Wachstum.

Das Zeitalter des Marktradikalismus ist zu Ende. Die Ideologie von Konservativen und Neoliberalen, die Märkte sorgten schon selbst für das Gemeinwohl und die Steigerung des Wohlstands, ist spätestens unter den Trümmern der weltweiten Finanzkatastrophe begraben worden. Statt nach marktwirtschaftlichem Prinzip Risiko und Haftung in einer Hand zu lassen, hat der Marktradikalismus Gewinne privatisiert und Verluste der Allgemeinheit aufgebürdet. Er hat seine eigenen Grundlagen zerstört und weltweit Billionen von Schulden hinterlassen. Sie bedrohen heute noch immer die Weltwirtschaft und müssen mühsam und mit schweren Belastungen für viele Menschen abgebaut werden. Nichts wirkt dabei verheerender auf die öffentliche Moral, als die Tatsache, dass die Verursacher der gigantischen Schuldenberge bis heute kaum zu deren Beseitigung beitragen müssen. Konservative und liberale Regierungen wie in Deutschland schützen lieber Banken und Finanzjongleure, als die Menschen vor deren rücksichtslosen Spekulationen.

Wir wissen: Märkte – vor allem Finanzmärkte – brauchen Regeln, die das Gemeinwohl sichern und verhindern, dass die Demokratien der Welt von Banken und Börsen erpressbar gemacht werden. Eine neubegründete Soziale Marktwirtschaft kann wieder zum weltweit erfolgreichen Beispiel für wirtschaftlichen Erfolg, soziale Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit werden. Allerdings werden wir dafür mehr als rein nationalstaatliche Mittel brauchen. Die internationale Zusammenarbeit und, allem voran, die europäische Zusammenarbeit, ist dafür die zwingende Voraussetzung.

Für uns gilt: **Kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt und kein Markt darf in Zukunft unreguliert sein.** Unser Grundsatz lautet dabei: Vorrang für realwirtschaftliche Investitionen gegenüber der Spekulation und Rückführung des Finanzsektors auf seine eigentliche Aufgabe: Dienstleister der Realwirtschaft zu sein.

Europa muss Vorreiter einer neuen Marktordnung werden, mit der wir die Finanzmärkte bändigen. Neben einer umfassenden Finanzmarktregulierung brauchen wir eine stärkere Demokratisierung Europas: Europa gehört den Bürgerinnen und Bürgern. Das gilt auch für die Eurozone. Wir benötigen politische Mechanismen und Institutionen, die sozialen Ausgleich, eine nachhaltige Haushaltspolitik und ein ausgewogenes wirtschaftliches Wachstum in der EU gewährleisten.

Unsere Maßnahmen für die Neubegründung der Sozialen Marktwirtschaft.

Wir wollen einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik. Das bestehende Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 muss zu einem modernen Stabilitäts- und Wohlstandsgesetz 2020 weiterentwickelt werden. Vier Dimensionen der Nachhaltigkeit bestimmen unser Verständnis von einer zukunftsfähigen und gerechten Wirtschaft:

- Staatliche Nachhaltigkeit: Ein Abbau der öffentlichen Schuldenlast ist unausweichlich. Er darf aber nicht zu Lasten der öffentlichen Zukunftsaufgaben erfolgen.
- Wirtschaftliche Nachhaltigkeit: Wohlstand und der Erfolg unserer Wirtschaft bemisst sich für uns nicht allein am Bruttosozialprodukt, sondern auch an einem hohen Beschäftigungsstand und einer möglichst ausgeglichenen Leistungsbilanz.

II. Finanzkapitalismus bändigen – Wirtschaft und Mittelstand stärken – Gute Arbeit schaffen

II.1 Märkte brauchen Regeln – für nachhaltiges Wachstum.

Das Zeitalter des Marktradikalismus ist zu Ende. Die Ideologie von Konservativen und Neoliberalen, die Märkte sorgten schon selbst für das Gemeinwohl und die Steigerung des Wohlstands, ist spätestens unter den Trümmern der weltweiten Finanzkatastrophe begraben worden. Statt nach marktwirtschaftlichem Prinzip Risiko und Haftung in einer Hand zu lassen, hat der Marktradikalismus Gewinne privatisiert und Verluste der Allgemeinheit aufgebürdet. Er hat seine eigenen Grundlagen zerstört und weltweit Billionen von Schulden hinterlassen. Sie bedrohen heute noch immer die Weltwirtschaft und müssen mühsam und mit schweren Belastungen für viele Menschen abgebaut werden. Nichts wirkt dabei verheerender auf die öffentliche Moral, als die Tatsache, dass die Verursacher der gigantischen Schuldenberge bis heute kaum zu deren Beseitigung beitragen müssen. Konservative und liberale Regierungen wie in Deutschland schützen lieber Banken und Finanzjongleure, als die Menschen vor deren rücksichtslosen Spekulationen.

Wir wissen: Märkte – vor allem Finanzmärkte – brauchen Regeln, die das Gemeinwohl sichern und verhindern, dass die Demokratien der Welt von Banken und Börsen erpressbar gemacht werden. Eine neubegründete Soziale Marktwirtschaft kann wieder zum weltweit erfolgreichen Beispiel für wirtschaftlichen Erfolg, soziale Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit werden. Allerdings werden wir dafür mehr als rein nationalstaatliche Mittel brauchen. Die internationale Zusammenarbeit und, allem voran, die europäische Zusammenarbeit, ist dafür die zwingende Voraussetzung.

Für uns gilt: **Kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt und kein Markt darf in Zukunft unreguliert sein.** Unser Grundsatz lautet dabei: Vorrang für realwirtschaftliche Investitionen gegenüber der Spekulation und Rückführung des Finanzsektors auf seine eigentliche Aufgabe: Dienstleister der Realwirtschaft zu sein.

Europa muss Vorreiter einer neuen Marktordnung werden, mit der wir die Finanzmärkte bändigen. Neben einer umfassenden Finanzmarktregulierung brauchen wir eine stärkere Demokratisierung Europas: Europa gehört den Bürgerinnen und Bürgern. Das gilt auch für die Eurozone. Wir benötigen politische Mechanismen und Institutionen, die sozialen Ausgleich, eine nachhaltige Haushaltspolitik und ein ausgewogenes wirtschaftliches Wachstum in der EU gewährleisten.

Unsere Maßnahmen für die Neubegründung der Sozialen Marktwirtschaft.

Wir wollen einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik. Das bestehende Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 muss zu einem modernen Stabilitäts- und Wohlstandsgesetz 2020 weiterentwickelt werden. Vier Dimensionen der Nachhaltigkeit bestimmen unser Verständnis von einer zukunftsfähigen und gerechten Wirtschaft:

- Staatliche Nachhaltigkeit: Ein Abbau der öffentlichen Schuldenlast ist unausweichlich. Er darf aber nicht zu Lasten der öffentlichen Zukunftsaufgaben erfolgen.
- Wirtschaftliche Nachhaltigkeit: Wohlstand und der Erfolg unserer Wirtschaft bemessen sich für uns nicht allein am Bruttosozialprodukt, sondern auch an einem hohen Beschäftigungsstand und einer möglichst ausgeglichenen Leistungsbilanz.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 • Soziale Nachhaltigkeit: Sie zeigt sich vor allem in der Bekämpfung von Armut, in einer gerechten Einkommensverteilung und in besseren Bildungschancen.</p> <p>5 • Ökologische Nachhaltigkeit: Es gilt, Wachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln, die Treibhausgasemissionen zu senken und Ressourcen produktiver zu nutzen.</p> <p>Dazu gehören auch eine Reform des Sachverständigenrats, ein Jahreswohlstandsbericht und die stärkere Harmonisierung von europäischer Arbeits-, Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Investitionspolitik.</p> <p>10</p> <p>Wir wollen wieder eine Kultur der Nachhaltigkeit in der Wirtschaft etablieren. Dazu fordern wir</p> <p>15</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine wirksame Langfristorientierung der Vergütungs- und Bonisysteme, • ein festgeschriebenes Maximalverhältnis zwischen Grundgehalt und Boni, ebenso wie die Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Vorstands- und sonstigen Managergehältern einschließlich Boni und von Abfindungen auf maximal 50 Prozent der Beträge, die 500.000 Euro übersteigen. <p>20</p> <p>Wir wollen zusätzlich eine neue Unternehmensverfassung.</p> <p>25</p> <p>Im Aktiengesetz muss festgeschrieben werden, dass Unternehmen nicht nur den Aktionärinnen und Aktionären, sondern auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie dem Wohl der Allgemeinheit verpflichtet sind.</p> <p>30</p> <p>Im Bereich der Unternehmensmitbestimmung muss ein gesetzlicher Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte festgelegt werden.</p> <p>35</p> <p>Die Mitarbeiterkapitalbeteiligung ist ein Schlüssel, um Mitarbeiter am Erfolg des Unternehmens zu beteiligen. Wir wollen sie weiter ausbauen.</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>Der Staat muss als Auftraggeber der Wirtschaft neue Standards setzen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass soziale und ökologische Kriterien bei der Anwendung des Vergaberechts Berücksichtigung finden. Wir wollen, dass die öffentliche Hand ausreichend personelle und inhaltliche Kompetenzen behält, damit kein Zwang zur Privatisierung und Auslagerung an private Anbieter entsteht.</p> <p>55</p> <p>Wir brauchen eine wirkungsvollere Wettbewerbs- und Kartellpolitik mit Augenmaß. Das Wettbewerbs- und Kartellrecht dient dazu, die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu wahren. Wir werden bei Zusammenschlüssen von Unternehmen die Interessen der Verbraucher wahren. Das Wettbewerbs- und Kartellrecht ist aber kein Wert an sich und muss mit anderen Interessen abgestimmt werden, etwa im Gesundheitsbereich.</p> <p>60</p> <p>Die Regeln der Märkte machen in erster Linie auch die Verbraucherinnen und Verbraucher. Sie sollen sich als Patientinnen und Patienten, bei Bank-, Börsen- und Versicherungsgeschäften</p> <p>65</p>	<p>• Soziale Nachhaltigkeit: Sie zeigt sich vor allem in der Bekämpfung von Armut, in einer gerechten Einkommensverteilung, <u>Bewertung und Entlohnung von Arbeit</u> und in besseren Bildungschancen.</p> <p>• Ökologische Nachhaltigkeit: Es gilt, Wachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln, die Treibhausgasemissionen zu senken und Ressourcen produktiver zu nutzen.</p> <p>Dazu gehören auch eine Reform des Sachverständigenrats <u>zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung</u>, ein Jahreswohlstandsbericht und die stärkere Harmonisierung von europäischer Arbeits-, Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Investitionspolitik.</p> <p>Wir wollen wieder eine Kultur der Nachhaltigkeit in der Wirtschaft etablieren. Dazu fordern wir</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine wirksame Langfristorientierung der Vergütungs- und Bonisysteme, • ein festgeschriebenes Maximalverhältnis zwischen Grundgehalt und Boni, ebenso wie die Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Vorstands- und sonstigen Managergehältern einschließlich Boni und von Abfindungen auf maximal 50 Prozent der Beträge, die 500.000 Euro übersteigen. <p>Wir wollen zusätzlich eine neue Unternehmensverfassung.</p> <p>Im Aktiengesetz muss festgeschrieben werden, dass Unternehmen nicht nur den Aktionärinnen und Aktionären, sondern auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie dem Wohl der Allgemeinheit verpflichtet sind.</p> <p>Im Bereich der Unternehmensmitbestimmung muss ein gesetzlicher Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte festgelegt werden.</p> <p>Die Mitarbeiterkapitalbeteiligung ist ein Schlüssel, um Mitarbeiter am Erfolg des Unternehmens zu beteiligen. Wir wollen sie weiter ausbauen.</p> <p><u>Wir setzen uns für eine Förderung des Genossenschaftswesens ein. Genossenschaften haben sich gerade in Zeiten großer struktureller wirtschaftlicher Veränderungen als innovative und stabile Unternehmensformen erwiesen. Nicht ohne Grund sind etwa in der Finanzkrise die Genossenschaftsbanken Volks- und Raiffeisenbanken im Vergleich zu Instituten anderer Rechtsformen am besten durch die Krise gekommen. Die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen beispielsweise aus dem demografischen Wandel und beim Wohnungsbau können mit Hilfe von Genossenschaften erleichtert werden. Auch bei der Regelung der Unternehmensnachfolge bietet das Genossenschaftsmodell eine Alternative. Wir wollen deshalb das Genossenschaftsrecht weiterentwickeln, um die Attraktivität des Genossenschaftswesens zu steigern und die Gründung von neuen Genossenschaften zu erleichtern, auch durch Erleichterungen für Kleinstgenossenschaften.</u></p> <p>Der Staat muss als Auftraggeber der Wirtschaft neue Standards setzen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass soziale und ökologische Kriterien bei der Anwendung des Vergaberechts Berücksichtigung finden. Wir wollen, dass die öffentliche Hand ausreichend personelle und inhaltliche Kompetenzen behält, damit kein Zwang zur Privatisierung und Auslagerung an private Anbieter entsteht.</p> <p>Wir brauchen eine wirkungsvollere Wettbewerbs- und Kartellpolitik mit Augenmaß. Das Wettbewerbs- und Kartellrecht dient dazu, die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu wahren. Wir werden bei Zusammenschlüssen von Unternehmen die Interessen der Verbraucher wahren. Das Wettbewerbs- und Kartellrecht ist aber kein Wert an sich und muss mit anderen Interessen abgestimmt werden, etwa im Gesundheitsbereich.</p> <p>(...) Die Verbraucherinnen und Verbraucher sollen sich als Patientinnen und Patienten, bei Bank-, Börsen- und Versicherungsgeschäften oder beim Bestellen und Einkaufen sicher und</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>oder beim Bestellen und Einkaufen sicher und auf Augenhöhe der Unternehmen bewegen können. Unsere Verbraucherpolitik ist zukunftsfähige Wirtschaftspolitik. Sie stärkt faire Marktbedingungen, verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln, nachhaltigen Konsum und einen funktionierenden Qualitätswettbewerb. Insofern brauchen wir mehr Markttransparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Zugänge zu Informationen müssen erleichtert werden. Wir wollen klare Aussagen über Herkunft, Eigenschaften und Inhalte von Produkten und Dienstleistungen, schnell vergleichbare Informationen, wie die Ampelkennzeichnung für Nährwerte bei Lebensmitteln. Unternehmen sollen die sozialen und ökologischen Bedingungen in der Herstellung offenlegen. Damit können Verbraucherinnen und Verbraucher informiert auswählen und verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln belohnen. Im Gegenzug wird deutlich, wo Dumpinglöhne und repressive Marktpraktiken vorherrschen. Wir werden die Verbraucherforschung ausbauen, um der Vielfalt der Verbraucherinnen und Verbraucher und ihrer Bedürfnisse Rechnung tragen.</p>	<p>auf Augenhöhe der Unternehmen bewegen können. Unsere Verbraucherpolitik ist zukunftsfähige Wirtschaftspolitik. Sie stärkt faire Marktbedingungen, verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln, nachhaltigen Konsum und einen funktionierenden Qualitätswettbewerb. Insofern brauchen wir mehr Markttransparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Zugänge zu Informationen müssen erleichtert werden. Wir wollen klare Aussagen über Herkunft, Eigenschaften und Inhalte von Produkten und Dienstleistungen, schnell vergleichbare Informationen, wie die Ampelkennzeichnung für Nährwerte bei Lebensmitteln. Unternehmen sollen die sozialen und ökologischen Bedingungen in der Herstellung offenlegen. Damit können Verbraucherinnen und Verbraucher informiert auswählen und verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln belohnen. Im Gegenzug wird deutlich, wo Dumpinglöhne und repressive Marktpraktiken vorherrschen. Wir werden die Verbraucherforschung ausbauen, um der Vielfalt der Verbraucherinnen und Verbraucher und ihrer Bedürfnisse Rechnung tragen.</p>
<p>Unsere Maßnahmen zur umfassenden Regulierung der Finanzmärkte.</p>	<p>Unsere Maßnahmen zur umfassenden Regulierung der Finanzmärkte.</p>
<p>Wir wollen die Finanztransaktionssteuer. Um die Finanzmarktakteure endlich an den Kosten der Krise und an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen, werden wir eine europäische Finanztransaktionssteuer einführen – in einem ersten Schritt im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit im Rahmen der EU. Mit der Finanztransaktionssteuer wollen wir dazu beitragen, kurzfristige Spekulation zu verteuern und wichtige Einnahmen für den Staat zu erzielen, die für Zukunftsprojekte, Europäische Wachstumsimpulse und eine faire Weltwirtschaft eingesetzt werden könnten.</p>	<p>Wir wollen die Finanztransaktionssteuer. Um die Finanzmarktakteure endlich an den Kosten der Krise und an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen, werden wir eine europäische Finanztransaktionssteuer einführen – in einem ersten Schritt im Rahmen der verstärkten europäischen Zusammenarbeit im Rahmen der EU. Mit der Finanztransaktionssteuer wollen wir dazu beitragen, kurzfristige Spekulation zu verteuern und wichtige Einnahmen für den Staat zu erzielen, die für Zukunftsprojekte, Europäische Wachstumsimpulse und eine faire Weltwirtschaft eingesetzt werden könnten.</p>
<p>Unser Ziel: Keine Bank darf ganze Staaten mit in den Strudel ziehen. Durch strengere Eigenkapitalvorschriften muss die Krisenfestigkeit von Banken, Versicherungen und anderen Finanzinstituten gestärkt werden. Banken, die als systemrelevant gelten, sollen mit deutlich mehr Eigenkapital für Verluste vorsorgen. Das international vereinbarte Baseler Regelwerk für die Eigenkapitalausstattung muss deswegen umgesetzt und, wo nötig, ergänzt werden, z. B. durch flexible Obergrenzen für die Beleihung von Immobilien. Dabei beachten wir die besonderen Bedingungen des genossenschaftlichen und öffentlichen Bankensektors, z.B. bei Sparkassen und Volksbanken.</p>	<p>Unser Ziel: Keine Bank darf ganze Staaten mit in den Strudel ziehen. Durch strengere Eigenkapitalvorschriften muss die Krisenfestigkeit von Banken, Versicherungen und anderen Finanzinstituten gestärkt werden. Banken, die als systemrelevant gelten, sollen mit deutlich mehr Eigenkapital für Verluste vorsorgen. Das international vereinbarte Baseler Regelwerk für die Eigenkapitalausstattung muss deswegen umgesetzt und, wo nötig, ergänzt werden, z. B. durch flexible Obergrenzen für die Beleihung von Immobilien. Dabei beachten wir die besonderen Bedingungen des genossenschaftlichen und öffentlichen Bankensektors, z.B. bei Sparkassen und Volksbanken.</p>

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:

„Keine Sozialisierung von Verlusten und Kosten bei Privatisierung von Gewinnen. (Energieversorgung, Banken, Bahn, ...)“

Unser Ziel: Der Staat darf nicht länger für Spekulationen haften. Anstatt weiter Verluste zu sozialisieren und Gewinne zu privatisieren, müssen Risiken und Haftung wieder zusammengeführt werden. Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dürfen nie wieder in Geiselhaf der Banken und Spekulanten genommen werden. Je größer eine Bank ist, desto besser muss ihr Risikomanagement sein und umso höhere Eigenkapitalvorschriften muss sie erfüllen. Wir wollen eine deutliche Einschränkung des Eigenhandels und eine klare **Trennung von Investment- und Geschäftsbanken. Dann liegt die Haftung für Risiken dort, wo auch die Gewinne aus den Risiken erzielt werden. Und fallen in einem riskanten Geschäftsbereich hohe Verluste an, bleibt der Schaden auch auf diesen Geschäftsbereich beschränkt.** Wir wollen, dass die **Substanz des Bankgeschäftes stabiler, hochriskante Spekulation eingedämmt wird, und der mögliche Schaden nicht mehr auf die Gesellschaft übertragen werden kann.**

Wir wollen einen transparenten Finanzsektor. Akteure des sogenannten Schattenbanksektors, das sind vor allem die hochspekulativen Hedgefonds, müssen endlich reguliert werden. Auf Grund der wachsenden Risiken im Schattenbankensektor für die Stabilität des gesamten Finanzsystems müssen die gleichen Maßstäbe und Pflichten gelten wie im klassischen Bankensektor. Voraussetzung dafür ist die Bekämpfung der Steuerhinterziehung, um stabile und transparente Finanzmärkte zu schaffen: Über 50% der Fonds und Gesellschaften, die sogenannte toxische Anlagepapiere besitzen, befinden sich in sogenannten Steuerparadiesen.

Wir wollen schädliche Finanzprodukte verbieten und den Verbraucherschutz stärken. Rein spekulative Finanzprodukte, die keinen wirtschaftlichen Nutzen haben, wollen wir verbieten. Derivate müssen künftig grundsätzlich auf transparenten und geregelten Handelsplattformen gehandelt werden. Notwendig sind Regeln, die es der Aufsicht erlauben, den Verkauf von bestimmten komplexen und riskanten Finanzprodukten an private Verbraucherinnen und Verbraucher zu untersagen. Auch Verbraucherschutzorganisationen kommt eine wichtige Rolle als Marktwächterinnen zu, wenn sie den Markt im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher beobachten, unlautere Praktiken aufspüren, Hinweise systematisch erfassen und Missstände an die Aufsicht weitergeben.

Wir wollen den Hochfrequenzhandel einschränken um unkontrollierte Börseneinbrüche künftig zu verhindern. Mehr und mehr wird der Börsenhandel von Hochleistungscomputern dominiert, die in Sekundenbruchteilen eine unkontrollierbare Menge von Transaktionen durchführen. Wir wollen diesen automatisierten Spekulationsmechanismus durch Mindesthaltefristen entschleunigen und mit den Algorithmen auch direkt die Hochfrequenz-Händler streng überwachen.

Die Spekulation mit Nahrungsmitteln wollen wir unterbinden. Gleiches gilt für Rohstoffspekulationen, die keinen realwirtschaftlichen Bezug haben.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:

„Keine Sozialisierung von Verlusten und Kosten bei Privatisierung von Gewinnen. (Energieversorgung, Banken, Bahn, ...)“

Unser Ziel: Der Staat darf nicht länger für Spekulationen haften. Anstatt weiter Verluste zu sozialisieren und Gewinne zu privatisieren, müssen Risiken und Haftung wieder zusammengeführt werden. Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dürfen nie wieder in Geiselhaf der Banken und Spekulanten genommen werden. Je größer eine Bank ist, desto besser muss ihr Risikomanagement sein und umso höhere Eigenkapitalvorschriften muss sie erfüllen. Wir wollen eine deutliche Einschränkung des Eigenhandels und eine klare **Trennung von Investment- und Geschäftsbanken. Dann liegt die Haftung für Risiken dort, wo auch die Gewinne aus den Risiken erzielt werden. Und fallen in einem riskanten Geschäftsbereich hohe Verluste an, bleibt der Schaden auch auf diesen Geschäftsbereich beschränkt.** Wir wollen, dass die **Substanz des Bankgeschäftes stabiler, hochriskante Spekulation eingedämmt wird, und der mögliche Schaden nicht mehr auf die Gesellschaft übertragen werden kann.**

Wir wollen einen transparenten Finanzsektor. Akteure des sogenannten Schattenbanksektors, das sind vor allem die hochspekulativen Hedgefonds, müssen endlich reguliert werden. Auf Grund der wachsenden Risiken im Schattenbankensektor für die Stabilität des gesamten Finanzsystems müssen die gleichen Maßstäbe und Pflichten gelten wie im klassischen Bankensektor. **Um stabile und transparente Finanzmärkte zu schaffen, müssen Offshore-Finanzplätze, die durch niedrige Steuern, Intransparenz und eine minimale Finanzmarktregulierung gekennzeichnet sind, bekämpft werden.**

Wir wollen schädliche Finanzprodukte verbieten und den Verbraucherschutz stärken. Rein spekulative Finanzprodukte, die keinen wirtschaftlichen Nutzen haben, wollen wir verbieten. Derivate müssen künftig grundsätzlich auf transparenten und geregelten Handelsplattformen gehandelt werden. Notwendig sind Regeln, die es der Aufsicht erlauben, den Verkauf von bestimmten komplexen und riskanten Finanzprodukten an private Verbraucherinnen und Verbraucher zu untersagen. Auch Verbraucherschutzorganisationen kommt eine wichtige Rolle als Marktwächterinnen zu, wenn sie den Markt im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher beobachten, unlautere Praktiken aufspüren, Hinweise systematisch erfassen und Missstände an die Aufsicht weitergeben.

Wir wollen den Hochfrequenzhandel einschränken um unkontrollierte Börseneinbrüche künftig zu verhindern. Mehr und mehr wird der Börsenhandel von Hochleistungscomputern dominiert, die in Sekundenbruchteilen eine unkontrollierbare Menge von Transaktionen durchführen. Wir wollen diesen automatisierten Spekulationsmechanismus durch Mindesthaltefristen entschleunigen und mit den Algorithmen auch direkt die Hochfrequenz-Händler streng überwachen.

Die Spekulation mit Nahrungsmitteln wollen wir unterbinden. Gleiches gilt für Rohstoffspekulationen, die keinen realwirtschaftlichen Bezug haben.

II.2 Gute Arbeit in einer modernen Gesellschaft.

Unser Ziel ist Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Der Wert der Arbeit muss wieder hergestellt werden. Anstrengung und Fleiß müssen sich für die Menschen wieder lohnen. Der Einstieg in einen gesicherten Beruf muss für alle möglich sein und für möglichst viele auch der Aufstieg im Beruf.

Die Integration in den Arbeitsmarkt ist für die Menschen Voraussetzung für Teilhabe, Selbstbestimmung und Anerkennung. Der erzwungene Ausschluss von Erwerbsarbeit bedeutet deshalb Ausschluss von Teilhabechancen in unserer Gesellschaft. Verantwortliche Politik im Interesse der Menschen darf sich daher niemals mit verbreiteter Arbeitslosigkeit oder gar Langzeitarbeitslosigkeit abfinden. Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik müssen auf das **Ziel der Vollbeschäftigung in guter Arbeit** ausgerichtet sein. Auch die Unternehmen müssen ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung gerecht werden.

Arbeit ist und bleibt die Quelle gesellschaftlichen Wohlstands. Die Menschen, die den Reichtum dieser Gesellschaft erarbeiten, verdienen Anerkennung und Belohnung. Wir treten der zunehmenden Entwertung der Arbeit entgegen. Wir brauchen starke Gewerkschaften und bekennen uns zur Tarifautonomie. Wir werden das **Normalarbeitsverhältnis** stärken und der Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse Einhalt gebieten.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:

„Mehr Wertschätzung durch bessere Entlohnung bei Arbeitnehmern im sozialen Bereich (personenbezogene Dienstleistungen)“

Qualifizierte Beschäftigte, gute Produkte und Produktionsverfahren sind wesentliche Voraussetzungen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Das geht nicht mit Billiglohnstrategien. Wenn wir im globalen Wettbewerb besser sein wollen, brauchen wir gute Fachkräfte und hochqualifizierte Belegschaften. Die gesellschaftliche Entwicklung erfordert ebenso eine deutlich stärkere gesellschaftliche **Anerkennung und Förderung der Dienstleistungen am Menschen**, beispielsweise in den Bereichen Erziehung, Alten- und Krankenpflege. Dazu gehört auch, die bestehende Benachteiligung bei der Ausbildung zu überwinden.

Wirtschaftlicher und technischer Fortschritt müssen für Fortschritte in der **Qualität der Arbeitsbedingungen** genutzt werden. Wir wollen, dass die Beschäftigten Arbeit und Leben besser miteinander vereinbaren können.

Die Arbeitswelt wandelt sich durch die **Digitalisierung** grundlegend. Digitale Technologien können neue Freiheitsräume im Arbeitsalltag der Beschäftigten schaffen, beispielsweise mit Blick auf orts- und zeitflexibler Arbeit. Ob Erwerbstätige diese auch tatsächlich zu ihrem eigenen Nutzen realisieren können und nicht neue Formen der (Selbst-)Ausbeutung entstehen, hängt von vielen Faktoren ab, nicht zuletzt auch von arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen. Wir wollen deshalb das Arbeitsrecht und den Arbeitsschutz den neuen Herausforderungen anpassen, so dass Flexibilität ermöglicht und zugleich Schutz für neue Arbeitsformen geschaffen wird. Unser Bildungssystem muss jeden in die Lage versetzen, die Aufstiegschancen der Digitalisierung für sich zu nutzen.

Die Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung stellen besondere Herausforderungen an **alters- und altersgerechtes**

II.2 Gute Arbeit in einer modernen Gesellschaft.

Unser Ziel ist Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Der Wert der Arbeit muss wieder hergestellt werden. Anstrengung und Fleiß müssen sich für die Menschen wieder lohnen. Der Einstieg in einen gesicherten Beruf muss für alle ebenso möglich sein wie existenzsichernde und sozial abgesicherter Arbeit und für möglichst viele auch der Aufstieg im Beruf.

Die Integration in den Arbeitsmarkt ist für die Menschen Voraussetzung für Teilhabe, Selbstbestimmung und Anerkennung. Der erzwungene Ausschluss von Erwerbsarbeit bedeutet deshalb Ausschluss von Teilhabechancen in unserer Gesellschaft. Verantwortliche Politik im Interesse der Menschen darf sich daher niemals mit verbreiteter Arbeitslosigkeit oder gar Langzeitarbeitslosigkeit abfinden. Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik müssen auf das **Ziel der Vollbeschäftigung in guter Arbeit** ausgerichtet sein. Auch die Unternehmen müssen ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung gerecht werden.

Arbeit ist und bleibt die Quelle gesellschaftlichen Wohlstands. Die Menschen, die den Reichtum dieser Gesellschaft erarbeiten, verdienen Anerkennung und Belohnung. Wir treten der zunehmenden Entwertung der Arbeit entgegen. Wir brauchen starke Gewerkschaften und bekennen uns zur Tarifautonomie. Wir werden das **Normalarbeitsverhältnis** stärken und der Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse Einhalt gebieten.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:

„Mehr Wertschätzung durch bessere Entlohnung bei Arbeitnehmern im sozialen Bereich (personenbezogene Dienstleistungen)“

Qualifizierte Beschäftigte, gute Produkte und Produktionsverfahren sind wesentliche Voraussetzungen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Das geht nicht mit Billiglohnstrategien. Wenn wir im globalen Wettbewerb besser sein wollen, brauchen wir gute Fachkräfte und hochqualifizierte Belegschaften. Die gesellschaftliche Entwicklung erfordert ebenso eine deutlich stärkere gesellschaftliche **Anerkennung und Förderung der Dienstleistungen am Menschen**, beispielsweise in den Bereichen Erziehung, Alten- und Krankenpflege. Dazu gehört auch, die bestehende Benachteiligung bei der Ausbildung zu überwinden.

Wirtschaftlicher und technischer Fortschritt müssen für Fortschritte in der **Qualität der Arbeitsbedingungen** genutzt werden. Wir wollen, dass die Beschäftigten Arbeit und Leben besser miteinander vereinbaren können.

Die Arbeitswelt wandelt sich durch die **Digitalisierung** grundlegend. Digitale Technologien können neue Freiheitsräume im Arbeitsalltag der Beschäftigten schaffen, beispielsweise mit Blick auf orts- und zeitflexibler Arbeit. Ob Erwerbstätige diese auch tatsächlich zu ihrem eigenen Nutzen realisieren können und nicht neue Formen der (Selbst-)Ausbeutung entstehen, hängt von vielen Faktoren ab, nicht zuletzt auch von arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen. Wir wollen deshalb das Arbeitsrecht und den Arbeitsschutz den neuen Herausforderungen anpassen, so dass Flexibilität ermöglicht und zugleich Schutz für neue Arbeitsformen geschaffen wird. Unser Bildungssystem muss jeden in die Lage versetzen, die Aufstiegschancen der Digitalisierung für sich zu nutzen.

Die Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung stellen besondere Herausforderungen an **alters- und altersgerechtes**

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Arbeiten in der Zukunft. Wir brauchen die Kreativität älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit einer Kombination aus ihren Erfahrungen und aktuellem Wissen ein wertvolles Potenzial darstellen. Der demographische Wandel löst die Arbeitsmarktprobleme nicht von alleine. Ohne deutlich erhöhte Investitionen in die Ausbildung und Qualifizierung der Menschen besteht die Gefahr eines Fachkräftemangels bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit von geringqualifizierten Menschen.</p> <p>5</p> <p>10 Prekäre Arbeit wollen wir überwinden, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführen und über eine Stärkung des Tarifsystems gerechte Löhne ermöglichen. Für gleiche und gleichwertige Arbeit muss gleicher Lohn gezahlt werden.</p> <p>15</p> <p>Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist tief gespalten. Der Niedriglohnsektor ist deutlich gewachsen, prekäre Beschäftigungsformen, insbesondere sachgrundlose Befristungen und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, haben zugenommen. Die vordergründig gute Arbeitsmarktentwicklung kann auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Langzeitarbeitslose und Ältere weiter deutlich geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Die Spaltung des Arbeitsmarktes verläuft insbesondere auch zwischen Männern und Frauen. Während die meisten Männer einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, sind mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Frauen Teilzeit beschäftigt – häufig ist die tatsächliche Arbeitszeit niedriger oder höher als die gewünschte. Bei steigender Frauenerwerbsquote geht das Arbeitszeitvolumen und damit die Vollzeitbeschäftigung von Frauen zurück. Gleichzeitig sind 67 Prozent der im Niedriglohnsektor Beschäftigten Frauen. Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern beträgt 22 Prozent, und beruflicher Aufstieg gilt immer noch als Männersache, während die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Frauensache gilt. Diese Struktur der Frauenerwerbstätigkeit ist in vielen Fällen nicht Existenz sichernd und sie führt geradewegs in die Altersarmut.</p> <p>20</p> <p>Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben über Jahre Reallohnverluste hinnehmen müssen. Über viele Jahre hat in unserem Land ein Lohnsenkungswettlauf stattgefunden. Dies ist das Ergebnis des Irrglaubens, dass sich Wettbewerbsfähigkeit erhöht, wenn sich die Arbeitsbedingungen der Menschen verschlechtern. Rund ein Viertel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten im Niedriglohnbereich. Wir wollen nicht Arbeit um jeden Preis, sondern gute Arbeitsbedingungen und Arbeit, die gerecht entlohnt wird.</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>Die Zahl der Beschäftigten in Leiharbeit und mit Schein-Werkverträgen, in befristeten und geringfügigen Arbeitsverhältnissen steigt zu Lasten unbefristeter und sozial abgesicherter Normalarbeitsverhältnisse. Diesen Trend wollen wir umkehren. Sozial abgesicherte und gute Arbeit muss wieder die Norm sein.</p>	<p>Arbeiten in der Zukunft. Wir brauchen die Kreativität älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit einer Kombination aus ihren Erfahrungen und aktuellem Wissen ein wertvolles Potenzial darstellen. Der demographische Wandel löst die Arbeitsmarktprobleme nicht von alleine. Ohne deutlich erhöhte Investitionen in die Ausbildung und Qualifizierung der Menschen besteht die Gefahr eines Fachkräftemangels bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit von geringqualifizierten Menschen.</p> <p>Prekäre Arbeit wollen wir überwinden, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführen und über eine Stärkung des Tarifsystems gerechte Löhne ermöglichen. Für gleiche und gleichwertige Arbeit muss gleicher Lohn gezahlt werden.</p> <p>Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist tief gespalten. Der Niedriglohnsektor ist deutlich gewachsen, prekäre Beschäftigungsformen, insbesondere sachgrundlose Befristungen und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, haben zugenommen. Die vordergründig gute Arbeitsmarktentwicklung kann auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Langzeitarbeitslose und Ältere weiter deutlich geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Die Spaltung des Arbeitsmarktes verläuft insbesondere auch zwischen Männern und Frauen. Während die meisten Männer einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, sind mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Frauen Teilzeit beschäftigt – häufig ist die tatsächliche Arbeitszeit von Frauen niedriger oder von Männern höher als die gewünschte. Bei steigender Frauenerwerbsquote geht das Arbeitszeitvolumen und damit die Vollzeitbeschäftigung von Frauen zurück. Gleichzeitig sind 67 Prozent der im Niedriglohnsektor Beschäftigten Frauen. Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern beträgt 22 Prozent, und beruflicher Aufstieg gilt immer noch als Männersache, während die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Frauensache gilt. Diese Struktur der Frauenerwerbstätigkeit ist in vielen Fällen nicht Existenz sichernd und sie führt geradewegs in die Altersarmut.</p> <p>Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben über Jahre Reallohnverluste hinnehmen müssen. Über viele Jahre hat in unserem Land ein Lohnsenkungswettlauf stattgefunden. Dies ist das Ergebnis des Irrglaubens, dass sich Wettbewerbsfähigkeit erhöht, wenn sich die Arbeitsbedingungen der Menschen verschlechtern. Rund ein Viertel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten im Niedriglohnbereich. Wir wollen nicht Arbeit um jeden Preis, sondern gute Arbeitsbedingungen und Arbeit, die gerecht entlohnt wird. <u>Nach Jahren der Lohnzurückhaltung haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Anspruch auf die gerechte Beteiligung am wirtschaftlichen Erfolg. Deutliche Lohnsteigerungen und die Stärkung der Binnennachfrage sind im gesamtwirtschaftlichen Interesse.</u></p> <p>Die Zahl der Beschäftigten in Leiharbeit und mit Schein-Werkverträgen, in befristeten und geringfügigen Arbeitsverhältnissen steigt zu Lasten unbefristeter und sozial abgesicherter Normalarbeitsverhältnisse. Diesen Trend wollen wir umkehren. Sozial abgesicherte und gute Arbeit muss wieder die Norm sein.</p>
<p>55 Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:</p> <p>„Einführung eines gesetzlich geregelten Mindestlohnes.“</p> <p>60 Wir wollen einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn in Höhe von mindestens 8,50 Euro einführen – einheitlich in Ost und West. Den Mindestlohn werden wir mit klaren Regeln zur Kontrolle und Sanktionen bei Umgehung verbinden. Wir werden den Geltungsbereich des Arbeitnehmerentendengesetzes auf alle Branchen ausweiten und stärken damit die Möglichkeit, einen tariflich vereinbarten Mindestlohn auf alle Beschäftigten einer Branche zu erstrecken.</p> <p>65</p>	<p>Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:</p> <p>„Einführung eines gesetzlich geregelten Mindestlohnes.“</p> <p>Wir wollen einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn in Höhe von mindestens 8,50 Euro einführen – einheitlich in Ost und West. Den Mindestlohn werden wir mit klaren Regeln zur Kontrolle und Sanktionen bei Umgehung verbinden. Wir werden den Geltungsbereich des Arbeitnehmerentendengesetzes auf alle Branchen ausweiten und stärken damit die Möglichkeit, einen tariflich vereinbarten Mindestlohn auf alle Beschäftigten einer Branche zu erstrecken.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Wir brauchen aber auch wieder eine Stärkung des bewährten Tarifvertragssystems und der Tarifbindung. Beides sind unabdingbare Voraussetzungen, um dem Grundsatz, dass sich Leistung lohnen muss, auch in der Realität des deutschen Arbeitsmarktes wieder Geltung zu verschaffen. Die gerechte Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Erfolg ist ökonomisch notwendig zur Stärkung der Binnennachfrage und ein unverzichtbarer Beitrag für mehr Verteilungsgerechtigkeit in unserem Land. Wir wollen die Möglichkeit der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen erleichtern. Die Bedingung, dass mindestens 50% der Beschäftigten bei tarifgebundenen Arbeitgebern arbeiten, wollen wir durch eine Prüfung des öffentlichen Interesses ersetzen. Ziel ist dabei die Vermeidung von unfairen Wettbewerbsbedingungen, bei denen nicht die Qualität der Leistung und Produkte zählen, sondern die Konkurrenz um die schlechtesten Arbeitsbedingungen. Wir treten für das Prinzip der Tarifeinheit ein. Die schnellere Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Ost- und Westdeutschland auf der Basis guter Arbeit ist unser Ziel. Mit einem einheitlichen und flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro in Ost und West kommen wir diesem Ziel näher. Wir unterstützen die Gewerkschaften, die zum Teil noch gravierenden Lohnunterschiede zwischen den Tarifgebieten in Ost und West schneller zu beseitigen. Die Stärkung der Tarifbindung ist dazu unabdingbar, denn in Ostdeutschland arbeiten nur noch 49 Prozent der Beschäftigten in Betrieben, die an einen Branchen- oder Firmentarifvertrag gebunden sind.</p> <p>Bund, Länder und Kommunen haben als öffentliche Arbeitgeber eine besondere Verantwortung für den tariflichen Schutz aller Beschäftigten und Vorbildfunktion für gute Arbeitsbedingungen. Tariftreue werden wir daher genauso wie soziale Kriterien (Entgeltgleichheit und Frauenförderung) zu einem verbindlichen Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge machen.</p>	<p>Wir brauchen aber auch wieder eine Stärkung des bewährten Tarifvertragssystems und der Tarifbindung. Beides sind unabdingbare Voraussetzungen, um dem Grundsatz, dass sich Leistung lohnen muss, auch in der Realität des deutschen Arbeitsmarktes wieder Geltung zu verschaffen. Die gerechte Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Erfolg ist ökonomisch notwendig zur Stärkung der Binnennachfrage und ein unverzichtbarer Beitrag für mehr Verteilungsgerechtigkeit in unserem Land. Wir wollen die Möglichkeit der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen erleichtern. Die Bedingung, dass mindestens 50% der Beschäftigten bei tarifgebundenen Arbeitgebern arbeiten, wollen wir durch eine Prüfung des öffentlichen Interesses ersetzen. Ziel ist dabei die Vermeidung von unfairen Wettbewerbsbedingungen, bei denen nicht die Qualität der Leistung und Produkte zählen, sondern die Konkurrenz um die schlechtesten Arbeitsbedingungen. Wir treten für das Prinzip der Tarifeinheit ein. Die schnellere Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Ost- und Westdeutschland auf der Basis guter Arbeit ist unser Ziel. Mit einem einheitlichen und flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro in Ost und West kommen wir diesem Ziel näher. Wir unterstützen die Gewerkschaften, die zum Teil noch gravierenden Lohnunterschiede zwischen den Tarifgebieten in Ost und West schneller zu beseitigen. Die Stärkung der Tarifbindung ist dazu unabdingbar, denn in Ostdeutschland arbeiten nur noch 49 Prozent der Beschäftigten in Betrieben, die an einen Branchen- oder Firmentarifvertrag gebunden sind.</p> <p>Bund, Länder und Kommunen haben als öffentliche Arbeitgeber eine besondere Verantwortung für den tariflichen Schutz aller Beschäftigten und Vorbildfunktion für gute Arbeitsbedingungen. Tariftreue werden wir daher genauso wie soziale Kriterien (Entgeltgleichheit und Frauenförderung) zu einem verbindlichen Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge machen.</p> <p><u>Es muss sichergestellt werden, dass kein Arbeitsuchender auf einen Arbeitsplatz unterhalb der ortsüblichen Entlohnung verwiesen wird. Der Mindestlohn von 8,50 Euro muss in jedem Fall gewährleistet sein.</u></p>
<p>Frauen werden trotz bester Ausbildung auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Sie werden strukturell schlechter bezahlt, auch wenn es sich um die gleiche Tätigkeit handelt wie bei Männern. Mit einem Entgeltgleichheitsgesetz werden wir die strukturelle Lohnbenachteiligung von Frauen beenden.</p> <p>Leiharbeit ist in den letzten Jahren zunehmend zur Umgehung von Tarifverträgen und für Lohndumping genutzt worden. Wir werden das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit und der gleichen Arbeitsbedingungen für Leiharbeitsbeschäftigte und Stammebelegschaften gesetzlich durchsetzen. Der Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern als Streikbrecher soll verboten werden. Die zunehmend verbreitete konzerninterne Verleihung durch Leiharbeitsgesellschaften der Unternehmen werden wir untersagen. Es soll wieder der Grundsatz gelten, dass Leiharbeiter bei wechselnden Unternehmen eingesetzt werden, aber unbefristet bei den Leiharbeitsunternehmen beschäftigt werden. Deshalb sollen die Befristung eines Leiharbeitsverhältnisses und die Koppelung der Befristung an einen Arbeitseinsatz (Synchronisation) unzulässig sein. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sollen bei der Ermittlung der Arbeitnehmerzahl für die betriebsverfassungsrechtlichen Schwellenwerte mitgezählt werden. Die SPD hat durchgesetzt, dass es mittlerweile einen tariflichen Mindestlohn für den Bereich der Leiharbeit gibt. Mehr Unternehmen nutzen seitdem fragwürdige Werkvertragskonstruktionen, um diese erste Regulierung der Leiharbeit zu umgehen. Wir wollen klarer fassen, was ein echter und was ein Schein-Werkvertrag ist und die Sanktionen bei Missbrauch verschärfen. Auch Schein-Selbstständigkeiten sollen klarer definiert werden.</p>	<p>Frauen werden trotz bester Ausbildung auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Sie werden strukturell schlechter bezahlt, auch wenn es sich um die gleiche Tätigkeit handelt wie bei Männern. Mit einem Entgeltgleichheitsgesetz werden wir die strukturelle Lohnbenachteiligung von Frauen beenden.</p> <p>Leiharbeit ist in den letzten Jahren zunehmend zur Umgehung von Tarifverträgen und für Lohndumping genutzt worden. Wir werden das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit und der gleichen Arbeitsbedingungen für Leiharbeitsbeschäftigte und Stammebelegschaften gesetzlich durchsetzen. Der Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern als Streikbrecher soll verboten werden. Die zunehmend verbreitete konzerninterne Verleihung durch Leiharbeitsgesellschaften der Unternehmen werden wir untersagen. Es soll wieder der Grundsatz gelten, dass Leiharbeiter bei wechselnden Unternehmen eingesetzt werden, aber unbefristet bei den Leiharbeitsunternehmen beschäftigt werden. Deshalb sollen die Befristung eines Leiharbeitsverhältnisses und die Koppelung der Befristung an einen Arbeitseinsatz (Synchronisation) unzulässig sein. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sollen bei der Ermittlung der Arbeitnehmerzahl für die betriebsverfassungsrechtlichen Schwellenwerte mitgezählt werden. Die SPD hat durchgesetzt, dass es mittlerweile einen tariflichen Mindestlohn für den Bereich der Leiharbeit gibt. Mehr Unternehmen nutzen seitdem fragwürdige Werkvertragskonstruktionen, um diese erste Regulierung der Leiharbeit zu umgehen. Wir wollen klarer fassen, was ein echter und was ein Schein-Werkvertrag ist und die Sanktionen bei Missbrauch verschärfen. Auch Schein-Selbstständigkeiten sollen klarer definiert werden.</p>
	<p><u>Für viele junge Menschen ist der Berufseinstieg prekär: Viele werden nicht übernommen, andere bekommen nur ein Praktikum oder einen befristeten Vertrag angeboten. Das alles</u></p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p> <p>Den Missbrauch von Praktika wollen wir wirkungsvoll bekämpfen, indem wir Mindeststandards einführen. Dazu gehören der Anspruch auf einen Vertrag, eine Mindestvergütung sowie ein qualifiziertes Zeugnis.</p> <p>Die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen wollen wir abschaffen, den Katalog möglicher Befristungsgründe überprüfen.</p> <p>Wir werden den Missbrauch von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zu Lohndumping und zur Verdrängung regulärer Beschäftigung stoppen. Wir wollen dafür sorgen, dass die Umgehung des Arbeitsrechtes auch bei Mini-Jobs künftig ausgeschlossen wird. Grundlegende Ansprüche wie Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder der Kündigungsschutz werden häufig in der Praxis nicht gewährt. Wir werden gesetzlich regeln, dass bei gewerblichen Mini-Jobs die grundlegenden arbeitsrechtlichen und tariflichen Ansprüche in einem schriftlichen Arbeitsvertrag niedergelegt werden und die Möglichkeit der Kontrolle ihrer Einhaltung verbessert werden. Wir wollen gleitende Übergänge in reguläre Beschäftigung verbessern und Barrieren, die dem entgegenstehen, abbauen. Auch geringfügige Beschäftigung muss nach Tarif bezahlt werden. Der von uns angestrebte gesetzliche Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro muss in jedem Fall eingehalten werden.</p> <p>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen am Arbeitsplatz einen besseren Schutz vor Überwachung und dem unkontrollierten Abspeichern sensibler Personaldaten. Für den besseren Persönlichkeitsschutz der Beschäftigten am Arbeitsplatz ist ein eigenes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz notwendig. Gewerkschaftliche Vertrauensleute und so genannte Whistleblower brauchen verlässlichen Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz.</p> <p>Druck und verdichtete Arbeitsabläufe führen zunehmend zu psychischen Belastungen am Arbeitsplatz. Das weit entwickelte Arbeitsschutzrecht werden wir daher den neuen Herausforderungen anpassen. Wir wollen, dass die Umsetzung von Gefährdungsbeurteilungen in den Betrieben stärker kontrolliert wird, insbesondere hinsichtlich psychischer Belastungen. Wir wollen mit einer Anti-Stress-Verordnung im Arbeitsschutzrecht mehr Verbindlichkeit schaffen und den Handelnden und Betroffenen in den Betrieben Rechtssicherheit bieten.</p> <p>Wir wollen mehr Demokratie im Betrieb. Mitbestimmte Unternehmen sind auch wirtschaftlich erfolgreicher. Mitbestimmung ist wesentliches Element unserer Vorstellung von Wirtschaftsdemokratie und hat sich bewährt. Wirtschaftsdemokratie durch Mitbestimmung erfüllt die Forderung des Grundgesetzes: „Eigentum verpflichtet“. Wir wollen die Mitbestimmung – auch auf europäischer Ebene – stärken und eine Flucht aus der Mitbestimmung wirkungsvoll verhindern.</p> <p>Wir wollen, dass wesentliche Entscheidungen über Produktionsstandorte nicht ohne Mitbestimmung gefällt werden. Dazu werden wir einen gesetzlichen Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte im Aufsichtsrat eines Unternehmens schaffen. Wir wollen den Schwellenwert für die Geltung der paritätischen Mitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte senken.</p>	<p><u>schaftt Unsicherheit. Verständlicherweise zögern viele junge Menschen deshalb, eine Familie zu gründen und sich eine eigene Existenz aufzubauen. Auch und gerade für junge Menschen sind die Regulierung von Leiharbeit, die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung sowie die Einführung eines Mindestlohns wichtig. Wir werden außerdem den Missbrauch von Praktika wirkungsvoll bekämpfen, indem wir Mindeststandards einführen. Praktika und Arbeitsproben sind Lern- und Ausbildungsverhältnisse. Wo reguläre Arbeit geleitet wird, muss diese auch regulär bezahlt werden. Zu den Mindeststandards bei Praktika gehören ein Vertrag, eine Mindestvergütung, ein qualifiziertes Zeugnis sowie bei Praktika, die nicht Teil der Berufsausbildung sind, die Befristung auf maximal drei Monate.</u></p> <p>Dazu gehören der Anspruch auf einen Vertrag, eine Mindestvergütung sowie ein qualifiziertes Zeugnis.</p> <p>Die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen wollen wir abschaffen, den Katalog möglicher Befristungsgründe überprüfen.</p> <p>Wir werden den Missbrauch von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zu Lohndumping und zur Verdrängung regulärer Beschäftigung stoppen. Wir wollen dafür sorgen, dass die Umgehung des Arbeitsrechtes auch bei Mini-Jobs künftig ausgeschlossen und ihre soziale Absicherung verbessert wird. Grundlegende Ansprüche wie Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder der Kündigungsschutz werden häufig in der Praxis nicht gewährt. Wir werden gesetzlich regeln, dass bei gewerblichen Mini-Jobs die grundlegenden arbeitsrechtlichen und tariflichen Ansprüche in einem schriftlichen Arbeitsvertrag niedergelegt werden und die Möglichkeit der Kontrolle ihrer Einhaltung verbessert werden. Wir wollen gleitende Übergänge in reguläre Beschäftigung verbessern und Barrieren, die dem entgegenstehen, abbauen. Auch geringfügige Beschäftigung muss nach Tarif bezahlt werden. Der von uns angestrebte gesetzliche Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro muss in jedem Fall eingehalten werden. <u>Wir werden weitere Schritte für eine eigenständige soziale Absicherung aller Beschäftigungsverhältnisse in den Zweigen der Sozialversicherung einleiten.</u></p> <p>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen am Arbeitsplatz einen besseren Schutz vor Überwachung und dem unkontrollierten Abspeichern sensibler Personaldaten. Für den besseren Persönlichkeitsschutz der Beschäftigten am Arbeitsplatz ist ein eigenes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz notwendig. Gewerkschaftliche Vertrauensleute und so genannte Whistleblower brauchen verlässlichen Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz.</p> <p>Druck und verdichtete Arbeitsabläufe führen zunehmend zu psychischen Belastungen am Arbeitsplatz. Das weit entwickelte Arbeitsschutzrecht werden wir daher den neuen Herausforderungen anpassen. Wir wollen, dass die Umsetzung von Gefährdungsbeurteilungen in den Betrieben stärker kontrolliert wird, insbesondere hinsichtlich psychischer Belastungen. Wir wollen mit einer Anti-Stress-Verordnung im Arbeitsschutzrecht mehr Verbindlichkeit schaffen und den Handelnden und Betroffenen in den Betrieben Rechtssicherheit bieten.</p> <p>Wir wollen mehr Demokratie im Betrieb. Mitbestimmte Unternehmen sind auch wirtschaftlich erfolgreicher. Mitbestimmung ist wesentliches Element unserer Vorstellung von Wirtschaftsdemokratie und hat sich bewährt. Wirtschaftsdemokratie durch Mitbestimmung erfüllt die Forderung des Grundgesetzes: „Eigentum verpflichtet“. Wir wollen die Mitbestimmung – auch auf europäischer Ebene – stärken und eine Flucht aus der Mitbestimmung wirkungsvoll verhindern.</p> <p>Wir wollen, dass wesentliche Entscheidungen über Produktionsstandorte nicht ohne Mitbestimmung gefällt werden. Dazu werden wir einen gesetzlichen Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte im Aufsichtsrat eines Unternehmens schaffen. Wir wollen den Schwellenwert für die Geltung der paritätischen Mitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte senken.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
<p>Die Betriebsräte brauchen mehr Mitbestimmungsrechte, um prekäre Beschäftigung zurück zu drängen. Dies gilt insbesondere für Umfang und Dauer von Leiharbeit und Werkverträgen im Betrieb, für den der Einsatz erfolgt. Beim Einsatz von Fremdbeschäftigung wollen wir die frühzeitigen Beratungs- und Verhandlungsrechte der Betriebsräte ausweiten und das Zustimmungsverweigerungsrecht verbessern. Wir wollen die Mitbestimmungsrechte auch für die Ausgestaltung der innerbetrieblichen Weiterbildung oder den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ausweiten.</p>	<p>Die Betriebsräte brauchen mehr Mitbestimmungsrechte, um prekäre Beschäftigung zurück zu drängen. Dies gilt insbesondere für Umfang und Dauer von Leiharbeit, befristeter Beschäftigung und Werkverträgen im Betrieb, für den der Einsatz erfolgt. Beim Einsatz von Fremdbeschäftigung wollen wir die frühzeitigen Beratungs- und Verhandlungsrechte der Betriebsräte ausweiten und das Zustimmungsverweigerungsrecht verbessern. Wir wollen die Mitbestimmungsrechte auch für die Ausgestaltung der innerbetrieblichen Weiterbildung oder den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ausweiten.</p>	1 5 10
<p>Die SPD steht für einen leistungsfähigen und bürgernahen öffentlichen Dienst. Öffentliche Sicherheit und öffentliche Dienstleistungen sind die Basis für ein gutes und sicheres Leben der Bürgerinnen und Bürger. Um seine Leistungen zu sichern, wollen wir den öffentlichen Dienst weiterentwickeln. Der öffentliche Dienst soll weiter demokratisiert und modernisiert werden. In diesem Sinne wollen wir die Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der Personalräte im Bund und den Ländern stärken.</p>	<p>Die SPD steht für einen leistungsfähigen und bürgernahen öffentlichen Dienst. Öffentliche Sicherheit und öffentliche Dienstleistungen sind die Basis für ein gutes und sicheres Leben der Bürgerinnen und Bürger. Um seine Leistungen zu sichern, wollen wir den öffentlichen Dienst weiterentwickeln. Der öffentliche Dienst soll weiter demokratisiert und modernisiert werden. In diesem Sinne wollen wir die Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der Personalräte im Bund und den Ländern stärken.</p>	15
<p>Wir wollen eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die sich an modernen Erwerbsbiografien orientiert. Sie soll Arbeitslosigkeit zu verhindern, die Arbeitsvermittlung verbessern und verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit aufbrechen. Vollbeschäftigung ist unser Ziel.</p>	<p>Wir wollen eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die sich an modernen Erwerbsbiografien orientiert. Sie soll Arbeitslosigkeit zu verhindern, die Arbeitsvermittlung verbessern und verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit aufbrechen. <u>Wir werden weiterhin ein hohes Augenmerk auf die Situation von älteren Arbeitslosen richten. Vollbeschäftigung ist unser Ziel.</u></p>	20
<p>Der Arbeitsmarkt regelt sich nicht von selbst. Arbeitsmarktpolitik muss dazu beitragen, dass Arbeitslosigkeit schon im Ansatz verhindert wird. Ein hohes Niveau der Mittel für aktive Arbeitsförderung ist unerlässlich, um verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit aufzubrechen. Arbeit zu fördern, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, bleibt ein zentrales Ziel.</p>	<p>Der Arbeitsmarkt regelt sich nicht von selbst. Arbeitsmarktpolitik muss dazu beitragen, dass Arbeitslosigkeit schon im Ansatz verhindert wird. Ein hohes Niveau der Mittel für aktive Arbeitsförderung ist unerlässlich, um verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit aufzubrechen. Arbeit zu fördern, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, bleibt ein zentrales Ziel.</p>	25 30
<p>Wir wollen die Arbeitslosenversicherung wieder stärken und die finanziellen Mittel für aktive Arbeitsförderung auf hohem Niveau verstetigen, um jedem Langzeitarbeitslosen ein passgenaues und zumutbares Angebot machen zu können. Vorrangig geht es um Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt. Ein nicht unerheblicher Teil von Langzeitarbeitslosen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen hat aber derzeit geringe Chancen auf Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Wir dürfen diese nicht zurücklassen. Das gilt auch für Langzeitarbeitslose, die wegen der Anrechnung von Partnereinkommen bisher keinen Anspruch auf aktivierende Leistungen nach dem SGB II haben.</p>	<p>Wir wollen die Arbeitslosenversicherung wieder stärken und die finanziellen Mittel für aktive Arbeitsförderung auf hohem Niveau verstetigen, um jedem Langzeitarbeitslosen ein passgenaues und zumutbares Angebot machen zu können. Vorrangig geht es um Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt. Ein nicht unerheblicher Teil von Langzeitarbeitslosen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen hat aber derzeit geringe Chancen auf Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Wir dürfen diese nicht zurücklassen. Das gilt auch für Langzeitarbeitslose, die wegen der Anrechnung von Partnereinkommen bisher keinen Anspruch auf aktivierende Leistungen nach dem SGB II haben.</p>	35 40
<p>Deshalb werden wir mittelfristig einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit Angeboten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung schaffen, der auch durch den Transfer von passiven in aktive Leistungen finanziert wird.</p>	<p>Deshalb werden wir mittelfristig einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit Angeboten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung schaffen, der auch durch den Transfer von passiven in aktive Leistungen finanziert wird.</p>	45
<p>Die Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung ist für viele Arbeitslose nicht mehr gegeben. Viele Menschen erreichen aufgrund unsteter und kurzzeitig befristeter Beschäftigung keine Anwartschaft auf Arbeitslosengeld mehr, obwohl sie Beiträge zahlen. Wir wollen dies durch eine Änderung der Anwartschaftsregelungen wieder verbessern. Wir werden die Rahmenfrist, in der ein Anspruch auf Arbeitslosengeld erworben werden kann, von zwei auf drei Jahre verlängern. Wir setzen uns für Betreuungsschlüssel in den JobCentern ein, die eine echte Betreuung möglich machen, nicht nur eine Verwaltung der Akten.</p>	<p>Die Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung ist für viele Arbeitslose nicht mehr gegeben. Viele Menschen erreichen aufgrund unsteter und kurzzeitig befristeter Beschäftigung keine Anwartschaft auf Arbeitslosengeld mehr, obwohl sie Beiträge zahlen. Wir wollen dies durch eine Änderung der Anwartschaftsregelungen wieder verbessern. Wir werden die Rahmenfrist, in der ein Anspruch auf Arbeitslosengeld erworben werden kann, von zwei auf drei Jahre verlängern. Wir setzen uns für Betreuungsschlüssel in den JobCentern ein, die eine echte Betreuung möglich machen, nicht nur eine Verwaltung der Akten.</p>	50 55
<p>Wir wollen die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung weiterentwickeln und dafür die Arbeitsmarktdividende nutzen. Durch sinkende Arbeitslosigkeit freiwerdende Mittel werden wir für den Aufbau der Arbeitsversicherung nutzen. Denn Arbeitslosigkeit soll nicht nur schnell beendet werden, sondern möglichst von vornherein vermieden werden. Qualifizierung und Weiterbildung über den gesamten Verlauf des Erwerbslebens sind zentral für den Erhalt der individuellen Beschäftigungsfähigkeit. Die Arbeitsversicherung soll außerdem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Verwirklichung ihrer beruflichen Ziele unterstützen. Die Arbeitsversicherung stellen wir auf drei Säulen: dem bestehenden sozialrechtlichen Anspruch auf Qualifizierung durch die Arbeitsmarktförderung der Bundesagentur für Arbeit im Falle von</p>	<p>Wir wollen die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung weiterentwickeln und dafür die Arbeitsmarktdividende nutzen. Durch sinkende Arbeitslosigkeit freiwerdende Mittel werden wir für den Aufbau der Arbeitsversicherung nutzen. Denn Arbeitslosigkeit soll nicht nur schnell beendet werden, sondern möglichst von vornherein vermieden werden. Qualifizierung und Weiterbildung über den gesamten Verlauf des Erwerbslebens sind zentral für den Erhalt der individuellen Beschäftigungsfähigkeit. Die Arbeitsversicherung soll außerdem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Verwirklichung ihrer beruflichen Ziele unterstützen. Die Arbeitsversicherung stellen wir auf drei Säulen: dem bestehenden sozialrechtlichen Anspruch auf Qualifizierung durch die Arbeitsmarktförderung der Bundesagentur für Arbeit im Falle von</p>	60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Arbeitslosigkeit, einem gestärkten arbeitsrechtlichen Anspruch gegenüber dem Arbeitgeber auf Sicherung und Erhalt der Qualifikation und einem neuen individuellen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Qualifizierung, über den die Arbeitnehmerinnen und 5 Arbeitnehmer selbst entscheiden. Nur wenn wir das Potenzial aller in Deutschland lebender Menschen heben, können wir einen Fachkräftemangel abwenden und unsere Wirtschaft zukunftsfest machen. Dazu ist ein enges Bündnis zwischen Wirtschaft und Politik erforderlich.</p> <p>10 Mit einer klugen Politik können aus dem wachsenden Bedarf an Fachkräften neue Aufstiegsmöglichkeiten für viele Beschäftigte werden. Dafür bedarf es einer Doppelstrategie: Zum einen wollen wir allen die Chance geben, so qualifiziert wie möglich zu arbeiten. 15 Zum anderen wollen wir allen, die unfreiwillig von Arbeit ausgeschlossen sind, neue Zugänge eröffnen. Deshalb ist es auch notwendig, dass keine Jugendliche und kein Jugendlicher nach dem Schulabschluss ohne Anschluss bleibt. Voraussetzung dafür sind eine systematische und realistische Berufsorientierung und Berufsvorbereitung bereits innerhalb der letzten 20 drei Schulbesuchsjahre. Eine gute Berufsausbildung und stetige Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und die Sicherung der Fachkräftebasis in der Zukunft. 25 Jeder Jugendliche hat ein Recht auf Ausbildung. Rund 1,5 Millionen junge Erwachsene zwischen 20 und 29 Jahren ohne Schul- oder Berufsabschluss brauchen besondere Förderung. Für sie wollen wir ein Sofortprogramm „2. Chance auf Berufsausbildung“ auflegen, 30 dass mit passgenauen Instrumenten auf die speziellen Lebenslagen der jungen Menschen reagiert und sie zum Ausbildungsabschluss führt. Wir wollen, dass das Nachholen eines Schulabschlusses finanziell gefördert wird. Auch insgesamt wollen wir, dass die Qualifizierung und Weiterbildung aller Beschäftigten mit verbindlichen 35 Ansprüchen gefördert werden. Wir wollen, dass die vielen Menschen mit ausländischen Berufs- und Hochschulabschlüssen nicht mehr unterhalb ihres Qualifikationsniveaus arbeiten bzw. als ungelernt gelten müssen. Das 2012 verabschiedete Anerkennungsgesetz für ausländische Abschlüsse 40 konnte die Erwartungen auf eine Trendwende in der restriktiven Anerkennungspraxis in keiner Weise erfüllen. Deshalb ist es erforderlich, die Anerkennungsverfahren zu beschleunigen, die persönliche Beratung von Betroffenen sicherzustellen und anfallende Gebühren oder Kosten für Anpassungsmaßnahmen auf einem sozial verträglichen Niveau zu halten. Das ist 45 eine wesentliche Voraussetzung für die gesellschaftliche Integration in unserem Land. Nicht nur die Betroffenen selbst profitieren von einer konsequenteren Anerkennung ihrer Bildungsabschlüsse, auch für unsere Wirtschaft ist es in Zeiten eines Fachkräftemangels 50 von hoher Wichtigkeit.</p>	<p>Arbeitslosigkeit, einem gestärkten arbeitsrechtlichen Anspruch gegenüber dem Arbeitgeber auf Sicherung und Erhalt der Qualifikation und einem neuen individuellen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Qualifizierung, über den die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbst entscheiden. Nur wenn wir das Potenzial aller in Deutschland lebender Menschen <u>erschließen</u>, können wir einem Fachkräftemangel <u>entgegenwirken</u> und unsere Wirtschaft zukunftsfest machen. Dazu ist ein enges Bündnis zwischen Wirtschaft und Politik erforderlich.</p> <p>Mit einer klugen Politik können aus dem wachsenden Bedarf an Fachkräften neue Aufstiegsmöglichkeiten für viele Beschäftigte werden. Dafür bedarf es einer Doppelstrategie: Zum einen wollen wir allen die Chance geben, so qualifiziert wie möglich zu arbeiten. Zum anderen wollen wir allen, die unfreiwillig von Arbeit ausgeschlossen sind, neue Zugänge eröffnen. Deshalb ist es auch notwendig, dass keine Jugendliche und kein Jugendlicher nach dem Schulabschluss ohne Anschluss bleibt. Voraussetzung dafür sind eine systematische und realistische Berufsorientierung und Berufsvorbereitung bereits innerhalb der letzten drei Schulbesuchsjahre. Eine gute Berufsausbildung und stetige Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und die Sicherung der Fachkräftebasis in der Zukunft. Jeder Jugendliche hat ein Recht auf Ausbildung. Rund 1,5 Millionen junge Erwachsene zwischen 20 und 29 Jahren ohne Schul- oder Berufsabschluss brauchen besondere Förderung. Für sie wollen wir ein Sofortprogramm „2. Chance auf Berufsausbildung“ auflegen, dass mit passgenauen Instrumenten auf die speziellen Lebenslagen der jungen Menschen reagiert und sie zum Ausbildungsabschluss führt. Wir wollen, dass das Nachholen eines Schulabschlusses finanziell gefördert wird. Auch insgesamt wollen wir, das die Qualifizierung und Weiterbildung aller Beschäftigten mit verbindlichen Ansprüchen gefördert werden. Wir wollen, dass die vielen Menschen mit ausländischen Berufs- und Hochschulabschlüssen nicht mehr unterhalb ihres Qualifikationsniveaus arbeiten bzw. als ungelernt gelten müssen. Das 2012 verabschiedete Anerkennungsgesetz für ausländische Abschlüsse konnte die Erwartungen auf eine Trendwende in der restriktiven Anerkennungspraxis in keiner Weise erfüllen. Deshalb ist es erforderlich, die Anerkennungsverfahren zu beschleunigen, die persönliche Beratung von Betroffenen sicherzustellen und anfallende Gebühren oder Kosten für Anpassungsmaßnahmen auf einem sozial verträglichen Niveau zu halten. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für die gesellschaftliche Integration in unserem Land. Nicht nur die Betroffenen selbst profitieren von einer konsequenteren Anerkennung ihrer Bildungsabschlüsse, auch für unsere Wirtschaft ist es in Zeiten eines Fachkräftemangels von hoher Wichtigkeit.</p>
<p>II.3 Miteinander für mehr Soziale Marktwirtschaft in Europa.</p> <p>55 Europa hat die Krise noch nicht überwunden. Der Finanzmarkt- und Bankenkrise ist auch aufgrund der immensen Rettungsmaßnahmen die Schuldenkrise der südeuropäischen Staaten gefolgt. Die Wirtschaft liegt in einigen europäischen Ländern am Boden. 60 Die Arbeitslosigkeit steigt besonders unter jungen Menschen teils bedrohlich. Die gesellschaftliche Spaltung nimmt weiter zu, das Vertrauen in die Demokratie nimmt ab. Bleiben wir auf dem aktuellen Kurs, steuern wir in Europa auf eine Demokratiekrise zu, die die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der europäischen Gesellschaften und des europäischen Einigungsprozesses ernsthaft bedroht. Wir brauchen deshalb in Europa eine Neubegründung der Sozialen Marktwirtschaft mit klaren Regeln für die Märkte.</p>	<p>II.3 Miteinander für mehr Soziale Marktwirtschaft in Europa.</p> <p>Europa hat die Krise noch nicht überwunden. Der Finanzmarkt- und Bankenkrise ist auch aufgrund der immensen Rettungsmaßnahmen die Schuldenkrise der südeuropäischen Staaten gefolgt. Die Wirtschaft liegt in einigen europäischen Ländern am Boden. Die Arbeitslosigkeit steigt besonders unter jungen Menschen teils bedrohlich. Die gesellschaftliche Spaltung nimmt weiter zu, das Vertrauen in die Demokratie nimmt ab. Bleiben wir auf dem aktuellen Kurs, steuern wir in Europa auf eine Demokratiekrise zu, die die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der europäischen Gesellschaften und des europäischen Einigungsprozesses ernsthaft bedroht. Wir brauchen deshalb in Europa eine Neubegründung der Sozialen Marktwirtschaft mit klaren Regeln für die Märkte.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
<p>Die Politik der Bundesregierung aus CDU/CSU und FPD hat in Europa nicht mehr Stabilität, sondern wachsende Instabilität geschaffen. So wichtig solide Finanzen sind, Sparen allein führt nicht ans Ziel. Stabilität und Prosperität setzen Wachstum und soziale Gerechtigkeit voraus. Das macht die Soziale Marktwirtschaft im Kern aus.</p>	<p>Die Politik der Bundesregierung aus CDU/CSU und FPD hat in Europa nicht mehr Stabilität, sondern wachsende Instabilität geschaffen. So wichtig solide Finanzen sind, Sparen allein führt nicht ans Ziel. Stabilität und Prosperität setzen Wachstum und soziale Gerechtigkeit voraus. Das macht die Soziale Marktwirtschaft im Kern aus.</p>	<p>1 5</p>
<p>Wir wollen kein Europa, das Spielball der Märkte ist, sondern eines, das im Interesse der Menschen handelt. Nur geeint und im festen Zusammenschluss der Europäischen Union hat Europa eine Chance im globalen Wettbewerb von Ideen und Werten, von Politik und Wirtschaft. Aus diesem Grund wollen wir die Politische Union Europas weiter vertiefen.</p>	<p>Wir wollen kein Europa, das Spielball der Märkte ist, sondern eines, das im Interesse der Menschen handelt. Nur geeint und im festen Zusammenschluss der Europäischen Union hat Europa eine Chance im globalen Wettbewerb von Ideen und Werten, von Politik und Wirtschaft. Aus diesem Grund wollen wir die Politische Union Europas weiter vertiefen.</p>	<p>10</p>
<p>Dafür brauchen wir klare Regelsetzung für Banken und Finanzmärkte. In der EU benötigen wir eine schlagkräftige gemeinsame Bankenaufsicht für die großen, grenzüberschreitend tätigen Institute. Das kann derzeit so nur die EZB leisten. Dabei muss eine strikte Trennung von Geldpolitik und Aufsichtsfunktion gewährleistet sein. Perspektivisch streben wir eine Ausgliederung der Aufsichtseinheit aus der EZB in eine eigenständige europäische Aufsichtsbehörde an. Die Aufsicht über kleine und mittlere Banken soll auf nationaler Ebene verbleiben und nur in Krisenfällen auf die EZB übertragen werden. Bei der Aufsicht müssen die Unterschiede zwischen den Geschäftsmodellen der Banken berücksichtigt werden. Komplexität und Risikoorientierung müssen sich auch konkret in der Intensität der Aufsicht und der Prüfungen widerspiegeln.</p>	<p>Dafür brauchen wir klare Regelsetzung für Banken und Finanzmärkte. In der EU benötigen wir eine schlagkräftige gemeinsame Bankenaufsicht für die großen, grenzüberschreitend tätigen Institute. Das kann derzeit so nur die Europäische Zentralbank (EZB) leisten. Dabei muss eine strikte Trennung von Geldpolitik und Aufsichtsfunktion gewährleistet sein. Perspektivisch streben wir eine Ausgliederung der Aufsichtseinheit aus der EZB in eine eigenständige europäische Aufsichtsbehörde an. Die Aufsicht über kleine und mittlere Banken soll auf nationaler Ebene verbleiben und nur in Krisenfällen auf die EZB übertragen werden. Bei der Aufsicht müssen die Unterschiede zwischen den Geschäftsmodellen der Banken berücksichtigt werden. Komplexität und Risikoorientierung müssen sich auch konkret in der Intensität der Aufsicht und der Prüfungen widerspiegeln.</p>	<p>15 20 25</p>
<p>Wir setzen uns auch für europäische Abwicklungsregeln für Banken ein, im Krisenfall müssen Boni zurückgefordert, Dividenden einbehalten und die Eigentümer durch Schuldverzicht oder Schuldumwandlung an den Verlusten beteiligt werden. Wir fordern die Einrichtung einer europäischen Abwicklungsbehörde und eines europäischen Restrukturierungsfonds für große Banken. Dieser Bankenfonds soll über eine Bankenabgabe finanziert werden, deren Höhe sich nach der Systemrelevanz, dem Risikoprofil und dem Verschuldungsgrad der Banken richtet. Er muss zumindest die Zinsvorteile abschöpfen, die systemrelevante Banken derzeit aus unterstellten Staatsgarantien genießen. Wir werden dafür sorgen, dass die Schiedsrichter nicht auch Mitspieler sind. Neben der Verschärfung der bestehenden Regeln für Ratingagenturen fordern wir die Einrichtung einer Europäischen Ratingagentur.</p>	<p>Wir setzen uns auch für europäische Abwicklungsregeln für Banken ein, im Krisenfall müssen Boni zurückgefordert, Dividenden einbehalten und die Eigentümer durch Schuldverzicht oder Schuldumwandlung an den Verlusten beteiligt werden. Wir fordern die Einrichtung einer europäischen Abwicklungsbehörde und eines europäischen Restrukturierungsfonds für große Banken. Dieser Bankenfonds soll über eine Bankenabgabe finanziert werden, deren Höhe sich nach der Systemrelevanz, dem Risikoprofil und dem Verschuldungsgrad der Banken richtet. Er muss zumindest die Zinsvorteile abschöpfen, die systemrelevante Banken derzeit aus unterstellten Staatsgarantien genießen. Wir werden dafür sorgen, dass die Schiedsrichter nicht auch Mitspieler sind. Neben der Verschärfung der bestehenden Regeln für Ratingagenturen fordern wir die Einrichtung einer Europäischen Ratingagentur.</p>	<p>30 35 40</p>
<p>Wir setzen uns für eine engere Abstimmung der Steuerpolitik der Mitgliedstaaten ein. Verbindliche Steuer-Mindeststandards für Unternehmensgewinne und Kapitaleinkommen, sind nicht nur ein Gebot der fiskalischen Stabilität, sondern auch unverzichtbar, um fairen Wettbewerb im Binnenmarkt zu ermöglichen. Im Kampf gegen Steuerhinterziehung und unfairen Steuerwettbewerb auf europäischer Ebene wollen wir den Anwendungsbereich der EU-Zinsrichtlinie auf alle Kapitaleinkünfte und alle natürlichen und juristischen Personen ausdehnen und den automatischen Auskunfts austausch in Europa zum Standard machen, auch im Verhältnis zu Drittstaaten wie der Schweiz.</p>	<p>Wir setzen uns für eine engere Abstimmung der Steuerpolitik der Mitgliedstaaten ein. Verbindliche Steuer-Mindeststandards für Unternehmensgewinne und Kapitaleinkommen, sind nicht nur ein Gebot der fiskalischen Stabilität, sondern auch unverzichtbar, um fairen Wettbewerb im Binnenmarkt zu ermöglichen. Im Kampf gegen Steuerhinterziehung und unfairen Steuerwettbewerb auf europäischer Ebene wollen wir den Anwendungsbereich der EU-Zinsrichtlinie auf alle Kapitaleinkünfte und alle natürlichen und juristischen Personen ausdehnen und den automatischen Auskunfts austausch in Europa zum Standard machen, auch im Verhältnis zu Drittstaaten wie der Schweiz.</p>	<p>45 50</p>
<p>Bessere Regeln auf den Finanzmärkten reichen noch nicht aus, um die europäische Wirtschaft aus ihrer Schieflage zu holen. Dafür müssen wir dauerhafte und exzessive wirtschaftliche Ungleichgewichte bekämpfen. Eine Währungsunion braucht auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik mit längerfristig ausgeglichenen Leistungsbilanzen. Alle EU-Mitgliedstaaten müssen ihren Beitrag leisten, damit die wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone abgebaut werden. Wir müssen in den Mitgliedstaaten und in Europa abgestimmte und gemeinsame Maßnahmen für nachhaltiges Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit ergreifen.</p>	<p>Bessere Regeln auf den Finanzmärkten reichen noch nicht aus, um die europäische Wirtschaft aus ihrer Schieflage zu holen. Dafür müssen wir dauerhafte und exzessive wirtschaftliche Ungleichgewichte bekämpfen. Eine Währungsunion braucht auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik mit längerfristig ausgeglichenen Leistungsbilanzen. Alle EU-Mitgliedstaaten müssen ihren Beitrag leisten, damit die wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone abgebaut werden. Wir müssen in den Mitgliedstaaten und in Europa abgestimmte und gemeinsame Maßnahmen für nachhaltiges Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit ergreifen.</p>	<p>55 60</p>
<p>Europas Wirtschaften brauchen einen neuen Impuls für nachhaltiges Wachstum. Wachstum und wirtschaftliche Dynamik ist notwendig, um die zum Teil dramatisch hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen. Die gemeinsame Ver-</p>	<p>Europas Wirtschaften brauchen einen neuen Impuls für nachhaltiges Wachstum. Wachstum und wirtschaftliche Dynamik sind notwendig, um die zum Teil dramatisch hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen. Die gemeinsame Ver-</p>	<p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 pflichtung zu soliden Finanzen muss deshalb durch ein gemeinsames Verständnis und konkrete gemeinsame Zielvorgaben für eine europäische Wachstumsstrategie ergänzt werden, die wirtschaftliche Innovation mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Erneuerung zusammenbringt. Dabei wollen wir auch die industrielle Erneuerung Europas auf den Weg bringen. Wir streben einen Europäischen Investitions- und Aufbaufonds an, der die Finanzierung und Durchführung von europaweiten Programmen zur Förderung eines nachhaltigen und tragfähigen Wachstums, zur Stärkung der Binnennachfrage sowie zur Förderung von gerecht entlohnter Beschäftigung verbindlich macht. Diesen finanzieren wir durch Projektanleihen, die Umschichtung bestehender Strukturfondsmittel, die Aufwertung der Europäischen Investitionsbank und Mittel aus der Finanztransaktionssteuer. Die Mittel sollen bei Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung, dem Ausbau transeuropäischer Infrastrukturnetze und einem Sofortprogramm gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern der EU eingesetzt werden. Dazu muss es einen Strukturwandel im EU Budget mit der Ausrichtung auf Wachstum, Beschäftigung, Innovation und Ausbildung und der Modernisierung der Verwaltungen geben.</p> <p>20 Mit einem europäischen Schuldentilgungsfonds wollen wir die Handlungsfähigkeit aller Mitglieder in der Währungsunion sicherstellen. Mit einem verbindlichen Schuldenabbau- und Reformplan nimmt er die Staaten in die Pflicht, damit die Europäische Zentralbank nicht weiter gezwungen ist, auf den Anleihemärkten einzugreifen. Solidarität ist wichtig, um die Stabilität unserer Währung zu sichern. Sie darf aber keine Einbahnstraße sein, sondern muss an Anstrengungen der Krisenstaaten für tragfähige Haushalte geknüpft sein.</p>	<p>pflichtung zu soliden Finanzen muss deshalb durch ein gemeinsames Verständnis und konkrete gemeinsame Zielvorgaben für eine europäische Wachstumsstrategie ergänzt werden, die wirtschaftliche Innovation mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Erneuerung zusammenbringt. Dabei wollen wir auch die industrielle Erneuerung Europas auf den Weg bringen. Wir streben einen Europäischen Investitions- und Aufbaufonds an, der die Finanzierung und Durchführung von europaweiten Programmen zur Förderung eines nachhaltigen und tragfähigen Wachstums, zur Stärkung der Binnennachfrage sowie zur Förderung von gerecht entlohnter Beschäftigung verbindlich macht. Diesen finanzieren wir durch Projektanleihen, die Umschichtung bestehender Strukturfondsmittel, die Aufwertung der Europäischen Investitionsbank und Mittel aus der Finanztransaktionssteuer. Die Mittel sollen bei Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung, dem Ausbau transeuropäischer Infrastrukturnetze und einem Sofortprogramm gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern der EU eingesetzt werden. Dazu muss es einen Strukturwandel im EU Budget mit der Ausrichtung auf Wachstum, Beschäftigung, Innovation und Ausbildung und der Modernisierung der Verwaltungen geben.</p> <p>20 Mit einem europäischen Schuldentilgungsfonds wollen wir die Handlungsfähigkeit aller Mitglieder in der Währungsunion sicherstellen. Mit einem verbindlichen Schuldenabbau- und Reformplan nimmt er die Staaten in die Pflicht, damit die Europäische Zentralbank nicht weiter gezwungen ist, auf den Anleihemärkten einzugreifen. Solidarität ist wichtig, um die Stabilität unserer Währung zu sichern. Sie darf aber keine Einbahnstraße sein, sondern muss an Anstrengungen der Krisenstaaten für tragfähige Haushalte geknüpft sein.</p>
<h2 data-bbox="105 1025 778 1104">II.4 Den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sichern.</h2> <p>35 Deutschland ist wirtschaftlich stark und wettbewerbsfähig auf den Weltmärkten. In der Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre hat sich unser Wirtschafts- und Sozialsystem als erfolgreich, flexibel und robust bewährt. Eine starke industrielle Basis, ein leistungsfähiger Mittelstand mit einem erfolgreichen Handwerk und verantwortungsbewusste Tarifpartner sind die Erfolgsfaktoren der Sozialen Marktwirtschaft. Unternehmerische Freiheit, soziale Verantwortung und Teilhabe gehören untrennbar zusammen.</p> <p>40 Wohlstand und hohe Lebensqualität für alle bleiben die zentralen Ziele sozialdemokratischer Wirtschafts- und Industriepolitik. Wir wollen nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung vereint. Es geht für uns um erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung, um sichere Arbeitsplätze, um gerechte Teilhabe und eine hohe Lebensqualität.</p> <p>45 Unsere Ziele:</p> <ul data-bbox="105 1630 778 2000" style="list-style-type: none"> • Deutschland ist ein Industrieland und braucht auch in Zukunft eine starke Industrie als Basis einer wissensintensiven und wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Wir stehen für eine integrierte Industriepolitik als Querschnittspolitik zur Schaffung industrie-freundlicher Rahmenbedingungen. • Dienstleistungen haben bereits heute einen Anteil von 70% an der Wertschöpfung und werden auch zukünftig weiter wachsen. Unser Ziel ist eine integrierte Dienstleistungspolitik, die durch die Verzahnung von Wirtschafts- und Strukturpolitik sowie Forschungs- und Innovationspolitik Dienstleistungen von hoher Qualität fördert. • Deutschlands Potenzial sind hochqualifizierte Fachkräfte. Nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum braucht qualifizierte Frauen und Männer, die mit guten Löhnen ihren Anteil am Er- 	<h2 data-bbox="778 1025 1445 1104">II.4 Den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sichern.</h2> <p>Deutschland ist wirtschaftlich stark und wettbewerbsfähig auf den Weltmärkten. In der Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre hat sich unser Wirtschafts- und Sozialsystem als erfolgreich, flexibel und robust bewährt. Eine starke industrielle Basis, ein leistungsfähiger Mittelstand mit einem erfolgreichen Handwerk und verantwortungsbewusste Tarifpartner sind die Erfolgsfaktoren der Sozialen Marktwirtschaft. Unternehmerische Freiheit, soziale Verantwortung und Teilhabe gehören untrennbar zusammen.</p> <p>40 Wohlstand und hohe Lebensqualität für alle bleiben die zentralen Ziele sozialdemokratischer Wirtschafts- und Industriepolitik. Wir wollen nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung vereint. Es geht für uns um erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung, um sichere Arbeitsplätze, um gerechte Teilhabe und eine hohe Lebensqualität.</p> <p>45 Unsere Ziele:</p> <ul data-bbox="778 1630 1445 2000" style="list-style-type: none"> • Deutschland ist ein Industrieland und braucht auch in Zukunft eine starke Industrie als Basis einer wissensintensiven und wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft. Wir stehen für eine integrierte Industriepolitik als Querschnittspolitik zur Schaffung industrie-freundlicher Rahmenbedingungen. • Dienstleistungen haben bereits heute einen Anteil von 70% an der Wertschöpfung und werden auch zukünftig weiter wachsen. Unser Ziel ist eine integrierte Dienstleistungspolitik, die durch die Verzahnung von Wirtschafts- und Strukturpolitik sowie Forschungs- und Innovationspolitik Dienstleistungen von hoher Qualität fördert. • Deutschlands Potenzial sind hochqualifizierte Fachkräfte. Nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum braucht qualifizierte Frauen und Männer, die mit guten Löhnen ihren Anteil am Er-

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>folg ihrer Unternehmen erhalten und zu einer kräftigen Binnenkonjunktur beitragen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eine leistungsfähige Infrastruktur ist Voraussetzung für den weiteren Erfolg unseres Wirtschaftsstandortes. Als Grundlage für neues Wachstum braucht Deutschland eine Modernisierung seiner Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur mit entsprechenden Investitionen. Die Mobilität der Zukunft muss bezahlbar und umweltschonend sein und den Wirtschaftsstandort Deutschland sichern. • Kreativität ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts mit immensen Wachstums- und Beschäftigungspotenzialen. Wir werden zusammen mit Kreativen die Rahmenbedingungen schaffen, um diese Potenziale zu entfalten und gleichzeitig sozial besser abzusichern. <p>Eine integrierte Industriepolitik ist Grundlage für die Sicherung einer erfolgreichen Wirtschaft. Um im internationalen Wettbewerb zu bestehen, muss Deutschland noch mehr in moderne Produkte und nachhaltige Prozesse investieren. Deshalb wollen wir die Anstrengungen für Forschung und Innovationen intensivieren und die Forschungsinvestitionen über die Marke von drei Prozent des BIP hinaus steigern. Für Deutschland stehen dabei die Entwicklung von „High-End-Produkten“ und der Wandel in der Produktion im Vordergrund. Besonders erwünschte Investitionen, z.B. im Bereich der Energie- und Ressourceneffizienz, wollen wir durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten (Sonderabschreibung, degressive AfA) oder mit einer Investitionszulage fördern.</p>	<p>folg ihrer Unternehmen erhalten und zu einer kräftigen Binnenkonjunktur beitragen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eine leistungsfähige Infrastruktur ist Voraussetzung für den weiteren Erfolg unseres Wirtschaftsstandortes. Als Grundlage für neues Wachstum braucht Deutschland eine Modernisierung seiner Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur mit entsprechenden Investitionen. Die Mobilität der Zukunft muss bezahlbar und umweltschonend sein und den Wirtschaftsstandort Deutschland sichern. • Kreativität ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts mit immensen Wachstums- und Beschäftigungspotenzialen. Wir werden zusammen mit Kreativen die Rahmenbedingungen schaffen, um diese Potenziale zu entfalten und gleichzeitig sozial besser abzusichern. <p>Eine integrierte Industriepolitik ist Grundlage für die Sicherung einer erfolgreichen Wirtschaft. Um im internationalen Wettbewerb zu bestehen, muss Deutschland noch mehr in moderne Produkte und nachhaltige Prozesse investieren. Deshalb wollen wir die Anstrengungen für Forschung und Innovationen intensivieren und die Forschungsinvestitionen über die Marke von drei Prozent des BIP hinaus steigern. Für Deutschland stehen dabei die Entwicklung von „High-End-Produkten“ und der Wandel in der Produktion im Vordergrund. Besonders erwünschte Investitionen, z.B. im Bereich der Energie- und Ressourceneffizienz, wollen wir durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten (Sonderabschreibung, degressive AfA) oder mit einer Investitionszulage fördern.</p> <p><u>Neben der Projektförderung wollen wir eine neue Form der steuerlichen Forschungsförderung etablieren, die kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommt.</u></p>
<p>Wir wollen eine Erneuerung der klassischen Industrien und die Erschließung neuer Leitmärkte voranbringen. Dort, wo die deutsche Industrie ihre Stärken hat, gilt es, den Vorsprung gegenüber der internationalen Konkurrenz zu halten. Dort, wo Potenziale existieren, muss die Industrie erneuert und wettbewerbsfähig gemacht werden. Dazu gehören die Leitmärkte Mobilität, Gesundheit, Energie und Infrastruktur.</p> <p>Wir brauchen für den Standort Deutschland die Weiterentwicklung von IT-Infrastruktur. Denn: Digitalisierung und Vernetzung spielen heute in Unternehmensstrukturen und Produktionsabläufen eine bedeutende Rolle. Die Softwareindustrie hat hierzulande nicht nur mit Blick auf Arbeitsplätze und neue Geschäftsmodelle großes Potenzial. Gleichzeitig gibt sie als Querschnittstechnologie wichtige Impulse auch für andere Wirtschaftszweige.</p> <p>Deutschlands wirtschaftliche Stärke kann nur gesichert und ausgebaut werden, wenn die Industriepolitik ergänzt wird durch eine moderne und integrierte Dienstleistungspolitik. Dienstleistungen und Produktion sind keine Gegensätze, sondern bedingen sich immer stärker, z.B. im Bereich der industrienahen Dienstleistungen.</p> <p>Die überwiegend mittelständisch geprägte dienstleistungsintensive Tourismusbranche ist ein Beispiel für eine Dienstleistungsbranche die wir durch die Verbesserung von Rahmenbedingungen stärken wollen. Gute Arbeit ist im Bereich aller Dienstleistungen unser Leitbild.</p> <p>Die Kreativbranche wird immer wichtiger für den Erfolg unserer Wirtschaft. Wir wollen die Kreativwirtschaft noch stärker fördern und ausbauen. Unsere Maßnahmen für einen Kreativpakt: Der Innovationsbegriff in den Förderprogrammen der Wirtschafts- und Infrastrukturförderung muss für die Kreativwirtschaft angepasst und geöffnet werden, die bestehenden Existenzgründungsprogramme des Bundes hinsichtlich Eigenkapitalanteil-Forderungen, Anerkennung von Immaterialgütern, Beratung und Qualifizierung an die Bedürfnisse der Kreativwirtschaft angepasst und dabei neben der Gründungs-, auch die Wachstumsphasen der Unternehmen berücksichtigt werden.</p> <p>Mittelstand und Handwerk sind das Zentrum unserer Wirtschaft. Sie garantieren wirtschaftliche Stabilität und Nachhaltigkeit. Als kleine und mittlere Unternehmen sind sie flexibel, inno-</p>	<p>Wir wollen eine Erneuerung der klassischen Industrien und die Erschließung neuer Leitmärkte voranbringen. Dort, wo die deutsche Industrie ihre Stärken hat, gilt es, den Vorsprung gegenüber der internationalen Konkurrenz zu halten. Dort, wo Potenziale existieren, muss die Industrie erneuert und wettbewerbsfähig gemacht werden. Dazu gehören die Leitmärkte Mobilität, Gesundheit, Energie und Infrastruktur.</p> <p>Wir brauchen für den Standort Deutschland die Weiterentwicklung von IT-Infrastruktur. Denn: Digitalisierung und Vernetzung spielen heute in Unternehmensstrukturen und Produktionsabläufen eine bedeutende Rolle. Die Softwareindustrie hat hierzulande nicht nur mit Blick auf Arbeitsplätze und neue Geschäftsmodelle großes Potenzial. Gleichzeitig gibt sie als Querschnittstechnologie wichtige Impulse auch für andere Wirtschaftszweige.</p> <p>Deutschlands wirtschaftliche Stärke kann nur gesichert und ausgebaut werden, wenn die Industriepolitik ergänzt wird durch eine moderne und integrierte Dienstleistungspolitik. Dienstleistungen und Produktion sind keine Gegensätze, sondern bedingen sich immer stärker, z.B. im Bereich der industrienahen Dienstleistungen.</p> <p>Die überwiegend mittelständisch geprägte dienstleistungsintensive Tourismusbranche ist ein Beispiel für eine Dienstleistungsbranche die wir durch die Verbesserung von Rahmenbedingungen stärken wollen. Gute Arbeit ist im Bereich aller Dienstleistungen unser Leitbild.</p> <p>Die Kreativbranche wird immer wichtiger für den Erfolg unserer Wirtschaft. Wir wollen die Kreativwirtschaft noch stärker fördern und ausbauen. Unsere Maßnahmen für einen Kreativpakt: Der Innovationsbegriff in den Förderprogrammen der Wirtschafts- und Infrastrukturförderung muss für die Kreativwirtschaft angepasst und geöffnet werden, die bestehenden Existenzgründungsprogramme des Bundes hinsichtlich Eigenkapitalanteil-Forderungen, Anerkennung von Immaterialgütern, Beratung und Qualifizierung an die Bedürfnisse der Kreativwirtschaft angepasst und dabei neben der Gründungs-, auch die Wachstumsphasen der Unternehmen berücksichtigt werden.</p> <p>Mittelstand und Handwerk sind das Zentrum unserer Wirtschaft. Sie garantieren wirtschaftliche Stabilität und Nachhaltigkeit. Als kleine und mittlere Unternehmen sind sie flexibel, inno-</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 vativ und ihrer Region stark verbunden. Gerade in Ostdeutschland prägen sie die regionalen Wirtschaftsstrukturen maßgeblich. Wir wollen die Rahmenbedingungen zur Entfaltung von Mittelstand, Selbstständigkeit und Existenzgründung verbessern.</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20 Das Handwerk.</p> <p>Handwerksbetriebe gelten zu Recht als „Ausbilder der Nation“. Diese Stärke wollen wir erhalten und, wo nötig, unterstützen. Gleichzeit 25 gleichzeitig stehen auch sie in einem harten Wettbewerb um Fachkräfte, haben einen eingeschränkten finanziellen Spielraum und sind vom bürokratischen Aufwand vergleichsweise höher betroffen.</p> <p>Bei der Mittelstandsfinanzierung wollen wir Hemmnisse, insbesondere für neu gegründete Unternehmen gar nicht erst entstehen lassen. Wir wollen eine Vermögensteuer, die der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, von Personengesellschaften und Familienunternehmen Rechnung trägt und ihre zukunftssichernde Eigenkapitalbildung sichert, sowie ihre Investitionsspielräume nicht belastet.</p> <p>30 Darüber hinaus werden wir uns für eine mittelstandsfreundliche Ausgestaltung von Basel III einsetzen. Dazu könnte auch eine adäquate Bewertung der systemischen Risiken im Rahmen einer Kreditvergabe beitragen. Gleichzeitig werden wir die Diversifizierung der Finanzquellen erleichtern, indem wir Förderprogramme für Leasingfinanzierungen und Factoring ermöglichen und den Zugang von größeren mittelständischen Unternehmen zu Kapitalmarktf 40 Finanzierung erleichtern. Dabei kann die Einrichtung einer europäischen Ratingagentur einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die hohen Transaktionskosten durch die Erstellung von Unternehmensratings zu dämpfen.</p> <p>Gleichzeitig werden wir im Bereich der Existenzgründungen dafür sorgen, dass Fördermöglichkeiten nicht ausschließlich auf technologische Innovationen beschränkt bleiben. Auch sozial-innovative Gründungen sollen als Social Entrepreneurs verstärkt Zugang zu Förderungen und Beratung bekommen und so mittelständische Beiträge zur Lösung gesellschaftlicher Probleme unterstützen.</p> <p>Um die Rahmenbedingungen für den Mittelstand zu verbessern, setzen wir auf den Abbau von Bürokratie. Die nationale und europäische Rechtsetzung sollen besser auf den Mittelstand ausgerichtet werden und, wo möglich, Verwaltungswege verkürzt werden.</p> <p>55 Gemeinsam mit Wirtschaft und Gewerkschaften, Ländern und Kommunen werden wir eine politische Initiative zur Sicherung des Fachkräftebedarfes in Deutschland starten. Wir wollen Bildungsmobilität und Aufstiegschancen verbessern. Mit der beruflichen Aufstiegsfortbildung (Meisterin/Meister, Technikerin/Techniker, Fachwirtin/Fachwirt) steht bereits eine bewährte Karriereform zur Verfügung. Diese „Oberstufe“ des dualen Systems wollen wir weiter ausbauen. Sie bietet auch eine Alternative zum Hochschulabschluss. Weitere Aufstiegswege für Fachkräfte sind die Hochschulen und deren Studienangebote. Im Sinne einer besseren Durchlässigkeit wollen wir die Hochschulen noch mehr für</p> <p>65</p>	<p>vativ und ihrer Region stark verbunden. Gerade in Ostdeutschland prägen sie die regionalen Wirtschaftsstrukturen maßgeblich. Wir wollen die Rahmenbedingungen zur Entfaltung von Mittelstand, Selbstständigkeit und Existenzgründung verbessern.</p> <p><u>Deutschlands wirtschaftliche und Wohlstand beruht zu einem erheblichen Teil auf dem Einsatz seiner Selbständigen. Die Selbständigenquote in Deutschland ist dabei mit ca. 10% im internationalen Vergleich nach wie vor unterdurchschnittlich. Gerade beim Sprung ins Informations- und Wissenszeitalter muss Deutschland sich stärker als Selbständigengesellschaft aufstellen. Vor allem in den kleinen und mittleren Unternehmen und auch in den freien Berufen entstehen Aus- und Arbeitsplätze von morgen. Deshalb wollen wir auf die Förderung dieses Bereichs in unserer Wirtschaftspolitik ein besonderes Augenmerk legen und bereits in der schulischen und beruflichen Ausbildung mehr junge Menschen für die Selbständigen begeistern. Wir wollen die berufsständische Selbstverwaltung der Freien Berufe durch die Berufskammern bewahren und stärken.</u></p> <p>Das Handwerk.</p> <p>Handwerksbetriebe gelten zu Recht als „Ausbilder der Nation“. Diese Stärke wollen wir erhalten und, wo nötig, unterstützen. Gleichzeit 45 gleichzeitig stehen auch sie in einem harten Wettbewerb um Fachkräfte, haben einen eingeschränkten finanziellen Spielraum und sind vom bürokratischen Aufwand vergleichsweise höher betroffen.</p> <p>Bei der Mittelstandsfinanzierung wollen wir Hemmnisse, insbesondere für neu gegründete Unternehmen gar nicht erst entstehen lassen. Wir wollen eine Vermögensteuer, die der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, von Personengesellschaften und Familienunternehmen Rechnung trägt und ihre zukunftssichernde Eigenkapitalbildung sichert, sowie ihre Investitionsspielräume nicht belastet.</p> <p>50 Darüber hinaus werden wir uns für eine mittelstandsfreundliche Ausgestaltung von Basel III einsetzen. Dazu könnte auch eine adäquate Bewertung der systemischen Risiken im Rahmen einer Kreditvergabe beitragen. Gleichzeitig werden wir die Diversifizierung der Finanzquellen erleichtern, indem wir Förderprogramme für Leasingfinanzierungen und Factoring ermöglichen und den Zugang von größeren mittelständischen Unternehmen zu Kapitalmarktf 55 Finanzierung erleichtern. Dabei kann die Einrichtung einer europäischen Ratingagentur einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die hohen Transaktionskosten durch die Erstellung von Unternehmensratings zu dämpfen.</p> <p>Gleichzeitig werden wir im Bereich der Existenzgründungen dafür sorgen, dass Fördermöglichkeiten nicht ausschließlich auf technologische Innovationen beschränkt bleiben. Auch sozial-innovative Gründungen sollen als Social Entrepreneurs verstärkt Zugang zu Förderungen und Beratung bekommen und so mittelständische Beiträge zur Lösung gesellschaftlicher Probleme unterstützen.</p> <p>Um die Rahmenbedingungen für den Mittelstand zu verbessern, setzen wir auf den Abbau von Bürokratie. Die nationale und europäische Rechtsetzung sollen besser auf den Mittelstand ausgerichtet werden und, wo möglich, Verwaltungswege verkürzt werden.</p> <p>60 Gemeinsam mit Wirtschaft und Gewerkschaften, Ländern und Kommunen werden wir eine politische Initiative zur Sicherung des Fachkräftebedarfes in Deutschland starten. Wir wollen Bildungsmobilität und Aufstiegschancen verbessern. Mit der beruflichen Aufstiegsfortbildung (Meisterin/Meister, Technikerin/Techniker, Fachwirtin/Fachwirt) steht bereits eine bewährte Karriereform zur Verfügung. Diese „Oberstufe“ des dualen Systems wollen wir weiter ausbauen. Sie bietet auch eine Alternative zum Hochschulabschluss. Weitere Aufstiegswege für Fachkräfte sind die Hochschulen und deren Studienangebote. Im Sinne einer besseren Durchlässigkeit wollen wir die Hochschulen noch mehr für</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>beruflich Qualifizierte öffnen und die Zugänge erleichtern, z.B. durch Anerkennungs- und Kompetenzfeststellungsverfahren. Auch die Berufsbilder im Dienstleistungsbereich müssen zeitgemäß ausgestaltet und nach dem Berufsbildungsgesetz neu geregelt werden. Geschlechterspezifische Zuordnungen müssen überwunden werden. Dazu werden wir mit den Sozialpartnern neue Qualifikationen, Berufe und Ausbildungsfelder erschließen. Nur so können die Beschäftigungspotenziale im Dienstleistungsbereich erschlossen werden.</p> <p>Unser Ziel ist es, die Erwerbsbeteiligung zu erhöhen und werden dazu die Möglichkeiten zur Berufstätigkeit für Ältere, Berufrückkehrerinnen und Berufrückkehrer, Migrantinnen und Migranten sowie Langzeitarbeitslose erweitern durch die Fortführung des Eingliederungszuschusses für Ältere, den Ausbau der Betreuungsstrukturen für Kinder und Pflegebedürftige sowie des Sprachkurs-Angebotes und der Rücknahme der Kürzungen bei den Qualifizierungskosten für Arbeitssuchende. Auch nachholende Qualifizierung wollen wir erleichtern. In den letzten beiden Jahrzehnten standen häufig nicht genügend betriebliche Ausbildungsplätze für Jugendliche zur Verfügung.</p>	<p>beruflich Qualifizierte öffnen und die Zugänge erleichtern, z.B. durch Anerkennungs- und Kompetenzfeststellungsverfahren. Auch die Berufsbilder im Dienstleistungsbereich müssen zeitgemäß ausgestaltet und nach dem Berufsbildungsgesetz neu geregelt werden. Geschlechterspezifische Zuordnungen müssen überwunden werden. Dazu werden wir mit den Sozialpartnern neue Qualifikationen, Berufe und Ausbildungsfelder erschließen. Nur so können die Beschäftigungspotenziale im Dienstleistungsbereich erschlossen werden.</p> <p>Unser Ziel ist es, die Erwerbsbeteiligung zu erhöhen und werden dazu die Möglichkeiten zur Berufstätigkeit für Ältere, Berufrückkehrerinnen und Berufrückkehrer, Migrantinnen und Migranten sowie Langzeitarbeitslose erweitern durch die Fortführung des Eingliederungszuschusses für Ältere, den Ausbau der Betreuungsstrukturen für Kinder und Pflegebedürftige sowie des Sprachkurs-Angebotes und der Rücknahme der Kürzungen bei den Qualifizierungskosten für Arbeitssuchende. Auch nachholende Qualifizierung wollen wir erleichtern. In den letzten beiden Jahrzehnten standen häufig nicht genügend betriebliche Ausbildungsplätze für Jugendliche zur Verfügung.</p>
<p>Investitionen in die Realwirtschaft fördern.</p>	<p>Investitionen in die Realwirtschaft fördern.</p>
<p>Die deutsche Wirtschaftspolitik ist zu wenig auf die Zukunft ausgerichtet. In den Bereichen Bildung, Infrastruktur und Investitionen auf Zukunftsmärkten – also den Grundlagen für zukünftiges Wirtschaftswachstum – gerät Deutschland immer mehr ins Hintertreffen. Mit einer Nettoinvestitionsquote von gerade einmal 3 Prozent im Jahr 2011 liegt Deutschland im OECD-Vergleich weit hinten. Die öffentlichen Investitionen decken im Durchschnitt der letzten Jahre nicht einmal den Ersatzbedarf.</p> <p>Zugleich sind die Möglichkeiten zur Mobilisierung von privatem Kapital für Investitionen in die Realwirtschaft enorm und bei weitem nicht ausgeschöpft. In Deutschland gibt es so viel Reichtum wie nie zuvor. Allein das Geldvermögen erreichte jüngst den neuen Rekordstand von 8,5 Billionen Euro. In Deutschland wird mehr gespart als in den meisten anderen Ländern. Das Staatsvermögen hingegen verringert sich bereits seit Jahren. Zwischen 1992 und 2012 ging es um über 800 Milliarden Euro zurück. Im gleichen Zeitraum hat sich das Netto-Gesamtvermögen der privaten Haushalte von knapp 4,6 auf rund 10 Billionen Euro mehr als verdoppelt.</p> <p>Wir brauchen mehr öffentlichen wie private Investitionen. Dazu wollen wir Anreize schaffen. Und wir werden ein neues Anreizsystem auf den Kapitalmärkten prüfen, das langfristige Realinvestitionen fördert und den gesamten Lebenszyklus einer Investition im Blick hat.</p> <p>Es geht auch um die aktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltung des Gemeinwesens und ihre materielle Teilhabe am technologischen Fortschritt. Investive Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger auf Zukunftsmärkten und Infrastrukturen mit moderaten Renditemöglichkeiten (z.B. im Bereich Energiewende) können Akzeptanz und Identifikation stärken und sollten ausgebaut werden.</p>	<p>Die deutsche Wirtschaftspolitik ist zu wenig auf die Zukunft ausgerichtet. In den Bereichen Bildung, Infrastruktur und Investitionen auf Zukunftsmärkten – also den Grundlagen für zukünftiges Wirtschaftswachstum – gerät Deutschland immer mehr ins Hintertreffen. Mit einer Nettoinvestitionsquote von gerade einmal 3 Prozent im Jahr 2011 liegt Deutschland im OECD-Vergleich weit hinten. Die öffentlichen Investitionen decken im Durchschnitt der letzten Jahre nicht einmal den Ersatzbedarf.</p> <p>Zugleich sind die Möglichkeiten zur Mobilisierung von privatem Kapital für Investitionen in die Realwirtschaft enorm und bei weitem nicht ausgeschöpft. In Deutschland gibt es so viel Reichtum wie nie zuvor. Allein das Geldvermögen erreichte jüngst den neuen Rekordstand von 8,5 Billionen Euro. In Deutschland wird mehr gespart als in den meisten anderen Ländern. Das Staatsvermögen hingegen verringert sich bereits seit Jahren. Zwischen 1992 und 2012 ging es um über 800 Milliarden Euro zurück. Im gleichen Zeitraum hat sich das Netto-Gesamtvermögen der privaten Haushalte von knapp 4,6 auf rund 10 Billionen Euro mehr als verdoppelt.</p> <p>Wir brauchen mehr öffentlichen wie private Investitionen. Dazu wollen wir Anreize schaffen. Und wir werden ein neues Anreizsystem auf den Kapitalmärkten prüfen, das langfristige Realinvestitionen fördert und den gesamten Lebenszyklus einer Investition im Blick hat.</p> <p>Es geht auch um die aktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltung des Gemeinwesens und ihre materielle Teilhabe am technologischen Fortschritt. Investive Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger auf Zukunftsmärkten und Infrastrukturen mit moderaten Renditemöglichkeiten (z.B. im Bereich Energiewende) können Akzeptanz und Identifikation stärken und sollten ausgebaut werden.</p>
<p>Die Einheit Deutschlands vollenden.</p>	<p>Die Einheit Deutschlands vollenden.</p>
<p>Die Ostdeutschen Länder haben in den beiden letzten Jahrzehnten einen enormen Entwicklungsprozess durchlaufen. Ost- und Westdeutsche können gemeinsam stolz sein auf das Erreichte. Trotz aller Anstrengungen gibt es aber noch deutliche Unterschiede in Wirtschaftsentwicklung und Lohnniveau.</p> <p>Viele Herausforderungen haben die ostdeutschen Länder bereits seit Jahren zu meistern: Die Bewältigung der Auswirkungen des demografischen Wandels, die Ärzteversorgung im ländlichen Raum oder drohende Altersarmut. Diese Probleme haben inzwischen ganz Deutschland erreicht. Um sie zu bewältigen, werden wir uns gemeinsam auf den Weg machen müssen. Man kann aber</p>	<p>Die Ostdeutschen Länder haben in den beiden letzten Jahrzehnten einen enormen Entwicklungsprozess durchlaufen. Ost- und Westdeutsche können gemeinsam stolz sein auf das Erreichte. Trotz aller Anstrengungen gibt es aber noch deutliche Unterschiede in Wirtschaftsentwicklung und Lohnniveau.</p> <p>Viele Herausforderungen haben die ostdeutschen Länder bereits seit Jahren zu meistern: Die Bewältigung der Auswirkungen des demografischen Wandels, die Ärzteversorgung im ländlichen Raum oder drohende Altersarmut. Diese Probleme haben inzwischen ganz Deutschland erreicht. Um sie zu bewältigen, werden wir uns gemeinsam auf den Weg machen müssen. Man kann aber</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 schon jetzt aus den in Ostdeutschland gesammelten Erfahrungen lernen. Es bleibt jedoch noch viel zu tun. Eine wachsende Disparität der regionalen Entwicklungsverläufe sowie unvermindert große Unterschiede bei den Löhnen und 5 Einkommen erschweren den Aufholprozess. Der Ausbaustand der Infrastruktur ist weit vorangeschritten. Eine Reihe ostdeutscher Unternehmen ist in ihren Branchen zu Weltmarktführern aufgestiegen, international gefragte Produkte werden mit dem Gütesiegel „Made in Ostdeutschland“ produziert. Dennoch zeigen sämtliche 10 Wirtschaftsindikatoren, dass der ökonomische Aufholprozess ins Stocken geraten ist. Hinzu kommt, dass 20 Prozent aller Ostdeutschen für Löhne von unter 8,50 Euro/h arbeiten. Die Bruttolöhne liegen je nach Branche 15–45 Prozent unter Westniveau. Auch deshalb brauchen wir einen in Ost und West einheitlichen Mindestlohn, der den ostdeutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besonders zu Gute kommt und der Einkommensentwicklung insgesamt neuen Schub verleiht. 15 Mehr als 20 Jahre nach der deutschen Einheit ist die Abschaffung des geteilten Rentenrechts ebenfalls eine der entscheidenden Gerechtigkeitsfragen zur Vollendung der inneren Einheit unseres Landes. In unserem Rentenkonzept ist der Stufenplan zum Erreichen dieses Ziels ein wichtiger Punkt. Damit sind wir die erste Partei, die ein in sich geschlossenes Konzept umsetzen will. 20 Wir werden den drängenden Fragen in den ostdeutschen Ländern nicht ausweichen, sondern klare, eigene Ziele auf dem gemeinsamen Weg abstecken und mit Klarheit und Entschlossenheit verfolgen. Eine lebendige Demokratie ist für uns ein stets lebendiges Ziel. Gerade in den ostdeutschen Ländern müssen wir weiterhin dafür streiten, dass möglichst viele Menschen die Demokratie und unser Gemeinwesen mitgestalten. 25 Mit Blick auf die ostdeutschen Länder bildet der unter Kanzler Gerhard Schröder gemeinsam mit den Ländern auf den Weg gebrachte Solidarpakt II die wichtigste Finanzierungsgrundlage für den weiteren ‚Aufbau Ost‘. Er darf nicht angetastet werden. Darüber hinaus werden wir Anschlussregelungen z.B. im Rahmen der Neujustierung des Länderfinanzausgleichs prüfen. Denkbar ist etwa ein gesamtdeutscher „Solidarpakt strukturschwache Regionen“ (Solidarpakt III) ab 2020, der die besonderen Gegebenheiten strukturschwacher Regionen in Ost- und Westdeutschland berücksichtigt. 30</p>	<p>schon jetzt aus den in Ostdeutschland gesammelten Erfahrungen lernen. Es bleibt jedoch noch viel zu tun. Eine wachsende Disparität der regionalen Entwicklungsverläufe sowie unvermindert große Unterschiede bei den Löhnen und Einkommen erschweren den Aufholprozess. Der Ausbaustand der Infrastruktur ist weit vorangeschritten. Eine Reihe ostdeutscher Unternehmen ist in ihren Branchen zu Weltmarktführern aufgestiegen, international gefragte Produkte werden mit dem Gütesiegel „Made in Ostdeutschland“ produziert. Dennoch zeigen sämtliche Wirtschaftsindikatoren, dass der ökonomische Aufholprozess ins Stocken geraten ist. Hinzu kommt, dass 20 Prozent aller Ostdeutschen für Löhne von unter 8,50 Euro/h arbeiten. Die Bruttolöhne liegen je nach Branche 15–45 Prozent unter Westniveau. Auch deshalb brauchen wir einen in Ost und West einheitlichen Mindestlohn, der den ostdeutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besonders zu Gute kommt und der Einkommensentwicklung insgesamt neuen Schub verleiht. Mehr als 20 Jahre nach der deutschen Einheit ist die Abschaffung des geteilten Rentenrechts ebenfalls eine der entscheidenden Gerechtigkeitsfragen zur Vollendung der inneren Einheit unseres Landes. In unserem Rentenkonzept ist der Stufenplan zum Erreichen dieses Ziels ein wichtiger Punkt. Damit sind wir die erste Partei, die ein in sich geschlossenes Konzept umsetzen will. Wir werden den drängenden Fragen in den ostdeutschen Ländern nicht ausweichen, sondern klare, eigene Ziele auf dem gemeinsamen Weg abstecken und mit Klarheit und Entschlossenheit verfolgen. Eine lebendige Demokratie ist für uns ein stets lebendiges Ziel. Gerade in den ostdeutschen Ländern müssen wir weiterhin dafür streiten, dass möglichst viele Menschen die Demokratie und unser Gemeinwesen mitgestalten. Mit Blick auf die ostdeutschen Länder bildet der unter Kanzler Gerhard Schröder gemeinsam mit den Ländern auf den Weg gebrachte Solidarpakt II die wichtigste Finanzierungsgrundlage für den weiteren ‚Aufbau Ost‘. Er darf nicht angetastet werden. Darüber hinaus werden wir Anschlussregelungen z.B. im Rahmen der Neujustierung des Länderfinanzausgleichs prüfen. Denkbar ist etwa ein gesamtdeutscher „Solidarpakt strukturschwache Regionen“ (Solidarpakt III) ab 2020, der die besonderen Gegebenheiten strukturschwacher Regionen in Ost- und Westdeutschland berücksichtigt. 35</p>
<p>Investitionen fördern. Teilhabe ermöglichen.</p> <p>Wir wollen, dass Investitionen insbesondere dort begünstigt werden, wo sie auf die zentralen Bereiche des öffentlichen Lebens bei Infrastrukturen und Zukunftsmärkten und auf die Deckung gesellschaftlicher und sozialer Bedürfnisse gerichtet sind. Hierzu bedarf es Anreize und Fördermechanismen zugunsten eines Kurswechsels in Richtung Realwirtschaft. 45 Wir wollen bürgerschaftliche Teilhabeformen fördern, da sie die öffentliche Akzeptanz von Infrastruktureinrichtungen stärken. Eine grundlegende Beteiligung der Menschen vor Ort stellt dabei unverändert die kommunale Trägerschaft dar. Deshalb unterstützen wir Infrastrukturen in der Hand von Städten, Gemeinden und Kreisen und werden die Rahmenbedingungen zur Kommunalisierung entsprechender Einrichtungen weiter verbessern. 50 Wir wollen außerdem Modelle prüfen und entwickeln, mit denen sich die Bürgerinnen und Bürger direkt an der Finanzierung gesellschaftlich wünschenswerter Investitionen beteiligen. 55 Regionale „Bürger-Fonds“ sollen den Erwerb von Anteilen an Infrastrukturen ermöglichen. Schon bestehende Beteiligungen wie „Bürgerwindparks“ und Energiegenossenschaften sollten substanzial ausgebaut und auch auf leitungsgelagerte Infrastrukturen - etwa im Bereich der Strom- und Breitbandnetze - Anwendung finden. Netze in Bürgerhand stärken die öffentliche Akzeptanz von Infrastruktureinrichtungen. 60 Auch durch kommunale Anleihen können Investitionsmittel für kommunale Vorhaben generiert werden. Sie können einen wichti-</p>	<p>Investitionen fördern. Teilhabe ermöglichen.</p> <p>Wir wollen, dass Investitionen insbesondere dort begünstigt werden, wo sie auf die zentralen Bereiche des öffentlichen Lebens bei Infrastrukturen und Zukunftsmärkten und auf die Deckung gesellschaftlicher und sozialer Bedürfnisse gerichtet sind. Hierzu bedarf es Anreize und Fördermechanismen zugunsten eines Kurswechsels in Richtung Realwirtschaft. Wir wollen bürgerschaftliche Teilhabeformen fördern, da sie die öffentliche Akzeptanz von Infrastruktureinrichtungen stärken. Eine grundlegende Beteiligung der Menschen vor Ort stellt dabei unverändert die kommunale Trägerschaft dar. Deshalb unterstützen wir Infrastrukturen in der Hand von Städten, Gemeinden und Kreisen und werden die Rahmenbedingungen zur Kommunalisierung entsprechender Einrichtungen weiter verbessern. Wir wollen außerdem Modelle prüfen und entwickeln, mit denen sich die Bürgerinnen und Bürger direkt an der Finanzierung gesellschaftlich wünschenswerter Investitionen beteiligen. Regionale „Bürger-Fonds“ sollen den Erwerb von Anteilen an Infrastrukturen ermöglichen. Schon bestehende Beteiligungen wie „Bürgerwindparks“ und Energiegenossenschaften sollten substanzial ausgebaut und auch auf leitungsgelagerte Infrastrukturen - etwa im Bereich der Strom- und Breitbandnetze - Anwendung finden. Netze in Bürgerhand stärken die öffentliche Akzeptanz von Infrastruktureinrichtungen. 65 Auch durch kommunale Anleihen können Investitionsmittel für kommunale Vorhaben generiert werden. Sie können einen wichti-</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>gen Finanzierungsbeitrag leisten. Die Zeichner solcher Anleihen erkennen außerdem den konkreten Zweck bestimmter Projekte. Ein Einsatzbereich könnte der Ausbau von Breitbandnetzen für schnellere Internetverbindungen sein. Erforderlich ist, dass die Kommunen selbst über solche Projekte entscheiden und dass die Haushalts- und Entscheidungshoheit der demokratisch gewählten Gremien in Städten, Gemeinden und Kreisen gewahrt bleibt. Daneben wollen wir genossenschaftliche Organisationsformen in allen Bereichen stärken und deshalb die gesetzlichen Voraussetzungen für erleichterte Gründungen, bessere Förderbedingungen durch die KfW, sowie die Förderung von Genossenschaftsanteilen, insbesondere bei Bau- und Wohngenossenschaften, schaffen. Für kleine kooperative Unternehmensformen, beispielsweise die Gründung von Kindertagesstätten durch Elterninitiativen, wollen wir eine unkomplizierte „Kleinstgenossenschaft“ schaffen.</p>	<p>gen Finanzierungsbeitrag leisten. Die Zeichner solcher Anleihen erkennen außerdem den konkreten Zweck bestimmter Projekte. Ein Einsatzbereich könnte der Ausbau von Breitbandnetzen für schnellere Internetverbindungen sein. Erforderlich ist, dass die Kommunen selbst über solche Projekte entscheiden und dass die Haushalts- und Entscheidungshoheit der demokratisch gewählten Gremien in Städten, Gemeinden und Kreisen gewahrt bleibt. Daneben wollen wir genossenschaftliche Organisationsformen in allen Bereichen stärken und deshalb die gesetzlichen Voraussetzungen für erleichterte Gründungen, bessere Förderbedingungen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), sowie die Förderung von Genossenschaftsanteilen, insbesondere bei Bau- und Wohngenossenschaften, schaffen. Für kleine kooperative Unternehmensformen, beispielsweise die Gründung von Kindertagesstätten durch Elterninitiativen, wollen wir eine unkomplizierte „Kleinstgenossenschaft“ schaffen.</p>
<p>Ein neuer gesellschaftlicher Konsens für Fortschritt und Infrastruktur.</p>	<p>Ein neuer gesellschaftlicher Konsens für Fortschritt und Infrastruktur.</p>
<p>Eine leistungsfähige Infrastruktur ist das Rückgrat einer starken Wirtschaft. Wir wollen einen neuen gesellschaftlichen Konsens für Fortschritt und Infrastruktur erreichen, indem wir die Bürgerinnen und Bürger früher und intensiver bei der Planung und Umsetzung von Infrastrukturprojekten beteiligen und Planungsverfahren beschleunigen.</p>	<p>Eine leistungsfähige Infrastruktur ist das Rückgrat einer starken Wirtschaft. Wir wollen einen neuen gesellschaftlichen Konsens für Fortschritt und Infrastruktur erreichen, indem wir die Bürgerinnen und Bürger früher und intensiver bei der Planung und Umsetzung von Infrastrukturprojekten beteiligen und Planungsverfahren beschleunigen.</p>
<p>Bürgerbeteiligung ist für uns nicht Gegensatz, sondern Bestandteil einer modernen Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik. Wir setzen auf das Verantwortungsbewusstsein und den Sachverstand der Bürgerinnen und Bürger und wollen ihn in die Planungsprozesse früher und stärker einbinden. Mehr Teilhabe beschränkt sich nicht allein auf mehr Transparenz und Mitentscheidung, sondern erstreckt sich auch auf materielle Teilhabe. Investive Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auf Zukunftsmärkten und Infrastrukturen mit moderaten Renditemöglichkeiten (z.B. im Bereich Energie-wende) können Akzeptanz und Identifikation stärken. Sie sollten ausgebaut und eine Förderung geprüft werden. Unser Land braucht einen Neuanfang in der Verkehrspolitik mit klaren Prioritäten.</p>	<p>Bürgerbeteiligung ist für uns nicht Gegensatz, sondern Bestandteil einer modernen Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik. Wir setzen auf das Verantwortungsbewusstsein und den Sachverstand der Bürgerinnen und Bürger und wollen ihn in die Planungsprozesse früher und stärker einbinden. Mehr Teilhabe beschränkt sich nicht allein auf mehr Transparenz und Mitentscheidung, sondern erstreckt sich auch auf materielle Teilhabe. Investive Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auf Zukunftsmärkten und Infrastrukturen mit moderaten Renditemöglichkeiten (z.B. im Bereich Energie-wende) können Akzeptanz und Identifikation stärken. Sie sollten ausgebaut und eine Förderung geprüft werden. Unser Land braucht einen Neuanfang in der Verkehrspolitik mit klaren Prioritäten. <u>Gute Mobilitätspolitik sichert wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, erhält und schafft Arbeitsplätze und trägt zu Wohlstand und Lebensqualität bei. Der Prozess des zusammenwachsenden Europas und der Globalisierung ist erst durch Mobilität möglich geworden.</u></p>
<p>Die Bundesverkehrswegeplanung werden wir zu einer verkehrsträgerübergreifenden Netzplanung im Einklang mit den europäischen Verkehrsbedürfnissen umbauen, bei der das verlässliche Funktionieren des Verkehrsnetzes als Ganzes im Vordergrund steht. Dafür brauchen wir eine belastbare Finanzierungsgrundlage: Wir wollen ausreichend Mittel zuverlässig für die Bundesverkehrswege zur Verfügung stellen. Dabei geht der Erhalt vor Neubau. Der Substanzerfall unserer Verkehrswege muss gestoppt werden. Dafür werden wir ausreichend Finanzmittel zur Verfügung stellen, auch für Brückenbauwerke im Straßen- und Schienenverkehr. Wir wollen mehr Verkehr auf Schiene und Binnenschiff bringen und die Zahl der Staus auf Deutschlands Straßen drastisch verringern. Wir werden deshalb ein Nationales Verkehrswegeprogramm auflegen, in das 80 % der Neu- und Ausbaumittel fließen.</p>	<p><u>Steigende Mobilität, die Zunahme des Güter- und Transitverkehrs und immer längere Reiseentfernungen mit immer schnelleren Verkehrsmitteln führen aber auch zu immer stärkeren Belastungen von Mensch und Umwelt. Künftige Mobilität muss daher zugleich wirtschaftlich vernünftig, sozial gerecht und ökologisch sinnvoll sein. Sie orientiert sich an langfristigen Zielen und lang anhaltenden Wirkungen. Langfristige Mobilitätssicherung ist deshalb eine zentrale Zukunftsaufgabe.</u> Deshalb werden wir die Bundesverkehrswegeplanung (...) zu einer verkehrsträgerübergreifenden Netzplanung im Einklang mit den europäischen Verkehrsbedürfnissen umbauen, bei der das verlässliche Funktionieren des Verkehrsnetzes als Ganzes im Vordergrund steht. Dafür brauchen wir eine belastbare Finanzierungsgrundlage: <u>Unsere Verkehrssysteme sind heute chronisch unterfinanziert - es gelingt immer weniger die Substanz zu erhalten.</u> Wir wollen ausreichend Mittel zuverlässig für die Bundesverkehrswege zur Verfügung stellen. (...) auch für Brückenbauwerke im Straßen- und Schienenverkehr. Wir wollen mehr Verkehr auf Schiene und Binnenschiff bringen und die Zahl der Staus auf Deutschlands Straßen drastisch verringern. Wir werden deshalb ein Nationales Verkehrswegeprogramm auflegen, in das 80 % der Neu- und Ausbaumittel fließen.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Damit werden wir die Engpässe an hoch belasteten Verkehrsachsen schnellstmöglich beseitigen. Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit müssen wieder zum Markenzeichen der Bahn werden. Wir wollen deshalb einen Deutschland-</p> <p>5 Takt aus bundesweit funktionierenden und aufeinander abgestimmten Anschlüssen. Wir streben zudem eine deutliche Erhöhung der Kapazität für den Schienengüterverkehr bis zum Jahr 2030 an.</p>	<p>1 Damit werden wir die Engpässe an hoch belasteten Verkehrsachsen schnellstmöglich beseitigen. Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit müssen wieder zum Markenzeichen der Bahn werden. Wir wollen deshalb einen Deutschland-</p> <p>5 Takt aus bundesweit funktionierenden und aufeinander abgestimmten Anschlüssen. Wir streben zudem eine deutliche Erhöhung der Kapazität für den Schienengüterverkehr bis zum Jahr 2030 an. <u>Dazu werden wir die Schienenanbindung unserer See- und Binnenhäfen verbessern.</u></p>
<p>10 Das entlastet die Umwelt und den Straßenverkehr. Damit Bahnhöfe und Gleise schnellstmöglich wieder in einen guten Zustand kommen, werden wir unseren Einfluss geltend machen, dass die Infrastruktur gestärkt wird und ausreichende Mittel in das Schienennetz und Bahnhofssanierungen fließen.</p>	<p>10 Das entlastet die Umwelt und den Straßenverkehr. Damit Bahnhöfe und Gleise schnellstmöglich wieder in einen guten Zustand kommen, werden wir unseren Einfluss geltend machen, dass die Infrastruktur gestärkt wird und ausreichende Mittel in das Schienennetz und Bahnhofssanierungen fließen. Eine Zerschlagung und Privatisierung, auch Teilprivatisierung der Deutschen Bahn lehnen wir ab.</p>
<p>15 Wir wollen den Schutz vor Bahn- und anderem Verkehrslärm verbessern. Wir werden, dafür sorgen, dass die Lärmsanierungsmittel für die Schiene auf 200 Mio. € jährlich verdoppelt werden. Wir unterstützen die Abschaffung des Schienenbonus und werden</p> <p>20 ein wirksames lärmabhängiges Trassenpreissystem einführen. Darüber hinaus wollen wir den Lärmschutz an Flughäfen und Straßen verbessern.</p>	<p>15 Wir wollen den Schutz vor Bahn- und anderem Verkehrslärm verbessern. Wir werden, dafür sorgen, dass die Lärmsanierungsmittel für die Schiene auf 200 Mio. € jährlich verdoppelt werden. Wir unterstützen die Abschaffung des Schienenbonus und werden</p> <p>20 ein wirksames lärmabhängiges Trassenpreissystem einführen. Darüber hinaus wollen wir den Lärmschutz an Flughäfen und Straßen verbessern. <u>Wir brauchen ein zwischen Bund und Ländern abgestimmtes Luftverkehrskonzept.</u></p>
<p>25 Um die Mobilität bezahlbar zu halten, wollen wir die Energieeffizienz des Verkehrs verbessern und seinen CO2-Ausstoß deutlich vermindern. Dazu werden wir die technische Steigerung der Effizienz bestehender Antriebssysteme vorantreiben, die Entwicklung und Markteinführung neuer Antriebe und Kraftstoffe sowie eine ökologisch und ökonomisch effiziente Organisation von Verkehr</p> <p>30 und Logistik fördern.</p>	<p>25 Um die Mobilität bezahlbar zu halten, wollen wir die Energieeffizienz des Verkehrs verbessern und seinen CO2-Ausstoß deutlich vermindern. Dazu werden wir die technische Steigerung der Effizienz bestehender Antriebssysteme vorantreiben, die Entwicklung und Markteinführung neuer Antriebe und Kraftstoffe sowie eine ökologisch und ökonomisch effiziente Organisation von Verkehr und Logistik fördern.</p>
<p>35 Wir wollen, dass Gemeinde- und Landstraßen in gutem Zustand und ohne Schlaglöcher sind, und dass der öffentliche Nahverkehr reibungslos funktioniert. Die Länder sollen sich, wenn sie Investitionsmittel für die kommunale Verkehrsinfrastruktur erhalten, im</p> <p>40 Gegenzug verpflichten, die Gelder zweckgebunden für die kommunale und regionale Verkehrsinfrastruktur zu verwenden.</p>	<p>35 <u>Wir wollen, dass unsere Verkehrswege sicherer werden. Deswegen messen wir der Verkehrssicherheit und der Arbeit in diesem Bereich – professionell und ehrenamtlich – hohe Priorität bei.</u></p>
<p>40 Eine Zerschlagung und Privatisierung, auch Teilprivatisierung der Deutschen Bahn lehnen wir weiterhin ab.</p>	<p>40 Wir wollen, dass Gemeinde- und Landstraßen in gutem Zustand und ohne Schlaglöcher sind, und dass der öffentliche Nahverkehr reibungslos funktioniert. <u>Von besonderer Wichtigkeit ist eine vollständige Teilhabe auch von Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Wir wollen, dass alle Menschen sich barrierefrei fortbewegen können.</u></p>
<p>45 Deutschland braucht darüber hinaus schnelles Internet – für alle und überall. Wir wollen deshalb rasch eine flächendeckende Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen. Darüber hinaus werden wir den weiteren Ausbau des Hochgeschwindigkeitsdatennetzes vorantreiben.</p>	<p>45 Die Länder sollen sich, wenn sie Investitionsmittel für die kommunale Verkehrsinfrastruktur erhalten, im Gegenzug verpflichten, die Gelder zweckgebunden für die kommunale und regionale Verkehrsinfrastruktur zu verwenden. <u>Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der Radwege ein.</u></p>
<p>50 Deutschland braucht darüber hinaus schnelles Internet – für alle und überall. Wir wollen deshalb rasch eine flächendeckende Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen. Darüber hinaus werden wir den weiteren Ausbau des Hochgeschwindigkeitsdatennetzes vorantreiben.</p>	<p>50 Deutschland braucht darüber hinaus schnelles Internet – für alle und überall. Wir wollen deshalb rasch eine flächendeckende Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen. Darüber hinaus werden wir den weiteren Ausbau des Hochgeschwindigkeitsdatennetzes vorantreiben.</p>
<p>55 II.5 Sichere und bezahlbare Energie - Die Energiewende zum Erfolg führen.</p>	<p>55 II.5 Sichere und bezahlbare Energie - Die Energiewende zum Erfolg führen.</p>
<p>60 Nach dem Ausstieg aus der Atomenergie schaut die Welt auf Deutschland. Gelingt die Energiewende, kann das für Schwellenländer wie China und Indien zum Wachstumsmodell werden und damit dem Klimaschutz weltweit zum Durchbruch verhelfen. Denn klar ist: Die Energiewende bedeutet den grundlegenden Umbau der Energieversorgung und einen Quantensprung für die Modernisierung unserer Volkswirtschaft.</p>	<p>60 Nach dem Ausstieg aus der Atomenergie schaut die Welt auf Deutschland. Gelingt die Energiewende, kann das für Schwellenländer wie China und Indien zum Wachstumsmodell werden und damit dem Klimaschutz weltweit zum Durchbruch verhelfen. Denn klar ist: Die Energiewende bedeutet den grundlegenden Umbau der Energieversorgung und einen Quantensprung für die Modernisierung unserer Volkswirtschaft.</p>
<p>65 Chancen und Perspektiven der Energiewende sind allerdings gefährdet. Die Grundpfeiler unserer Energieversorgung – Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit – geraten ins Wanken. Dabei bilden diese Grundpfeiler das Fundament für das Wirtschafts- und Sozialmodell in unserem Land. Sie sind die Voraussetzung für die breite industrielle Basis Deutschlands – von</p>	<p>65 Chancen und Perspektiven der Energiewende sind allerdings gefährdet. Die Grundpfeiler unserer Energieversorgung – Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit – geraten ins Wanken. Dabei bilden diese Grundpfeiler das Fundament für das Wirtschafts- und Sozialmodell in unserem Land. Sie sind die Voraussetzung für die breite industrielle Basis Deutschlands – von</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
<p>der Grundstoffproduktion bis zu Hightech-Dienstleistern – deren große Bedeutung für stabile wirtschaftliche Entwicklung, Wohlstand und Arbeitsplätze in der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise erneut eindrucksvoll bewiesen wurde. Sie sind wichtig für die Menschen in unserem Land.</p>	<p>der Grundstoffproduktion bis zu Hightech-Dienstleistern – deren große Bedeutung für stabile wirtschaftliche Entwicklung, Wohlstand und Arbeitsplätze in der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise erneut eindrucksvoll bewiesen wurde. Sie sind wichtig für die Menschen in unserem Land.</p>	1 5
<p>Weltweit wachsen Interesse und Nachfrage nach Zukunftsenergien und Energieeffizienz. Eine erfolgreiche Energiewende ist auch eine große Chance für den Industriestandort Deutschland. Mit dem Know-how ihrer Ingenieure und Fachkräfte können Unternehmen als Ausrüster profitieren. Ein solches Transformationsprojekt braucht angemessene politische Rahmenbedingungen und Weichenstellungen. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP ist mit ihrem „Management“ auf bestem Wege, die Energiewende gegen die Wand zu fahren. Mit ihrem Zick-Zack-Kurs ist sie zu einem unkalkulierbaren Risiko für Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze geworden.</p>	<p>Weltweit wachsen Interesse und Nachfrage nach Zukunftsenergien und Energieeffizienz. Eine erfolgreiche Energiewende ist auch eine große Chance für den Industriestandort Deutschland. Mit dem Know-how ihrer Ingenieure und Fachkräfte können Unternehmen als Ausrüster profitieren. Ein solches Transformationsprojekt braucht angemessene politische Rahmenbedingungen und Weichenstellungen. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP ist mit ihrem „Management“ auf bestem Wege, die Energiewende gegen die Wand zu fahren. Mit ihrem Zick-Zack-Kurs ist sie zu einem unkalkulierbaren Risiko für Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze geworden.</p>	10 15
<p>Die Stärke Ostdeutschlands bei den Erneuerbaren Energien muss genutzt werden, der notwendige Umbau des Energiesystems kann und wird zu „der“ Standortfrage für die Zukunft werden. Dazu ist der Ausbau der Offshore-Windenergie auch vor der Ostseeküste unverzichtbar. Nur in Windparks auf See können auf regenerativer Basis große Strommengen produziert werden. Wir setzen aber ebenso (noch) auf konventionelle Energieerzeuger, wie Kohle- und Gaskraftwerke, als Brückentechnologie, solange wir sie brauchen. Die eklatante Unfähigkeit der Bundesregierung zur Steuerung und Koordinierung hat dazu geführt, dass es in Deutschland keine abgestimmte Energiepolitik zwischen Bund, Ländern, Kommunen und den übrigen Akteuren der Energiewende gibt. Hinzu kommt die ständige Flickschusterei am Förderregime für die erneuerbaren Energien, die das Vertrauen der Marktteilnehmer in den energiepolitischen Rahmen nachhaltig erschüttert haben. Das Ergebnis sind Investitionsrisiken, Planungsunsicherheit und steigende Strompreise. Auch die fehlende Abstimmung mit den europäischen Partnern hat Deutschland Ansehen als verlässlicher energiepolitischer Partner gekostet. Eine der größten industriepolitischen Chancen Deutschlands – der Aufbau einer wettbewerbs- und zukunftsfähigen Energieinfrastruktur – wird so leichtfertig verspielt.</p>	<p>Die Stärke Ostdeutschlands bei den Erneuerbaren Energien muss genutzt werden, der notwendige Umbau des Energiesystems kann und wird zu „der“ Standortfrage für die Zukunft werden. Dazu ist der Ausbau der Offshore-Windenergie auch vor der Ostseeküste unverzichtbar. Nur in Windparks auf See können auf regenerativer Basis große Strommengen produziert werden. Wir setzen aber ebenso (noch) auf konventionelle Energieerzeuger, wie Kohle- und Gaskraftwerke, als Brückentechnologie, solange wir sie brauchen. Die eklatante Unfähigkeit der Bundesregierung zur Steuerung und Koordinierung hat dazu geführt, dass es in Deutschland keine abgestimmte Energiepolitik zwischen Bund, Ländern, Kommunen und den übrigen Akteuren der Energiewende gibt. Hinzu kommt die ständige Flickschusterei am Förderregime für die erneuerbaren Energien, die das Vertrauen der Marktteilnehmer in den energiepolitischen Rahmen nachhaltig erschüttert haben. Das Ergebnis sind Investitionsrisiken, Planungsunsicherheit und steigende Strompreise. Auch die fehlende Abstimmung mit den europäischen Partnern hat Deutschland Ansehen als verlässlicher energiepolitischer Partner gekostet. Eine der größten industriepolitischen Chancen Deutschlands – der Aufbau einer wettbewerbs- und zukunftsfähigen Energieinfrastruktur – wird so leichtfertig verspielt.</p>	20 25 30 35
<p>In dieser Situation ist ein Politikwechsel erforderlich, der der breiten gesellschaftlichen Verantwortung zur Realisierung der Energiewende gerecht wird und damit die Energiewende zu einem Erfolg führt. Planungs- und Investitionssicherheit, eine stabile Stromversorgung, ein hohes Maß an Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit müssen zum Kennzeichen des ökologischen Umbaus der deutschen Energiepolitik werden.</p>	<p>In dieser Situation ist ein Politikwechsel erforderlich, der der breiten gesellschaftlichen Verantwortung zur Realisierung der Energiewende gerecht wird und damit die Energiewende zu einem Erfolg führt. Planungs- und Investitionssicherheit, eine stabile Stromversorgung, ein hohes Maß an Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit müssen zum Kennzeichen des ökologischen Umbaus der deutschen Energiepolitik werden.</p>	40 45
<p>Unsere Ziele:</p>	<p>Unsere Ziele:</p>	
<p>Die Energiewende ist die technologische und ökonomische Herausforderung, deren Bewältigung Deutschland in das 21. Jahrhundert katapultiert. Unsere Ziele sind dabei klar:</p>	<p>Die Energiewende ist die technologische und ökonomische Herausforderung, deren Bewältigung Deutschland in das 21. Jahrhundert katapultiert. Unsere Ziele sind dabei klar:</p>	50
<p>Wir wollen</p>	<p>Wir wollen</p>	
<ul style="list-style-type: none"> • eine bessere politische Koordinierung bei dem Management der Energiewende; • die Bezahlbarkeit der Energiewende gewährleisten und weitere Belastungen für die produzierende Wirtschaft und die privaten Haushalte vermeiden, etwa durch die Senkung der Stromsteuer; • die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, insbesondere der energieintensiven Industrie erhalten; • den Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Umsetzung von Maßnahmen für höhere Energieeffizienz vorantreiben, indem wir: 40-45% Stromanteil durch Erneuerbare Energien und 25% durch Kraft-Wärme-Kopplung, insbesondere durch den Ausbau der Fernwärme bis zum Jahr 2020 anstreben, und bis 2030 75% des Stroms aus erneuerbaren Quellen gewinnen wollen; • 20% des Wärmebedarfs durch Erneuerbare Energien decken; • eine für Mieter bezahlbare energetische Sanierung von Gebäuden fördern; 	<ul style="list-style-type: none"> • eine bessere politische Koordinierung bei dem Management der Energiewende; • die Bezahlbarkeit der Energiewende gewährleisten und weitere Belastungen für die produzierende Wirtschaft und die privaten Haushalte vermeiden, etwa durch die Senkung der Stromsteuer; • die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, insbesondere der energieintensiven Industrie erhalten; • den Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Umsetzung von Maßnahmen für höhere Energieeffizienz vorantreiben, indem wir: 40-45% Stromanteil durch Erneuerbare Energien und 25% durch Kraft-Wärme-Kopplung, insbesondere durch den Ausbau der Fernwärme bis zum Jahr 2020 anstreben, und bis 2030 75% des Stroms aus erneuerbaren Quellen gewinnen wollen; • 20% des Wärmebedarfs durch Erneuerbare Energien decken; • eine für Mieter bezahlbare energetische Sanierung von Gebäuden fördern; 	55 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 • die Energieproduktivität deutlich steigern und bis 2020 gegen- über dem Stand von 1990 verdoppeln; • die Stärkung dezentraler Strukturen mit einem wesentlichen Gestaltungs- auftrag für die Kommunen und ihre Unternehmen.</p> <p>5 Ein Management für die Energiewende aufbauen.</p> <p>Die Energiewende wird nur gelingen, wenn die Bundesregierung eine zentrale Koordinierungsfunktion und ein effektives Management wahrnimmt. Das Nebeneinander von siebzehn Energiekonzepten in Bund und Ländern schadet der Energiewende. Nur ein koordiniertes Vorgehen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien wie auch beim Netzausbau erhält Versorgungssicherheit, schafft Investitionssicherheit und bringt die Systemintegration der Erneuerbaren Energien voran. Erforderlich sind deshalb neue Governance-Strukturen, die die Kompetenzen in der Energiepolitik bündeln und eine regelmäßige Koordination und Kooperation zwischen Bund, Ländern und den europäischen Nachbarländern institutionalisieren. Wir wollen die Kompetenzen insbesondere in den Bereichen Erneuerbare Energien, Netzausbau und Speicher in einem Energieministerium bündeln. Darüber hinaus muss der Bund seine Rolle auf europäischer Ebene in engerer Abstimmung als bisher mit den europäischen Partnern wahrnehmen.</p> <p>20 Außerdem muss der Bund eine Abstimmung der Länder-Energiekonzepte mit der Energiepolitik des Bundes sicherstellen. Im neu zu schaffenden Energieministerium ist ein „Deutscher Energie-Rat“ einzurichten, der die Abstimmungsprozesse zwischen Bund, Ländern und Kommunen unter Einbindung von Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft institutionalisiert und eine kontinuierliche Zusammenarbeit und Abstimmung sicherstellt. Aufgrund der technologischen Eigenschaften der Erneuerbaren Energien und der Liberalisierung der Energiemärkte verbindet sich die Energiewende mit einer deutlichen Dezentralisierung der Energieversorgungsstrukturen. Dabei sind die Kommunen mit ihren vielfältigen Funktionen – als Planungsträger für die Ansiedlung von EEG-Anlagen, als Besitzer von rund 176.000 Gebäuden, als größter öffentlicher Auftraggeber von umweltfreundlichen Waren und Investitionen sowie als Versorger von Strom und Wärme mit kommunalen Energieunternehmen – besonders wichtige Akteure für eine erfolgreiche Umsetzung der dezentralen Energiewende.</p> <p>40 Städte, Gemeinden und Kreise betreiben seit vielen Jahren in enger Kooperation mit den kommunalen Energieversorgern, der kommunalen Kreditwirtschaft und den kommunalen Wohnungsunternehmen, aber ebenso zusammen mit karitativen Verbänden, Verbraucherzentralen und Energieberatungsagenturen eine qualitativ hochwertige Energieberatung für Privathaushalte. Wir werden die Energieberatung für Privathaushalte, Hauseigentümer und Wirtschaft ausbauen, erfolgreiche Kooperationen weiter fördern und mit neuen Anreizen deutlich verbreitern.</p> <p>45 Zur Umsetzung der Energiewende wollen wir einen Bundestagsausschuss „Energie“ einrichten.</p> <p>Es ist ein „Masterplan Energiewende“ aufzustellen und jährlich fortzuentwickeln. Der Masterplan wird nach einer umfassenden Konsultation mit den Akteuren der Energiewende aufgestellt und soll alle wichtigen Aspekte der Erzeugung und Nutzung Erneuerbarer Energien, des Netzausbaus und der Speichertechnik, der Vorkhaltung konventioneller Erzeugungskapazitäten und des Energieeffizienzpotenzials zusammenführen.</p> <p>60 Die Weichen für eine neue Strommarktordnung stellen.</p> <p>Das im Jahr 2000 von der rot-grünen Koalition beschlossene Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat zu einem international beispiellosen Ausbau der Erneuerbaren Energien geführt – heute beträgt ihr Anteil am Stromverbrauch bereits über 25 Prozent. Allerdings hat die Überförderung in einigen Bereichen auch zu einem</p>	<p>• die Energieproduktivität deutlich steigern und bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990 verdoppeln; • die Stärkung dezentraler Strukturen mit einem wesentlichen Gestaltungsauftrag für die Kommunen und ihre Unternehmen.</p> <p>Ein Management für die Energiewende aufbauen.</p> <p>Die Energiewende wird nur gelingen, wenn die Bundesregierung eine zentrale Koordinierungsfunktion und ein effektives Management wahrnimmt. Das Nebeneinander von siebzehn Energiekonzepten in Bund und Ländern schadet der Energiewende. Nur ein koordiniertes Vorgehen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien wie auch beim Netzausbau erhält Versorgungssicherheit, schafft Investitionssicherheit und bringt die Systemintegration der Erneuerbaren Energien voran. Erforderlich sind deshalb neue Governance-Strukturen, die die Kompetenzen in der Energiepolitik bündeln und eine regelmäßige Koordination und Kooperation zwischen Bund, Ländern und den europäischen Nachbarländern institutionalisieren. Wir wollen die Kompetenzen insbesondere in den Bereichen Erneuerbare Energien, Netzausbau und Speicher in einem Energieministerium bündeln. Darüber hinaus muss der Bund seine Rolle auf europäischer Ebene in engerer Abstimmung als bisher mit den europäischen Partnern wahrnehmen.</p> <p>Außerdem muss der Bund eine Abstimmung der Länder-Energiekonzepte mit der Energiepolitik des Bundes sicherstellen. Im neu zu schaffenden Energieministerium ist ein „Deutscher Energie-Rat“ einzurichten, der die Abstimmungsprozesse zwischen Bund, Ländern und Kommunen unter Einbindung von Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft institutionalisiert und eine kontinuierliche Zusammenarbeit und Abstimmung sicherstellt. Aufgrund der technologischen Eigenschaften der Erneuerbaren Energien und der Liberalisierung der Energiemärkte verbindet sich die Energiewende mit einer deutlichen Dezentralisierung der Energieversorgungsstrukturen. Dabei sind die Kommunen mit ihren vielfältigen Funktionen – als Planungsträger für die Ansiedlung von EEG-Anlagen, als Besitzer von rund 176.000 Gebäuden, als größter öffentlicher Auftraggeber von umweltfreundlichen Waren und Investitionen sowie als Versorger von Strom und Wärme mit kommunalen Energieunternehmen – besonders wichtige Akteure für eine erfolgreiche Umsetzung der dezentralen Energiewende. <u>Wir schaffen Rechtssicherheit für die Kommunen bei der Übernahme der Verteilnetze.</u></p> <p>Städte, Gemeinden und Kreise betreiben seit vielen Jahren in enger Kooperation mit den kommunalen Energieversorgern, der kommunalen Kreditwirtschaft und den kommunalen Wohnungsunternehmen, aber ebenso zusammen mit karitativen Verbänden, Verbraucherzentralen und Energieberatungsagenturen eine qualitativ hochwertige Energieberatung für Privathaushalte. Wir werden die Energieberatung für Privathaushalte, Hauseigentümer und Wirtschaft ausbauen, erfolgreiche Kooperationen weiter fördern und mit neuen Anreizen deutlich verbreitern.</p> <p>Zur Umsetzung der Energiewende wollen wir einen Bundestagsausschuss „Energie“ einrichten.</p> <p>Es ist ein „Masterplan Energiewende“ aufzustellen und jährlich fortzuentwickeln. Der Masterplan wird nach einer umfassenden Konsultation mit den Akteuren der Energiewende aufgestellt und soll alle wichtigen Aspekte der Erzeugung und Nutzung Erneuerbarer Energien, des Netzausbaus und der Speichertechnik, der Vorkhaltung konventioneller Erzeugungskapazitäten und des Energieeffizienzpotenzials zusammenführen.</p> <p>Die Weichen für eine neue Strommarktordnung stellen.</p> <p>Das im Jahr 2000 von der rot-grünen Koalition beschlossene Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat zu einem international beispiellosen Ausbau der Erneuerbaren Energien geführt – heute beträgt ihr Anteil am Stromverbrauch bereits über 25 Prozent. Allerdings hat die Überförderung in einigen Bereichen auch zu einem</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
<p>drastischen Anstieg der EEG-Umlage und damit auch zu einem Anstieg der Strompreise geführt. Umgekehrt wurden die gesunkenen Strompreise auf der Beschaffungsseite, die auf die hohe Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien zurückzuführen sind, von den Energieversorgern nicht oder kaum an die Stromverbraucher weiter gegeben. Hinzu kommt, dass der Ausbau der Stromnetze nicht mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien Schritt hält.</p> <p>Eine weitere Begleiterscheinung des Erfolgs der Erneuerbaren Energien sind die Konsequenzen für konventionelle Kraftwerke. Aufgrund des Ausbaus der Erneuerbaren Energien sinken die Betriebsstunden von konventionellen Kraftwerken und damit deren Wirtschaftlichkeit. Deshalb werden keine neuen Kraftwerke gebaut und bestehende Anlagen stillgelegt. Das birgt Risiken für die Versorgungssicherheit. Denn solange Erneuerbare Energien nicht in der Lage sind, Strom bedarfsgerecht zu liefern, müssen auch weiterhin hocheffiziente regelbare Kraftwerke zur Verfügung stehen.</p> <p>Wir wollen die Förderung der Erneuerbaren Energien und das System der Strompreisbildung unter den Prämissen der Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit grundlegend neu konzipieren und aufeinander abstimmen. Das ist zusammen mit der Steigerung der Energieeffizienz und dem Energiesparen entscheidend für das Gelingen der Energiewende.</p> <p>Wir wollen eine grundlegende Reform des EEG, die konsequent die Kosten begrenzt und die Strompreise im Blick hat. Deshalb muss das EEG so ausgerichtet werden, dass eine Fehlsteuerung zukünftig ausgeschlossen ist. Der Einspeisevorrang für Erneuerbare Energien ist weiterhin erforderlich. Technischer Fortschritt und Innovationen im Bereich der erneuerbaren Energien werden dazu führen, dass die Herstellungskosten mittel- bis langfristig sinken. Dies ermöglicht, die Einspeisevergütung schrittweise zu reduzieren.</p> <p>Mit ihrem stetig wachsenden Anteil an der Stromerzeugung müssen die Erneuerbaren Energien mehr Verantwortung für eine stabile Versorgung übernehmen. Wir wollen Erneuerbare Energien untereinander (z.B. Wind mit Wasser und/oder Biomasse), Erneuerbare Energien und fossile Energieerzeugung sowie Erneuerbare Energien und Verbrauchsmanagement so miteinander verknüpfen, dass Strom bedarfsgerecht zur Verfügung steht. Erneuerbare Energien müssen und können auch Systemdienstleistungen, wie etwa Blindleistung und Speicherung, bereitstellen. Anreize für erhöhte Volllaststunden pro Anlage können in der Systembetrachtung zur Kostenentlastung beitragen.</p> <p>In einem künftigen Strommarkt müssen gesicherte Kapazitäten bereitstehen, um die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien jederzeit zu komplettieren. Wir wollen die regionalen Probleme kurzfristig pragmatisch lösen und erst einmal Erfahrungen sammeln, bevor umfassende Kapazitätsmärkte für die Finanzierung von Kraftwerken geschaffen werden. Zukünftig müssen Kraftwerke entsprechend flexibel einsetzbar sein, um komplementär zu wirken. Dabei sind europäische Kraftwerkskapazitäten zu berücksichtigen.</p>	<p>drastischen Anstieg der EEG-Umlage und damit auch zu einem Anstieg der Strompreise geführt. Umgekehrt wurden die gesunkenen Strompreise auf der Beschaffungsseite, die auf die hohe Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien zurückzuführen sind, von den Energieversorgern nicht oder kaum an die Stromverbraucher weiter gegeben. Hinzu kommt, dass der Ausbau der Stromnetze nicht mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien Schritt hält.</p> <p>Eine weitere Begleiterscheinung des Erfolgs der Erneuerbaren Energien sind die Konsequenzen für konventionelle Kraftwerke. Aufgrund des Ausbaus der Erneuerbaren Energien sinken die Betriebsstunden von konventionellen Kraftwerken und damit deren Wirtschaftlichkeit. Deshalb werden keine neuen Kraftwerke gebaut und bestehende Anlagen stillgelegt. Das birgt Risiken für die Versorgungssicherheit. Denn solange Erneuerbare Energien nicht in der Lage sind, Strom bedarfsgerecht zu liefern, müssen auch weiterhin hocheffiziente regelbare Kraftwerke zur Verfügung stehen.</p> <p>Wir wollen die Förderung der Erneuerbaren Energien und das System der Strompreisbildung unter den Prämissen der Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit grundlegend neu konzipieren und aufeinander abstimmen. Das ist zusammen mit der Steigerung der Energieeffizienz und dem Energiesparen entscheidend für das Gelingen der Energiewende.</p> <p>Wir wollen eine grundlegende Reform des EEG, die konsequent die Kosten begrenzt und die Strompreise im Blick hat. Deshalb muss das EEG so ausgerichtet werden, dass eine Fehlsteuerung zukünftig ausgeschlossen ist. Der Einspeisevorrang für Erneuerbare Energien ist weiterhin erforderlich. Technischer Fortschritt und Innovationen im Bereich der erneuerbaren Energien werden dazu führen, dass die Herstellungskosten mittel- bis langfristig sinken. Dies ermöglicht, die Einspeisevergütung schrittweise zu reduzieren.</p> <p>Mit ihrem stetig wachsenden Anteil an der Stromerzeugung müssen die Erneuerbaren Energien mehr Verantwortung für eine stabile Versorgung übernehmen. Wir wollen Erneuerbare Energien untereinander (z.B. Wind mit Wasser und/oder Biomasse), Erneuerbare Energien und fossile Energieerzeugung sowie Erneuerbare Energien und Verbrauchsmanagement so miteinander verknüpfen, dass Strom bedarfsgerecht zur Verfügung steht. Erneuerbare Energien müssen und können auch Systemdienstleistungen, wie etwa Blindleistung und Speicherung, bereitstellen. Anreize für erhöhte Volllaststunden pro Anlage können in der Systembetrachtung zur Kostenentlastung beitragen.</p> <p>In einem künftigen Strommarkt müssen gesicherte Kapazitäten bereitstehen, um die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien jederzeit zu komplettieren. Wir wollen die regionalen Probleme kurzfristig pragmatisch lösen und erst einmal Erfahrungen sammeln, bevor umfassende Kapazitätsmärkte für die Finanzierung von Kraftwerken geschaffen werden. Zukünftig müssen Kraftwerke entsprechend flexibel einsetzbar sein, um komplementär zu wirken. Dabei sind europäische Kraftwerkskapazitäten zu berücksichtigen.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p>
<p>Modernisierung und Ausbau der Netzinfrastruktur vorantreiben.</p>	<p>Modernisierung und Ausbau der Netzinfrastruktur vorantreiben.</p>	<p>55</p>
<p>Der Ausbau der Netze hält nicht Schritt mit dem Ausbau regenerativer Energien. Bislang erfolgt der Ausbau der Erneuerbaren ungesteuert und ohne Rücksicht auf die Verfügbarkeit und Leistungsfähigkeit der Netzinfrastruktur. Die Folge sind regionale Netzengpässe und Abriegelungen von Erzeugungsanlagen, die volkswirtschaftlich ineffizient sind und das Risiko von Versorgungsengpässen erhöhen. Erforderlich ist eine Synchronisierung des Ausbaus der Erneuerbaren mit dem Ausbau der Netzinfrastruktur. Ein hohes Maß an Netzstabilität und Versorgungssicherheit ist dauerhaft nur gesichert, wenn die Netzintegration der Erneuerbaren Energien in effizienter und systemoptimaler Weise gelingt. Ausbau und Modernisierung ist auf allen Netzebenen erforderlich, sowohl im Übertragungs- als auch im Verteilernetz. Die regionalen</p>	<p>Der Ausbau der Netze hält nicht Schritt mit dem Ausbau regenerativer Energien. Bislang erfolgt der Ausbau der Erneuerbaren ungesteuert und ohne Rücksicht auf die Verfügbarkeit und Leistungsfähigkeit der Netzinfrastruktur. Die Folge sind regionale Netzengpässe und Abriegelungen von Erzeugungsanlagen, die volkswirtschaftlich ineffizient sind und das Risiko von Versorgungsengpässen erhöhen. Erforderlich ist eine Synchronisierung des Ausbaus der Erneuerbaren mit dem Ausbau der Netzinfrastruktur. Ein hohes Maß an Netzstabilität und Versorgungssicherheit ist dauerhaft nur gesichert, wenn die Netzintegration der Erneuerbaren Energien in effizienter und systemoptimaler Weise gelingt. Ausbau und Modernisierung ist auf allen Netzebenen erforderlich, sowohl im Übertragungs- als auch im Verteilernetz. Die regionalen</p>	<p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Verteilernetze müssen zu „intelligenten“ Leitungssystemen ausgebaut werden, weil zunehmend mehr Verbraucher zu Erzeugern werden und ihren Strom unregelmäßig einspeisen. Die überregionalen Übertragungsnetze müssen mit bedarfsgerecht innovativer</p> <p>5 Technik, wie etwa Hochspannungsgleichstromübertragung, ertüchtigt bzw. ausgebaut werden, um die Erzeugungszentren im Norden mit den Lastzentren im Süden Deutschlands zu verbinden.</p> <p>Wir streben die Zusammenführung der Übertragungsnetze in einer Deutschen-Netz-Gesellschaft an. Die öffentliche Hand beteiligt sich an der Netz-AG (und ihren Erträgen) durch Investition in den Anschluss von Offshore-Parks und anderen wichtigen Großprojekten und nimmt somit eine Steuerungsfunktion wahr.</p> <p>10 Die Anreizregulierung muss Innovationen und Investitionen in den Verteilnetzen besser abbilden als bisher. Der Netzbetrieb muss intelligenter auf die zunehmende Einspeisung auf unteren Spannungsebenen reagieren können, um Systemstabilität zu gewährleisten. Die Anreizregulierung muss so ausgestaltet werden, dass sie den Aufbau von Intelligenten Netzen, Stromspeichern und Komplementärkapazitäten fördert.</p> <p>15 Zur Netzstabilität und Kostensenkung trägt auch eine Flexibilisierung der Energienachfrage („Demand-Side-Management“) bei. Neben der Vergütung abschaltbarer Lasten von Großverbrauchern ist dazu auch das Potenzial des Mittelstands wie der der privaten Verbraucher zu nutzen.</p> <p>20 Für Akzeptanz und Durchsetzbarkeit von Energieinfrastrukturprojekten ist die frühzeitige Konsultation und Beteiligung der betroffenen Bevölkerung in Zusammenarbeit mit den Kommunen unabdingbar. Hilfreich sind auch unmittelbare Beteiligungen der Bevölkerung, wie z. B. in Form von „Bürger-Windparks“, Energiegenossenschaften, Netzbeteiligungen etc..</p> <p>25 Wir brauchen zu unseren Nachbarländern mehr grenzüberschreitende Kuppelstellen um ein leistungsfähiges europäisches Stromnetz zu schaffen.</p> <p>Komplementär zum Netzausbau müssen Speichertechnologien gefördert werden. Neue Speichertechnologien sollen mit Hochdruck entwickelt und im industriellen Maßstab erprobt werden, damit sie mittel- und langfristig zur Verfügung stehen. Auch europäische Speichermöglichkeiten, etwa Wasserspeicher in Skandinavien und den Alpen, sollten gefördert werden.</p> <p>30 Das geltende Atomgesetz lässt den Betreibern von Atomkraftwerken nach deren Stilllegung die Wahl zwischen dem Antrag auf Genehmigung eines „sicheren Einschlusses“ und auf Rückbau eines Atomkraftwerks. Der „sichere Einschluss“ ist ein für die Bevölkerung unzumutbares Verfahren im Umgang mit stillgelegten Atomkraftwerken. Wir wollen diese Option im Atomgesetz streichen.</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>Es fehlen noch viele und grundlegende Informationen, um die Auswirkungen und Risiken der Fracking-Technologie zu beurteilen. Wir setzen uns für einen Verzicht des Einsatzes von Fracking ein, bis alle Risiken für Gesundheit und Umwelt bewertet und ausgeschlossen wurden. Dieses Moratorium soll solange gelten, bis Fracking-Methoden ohne den Einsatz giftiger Chemikalien, die zu einer schädlichen Veränderung des Grund- und Trinkwassers führen, zur Verfügung stehen.</p> <p>55</p> <p>60 Die Energieeffizienz zur Priorität machen.</p> <p>Die konsequente Steigerung der Energieeffizienz ist die richtige Antwort auf steigende Energiepreise. Sie ist gleichzeitig die kostengünstigste Maßnahme für einen wirksamen Klimaschutz. Nicht nur im Verkehrsbereich und im Wohnungsbau, sondern auch in den so genannten Querschnittstechnologien (z. B. Beleuchtung, Küh-</p> <p>65</p>	<p>Verteilernetze müssen zu „intelligenten“ Leitungssystemen ausgebaut werden, weil zunehmend mehr Verbraucher zu Erzeugern werden und ihren Strom unregelmäßig einspeisen. Die überregionalen Übertragungsnetze müssen mit bedarfsgerecht innovativer Technik, wie etwa Hochspannungsgleichstromübertragung, ertüchtigt bzw. ausgebaut werden, um die Erzeugungszentren im Norden mit den Lastzentren im Süden Deutschlands zu verbinden.</p> <p>Wir streben die Zusammenführung der Übertragungsnetze in einer Deutschen-Netz-Gesellschaft an. Die öffentliche Hand beteiligt sich an der Netz-AG (und ihren Erträgen) durch Investition in den Anschluss von Offshore-Parks und anderen wichtigen Großprojekten und nimmt somit eine Steuerungsfunktion wahr.</p> <p>Die Anreizregulierung muss Innovationen und Investitionen in den Verteilnetzen besser abbilden als bisher. Der Netzbetrieb muss intelligenter auf die zunehmende Einspeisung auf unteren Spannungsebenen reagieren können, um Systemstabilität zu gewährleisten. Die Anreizregulierung muss so ausgestaltet werden, dass sie den Aufbau von Intelligenten Netzen, Stromspeichern und Komplementärkapazitäten fördert.</p> <p>Zur Netzstabilität und Kostensenkung trägt auch eine Flexibilisierung der Energienachfrage („Demand-Side-Management“) bei. Neben der Vergütung abschaltbarer Lasten von Großverbrauchern ist dazu auch das Potenzial des Mittelstands wie der der privaten Verbraucher zu nutzen.</p> <p>Für Akzeptanz und Durchsetzbarkeit von Energieinfrastrukturprojekten ist die frühzeitige Konsultation und Beteiligung der betroffenen Bevölkerung in Zusammenarbeit mit den Kommunen unabdingbar. Hilfreich sind auch unmittelbare Beteiligungen der Bevölkerung, wie z. B. in Form von „Bürger-Windparks“, Energiegenossenschaften, Netzbeteiligungen etc..</p> <p>Wir brauchen zu unseren Nachbarländern mehr grenzüberschreitende Kuppelstellen um ein leistungsfähiges europäisches Stromnetz zu schaffen.</p> <p>Komplementär zum Netzausbau müssen Speichertechnologien gefördert werden. Neue Speichertechnologien sollen mit Hochdruck entwickelt und im industriellen Maßstab erprobt werden, damit sie mittel- und langfristig zur Verfügung stehen. Auch europäische Speichermöglichkeiten, etwa Wasserspeicher in Skandinavien und den Alpen, sollten gefördert werden.</p> <p>Das geltende Atomgesetz lässt den Betreibern von Atomkraftwerken nach deren Stilllegung die Wahl zwischen dem Antrag auf Genehmigung eines „sicheren Einschlusses“ und auf Rückbau eines Atomkraftwerks. Der „sichere Einschluss“ ist ein für die Bevölkerung unzumutbares Verfahren im Umgang mit stillgelegten Atomkraftwerken. Wir wollen diese Option im Atomgesetz streichen. <u>Wir werden nicht nur an den Atomausstiegsbeschlüssen in Deutschland festhalten, sondern uns auch international für mehr Sicherheit bei Atomkraftwerken bzw. für deren Abschaltung engagieren. Auch darf der Export von Atomtechnologie etwa zum Bau neuer Reaktoren im Ausland nicht unterstützt werden.</u></p> <p>Es fehlen noch viele und grundlegende Informationen, um die Auswirkungen und Risiken der Fracking-Technologie zu beurteilen. Wir setzen uns für einen Verzicht des Einsatzes von Fracking ein, bis alle Risiken für Gesundheit und Umwelt bewertet und ausgeschlossen wurden. Dieses Moratorium soll solange gelten, bis Fracking-Methoden ohne den Einsatz giftiger Chemikalien, die zu einer schädlichen Veränderung des Grund- und Trinkwassers führen, zur Verfügung stehen.</p> <p>60 Die Energieeffizienz zur Priorität machen.</p> <p>Die konsequente Steigerung der Energieeffizienz ist die richtige Antwort auf steigende Energiepreise. Sie ist gleichzeitig die kostengünstigste Maßnahme für einen wirksamen Klimaschutz. Nicht nur im Verkehrsbereich und im Wohnungsbau, sondern auch in den so genannten Querschnittstechnologien (z. B. Beleuchtung, Küh-</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>lung, Pumpen, Motoren, Druckluft) stehen innovative Technologien zur Verfügung, die den Strombedarf drastisch vermindern. Bei den Energiesteuern darf es für die Industrie in Zukunft nur noch Steuervergünstigungen geben, wenn im Rahmen eines angemessenen Energiemanagements nachgewiesen wird, dass der Energieverbrauch tatsächlich so weit vermindert wurde, wie es betriebswirtschaftlich sinnvoll ist.</p> <p>Der deutliche Ausbau der dezentralen, effizienten und klimafreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ist einer der wesentlichen Beiträge zur Erreichung der Energie- und Klimaschutzziele. Wir wollen die Anreize für den Ausbau der KWK durch Unternehmen und Privatpersonen setzen und für die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen für Nah- und Fernwärme schaffen.</p> <p>Die Gebäudesanierung bietet noch immer große Potenziale zur Energieeinsparung. Wir wollen das KfW-Programm zur energetischen Gebäudesanierung wieder deutlich erhöhen. Von den Bauaufträgen profitieren vor allem örtliche Handwerksbetriebe aus dem Mittelstand. Die Mittel sollen zweckgebunden mit geringem Verwaltungsaufwand zur Verfügung gestellt werden. Um einen möglichst hohen Effizienzgewinn zu erreichen, sollte beim CO₂-Gebäudesanierungsprogramm die Förderung an der tatsächlich eingesparten Energie und nicht am erreichten Effizienzstandard ausgerichtet werden.</p>	<p>lung, Pumpen, Motoren, Druckluft) stehen innovative Technologien zur Verfügung, die den Strombedarf drastisch vermindern. Bei den Energiesteuern darf es für die Industrie in Zukunft nur noch Steuervergünstigungen geben, wenn im Rahmen eines angemessenen Energiemanagements nachgewiesen wird, dass der Energieverbrauch tatsächlich so weit vermindert wurde, wie es betriebswirtschaftlich sinnvoll ist.</p> <p>Der deutliche Ausbau der dezentralen, effizienten und klimafreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ist einer der wesentlichen Beiträge zur Erreichung der Energie- und Klimaschutzziele. Wir wollen die Anreize für den Ausbau der KWK durch Unternehmen und Privatpersonen setzen und für die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen für Nah- und Fernwärme schaffen.</p> <p>Die Gebäudesanierung bietet noch immer große Potenziale zur Energieeinsparung. Wir wollen das KfW-Programm zur energetischen Gebäudesanierung wieder deutlich erhöhen. Von den Bauaufträgen profitieren vor allem örtliche Handwerksbetriebe aus dem Mittelstand. Die Mittel sollen zweckgebunden mit geringem Verwaltungsaufwand zur Verfügung gestellt werden. Um einen möglichst hohen Effizienzgewinn zu erreichen, sollte beim CO₂-Gebäudesanierungsprogramm die Förderung an der tatsächlich eingesparten Energie und nicht am erreichten Effizienzstandard ausgerichtet werden. <u>Bisher geht es um die Verbesserung der Energieeffizienz einzelner Gebäude. In Zukunft wird sich der Blick stärker auf die Steigerung der energetischen Effizienz von Wohnungsgesellschaften, Stadtquartieren und Wohngebieten richten müssen. Wir werden dabei dafür sorgen, dass Mieterinnen und Mieter nicht aus ihren sanierten Wohnungen verdrängt werden.</u></p>
<p>Der darniederliegende europäische Emissionshandel ist zu reaktivieren. Er muss wieder das zentrale marktwirtschaftliche Instrument werden, um Investitionen in Energieeffizienz anzureizen. Europäische Verbrauchsstandards für Autos, Haushaltsgeräte, Beleuchtung, die bisher weit hinter den technischen Möglichkeiten zurückbleiben, sollen sich am fortschrittlichen Stand der technischen Entwicklung orientieren, ohne bestimmte Technologien festzulegen (Top-Runner-Ansatz).</p>	<p>Der darniederliegende europäische Emissionshandel ist zu reaktivieren. Er muss wieder das zentrale marktwirtschaftliche Instrument werden, um Investitionen in Energieeffizienz anzureizen. Europäische Verbrauchsstandards für Autos, Haushaltsgeräte, Beleuchtung, die bisher weit hinter den technischen Möglichkeiten zurückbleiben, sollen sich am fortschrittlichen Stand der technischen Entwicklung orientieren, ohne bestimmte Technologien festzulegen (Top-Runner-Ansatz).</p>
<p>Die Energiewende muss sozialverträglich gestaltet werden.</p>	<p>Die Energiewende muss sozialverträglich gestaltet werden.</p>
<p>Die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif. Umso wichtiger ist es, sie effizient umzusetzen und die Lasten gerecht zu verteilen. Deutschland hat bereits heute mit die höchsten Strompreise in Europa. Knapp die Hälfte des Strompreises sind Steuern, Abgaben und Umlagen. Ziel muss es sein, die Belastungen sowohl für den einfachen Stromkunden als auch für die in Deutschland produzierende Industrie so gering wie möglich zu halten. Preissenkungspotenziale auf der Erzeugungs- und der Verbrauchsseite müssen ausgeschöpft werden.</p>	<p>Die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif. Umso wichtiger ist es, sie effizient umzusetzen und die Lasten gerecht zu verteilen. Deutschland hat bereits heute mit die höchsten Strompreise in Europa. Knapp die Hälfte des Strompreises sind Steuern, Abgaben und Umlagen. Ziel muss es sein, die Belastungen sowohl für den einfachen Stromkunden als auch für die in Deutschland produzierende Industrie so gering wie möglich zu halten. Preissenkungspotenziale auf der Erzeugungs- und der Verbrauchsseite müssen ausgeschöpft werden.</p>
<div style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <p>Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:</p> <p>„Wie die Bergwerke sollten auch die Energiekonzerne für Folgeschäden haften, indem sie Rückstellungen bilden.“</p> <p>Wir sorgen dafür, dass die Kosten für den Atommüll und Abriss von Atomkraftwerken auf jeden Fall durch die Verursacher getragen werden. Die Sanierung von untauglichen Atom-Endlagern wie Asse II soll durch eine höhere Kernbrennstoffsteuer mitfinanziert werden.</p> </div>	<div style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> <p>Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:</p> <p>„Wie die Bergwerke sollten auch die Energiekonzerne für Folgeschäden haften, indem sie Rückstellungen bilden.“</p> <p>Wir sorgen dafür, dass die Kosten für den Atommüll und Abriss von Atomkraftwerken auf jeden Fall durch die Verursacher getragen werden. Die Sanierung von untauglichen Atom-Endlagern wie Asse II soll durch eine höhere Kernbrennstoffsteuer mitfinanziert werden.</p> </div>
<p>Der Anteil von Steuern und Abgaben am Gesamtstrompreis ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen und sollte reduziert werden. Die Stromsteuer muss spürbar gesenkt werden. Wir wollen eine von der Steuer weitestgehend befreite Grundversorgung einführen.</p>	<p>Der Anteil von Steuern und Abgaben am Gesamtstrompreis ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen und sollte reduziert werden. Die Stromsteuer muss spürbar gesenkt werden. Wir wollen eine von der Steuer weitestgehend befreite Grundversorgung einführen.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Dies kann durch erhöhte Einnahmen an der Mehrwertsteuer auf die EEG-Umlage finanziert werden. Damit alle Einkommensgruppen sich energieeffiziente Geräte und Anlagen leisten können, werden wir neben Energieberatungen auch</p> <p>5 Förderprogramme mit Mikrokrediten und Zuschüssen für private Haushalte und kleine Unternehmen auflegen. Bei Leistungsbeziehern ist sicherzustellen, dass Zuschüsse nicht auf Leistungen der Grundsicherung angerechnet werden.</p>	<p>Dies kann durch erhöhte Einnahmen an der Mehrwertsteuer auf die EEG-Umlage finanziert werden. Damit alle Einkommensgruppen sich energieeffiziente Geräte und Anlagen leisten können, werden wir neben Energieberatungen auch</p> <p>Förderprogramme mit Mikrokrediten und Zuschüssen für private Haushalte und kleine Unternehmen auflegen. Bei Leistungsbeziehern ist sicherzustellen, dass Zuschüsse nicht auf Leistungen der Grundsicherung angerechnet werden.</p>
<p>10 III. Bildung, Gleichberechtigung und Zusammenleben in einer modernen Gesellschaft.</p>	<p>III. Bildung, Gleichberechtigung und Zusammenleben in einer modernen Gesellschaft.</p>
<p>15 Sozialdemokratische Politik will allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Alle Menschen sollen gleiche Chancen und Perspektiven haben, unabhängig von Herkunft, Geschlecht Weltanschauung oder einer bestehenden Behinderung. Freiheit, damit meinen wir, nicht allein eine Freiheit von etwas, sondern auch eine Freiheit zu etwas: die Freiheit, sich zu entfalten, teilzuhaben und selbst zu entscheiden. Es geht darum, sein Leben in die eigenen Hände nehmen, aus seinem Leben etwas machen zu können. Dass Freiheit nicht ein leeres Versprechen ist, sondern eine Realität, die für alle gilt, ist unser Anspruch an eine moderne und gerechte Gesellschaft.</p>	<p>Sozialdemokratische Politik will allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Alle Menschen sollen gleiche Chancen und Perspektiven haben, unabhängig von Herkunft, Geschlecht Weltanschauung oder einer bestehenden Behinderung. Freiheit, damit meinen wir, nicht allein eine Freiheit von etwas, sondern auch eine Freiheit zu etwas: die Freiheit, sich zu entfalten, teilzuhaben und selbst zu entscheiden. Es geht darum, sein Leben in die eigenen Hände nehmen, aus seinem Leben etwas machen zu können. Dass Freiheit nicht ein leeres Versprechen ist, sondern eine Realität, die für alle gilt, ist unser Anspruch an eine moderne und gerechte Gesellschaft.</p>
<p>Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten und freien Leben. Deshalb ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Bildung ein Grundrecht, und zwar für alle Menschen, unabhängig vom Geldbeutel, von Herkunft, Hautfarbe, Religion oder Geschlecht. Ein leistungsfähiges und sozial gerechtes Bildungssystem ist entscheidend für die individuellen Lebenschancen unserer Kinder und zugleich eine zentrale Voraussetzung für den ökonomischen Erfolg und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Solidarisches Miteinander, gegenseitige Unterstützung und das Stärken der jeweiligen individuellen Fähigkeiten prägen unsere Bildungspolitik.</p> <p>Fortschritt und Erfolg einer Gesellschaft bemisst sich auch daran, wie Menschen miteinander leben und arbeiten. Nur eine gleichgestellte Gesellschaft ist eine moderne Gesellschaft. Und nur eine gleichgestellte Wirtschaft ist eine zukunftsfeste Wirtschaft. Gleichstellung und Selbstbestimmung machen es möglich, aus eingefahrenen Rollen auszubrechen und die Herausforderungen im Alltag, in Beruf und Familie partnerschaftlich zu teilen, ohne dass einer der Partner den Kürzeren zieht. Dafür brauchen wir klare Regeln für die Wirtschaft und eine Politik des miteinander.</p> <p>Die Gleichstellungspolitik in Deutschland braucht neue Impulse und ein modernes Leitbild. Dabei wollen wir den gesamten Lebenslauf von Frauen und Männern in den Blick nehmen und passgenaue Rahmenbedingungen anbieten, die in jeder Lebensphase jeder und jedem die gleichen Wahlmöglichkeiten und Teilhabechancen eröffnen. Wir wollen eine in sich konsistente Gleichstellungspolitik quer über alle Politikfelder. „Gender-Mainstreaming“ soll wieder durchgängiges Leitprinzip im Regierungshandeln sein.</p>	<p>Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten und freien Leben. Deshalb ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Bildung ein Grundrecht, und zwar für alle Menschen, unabhängig vom Geldbeutel, von Herkunft, Hautfarbe, Religion oder Geschlecht. Ein leistungsfähiges und sozial gerechtes Bildungssystem ist entscheidend für die individuellen Lebenschancen unserer Kinder und zugleich eine zentrale Voraussetzung für den ökonomischen Erfolg und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Solidarisches Miteinander, gegenseitige Unterstützung und das Stärken der jeweiligen individuellen Fähigkeiten prägen unsere Bildungspolitik.</p> <p>Fortschritt und Erfolg einer Gesellschaft bemisst sich auch daran, wie Menschen miteinander leben und arbeiten. Nur eine gleichgestellte Gesellschaft ist eine moderne Gesellschaft. Und nur eine gleichgestellte Wirtschaft ist eine zukunftsfeste Wirtschaft. Gleichstellung und Selbstbestimmung machen es möglich, aus eingefahrenen Rollen auszubrechen und die Herausforderungen im Alltag, in Beruf und Familie partnerschaftlich zu teilen, ohne dass einer der Partner den Kürzeren zieht. Dafür brauchen wir klare Regeln für die Wirtschaft und eine Politik des miteinander.</p> <p>Die Gleichstellungspolitik in Deutschland braucht neue Impulse und ein modernes Leitbild. Dabei wollen wir den gesamten Lebenslauf von Frauen und Männern in den Blick nehmen und passgenaue Rahmenbedingungen anbieten, die in jeder Lebensphase jeder und jedem die gleichen Wahlmöglichkeiten und Teilhabechancen eröffnen. Wir wollen eine in sich konsistente Gleichstellungspolitik quer über alle Politikfelder. „Gender-Mainstreaming“ soll wieder durchgängiges Leitprinzip im Regierungshandeln sein.</p>
<p>60 III.1 Chancengleichheit und Aufstieg durch Bildung.</p>	<p>III.1 Chancengleichheit und Aufstieg durch Bildung.</p>
<p>65 Internationale Vergleiche zeigen die hohe Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft. Insbesondere finanzielle Hürden verstärken soziale Benachteiligungen und halten Menschen von Bildung fern. Unser Ziel ist die gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule. Wo wir Verantwortung tragen, gibt es keine Studiengebühren und werden Kita-Gebühren soweit möglich schrittweise abgeschafft. Und wir unterstützen Menschen in Schule, Berufsbildung und Studium, wenn sie Hilfe brauchen.</p>	<p>Internationale Vergleiche zeigen die hohe Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft. Insbesondere finanzielle Hürden verstärken soziale Benachteiligungen und halten Menschen von Bildung fern. Unser Ziel ist die gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule. Wo wir Verantwortung tragen, gibt es keine Studiengebühren und werden Kita-Gebühren soweit möglich schrittweise abgeschafft. Und wir unterstützen Menschen in Schule, Berufsbildung und Studium, wenn sie Hilfe brauchen.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
<p>Allein die Ziele und Wünsche, der Eifer und die Potenziale der Menschen sollen über Bildungswege entscheiden. Unser Ziel ist es, ein leistungsfähiges und sozial gerechtes Bildungssystem zu schaffen, in dem individuelle Förderung gelebt wird. Das ist entscheidend für die Lebenschancen unserer Kinder und zugleich eine zentrale Voraussetzung für den ökonomischen Erfolg und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Wir wollen Aufstieg durch Bildung ermöglichen und Chancengleichheit im Bildungssystem verwirklichen.</p>	<p>Allein die Ziele und Wünsche, der Eifer und die Potenziale der Menschen sollen über Bildungswege entscheiden. Unser Ziel ist es, ein leistungsfähiges und sozial gerechtes Bildungssystem zu schaffen, in dem individuelle Förderung gelebt wird. Das ist entscheidend für die Lebenschancen unserer Kinder und zugleich eine zentrale Voraussetzung für den ökonomischen Erfolg und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Wir wollen Aufstieg durch Bildung ermöglichen und Chancengleichheit im Bildungssystem verwirklichen.</p>	1 5 10
<p>Wir wollen, dass alle Menschen von Anfang an gleiche Chancen haben, ihr Potenzial zu entwickeln.</p>	<p>Wir wollen, dass alle Menschen von Anfang an gleiche Chancen haben, ihr Potenzial zu entwickeln.</p>	
<p>Frühkindliche Bildung ist entscheidend für gleiche Startchancen. Deshalb müssen wir sowohl das Angebot an Kindertagesstätten bedarfsgerecht ausbauen, als auch die Qualität der Bildungsinhalte erhöhen. Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz muss umfassend eingelöst werden, damit nicht länger der Zufall des Wohnorts oder die Höhe der Kita-Gebühren über Bildungschancen der Kinder entscheidet. Um Chancengleichheit zu erreichen, muss Gebührenfreiheit gelten. Daher müssen wir diejenigen, die Kitaplätze bereitstellen, insbesondere die Kommunen, angemessen finanziell ausstatten. Auch daher werden wir das bildungsfeindliche Betreuungsgeld abschaffen. Die bis zu 2 Mrd. Euro, die dafür mittelfristig jährlich anfallen würden, werden wir komplett in den Ausbau von Kitas und Tagespflege investieren.</p> <p>Kitas sind frühkindliche Bildungseinrichtungen mit einer Vielzahl von Angeboten für Kinder und deren Familien. Dazu gehört die individuelle Förderung aller Kinder, einschließlich der gezielten Sprachförderung zur besseren Integration von Kindern, die aufgrund ihrer sozialen Situation oder den geringen deutschen Sprachkenntnissen ihrer Eltern benachteiligt sind. Die gestiegenen Anforderungen müssen ihren Niederschlag auch in einer guten, inklusions- und praxisgerechten Ausbildung des Fachpersonals finden. Wir werden dies von der Bundesseite durch eine Fachkräfteoffensive für Erzieher/innen unterstützen.</p> <p>Im Schulbereich wollen wir durch mehr und bessere Ganztagsangebote und längeres gemeinsames Lernen mehr Chancengleichheit erreichen. Die Ganztagschule ist ein Erfolgsmodell, das mehr Zeit zum Lernen bietet. Hier gibt es Möglichkeiten für die gezielte Förderung für jede und jeden Einzelnen und für den Umgang mit heterogenen Lerngruppen. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir schrittweise jedem, der möchte, einen Ganztagsplatz anbieten – egal wo und in welcher Schulform. Wir wollen im Rahmen eines zweiten Ganztagsschulprogramms aber auch die Qualität der Angebote verbessern und das erforderliche Lehr- und Fachpersonal fördern. Nur mit ihnen können wir die großen Potenziale der Ganztagschule wirklich heben und mit Leben füllen.</p> <p>Wir sind davon überzeugt, dass eine gute und leistungsfähige Schulsozialarbeit einen wichtigen Beitrag leisten kann, gute Ganztagschulen und eine inklusive Bildung zu schaffen und die Übergänge im Bildungssystem zu verbessern. Wir halten deshalb daran fest, gemeinsam mit den Ländern die Schulsozialarbeit auszubauen.</p> <p>Von der Kita bis zur Erwachsenenbildung ist Inklusion für uns ein grundlegendes Prinzip und integraler Bestandteil in allen Bildungseinrichtungen. Sport und Bewegung spielen dabei eine wichtige Rolle. Unser Ziel ist es, gleiche Bildungschancen und ein Recht auf Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen zu schaffen. Die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems wollen wir sorgfältig vorbereiten und durch einen intensiven Dialog mit allen Beteiligten begleiten.</p> <p>Eine bessere, individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund ist ebenfalls eine zentrale Voraussetzung für gleiche Bildungschancen. Die Grundlagen müssen schon in der Kita gelegt werden, aber auch die Schulen müssen einen Beitrag leisten, um besonders bei der Sprachförderung vorhandene Defizite auszugleichen und gemeinsam mit den Eltern die</p>	<p>Frühkindliche Bildung ist entscheidend für gleiche Startchancen. Deshalb müssen wir sowohl das Angebot an Kindertagesstätten bedarfsgerecht ausbauen, als auch die Qualität der Bildungsinhalte erhöhen. Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz muss umfassend eingelöst werden, damit nicht länger der Zufall des Wohnorts oder die Höhe der Kita-Gebühren über Bildungschancen der Kinder entscheidet. Um Chancengleichheit zu erreichen, muss Gebührenfreiheit gelten. Daher müssen wir diejenigen, die Kitaplätze bereitstellen, insbesondere die Kommunen, angemessen finanziell ausstatten. Auch daher werden wir das bildungsfeindliche Betreuungsgeld abschaffen. Die bis zu 2 Mrd. Euro, die dafür mittelfristig jährlich anfallen würden, werden wir komplett in den Ausbau von Kitas und Tagespflege investieren.</p> <p>Kitas sind frühkindliche Bildungseinrichtungen mit einer Vielzahl von Angeboten für Kinder und deren Familien. Dazu gehört die individuelle Förderung aller Kinder, einschließlich der gezielten Sprachförderung zur besseren Integration von Kindern, die aufgrund ihrer sozialen Situation oder den geringen deutschen Sprachkenntnissen ihrer Eltern benachteiligt sind. Die gestiegenen Anforderungen müssen ihren Niederschlag auch in einer guten, inklusions- und praxisgerechten Ausbildung des Fachpersonals finden. Wir werden dies von der Bundesseite durch eine Fachkräfteoffensive für Erzieher/innen unterstützen.</p> <p>Im Schulbereich wollen wir durch mehr und bessere Ganztagsangebote und längeres gemeinsames Lernen mehr Chancengleichheit erreichen. Die Ganztagschule ist ein Erfolgsmodell, das mehr Zeit zum Lernen bietet. Hier gibt es Möglichkeiten für die gezielte Förderung für jede und jeden Einzelnen und für den Umgang mit heterogenen Lerngruppen. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir schrittweise jedem, der möchte, einen Ganztagsplatz anbieten – egal wo und in welcher Schulform. Wir wollen im Rahmen eines zweiten Ganztagsschulprogramms aber auch die Qualität der Angebote verbessern und das erforderliche Lehr- und Fachpersonal fördern. Nur mit ihnen können wir die großen Potenziale der Ganztagschule wirklich heben und mit Leben füllen.</p> <p>Wir sind davon überzeugt, dass eine gute und leistungsfähige Schulsozialarbeit einen wichtigen Beitrag leisten kann, gute Ganztagschulen und eine inklusive Bildung zu schaffen und die Übergänge im Bildungssystem zu verbessern. Wir halten deshalb daran fest, gemeinsam mit den Ländern die Schulsozialarbeit auszubauen.</p> <p>Von der Kita bis zur Erwachsenenbildung ist Inklusion für uns ein grundlegendes Prinzip und integraler Bestandteil in allen Bildungseinrichtungen. Sport und Bewegung spielen dabei eine wichtige Rolle. Unser Ziel ist es, gleiche Bildungschancen und ein Recht auf Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen zu schaffen. Die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems wollen wir sorgfältig vorbereiten und durch einen intensiven Dialog mit allen Beteiligten begleiten.</p> <p>Eine bessere, individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund ist ebenfalls eine zentrale Voraussetzung für gleiche Bildungschancen. Die Grundlagen müssen schon in der Kita gelegt werden, aber auch die Schulen müssen einen Beitrag leisten, um besonders bei der Sprachförderung vorhandene Defizite auszugleichen und gemeinsam mit den Eltern die</p>	15 20 25 30 35 40 45 50 55 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn zu schaffen. Die Qualität von Schule ist uns ein wichtiges Anliegen, denn auch hier gilt unsere Grundüberzeugung, dass Leistungsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit im Bildungssystem zwei Seiten derselben Medaille sind. Gute Bildung ist nicht denkbar ohne professionelle, engagierte Lehrerinnen und Lehrer. Wir wollen den Stellenwert der Lehrerausbildung an den Universitäten stärken. Außerdem wollen wir für alle, die schon im Berufsleben stehen, Angebote zur Lehrerfortbildung ausbauen, um sie bei der Vorbereitung auf neue Aufgaben zu unterstützen. Es ist eine berechnete Erwartung an unser Schulsystem, dass Umzüge von einem Bundesland ins andere keine unnötigen Probleme schaffen. Der bereits eingeschlagene Weg hin zu mehr Vergleichbarkeit und Mobilität durch die Einführung nationaler Bildungsstandards ist richtig und muss konsequent weiter beschritten werden.</p>	<p>Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn zu schaffen. Die Qualität von Schule ist uns ein wichtiges Anliegen, denn auch hier gilt unsere Grundüberzeugung, dass Leistungsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit im Bildungssystem zwei Seiten derselben Medaille sind. Gute Bildung ist nicht denkbar ohne professionelle, engagierte Lehrerinnen und Lehrer. Wir wollen den Stellenwert der Lehrerausbildung an den Universitäten stärken. Außerdem wollen wir für alle, die schon im Berufsleben stehen, Angebote zur Lehrerfortbildung ausbauen, um sie bei der Vorbereitung auf neue Aufgaben zu unterstützen. Es ist eine berechnete Erwartung an unser Schulsystem, dass Umzüge von einem Bundesland ins andere keine unnötigen Probleme schaffen. Der bereits eingeschlagene Weg hin zu mehr Vergleichbarkeit und Mobilität durch die Einführung nationaler Bildungsstandards ist richtig und muss konsequent weiter beschritten werden.</p>
<p>20 Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:</p> <p>25 „Bund soll Gesetzgebungskompetenz für Bildung bekommen durch Grundgesetz-Änderung“</p> <p>30 Die großen Herausforderungen, vor denen wir in Bildung und Wissenschaft stehen, erfordern neue Formen der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen. Mit dem Kooperationsverbot in der Bildung ist die Politik einen Irrweg gegangen. Wir wollen es durch einen kooperativen Bildungsföderalismus ersetzen, indem wir das Kooperationsverbot bei der Bildung im Grundgesetz aufheben und sprechen uns für einen neuen Grundgesetzartikel 104c aus, in dem dauerhafte Finanzhilfen des Bundes für Bildung und Wissenschaft ermöglicht werden. Die SPD wird dafür sorgen, dass die zwischen den Ländern bereits vereinbarten nationalen Bildungsstandards auch verbindlich umgesetzt werden. Die Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen wird sich dadurch deutlich verbessern. Insbesondere für die gymnasiale Oberstufe sollen in weiteren Fächern nationale Standards entwickelt werden. So machen wir das Abitur bundesweit vergleichbar. Der weitere Ausbau der öffentlichen Bildungsinfrastruktur und die Bewältigung der großen Herausforderungen in Bildung und Wissenschaft erfordern massive Investitionen, die aber nicht zuletzt aus volkswirtschaftlicher Sicht lohnend sind: durch Bildungsinvestitionen kann der zukünftige Fachkräftebedarf besser gedeckt werden. Zugleich können soziale Folgekosten, die sich aus zu geringen oder unterlassenen Bildungsinvestitionen ergeben, vermieden werden. Wir wollen die staatlichen Bildungsausgaben massiv erhöhen. Ab 2014 wollen wir schrittweise aufbauend jährlich 20 Mrd. Euro mehr für Bildung investieren. Davon soll der Bund 10 Mrd. Euro bereitstellen. Die Länder sollen in ihrer eigenen finanziellen Handlungsfähigkeit so gestärkt werden, dass sie weitere 10 Mrd. Euro mehr in Bildung investieren können. Wir halten an dem Ziel fest, die staatlichen Bildungsausgaben in Deutschland mindestens auf das Durchschnittsniveau der OECD-Staaten zu heben. Dem Ziel von sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung kommen wir mit 20 Mrd. Euro mehr pro Jahr einen großen Schritt näher und schaffen damit die Grundlage für einen neuen Bildungsaufbruch in Deutschland.</p>	<p>20 Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:</p> <p>25 „Bund soll Gesetzgebungskompetenz für Bildung bekommen durch Grundgesetz-Änderung“</p> <p>30 Die großen Herausforderungen, vor denen wir in Bildung und Wissenschaft stehen, erfordern neue Formen der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen. Mit dem Kooperationsverbot in der Bildung ist die Politik einen Irrweg gegangen. Wir wollen es durch einen kooperativen Bildungsföderalismus ersetzen, indem wir das Kooperationsverbot bei der Bildung im Grundgesetz aufheben und sprechen uns für einen neuen Grundgesetzartikel 104c aus, in dem dauerhafte Finanzhilfen des Bundes für Bildung und Wissenschaft ermöglicht werden. Die SPD wird dafür sorgen, dass die zwischen den Ländern bereits vereinbarten nationalen Bildungsstandards auch verbindlich umgesetzt werden. Die Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen wird sich dadurch deutlich verbessern. Insbesondere für die gymnasiale Oberstufe sollen in weiteren Fächern nationale Standards entwickelt werden. So machen wir das Abitur bundesweit vergleichbar. Der weitere Ausbau der öffentlichen Bildungsinfrastruktur und die Bewältigung der großen Herausforderungen in Bildung und Wissenschaft erfordern massive Investitionen, die aber nicht zuletzt aus volkswirtschaftlicher Sicht lohnend sind: durch Bildungsinvestitionen kann der zukünftige Fachkräftebedarf besser gedeckt werden. Zugleich können soziale Folgekosten, die sich aus zu geringen oder unterlassenen Bildungsinvestitionen ergeben, vermieden werden. Wir wollen die staatlichen Bildungsausgaben massiv erhöhen. Ab 2014 wollen wir schrittweise aufbauend jährlich 20 Mrd. Euro mehr für Bildung investieren. Davon soll der Bund 10 Mrd. Euro bereitstellen. Die Länder sollen in ihrer eigenen finanziellen Handlungsfähigkeit so gestärkt werden, dass sie weitere 10 Mrd. Euro mehr in Bildung investieren können. Wir halten an dem Ziel fest, die staatlichen Bildungsausgaben in Deutschland mindestens auf das Durchschnittsniveau der OECD-Staaten zu heben. Dem Ziel von sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung kommen wir mit 20 Mrd. Euro mehr pro Jahr einen großen Schritt näher und schaffen damit die Grundlage für einen neuen Bildungsaufbruch in Deutschland.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
<p>Duale Ausbildung als tragende Säule der Fachkräfteausbildung stärken und Fachkräftemangel abwenden</p>	<p>Duale Ausbildung als tragende Säule der Fachkräfteausbildung stärken und Fachkräftemangel abwenden</p>	1
<p>Eine gute Berufsausbildung und stetige Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und die Sicherung der Fachkräftebasis in der Zukunft. Viele junge Menschen haben nach wie vor Probleme beim Einstieg in das Erwerbsleben. Immer noch erhalten jährlich über 80.000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz und fast 270.000 junge Menschen stecken in Maßnahmen, ohne eine qualifizierende Ausbildung zu erreichen. Und es ist nicht hinnehmbar, dass junge Menschen allein aufgrund des Namens oder der Herkunft bei der Ausbildungs- oder Arbeitsplatzsuche benachteiligt werden.</p>	<p>Eine gute Berufsausbildung und stetige Qualifizierung und Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und die Sicherung der Fachkräftebasis in der Zukunft. Viele junge Menschen haben nach wie vor Probleme beim Einstieg in das Erwerbsleben. Immer noch erhalten jährlich über 80.000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz und fast 270.000 junge Menschen stecken in Maßnahmen, ohne eine qualifizierende Ausbildung zu erreichen. Und es ist nicht hinnehmbar, dass junge Menschen allein aufgrund des Namens oder der Herkunft bei der Ausbildungs- oder Arbeitsplatzsuche benachteiligt werden.</p>	5
<p>Wir wollen jungen Menschen einen reibungslosen Start in ihren Lebensweg ermöglichen. Von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden getragene branchenbezogene Ausbildungsfonds können das Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze erhöhen. Mit der Berufsausbildungsgarantie werden wir jedem jungen Menschen eine klare und vollwertige Qualifizierungsperspektive geben. Wir werden ihnen mit der Bündelung und Intensivierung der zahlreichen Beratungsangebote und gemeinsam mit den Berufsschulen den Einstieg in Ausbildung erleichtern und den Übergang in die duale Berufsausbildung fördern.</p>	<p>Wir wollen jungen Menschen einen reibungslosen Start in ihren Lebensweg ermöglichen. Von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden getragene branchenbezogene Ausbildungsfonds können das Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze erhöhen. Mit der Berufsausbildungsgarantie werden wir jedem jungen Menschen eine klare und vollwertige Qualifizierungsperspektive geben <u>und setzen dabei zuallererst auf eine Stärkung der betrieblichen Ausbildungsplätze</u>. Wir werden ihnen mit der Bündelung und Intensivierung der zahlreichen Beratungsangebote und gemeinsam mit den Berufsschulen den Einstieg in Ausbildung erleichtern und den Übergang in die duale Berufsausbildung fördern.</p>	15
<p>Dabei wollen wir auch dafür sorgen, dass Mädchen und Jungen gleichermaßen gut beraten in den Beruf starten. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels im Bereich der sogenannten MINT- und SAGE-Berufe wollen wir eine Beratungsgarantie vor der Ausbildung für junge Menschen, die verbindlich Informationen über alle Berufs- und Verdienstmöglichkeiten für Mädchen und Jungen gewährleistet. Von rund 350 Ausbildungsberufen legen sich fast 80 Prozent nur auf etwa 40 Berufsmöglichkeiten fest.</p>	<p>Dabei wollen wir auch dafür sorgen, dass Mädchen und Jungen gleichermaßen gut beraten in den Beruf starten. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels im Bereich der <u>mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Berufe sowie der Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsberufe</u> wollen wir eine Beratungsgarantie vor der Ausbildung für junge Menschen, die verbindlich Informationen über alle Berufs- und Verdienstmöglichkeiten für Mädchen und Jungen gewährleistet. Von rund 350 Ausbildungsberufen legen sich fast 80 Prozent nur auf etwa 40 Berufsmöglichkeiten fest.</p>	25
<p>Für die Sozialdemokratie bildet die duale Ausbildung eine leistungsfähige und tragende, zu akademischen Bildungswegen gleichwertige Säule der Fachkräfteausbildung in Deutschland. Auf diese Stärke der dualen Ausbildung wollen wir weiter bauen. Wir wollen die Qualität der schulischen Ausbildungen und die Bedingungen in den Ausbildungsbetrieben verbessern und die drei- und dreieinhalb jährigen Ausbildungsgänge wieder stärken. Die berufliche Aufstiegsfortbildung werden wir stärken, indem wir die Förderung verbessern und die Absolventinnen und Absolventen auf ihrem Weg in unternehmerische Verantwortung besser unterstützen.</p>	<p>Für die Sozialdemokratie bildet die duale Ausbildung eine leistungsfähige und tragende, zu akademischen Bildungswegen gleichwertige Säule der Fachkräfteausbildung in Deutschland. Auf diese Stärke der dualen Ausbildung wollen wir weiter bauen. <u>Zu einer guten Ausbildung gehört aber nicht nur ein Ausbildungsplatz. Auch die Ausbildungsqualität muss stimmen.</u> Wir wollen die Qualität der schulischen Ausbildungen und die Bedingungen in den Ausbildungsbetrieben verbessern <u>und werden deshalb gemeinsam mit den Tarifpartnern eine Qualitätsoffensive für die betriebliche Ausbildung starten</u>. Die drei- und dreieinhalb jährigen Ausbildungsgänge werden wir wieder stärken. Die berufliche Aufstiegsfortbildung werden wir stärken, indem wir die Förderung verbessern und die Absolventinnen und Absolventen auf ihrem Weg in unternehmerische Verantwortung besser unterstützen.</p>	30
<p>Wir wollen die Übergänge von frühkindlicher Bildung in die Grundschulen, vom Primar- in den Sekundarbereich und von der allgemeinbildenden Schule in die Berufsausbildung verbessern. Auch die Übergänge zwischen verschiedenen Schulformen sollen erleichtert werden. Wir begrüßen die Vielfalt von Schulträgern, wo sie mit diesen Zielen vereinbar ist.</p>	<p>Wir wollen die Übergänge von frühkindlicher Bildung in die Grundschulen, vom Primar- in den Sekundarbereich und von der allgemeinbildenden Schule in die Berufsausbildung verbessern. Auch die Übergänge zwischen verschiedenen Schulformen sollen erleichtert werden. Wir begrüßen die Vielfalt von Schulträgern, wo sie mit diesen Zielen vereinbar ist.</p>	35
<p>Gute Hochschulen sind Motoren für die erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft.</p>	<p><u>Wir setzen uns dafür ein, Räume der non-formalen Bildung zu stärken, da hier ebenso wichtige Ergebnisse in Bildungsprozessen erreicht werden.</u></p>	40
<p>Als Bildungsinstitutionen und als zentrale Orte der Wissenschaft sind Hochschulen Motoren einer erfolgreichen und nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft. Ein gutes Studium für alle Studierenden zu ermöglichen – das muss an den Hochschulen wie auch in der Hochschulpolitik in den nächsten Jahren eine herausgehobene Rolle spielen. Akademische Bildung muss in ihrem An-</p>	<p>Gute Hochschulen sind Motoren für die erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft.</p> <p>Als Bildungsinstitutionen und als zentrale Orte der Wissenschaft sind Hochschulen Motoren einer erfolgreichen und nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft. Ein gutes Studium für alle Studierenden zu ermöglichen – das muss an den Hochschulen wie auch in der Hochschulpolitik in den nächsten Jahren eine herausgehobene Rolle spielen. Akademische Bildung muss in ihrem An-</p>	60

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 spruch dem Heranführen der Studierenden an eigenständige und eigenverantwortliche, an den Prinzipien der Wissenschaft orientierte Arbeit gerecht werden.</p> <p>5 Das Thema gute Lehre und Initiativen zur Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium gehören ins Zentrum unserer hochschulpolitischen Anstrengungen, denn gute Lehre ist ein, wenn nicht das wesentliche Qualitätsmerkmal einer guten Hochschule. Für bessere Lehre an den Hochschulen werden wir den Pakt „Gute Lehre“ ausbauen.</p> <p>10 Es kommen immer mehr Studierende mit unterschiedlichen Bildungsbiographien, sozialen und kulturellen Hintergründen und Lebensentwürfen an die Hochschulen – dem müssen die Hochschulen durch gezielte Angebote, aber auch durch eine bessere Durchlässigkeit zwischen Fachhochschulen und Universitäten gerecht werden. Die Öffnung der Hochschulen für beruflich qualifizierte wollen wir weiter vorantreiben, indem wir die Hochschulen bei der Schaffung und dem Ausbau von Angeboten des Studiums ohne Abitur unterstützen.</p> <p>15 Die gestiegenen Studierendenzahlen sind ein Erfolg. Wir wollen durch eine Ausweitung des Hochschulpakts die zunehmende Studiennachfrage aufgreifen und Hochschulen dabei helfen, ihr Studienangebot deutlich auszubauen. Wir setzen uns für die Anerkennung des Bachelors als ersten berufsqualifizierenden Abschluss ein. Für uns gilt: Ein erfolgreich abgeschlossenes Bachelor-Studium ist eine allgemeine Master-Zugangsberechtigung.</p> <p>20 Gemeinsam mit den Bundesländern wollen wir auf der Grundlage neuer verfassungsrechtlicher Möglichkeiten die Grundfinanzierung der Hochschulen stärken, um durch verlässliche Finanzstrukturen vor allem die Qualität der Lehre zu verbessern.</p> <p>25 Zu einem guten Studium gehört eine gute soziale Infrastruktur an Hochschulen. Wir wollen das Angebot an günstigem studentischem Wohnraum bedarfsgerecht ausbauen. In Zukunft müssen außerdem die Probleme von Studierenden mit Kindern besser berücksichtigt und Kinderbetreuungsangebote an Hochschulen erweitert werden.</p> <p>30 Ein gebührenfreies Studium und ein starkes BAföG sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass finanzielle Gründe niemanden vom Studium abhalten. Wir wollen das BAföG bedarfsgerecht weiterentwickeln.</p> <p>35 Das von der schwarz gelben Bundesregierung eingeführte Deutschlandstipendium wollen wir auslaufen lassen und die frei werdenden Mittel zur Verbesserung des BAföG verwenden.</p> <p>Forschung und Entwicklung für den Fortschritt.</p> <p>40 Die Stärkung von Wissenschaft und Forschung ist für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes von herausragender Bedeutung. Innovationen aus Wissenschaft und Forschung tragen wesentlich zur Modernisierung unserer Gesellschaft und Wirtschaft bei. Mit der Forschungsförderung aus öffentlichen Mitteln gewährleisten wir, dass Forschung und Entwicklung in gesellschaftlicher Verantwortung stattfinden.</p> <p>45 Forschung und Entwicklung sind entscheidend, um die großen Herausforderungen unserer Zeit zu meistern. Energiewende und ressourcenschonendes Wirtschaften, Gesundheit und Demographie, sozialer Zusammenhalt und digitale Sicherheit – dazu brauchen wir neue Vorstöße aus allen Wissenschaftsdisziplinen.</p> <p>50 Gute Hochschulen sind ohne Forschung nicht denkbar. Sie leisten einen zentralen Beitrag zu Wissenschaft und Forschung in Deutschland. Durch eine entsprechende Ausrichtung der Forschungsfinanzierung wollen wir dafür Sorge tragen, dass Forschung an Hochschulen so gefördert wird, wie es ihrer zentralen Rolle im Wissenschaftssystem entspricht. Der Schlüssel liegt in einer besseren Grundfinanzierung der Hochschulen, für die Bund und Länder gemeinsam Verantwortung tragen.</p> <p>55 Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen leisten exzellente Arbeit. Um ihnen eine verlässliche Planung über längere Zeit</p>	<p>spruch dem Heranführen der Studierenden an eigenständige und eigenverantwortliche, an den Prinzipien der Wissenschaft orientierte Arbeit gerecht werden.</p> <p>Das Thema gute Lehre und Initiativen zur Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium gehören ins Zentrum unserer hochschulpolitischen Anstrengungen, denn gute Lehre ist ein, wenn nicht das wesentliche Qualitätsmerkmal einer guten Hochschule. Für bessere Lehre an den Hochschulen werden wir den Pakt „Gute Lehre“ ausbauen.</p> <p>Es kommen immer mehr Studierende mit unterschiedlichen Bildungsbiographien, sozialen und kulturellen Hintergründen und Lebensentwürfen an die Hochschulen – dem müssen die Hochschulen durch gezielte Angebote, aber auch durch eine bessere Durchlässigkeit zwischen Fachhochschulen und Universitäten gerecht werden. Die Öffnung der Hochschulen für beruflich qualifizierte wollen wir weiter vorantreiben, indem wir die Hochschulen bei der Schaffung und dem Ausbau von Angeboten des Studiums ohne Abitur unterstützen.</p> <p>Die gestiegenen Studierendenzahlen sind ein Erfolg. Wir wollen durch eine Ausweitung des Hochschulpakts die zunehmende Studiennachfrage aufgreifen und Hochschulen dabei helfen, ihr Studienangebot deutlich auszubauen. Wir setzen uns für die Anerkennung des Bachelors als ersten berufsqualifizierenden Abschluss ein. Für uns gilt: Ein erfolgreich abgeschlossenes Bachelor-Studium ist eine allgemeine Master-Zugangsberechtigung.</p> <p>Gemeinsam mit den Bundesländern wollen wir auf der Grundlage neuer verfassungsrechtlicher Möglichkeiten die Grundfinanzierung der Hochschulen stärken, um durch verlässliche Finanzstrukturen vor allem die Qualität der Lehre zu verbessern.</p> <p>Zu einem guten Studium gehört eine gute soziale Infrastruktur an Hochschulen. Wir wollen das Angebot an günstigem studentischem Wohnraum, Beratungsmöglichkeiten und Mensen bedarfsgerecht ausbauen. In Zukunft müssen außerdem die Probleme von Studierenden mit Kindern besser berücksichtigt und Kinderbetreuungsangebote an Hochschulen erweitert werden.</p> <p>Ein gebührenfreies Studium und ein starkes BAföG sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass finanzielle Gründe niemanden vom Studium abhalten. Wir wollen das BAföG bedarfsgerecht weiterentwickeln.</p> <p>Das von der schwarz gelben Bundesregierung eingeführte Deutschlandstipendium wollen wir auslaufen lassen und die frei werdenden Mittel zur Verbesserung des BAföG verwenden.</p> <p>Forschung und Entwicklung für den Fortschritt.</p> <p>Die Stärkung von Wissenschaft und Forschung ist für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes von herausragender Bedeutung. Innovationen aus Wissenschaft und Forschung tragen wesentlich zur Modernisierung unserer Gesellschaft und Wirtschaft bei. Ab 2014 schrittweise aufbauend wollen wir schließlich jährlich 20 Mrd. Euro mehr für Bildung investieren. Mit der Forschungsförderung aus öffentlichen Mitteln gewährleisten wir, dass Forschung und Entwicklung in gesellschaftlicher Verantwortung stattfinden.</p> <p>Forschung und Entwicklung sind entscheidend, um die großen Herausforderungen unserer Zeit zu meistern. Energiewende und ressourcenschonendes Wirtschaften, Gesundheit und Demographie, sozialer Zusammenhalt und digitale Sicherheit – dazu brauchen wir neue Vorstöße aus allen Wissenschaftsdisziplinen.</p> <p>Gute Hochschulen sind ohne Forschung nicht denkbar. Sie leisten einen zentralen Beitrag zu Wissenschaft und Forschung in Deutschland. Durch eine entsprechende Ausrichtung der Forschungsfinanzierung wollen wir dafür Sorge tragen, dass Forschung an Hochschulen so gefördert wird, wie es ihrer zentralen Rolle im Wissenschaftssystem entspricht. Der Schlüssel liegt in einer besseren Grundfinanzierung der Hochschulen, für die Bund und Länder gemeinsam Verantwortung tragen.</p> <p>Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen leisten exzellente Arbeit. Um ihnen eine verlässliche Planung über längere Zeit</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>hinweg zu ermöglichen, haben sich Bund und Länder im Pakt für Forschung und Innovation verpflichtet, die Förderung der großen Forschungsorganisationen jährlich zu steigern. Diese verlässliche Förderung wollen wir auch in Zukunft fortsetzen. Die Wissenschaft in Deutschland hat durch die Exzellenzinitiative deutlich an internationaler Sichtbarkeit gewonnen. An vielen Universitäten wurden strategische Entwicklungen in Gang gesetzt, interdisziplinäre Cluster wurden gegründet und der Ausbau von Graduiertenschulen hat einen Schwung erfahren. Es ist wichtig, dass diese positive Entwicklung auch zukünftig fortgesetzt wird.</p> <p>Das Prinzip der „Guten Arbeit“ muss auch in Wissenschaft und Forschung gelten. Wir wollen für Tätigkeiten in Wissenschaft und Forschung mehr unbefristete Beschäftigungschancen und verlässliche Berufsperspektiven schaffen, auch und gerade jenseits der Professur auf Lebenszeit, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Klar ist aber auch, dass Befristungen und Zeitverträge bei Qualifizierungsstellen nicht zu vermeiden sind. Wir werden im Wissenschaftszeitvertragsgesetz Mindeststandards für Befristungen schaffen und für mehr Gestaltungsspielräume der Tarifparteien sorgen.</p> <p>Um den zahlreichen Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern, die insbesondere im Rahmen der Exzellenzinitiative in das deutsche Wissenschaftssystem gekommen sind, verlässliche Karriereperspektiven zu bieten, brauchen wir zusätzliche Stellen in allen Personalkategorien: Professuren, Juniorprofessuren und akademischer Mittelbau.</p> <p>Frauen sind in Wissenschaft und Forschung nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Wir wollen den Frauenanteil im Wissenschaftssystem durch am Kaskadenmodell orientierte Zielquoten nachhaltig erhöhen. In wissenschaftlichen Führungsgremien wollen wir einen Anteil von mindestens 40 Prozent erreichen.</p>	<p>hinweg zu ermöglichen, haben sich Bund und Länder im Pakt für Forschung und Innovation verpflichtet, die Förderung der großen Forschungsorganisationen jährlich zu steigern. Diese verlässliche Förderung wollen wir auch in Zukunft fortsetzen. Die Wissenschaft in Deutschland hat durch die Exzellenzinitiative deutlich an internationaler Sichtbarkeit gewonnen. An vielen Universitäten wurden strategische Entwicklungen in Gang gesetzt, interdisziplinäre Cluster wurden gegründet und der Ausbau von Graduiertenschulen hat einen Schwung erfahren. Es ist wichtig, dass diese positive Entwicklung auch zukünftig fortgesetzt wird.</p> <p>Das Prinzip der „Guten Arbeit“ muss auch in Wissenschaft und Forschung gelten. Wir wollen für Tätigkeiten in Wissenschaft und Forschung mehr unbefristete Beschäftigungschancen und verlässliche Berufsperspektiven schaffen, auch und gerade jenseits der Professur auf Lebenszeit, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Klar ist aber auch, dass Befristungen und Zeitverträge bei Qualifizierungsstellen nicht zu vermeiden sind. Wir werden im Wissenschaftszeitvertragsgesetz Mindeststandards für Befristungen schaffen und für mehr Gestaltungsspielräume der Tarifparteien sorgen.</p> <p>Um den zahlreichen Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern, die insbesondere im Rahmen der Exzellenzinitiative in das deutsche Wissenschaftssystem gekommen sind, verlässliche Karriereperspektiven zu bieten, brauchen wir zusätzliche Stellen in allen Personalkategorien: Professuren, Juniorprofessuren und akademischer Mittelbau.</p> <p>Frauen sind in Wissenschaft und Forschung nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Wir wollen den Frauenanteil im Wissenschaftssystem durch am Kaskadenmodell orientierte Zielquoten nachhaltig erhöhen. In wissenschaftlichen Führungsgremien wollen wir einen Anteil von mindestens 40 Prozent erreichen.</p>
<p>Niemand darf zurückbleiben.</p>	<p>Niemand darf zurückbleiben.</p>
<p>Niemand darf zurückbleiben. Unser Bildungssektor muss immer wieder neue Chancen eröffnen und durchlässig sein. Das ist in Deutschland bisher nicht erreicht. Im Gegenteil: 7,5 Millionen Menschen in Deutschland verfügen heute nicht über notwendige Lese- und Schreibkompetenzen. Rund 2,2 Millionen junge Erwachsene unter 35 haben keinen Berufsabschluss und bleiben überwiegend in gering bezahlten Hilfstätigkeiten. Wir wollen diesen Gruppen durch gezielte Maßnahmen neue Perspektiven eröffnen. Mit einer Alphabetisierungs-Dekade wollen wir die direkten Grundbildungsangebote ausbauen.</p> <p>Jungen Erwachsenen ohne Schulabschluss wollen wir eine nachholende, vollwertige Qualifizierung anbieten.</p> <p>Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung für alle, der den Bürgerinnen und Bürgern gute Beratung, abgesicherte Freistellungsphasen garantiert. In diesem Sinne wollen wir die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln. Die Tarifpartner wollen wir unterstützen, tarifliche Weiterbildungsvereinbarungen zu treffen und mit Weiterbildungsfonds abzusichern. Denjenigen Berufstätigen, die ihren beruflichen Aufstieg durch Bildung durch Lehrgänge oder ein Studium in die Hand nehmen, wollen wir helfen, unabhängig von ihrem Alter oder bisherigen Bildungsstand. Das Aufstiegsstipendium für beruflich qualifizierte wollen wir zu einem Förderanspruch für ein Studium ohne Abitur weiterentwickeln.</p> <p>Wir wollen, dass die vielen Menschen mit ausländischen Berufs- und Hochschulabschlüssen nicht mehr unterhalb ihres Qualifikationsniveaus arbeiten bzw. als ungelernt gelten müssen. Das 2012 verabschiedete Anerkennungsgesetz für ausländische Abschlüsse konnte die Erwartungen auf eine Trendwende in der restriktiven Anerkennungspraxis in keiner Weise erfüllen.</p> <p>Deshalb ist es erforderlich die Anerkennungsverfahren zu beschleunigen, die persönliche Beratung von Betroffenen sicherzustellen und anfallende Gebühren oder Kosten für Anpassungsmaßnahmen auf einem sozial verträglichen Niveau zu halten. Das ist</p>	<p>Niemand darf zurückbleiben. Unser Bildungssektor muss immer wieder neue Chancen eröffnen und durchlässig sein. Das ist in Deutschland bisher nicht erreicht. Im Gegenteil: 7,5 Millionen Menschen in Deutschland verfügen heute nicht über notwendige Lese- und Schreibkompetenzen. Rund 2,2 Millionen junge Erwachsene unter 35 haben keinen Berufsabschluss und bleiben überwiegend in gering bezahlten Hilfstätigkeiten. Wir wollen diesen Gruppen durch gezielte Maßnahmen neue Perspektiven eröffnen. Mit einer Alphabetisierungs-Dekade wollen wir die direkten Grundbildungsangebote ausbauen.</p> <p>Jungen Erwachsenen ohne Schulabschluss wollen wir eine nachholende, vollwertige Qualifizierung anbieten.</p> <p>Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung für alle, der den Bürgerinnen und Bürgern gute Beratung, abgesicherte Freistellungsphasen garantiert. In diesem Sinne wollen wir die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln. Die Tarifpartner wollen wir unterstützen, tarifliche Weiterbildungsvereinbarungen zu treffen und mit Weiterbildungsfonds abzusichern. Denjenigen Berufstätigen, die ihren beruflichen Aufstieg durch Bildung durch Lehrgänge oder ein Studium in die Hand nehmen, wollen wir helfen, unabhängig von ihrem Alter oder bisherigen Bildungsstand. Das Aufstiegsstipendium für beruflich qualifizierte wollen wir zu einem Förderanspruch für ein Studium ohne Abitur weiterentwickeln.</p> <p>Wir wollen, dass die vielen Menschen mit ausländischen Berufs- und Hochschulabschlüssen nicht mehr unterhalb ihres Qualifikationsniveaus arbeiten bzw. als ungelernt gelten müssen. Das 2012 verabschiedete Anerkennungsgesetz für ausländische Abschlüsse konnte die Erwartungen auf eine Trendwende in der restriktiven Anerkennungspraxis in keiner Weise erfüllen.</p> <p>Deshalb ist es erforderlich die Anerkennungsverfahren zu beschleunigen, die persönliche Beratung von Betroffenen sicherzustellen und anfallende Gebühren oder Kosten für Anpassungsmaßnahmen auf einem sozial verträglichen Niveau zu halten. Das ist</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 eine wesentliche Voraussetzung für die gesellschaftliche Integrati- on in unserem Land. Nicht nur die Betroffenen selbst profitieren von einer konsequenteren Anerkennung ihrer Bildungsabschlüsse, auch für unsere Wirtschaft ist es in Zeiten eines Fachkräftemangels 5 von hoher Wichtigkeit.</p> <p>III.2 Gleichberechtigung und Gleichstellung verwirklichen.</p> <p>10 Wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft, in der Menschen ganz unterschiedliche Leben führen. Wir streben eine Gesell- schaft an, in der jeder Mensch sich frei entfalten kann, ohne die Würde und Freiheit anderer zu verletzen. Wir widersetzen 15 uns jeder Form der Diskriminierung. Jeder Form des Sexismus und allen Formen von frauenverachtendem Verhalten sagen wir den Kampf an. Politik muss das Rüstzeug bereit stellen für unterschiedliche Lebensmodelle. Unser Leitbild ist eine offene und sozial gerechte Gesellschaft, in der jede und jeder ohne Angst 20 verschieden sein kann. Die umfassende und chancengleiche Möglichkeit der Teilhabe ist Grundvoraussetzung dafür, dass Menschen sich als Teil der Ge- sellschaft verstehen und sich in ihr engagieren. Wir wollen eine Gesellschaft, deren sozialer Zusammenhalt durch gegenseitige 25 Wertschätzung und Anerkennung im Umgang miteinander in jeder Situation gestärkt wird. Wir wollen eine Gesellschaft, die sich jeder Form der Diskriminierung widersetzt und eine Kultur des Wider- spruchs fördert, wenn bewusst oder unbewusst Rechte und Wür- de des Menschen verletzt wird, und einen Staat, der diese Würde 30 und Rechte wirksam schützt. Wir bekämpfen jede Form der Dis- kriminierung, ob wegen Herkunft, Geschlecht, sexueller Identität, Religion und Weltanschauung, Behinderung oder Alter. Deswegen wollen wir die Gleichheitsrechte im Grundgesetz Art. 3 um die sexuelle Identität ergänzen. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz 35 (AGG) werden wir weiterentwickeln und eine bessere Finan- zierung für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes sicherstel- len. Wir achten und schätzen die Religionsfreiheit und die religiöse und weltanschauliche Vielfalt in Deutschland. Deutschlands große Stärke ist seine vielfältige Gesellschaft. Integration findet aus der 40 Mitte der Gesellschaft statt.</p> <p>Frei in ihren Entscheidungen sein und den eigenen Lebensentwurf verwirklichen - das wollen auch gleichgeschlechtliche Paare. Die 45 Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften allein mittels Gerichtsurteilen ist für uns keine politische Option. Wir wollen die Ehe für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften öffnen und diese damit auch im Adoptionsrecht und im Steuerrecht gleichstellen. 50 Die Rollen von Frauen und Männern haben sich verändert, ebenso die Vorstellungen von Partnerschaft und Familie. Die Menschen leben in unterschiedlichen Modellen allein oder miteinander. Sie sind verheiratet oder unverheiratet, sie sind Singles oder geschie- den, allein erziehend oder in Patchwork-Familien. Sie leben in ei- 55 ner, oder mit zwei oder drei Generationen unter einem Dach. Das erfordert eine in sich schlüssige Politik, die nicht länger nur unver- bunden repariert sondern sich am Lebensverlauf orientiert. Das gilt auch für das Einkommenssteuerrecht. Das Ehegatten- splitting begünstigt die Einverdienerehe und die Steuerklassen- 60 kombination III/V führt zu einer unangemessen hohen monatlichen Belastung des niedrigeren Einkommens. Dies hindert Frauen an Erwerbstätigkeit und hält sie hartnäckig in der Rolle von Zuver- dienerrinnen. Außerdem ist es gesellschaftlich ungerecht: Der Split- tingvorteil ist am größten einerseits für Spitzenverdiener und an- 65 dererseits für Paare mit der größten Einkommensdifferenz zwischen den Partnern. Wir wollen das Steuersystem so erneuern, dass sich die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit auch für verheiratete Frau- en lohnt und die Vielfalt der Familienformen berücksichtigt. Wir</p>	<p>eine wesentliche Voraussetzung für die gesellschaftliche Integrati- on in unserem Land. Nicht nur die Betroffenen selbst profitieren von einer konsequenteren Anerkennung ihrer Bildungsabschlüsse, auch für unsere Wirtschaft ist es in Zeiten eines Fachkräftemangels von hoher Wichtigkeit.</p> <p>III.2 Gleichberechtigung und Gleichstellung verwirklichen.</p> <p>Wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft, in der Menschen ganz unterschiedliche Leben führen. Wir streben eine Gesell- schaft an, in der jeder Mensch sich frei entfalten kann, ohne die Würde und Freiheit anderer zu verletzen. Wir widersetzen uns jeder Form der Diskriminierung. Jeder Form des Sexismus und allen Formen von frauenverachtendem Verhalten <u>und Ge- walt gegen Frauen</u> sagen wir den Kampf an. Politik muss das Rüstzeug bereit stellen für unterschiedliche Lebensmodelle. Unser Leitbild ist eine offene und sozial gerechte Gesellschaft, in der jede und jeder ohne Angst verschieden sein kann. Die umfassende und chancengleiche Möglichkeit der Teilhabe ist Grundvoraussetzung dafür, dass Menschen sich als Teil der Gesell- schaft verstehen und sich in ihr engagieren. Wir wollen eine Gesell- schaft, deren sozialer Zusammenhalt durch gegenseitige Wertschät- zung und Anerkennung im Umgang miteinander in jeder Situation gestärkt wird. Wir wollen eine Gesellschaft, die sich jeder Form der Diskriminierung widersetzt und eine Kultur des Widerspruchs fördert, wenn bewusst oder unbewusst Rechte und Würde des Men- schen verletzt wird, und einen Staat, der diese Würde und Rechte wirksam schützt. Wir bekämpfen jede Form der Diskriminierung, ob wegen Herkunft, Geschlecht, sexueller Identität, Religion und Weltanschauung, Behinderung oder Alter. Deswegen wollen wir die Gleichheitsrechte im Grundgesetz Art. 3 um die sexuelle Identität ergänzen. <u>Wir gehen entschieden vor gegen Homophobie und tragen zur Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen bei.</u> Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) werden wir weiterentwickeln und eine bessere Finanzierung für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes sicherstellen. Wir achten und schätzen die Religionsfreiheit und die religiöse und weltanschauliche Vielfalt in Deutschland. Deutschlands große Stärke ist seine vielfältige Gesellschaft. Integ- ration findet aus der Mitte der Gesellschaft statt. Frei in ihren Entscheidungen sein und den eigenen Lebensentwurf verwirklichen - das wollen auch gleichgeschlechtliche Paare. Die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften allein mittels Gerichtsurteilen ist für uns keine politische Option. Wir wollen die Ehe für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften öffnen und diese damit auch im Adoptionsrecht und im Steuerrecht gleichstellen. Die Rollen von Frauen und Männern haben sich verändert, ebenso die Vorstellungen von Partnerschaft und Familie. Die Menschen leben in unterschiedlichen Modellen allein oder miteinander. Sie sind verheiratet oder unverheiratet, sie sind Singles oder geschie- den, allein erziehend oder in Patchwork-Familien. Sie leben in ei- ner, oder mit zwei oder drei Generationen unter einem Dach. Das erfordert eine in sich schlüssige Politik, die nicht länger nur unver- bunden repariert sondern sich am Lebensverlauf orientiert. Das gilt auch für das Einkommenssteuerrecht. Das Ehegatten- splitting begünstigt die Einverdienerehe und die Steuerklassen- kombination III/V führt zu einer unangemessen hohen monatlichen Belastung des niedrigeren Einkommens. Dies hindert Frauen an Erwerbstätigkeit und hält sie hartnäckig in der Rolle von Zuver- dienerrinnen. Außerdem ist es gesellschaftlich ungerecht: Der Split- tingvorteil ist am größten einerseits für Spitzenverdiener und an- dererseits für Paare mit der größten Einkommensdifferenz zwischen den Partnern. Wir wollen das Steuersystem so erneuern, dass sich die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit auch für verheiratete Frau- en lohnt und die Vielfalt der Familienformen berücksichtigt. Wir</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
<p>wollen Alleinerziehende steuerlich mehr als bisher entlasten. Das Familiensplitting lehnen wir ab, weil es nur die Spitzeneinkommen begünstigt.</p>	<p>wollen Alleinerziehende steuerlich mehr als bisher entlasten. Das Familiensplitting lehnen wir ab, weil es nur die Spitzeneinkommen begünstigt.</p>	1
<p>In Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften stehen Partner füreinander ein. Deshalb wollen wir für künftige Ehen ab einem Stichtag anstelle des Ehegattensplittings einen Partnerschafttarif für Ehegatten einführen, bei dem beide Partner individuell besteuert werden, aber dabei die gegenseitigen Unterhaltsverpflichtungen berücksichtigt werden. Für Ehepartner, die ihre Lebensplanung auf das bisherige Steuersystem ausgerichtet haben, wollen wir nichts ändern. Anstelle der Steuerklassenkombination III/V wollen wir das sogenannte Faktorverfahren zur Norm machen. Dabei werden beide Einkommen mit einem gleich hohen Durchschnittssatz besteuert.</p>	<p>In Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften stehen Partner füreinander ein. Deshalb wollen wir für künftige Ehen ab einem Stichtag anstelle des Ehegattensplittings einen Partnerschafttarif für Ehegatten einführen, bei dem beide Partner individuell besteuert werden, aber dabei die gegenseitigen Unterhaltsverpflichtungen berücksichtigt werden. Für Ehepartner, die ihre Lebensplanung auf das bisherige Steuersystem ausgerichtet haben, wollen wir nichts ändern. Anstelle der Steuerklassenkombination III/V wollen wir das sogenannte Faktorverfahren zur Norm machen. Dabei werden beide Einkommen mit einem gleich hohen Durchschnittssatz besteuert.</p>	5 10
<p>Wir wollen, dass Frauen und Männer im Berufsleben gleichgestellt sind: beim Start in das Erwerbsleben, beim Lohn, bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ebenso wie bei beruflichem Aufstieg und der Beteiligung in wirtschaftlichen Entscheidungen. Immer mehr Frauen sind berufstätig. Finanziell auf eigenen Beinen stehen viele deshalb noch lange nicht. Frauen werden trotz bester Ausbildung weiterhin auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Diese Geschlechterdiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt muss beendet werden. Dass Frauen erheblich weniger verdienen als Männer hat strukturelle, keinesfalls aber selbst verschuldete Gründe.</p>	<p>Wir wollen, dass Frauen und Männer im Berufsleben gleichgestellt sind: beim Start in das Erwerbsleben, beim Lohn, bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ebenso wie bei beruflichem Aufstieg und der Beteiligung in wirtschaftlichen Entscheidungen. Immer mehr Frauen sind berufstätig. Finanziell auf eigenen Beinen stehen viele deshalb noch lange nicht. Frauen werden trotz bester Ausbildung weiterhin auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Diese Geschlechterdiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt muss beendet werden. Dass Frauen erheblich weniger verdienen als Männer hat strukturelle, keinesfalls aber selbst verschuldete Gründe.</p>	15 20
<p>Frauen müssen für gleiche und gleichwertige Arbeit gleich bezahlt werden wie Männer. Wir werden mit einem Entgeltgleichheitsgesetz die Betriebe verpflichten, Lohndiskriminierung von Frauen aufzudecken und zu beenden. Durchschlagskraft hat ein solches Gesetz nur, wenn Betriebe bei Untätigkeit sanktioniert werden.</p>	<p>Frauen müssen für gleiche und gleichwertige Arbeit gleich bezahlt werden wie Männer. Wir werden mit einem Entgeltgleichheitsgesetz die Betriebe verpflichten, Lohndiskriminierung von Frauen aufzudecken und zu beenden. Durchschlagskraft hat ein solches Gesetz nur, wenn Betriebe bei Untätigkeit sanktioniert werden.</p>	25
<p>Auch um die gläserne Decke für Frauen einzureißen, braucht es einen gesetzlichen Rahmen. Wir werden deshalb eine 40-Prozent-Geschlechterquote für Aufsichtsräte und Vorstände börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen verbindlich festlegen, auch weil eine ausgewogenere Führungsstruktur die Unternehmenskultur auf allen Ebenen verbessern kann. Bei der Beteiligung von Frauen in Führungspositionen muss der öffentliche Sektor beispielhaft vorangehen.</p>	<p>Auch um die gläserne Decke für Frauen einzureißen, braucht es einen gesetzlichen Rahmen. Wir werden deshalb eine 40-Prozent-Geschlechterquote für Aufsichtsräte und Vorstände börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen verbindlich festlegen, auch weil eine ausgewogenere Führungsstruktur die Unternehmenskultur auf allen Ebenen verbessern kann. Bei der Beteiligung von Frauen in Führungspositionen muss der öffentliche Sektor beispielhaft vorangehen.</p>	30 35
<p>Das Bundesgremienbesetzungsgesetz und das Bundesgleichstellungsgesetz werden wir überarbeiten. Der öffentliche Sektor muss mit gutem Beispiel vorangehen. Damit werden wir bei der Besetzung von Aufsichtsgremien und Führungsfunktionen in Unternehmen mit mehrheitlicher Bundesbeteiligung im Vorgriff auf gesetzliche Regelungen beginnen.</p>	<p>Das Bundesgremienbesetzungsgesetz und das Bundesgleichstellungsgesetz werden wir überarbeiten. Der öffentliche Sektor muss mit gutem Beispiel vorangehen. Damit werden wir bei der Besetzung von Aufsichtsgremien und Führungsfunktionen in Unternehmen mit mehrheitlicher Bundesbeteiligung im Vorgriff auf gesetzliche Regelungen beginnen.</p>	40
<p>Wir wollen analog dem Bundesgleichstellungsgesetz verbindliche Regelungen für die Förderung von Frauen in allen Betriebshierarchien, in denen sie unterrepräsentiert sind, für die Privatwirtschaft einführen.</p>	<p>Wir wollen analog dem Bundesgleichstellungsgesetz verbindliche Regelungen für die Förderung von Frauen in allen Betriebshierarchien, in denen sie unterrepräsentiert sind, für die Privatwirtschaft einführen.</p>	45
<p>Wir wollen den Raum dafür schaffen, dass Menschen besser über ihre Zeit verfügen können. Wir wollen sie stärker dabei unterstützen, Beruf, Familie und Engagement zu vereinbaren.</p>	<p>Wir wollen den Raum dafür schaffen, dass Menschen besser über ihre Zeit verfügen können. Wir wollen sie stärker dabei unterstützen, Beruf, Familie und Engagement zu vereinbaren.</p>	50
<p>Dauer und Lage der Arbeitszeit beeinflussen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, an kulturellen, sozialen und ehrenamtlichen Betätigungen der Menschen. Wir sehen den generellen Trend zu wieder längeren Arbeitszeiten kritisch. Wir unterstützen die Gewerkschaften in ihrem Bestreben, den Beschäftigten mehr Zeitautonomie zu verschaffen und die Belastungen durch überlange Arbeitszeiten abzubauen.</p>	<p>Dauer und Lage der Arbeitszeit beeinflussen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, an kulturellen, sozialen und ehrenamtlichen Betätigungen der Menschen. Wir sehen den generellen Trend zu wieder längeren Arbeitszeiten kritisch. Wir unterstützen die Gewerkschaften in ihrem Bestreben, den Beschäftigten mehr Zeitautonomie zu verschaffen und die Belastungen durch überlange Arbeitszeiten abzubauen.</p>	55
<p>Es bedarf sowohl familiengerechter Arbeitszeiten im Betrieb, als auch einer besseren Infrastruktur und verlässlicher Rechtsansprüche bei der Bildung und Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen. Auch Väter wollen sich verstärkt in die Familie einbringen und mehr Zeit investieren. Dabei brauchen sie unsere Unterstützung.</p>	<p>Es bedarf sowohl familiengerechter Arbeitszeiten im Betrieb, als auch einer besseren Infrastruktur und verlässlicher Rechtsansprüche bei der Bildung und Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen. Auch Väter wollen sich verstärkt in die Familie einbringen und mehr Zeit investieren. Dabei brauchen sie unsere Unterstützung.</p>	60
<p>Eine Familienarbeitszeit soll Eltern erlauben, ihre Arbeitszeit zeitlich befristet partnerschaftlich zu reduzieren (z.B. 30-Stunden-</p>	<p>Eine Familienarbeitszeit soll Eltern erlauben, ihre Arbeitszeit zeitlich befristet partnerschaftlich zu reduzieren (z.B. 30-Stunden-</p>	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Woche), ohne dass dies zu Lasten ihrer beruflichen Entwicklung geht. Wir werden für in Vollzeit arbeitende Eltern und pflegende Angehörige den Rechtsanspruch auf Teilzeit mit einem Rückkehrrecht in Vollzeit ergänzen. Wir werden das bestehende Diskriminierungsverbot im Teilzeit- und Befristungsgesetz durchsetzen. Arbeit muss mit Leben und Familie vereinbar sein. Es geht darum, den Bedürfnissen der Beschäftigten über verschiedene Phasen des Erwerbslebens besser gerecht zu werden.</p> <p>10 Jobs auf unterschiedlichen Hierarchieebenen müssen flexibel mit verschiedenen Wochenstunden geleistet werden können. Die Möglichkeiten von Job-Sharing sollen ausgebaut werden. Die Arbeitszeiten sollen dem Lebensverlauf folgen. Dafür werden wir den Rechtsanspruch auf Arbeitszeitreduzierung konkretisieren und stärken.</p> <p>15 Wir wollen Betriebe in dieser Revolution des Arbeitsmodells unterstützen: Sie brauchen Anreizsysteme zur Einführung von Lebensarbeitszeitkonten und Arbeitszeitkonten, die kurzzeitige Arbeitsunterbrechungen bspw. für Pflege und Betreuung oder längere Unterbrechungen für Weiterbildung ermöglichen. Wir setzen uns auch für mehr Mitbestimmung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein, wenn Arbeitszeiten aus betrieblichen Gründen reduziert werden.</p> <p>20 Wir brauchen eine neue Arbeitskultur. Es muss um Ergebnisse der Arbeit gehen, statt um Anwesenheitszwang und Überstunden. Die Möglichkeiten von mobilen und internetbasierten Arbeitsformen können helfen, mehr Zeitsouveränität für Beschäftigte zu schaffen. Freizeit muss Freizeit sein. Wir unterstützen die Tarifpartner darin, Flexibilität im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu ermöglichen. Wir wollen familienfreundliche und gesunde Arbeitsbedingungen statt Dauerbelastung.</p>	<p>Woche), ohne dass dies zu Lasten ihrer beruflichen Entwicklung geht. Wir werden im Teilzeit- und Befristungsgesetz für (...) Eltern und pflegende Angehörige den Rechtsanspruch auf (...) Reduzierung der Arbeitszeit (...) um ein Rückkehrrecht (...) zur alten Arbeitszeit ergänzen. Wir werden das bestehende Diskriminierungsverbot im Teilzeit- und Befristungsgesetz durchsetzen. Arbeit muss mit Leben und Familie vereinbar sein. Es geht darum, den Bedürfnissen der Beschäftigten über verschiedene Phasen des Erwerbslebens besser gerecht zu werden.</p> <p>Jobs auf unterschiedlichen Hierarchieebenen müssen flexibel mit verschiedenen Wochenstunden geleistet werden können. Die Möglichkeiten von Job-Sharing sollen ausgebaut werden. Die Arbeitszeiten sollen dem Lebensverlauf folgen. Dafür werden wir den Rechtsanspruch auf Arbeitszeitreduzierung konkretisieren und stärken.</p> <p>Wir wollen Betriebe in dieser Revolution des Arbeitsmodells unterstützen: Sie brauchen Anreizsysteme zur Einführung von Lebensarbeitszeitkonten und Arbeitszeitkonten, die kurzzeitige Arbeitsunterbrechungen bspw. für Pflege und Betreuung oder längere Unterbrechungen für Weiterbildung ermöglichen. Wir setzen uns auch für mehr Mitbestimmung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein, wenn Arbeitszeiten aus betrieblichen Gründen reduziert werden.</p> <p>Wir brauchen eine neue Arbeitskultur. Es muss um Ergebnisse der Arbeit gehen, statt um Anwesenheitszwang und Überstunden. Die Möglichkeiten von mobilen und internetbasierten Arbeitsformen können helfen, mehr Zeitsouveränität für Beschäftigte zu schaffen. Aber: Freizeit muss Freizeit sein. Wir unterstützen die Tarifpartner darin, Flexibilität im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu ermöglichen. Wir wollen familienfreundliche und gesunde Arbeitsbedingungen statt Dauerbelastung.</p>
<p>35 III.3 Familien gehen vor.</p> <p>Für die SPD ist Familie überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen. Dazu gehören Paare – ob mit oder ohne Kinder und Trauschein – ebenso wie Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien sowie Großeltern und Menschen, die für ihre pflegebedürftigen Eltern sorgen. Zur Familie gehören Jung und Alt. Es geht uns um ein solidarisches Miteinander der Generationen. Eine moderne Familienpolitik muss mit guten Rahmenbedingungen die Familien dabei unterstützen, ihre unterschiedlichen Lebensentwürfe bestmöglich zu verwirklichen und eine moderne Partnerschaftlichkeit leben zu können.</p> <p>Dafür brauchen wir vor allem eine familienfreundliche Arbeitswelt, gute Ganztagsbildungs- und -betreuungsangebote und eine gute materielle Absicherung aller Kinder. Unsere moderne Familienpolitik orientiert sich an diesem Dreiklang von Infrastruktur, Zeit und Geld.</p>	<p>III.3 Familien gehen vor.</p> <p>Für die SPD ist Familie überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen. Dazu gehören Paare – ob mit oder ohne Kinder und Trauschein – ebenso wie Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien sowie Großeltern und Menschen, die für ihre pflegebedürftigen Eltern sorgen. Zur Familie gehören Jung und Alt. Es geht uns um ein solidarisches Miteinander der Generationen. Eine moderne Familienpolitik muss mit guten Rahmenbedingungen die Familien dabei unterstützen, ihre unterschiedlichen Lebensentwürfe bestmöglich zu verwirklichen und eine moderne Partnerschaftlichkeit leben zu können.</p> <p>Dafür brauchen wir vor allem eine familienfreundliche Arbeitswelt, gute Ganztagsbildungs- und -betreuungsangebote und eine gute materielle Absicherung aller Kinder. Unsere moderne Familienpolitik orientiert sich an diesem Dreiklang von Infrastruktur, Zeit und Geld.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:</p> <p>„Förderprogramm von Ganztagskitas und -schulen durch den Bund“</p> <p>Wir wollen in ganz Deutschland stufenweise ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagskitas und Ganztagschulen ausbauen. Der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz muss umfassend eingelöst werden, damit nicht länger der Zufall des Wohnorts über Bildungschancen der Kinder entscheiden. Um Chancengleichheit zu erreichen, muss Gebührenfreiheit gelten. Daher müssen wir diejenigen, die Kitaplätze bereitstellen, insbesondere die Kommunen, angemessen finanziell ausstatten. Auch deshalb werden wir das bildungsfeindliche Betreuungsgeld abschaffen. Die bis 2 Mrd. Euro, die dafür mittelfristig jährlich anfallen würden, werden wir komplett in den Ausbau von Kitas investieren. Die SPD hat bereits einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab einem Jahr durchgesetzt. Wir werden diesen zu einem Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung und –betreuung weiterentwickeln. Mit einem Stufenplan soll ein flächendeckendes Angebot von Ganztagskitas und Ganztagschulen entstehen.</p>	<p>Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:</p> <p>„Förderprogramm von Ganztagskitas und -schulen durch den Bund“</p> <p>Wir wollen in ganz Deutschland stufenweise ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagskitas und Ganztagschulen ausbauen. Der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz muss umfassend eingelöst werden, damit nicht länger der Zufall des Wohnorts über Bildungschancen der Kinder entscheiden. Um Chancengleichheit zu erreichen, muss Gebührenfreiheit gelten. Daher müssen wir diejenigen, die Kitaplätze bereitstellen, insbesondere die Kommunen, angemessen finanziell ausstatten. Auch deshalb werden wir das bildungsfeindliche Betreuungsgeld abschaffen. Die bis 2 Mrd. Euro, die dafür mittelfristig jährlich anfallen würden, werden wir komplett in den Ausbau von Kitas investieren. Die SPD hat bereits einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab einem Jahr durchgesetzt. Wir werden diesen zu einem Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung und –betreuung weiterentwickeln. Mit einem Stufenplan soll ein flächendeckendes Angebot von Ganztagskitas und Ganztagschulen entstehen.</p>
<p>Wir wollen gute frühkindliche Bildung.</p> <p>Kitas sind frühkindliche Bildungseinrichtungen mit einer Vielzahl von Angeboten für Kinder und deren Familien. Wir wollen auch die Qualität der Einrichtungen weiterentwickeln. Die gestiegenen Anforderungen an die Erzieherinnen und Erzieher müssen ihren Niederschlag auch in einer guten Ausbildung finden. Wir werden dies vom Bund aus durch eine Fachkräfteoffensive für Erzieher/inne unterstützen.</p>	<p>Wir wollen gute frühkindliche Bildung.</p> <p>Kitas sind frühkindliche Bildungseinrichtungen mit einer Vielzahl von Angeboten für Kinder und deren Familien. <u>Familienzentren bieten wichtige Angebote der Elternbildung und -beratung. Wir wollen sie weiter fördern.</u> Wir wollen auch die Qualität der Einrichtungen weiterentwickeln. Die gestiegenen Anforderungen an die Erzieherinnen und Erzieher müssen ihren Niederschlag auch in einer guten Ausbildung finden. Wir werden dies vom Bund aus durch eine Fachkräfteoffensive für Erzieher/inne unterstützen.</p>
<p>Wir wollen, dass alle Kinder in materieller Sicherheit aufwachsen können.</p> <p>Neben einer guten Infrastruktur brauchen Familien aber auch eine gute materielle Absicherung. Wir wollen für mehr Gerechtigkeit und Zielgenauigkeit in der Familienförderung sorgen. Heute bekommt ein Spitzenverdiener mehr Entlastung für seine Kinder als ein Normalverdiener, dies ist ungerecht. Gleichzeitig gelingt es im aktuellen System nicht, materielle Kinderarmut wirksam zu bekämpfen. Deshalb werden wir den Familienleistungsausgleich vom Kopf auf die Füße stellen. Mit unserem „sozial gestaffelten Kindergeld“ werden wir ein einkommensabhängiges Kindergeld für geringe und untere mittlere Einkommen einführen, in das wir den bisherigen Kinderzuschlag integrieren. Es wird künftig Familien mit kleineren Einkommen überdurchschnittlich fördern und nicht mehr die mit den höchsten Einkommen. Beispielsweise sollen berufstätige Familien mit zwei Kindern und einem Einkommen von unter 3.000 Euro monatlich künftig ein um bis zu 140 Euro pro Kind und Monat erhöhtes Kindergeld erhalten. Alle anderen Familien erhalten je Kind einheitlich wie bisher ein Kindergeld von 184 Euro im Monat. Der darüber hinaus gehende bisherige Steuervorteil für Familien mit hohem Einkommen entfällt. Für dritte und weitere Kinder bleibt es bei den erhöhten Kindergeldsätzen. Für die Finanzierung des sozial gestaffelten Kindergeldes werden wir auch die Familienleistungen einer Überprüfung unterziehen. Das Neue Kindergeld ist eine wichtige Ergänzung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro. Mindestlohn und Neues Kindergeld sorgen gemeinsam dafür, dass Eltern, die Vollzeit arbeiten, nicht in die Bedürftigkeit abrutschen.</p>	<p>Wir wollen, dass alle Kinder in materieller Sicherheit aufwachsen können.</p> <p>Neben einer guten Infrastruktur brauchen Familien aber auch eine gute materielle Absicherung. Wir wollen für mehr Gerechtigkeit und Zielgenauigkeit in der Familienförderung sorgen. Heute bekommt ein Spitzenverdiener mehr Entlastung für seine Kinder als ein Normalverdiener, dies ist ungerecht. Gleichzeitig gelingt es im aktuellen System nicht, materielle Kinderarmut wirksam zu bekämpfen. Deshalb werden wir den Familienleistungsausgleich vom Kopf auf die Füße stellen. Mit unserem „sozial gestaffelten Kindergeld“ werden wir ein einkommensabhängiges Kindergeld für geringe und untere mittlere Einkommen einführen, in das wir den bisherigen Kinderzuschlag integrieren. Es wird künftig Familien mit kleineren Einkommen überdurchschnittlich fördern und nicht mehr die mit den höchsten Einkommen. Beispielsweise sollen berufstätige Familien mit zwei Kindern und einem Einkommen von unter 3.000 Euro monatlich künftig ein um bis zu 140 Euro pro Kind und Monat erhöhtes Kindergeld erhalten. Alle anderen Familien erhalten je Kind einheitlich wie bisher ein Kindergeld von 184 Euro im Monat. Der darüber hinaus gehende bisherige Steuervorteil für Familien mit hohem Einkommen entfällt. Für dritte und weitere Kinder bleibt es bei den erhöhten Kindergeldsätzen. Für die Finanzierung des sozial gestaffelten Kindergeldes werden wir auch die Familienleistungen einer Überprüfung unterziehen. Das Neue Kindergeld ist eine wichtige Ergänzung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro. Mindestlohn und Neues Kindergeld sorgen gemeinsam dafür, dass Eltern, die Vollzeit arbeiten, nicht in die Bedürftigkeit abrutschen.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Der flächendeckende Ausbau von Ganztagsangeboten in Kitas und Schulen gekoppelt mit dem Neuen Kindergeld ist unsere sozialdemokratische Kindergrundsicherung. Sie verbindet gute Bildungschancen für alle Kinder mit einer gerechten materiellen Absicherung für Familien.</p> <p>5 Alle Kinder haben ein Recht auf Teilhabe. Dieses Recht gilt es sicherzustellen. Das Bildungspaket für bedürftige Kinder, das 2011 eingeführt wurde, erfüllt diesen Anspruch nicht in zufriedenstellender Form. Wir werden es reformieren.</p> <p>10 Um die Kinder von Alleinerziehenden zu stärken, werden wir den Unterhaltsvorschuss ausbauen und Alleinerziehende besser dabei unterstützen, Unterhaltsansprüche durchzusetzen.</p> <p>Wir wollen mehr Zeit für Familie schaffen, indem wir Eltern besser dabei unterstützen, Beruf, Familie und Engagement zu vereinbaren.</p> <p>Wir brauchen mehr Zeit für Familie. Neben einer besseren Infrastruktur ist eine familienfreundliche Arbeitswelt notwendig. Eine Familienarbeitszeit soll Eltern erlauben, ihre Arbeitszeit zeitlich befristet partnerschaftlich zu reduzieren (z.B. 30-Stunden-Woche), ohne dass dies zu Lasten ihrer beruflichen Entwicklung geht. Wir wollen sicherstellen, dass Teilzeit nicht zur Sackgasse wird. Wer familienbedingt in Teilzeit gegangen ist, soll einen Rechtsanspruch erhalten, in Vollzeit zurückzukehren.</p> <p>25 Das erfolgreiche Elterngeld werden wir finanzneutral so weiterentwickeln, dass Partnerschaftlichkeit gestärkt wird. Mütter und Väter können heute nur sieben Monate lang gleichzeitig Teilzeit arbeiten und Elterngeld beziehen. Das werden wir ändern: Auch sie sollen künftig 14 Monate lang Elterngeld beziehen können.</p> <p>30 Wir werden auch Alleinerziehenden ermöglichen, bei gemeinsamer Sorge 14 Monate Elterngeld zu beziehen. Wir wollen das Basiselterngeld für SGB II Empfänger/innen wieder einführen.</p> <p>35 Aufgrund des demografischen Wandels sind zunehmend ältere Menschen pflegebedürftig. Die meisten von ihnen werden von Familien gepflegt. Die große Herausforderung für die Angehörigen von Pflegebedürftigen hat längst die Familien erreicht. Die Doppel- manchmal Dreifachbelastung der Betroffenen führt oft zu Ausfällen, die weder der Einzelne noch die Gesellschaft verkraften kann. Es ist wichtig, dass Frauen und Männer trotz der Pflege von Angehörigen im Arbeitsprozess bleiben und nicht dauerhaft aussteigen müssen. Deshalb ist es dringend erforderlich, dass wir Angehörige von Pflegebedürftigen besser dabei unterstützen, Beruf, Pflege und Sorgearbeit zu vereinbaren. Die 10-tägige Auszeit für Angehörige, die kurzfristig Zeit für die Organisation einer neuen Pflegesituation benötigen, werden wir aufbauend auf der geltenden gesetzlichen Regelung mit einer Lohnersatzleistung analog Kinderkrankengeld koppeln. Für länger andauernde Pflegesituationen wollen wir eine flexible Pflegezeit mit Lohnersatzleistung entwickeln. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihre Arbeitszeit für die Pflege Angehöriger verringert haben, müssen wieder auf Vollzeit aufstocken können. Beide Maßnahmen sollen aus der Pflegeversicherung finanziert werden.</p>	<p>Der flächendeckende Ausbau von Ganztagsangeboten in Kitas und Schulen gekoppelt mit dem Neuen Kindergeld ist unsere sozialdemokratische Kindergrundsicherung. Sie verbindet gute Bildungschancen für alle Kinder mit einer gerechten materiellen Absicherung für Familien.</p> <p>Alle Kinder haben ein Recht auf Teilhabe. Dieses Recht gilt es sicherzustellen. Das Bildungspaket für bedürftige Kinder, das 2011 eingeführt wurde, erfüllt diesen Anspruch nicht in zufriedenstellender Form. Wir werden es reformieren.</p> <p>Um die Kinder von Alleinerziehenden zu stärken, werden wir den Unterhaltsvorschuss ausbauen und Alleinerziehende besser dabei unterstützen, Unterhaltsansprüche durchzusetzen.</p> <p>Wir wollen mehr Zeit für Familie schaffen, indem wir Eltern besser dabei unterstützen, Beruf, Familie und Engagement zu vereinbaren.</p> <p>Wir brauchen mehr Zeit für Familie. Neben einer besseren Infrastruktur ist eine familienfreundliche Arbeitswelt notwendig. Eine Familienarbeitszeit soll Eltern erlauben, ihre Arbeitszeit zeitlich befristet partnerschaftlich zu reduzieren (z.B. 30-Stunden-Woche), ohne dass dies zu Lasten ihrer beruflichen Entwicklung geht. Wir wollen sicherstellen, dass Teilzeit nicht zur Sackgasse wird. Wer familienbedingt in Teilzeit gegangen ist, soll einen Rechtsanspruch erhalten, in Vollzeit zurückzukehren.</p> <p>Das erfolgreiche Elterngeld werden wir (...) so weiterentwickeln, dass Partnerschaftlichkeit gestärkt wird. Mütter und Väter können heute nur sieben Monate lang gleichzeitig Teilzeit arbeiten und Elterngeld beziehen. Das werden wir ändern: Auch sie sollen künftig 14 Monate lang Elterngeld beziehen können.</p> <p>Wir werden auch Alleinerziehenden (...) mit gemeinsamer Sorge den Bezug von maximal 14 Monaten Elterngeld ermöglichen, wenn vom anderen Elternteil kein Elterngeld beansprucht wird. Wir wollen das Basiselterngeld für SGB II Empfänger/innen wieder anrechnungsfrei stellen.</p> <p>Aufgrund des demografischen Wandels sind zunehmend (...) Menschen pflegebedürftig. Die meisten von ihnen werden von Familien gepflegt. Die große Herausforderung für die Angehörigen von Pflegebedürftigen hat längst die Familien erreicht. Die Doppel- manchmal Dreifachbelastung der Betroffenen führt oft zu Ausfällen, die weder der Einzelne noch die Gesellschaft verkraften kann. Es ist wichtig, dass Frauen und Männer trotz der Pflege von Angehörigen im Arbeitsprozess bleiben und nicht dauerhaft aussteigen müssen. Deshalb ist es dringend erforderlich, dass wir Angehörige von Pflegebedürftigen besser dabei unterstützen, Beruf, Pflege und Sorgearbeit zu vereinbaren. Die 10-tägige Auszeit für Angehörige, die kurzfristig Zeit für die Organisation einer neuen Pflegesituation benötigen, werden wir aufbauend auf der geltenden gesetzlichen Regelung mit einer Lohnersatzleistung analog Kinderkrankengeld koppeln. Für länger andauernde Pflegesituationen wollen wir eine flexible Pflegezeit mit Lohnersatzleistung entwickeln. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihre Arbeitszeit für die Pflege Angehöriger verringert haben, müssen wieder auf die alte Arbeitszeit zurückkehren können. Beide Maßnahmen sollen aus der Pflegeversicherung finanziert werden.</p>
<p>III. 4 Jugendpolitik.</p> <p>60 Gestiegene Bildungserfordernisse, Globalisierung von Wirtschaft und Arbeitsmärkten, Leistungs- und Zeitdruck – die Anforderungen an junge Menschen sind gewachsen. Aufgrund dieser gestiegenen Anforderungen ist für ein gutes Aufwachsen aller jungen Menschen mehr denn je öffentliche und gesellschaftliche Verantwortung gefragt. Wir wollen junge Menschen befähigen, ihre Talente zu entdecken und ihre Persönlichkeit zu entwickeln. Sichtbare und unsichtbare Hindernisse, die durch soziale, kulturelle, ethnische oder gesundheitliche</p>	<p>III. 4 Jugendpolitik.</p> <p>Gestiegene Bildungserfordernisse, Globalisierung von Wirtschaft und Arbeitsmärkten, Leistungs- und Zeitdruck – die Anforderungen an junge Menschen sind gewachsen. Aufgrund dieser gestiegenen Anforderungen ist für ein gutes Aufwachsen aller jungen Menschen mehr denn je öffentliche und gesellschaftliche Verantwortung gefragt. Wir wollen junge Menschen befähigen, ihre Talente zu entdecken und ihre Persönlichkeit zu entwickeln. Sichtbare und unsichtbare Hindernisse, die durch soziale, kulturelle, ethnische oder gesundheitliche</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
<p>Unterschiede bestehen, wollen wir aus dem Weg räumen – und Hindernisse, die auf das Geschlecht oder die sexuelle Identität zurückzuführen sind. Wir wollen allen jungen Menschen gutes Aufwachsen und Aufstieg durch gleiche Chancen und echte Teilhabe ermöglichen. Passgenaue Rahmenbedingungen müssen an den unterschiedlichen Bedürfnissen und Gegebenheiten der jungen Menschen ausgerichtet sein. Dies geht nur mit einer schlüssigen und stimmigen Jugendpolitik, die auf die Bedürfnisse der jungen Menschen abgestimmte Angebote für verschiedene Lebenslagen macht. Notwendig ist, Jugendpolitik als zentrales Politikfeld, als Zukunftspolitik zu begreifen und zu gestalten.</p>	<p>Unterschiede bestehen, wollen wir aus dem Weg räumen – und Hindernisse, die auf das Geschlecht oder die sexuelle Identität zurückzuführen sind. Wir wollen allen jungen Menschen gutes Aufwachsen und Aufstieg durch gleiche Chancen und echte Teilhabe ermöglichen. Passgenaue Rahmenbedingungen müssen an den unterschiedlichen Bedürfnissen und Gegebenheiten der jungen Menschen ausgerichtet sein. Dies geht nur mit einer schlüssigen und stimmigen Jugendpolitik, die auf die Bedürfnisse der jungen Menschen abgestimmte Angebote für verschiedene Lebenslagen macht. Notwendig ist, Jugendpolitik als zentrales Politikfeld, als Zukunftspolitik zu begreifen und zu gestalten.</p>	<p>1 5 10</p>
<p>Gute Jugendpolitik lässt deshalb Zeit und Raum für Entwicklung. Jugendpolitik muss der Persönlichkeitsentfaltung verpflichtet sein. Deshalb wollen wir alle jungen Menschen dabei unterstützen, ihren Weg zu gehen und sich selbst zu entfalten durch ein selbstbestimmtes Leben. Dazu brauchen Jugendliche lokale, zeitliche, partizipative und ökonomische Freiräume.</p>	<p>Gute Jugendpolitik lässt deshalb Zeit und Raum für Entwicklung. Jugendpolitik muss der Persönlichkeitsentfaltung verpflichtet sein. Deshalb wollen wir alle jungen Menschen dabei unterstützen, ihren Weg zu gehen und sich selbst zu entfalten durch ein selbstbestimmtes Leben. Dazu brauchen Jugendliche lokale, zeitliche, partizipative und ökonomische Freiräume.</p>	<p>15</p>
<p>Besonders bei den Übergängen von Schule in Ausbildung oder Studium und dann in den Beruf müssen Jugendliche immer wieder Hindernisse und Schwierigkeiten überwinden. Wir wollen eine Politik, die Fehler verzeiht und zweite, dritte und jede weitere Chance gewährt, die ein junger Mensch braucht, um seinen Weg zu finden. Gute Jugendpolitik ist „integrierte soziale Lebenslaufpolitik“, die in der jeweiligen Lebenslage die optimale Unterstützung gewährt. Damit junge Menschen ihre Persönlichkeit entwickeln können, damit sie ihre Freiräume nutzen können, müssen sie frei sein von existenziellen Sorgen. Sie brauchen eine verlässliche soziale Sicherung. Deshalb setzen wir auf gute Arbeit, existenzsichernde Löhne, soziale Sicherung – für die Eltern und für die Jugendlichen selbst. Für ältere Jugendliche und junge Erwachsene ist das Armutrisiko besonders hoch, wenn der Übergang in eine existenzsichernde und sozial abgesicherte Beschäftigung schwierig ist oder nicht gelingt. Deshalb wollen wir allen Jugendlichen einen Schul- und Berufsabschluss ermöglichen. Ein fairer Einstieg ins Berufsleben und gute Arbeit müssen sich anschließen. Dabei darf uns kein junger Mensch verloren gehen. Das BAföG muss sicherstellen, dass Bildungsbeteiligung nicht an mangelndem Geld scheitert.</p>	<p>Besonders bei den Übergängen von Schule in Ausbildung oder Studium und dann in den Beruf müssen Jugendliche immer wieder Hindernisse und Schwierigkeiten überwinden. Wir wollen eine Politik, die Fehler verzeiht und zweite, dritte und jede weitere Chance gewährt, die ein junger Mensch braucht, um seinen Weg zu finden. Gute Jugendpolitik ist „integrierte soziale Lebenslaufpolitik“, die in der jeweiligen Lebenslage die optimale Unterstützung gewährt. Damit junge Menschen ihre Persönlichkeit entwickeln können, damit sie ihre Freiräume nutzen können, müssen sie frei sein von existenziellen Sorgen. Sie brauchen eine verlässliche soziale Sicherung. Deshalb setzen wir auf gute Arbeit, existenzsichernde Löhne, soziale Sicherung – für die Eltern und für die Jugendlichen selbst. Für ältere Jugendliche und junge Erwachsene ist das Armutrisiko besonders hoch, wenn der Übergang in eine existenzsichernde und sozial abgesicherte Beschäftigung schwierig ist oder nicht gelingt. Deshalb wollen wir allen Jugendlichen einen Schul- und Berufsabschluss ermöglichen. Ein fairer Einstieg ins Berufsleben und gute Arbeit müssen sich anschließen. Dabei darf uns kein junger Mensch verloren gehen. Das BAföG muss sicherstellen, dass Bildungsbeteiligung nicht an mangelndem Geld scheitert.</p>	<p>20 25 30 35</p>
<p>Gute Jugendpolitik stellt gute Infrastruktur zur Verfügung. Zum guten Aufwachsen brauchen junge Menschen verlässliche Strukturen und gute Angebote. Dazu gehören Angebote zur Bildung und zur Freizeitgestaltung, Mobilität, Zugang zum Internet und vieles mehr. Es ist Aufgabe von Kommunen, Ländern und Bund, im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge solche Angebote flächendeckend, bedarfsgerecht und in guter Qualität zur Verfügung zu stellen. Den Kommunen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Sie brauchen eine solide finanzielle Ausstattung, um Rahmenbedingungen für gutes Aufwachsen aufrecht erhalten und neu schaffen zu können. So leisten sie einen wichtigen Beitrag zu einer starken Demokratie. Denn dort, wo soziale Infrastruktur wegbriecht, werden antidemokratische Strukturen gestärkt.</p>	<p>Gute Jugendpolitik stellt gute Infrastruktur zur Verfügung. Zum guten Aufwachsen brauchen junge Menschen verlässliche Strukturen und gute Angebote. Dazu gehören Angebote zur Bildung und zur Freizeitgestaltung, Mobilität, Zugang zum Internet und vieles mehr. Es ist Aufgabe von Kommunen, Ländern und Bund, im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge solche Angebote flächendeckend, bedarfsgerecht und in guter Qualität zur Verfügung zu stellen. Den Kommunen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Sie brauchen eine solide finanzielle Ausstattung, um Rahmenbedingungen für gutes Aufwachsen aufrecht erhalten und neu schaffen zu können. So leisten sie einen wichtigen Beitrag zu einer starken Demokratie. Denn dort, wo soziale Infrastruktur wegbriecht, werden antidemokratische Strukturen gestärkt.</p>	<p>40 45 50</p>
<p>Für uns ist dabei klar: Orte der Jugendarbeit gehören genauso wie Kita und Schule zur Grundversorgung. Jugendarbeit muss gestärkt werden und bedarfsgerecht ausgestattet sein. Die Kinder- und Jugendpläne von Bund und Ländern sind hierfür die zentralen Förderinstrumente. Hierzu zählt auch eine ausreichende Förderung bundeszentraler Infrastruktur der Jugendverbände.</p>	<p>Für uns ist dabei klar: Orte der Jugendarbeit gehören genauso wie Kita und Schule zur Grundversorgung. Jugendarbeit muss gestärkt werden und bedarfsgerecht ausgestattet sein. Die Kinder- und Jugendpläne von Bund und Ländern sind hierfür die zentralen Förderinstrumente. Hierzu zählt auch eine ausreichende Förderung bundeszentraler Infrastruktur der Jugendverbände.</p>	<p>55</p>
<p>Wir wollen eine Gesamtstrategie für ein gutes Aufwachsen junger Menschen unter Einbeziehung aller relevanten Politikfelder und föderalen Ebenen entwickeln. Diese Gesamtstrategie umfasst die vier Dimensionen, die das Bundesjugendkuratorium 2009 in seiner „Neupositionierung von Jugendpolitik“ entwickelt hat. Das sind Schutz- und Unterstützungspolitik, Befähigungspolitik, Teilhabepolitik und Generationenpolitik.</p>	<p>Wir wollen eine Gesamtstrategie für ein gutes Aufwachsen junger Menschen unter Einbeziehung aller relevanten Politikfelder und föderalen Ebenen entwickeln. Diese Gesamtstrategie umfasst die vier Dimensionen, die das Bundesjugendkuratorium 2009 in seiner „Neupositionierung von Jugendpolitik“ entwickelt hat. Das sind Schutz- und Unterstützungspolitik, Befähigungspolitik, Teilhabepolitik und Generationenpolitik.</p>	<p>60 65</p>
<p>Eine gute Jugendpolitik muss flexibel bleiben. Denn die Bedingungen, unter denen junge Menschen heranwachsen, sind im Fluss, die Jugendphase verändert sich stetig. Was gute Jugendpolitik aus-</p>	<p>Eine gute Jugendpolitik muss flexibel bleiben. Denn die Bedingungen, unter denen junge Menschen heranwachsen, sind im Fluss, die Jugendphase verändert sich stetig. Was gute Jugendpolitik aus-</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 macht, muss deshalb ständig neu ausgehandelt werden. Wir wollen diesen Dialog suchen und führen und hierfür entsprechende Strukturen zur Verfügung stellen. Dabei ist wichtig, junge Menschen als gleichberechtigte Partner/innen anzuerkennen. Wir wollen das Wahlalter auf 16 Jahre senken.</p> <p>5 Ein zentrales Instrument sind die Strukturen der Jugendverbandsarbeit. Jugendverbände sind breit und heterogen zusammengesetzt und demokratisch legitimierte Interessenvertretung junger Menschen. Wir wollen Vereine, Jugendverbände, Jugendinitiativen und Jugendzentren in ihren Strukturen fördern und stärken. Sie können wichtige Beiträge im Rahmen der Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik leisten.</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30 Gute Jugendpolitik hat die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention und damit die Verwirklichung der Rechte von Kindern und Jugendlichen zum Ziel. Wir wollen jede politische Maßnahme, jedes Gesetz daraufhin überprüfen, ob sie vereinbar sind mit den international vereinbarten Kinderrechten. Außerdem wollen wir die Kinderrechte im Grundgesetz verankern. Einen hohen Stellenwert nimmt für uns ein Aufwachsen frei von jeder Form von Gewalt, insbesondere sexualisierter Gewalt. Wir wollen keinen Raum für Missbrauch zulassen und werden die Prävention zum Schutz unserer Kinder und Jugendliche verstärken. Betroffenen wollen wir verbesserte Hilfen ermöglichen. Damit Opfer besser ihre Rechte einklagen können, wollen wir die einschlägigen Verjährungsfristen verlängern. Zudem ist für uns die unabhängige Aufarbeitung des Missbrauchsgeschehens in der Vergangenheit eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die wir unterstützen werden</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p>	<p>macht, muss deshalb ständig neu ausgehandelt werden. Wir wollen diesen Dialog suchen und führen und hierfür entsprechende Strukturen zur Verfügung stellen. Dabei ist wichtig, junge Menschen als gleichberechtigte Partner/innen anzuerkennen. Wir wollen das Wahlalter auf 16 Jahre senken.</p> <p>Ein zentrales Instrument sind die Strukturen der Jugendverbandsarbeit. Jugendverbände sind breit und heterogen zusammengesetzt und demokratisch legitimierte Interessenvertretung junger Menschen. Wir wollen Vereine, Jugendverbände, Jugendinitiativen und Jugendzentren in ihren Strukturen fördern und stärken. Sie können wichtige Beiträge im Rahmen der Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik leisten.</p> <p><u>Gerade das freiwillige Engagement junger Menschen ist wichtig für die Entwicklung unserer Zivilgesellschaft. Bei dem neu eingeführten Bundesfreiwilligendienst sehen wir erheblichen Nachbesserungsbedarf. Wir setzen auf den konsequenten Ausbau der bewährten Jugendfreiwilligendienste. Wir wollen Transparenz und Rechtssicherheit für Jugendfreiwilligendienste durch ein Freiwilligendienststatusgesetz schaffen und mehr Anerkennung für Freiwilligendienstleistende erreichen. Wir wollen auch die Rahmenbedingungen für das Engagement junger Menschen gezielt verbessern. Deshalb werden wir gesellschaftspolitisches Engagement in Vereinen und Verbänden bei der Bemessung der Förderzeiten im Rahmen des BAföG dem hochschulpolitischen Engagement gleichstellen. Zudem werden wir prüfen, wie wir Auszubildenden mehr Zeitautonomie für gesellschaftspolitisches Engagement geben können.</u></p> <p>Gute Jugendpolitik hat die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention und damit die Verwirklichung der Rechte von Kindern und Jugendlichen zum Ziel. Wir wollen jede politische Maßnahme, jedes Gesetz daraufhin überprüfen, ob sie vereinbar sind mit den international vereinbarten Kinderrechten. Außerdem wollen wir die Kinderrechte im Grundgesetz verankern. (...) <u>Das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen soll frei von jeder Form von Gewalt, auch sexualisierter Gewalt stattfinden. Um sexualisierter Gewalt entschieden entgegen zu treten und diese zum Schutz der Kinder und Jugendlichen möglichst frühzeitig vorzubeugen, fördern wir verstärkt Präventionskonzepte und -maßnahmen.</u> Betroffenen wollen wir verbesserte Hilfen ermöglichen. Damit Opfer besser ihre Rechte einklagen können, wollen wir die einschlägigen Verjährungsfristen verlängern. Zudem ist für uns die unabhängige Aufarbeitung des Missbrauchsgeschehens in der Vergangenheit eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die wir unterstützen werden</p>
<p>III.5 Gleichberechtigte Teilhabe: Für eine moderne Integrationspolitik.</p> <p>50 Deutschland ist ein offenes Land. Wir setzen uns für ein gleichberechtigtes gesellschaftliches Miteinander in Vielfalt ein. Integrationspolitik neu zu denken heißt letztendlich auch, den Begriff der Integration zu überwinden und durch den selbstverständlichen gesellschaftspolitischen Anspruch auf Teilhabe und Partizipation zu ersetzen. Diesem Prinzip müssen sich alle Ressorts der Bundesregierung verpflichten.</p> <p>55 Gemeinsam mit den Ländern wollen wir deshalb die Ausländerbehörden zu Willkommensbehörden, zu Anlauf- und Leitstellen für Integration und Einbürgerung weiterentwickeln.</p> <p>60 Wir brauchen sowohl eine Willkommenskultur als auch eine Teilhabestruktur. Nur so können Freiheit, Chancengleichheit Bildung und Arbeit für alle geschaffen werden. Wir wissen aber auch: Das erfolgreiche Miteinander hängt vor allem von sozialen Faktoren ab. Unterschiede in der Herkunft, Religion oder Kultur dürfen nicht verdrängt, aber auch nicht grundsätzlich zum Problem erklärt werden. Wir setzen uns für alle Menschen in unserem Land ein, Diskriminierungen und Vorurteilen treten wir entschieden entgegen.</p> <p>65</p>	<p>III.5 Gleichberechtigte Teilhabe: Für eine moderne Integrationspolitik.</p> <p>Deutschland ist ein offenes Land. Wir setzen uns für ein gleichberechtigtes gesellschaftliches Miteinander in Vielfalt ein. Integrationspolitik neu zu denken heißt letztendlich auch, den Begriff der Integration zu überwinden und durch den selbstverständlichen gesellschaftspolitischen Anspruch auf Teilhabe und Partizipation zu ersetzen. Diesem Prinzip müssen sich alle Ressorts der Bundesregierung verpflichten.</p> <p>Gemeinsam mit den Ländern wollen wir deshalb die Ausländerbehörden zu Willkommensbehörden, zu Anlauf- und Leitstellen für Integration und Einbürgerung weiterentwickeln.</p> <p>Wir brauchen sowohl eine Willkommenskultur als auch eine Teilhabestruktur. Nur so können Freiheit, Chancengleichheit Bildung und Arbeit für alle geschaffen werden. Wir wissen aber auch: Das erfolgreiche Miteinander hängt vor allem von sozialen Faktoren ab. Unterschiede in der Herkunft, Religion oder Kultur dürfen nicht verdrängt, aber auch nicht grundsätzlich zum Problem erklärt werden. Wir setzen uns für alle Menschen in unserem Land ein, Diskriminierungen und Vorurteilen treten wir entschieden entgegen.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
<p>Eine offene Gesellschaft bietet im Rahmen der Grundrechte allen Religionen den Freiraum zur Entfaltung ihres Glaubens.</p> <p>Vielfalt verstehen wir als eine Zukunftsressource unserer offenen Gesellschaft. Rechtliche Gleichstellung und Chancengerechtigkeit sind die Grundlagen einer solchen Gesellschaft. Unser Ziel ist es, dass die kulturelle, weltanschauliche und religiöse Vielfalt innerhalb unserer rechtsstaatlichen und sozialstaatlichen Grundordnung in Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Kunst und Kultur selbstverständlich mitgedacht wird. Aber ob Integration und Zusammenleben gelingen, entscheidet sich in der Kommune, in den Stadtteilen, in den Nachbarschaften. Deshalb dürfen die Kommunen mit den Herausforderungen von Einwanderung und Integration nicht alleine gelassen werden. Stadtteile, die besondere Aufnahme- und Integrationsleistungen erbringen, bedürfen gezielter Unterstützung. Die massiven Kürzungen beim Programm „Soziale Stadt“ durch die schwarz-gelbe Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP haben verheerende Folgen für die Integration vor Ort. Dies betrifft insbesondere die komplette Streichung sozial-integrativer Maßnahmen, wie etwa zum Spracherwerb oder zur Betreuung von Jugendlichen. Auf kommunaler Ebene wollen wir unter Einbeziehung der Migrantenorganisationen die lokalen Bündnisse für Teilhabe und sozialen Zusammenhalt wieder stärken.</p> <p>Denjenigen, die nach Deutschland eingewandert sind, wollen wir mehr Teilhabe ermöglichen. Deutschland ist ein Einwanderungsland und lebt von seiner Vielfalt, dem Engagement und den Ideen der Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft. Jetzt müssen wir den nächsten Schritt tun und ein Einbürgerungsland werden. Dazu gehört eine Modernisierung des Staatsangehörigkeits- und Wahlrechts. Deshalb wollen wir die doppelte Staatsbürgerschaft von Bürgerinnen und Bürgern akzeptieren. Was wir brauchen ist ein Staatsbürgerschaftsrecht, das unserer vielfältiger werdenden Gesellschaft entspricht, faire Chancen auf Teilhabe und Zugehörigkeit für alle eröffnet und das Selbstbild Deutschlands als ein welt-offenes Land unterstreicht.</p> <p>Insbesondere wollen wir, dass Deutschlands Kinder auch deutsche Staatsbürger sind und bleiben. Mädchen und Jungen, die hier geboren werden, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und behalten. Die Optionspflicht, die junge Menschen mit der Volljährigkeit zwingt, sich für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden, werden wir abschaffen und insgesamt die doppelte Staatsbürgerschaft von Bürgerinnen und Bürgern akzeptieren. Die Optionspflicht ist ein integrationspolitischer Missgriff und ein bürokratisches Monstrum, das den Kommunen enorme Verwaltungskosten aufbürdet.</p> <p>Ausländischen Studierenden, die in Deutschland einen Hochschulabschluss oder eine vergleichbare Qualifikation (z.B. Meisterprüfung) erwerben, wollen wir ermöglichen, ohne Einschränkungen in Deutschland zu arbeiten.</p> <p>Der Zusammenhalt in den Städten ist gefährdet, wenn Menschen, die aus Nicht-EU-Staaten stammen, wie bislang vom kommunalen Wahlrecht ausgeschlossen bleiben. Wir werden uns darum bemühen, eine verfassungsändernde Mehrheit im Bundestag zu erreichen, damit jede Frau und jeder Mann das kommunale Wahlrecht nach einem fünfjährigen legalen Aufenthalt in Anspruch nehmen kann. Wir werden die Integrationsförderung auf Verbesserungsmöglichkeiten überprüfen und die Qualität der Integrationskurse einschließlich der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte weiter verbessern. Den Familiennachzug werden wir erleichtern.</p> <p>Der Öffentliche Dienst gewinnt seine demokratische Legimitation daraus, dass er innerhalb seiner Strukturen die Vielfalt der Bevölkerung widerspiegelt. Deshalb wollen wir den Öffentlichen Dienst weiter für Menschen mit Migrationshintergrund öffnen, ihren Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl signifikant erhöhen und die interkulturelle Kompetenz der Beschäftigten stärken.</p>	<p>Eine offene Gesellschaft bietet im Rahmen der Grundrechte allen Religionen den Freiraum zur Entfaltung ihres Glaubens.</p> <p>Vielfalt verstehen wir als eine Zukunftsressource unserer offenen Gesellschaft. Rechtliche Gleichstellung und Chancengerechtigkeit sind die Grundlagen einer solchen Gesellschaft. Unser Ziel ist es, dass die kulturelle, weltanschauliche und religiöse Vielfalt innerhalb unserer rechtsstaatlichen und sozialstaatlichen Grundordnung in Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Kunst und Kultur selbstverständlich mitgedacht wird. Aber ob Integration und Zusammenleben gelingen, entscheidet sich in der Kommune, in den Stadtteilen, in den Nachbarschaften. Deshalb dürfen die Kommunen mit den Herausforderungen von Einwanderung und Integration nicht alleine gelassen werden. Stadtteile, die besondere Aufnahme- und Integrationsleistungen erbringen, bedürfen gezielter Unterstützung. Die massiven Kürzungen beim Programm „Soziale Stadt“ durch die schwarz-gelbe Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP haben verheerende Folgen für die Integration vor Ort. Dies betrifft insbesondere die komplette Streichung sozial-integrativer Maßnahmen, wie etwa zum Spracherwerb oder zur Betreuung von Jugendlichen. Auf kommunaler Ebene wollen wir unter Einbeziehung der Migrantenorganisationen die lokalen Bündnisse für Teilhabe und sozialen Zusammenhalt wieder stärken.</p> <p>Denjenigen, die nach Deutschland eingewandert sind, wollen wir mehr Teilhabe ermöglichen. Deutschland ist ein Einwanderungsland und lebt von seiner Vielfalt, dem Engagement und den Ideen der Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft. Jetzt müssen wir den nächsten Schritt tun und ein Einbürgerungsland werden. Dazu gehört eine Modernisierung des Staatsangehörigkeits- und Wahlrechts. Deshalb wollen wir die doppelte Staatsbürgerschaft von Bürgerinnen und Bürgern akzeptieren. Was wir brauchen ist ein Staatsbürgerschaftsrecht, das unserer vielfältiger werdenden Gesellschaft entspricht, faire Chancen auf Teilhabe und Zugehörigkeit für alle eröffnet und das Selbstbild Deutschlands als ein welt-offenes Land unterstreicht.</p> <p>Insbesondere wollen wir, dass Deutschlands Kinder auch deutsche Staatsbürger sind und bleiben. Mädchen und Jungen, die hier geboren werden, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und behalten. Die Optionspflicht, die junge Menschen mit der Volljährigkeit zwingt, sich für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden, werden wir abschaffen und insgesamt die doppelte Staatsbürgerschaft von Bürgerinnen und Bürgern akzeptieren. Die Optionspflicht ist ein integrationspolitischer Missgriff und ein bürokratisches Monstrum, das den Kommunen enorme Verwaltungskosten aufbürdet.</p> <p>Ausländischen Studierenden, die in Deutschland einen Hochschulabschluss oder eine vergleichbare Qualifikation (z.B. Meisterprüfung) erwerben, wollen wir ermöglichen, ohne Einschränkungen in Deutschland zu arbeiten.</p> <p>Der Zusammenhalt in den Städten ist gefährdet, wenn Menschen, die aus Nicht-EU-Staaten stammen, wie bislang vom kommunalen Wahlrecht ausgeschlossen bleiben. Wir werden uns darum bemühen, eine verfassungsändernde Mehrheit im Bundestag zu erreichen, damit jede Frau und jeder Mann das kommunale Wahlrecht nach einem fünfjährigen legalen Aufenthalt in Anspruch nehmen kann. Wir werden die Integrationsförderung auf Verbesserungsmöglichkeiten überprüfen und die Qualität der Integrationskurse einschließlich der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte weiter verbessern. Den Familiennachzug werden wir erleichtern.</p> <p>Der Öffentliche Dienst gewinnt seine demokratische Legimitation daraus, dass er innerhalb seiner Strukturen die Vielfalt der Bevölkerung widerspiegelt. Deshalb wollen wir den Öffentlichen Dienst weiter für Menschen mit Migrationshintergrund öffnen und ihren Anteil an der Gesamtbeschäftigtenzahl signifikant erhöhen. <u>Mit weiteren Modellversuchen werden wir prüfen, ob auch die anonymisierte Bewerbung geeignet ist, dieses Ziel zu erreichen.</u> <u>Zudem wollen wir</u> die interkulturelle Kompetenz der Beschäftigten stärken.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Für eine menschenwürdigen Flüchtlingspolitik.</p> <p>Die SPD steht für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik. Fluchtursachen – Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg, Diskriminierung und Armut in den Herkunftsländern - müssen bekämpft werden, um den Menschen in ihren Heimatländern Perspektiven zu eröffnen. Menschen, die dennoch fliehen müssen, wollen wir in Deutschland und der Europäischen Union Schutz gewähren.</p> <p>10 Damit alle Kinder im deutschen Flüchtlingsrecht endlich auch alle wie Kinder behandelt werden, werden wir zügig die UN-Kinderrechtskonvention umsetzen. Wir wollen die sogenannte Residenzpflicht für Asylbewerber und Geduldete aufheben und zwecks gerechter Kostenverteilung zwischen den Ländern wie auch den Kommunen auf eine Wohnsitzauflage beschränken.</p> <p>15 Im Rahmen verfügbare Kursplätze wollen wir Asylbewerber und Geduldete künftig auch die Teilnahme an Integrationskursen ermöglichen. Die Leistungen für Asylbewerber werden wir nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts reformieren und den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Um lange in Deutschland lebenden geduldeten Menschen eine Perspektive zu geben, wollen wir eine weitergehende Bleiberechtsregelung schaffen. Wir werden eine menschenrechtskonforme Flüchtlingspolitik in der EU voranbringen, einschließlich eines solidarischen Ausgleichs. Gemeinsam mit dem UNHCR werden wir ein bundesweites Programm für Resettlement für Kontingentflüchtlinge ausbauen und verstetigen.</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p>	<p>Für eine menschenwürdigen Flüchtlingspolitik.</p> <p><u>Die SPD steht für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik. Fluchtursachen – Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg, Diskriminierung und Armut in den Herkunftsländern - müssen bekämpft werden, um den Menschen in ihren Heimatländern Perspektiven zu eröffnen. Menschen, die dennoch fliehen müssen, wollen wir in Deutschland und der Europäischen Union Schutz gewähren. Schutz benötigen insbesondere Mädchen und Frauen, die Opfer von Menschenhandel oder Gewalt geworden sind.</u></p> <p><u>Entsprechend der UN-Kinderrechtskonvention werden wir zügig dafür Sorge tragen, dass alle Kinder im deutschen Flüchtlingsrecht endlich auch wie Kinder behandelt werden. Wir wollen die sogenannte Residenzpflicht für Asylbewerber und Geduldete aufheben und zwecks gerechter Kostenverteilung zwischen den Ländern wie auch den Kommunen auf eine Wohnsitzauflage beschränken, die aber auch durchgesetzt werden muss.</u></p> <p><u>Im Rahmen verfügbarer Kursplätze wollen wir Asylbewerber und Geduldete künftig auch die Teilnahme an Integrationskursen ermöglichen. Die Leistungen für Asylbewerber werden wir nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts reformieren und den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Um lange in Deutschland lebenden geduldeten Menschen eine Perspektive zu geben, wollen wir eine weitergehende Bleiberechtsregelung schaffen: Wir werden das Aufenthaltsgesetz so ändern, damit bislang ausreisepflichtigen Jugendlichen und Heranwachsenden nach erfolgreichem Schulbesuch sowie sonstigen ausreisepflichtigen Personen in Fällen nachhaltiger Integration ein stichtagsunabhängiges Bleiberecht eingeräumt wird.</u></p> <p><u>Wir werden eine menschenrechtskonforme Flüchtlingspolitik in der EU voranbringen, einschließlich eines solidarischen Ausgleichs. Gemeinsam mit dem UNHCR werden wir ein bundesweites Programm für Resettlement für Kontingentflüchtlinge ausbauen und verstetigen.</u></p> <p><u>Die EU-Mitgliedstaaten sehen sich aktuell mit Armutszuwanderung aus Südosteuropa konfrontiert. Asylsuchende aus Serbien oder Mazedonien aber auch EU-Bürgerinnen und -Bürger aus Rumänien und Bulgarien verlassen ihre Herkunftsländer, um den prekären Verhältnissen in denen sie leben zu entkommen. Nur wenige der von außerhalb der EU kommenden haben dabei Aussicht, als Flüchtlinge anerkannt zu werden.</u></p> <p><u>Die armutsbedingte EU-Binnenwanderung stellt besonders die Kommunen vor gewaltige Herausforderungen. Die betroffenen Kommunen brauchen schnell die Unterstützung des Bundes. Entscheidend ist aber auch hier eine rasche Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsstaaten. Die Mitgliedstaaten der EU müssen den Schutz ihrer Minderheiten in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht gewährleisten.</u></p>
<p>III.6 Kultur-, Medien und Netzpolitik.</p> <p>55 Kunst und Kultur bereichern uns, sind vielfältig, kritisch, lebendig und anregend. Sie sind in ihrem Eigenwert essentiell für eine offene und demokratische Gesellschaft. Ihre Förderung ist keine Subvention, sondern Investition in die Zukunft. Und diese Investition muss zu aller erst bei den Künstlern selbst ankommen – um ihre Lebensgrundlagen zu sichern.</p> <p>60</p> <p>Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen die Künstlerinnen und Künstler im Mittelpunkt. Die SPD ist die Partei der Arbeit – auch der künstlerischen und kreativen Arbeit. Die Arbeits- und Lebensbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern verändern sich, vor allem durch die Digitalisierung. Wir wollen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Kultur- und Kreativschaffende von ihrer Arbeit leben können. Dafür braucht es erstens</p> <p>65</p>	<p>III.6 Kultur-, Medien und Netzpolitik.</p> <p>Kunst und Kultur bereichern uns, sind vielfältig, kritisch, lebendig und anregend. Sie sind in ihrem Eigenwert essentiell für eine offene und demokratische Gesellschaft. Ihre Förderung ist keine Subvention, sondern Investition in die Zukunft. Und diese Investition muss zu aller erst bei den Künstlern selbst ankommen – um ihre Lebensgrundlagen zu sichern.</p> <p>Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen die Künstlerinnen und Künstler im Mittelpunkt. Die SPD ist die Partei der Arbeit – auch der künstlerischen und kreativen Arbeit. Die Arbeits- und Lebensbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern verändern sich, vor allem durch die Digitalisierung. Wir wollen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Kultur- und Kreativschaffende von ihrer Arbeit leben können. Dafür braucht es erstens</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>eine Reform des Urheberrechts, die das Recht der Urheber auf ihr geistiges Eigentum auch in der digitalen Welt anerkennt und die Interessen von Urhebern, Nutzern und Verwertern zum Ausgleich bringt. Dafür braucht es zweitens eine bessere soziale Absicherung von Kreativen. Wir haben vor gut dreißig Jahren die Künstlersozialversicherung auf den Weg gebracht. Heute ist die KSK eine Erfolgsgeschichte und nimmt an Attraktivität zu. Deshalb müssen wir sie stärken, damit sie auch in Zukunft die solidarische Finanzierung der Absicherung von künstlerisch und kreativ Selbstständigen leisten kann. Zugleich müssen Menschen, die in der Kreativbranche arbeiten, in den klassischen Sozialsystemen einen Platz haben. Solo-Selbstständige, befristet Beschäftigte und andere Formen prekärer Beschäftigung wollen wir besser absichern, etwa durch eine Ausweitung der Rahmenfrist zum Erwerb von Anwartschaften in der Arbeitslosenversicherung auf drei Jahre, durch die Aufnahme von Solo-Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung sowie die Durchsetzung sozialer Mindeststandards und –honorare in öffentlich geförderten Projekten und Einrichtungen.</p> <p>Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist Teilhabe ein entscheidender Grundsatz auch in der Kulturpolitik. Kunst und Kultur soll allen Menschen zugänglich sein. Wir wollen mit öffentlicher Kulturförderung ein breites kulturelles Angebot zu sozialverträglichen Preisen ermöglichen. Zugleich müssen öffentlich geförderte Kultureinrichtungen mit ihren Angeboten möglichst viele Menschen erreichen. Im Einwanderungsland Deutschland heißt das heute auch, die Vielfalt von Lebensformen, Kulturen und Weltanschauungen aufzugreifen. Und schließlich brauchen wir kulturelle Bildung, um Teilhabe überhaupt zu ermöglichen und Lust an Kultur zu wecken. Wir rufen nicht nur „Kultur für alle“, sondern schaffen Voraussetzungen dafür.</p> <p>Wir wollen Kunst um ihrer selbst willen fördern und nicht erst dann, wenn sie ökonomischen, sozialen oder politischen Zwecke nützt. Künstlerische Freiheit und kulturpolitische Verantwortung des Staates sind vereinbar. Unser Ziel ist die Stärkung von Orten der gesellschaftlichen Begegnung und des Gesprächs sowohl unabhängig von Kunstmarkt und Kulturindustrie als auch in Kooperation mit ihnen. Die vorhandene kulturelle Infrastruktur wollen wir erhalten und stärken.</p>	<p>eine Reform des Urheberrechts, die das Recht der Urheber auf ihr geistiges Eigentum auch in der digitalen Welt anerkennt und die Interessen von Urhebern, Nutzern und Verwertern zum Ausgleich bringt. Dafür braucht es zweitens eine bessere soziale Absicherung von Kreativen. Wir haben vor gut dreißig Jahren die Künstlersozialversicherung auf den Weg gebracht. Heute ist die KSK eine Erfolgsgeschichte und nimmt an Attraktivität zu. Deshalb müssen wir sie stärken, damit sie auch in Zukunft die solidarische Finanzierung der Absicherung von künstlerisch und kreativ Selbstständigen leisten kann. Zugleich müssen Menschen, die in der Kreativbranche arbeiten, in den klassischen Sozialsystemen einen Platz haben. Solo-Selbstständige, befristet Beschäftigte und andere Formen prekärer Beschäftigung wollen wir besser absichern, etwa durch eine Ausweitung der Rahmenfrist zum Erwerb von Anwartschaften in der Arbeitslosenversicherung auf drei Jahre, durch die Aufnahme von Solo-Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung sowie die Durchsetzung sozialer Mindeststandards und –honorare in öffentlich geförderten Projekten und Einrichtungen.</p> <p>Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist Teilhabe ein entscheidender Grundsatz auch in der Kulturpolitik. Kunst und Kultur soll allen Menschen zugänglich sein. Wir wollen mit öffentlicher Kulturförderung ein breites kulturelles Angebot zu sozialverträglichen Preisen ermöglichen. Zugleich müssen öffentlich geförderte Kultureinrichtungen mit ihren Angeboten möglichst viele Menschen erreichen. Im Einwanderungsland Deutschland heißt das heute auch, die Vielfalt von Lebensformen, Kulturen und Weltanschauungen aufzugreifen. Und schließlich brauchen wir kulturelle Bildung, um Teilhabe überhaupt zu ermöglichen und Lust an Kultur zu wecken. Wir rufen nicht nur „Kultur für alle“, sondern schaffen Voraussetzungen dafür.</p> <p>Wir wollen Kunst um ihrer selbst willen fördern und nicht erst dann, wenn sie ökonomischen, sozialen oder politischen Zwecke nützt. Künstlerische Freiheit und kulturpolitische Verantwortung des Staates sind vereinbar. Unser Ziel ist die Stärkung von Orten der gesellschaftlichen Begegnung und des Gesprächs sowohl unabhängig von Kunstmarkt und Kulturindustrie als auch in Kooperation mit ihnen. Die vorhandene kulturelle Infrastruktur wollen wir erhalten und stärken.</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Angesichts zunehmend knapper öffentlicher Mittel sind strukturelle Veränderungen der öffentlichen Kulturfinanzierung unvermeidlich. Wir werden dafür sorgen, dass Bund, Länder und Kommunen ihre Förderaktivitäten stärker als bislang miteinander abstimmen und gemeinsam im Sinne einer konzeptionellen Kulturpolitik Prioritäten (u.a. stärkeres Engagement für freie Szene, kulturelle Bildung) setzen. Voraussetzung ist die Aufhebung des Kooperationsverbotes zugunsten einer gemeinsamen strukturierten Konzeption von Kulturförderung. • Denkmalschutz und Denkmalpflege zählen zu den wichtigsten kulturpolitischen Aufgaben von Bund, Ländern und Kommunen. Zum Erhalt des kulturellen Erbes, aber auch mit Blick auf die damit verbundenen Arbeitsplätze setzen wir uns für eine Verstärkung des Denkmalschutz-Sonderprogramms ein. Die SPD tritt dafür ein, dass sich der Bund am Bauhaus-Jubiläum 2019 beteiligt. • Das Gedenken an die beiden deutschen Diktaturen darf weder zu einer Relativierung der NS-Terrorherrschaft führen, noch darf das Unrecht der SED-Diktatur bagatellisiert werden. Die SPD bekennt sich zur Aufarbeitung des SED-Unrechts und will diese fortentwickeln. Wir werden eine Expertenkommission einsetzen, um die bisherige Arbeit der Stasi-Unterlagenbehörde zu evaluieren und Vorschläge zu deren Zukunft zu machen. Wir wollen das Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität stärken. Es soll den Nukleus für eine sich entwickelnde europäische Geschichtsschreibung bilden, im Geiste europäischer Versöhnung und Demokratie. Austausch und gemeinsame Projekte mit europäischen Nachbarn wollen wir vertiefen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Angesichts zunehmend knapper öffentlicher Mittel sind strukturelle Veränderungen der öffentlichen Kulturfinanzierung unvermeidlich. Wir werden dafür sorgen, dass Bund, Länder und Kommunen ihre Förderaktivitäten stärker als bislang miteinander abstimmen und gemeinsam im Sinne einer konzeptionellen Kulturpolitik Prioritäten (u.a. stärkeres Engagement für freie Szene, kulturelle Bildung) setzen. Voraussetzung ist die Aufhebung des Kooperationsverbotes zugunsten einer gemeinsamen strukturierten Konzeption von Kulturförderung. • Denkmalschutz und Denkmalpflege zählen zu den wichtigsten kulturpolitischen Aufgaben von Bund, Ländern und Kommunen. Zum Erhalt des kulturellen Erbes, aber auch mit Blick auf die damit verbundenen Arbeitsplätze setzen wir uns für eine Verstärkung des Denkmalschutz-Sonderprogramms ein. Die SPD tritt dafür ein, dass sich der Bund am Bauhaus-Jubiläum 2019 beteiligt. • Das Gedenken an die beiden deutschen Diktaturen darf weder zu einer Relativierung der NS-Terrorherrschaft führen, noch darf das Unrecht der SED-Diktatur bagatellisiert werden. Die SPD bekennt sich zur Aufarbeitung des SED-Unrechts und will diese fortentwickeln. Wir werden eine Expertenkommission einsetzen, um die bisherige Arbeit der Stasi-Unterlagenbehörde zu evaluieren und Vorschläge zu deren Zukunft zu machen. Wir wollen das Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität stärken. Es soll den Nukleus für eine sich entwickelnde europäische Geschichtsschreibung bilden, im Geiste europäischer Versöhnung und Demokratie. Austausch und gemeinsame Projekte mit europäischen Nachbarn wollen wir vertiefen.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 • Wir wollen das Erfolgsmodell des Deutschen Filmförderfonds (DFFF) kontinuierlich fortsetzen und finanziell stärken, um den Filmstandort Deutschland international wettbewerbsfähig zu erhalten und Wirtschaft und Beschäftigung in der deutschen Filmbranche zu stärken. Ziel der Förderung ist für uns, eine breite Vielfalt des Filmschaffens in Deutschland zu sichern. Dazu zählt auch der unabhängige Kinderfilm.</p> <p>5 • Das positive Bild eines weltoffenen Deutschland in der Welt zu vermitteln, Freundschaften zu pflegen und Freunde zu gewinnen, sind wichtige Aufgaben der Auswärtigen Kultur und Bildungspolitik. Geprägt ist sie von einem nach innen und außen offenen Austausch für Freiheit, Emanzipation und Entwicklung von ärmeren Ländern, für Krisenprävention und –bewältigung. Die SPD tritt dafür ein, auch eine gemeinsame Europäische Auswärtige Kulturpolitik zu entwickeln, die nach außen und innen wirkt und so – gemeinsam mit der Europäischen Kulturförderpolitik – eine gemeinsame Idee von Europa vermittelt, die kulturelle Vielfalt in Europa fördert und den Zusammenhalt in Europa stärken kann – jenseits von ökonomischen Interessen.</p>	<p>• Wir wollen das Erfolgsmodell des Deutschen Filmförderfonds (DFFF) kontinuierlich fortsetzen und finanziell stärken, um den Filmstandort Deutschland international wettbewerbsfähig zu erhalten und Wirtschaft und Beschäftigung in der deutschen Filmbranche zu stärken. Ziel der Förderung ist für uns, eine breite Vielfalt des Filmschaffens in Deutschland zu sichern. Dazu zählt auch der unabhängige Kinderfilm.</p> <p>• Das positive Bild eines weltoffenen Deutschland in der Welt zu vermitteln, Freundschaften zu pflegen und Freunde zu gewinnen, sind wichtige Aufgaben der Auswärtigen Kultur und Bildungspolitik. Geprägt ist sie von einem nach innen und außen offenen Austausch für Freiheit, Emanzipation und Entwicklung von ärmeren Ländern, für Krisenprävention und –bewältigung. Die SPD tritt dafür ein, auch eine gemeinsame Europäische Auswärtige Kulturpolitik zu entwickeln, die nach außen und innen wirkt und so – gemeinsam mit der Europäischen Kulturförderpolitik – eine gemeinsame Idee von Europa vermittelt, die kulturelle Vielfalt in Europa fördert und den Zusammenhalt in Europa stärken kann – jenseits von ökonomischen Interessen.</p>
<p>20 Netzpolitik ist für uns Gesellschafts- und Zukunftspolitik und ein Instrument der Gestaltung für die digitale Welt. Sie gehört in die Mitte der politischen Debatte. Uns ist zu allererst der Zugang zum Internet als demokratisches Bürgerrecht wichtig. Wir brauchen dafür die Stärkung der Bürgerrechte durch wirksamen Datenschutz und den Schutz der Persönlichkeitsrechte.</p>	<p>Netzpolitik ist für uns Gesellschafts- und Zukunftspolitik und ein Instrument der Gestaltung für die digitale Welt. Sie gehört in die Mitte der politischen Debatte. Uns ist zu allererst der Zugang zum Internet als demokratisches Bürgerrecht wichtig. Wir brauchen dafür die Stärkung der Bürgerrechte durch wirksamen Datenschutz und den Schutz der Persönlichkeitsrechte. <u>Wir wollen, dass digitale Chancen für die Gestaltung des täglichen Lebens, für Teilhabe und auch für soziale Dienste so genutzt werden, dass Bürgerinnen und Bürger auch künftig souverän über ihre persönlichen Daten bestimmen können. Dafür setzen wir uns auf nationaler Ebene und in Europa ein.</u></p>
<p>30 Eine flächendeckende Breitbandversorgung auch in ländlichen Räumen wollen wir durch eine Universaldienstverpflichtung gesetzlich absichern. Darüber hinaus brauchen wir den dynamischen Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen. Dabei setzen wir auf zusätzliche private Investitionen, für die wir die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen werden. Wir werden die Netzneutralität gesetzlich verankern. Wir wollen dafür sorgen, dass in öffentlichen Räumen ein Zugang zum WLAN ermöglicht wird.</p> <p>35 Wir wollen überdies mehr Transparenz staatlichen Wissens durch Open-Data-Projekte, soziale Sicherheit in der digitalen Arbeitswelt und das Nutzen emanzipatorischer Freiräume durch digitale Arbeit auch für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und schließlich das Nutzen der Chancen der digitalen Gesellschaft für eine Revitalisierung der Demokratie.</p>	<p>Eine flächendeckende Breitbandversorgung auch in ländlichen Räumen wollen wir durch eine Universaldienstverpflichtung gesetzlich absichern. Darüber hinaus brauchen wir den dynamischen Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen. Dabei setzen wir auf zusätzliche private Investitionen, für die wir die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen werden. Wir werden die Netzneutralität gesetzlich verankern. Wir wollen dafür sorgen, dass in öffentlichen Räumen ein Zugang zum WLAN ermöglicht wird. <u>Die SPD wird sich für eine Änderung der WLAN-Betreiberhaftung einsetzen, um mehr Rechtssicherheit für die Anbieter zu schaffen.</u> Wir wollen überdies mehr Transparenz staatlichen Wissens durch Open-Data-Projekte, soziale Sicherheit in der digitalen Arbeitswelt und das Nutzen emanzipatorischer Freiräume durch digitale Arbeit auch für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und schließlich das Nutzen der Chancen der digitalen Gesellschaft für eine Revitalisierung der Demokratie.</p>
<p>45 Die Veränderung unserer Gesellschaft durch das Internet darf allerdings nicht dazu führen, den Schutz von individuellen Rechten zu relativieren. Auch in der digitalen Welt müssen Urheber einen wirtschaftlichen Ertrag aus der Nutzung ihrer Werke ziehen können. Wir setzen uns deshalb für eine Modernisierung des Urheberrechts ein, das Kreative, Urheber und ihre Partner stärkt und das Recht mit neuen digitalen Nutzungspraktiken in Einklang bringt. Die Verbindung zwischen Urheber und Werk ist dabei unverbrüchlich und darf nicht in Frage gestellt werden.</p> <p>50 Das geistige Eigentum ist der Rohstoff der Kultur- und Kreativwirtschaft. Die unverbrüchliche Verbindung zwischen Urheber und Werk darf nicht relativiert werden. Der Schutz des geistigen Eigentums ist für die SPD deshalb essentiell. Dennoch ist eine Modernisierung des Urheberrechts notwendig, um Kreative und Urheber in der digitalen Ökonomie zu stärken und die Rahmenbedingungen neuer digitaler Nutzungspraktiken urheberrechtlich verbindlich zu klären. Unser Ziel ist es, einen fairen und gerechten Ausgleich der Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern sicherzustellen, der die kulturellen und ökonomischen Rahmenbedingungen der Kultur- und Kreativwirtschaft gewährleistet.</p>	<p>Die Veränderung unserer Gesellschaft durch das Internet darf allerdings nicht dazu führen, den Schutz von individuellen Rechten zu relativieren. Auch in der digitalen Welt müssen Urheber einen wirtschaftlichen Ertrag aus der Nutzung ihrer Werke ziehen können. Wir setzen uns deshalb für eine Modernisierung des Urheberrechts ein, das Kreative, Urheber und ihre Partner stärkt und das Recht mit neuen digitalen Nutzungspraktiken in Einklang bringt. Die Verbindung zwischen Urheber und Werk ist dabei unverbrüchlich und darf nicht in Frage gestellt werden.</p> <p>55 Das geistige Eigentum ist der Rohstoff der Kultur- und Kreativwirtschaft. Die unverbrüchliche Verbindung zwischen Urheber und Werk darf nicht relativiert werden. Der Schutz des geistigen Eigentums ist für die SPD deshalb essentiell. Dennoch ist eine Modernisierung des Urheberrechts notwendig, um Kreative und Urheber in der digitalen Ökonomie zu stärken und die Rahmenbedingungen neuer digitaler Nutzungspraktiken urheberrechtlich verbindlich zu klären. Unser Ziel ist es, einen fairen und gerechten Ausgleich der Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern sicherzustellen, der die kulturellen und ökonomischen Rahmenbedingungen der Kultur- und Kreativwirtschaft gewährleistet.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
<ul style="list-style-type: none"> • Wir wollen Geschäftsmodelle fördern, die eine legale Nutzung geschützter Inhalte rechtssicher ermöglichen. Dazu müssen wir die Erprobung neuer Geschäftsmodelle auch rechtlich ermöglichen, z.B. durch eine vereinfachte Lizenzierung. Presseverleger brauchen eine gesetzliche Regelung, die ihnen die Verfügungsgewalt über ihre Produkte im Netz sichert und ermöglicht, die unbefugte Verwendung ihrer Artikel durch Dritte (z.B. durch Aggregatoren oder Harvester) zu unterbinden. • Wir wollen die Position des Urhebers stärken. Dazu müssen die im Urhebervertragsrecht vorgesehenen Verhandlungs- bzw. Konfliktlösungsmechanismen effizienter ausgestaltet und ggf. um wirksame Kontroll- und Sanktionsinstrumente ergänzt werden. • Wir wollen insbesondere gewerbsmäßig betriebene Urheberrechtsverletzungen konsequent unterbinden. Dazu bedarf es keiner flächendeckenden Inhaltefilterung des Datenstroms, keiner Internetsperren und auch keiner Androhung einer individuellen Sperrung des Internetzugangs. Derartig weitreichende Eingriffe in Grundrechte lehnen wir ab. Wir werden vielmehr gegen die illegalen Plattformen vorgehen, auf denen 90% aller Rechtsverletzungen stattfinden. Wir werden verhindern, dass sich diese Angebote künftig weiterhin auf allgemeine Haftungsprivilegien berufen können. Wir werden ihre Finanzierung unterbinden, indem wir ihre Kooperation mit Werbetreibenden und Zahlungsdienstleistern sanktionieren. Insgesamt gilt es, dem Nutzer eine echte Orientierung über Freiheiten und Grenzen zu geben, die nach unserer Überzeugung wichtig für das soziale Miteinander im Netz ist. Medienkompetenz im Internet soll die Möglichkeiten von Nutzern und Anbietern maximieren und Teilhabe und Bildungschancen, aber auch Kritikfähigkeit und Verantwortlichkeit ausbilden. Verantwortliches, solidarisches und nachhaltiges Handeln prägt sich nicht zwangsläufig von selbst aus. • Wir wollen ein bildungs- und wissenschaftsfreundliches Urheberrecht. Wissenschaftliche Autorinnen und Autoren müssen ihre Beiträge neben der Verlagspublikation z.B. auf den Seiten der Hochschule zugänglich machen können Wir treten außerdem für eine Überprüfung der Bildungs- und Wissenschaftsschranken ein, um die dauerhafte Intranetnutzung in Schulen und Hochschulen zu ermöglichen. Um das kulturelle Erbe auch in Zukunft zu erhalten, muss die Digitalisierung verwaister und vergriffener Werke ermöglicht werden. <p>Es ist abzusehen, dass wir mittel- und langfristige internationale und europäische Lösungen finden und zur Anwendung bringen müssen. Dies ist eine komplexe und langfristige Herausforderung, der wir uns jedoch stellen müssen, um sie mit unseren bundesdeutschen Wertvorstellungen zu prägen. Denn am Ende steht die Vision eines gerechten und sozialen Raumes, die nur dann Wirklichkeit werden kann, wenn sich ein wesentlicher Teil der Gesellschaft auf einheitliche Regeln einigt und damit einen gesellschaftlichen Konsens abbildet.</p> <p>Die SPD ist die Partei der Arbeit – auch der kreativen Arbeit. Wir haben vor gut dreißig Jahren die Künstlersozialversicherung auf den Weg gebracht. Wir stehen zu diesem Sondersystem der gesetzlichen Sozialversicherung, weil Künstlerinnen und Künstler sowie Publizistinnen und Publizisten nach wie vor besonders schutzbedürftig sind. Die solidarische Finanzierung der Künstlersozialversicherung durch Künstler und Unternehmen ist für die SPD nicht verhandelbar. Die SPD sieht darüber hinaus die Notwendigkeit einer besseren Absicherung von prekärer Selbstständigkeit, von der besonders viele in der Kulturwirtschaft Tätige betroffen sind.</p> <p>Unabhängige und vielfältige Medien sind ein Grundpfeiler für eine lebendige Demokratie und somit unverzichtbarer Bestandteil unseres Alltags. Sie bieten Information, Kommunikation, sichern politische Teilhabe und Zugang zu Wissen. Die Medienwelt befindet sich in einem grundlegenden Wandel, ausgelöst durch Digitalisierung und wirtschaftliche Veränderungen. Um diesem Wandel zu begegnen, wollen wir in enger Abstimmung mit den dafür in</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Wir wollen Geschäftsmodelle fördern, die eine legale Nutzung geschützter Inhalte rechtssicher ermöglichen. Dazu müssen wir die Erprobung neuer Geschäftsmodelle auch rechtlich ermöglichen, z.B. durch eine vereinfachte Lizenzierung. Presseverleger brauchen eine gesetzliche Regelung, die ihnen die Verfügungsgewalt über ihre Produkte im Netz sichert und ermöglicht, die unbefugte Verwendung ihrer Artikel durch Dritte (z.B. durch Aggregatoren oder Harvester) zu unterbinden. • Wir wollen die Position des Urhebers stärken. Dazu müssen die im Urhebervertragsrecht vorgesehenen Verhandlungs- bzw. Konfliktlösungsmechanismen effizienter ausgestaltet und ggf. um wirksame Kontroll- und Sanktionsinstrumente ergänzt werden. • Wir wollen insbesondere gewerbsmäßig betriebene Urheberrechtsverletzungen konsequent unterbinden. Dazu bedarf es keiner flächendeckenden Inhaltefilterung des Datenstroms, keiner Internetsperren und auch keiner Androhung einer individuellen Sperrung des Internetzugangs. Derartig weitreichende Eingriffe in Grundrechte lehnen wir ab. Wir werden vielmehr gegen die illegalen Plattformen vorgehen, auf denen 90% aller Rechtsverletzungen stattfinden. Wir werden verhindern, dass sich diese Angebote künftig weiterhin auf allgemeine Haftungsprivilegien berufen können. Wir werden ihre Finanzierung unterbinden, indem wir ihre Kooperation mit Werbetreibenden und Zahlungsdienstleistern sanktionieren. Insgesamt gilt es, dem Nutzer eine echte Orientierung über Freiheiten und Grenzen zu geben, die nach unserer Überzeugung wichtig für das soziale Miteinander im Netz ist. Medienkompetenz im Internet soll die Möglichkeiten von Nutzern und Anbietern maximieren und Teilhabe und Bildungschancen, aber auch Kritikfähigkeit und Verantwortlichkeit ausbilden. Verantwortliches, solidarisches und nachhaltiges Handeln prägt sich nicht zwangsläufig von selbst aus. • Wir wollen ein bildungs- und wissenschaftsfreundliches Urheberrecht. Wissenschaftliche Autorinnen und Autoren müssen ihre Beiträge neben der Verlagspublikation z.B. auf den Seiten der Hochschule zugänglich machen können Wir treten außerdem für eine Überprüfung der Bildungs- und Wissenschaftsschranken ein, um die dauerhafte Intranetnutzung in Schulen und Hochschulen zu ermöglichen. Um das kulturelle Erbe auch in Zukunft zu erhalten, muss die Digitalisierung verwaister und vergriffener Werke ermöglicht werden. <p>Es ist abzusehen, dass wir mittel- und langfristige internationale und europäische Lösungen finden und zur Anwendung bringen müssen. Dies ist eine komplexe und langfristige Herausforderung, der wir uns jedoch stellen müssen, um sie mit unseren bundesdeutschen Wertvorstellungen zu prägen. Denn am Ende steht die Vision eines gerechten und sozialen Raumes, die nur dann Wirklichkeit werden kann, wenn sich ein wesentlicher Teil der Gesellschaft auf einheitliche Regeln einigt und damit einen gesellschaftlichen Konsens abbildet.</p> <p>Die SPD ist die Partei der Arbeit – auch der kreativen Arbeit. Wir haben vor gut dreißig Jahren die Künstlersozialversicherung auf den Weg gebracht. Wir stehen zu diesem Sondersystem der gesetzlichen Sozialversicherung, weil Künstlerinnen und Künstler sowie Publizistinnen und Publizisten nach wie vor besonders schutzbedürftig sind. Die solidarische Finanzierung der Künstlersozialversicherung durch Künstler und Unternehmen ist für die SPD nicht verhandelbar. Die SPD sieht darüber hinaus die Notwendigkeit einer besseren Absicherung von prekärer Selbstständigkeit, von der besonders viele in der Kulturwirtschaft Tätige betroffen sind.</p> <p>Unabhängige und vielfältige Medien sind ein Grundpfeiler für eine lebendige Demokratie und somit unverzichtbarer Bestandteil unseres Alltags. Sie bieten Information, Kommunikation, sichern politische Teilhabe und Zugang zu Wissen. Die Medienwelt befindet sich in einem grundlegenden Wandel, ausgelöst durch Digitalisierung und wirtschaftliche Veränderungen. Um diesem Wandel zu begegnen, wollen wir in enger Abstimmung mit den dafür in</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 erster Linie verantwortlichen Bundesländern Maßnahmen zur Fort- entwicklung der Medienordnung der digitalen Gesellschaft, der verfassungsrechtlich garantierten Bestands- und Weiterentwick- lungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Medienangebotes und zum 5 Erhalt der Vielfalt unserer Medienlandschaft ergreifen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist Garant für hochwertige Inhalte im publizistischen Wettbewerb mit anderen Anbietern – online wie offline. Öffentlich-rechtliche Medien müssen ihre besondere Stellung allerdings auch selbst immer wieder rechtfertigen: 10 durch die besondere Qualität ihres Programms ebenso wie durch die Qualität ihrer Beschäftigungs- und Arbeitsverhältnisse. Zugleich setzen wir uns für eine Weiterentwicklung der Rahmen- bedingungen privater Fernseh- und Rundfunksender ein. Denn die Verantwortung für qualitätsvolle Angebote liegt nicht nur beim 15 öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sondern auch bei den privaten Anbietern. Eine freie Presse und unabhängiger Journalismus gehören zum unverzichtbaren Kern einer Demokratie. Jedoch bedrohen die öko- nomischen Umbrüche, wie Auflagen- und Anzeigenrückgänge 20 zunehmend die Finanzierungsmöglichkeiten journalistisch-redak- tioneller Produkte und damit mittelbar auch Pressefreiheit, Medi- envielfalt und allgemeine Arbeitsbedingungen von Journalistinnen und Journalisten. Wir müssen die Rahmenbedingungen so gestal- ten, dass Herstellung und Vertrieb journalistisch-redaktioneller 25 Produkte auch künftig profitabel sein können. Wir wollen außer- dem dabei helfen, neue Modelle der Finanzierung journalistischer Leistungen zu entwickeln. Dabei ist die grundgesetzlich verankerte Freiheit der Presse zu garantieren. Medienkompetenz – nicht nur für Kinder und Jugendliche, son- 30 dern alle Generationen – ermöglicht es, sich in einer von Medien durchdrungenen Welt zurechtzufinden. Ermöglicht und gefördert werden muss die „digitale Selbstständigkeit“, die jeden in die Lage versetzt, alle Möglichkeiten der „Digitalen Gesellschaft“ möglichst selbstständig nutzen und sich vor damit verbundenen Risiken gut 35 schützen zu können. Notwendig sind hierzu die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit einem mobilen Computer und die Schaffung eines digitalen Lernumfeldes und digitalen Klassenzim- mers. Das ist nur sinnvoll, wenn eine entsprechende Ausbildung der Lehrkräfte und entsprechende Bildungskonzepte zur Verfügung 40 stehen. Dazu bedarf es auch der Digitalisierung von Schulbüchern und Lehr- und Lerninhalten und deren Zugänglichmachung im Netz.</p>	<p>erster Linie verantwortlichen Bundesländern Maßnahmen zur Fort- entwicklung der Medienordnung der digitalen Gesellschaft, der verfassungsrechtlich garantierten Bestands- und Weiterentwick- lungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Medienangebotes und zum Erhalt der Vielfalt unserer Medienlandschaft ergreifen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist Garant für hochwertige Inhalte im publizistischen Wettbewerb mit anderen Anbietern – online wie offline. Öffentlich-rechtliche Medien müssen ihre besondere Stellung allerdings auch selbst immer wieder rechtfertigen: 10 durch die besondere Qualität ihres Programms ebenso wie durch die Qualität ihrer Beschäftigungs- und Arbeitsverhältnisse. Zugleich setzen wir uns für eine Weiterentwicklung der Rahmen- bedingungen privater Fernseh- und Rundfunksender ein. Denn die Verantwortung für qualitätsvolle Angebote liegt nicht nur beim 15 öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sondern auch bei den privaten Anbietern. Eine freie Presse und unabhängiger Journalismus gehören zum unverzichtbaren Kern einer Demokratie. Jedoch bedrohen die öko- nomischen Umbrüche, wie Auflagen- und Anzeigenrückgänge zunehmend die Finanzierungsmöglichkeiten journalistisch-redak- tioneller Produkte und damit mittelbar auch Pressefreiheit, Medi- envielfalt und allgemeine Arbeitsbedingungen von Journalistinnen und Journalisten. Wir müssen die Rahmenbedingungen so gestal- ten, dass Herstellung und Vertrieb journalistisch-redaktioneller 25 Produkte auch künftig profitabel sein können. Wir wollen außer- dem dabei helfen, neue Modelle der Finanzierung journalistischer Leistungen zu entwickeln. Dabei ist die grundgesetzlich verankerte Freiheit der Presse zu garantieren. Medienkompetenz – nicht nur für Kinder und Jugendliche, son- 30 dern alle Generationen – ermöglicht es, sich in einer von Medien durchdrungenen Welt zurechtzufinden. Ermöglicht und gefördert werden muss die „digitale Selbstständigkeit“, die jeden in die Lage versetzt, alle Möglichkeiten der „Digitalen Gesellschaft“ möglichst selbstständig nutzen und sich vor damit verbundenen Risiken gut 35 schützen zu können. Notwendig sind hierzu die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit einem mobilen Computer und die Schaffung eines digitalen Lernumfeldes und digitalen Klassenzim- mers. Das ist nur sinnvoll, wenn eine entsprechende Ausbildung der Lehrkräfte und entsprechende Bildungskonzepte zur Verfügung 40 stehen. Dazu bedarf es auch der Digitalisierung von Schulbüchern und Lehr- und Lerninhalten und deren Zugänglichmachung im Netz.</p>
<p>45 IV. Für eine gerechte Steuerpolitik</p> <p>Wir wollen eine gerechte und moderne Gesellschaft. Dafür brauchen wir einen handlungsfähigen Staat, der in der Lage ist, seine Aufgaben für ein solidarisches Gemeinwesen zu er- füllen. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, 50 dass Daseinsvorsorge, Sicherheit, soziale Sicherung, Bildung, Infrastruktur und Kultur für alle verfügbar sind. Stabile Staatsfinanzen bilden die Grundlage dafür, dass der Staat diese Aufgaben erfüllen kann. Sie sind auch Voraussetzung für nachhaltiges und qualitatives Wachstum, um Wohlstand für 55 alle zu schaffen und zu sichern. Die Neubegründung der Sozi- alen Marktwirtschaft baut auf einem gerechten Steuersystem auf. Unsere Politik steht in der Pflicht einer soliden Finanzie- rung. Es darf keine Lastenverlagerung auf künftige Generati- onen geben. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse 60 muss eingehalten werden.</p> <p>Mit unserer Finanzpolitik schaffen wir die Grundlage für nachhalti- ges Wachstum und Gerechtigkeit. Es gibt klare Prioritäten, die den 65 aufgezeigten wirtschaftspolitischen Zielen und finanziellen Hand- lungsspielräumen im Rahmen unseres Steuer- und Finanzkonzeptes folgen: An erster Stelle steht der Schuldenabbau und Investitio- nen in Bildung. Es folgt die Stärkung der sozialen und kulturellen</p>	<p>IV. Für eine gerechte Steuerpolitik</p> <p>Wir wollen eine gerechte und moderne Gesellschaft. Dafür brauchen wir einen handlungsfähigen Staat, der in der Lage ist, seine Aufgaben für ein solidarisches Gemeinwesen zu er- füllen. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, 50 dass Daseinsvorsorge, Sicherheit, soziale Sicherung, Bildung, Infrastruktur und Kultur für alle verfügbar sind. Stabile Staatsfinanzen bilden die Grundlage dafür, dass der Staat diese Aufgaben erfüllen kann. Sie sind auch Voraussetzung für nachhaltiges und qualitatives Wachstum, um Wohlstand für 55 alle zu schaffen und zu sichern. Die Neubegründung der Sozi- alen Marktwirtschaft baut auf einem gerechten Steuersystem auf. Unsere Politik steht in der Pflicht einer soliden Finanzie- rung. Es darf keine Lastenverlagerung auf künftige Generati- onen geben. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse 60 muss eingehalten werden.</p> <p>Mit unserer Finanzpolitik schaffen wir die Grundlage für nachhalti- ges Wachstum und Gerechtigkeit. Es gibt klare Prioritäten, die den 65 aufgezeigten wirtschaftspolitischen Zielen und finanziellen Hand- lungsspielräumen im Rahmen unseres Steuer- und Finanzkonzeptes folgen: An erster Stelle steht der Schuldenabbau und Investitio- nen in Bildung. Es folgt die Stärkung der sozialen und kulturellen</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden. Wichtig sind die Stärkung der Binnennachfrage durch eine gerechtere Lohn- und die Einkommensentwicklung sowie die Investitionen in Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Energiewende.</p> <p>Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte rückt mit der Schuldenbremse stärker als bisher in den Mittelpunkt. Bund und Länder müssen ihren Beitrag dazu leisten. Deutschland hat sich in der Schuldenkrise auf Ebene der Europäischen Union bislang als stabiler Anker erwiesen. Dies liegt auch daran, dass der bei uns gelebte Föderalismus und das Prinzip, füreinander einzustehen, sich eindrucksvoll gegenüber den Verwerfungen der Finanzmärkte bewährt haben.</p>	<p>Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden. Wichtig sind die Stärkung der Binnennachfrage durch eine gerechtere Lohn- und Einkommensentwicklung sowie die Investitionen in Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Energiewende.</p> <p>Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte rückt mit der Schuldenbremse stärker als bisher in den Mittelpunkt. Bund und Länder müssen ihren Beitrag dazu leisten. (...) <u>Dabei setzen wir auf den gelebten Föderalismus und das Prinzip, füreinander einzustehen. (...)</u></p>
<p>Angesichts des Verschuldungsverbots für die Länder ab 2020 sind zukünftig gemeinsame Anleihen von Bund und Ländern vernünftig. Vor diesem Hintergrund werden wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass für Bund und Ländern eine gemeinsame Kreditaufnahme („Huckepackverfahren“) möglich ist.</p> <p>Steuerpolitik ist für uns Gesellschaftspolitik. Das Steuersystem folgt allerdings einem Gesellschaftsbild, das vielfach die aktuelle Lebenswirklichkeit nicht mehr hinreichend abbildet. Es wird den sich abzeichnenden Herausforderungen der Zukunft nicht mehr gerecht. In Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften stehen Partner füreinander ein. Deshalb wollen wir für künftige Ehen ab einem Stichtag anstelle des Ehegattensplittings einen Partnerschafttarif für Ehegatten einführen, bei dem beide Partner individuell besteuert werden, aber dabei die gegenseitigen Unterhaltsverpflichtungen berücksichtigt werden. Für Ehepartner, die ihre Lebensplanung auf das bisherige Steuersystem ausgerichtet haben, wollen wir nichts ändern. Anstelle der Steuerklassenkombination III/V wollen wir das sogenannte Faktorverfahren zur Norm machen. Dabei werden beide Einkommen mit einem gleich hohen Durchschnittssatz besteuert. Mit dieser Umgestaltung passen wir das Steuerrecht in einem ganz zentralen Bereich der Einkommensbesteuerung den Realitäten unserer heutigen Gesellschaft an und erreichen mehr Steuergerechtigkeit.</p>	<p>Angesichts des Verschuldungsverbots für die Länder ab 2020 sind zukünftig gemeinsame Anleihen von Bund und Ländern vernünftig. Vor diesem Hintergrund werden wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass für Bund und Ländern eine gemeinsame Kreditaufnahme („Huckepackverfahren“) möglich ist.</p> <p>Steuerpolitik ist für uns Gesellschaftspolitik. Das Steuersystem folgt allerdings einem Gesellschaftsbild, das vielfach die aktuelle Lebenswirklichkeit nicht mehr hinreichend abbildet. Es wird den sich abzeichnenden Herausforderungen der Zukunft nicht mehr gerecht. In Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften stehen Partner füreinander ein. Deshalb wollen wir für künftige Ehen ab einem Stichtag anstelle des Ehegattensplittings einen Partnerschafttarif für Ehegatten einführen, bei dem beide Partner individuell besteuert werden, aber dabei die gegenseitigen Unterhaltsverpflichtungen berücksichtigt werden. Für Ehepartner, die ihre Lebensplanung auf das bisherige Steuersystem ausgerichtet haben, wollen wir nichts ändern. Anstelle der Steuerklassenkombination III/V wollen wir das sogenannte Faktorverfahren zur Norm machen. Dabei werden beide Einkommen mit einem gleich hohen Durchschnittssatz besteuert. Mit dieser Umgestaltung passen wir das Steuerrecht in einem ganz zentralen Bereich der Einkommensbesteuerung den Realitäten unserer heutigen Gesellschaft an und erreichen mehr Steuergerechtigkeit. <u>Darüber hinaus wollen wir Alleinerziehende steuerlich gerechter behandeln.</u></p>
<p>Steuerpolitik begreifen wir als ein wichtiges Mittel, das solidarische Miteinander in unserem Land zu ermöglichen und zu fördern und der sozialen Spaltung entgegenzuwirken. Sie muss gerecht und zugleich wirtschaftlich vernünftig sein. Und sie muss den Lebensentwürfen in einer modernen Gesellschaft entsprechen.</p> <p>Anspruch unserer Steuerpolitik ist es, die Förderung wirtschaftlicher Dynamik mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Gerechtigkeit ist der zentrale Anker unserer Steuerpolitik, denn sie ist Grundbedingung für die soziale Stabilität der Gesellschaft. Steuerpolitik auf der Grundlage stabiler Staatsfinanzen ist dann sozial gerecht und wirtschaftlich vernünftig, wenn starke Schultern mehr tragen als schwache. Deutschland ist hier aus dem Gleichgewicht geraten. Die Schere der Einkommens- und Vermögensverteilung geht auseinander: Die Löhne im oberen Bereich sind in den letzten zehn Jahren gestiegen. Die unteren 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten haben nach Abzug der Inflation Reallohnverluste erlitten. Das Vermögen privater Haushalte wächst und beträgt fast 10 Billionen Euro. Vor allem die obersten zehn Prozent der Haushalte haben von den Zuwächsen profitiert. Während sie 1970 44 Prozent des gesamten Nettovermögens besaßen, sind es heute über 60 Prozent!</p>	<p>Steuerpolitik begreifen wir als ein wichtiges Mittel, das solidarische Miteinander in unserem Land zu ermöglichen und zu fördern und der sozialen Spaltung entgegenzuwirken. Sie muss gerecht und zugleich wirtschaftlich vernünftig sein. Und sie muss den Lebensentwürfen in einer modernen Gesellschaft entsprechen.</p> <p>Anspruch unserer Steuerpolitik ist es, die Förderung wirtschaftlicher Dynamik mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Gerechtigkeit ist der zentrale Anker unserer Steuerpolitik, denn sie ist Grundbedingung für die soziale Stabilität der Gesellschaft. Steuerpolitik auf der Grundlage stabiler Staatsfinanzen ist dann sozial gerecht und wirtschaftlich vernünftig, wenn starke Schultern mehr tragen als schwache. Deutschland ist hier aus dem Gleichgewicht geraten. Die Schere der Einkommens- und Vermögensverteilung geht auseinander: Die Löhne im oberen Bereich sind in den letzten zehn Jahren gestiegen. Die unteren 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten haben nach Abzug der Inflation Reallohnverluste erlitten. Das Vermögen privater Haushalte wächst und beträgt fast 10 Billionen Euro. Vor allem die obersten zehn Prozent der Haushalte haben von den Zuwächsen profitiert. Während sie 1970 44 Prozent des gesamten Nettovermögens besaßen, sind es heute über 60 Prozent!</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p data-bbox="137 271 703 327">Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:</p> <p data-bbox="137 353 703 432">„Das Einnahmevermögen erhöhen. Z.B. Reichensteuer, Spitzensteuer erhöhen, Sozialabgaben für alle Einkommensbereiche.“</p> <p data-bbox="137 459 738 674">Unsere Steuerpolitik ist kein Selbstzweck, sondern dient einer fairen Lastenverteilung und dem Gleichgewicht in der Gesellschaft. Wir wollen zukünftig Bezieher hoher Einkommen und Vermögende stärker zur Finanzierung unseres Gemeinwesens heranziehen. Dazu wollen wir den Spitzensteuersatz von 42 bzw. 45 Prozent auf 49 Prozent für zu versteuernde Einkommen ab 100.000 Euro bzw. 200.000 Euro bei Eheleuten erhöhen.</p> <p data-bbox="113 750 766 1043">Vermögen wird in Deutschland im weltweiten Vergleich weit unterdurchschnittlich besteuert. Wir werden die Vermögensteuer auf ein angemessenes Niveau heben, um den Ländern die notwendige Erhöhung der Bildungsinvestitionen zu ermöglichen. Wir wollen eine Vermögensteuer, die der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, von Personengesellschaften und Familienunternehmen Rechnung trägt und ihre zukunftssichernde Eigenkapitalbildung sichert, sowie ihre Investitionsspielräume nicht belastet. Bei der Vermögensteuer stellen hohe Freibeträge für Privatpersonen sicher, dass das normale Einfamilienhaus nicht von der Vermögensteuer betroffen sein wird.</p> <p data-bbox="113 1048 766 1413">Auch bei der Besteuerung von Erbschaften steht für uns die Steuergerechtigkeit im Vordergrund. Wir wollen die missbräuchliche Ausnutzung von steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten zugunsten weniger reicher Erben nicht länger hinnehmen. Wir werden deshalb die von der schwarz-gelben Koalition eingeführten Begünstigungen zurücknehmen und Begünstigungen bei der Erbschaftsteuer künftig viel stärker an den dauerhaften Erhalt von Arbeitsplätzen koppeln und damit auch mittelstandsfreundlich ausgestalten. Gerade für Familienunternehmen ist es von herausragender Bedeutung, dass der Generationenübergang durch die Besteuerung nicht zusätzlich erschwert wird, und natürlich ist es auch im Interesse des Gemeinwesens, wenn Unternehmen weitergeführt und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dauerhaft weiterbeschäftigt werden.</p> <p data-bbox="113 1417 766 1655">Arbeit darf nicht höher besteuert werden als Einkommen aus Kapitalvermögen. Deshalb wollen wir in einem ersten Schritt die Abgeltungssteuer unter Beibehaltung des Optionswahlrechtes von 25 Prozent auf 32 Prozent erhöhen. Sollten wir feststellen, dass das Aufkommen dieser Abgeltungssteuer geringer ausfällt, als die voraussichtlichen Einnahmen bei der Besteuerung mit dem persönlichen Einkommensteuersatz, wollen wir die Abgeltungssteuer innerhalb von drei Jahren abschaffen und die Kapitalerträge wieder der synthetischen Besteuerung unterwerfen.</p> <p data-bbox="113 1659 766 1762">Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer mit einer möglichst breiten Bemessungsgrundlage und niedrigen Steuersätzen. Das heißt für uns, dass alle Transaktionen von Aktien, Anleihen, Derivaten und Devisen einer Besteuerung unterliegen müssen. Dabei werden wir die Finanztransaktionssteuer so ausgestalten, dass sie nicht als Betriebsausgabe abzugsfähig ist, weder von der Einkommen- noch von der Körperschaft- und Gewerbesteuer.</p> <p data-bbox="113 1767 766 1921">Schließlich werden wir die steuerliche Absetzbarkeit von Vorstandsgehältern und -abfindungen auf maximal 50 Prozent der Beträge begrenzen, die 500.000 Euro übersteigen.</p> <p data-bbox="113 1926 766 2024">Besondere steuerliche Privilegien für einzelne Interessengruppen, etwa Hoteliers und reiche Erben, die CDU/CSU und FDP in den vergangenen Jahren neu geschaffen haben, werden wir zurücknehmen.</p>	<p data-bbox="815 271 1382 327">Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:</p> <p data-bbox="815 353 1382 432">„Das Einnahmevermögen erhöhen. Z.B. Reichensteuer, Spitzensteuer erhöhen, Sozialabgaben für alle Einkommensbereiche.“</p> <p data-bbox="815 459 1422 674">Unsere Steuerpolitik ist kein Selbstzweck, sondern dient einer fairen Lastenverteilung und dem Gleichgewicht in der Gesellschaft. Wir wollen zukünftig Bezieher hoher Einkommen und Vermögende stärker zur Finanzierung unseres Gemeinwesens heranziehen. Dazu wollen wir den Spitzensteuersatz von 42 bzw. 45 Prozent auf 49 Prozent für zu versteuernde Einkommen ab 100.000 Euro bzw. 200.000 Euro bei Eheleuten erhöhen.</p> <p data-bbox="791 750 1445 1043">Vermögen wird in Deutschland im internationalen Vergleich weit unterdurchschnittlich besteuert. Wir werden die Vermögensteuer auf ein angemessenes Niveau heben, um den Ländern die notwendige Erhöhung der Bildungsinvestitionen zu ermöglichen. Wir wollen eine Vermögensteuer, die der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, von Personengesellschaften und Familienunternehmen Rechnung trägt und ihre zukunftssichernde Eigenkapitalbildung sichert, sowie ihre Investitionsspielräume nicht belastet. Bei der Vermögensteuer stellen hohe Freibeträge für Privatpersonen sicher, dass das normale Einfamilienhaus nicht von der Vermögensteuer betroffen sein wird.</p> <p data-bbox="791 1048 1445 1413">Auch bei der Besteuerung von Erbschaften steht für uns die Steuergerechtigkeit im Vordergrund. Wir wollen die missbräuchliche Ausnutzung von steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten zugunsten weniger reicher Erben nicht länger hinnehmen. Wir werden deshalb die von der schwarz-gelben Koalition eingeführten Begünstigungen zurücknehmen und Begünstigungen bei der Erbschaftsteuer künftig viel stärker an den dauerhaften Erhalt von Arbeitsplätzen koppeln und damit auch mittelstandsfreundlich ausgestalten. Gerade für Familienunternehmen ist es von herausragender Bedeutung, dass der Generationenübergang durch die Besteuerung nicht zusätzlich erschwert wird, und natürlich ist es auch im Interesse des Gemeinwesens, wenn Unternehmen weitergeführt und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dauerhaft weiterbeschäftigt werden.</p> <p data-bbox="791 1417 1445 1655">Arbeit darf nicht höher besteuert werden als Einkommen aus Kapitalvermögen. Deshalb wollen wir in einem ersten Schritt die Abgeltungssteuer unter Beibehaltung des Optionswahlrechtes von 25 Prozent auf 32 Prozent erhöhen. Sollten wir feststellen, dass das Aufkommen dieser Abgeltungssteuer geringer ausfällt, als die voraussichtlichen Einnahmen bei der Besteuerung mit dem persönlichen Einkommensteuersatz, wollen wir die Abgeltungssteuer innerhalb von drei Jahren abschaffen und die Kapitalerträge wieder der synthetischen Besteuerung unterwerfen.</p> <p data-bbox="791 1659 1445 1762">Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer mit einer möglichst breiten Bemessungsgrundlage und niedrigen Steuersätzen. Das heißt für uns, dass alle Transaktionen von Aktien, Anleihen, Derivaten und Devisen einer Besteuerung unterliegen müssen. Dabei werden wir die Finanztransaktionssteuer so ausgestalten, dass sie nicht als Betriebsausgabe abzugsfähig ist, weder von der Einkommen- noch von der Körperschaft- und Gewerbesteuer.</p> <p data-bbox="791 1767 1445 1921">Schließlich werden wir die steuerliche Absetzbarkeit von Vorstandsgehältern und -abfindungen auf maximal 50 Prozent der Beträge begrenzen, die 500.000 Euro übersteigen.</p> <p data-bbox="791 1926 1445 2024">Besondere steuerliche Privilegien für einzelne Interessengruppen, etwa Hoteliers und reiche Erben, die CDU/CSU und FDP in den vergangenen Jahren neu geschaffen haben, werden wir zurücknehmen.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Wir wollen steuerliche Subventionen – insbesondere solche mit ökologisch schädlicher Wirkung – gemäß unserem Steuer- und Finanzierungs-konzept streichen. Dazu gehören unter anderem der Abbau der steuerlichen Vergünstigung für Agrardiesel, die Begrenzung der Absetzbarkeit von Kraftstoffkosten bei großen Firmenwagen sowie im Rahmen einer europäischen Lösung die Streichung der Begünstigung von Flugbenzin.</p> <p>Darüber hinaus ist es für die SPD von zentraler Bedeutung, die Subventionierung von Niedriglöhnen endlich zu beenden. Das ist nicht nur ein Gebot sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Vernunft; die Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro würde zudem zu Steuermehreinnahmen, Minderausgaben bei ALG II sowie „Zweitrundeneffekte“ von über 7 Milliarden Euro führen.</p>	<p>Wir wollen steuerliche Subventionen – insbesondere solche mit ökologisch schädlicher Wirkung – gemäß unserem Steuer- und Finanzierungs-konzept streichen. Dazu gehören unter anderem der Abbau der steuerlichen Vergünstigung für Agrardiesel, die Begrenzung der Absetzbarkeit von Kraftstoffkosten bei großen Firmenwagen sowie im Rahmen einer europäischen Lösung die Streichung der Begünstigung von Flugbenzin.</p> <p>Darüber hinaus ist es für die SPD von zentraler Bedeutung, die Subventionierung von Niedriglöhnen endlich zu beenden. Das ist nicht nur ein Gebot sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Vernunft; die Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro würde zudem zu Steuermehreinnahmen, Minderausgaben bei ALG II sowie „Zweitrundeneffekte“ von über 7 Milliarden Euro führen.</p>
<p>Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:</p> <p>„Neue Lastenverteilung, da Gemeinden überproportional belastet sind.“</p> <p>Unser Land braucht starke Städte, Gemeinden und Kreise. Sie sind der unmittelbare Lebensraum der Menschen in unserem Land und ihre finanzielle Ausstattung entscheidet über Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe. Die solidarische Gesellschaft hat ihren Ort vor allem in den Kommunen. Sie sind es, die für die Daseinsvorsorge verantwortlich sind und den Alltag der Menschen prägen. In den Kommunen entscheidet sich, ob alle Kinder frühkindliche Förderung bekommen, ob Menschen unterschiedlicher Kulturen miteinander oder nebeneinanderher leben, ob Jugendliche ihre Freizeit sinnvoll gestalten, ob ältere Menschen integriert bleiben, ob sich die Menschen im öffentlichen Raum sicher fühlen. Die finanziellen Rahmenbedingungen für nachhaltiges kommunales Handeln haben sich in den letzten Jahren verschlechtert, so dass die Leistungs- und Integrationsfähigkeit ebenso wie die Investitionsfähigkeit der Kommunen auf dem Spiel steht. Vielen Kommunen geht es mittlerweile an die Substanz. Wir wollen Städte und Gemeinden wieder stärken.</p> <p>Wir streben deshalb einen Investitions- und Entschuldungspakt für die Kommunen in Deutschland an. Wir wollen damit einen dauerhaften Beitrag zur Stabilisierung der Kommunal Finanzen und zur Investitionsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Kreisen leisten.</p> <p>Zum einen profitieren die Kommunen anteilig von der Rücknahme der schwarz-gelben Klientelgesetze, des Subventionsabbaus und der Einführung eines gerechteren Steuersystems. Teil des Paktes ist daneben die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer.</p>	<p>Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:</p> <p>„Neue Lastenverteilung, da Gemeinden überproportional belastet sind.“</p> <p>Unser Land braucht starke Städte, Gemeinden und Kreise. Sie sind der unmittelbare Lebensraum der Menschen in unserem Land und ihre finanzielle Ausstattung entscheidet über Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe. Die solidarische Gesellschaft hat ihren Ort vor allem in den Kommunen. Sie sind es, die für die Daseinsvorsorge verantwortlich sind und den Alltag der Menschen prägen. In den Kommunen entscheidet sich, ob alle Kinder frühkindliche Förderung bekommen, ob Menschen unterschiedlicher Kulturen miteinander oder nebeneinanderher leben, ob Jugendliche ihre Freizeit sinnvoll gestalten, ob ältere Menschen integriert bleiben, ob sich die Menschen im öffentlichen Raum sicher fühlen. Die finanziellen Rahmenbedingungen für nachhaltiges kommunales Handeln haben sich in den letzten Jahren verschlechtert, so dass die Leistungs- und Integrationsfähigkeit ebenso wie die Investitionsfähigkeit der Kommunen auf dem Spiel steht. Vielen Kommunen geht es mittlerweile an die Substanz. <u>Die Lebensverhältnisse der Städte gehen weiter auseinander.</u> Wir wollen Städte und Gemeinden wieder stärken. <u>Deswegen wollen wir eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen herstellen.</u></p> <p>Wir streben deshalb einen Investitions- und Entschuldungspakt für die Kommunen in Deutschland an. Wir wollen damit einen dauerhaften Beitrag zur Stabilisierung der Kommunal Finanzen und zur Investitionsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Kreisen leisten.</p> <p>Zum einen profitieren die Kommunen anteilig von der Rücknahme der schwarz-gelben Klientelgesetze, vom Subventionsabbau und der Einführung eines gerechteren Steuersystems. Teil des Paktes ist daneben die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer.</p>
<p>Wichtig bleibt ferner eine Entlastung von steigenden Sozialausgaben. Ein erster wichtiger Schritt wurde auf Druck der SPD-geführten Länder mit der Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung getan. Wir werden die Übernahme weiterer Sozialleistungen durch den Bund prüfen.</p> <p>Auch künftig steht den Kommunen bei Standarderhöhungen und neuen Leistungsansprüchen eine auskömmliche Finanzierung zu. Konnexität ist im Verhältnis zu den Ländern zwingend, muss aber in der Sache auch auf Bundesentscheidungen Anwendung finden.</p> <p>In der nächsten Wahlperiode des Deutschen Bundestages muss der bis 2019 befristete Länderfinanzausgleich neu verhandelt werden.</p>	<p>Wichtig bleibt ferner eine Entlastung von steigenden Sozialausgaben. Ein erster wichtiger Schritt wurde auf Druck der SPD-geführten Länder mit der Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung <u>durch den Bund</u> getan. Wir werden die Übernahme weiterer Sozialleistungen durch den Bund prüfen.</p> <p>Auch künftig steht den Kommunen bei Standarderhöhungen und neuen Leistungsansprüchen eine auskömmliche Finanzierung zu. Konnexität ist im Verhältnis zu den Ländern zwingend, muss aber in der Sache auch auf Bundesentscheidungen Anwendung finden.</p> <p>In der nächsten Wahlperiode des Deutschen Bundestages muss der bis 2019 befristete Länderfinanzausgleich neu verhandelt werden.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Wir stehen für einen solidarischen Bundesstaat. Die SPD hat unter Führung von Gerhard Schröder 2001 den Solidarpakt II durchge- setzt, der den ostdeutschen Ländern die Chance auf eigene Ent- wicklung gegeben hat. Die Klagen der CDU und der CSU gegen 5 den Länderfinanzausgleich machen deutlich, dass diese Solidarität in Gefahr ist. Nur die SPD als gesamtdeutsche Partei steht für ei- nen Interessenausgleich zwischen wirtschaftlich schwachen und starken Regionen. Im Zuge der Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs werden wir eine Lösung für die Altschulden der 10 Länder und Kommunen u.a. durch Einrichtung eines nationalen Schuldentilgungsfonds finden.</p> <p>15 Steuerbetrug ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat, die das Vertrauen in den Rechtsstaat untergräbt und den Zusammen- halt unserer Gesellschaft gefährdet. Wir nehmen nicht hin, dass dem Gemeinwesen Milliarden Euro an Steuergeldern entgehen, weil einige Finanzinstitute nicht ausreichend mit den Finanzämtern 20 kooperieren, Steuerbetrug dulden oder sogar im Rahmen ihrer Geschäftsmodelle durch das Angebot entsprechender Bankprodukte billigend unterstützen. Wir wollen deshalb alle in Deutschland täti- gen Finanzinstitute verpflichten, keine Bankprodukte und –dienst- leistungen anzubieten, mit denen ihre Kunden Steuern hinterziehen 25 können, und mit den Finanzämtern zu kooperieren. Leistet ein Fi- nanzinstitut mit Sitz in Deutschland oder eine Zweigniederlassung eines ausländischen Instituts nachweislich Beihilfe zum Steuerbe- trag oder verweigert sich der Kooperation mit den Steuerbehörden, soll dies bei zukünftigen Fällen stärker zur Rechenschaft gezogen 30 werden können: Wir wollen eine sich steigernde Strafbewehrung, die mit Strafzahlungen beginnt und über die Möglichkeiten der Abberufung der Geschäftsführung und Berufsverbots bis zur Einschränkung der Banklizenz und als ultima ratio zum Entzug der Banklizenz führen kann.</p> <p>35 Wir wollen die Kooperation zwischen Bundes- und Landesver- waltungen weiter optimieren, um bei Ermittlungen in Fällen grenzüberschreitender Steuerkriminalität von erheblicher bzw. grundsätzlicher Bedeutung schneller und koordinierter Handeln zu können. So soll auch ein einheitlicher Umgang mit Informati- onsangeboten privater Dritter über mutmaßliche Steuerhinterzieher 40 sichergestellt werden. Darüber hinaus wollen wir die Befugnisse der bestehenden Schwerpunktstaatsanwaltschaften in Fragen des Steuerbetrugs stärken.</p> <p>Wir streben einen gleichmäßigen Steuervollzug an und wollen zur Schaffung einheitlicher Standards bei der Steuererhebung und 45 Steuerprüfung wollen wir zusammen mit den Bundesländern bun- desweite Standards festlegen. Die Verjährungsfristen für Steuerbetrug werden wir anpassen. Verstöße gegen das Steuerrecht sollen künftig nicht mehr automa- tisch schon nach zehn Jahren verjähren, sondern zumindest die 50 Laufzeit verdächtiger Finanzkonstrukte abdecken. Unsere Reform der Verjährungsfristen soll sich an der Praxis in den Vereinigten Staaten orientieren: Dort beginnt die Verjährungsfrist erst mit der Abgabe einer korrekten Steuererklärung.</p> <p>55 Wir wollen Steueroasen mindestens europaweit trocken legen. Der zwischenstaatliche Informationsaustausch muss effektiver wer- den. Dazu wollen wir den Anwendungsbereich der EU-Zinsrichtli- nie auf alle Kapitaleinkünfte und alle natürlichen und juristischen Personen ausdehnen und den automatischen Informationsaustausch 60 zum Standard in Europa machen, auch im Verhältnis zu Drittstaa- ten wie der Schweiz. Wir wollen uns intensiv für die Bekämpfung des Betrugs bei der Umsatzsteuer auf nationaler wie auf europä- ischer Ebene einsetzen. Die Bekämpfung von Steuerbetrug kann in einem gemeinsamen europäischen Markt nur europäisch gelingen.</p> <p>65 Wir werden uns in den europäischen Gremien für eine engere und koordinierte Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten der Euro- päischen Union einsetzen und die Initiativen der Europäischen Kommission auch gegenüber Drittstaaten unterstützen. Wir werden</p>	<p>Wir stehen für einen solidarischen Bundesstaat. Die SPD hat unter Führung von Gerhard Schröder 2001 den Solidarpakt II durchge- setzt, der den ostdeutschen Ländern die Chance auf eigene Ent- wicklung gegeben hat. Die Klagen der CDU und der CSU gegen den Länderfinanzausgleich machen deutlich, dass diese Solidarität in Gefahr ist. Nur die SPD als gesamtdeutsche Partei steht für ei- nen Interessenausgleich zwischen wirtschaftlich schwachen und starken Regionen. <u>Der Interessenausgleich darf sich nicht mehr nach Ost oder West orientieren, sondern muss die Struktur- probleme aller Kommunen und Regionen berücksichtigen.</u> Im Zuge der Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs wer- den wir eine Lösung für die Altschulden der Länder und Kommu- nen u.a. durch Einrichtung eines nationalen Schuldentilgungsfonds finden.</p> <p>Steuerbetrug ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat, die das Vertrauen in den Rechtsstaat untergräbt und den Zusammen- halt unserer Gesellschaft gefährdet. Wir nehmen nicht hin, dass dem Gemeinwesen Milliarden Euro an Steuergeldern entgehen, weil einige Finanzinstitute nicht ausreichend mit den Finanzämtern kooperieren, Steuerbetrug dulden oder sogar im Rahmen ihrer Geschäftsmodelle durch das Angebot entsprechender Bankprodukte billigend unterstützen. Wir wollen deshalb alle in Deutschland täti- gen Finanzinstitute verpflichten, keine Bankprodukte und –dienst- leistungen anzubieten, mit denen ihre Kunden Steuern hinterziehen können, und mit den Finanzämtern zu kooperieren. Leistet ein Fi- nanzinstitut mit Sitz in Deutschland oder eine Zweigniederlassung eines ausländischen Instituts nachweislich Beihilfe zum Steuerbe- trag oder verweigert sich der Kooperation mit den Steuerbehörden, soll dies bei zukünftigen Fällen stärker zur Rechenschaft gezogen werden können: Wir wollen eine sich steigernde Strafbewehrung, die mit Strafzahlungen beginnt und über die Möglichkeiten der Abberufung der Geschäftsführung und Berufsverbots bis zur Einschränkung der Banklizenz und als ultima ratio zum Entzug der Banklizenz führen kann.</p> <p>Wir wollen die Kooperation zwischen Bundes- und Landesver- waltungen weiter optimieren, um bei Ermittlungen in Fällen grenzüberschreitender Steuerkriminalität von erheblicher bzw. grundsätzlicher Bedeutung schneller und koordinierter Handeln zu können. So soll auch ein einheitlicher Umgang mit Informati- onsangeboten privater Dritter über mutmaßliche Steuerhinterzieher sichergestellt werden. Darüber hinaus wollen wir die Befugnisse der bestehenden Schwerpunktstaatsanwaltschaften in Fragen des Steuerbetrugs stärken.</p> <p>Wir streben einen gleichmäßigen Steuervollzug an und wollen zur Schaffung einheitlicher Standards bei der Steuererhebung und Steuerprüfung wollen wir zusammen mit den Bundesländern bun- desweite Standards festlegen. Die Verjährungsfristen für Steuerbetrug werden wir anpassen. Verstöße gegen das Steuerrecht sollen künftig nicht mehr automa- tisch schon nach zehn Jahren verjähren, sondern zumindest die Laufzeit verdächtiger Finanzkonstrukte abdecken. Unsere Reform der Verjährungsfristen soll sich an der Praxis in den Vereinigten Staaten orientieren: Dort beginnt die Verjährungsfrist erst mit der Abgabe einer korrekten Steuererklärung.</p> <p>Wir wollen Steueroasen mindestens europaweit trocken legen. Der zwischenstaatliche Informationsaustausch muss effektiver wer- den. Dazu wollen wir den Anwendungsbereich der EU-Zinsrichtli- nie auf alle Kapitaleinkünfte und alle natürlichen und juristischen Personen ausdehnen und den automatischen Informationsaustausch zum Standard in Europa machen, auch im Verhältnis zu Drittstaa- ten wie der Schweiz. Wir wollen uns intensiv für die Bekämpfung des Betrugs bei der Umsatzsteuer auf nationaler wie auf europä- ischer Ebene einsetzen. Die Bekämpfung von Steuerbetrug kann in einem gemeinsamen europäischen Markt nur europäisch gelingen. Wir werden uns in den europäischen Gremien für eine engere und koordinierte Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten der Euro- päischen Union einsetzen und die Initiativen der Europäischen Kommission auch gegenüber Drittstaaten unterstützen. Wir werden</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
<p>konsequent den Kampf gegen Steuerdumping und Steuerbetrug zur Bedingung für Finanzhilfen im Rahmen der Euro-Rettungspakete machen. Wir wollen, dass gerade auch in Ländern mit hoher Staatsverschuldung, die auf Hilfe angewiesen sind, Finanzkriminalität aufgedeckt und Steuerehrlichkeit durchgesetzt wird. Gerade auch Regierungen, die sich auf die Solidarität anderer stützen, dürfen Steuerflucht nicht mehr zum nationalen „Geschäftsmodell“ machen.</p> <p>Auf europäischer Ebene setzen wir uns für die schnellstmögliche Einführung der Finanztransaktionssteuer ein. Sie ist ein wirksames Instrumenten, um die Verursacher der Finanz- und Wirtschaftskrise an den Kosten der Aufräumarbeiten zu beteiligen. Sie ist gerecht und wirtschaftlich notwendig.</p> <p>Innerhalb der Europäischen Union wollen wir künftig sicherstellen, dass zwischen Mitgliedstaaten einheitliche Mindeststeuersätze und Mindestbemessungsgrößen bei Ertrags- und Unternehmenssteuern entwickelt werden.</p>	<p>konsequent den Kampf gegen Steuerdumping und Steuerbetrug zur Bedingung für Finanzhilfen im Rahmen der Euro-Rettungspakete machen. Wir wollen, dass gerade auch in Ländern mit hoher Staatsverschuldung, die auf Hilfe angewiesen sind, Finanzkriminalität aufgedeckt und Steuerehrlichkeit durchgesetzt wird. Gerade auch Regierungen, die sich auf die Solidarität anderer stützen, dürfen Steuerflucht nicht mehr zum nationalen „Geschäftsmodell“ machen.</p> <p>Auf europäischer Ebene setzen wir uns für die schnellstmögliche Einführung der Finanztransaktionssteuer ein. Sie ist ein wirksames Instrumenten, um die Verursacher der Finanz- und Wirtschaftskrise an den Kosten der Aufräumarbeiten zu beteiligen. Sie ist gerecht und wirtschaftlich notwendig.</p> <p>Innerhalb der Europäischen Union wollen wir künftig sicherstellen, dass zwischen Mitgliedstaaten einheitliche Mindeststeuersätze und Mindestbemessungsgrößen bei Ertrags- und Unternehmenssteuern entwickelt werden.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p>
<h2>V. Soziale Sicherheit und Vorsorge</h2>	<h2>V. Soziale Sicherheit und Vorsorge</h2>	<p>20</p>
<p>Freiheit und Selbstbestimmung haben Voraussetzungen: soziale Sicherheit und die Chance, am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Dafür brauchen wir ein solidarisches Sozialsystem und eine gute soziale Infrastruktur, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort unterstützt. Und wir stellen fest: Die Menschen in unserem Land leben länger. Unser Ziel ist, dass sie die Sicherheit haben, gesund und ohne materielle Not in Würde alt werden zu können. Das geht nur mit Sozialsystemen, die alle Bürgerinnen und Bürger versichern und ihnen in jeder Lebenslage Schutz und Unterstützung bieten. Und wir wollen die Bürgerinnen und Bürger in besonderen Lebenslagen mit besser aufeinander abgestimmten sozialen Leistungen unterstützen. Dazu wollen wir die Kooperation zwischen den Sozialleistungsträgern verbessern. Die Leistungen müssen dem Bedarf der Menschen folgen, nicht den Institutionen.</p>	<p>Freiheit und Selbstbestimmung haben Voraussetzungen: soziale Sicherheit und die Chance, am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Dafür brauchen wir ein solidarisches Sozialsystem und eine gute soziale Infrastruktur, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort unterstützt. Und wir stellen fest: Die Menschen in unserem Land leben länger. Unser Ziel ist, dass sie die Sicherheit haben, gesund und ohne materielle Not in Würde alt werden zu können. Das geht nur mit Sozialsystemen, die alle Bürgerinnen und Bürger versichern und ihnen in jeder Lebenslage Schutz und Unterstützung bieten. Und wir wollen die Bürgerinnen und Bürger in besonderen Lebenslagen mit besser aufeinander abgestimmten sozialen Leistungen unterstützen. Dazu wollen wir die Kooperation zwischen den Sozialleistungsträgern verbessern. Die Leistungen müssen dem Bedarf der Menschen folgen, nicht den Institutionen.</p>	<p>25</p> <p>30</p> <p>35</p>
<p>Für uns heißt das: Alle Bürgerinnen und Bürger sollen unabhängig von ihrer Lebenslage oder ihrem Erwerbsstatus eine gute Kranken- und Pflegeversicherung haben. Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung für alle weiterentwickeln. Das hilft den Menschen, ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten und in Beschäftigung zu bleiben. Mit der Ausweitung des Versichertenkreises in der gesetzlichen Rentenversicherung machen wir einen Schritt zu einer Erwerbstätigenversicherung, in der alle zu gleichen Bedingungen für das Alter und bei Erwerbsminderung versichert sind. Wir werden die Grundsicherung im SGB II und SGB XII so gestalten, dass sie den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts erfüllt. Das heißt: ein transparentes und sachgerechtes Verfahren, realitätsnah und nachvollziehbar. Dies gilt insbesondere für eine eigenständige Ermittlung der Bedarfe von Kindern.</p> <p>Wir werden die Armuts- und Reichtumsberichterstattung so fortführen, dass sie als Grundlage für Konzepte und Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung von Armut und für eine sozial gerechte Verteilungspolitik taugt.</p>	<p>Für uns heißt das: Alle Bürgerinnen und Bürger sollen unabhängig von ihrer Lebenslage oder ihrem Erwerbsstatus eine gute Kranken- und Pflegeversicherung haben. Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung für alle weiterentwickeln. Das hilft den Menschen, ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten und in Beschäftigung zu bleiben. Mit der Ausweitung des Versichertenkreises in der gesetzlichen Rentenversicherung machen wir einen Schritt zu einer Erwerbstätigenversicherung, in der alle zu gleichen Bedingungen für das Alter und bei Erwerbsminderung versichert sind. Wir werden die Grundsicherung im SGB II und SGB XII so gestalten, dass sie den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts erfüllt. Das heißt: ein transparentes und sachgerechtes Verfahren, realitätsnah und nachvollziehbar. Dies gilt insbesondere für eine eigenständige Ermittlung der Bedarfe von Kindern.</p> <p>Wir werden die Armuts- und Reichtumsberichterstattung so fortführen, dass sie als Grundlage für Konzepte und Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung von Armut und für eine sozial gerechte Verteilungspolitik taugt.</p>	<p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p>
<h3>V.1 Gesundheit und Pflege.</h3>	<h3>V.1 Gesundheit und Pflege.</h3>	<p>60</p>
<p>Sozialdemokratische Gesundheitspolitik orientiert sich an den Patientinnen und Patienten, nicht an Interessengruppen im Gesundheitswesen. Wir wollen eine gute medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger verlässlich sichern und finanzieren. Unser Ziel ist es, mehr und gleiche Gesundheitschancen für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Ein gesundes Lebensumfeld, Arbeit, die nicht krank macht und ein gleich guter Zugang zu Medizin und Pflege erhöhen die Lebensqualität und tragen</p>	<p>Sozialdemokratische Gesundheitspolitik orientiert sich an den Patientinnen und Patienten, nicht an Interessengruppen im Gesundheitswesen. Wir wollen eine gute medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger verlässlich sichern und finanzieren. Unser Ziel ist es, mehr und gleiche Gesundheitschancen für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Ein gesundes Lebensumfeld, Arbeit, die nicht krank macht und ein gleich guter Zugang zu Medizin und Pflege erhöhen die Lebensqualität und tragen</p>	<p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>insgesamt zu Wohlstand und guter wirtschaftlicher Entwicklung bei. Sie fördern das soziale Miteinander. Deshalb sind der Erhalt und die Verbesserung der Gesundheit für uns eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge.</p>	<p>insgesamt zu Wohlstand und guter wirtschaftlicher Entwicklung bei. Sie fördern das soziale Miteinander. Deshalb sind der Erhalt und die Verbesserung der Gesundheit für uns eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge.</p>
<p>Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:</p> <p>„Einbeziehung aller Personen in die Krankenversicherung.“</p> <p>Gleicher und wohnortnaher Zugang zu medizinischer Versorgung und Pflege und gleiche Teilhabe am medizinischen Fortschritt sind für uns besonders wichtig. Denn soziale Spaltung in der Gesundheitsversorgung bedroht die Zukunft unserer Gesellschaft als Ganzes. Darum muss die Finanzierung durch Beiträge verlässlicher werden – und gerechter. Mit der Bürgerversicherung sollen alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrem Einkommen, ihrer Lebenslage oder ihrem Erwerbsstatus, eine gute Kranken- und Pflegeversicherung bekommen. Und wir wollen die beste Versorgung ermöglichen und einen fairen Wettbewerb zwischen den Krankenkassen. Gleiche solidarische Wettbewerbsbedingungen für alle Krankenkassen sind hierfür die Voraussetzung.</p>	<p>Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:</p> <p>„Einbeziehung aller Personen in die Krankenversicherung.“</p> <p>Gleicher und wohnortnaher Zugang zu medizinischer Versorgung und Pflege und gleiche Teilhabe am medizinischen Fortschritt sind für uns besonders wichtig. Denn soziale Spaltung in der Gesundheitsversorgung bedroht die Zukunft unserer Gesellschaft als Ganzes. Darum muss die Finanzierung durch Beiträge verlässlicher werden – und gerechter. Mit der Bürgerversicherung sollen alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrem Einkommen, ihrer Lebenslage oder ihrem Erwerbsstatus, eine gute Kranken- und Pflegeversicherung bekommen. Und wir wollen die beste Versorgung ermöglichen und einen fairen Wettbewerb zwischen den Krankenkassen. Gleiche solidarische Wettbewerbsbedingungen für alle Krankenkassen sind hierfür die Voraussetzung.</p>
<p>Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege.</p>	<p>Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege.</p>
<p>Die Bürgerversicherung wird als Krankenvoll- und Pflegeversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger eingeführt. Dazu werden wir für alle Kassen, die an der Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege teilnehmen, einen einheitlichen und solidarischen Wettbewerbsrahmen schaffen. Für alle Neu- und bislang gesetzlich Versicherten wird die Bürgerversicherung verbindlich eingeführt. Menschen, die bisher privat versichert sind, können für ein Jahr befristet wählen, ob sie wechseln wollen.</p>	<p>Die Bürgerversicherung wird als Krankenvoll- und Pflegeversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger eingeführt. Dazu werden wir für alle Kassen, die an der Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege teilnehmen, einen einheitlichen und solidarischen Wettbewerbsrahmen schaffen. <u>Mit der Bürgerversicherung halten wir an einem gegliederten, öffentlich-rechtlichen und selbstverwalteten Kassensystem als tragende Säule der gesetzlichen Krankenversicherung fest. Wir wollen es stärken.</u> Für alle Neu- und bislang gesetzlich Versicherten wird die Bürgerversicherung verbindlich eingeführt. Menschen, die bisher privat versichert sind, können für ein Jahr befristet wählen, ob sie wechseln wollen.</p>
<p>Wir wollen die Solidarität in der Bürgerversicherung zwischen den hohen und den niedrigen Einkommen stärken. Und Arbeitgeber sollen wieder den gleichen Beitrag leisten wie Beschäftigte, die tatsächliche Parität muss wiederhergestellt werden. Wir werden mehr Nachhaltigkeit durch die Einführung einer stetig ansteigenden Steuerfinanzierung erreichen. Wir werden den Zusatzbeitrag abschaffen und den Krankenkassen die Beitragssatzautonomie zurückgeben. Unser Ziel ist, für alle einen gleich guten Zugang zu medizinischer Versorgung zu schaffen und Privilegierungen im Gesundheitssystem abzubauen, also die Zwei-Klassen-Versorgung beenden.</p>	<p>Wir wollen die Solidarität in der Bürgerversicherung zwischen den hohen und den niedrigen Einkommen stärken. Und Arbeitgeber sollen wieder den gleichen Beitrag leisten wie Beschäftigte, die tatsächliche Parität muss wiederhergestellt werden. Wir werden mehr Nachhaltigkeit durch die Einführung einer stetig ansteigenden Steuerfinanzierung erreichen. Wir werden den Zusatzbeitrag abschaffen und den Krankenkassen die Beitragssatzautonomie zurückgeben. Unser Ziel ist, für alle einen gleich guten Zugang zu medizinischer Versorgung zu schaffen und Privilegierungen im Gesundheitssystem abzubauen, also die Zwei-Klassen-Versorgung beenden.</p>
<p>Mit der Bürgerversicherung werden wir ein einheitliches Versicherungssystem mit einer einheitlichen Honorarordnung für die gesetzlichen wie privaten Krankenversicherungen einführen. Die Honorierung ambulanter Leistungen im niedergelassenen und stationären Bereich wird angeglichen.</p>	<p>Mit der Bürgerversicherung werden wir ein einheitliches Versicherungssystem mit einer einheitlichen Honorarordnung für die gesetzlichen wie privaten Krankenversicherungen einführen. <u>Das Gesamthonorarvolumen wird dabei nicht geschmälert, sondern gerechter verteilt.</u> Die Honorierung ambulanter Leistungen im niedergelassenen und stationären Bereich wird angeglichen.</p>
<p>Wir werden für alle Kassen, die an der Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege teilnehmen, einen einheitlichen solidarischen Wettbewerbsrahmen schaffen. Das schaffen wir, indem nicht die „Rosinenpickerei“, die Auswahl der „guten Risiken“, belohnt wird, sondern das Angebot der besten Qualität.</p>	<p>Wir werden für alle Kassen, die an der Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege teilnehmen, einen einheitlichen solidarischen Wettbewerbsrahmen schaffen. Das schaffen wir, indem nicht die „Rosinenpickerei“, die Auswahl der „guten Risiken“, belohnt wird, sondern das Angebot der besten Qualität.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Prävention und Gesundheitsförderung.</p> <p>Gesundes Aufwachsen, ein gesundes Lebens- und Arbeitsumfeld und möglichst gesund alt zu werden, darf nicht länger von der sozialen Lage abhängen. Deshalb werden wir Prävention und Gesundheitsförderung, zu Schwerpunkten unserer Politik machen.</p> <p>Umfassende Prävention ist mehr als Vorbeugemedizin – sie umfasst alle gesellschaftlichen Bereiche. Prävention und die Stärkung von Gesundheitskompetenzen müssen bei der Gestaltung des Wohnumfelds, der Arbeitswelt und in der Bildung und Ausbildung wichtiger werden. Der Sport und die aktiven Vereine können dabei sehr hilfreich sein. Die Gesundheitskompetenz von Einzelnen und Organisationen muss gestärkt werden. Ebenso muss Prävention in der Aus- und Fortbildung medizinischer Berufe einen höheren Stellenwert bekommen.</p> <p>Wir wollen mit einem umfassenden Präventions- und Gesundheitsförderungsgesetz sowie einer bedarfsgerechten medizinischen Rehabilitation in der nächsten Wahlperiode eine wirksame Präventionsstrategie umsetzen. Insbesondere Prävention in Lebenswelten wie Kita, Schule und Arbeitswelt muss ausgebaut werden, um sozial ungleiche Gesundheitschancen auszugleichen. Dazu gehört eine Erhöhung der Ausgaben für Prävention und eine Steuerung gemeinsamer Maßnahmen von Ländern, Kommunen und allen Sozialversicherungsträgern auf der Ebene der Länder.</p>	<p>Prävention und Gesundheitsförderung.</p> <p>Gesundes Aufwachsen, ein gesundes Lebens- und Arbeitsumfeld und möglichst gesund alt zu werden, darf nicht länger von der sozialen Lage abhängen. Deshalb werden wir Prävention und Gesundheitsförderung, zu Schwerpunkten unserer Politik machen.</p> <p>Umfassende Prävention ist mehr als Vorbeugemedizin – sie umfasst alle gesellschaftlichen Bereiche. Prävention und die Stärkung von Gesundheitskompetenzen müssen bei der Gestaltung des Wohnumfelds, der Arbeitswelt und in der Bildung und Ausbildung wichtiger werden. Der Sport und die aktiven Vereine sind dabei sehr hilfreich (...). Die Gesundheitskompetenz von Einzelnen und Organisationen muss gestärkt werden. Ebenso muss Prävention in der Aus- und Fortbildung medizinischer Berufe einen höheren Stellenwert bekommen.</p> <p>Wir wollen mit einem umfassenden Präventions- und Gesundheitsförderungsgesetz (...) in der nächsten Wahlperiode eine wirksame Präventionsstrategie umsetzen. Insbesondere Prävention in Lebenswelten wie Kita, Schule und Arbeitswelt muss ausgebaut werden, um sozial ungleiche Gesundheitschancen auszugleichen. Dazu gehört eine Erhöhung der Ausgaben für Prävention und eine Steuerung gemeinsamer Maßnahmen von Ländern, Kommunen und allen Sozialversicherungsträgern auf der Ebene der Länder.</p> <p><u>Wir brauchen endlich die wirkliche Gleichstellung der medizinischen Rehabilitation mit der medizinischen Akutversorgung. Zugangshürden müssen abgebaut, Reha-Deckel und Reha-Budgetbegrenzungen müssen beseitigt werden. Zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit brauchen wir eine Offensive in der geriatrischen Rehabilitation. Deshalb müssen die Kosten für diese Leistungen von den Pflegekassen erstattet werden.</u></p> <p><u>Nach wie vor ist Tabakkonsum das größte vermeidbare Gesundheitsrisiko in Deutschland. Im Sinne einer vorsorgenden Gesundheitspolitik wollen wir verstärkte Anstrengungen bei der Tabakprävention und beim Schutz aller vor den Gefahren des Passivrauchens unternehmen.</u></p>
<p>Flächendeckende Sicherstellung einer guten Versorgung.</p> <p>Das Nebeneinander von medizinischer Unter-, Fehl- aber auch Überversorgung ist ein ernstes Problem. Die Situation in ländlichen und strukturschwachen Regionen sowie in sozialen Brennpunkten wird sich ohne Gegenmaßnahmen in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Wir wollen die Versorgungsstrukturen so weiterentwickeln, dass Versorgungsmängel und damit einhergehende soziale Ungerechtigkeit und Zugangsbarrieren überwunden werden. Ebenso muss die Versorgung insgesamt auf das Alterwerden der Gesellschaft ausgerichtet werden. Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu guter medizinischer Versorgung ermöglichen, unabhängig vom Wohnort, der sozialen Lage oder dem Versichertenstatus. Der Erfolg unserer Gesundheitspolitik hängt davon ab, ob Verbesserungen in der medizinischen Versorgung für alle Menschen im Alltag spürbar werden.</p> <p>Wir wollen die bedarfsgerechte Versorgung in strukturschwachen Regionen besonders fördern, die von Unterversorgung bedroht sind. Dazu werden wir die flächendeckende hausarztzentrierte Versorgung sowie die Vernetzung zwischen Leistungserbringern der verschiedenen Gesundheitsberufe stärken. Die Primärversorgung ist das Rückgrat einer starken, wohnortnahen Versorgung. Gleichzeitig werden wir die integrierte Versorgung zwischen haus-, fach- und spezialärztlichem Bereich sowie den nicht ärztlichen Heilberufen ausbauen und den ambulanten und stationären Sektor enger miteinander verzahnen. So erhalten alle Patientinnen und Patienten einen guten Zugang auch zu spezialisierten medizinischen Leistungen. Wir werden die integrierte Versorgung mit innovativen Mobilitäts- und Telemedizin Konzepten verknüpfen.</p>	<p>Flächendeckende Sicherstellung einer guten Versorgung.</p> <p>Das Nebeneinander von medizinischer Unter-, Fehl- aber auch Überversorgung ist ein ernstes Problem. Die Situation in ländlichen und strukturschwachen Regionen sowie in sozialen Brennpunkten wird sich ohne Gegenmaßnahmen in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Wir wollen die Versorgungsstrukturen so weiterentwickeln, dass Versorgungsmängel und damit einhergehende soziale Ungerechtigkeit und Zugangsbarrieren überwunden werden. Ebenso muss die Versorgung insgesamt auf das Alterwerden der Gesellschaft ausgerichtet werden. Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu guter medizinischer Versorgung ermöglichen, unabhängig vom Wohnort, der sozialen Lage oder dem Versichertenstatus. Der Erfolg unserer Gesundheitspolitik hängt davon ab, ob Verbesserungen in der medizinischen Versorgung für alle Menschen im Alltag spürbar werden.</p> <p>Wir wollen die bedarfsgerechte Versorgung in strukturschwachen Regionen besonders fördern, die von Unterversorgung bedroht sind. Dazu werden wir die flächendeckende hausarztzentrierte Versorgung sowie die Vernetzung zwischen Leistungserbringern der verschiedenen Gesundheitsberufe stärken. Die Primärversorgung ist das Rückgrat einer starken, wohnortnahen Versorgung. (...) <u>Gleichzeitig werden wir die integrierte Versorgung mit einer eigenständigen zweckgebundenen Finanzierung neu anstoßen und verstetigen. Damit wollen wir eine qualitätsgesicherte Zusammenarbeit zwischen haus-, fach- und spezialärztlichem Bereich, den nicht ärztlichen Heilberufen, dem ambulanten und stationären Sektoren sowie zwischen pflegerischen, rehabilitativen und medizinischem Bereich gewährleisten.</u> So erhalten alle Patientinnen und Patienten einen guten Zugang auch zu spe-</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Um die Versorgung regional sicherzustellen, wollen wir in Zukunft 5 eine sektorübergreifende Bedarfsplanung schaffen, die konsequent an den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten orientiert ist. Städten und Gemeinden kommt bei der Gestaltung der lokalen Gesundheitsversorgung eine zunehmend stärkere Rolle zu. Denn 10 jede Situation vor Ort erfordert die dazu passenden, integrierten Versorgungslösungen. Viele Kommunen haben schon Erfahrungen gesammelt. Wir werden mit einem Programm gesunde Stadt be- ziehungsweise gesunde Region diese Entwicklung fördern.</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25 Qualitätssicherung und Verbraucherschutz.</p> <p>Wir wollen die Qualität der medizinischen Versorgung stei- gern, indem wir die integrierte Versorgung verbessern. Dabei wollen wir Patientenrechte ausbauen und den Verbraucher- schutz stärken.</p> <p>30</p> <p>35 Unser Ziel ist, die Rechte der Patientinnen und Patienten und den Verbraucherschutz im Gesundheitssystem insgesamt zu stärken. Ein modernes Gesundheitssystem zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass es eine gute Versorgung für chronisch Kranke, Multimor- bide oder für Menschen, die einen besonderen Bedarf haben, bietet. Wir werden deshalb Versorgungsstrukturen so umbauen und Ver- sorgungsprozesse so gestalten, dass sie diesem Ziel gerecht wer- den. Das Gesundheitswesen ist ein hochinnovativer Bereich. Die 40 Möglichkeiten der modernen Medizin wachsen. In pharmakolo- gischen und medizintechnischen Innovationen stecken erhebliche Potenziale für die Verbesserung von Gesundheit und Lebensquali- tät der Patientinnen und Patienten als auch für wirtschaftliche Prosperität unseres Landes. In der sozialen Verantwortung kann die Versichertengemeinschaft aber nur das tragen, was für die Ge- 45 sundheitsversorgung notwendig, zweckmäßig und wirtschaftlich ist. Aus der ethischen Verantwortung heraus kann in einem sozialen Gesundheitswesen nur das Anwendung finden, was den Menschen nützt. Wir wollen deshalb den Nutzegedanken in der Versorgung der Patientinnen und Patienten mit Arzneimitteltherapien, diagnos- 50 tischen und therapeutischen Verfahren sowie Medizinprodukten stärken.</p> <p>Immer wieder zeigen Skandale bei Medizinprodukten, dass die unabhängige Überprüfung, Kontrolle und Versorgungsforschung 55 ausgebaut werden muss. Ebenso werden wir die Patientinnen und Patienten wirksam vor Missbrauch mit unnötigen „IGeL“-Leis- tungen schützen. Für einen wirksamen Verbraucherschutz im Ge- sundheitssystem wollen wir echten medizinischen Fortschritt statt Scheininnovationen.</p> <p>Wir werden mit einem Patientenrechtegesetz die Menschen, insbe- 60 sondere bei Behandlungsfehlern, unterstützen. Auch die Korruptio- n im Gesundheitswesen werden wir wirksam bekämpfen. Qualität in der Versorgung erhöht sich entscheidend durch eine bessere Organisation. Vor allem in den Versorgungsstrukturen liegt 65 großes Innovationspotenzial. Unser Ziel ist es, dass Schwerkranke noch schneller zu den Spezialistinnen und Spezialisten kommen, die ihnen die beste Behandlung bieten können. Und dass nur die Einrichtungen Innovationen und hochspezialisierte Therapien an-</p>	<p>zialisierten medizinischen Leistungen. Wir werden die integrierte Versorgung mit innovativen Mobilitäts- und Telemedizin Konzepten verknüpfen.</p> <p>Um die Versorgung regional sicherzustellen, wollen wir in Zukunft eine sektorübergreifende Bedarfsplanung schaffen, die konsequent an den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten orientiert ist. Städten und Gemeinden kommt bei der Gestaltung der lokalen Gesundheitsversorgung eine zunehmend stärkere Rolle zu. Denn jede Situation vor Ort erfordert die dazu passenden, integrierten Versorgungslösungen. Viele Kommunen haben schon Erfahrungen gesammelt. Wir werden mit einem Programm gesunde Stadt be- ziehungsweise gesunde Region diese Entwicklung fördern.</p> <p><u>In Deutschland nimmt die Zahl psychisch bedingter Erkran- kungen zu. Psychische Erkrankungen müssen ebenso wie jede andere Erkrankung gut und schnell behandelt werden.</u> <u>Wir wollen gemäß dem Gedanken „ambulant vor stationär“ den Anteil teilstationärer und ambulanter Hilfen sowohl in der Akutbehandlung als auch in der Rehabilitation ausbauen.</u> <u>Ambulante und stationäre Hilfen müssen enger verknüpft wer- den. Patientinnen und Patienten sollten Hilfe aus einer Hand erhalten. Die psychiatrischen Institutsambulanzen, Modelle In- tegrierter Versorgung und gemeindepsychiatrische Verbände wollen wir stärken.</u></p> <p>Qualitätssicherung und Verbraucherschutz.</p> <p>Wir wollen die Qualität der medizinischen Versorgung stei- gern, indem wir die integrierte Versorgung verbessern. Dabei wollen wir Patientenrechte ausbauen und den Verbraucher- schutz stärken.</p> <p>Unser Ziel ist, die Rechte der Patientinnen und Patienten und den Verbraucherschutz im Gesundheitssystem insgesamt zu stärken. Ein modernes Gesundheitssystem zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass es eine gute Versorgung für chronisch Kranke, Multimor- bide oder für Menschen, die einen besonderen Bedarf haben, bietet. Wir werden deshalb Versorgungsstrukturen so umbauen und Ver- sorgungsprozesse so gestalten, dass sie diesem Ziel gerecht wer- den. Das Gesundheitswesen ist ein hochinnovativer Bereich. Die Möglichkeiten der modernen Medizin wachsen. In pharmakolo- gischen und medizintechnischen Innovationen stecken erhebliche Potenziale für die Verbesserung von Gesundheit und Lebensquali- tät der Patientinnen und Patienten als auch für wirtschaftliche Prosperität unseres Landes. In der sozialen Verantwortung kann die Versichertengemeinschaft aber nur das tragen, was für die Ge- sundheitsversorgung notwendig, zweckmäßig und wirtschaftlich ist. Aus der ethischen Verantwortung heraus kann in einem sozialen Gesundheitswesen nur das Anwendung finden, was den Menschen nützt. Wir wollen deshalb den Nutzegedanken in der Versorgung der Patientinnen und Patienten mit Arzneimitteltherapien, diagnos- tischen und therapeutischen Verfahren sowie Medizinprodukten stärken.</p> <p>Immer wieder zeigen Skandale bei Medizinprodukten, dass die unabhängige Überprüfung, Kontrolle und Versorgungsforschung ausgebaut werden muss. Ebenso werden wir die Patientinnen und Patienten wirksam vor Missbrauch mit unnötigen „IGeL“-Leis- tungen schützen. Für einen wirksamen Verbraucherschutz im Ge- sundheitssystem wollen wir echten medizinischen Fortschritt statt Scheininnovationen.</p> <p>Wir werden mit einem Patientenrechtegesetz die Menschen, insbe- sondere bei Behandlungsfehlern, unterstützen. Auch die Korruptio- n im Gesundheitswesen werden wir wirksam bekämpfen. Qualität in der Versorgung erhöht sich entscheidend durch eine bessere Organisation. Vor allem in den Versorgungsstrukturen liegt großes Innovationspotenzial. Unser Ziel ist es, dass Schwerkranke noch schneller zu den Spezialistinnen und Spezialisten kommen, die ihnen die beste Behandlung bieten können. Und dass nur die Einrichtungen Innovationen und hochspezialisierte Therapien an-</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
<p>wenden, die die entsprechende Erfahrung haben. Deshalb werden wir den Grundsatz sicherstellen, dass das Geld dem Bedarf an Leistungen folgt und nicht Institutionen.</p> <p>Wir werden die Integrierte Versorgung für multimorbide und chronisch kranke Menschen zur Regel machen. Wir wollen eine verlässliche Versorgungsorganisation. Fall- und Pflegemanagement sind für uns der Schlüssel zu einer nachhaltigen Gesundheitssicherung. In der flächendeckenden Haus- und Facharztversorgung wollen wir die Qualität durch bessere Fortbildung und Standards steigern.</p>	<p>wenden, die die entsprechende Erfahrung haben. Deshalb werden wir den Grundsatz sicherstellen, dass das Geld dem Bedarf an Leistungen folgt und nicht Institutionen.</p> <p>Wir werden die Integrierte Versorgung für multimorbide und chronisch kranke Menschen zur Regel machen. Wir wollen eine verlässliche Versorgungsorganisation. Fall- und Pflegemanagement sind für uns der Schlüssel zu einer nachhaltigen Gesundheitssicherung. In der flächendeckenden Haus- und Facharztversorgung wollen wir die Qualität durch bessere Fortbildung und Standards steigern.</p> <p>Transparenz über die Qualität von Behandlungsangeboten, unabhängige Beratung und die Förderung der Selbsthilfe sind für Versicherte und die Patientinnen und Patienten wichtig, um selbstbestimmt Entscheidungen mit zu treffen. Wir wollen die unabhängigen Informations- und Beratungsmöglichkeiten, wie die Unabhängige Patientenberatung (UPD), und die Selbsthilfe im Gesundheitssystem stärken und eine verlässliche Finanzierung dafür schaffen. Deshalb werden wir mit den beteiligten gesellschaftlichen Akteuren mit dem Ziel der Einrichtung einer Unabhängigen Deutschen Patientenorganisation in Dialog treten.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p>
<p>Gerechte und verlässliche Krankenhausfinanzierung.</p> <p>Die SPD setzt sich für eine qualitativ hochwertige stationäre Versorgung ein. Dazu gehören vor allem gute Arbeitsbedingungen und zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir werden die Krankenhausfinanzierung so reformieren, dass die flächendeckende Versorgung und Trägervielfalt gesichert und Qualität besser honoriert wird.</p> <p>In einem gerechten Finanzierungssystem müssen die Personalkosten ausreichend berücksichtigt werden, damit die Krankenhäuser nicht auf ungerechtfertigte Mengenausweitungen ausweichen. Deshalb werden wir uns für Personalmindeststandards in Krankenhäusern einsetzen. Patienten und Patientinnen müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Behandlung allein medizinisch begründet ist. Wir werden einen Anspruch auf eine Zweitmeinung vor bestimmten Behandlungen verbindlich einführen und damit allen Betroffenen einen Zugang zu den besten Spezialistinnen und Spezialisten ermöglichen.</p> <p>Die Qualitätsberichte der Krankenhäuser werden wir weiterentwickeln. Die Krankenkassen sollen zur Verbesserung der Versorgungsqualität selektive Verträge mit Krankenhäusern abschließen können. Qualität und Patientensicherheit soll bei der Krankenhausplanung und –finanzierung eine stärkere Rolle spielen.</p> <p>10 Jahre nach Einführung der Fallpauschalen werden wir Unter- und Überdeckungen beseitigen, damit Krankenhäuser sich nicht auf finanziell attraktive Leistungen beschränken. Das dient dem fairen Wettbewerb und der bedarfsgerechten Versorgung.</p>	<p>Gerechte und verlässliche Krankenhausfinanzierung.</p> <p>Die SPD setzt sich für eine qualitativ hochwertige stationäre Versorgung ein. Dazu gehören vor allem gute Arbeitsbedingungen und zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir werden die Krankenhausfinanzierung so reformieren, dass die flächendeckende Versorgung und Trägervielfalt gesichert und Qualität besser honoriert wird.</p> <p>In einem gerechten Finanzierungssystem müssen die Personalkosten ausreichend berücksichtigt werden, damit die Krankenhäuser nicht auf ungerechtfertigte Mengenausweitungen ausweichen. Deshalb werden wir uns für Personalmindeststandards in Krankenhäusern einsetzen. Patienten und Patientinnen müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Behandlung allein medizinisch begründet ist. Wir werden einen Anspruch auf eine Zweitmeinung vor bestimmten Behandlungen verbindlich einführen und damit allen Betroffenen einen Zugang zu den besten Spezialistinnen und Spezialisten ermöglichen.</p> <p>Die Qualitätsberichte der Krankenhäuser werden wir weiterentwickeln. Die Krankenkassen sollen zur Verbesserung der Versorgungsqualität selektive Verträge mit Krankenhäusern abschließen können. Qualität und Patientensicherheit soll bei der Krankenhausplanung und –finanzierung eine stärkere Rolle spielen.</p> <p>10 Jahre nach Einführung der Fallpauschalen werden wir Unter- und Überdeckungen beseitigen, damit Krankenhäuser sich nicht auf finanziell attraktive Leistungen beschränken. Das dient dem fairen Wettbewerb und der bedarfsgerechten Versorgung.</p>	<p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p>
<p>Gute und menschenwürdige Pflege.</p> <p>Wir wollen Pflegebedürftigkeit vermeiden, die Pflege verbessern und für die Zukunft sicherstellen. Dafür muss die gesamte Gesellschaft auf das Älterwerden vorbereitet werden. Wir wollen Selbstbestimmung und Teilhabe bis ins hohe Alter ermöglichen: Dazu müssen die Bedingungen verbessert werden, um auch bei Pflege weiter in den eigenen vier Wänden wohnen zu können. Dafür wollen wir die verschiedenen Angebote vor Ort ausbauen und besser vernetzen, die Leistungen der Pflegeversicherung passgenauer ausgestalten und Angehörige besser unterstützen. Gute Pflege muss für alle bezahlbar sein und die Arbeit in der Pflege muss gut bezahlt sein.</p> <p>Die Reform der Pflege ist mehr als nur die Reform der Pflegeversicherung. Wir werden zügig eine umfassende Pflegereform einleiten. Eine echte Pflegereform beginnt für uns zuallererst mit einer</p>	<p>Gute und menschenwürdige Pflege.</p> <p>Wir wollen Pflegebedürftigkeit vermeiden, die Pflege verbessern und für die Zukunft sicherstellen. Dafür muss die gesamte Gesellschaft auf das Älterwerden vorbereitet werden. Wir wollen Selbstbestimmung und Teilhabe bis ins hohe Alter ermöglichen: Dazu müssen die Bedingungen verbessert werden, um auch bei Pflege weiter in den eigenen vier Wänden wohnen zu können. Dafür wollen wir die verschiedenen Angebote vor Ort ausbauen und besser vernetzen, die Leistungen der Pflegeversicherung passgenauer ausgestalten und Angehörige besser unterstützen. Gute Pflege muss für alle bezahlbar sein und die Arbeit in der Pflege muss gut bezahlt sein.</p> <p>Die Reform der Pflege ist mehr als nur die Reform der Pflegeversicherung. Wir werden zügig eine umfassende Pflegereform einleiten. Eine echte Pflegereform beginnt für uns zuallererst mit einer</p>	<p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Neuausrichtung des Leitbilds der Pflege: Es geht darum, ihre Teilnahme am gesellschaftlichen Leben weiter zu ermöglichen. Dabei hat die Vermeidung von Pflegebedürftigkeit Vorrang – wir werden den Anspruch auf Prävention und Rehabilitation vor und 5 bei Pflege bei den Leistungen und dem Zusammenwirken der Sozi- alversicherungsträger stärken. Menschen wollen in Würde und möglichst in ihrer gewohnten Um- gebung alt werden. Deshalb wollen wir die Pflege verbessern und für die nachfolgenden Generationen sicherstellen. Ob sich in 10 Deutschland künftig eine strukturelle Zwei-Klassen-Pflege oder ein würdevolles Altern unabhängig von der sozialen Situation ent- wickelt, hängt davon ab, ob wir die Pflege insgesamt – nicht nur die Pflegeversicherung – sozial gerecht weiterentwickeln. Wir müssen das Wohnumfeld alterns- und altersgerecht ge- stalten und die notwendige Unterstützungsinfrastruktur aufbauen. 15 Dabei steht die Selbst- und Mitbestimmung der Menschen im Vor- dergrund. Die Neuausrichtung des Pflegesystems erfordert Verän- derungen in allen mit der Pflege zusammenhängenden Bereichen. Gute Pflege ist für uns mehr, als die Leistungen der Pflegeversi- 20 cherung. Damit mehr Menschen länger zu Hause leben können, brauchen wir eine bessere soziale Infrastruktur vor Ort, die Hilfe im Alltag anbietet. Wir wollen lokale Hilfenetzwerke fördern, die einen neuen Mix an unterstützenden Alltagshilfen bieten: haushalt- nahe Dienstleistungen, Begegnungsmöglichkeiten oder Hilfen im 25 Notfall. Dazu wollen wir Rahmenbedingungen schaffen, um Unterstüt- zungsnetzwerke aus Angehörigen, professionellen Dienstleistun- gen und bürgerschaftlichem Engagement vor Ort aufzubauen. Be- sonders die Kommunen sollen eine stärkere Rolle dabei spielen, 30 eine am Bedarf vor Ort orientierte integrierte Pflege- und Versor- gungslandschaft zu gestalten, in der die Träger und Leistungser- bringer der Pflege besser zusammenarbeiten können. Und wir müssen die medizinische und pflegerische Versorgung en- ger verzahnen, um die geriatrische Versorgung zu verbessern. Wir 35 wollen hierzu die Pflegeforschung weiter stärken und mit der Teil- habe- und Versorgungsforschung vernetzen. Investitionen in eine bessere geriatrische Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten ist eine Voraussetzung dafür. Wir wollen die Pflegerisiken solidarischer absichern und den ver- 40 schiedenen Lebenslagen gerechter werden – vor allem bei Demenz. Deshalb muss ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff Kernelement einer Pflegereform sein. Die Leistungen werden wir so differenzie- ren, dass sie den Betroffenen im Gegensatz zur Minutenpflege bes- ser gerecht werden. Wir wollen die Vereinbarkeit von Pflege und 45 Beruf verbessern. Wir wollen Pflege weiter professionalisieren und mehr Dienstleistungen anbieten, um pflegende Angehörige zu un- terstützen. Ebenso wichtig ist die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Wir wollen pflegenden Angehörigen helfen: mit einer flexiblen Pflegezeit mit Lohnersatzleistung. Dazu gehören auch der Ausbau 50 der Pflegeberatung, sowie bessere Pflegeleistungen und bezahlbare Dienstleistungen im Haushalt, die die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf weiter erleichtern.</p>	<p>Neuausrichtung des Leitbilds der Pflege: Es geht darum, ihre Teilnahme am gesellschaftlichen Leben weiter zu ermöglichen. Dabei hat die Vermeidung von Pflegebedürftigkeit Vorrang – wir werden den Anspruch auf Prävention und Rehabilitation vor und bei Pflege bei den Leistungen und dem Zusammenwirken der Sozi- alversicherungsträger stärken. Menschen wollen in Würde und möglichst in ihrer gewohnten Um- gebung alt werden. Deshalb wollen wir die Pflege verbessern und für die nachfolgenden Generationen sicherstellen. Ob sich in Deutschland künftig eine strukturelle Zwei-Klassen-Pflege oder ein würdevolles Altern unabhängig von der sozialen Situation ent- wickelt, hängt davon ab, ob wir die Pflege insgesamt – nicht nur die Pflegeversicherung – sozial gerecht weiterentwickeln. Wir müssen das Wohnumfeld alterns- und altersgerecht ge- stalten und die notwendige Unterstützungsinfrastruktur aufbauen. Dabei steht die Selbst- und Mitbestimmung der Menschen im Vor- dergrund. Die Neuausrichtung des Pflegesystems erfordert Verän- derungen in allen mit der Pflege zusammenhängenden Bereichen. Gute Pflege ist für uns mehr, als die Leistungen der Pflegeversi- 20 cherung. Damit mehr Menschen länger zu Hause leben können, brau- chen wir eine bessere soziale und bauliche Infrastruktur vor Ort, die Hilfe im Alltag und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht (...). Wir wollen lokale Hilfenetzwerke fördern, die einen neuen Mix an unterstützenden Alltagshilfen bieten: haushaltnahe Dienst- leistungen, Begegnungsmöglichkeiten oder Hilfen im Notfall. Dazu wollen wir Rahmenbedingungen schaffen, um Unterstüt- zungsnetzwerke aus Angehörigen, professionellen Dienstleistun- gen und bürgerschaftlichem Engagement vor Ort aufzubauen. Be- sonders die Kommunen sollen eine stärkere Rolle dabei spielen, eine am Bedarf vor Ort orientierte integrierte Pflege- und Versor- gungslandschaft zu gestalten, in der die Träger und Leistungser- bringer der Pflege besser zusammenarbeiten können. Und wir müssen die medizinische und pflegerische Versorgung en- ger verzahnen, um die geriatrische Versorgung zu verbessern. Wir wollen hierzu die Pflegeforschung weiter stärken und mit der Teil- habe- und Versorgungsforschung vernetzen. Investitionen in eine bessere geriatrische Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten ist eine Voraussetzung dafür. Wir wollen die Pflegerisiken solidarischer absichern und den ver- schiedenen Lebenslagen gerechter werden – vor allem bei Demenz. Deshalb muss ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff Kernelement einer Pflegereform sein. Die Leistungen werden wir so differenzie- ren, dass sie den Betroffenen im Gegensatz zur Minutenpflege bes- ser gerecht werden. Wir wollen die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessern. Wir wollen Pflege weiter professionalisieren und mehr Dienstleistungen anbieten, um pflegende Angehörige zu un- terstützen. Ebenso wichtig ist die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Wir wollen pflegenden Angehörigen helfen: (...) Mit einer flexib- len Pflegezeit, die mit Rechtsanspruch auf Job-Rückkehr und Lohnersatzleistung ausgestattet ist, wollen wir Angehörigen helfen, die Pflegesituation zu gestalten. Dazu gehören auch der Ausbau der Pflegeberatung, sowie bessere Pflegeleistungen und bezahlbare Dienstleistungen im Haushalt, die die Verein- barkeit von Pflege und Beruf weiter voranbringen. Unser Ziel ist es die bedarfsgerechte umfassende Versorgung der Alters- haushalte aufzubauen.</p>
<p>Fachkräfteoffensive im Gesundheits- und Pflegebereich.</p> <p>Wir wollen gute Arbeit in Gesundheit und Pflege. Gute Ausbil- dung, Entwicklungsperspektiven, gute Bezahlung, die Vereinbar- keit von Familie und Beruf und bessere Arbeitsbedingungen sind die Voraussetzungen, um die Attraktivität von Gesundheits- und Pflegeberufen zu steigern. Wir wollen eine gemeinsame Alten- und Krankenpflegeausbildung mit dem Berufsbild „Pflege“ einführen. Die demografische Entwicklung führt zu einem noch stärkeren Fachkräftebedarf in Pflegeberufen. Um diesen möglichst schnell zu</p>	<p>Fachkräfteoffensive im Gesundheits- und Pflegebereich.</p> <p>Wir wollen gute Arbeit in Gesundheit und Pflege. Gute Ausbil- dung, Entwicklungsperspektiven, gute Bezahlung, die Vereinbar- keit von Familie und Beruf und bessere Arbeitsbedingungen sind die Voraussetzungen, um die Attraktivität von Gesundheits- und Pflegeberufen zu steigern. Wir wollen eine gemeinsame Alten- und Krankenpflegeausbildung mit dem Berufsbild „Pflege“ einführen. Die demografische Entwicklung führt zu einem noch stärkeren Fachkräftebedarf in Pflegeberufen. Um diesen möglichst schnell zu</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
decken, ist das Ausbildungsangebot staatlicher Berufsfachschulen zu stärken, denn die Pflegeausbildung muss für die Absolventinnen und Absolventen kostenfrei sein und eine Ausbildungsvergütung ist einzuführen.	decken, ist das Ausbildungsangebot staatlicher Berufsfachschulen zu stärken, denn die Pflegeausbildung muss für die Absolventinnen und Absolventen kostenfrei sein und eine Ausbildungsvergütung ist einzuführen.	1
Die Einkommen der Pflegerinnen und Pfleger bilden deren Leistung und hohe gesellschaftliche Bedeutung in keiner Weise ab. Wer auch in Zukunft noch genug Fachkräfte in der Pflege haben will, muss sie besser bezahlen. Soziale Arbeit muss aufgewertet werden. Wir unterstützen daher die Bemühungen für einen Branchentarif Soziale Arbeit, den wir für allgemein verbindlich erklären wollen. Damit kann dem Lohndumping effektiv begegnet und die Arbeit der Beschäftigten im Sozial- und Pflegebereich gewürdigt werden. Die SPD setzt sich für eine qualitativ hochwertige stationäre Versorgung ein. Dazu gehören vor allem gute Arbeitsbedingungen und zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deshalb werden wir uns für Personalmindeststandards in Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen einsetzen. Eine bessere Personalausstattung und eine höhere Versorgungsqualität können zu Anpassungen in der Krankenhaus- und Pflegefinanzierung führen.	Die Einkommen der Pflegerinnen und Pfleger bilden deren Leistung und hohe gesellschaftliche Bedeutung in keiner Weise ab. Wer auch in Zukunft noch genug Fachkräfte in der Pflege haben will, muss sie besser bezahlen. Soziale Arbeit muss aufgewertet werden. Wir unterstützen daher die Bemühungen für einen Branchentarif Soziale Arbeit, den wir für allgemein verbindlich erklären wollen. Damit kann dem Lohndumping effektiv begegnet und die Arbeit der Beschäftigten im Sozial- und Pflegebereich gewürdigt werden. Die SPD setzt sich für eine qualitativ hochwertige stationäre Versorgung ein. Dazu gehören vor allem gute Arbeitsbedingungen und zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deshalb werden wir uns für Personalmindeststandards in Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen einsetzen. Eine bessere Personalausstattung und eine höhere Versorgungsqualität können zu Anpassungen in der Krankenhaus- und Pflegefinanzierung führen.	5 10 15 20
V.2 Gute Arbeit, gute Rente.	V.2 Gute Arbeit, gute Rente.	
Wer über Altersarmut redet, darf über Erwerbsarmut nicht schweigen, denn ohne die Bekämpfung der Erwerbsarmut kann der Altersarmut nicht wirksam begegnet werden. Das Rentensystem kann nicht dauerhaft die während des Arbeitslebens entstandenen sozialen Ungerechtigkeiten am Ende korrigieren. Wir werden uns deshalb vor allem an den konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung Erwerbsarmut und prekärer Beschäftigung messen lassen.	Wer über Altersarmut redet, darf über Erwerbsarmut nicht schweigen, denn ohne die Bekämpfung der Erwerbsarmut kann der Altersarmut nicht wirksam begegnet werden. Das Rentensystem kann nicht dauerhaft die während des Arbeitslebens entstandenen sozialen Ungerechtigkeiten am Ende korrigieren. Wir werden uns deshalb vor allem an den konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung Erwerbsarmut und prekärer Beschäftigung messen lassen.	25 30
Wir brauchen bessere Übergänge . In einer zunehmend differenzierten Arbeitswelt ist es schwieriger geworden, für alle Arbeitnehmer/innen-Gruppen gleiche Formen des Eintritts ins Rentenalter zu schaffen. Nicht jeder Rentenzugang passt für alle, aber für alle muss es einen passenden Rentenzugang geben.	Wir brauchen bessere Übergänge . In einer zunehmend differenzierten Arbeitswelt ist es schwieriger geworden, für alle Arbeitnehmer/innen-Gruppen gleiche Formen des Eintritts ins Rentenalter zu schaffen. Nicht jeder Rentenzugang passt für alle, aber für alle muss es einen passenden Rentenzugang geben.	35
Vor allem für diejenigen Berufsgruppen und Beschäftigten, die bereits heute wegen der Arbeitsbelastung oder aufgrund von Invalidität nicht bis zum 65. Lebensjahr arbeiten können, wollen wir den Übergang ins Rentenalter ohne große Einkommensverluste ermöglichen.	Vor allem für diejenigen Berufsgruppen und Beschäftigten, die bereits heute wegen der Arbeitsbelastung oder aufgrund von Invalidität nicht bis zum 65. Lebensjahr arbeiten können, wollen wir den Übergang ins Rentenalter ohne große Einkommensverluste ermöglichen.	40
Dafür schlagen wir differenzierte Angebote für den Übergang vom Erwerbsleben in die Rente vor:	Dafür schlagen wir differenzierte Angebote für den Übergang vom Erwerbsleben in die Rente vor:	
<ul style="list-style-type: none"> • der abschlagsfreie Zugang zur Rente ab 63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren, • eine attraktive Teilrente ab dem 60. Lebensjahr oder vergleichbare flexible Übergangsmodelle, bei denen auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen Tarifverträge abgeschlossen werden können, • der abschlagsfreie Zugang zur Erwerbsminderungsrente und eine Verlängerung der Zurechnungszeit, • erleichterte Möglichkeiten für Zusatzbeiträge an die Rentenversicherung. 	<ul style="list-style-type: none"> • der abschlagsfreie Zugang zur Rente ab 63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren, • eine attraktive Teilrente ab dem 60. Lebensjahr oder vergleichbare flexible Übergangsmodelle, bei denen auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen Tarifverträge abgeschlossen werden können, • der abschlagsfreie Zugang zur Erwerbsminderungsrente und eine Verlängerung der Zurechnungszeit, • erleichterte Möglichkeiten für Zusatzbeiträge an die Rentenversicherung. 	45 50
Wir wollen nicht, dass sich die Anhebung des Renteneintrittsalters wie eine Kürzung der Renten auswirkt. Sie ist erst dann möglich, wenn mindestens die Hälfte der 60- bis 64-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind und weitere Rentenansprüche erwerben können. In diesem Sinne werden wir die Überprüfungsklausel im Gesetz anwenden.	Wir wollen nicht, dass sich die Anhebung des Renteneintrittsalters wie eine Kürzung der Renten auswirkt. Sie ist erst dann möglich, wenn mindestens die Hälfte der 60- bis 64-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind und weitere Rentenansprüche erwerben können. In diesem Sinne werden wir die Überprüfungsklausel im Gesetz anwenden.	55 60
Wir wollen die Alterssicherung stärken . Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt die erste Säule der Alterssicherung und Grundlage für den Schutz vor Armut im Alter. Sie bildet zugleich die persönlichen Leistungen der Versicherten in ihrem Arbeitsleben ab. Sie muss den Veränderungen der Gesellschaft und der Arbeitswelt Rechnung tragen.	Wir wollen die Alterssicherung stärken . Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt die erste Säule der Alterssicherung und Grundlage für den Schutz vor Armut im Alter. Sie bildet zugleich die persönlichen Leistungen der Versicherten in ihrem Arbeitsleben ab. Sie muss den Veränderungen der Gesellschaft und der Arbeitswelt Rechnung tragen.	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Wir werden das derzeitige Niveau bei den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung bis zum Ende des Jahrzehnts aufrechterhalten.</p> <p>5 2020 gilt es neu zu bewerten, wie über die Wirkungen der Reformen auf dem Arbeitsmarkt im Hinblick auf Beschäftigung, Einkommen und Produktivität, die Ankoppelung der Renten an die Erwerbseinkommen vorzunehmen ist. In diese Überprüfung sind auch die vorgeschlagenen Änderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung einzubeziehen. So werden realitätsnahe Festlegungen für den notwendigen Ausgleich zwischen einem maximal tolerierbaren Beitragssatz und einem lebensstandardsichernden Rentenniveau möglich.</p> <p>10 Vor allem die betriebliche Altersversorgung hat in vielen Branchen zusätzliche Sicherheit im Alter ermöglicht. Wir wollen die Stärkung und eine größere Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge als Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung.</p> <p>15 Die betriebliche und tarifvertraglich abgesicherte Altersversorgung ist aus unserer Sicht die beste Form der privaten und zugleich kollektiven Altersversorgung. Wir wollen sie stärken und durch die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit auch in den Regionen und Branchen durchsetzen, in denen sie derzeit wegen geringer Tarifbindung nur wenig genutzt wird. Der Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge darf dabei nicht allein von den Beschäftigten getragen werden.</p> <p>20 Bei der Riester-Rente werden wir für eine deutliche Verbesserung der Kostentransparenz und der Effizienz sorgen.</p> <p>25 Wir wollen eine Solidarrente einführen: Wer langjährig der gesetzlichen Rentenversicherung angehört und Beiträge gezahlt hat, muss eine Rente deutlich oberhalb der Grundsicherung erhalten. Parallel zu einem gesetzlichen Mindestlohn werden wir darum eine „Solidarrente“ einführen. Sie sorgt dafür, dass für langjährig Versicherte (30 Beitragsjahre / 40 Versicherungsjahre) die Rente nicht unter 850 € liegt.</p> <p>30 Wer diese Solidarrente in Höhe von mindestens 850 € durch die Höherwertung der Zeiten der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigungszeiten im Niedriglohnsektor innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung nicht erreicht, erhält diesen Betrag innerhalb einer zweiten Säule der Grundsicherung, bei der eine Bedürftigkeitsprüfung erfolgt.</p> <p>35 Zur Solidarrente zählt auch, familienbedingte Erwerbsverläufe in der Alterssicherung besser abzubilden. Wir wollen in angemessenem Umfang Berücksichtigungszeiten auch auf Eltern ausdehnen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden und so gezielt Rentenanprüche für Eltern verbessern, die wegen fehlender Betreuungsinfrastruktur nicht Vollzeit arbeiten konnten.</p> <p>40 Die Kosten der Solidarrente finanzieren wir aus Steuermitteln. Die Finanzierung des abschlagsfreien Rentenzugangs nach 45 Versicherungsjahren, der verbesserten Erwerbsminderungsrente und der Stabilisierung des Rentenniveaus werden wir durch einen höheren Rentenversicherungsbeitrag und den Aufbau einer höheren Nachhaltigkeitsreserve sicherstellen.</p> <p>45 Die Einbeziehung der Selbstständigen ohne obligatorische Altersversorgung in die gesetzliche Rentenversicherung reduziert ihr Armutsrisiko im Alter. Dies ist der erste Schritt auf dem Weg zu unserem Ziel, die gesetzliche Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung auszubauen.</p> <p>50 Mehr als 20 Jahre nach der deutschen Einheit werden Unterschiede im Rentenrecht in Deutschland nicht mehr akzeptiert. Wir werden deshalb den Weg zu einem einheitlichen Rentensystem für Ost und West bis 2020 einleiten.</p> <p>55 Voraussetzung für die Angleichung der Renten sind Fortschritte bei der Angleichung der Löhne. Ein in Ost und West gleicher, gesetzlicher Mindestlohn, eine bessere Tarifbindung und ein höheres Lohnniveau werden in den ostdeutschen Ländern besonders wirksam werden und die derzeitige Lücke bei Löhnen und damit Rentenanprüchen weiter schließen.</p> <p>65</p>	<p>Wir werden das derzeitige Niveau bei den Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung bis zum Ende des Jahrzehnts aufrechterhalten.</p> <p>2020 gilt es neu zu bewerten, wie über die Wirkungen der Reformen auf dem Arbeitsmarkt im Hinblick auf Beschäftigung, Einkommen und Produktivität, die Ankoppelung der Renten an die Erwerbseinkommen vorzunehmen ist. In diese Überprüfung sind auch die vorgeschlagenen Änderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung einzubeziehen. So werden realitätsnahe Festlegungen für den notwendigen Ausgleich zwischen einem maximal tolerierbaren Beitragssatz und einem lebensstandardsichernden Rentenniveau möglich.</p> <p>Vor allem die betriebliche Altersversorgung hat in vielen Branchen zusätzliche Sicherheit im Alter ermöglicht. Wir wollen die Stärkung und eine größere Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge als Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung.</p> <p>Die betriebliche und tarifvertraglich abgesicherte Altersversorgung ist aus unserer Sicht die beste Form der privaten und zugleich kollektiven Altersversorgung. Wir wollen sie stärken und durch die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit auch in den Regionen und Branchen durchsetzen, in denen sie derzeit wegen geringer Tarifbindung nur wenig genutzt wird. Der Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge darf dabei nicht allein von den Beschäftigten getragen werden.</p> <p>Bei der Riester-Rente werden wir für eine deutliche Verbesserung der Kostentransparenz und der Effizienz sorgen.</p> <p>Wir wollen eine Solidarrente einführen: Wer langjährig der gesetzlichen Rentenversicherung angehört und Beiträge gezahlt hat, muss eine Rente deutlich oberhalb der Grundsicherung erhalten. Parallel zu einem gesetzlichen Mindestlohn werden wir darum eine „Solidarrente“ einführen. Sie sorgt dafür, dass für langjährig Versicherte (30 Beitragsjahre / 40 Versicherungsjahre) die Rente nicht unter 850 € liegt.</p> <p>Wer diese Solidarrente in Höhe von mindestens 850 € durch die Höherwertung der Zeiten der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigungszeiten im Niedriglohnsektor innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung nicht erreicht, erhält diesen Betrag innerhalb einer zweiten Säule der Grundsicherung, bei der eine Bedürftigkeitsprüfung erfolgt.</p> <p>Zur Solidarrente zählt auch, familienbedingte Erwerbsverläufe in der Alterssicherung besser abzubilden. Wir wollen in angemessenem Umfang Berücksichtigungszeiten auch auf Eltern ausdehnen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden und so gezielt Rentenanprüche für Eltern verbessern, die wegen fehlender Betreuungsinfrastruktur nicht Vollzeit arbeiten konnten.</p> <p>Die Kosten der Solidarrente finanzieren wir aus Steuermitteln. Die Finanzierung des abschlagsfreien Rentenzugangs nach 45 Versicherungsjahren, der verbesserten Erwerbsminderungsrente und der Stabilisierung des Rentenniveaus werden wir durch einen höheren Rentenversicherungsbeitrag und den Aufbau einer höheren Nachhaltigkeitsreserve sicherstellen.</p> <p>Die Einbeziehung der Selbstständigen ohne obligatorische Altersversorgung in die gesetzliche Rentenversicherung reduziert ihr Armutsrisiko im Alter. Dies ist der erste Schritt auf dem Weg zu unserem Ziel, die gesetzliche Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung auszubauen.</p> <p>Mehr als 20 Jahre nach der deutschen Einheit werden Unterschiede im Rentenrecht in Deutschland nicht mehr akzeptiert. Wir werden deshalb den Weg zu einem einheitlichen Rentensystem für Ost und West bis 2020 einleiten.</p> <p>Voraussetzung für die Angleichung der Renten sind Fortschritte bei der Angleichung der Löhne. Ein in Ost und West gleicher, gesetzlicher Mindestlohn, eine bessere Tarifbindung und ein höheres Lohnniveau werden in den ostdeutschen Ländern besonders wirksam werden und die derzeitige Lücke bei Löhnen und damit Rentenanprüchen weiter schließen.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Die vollständige Angleichung des Rentenwertes Ost an West wollen wir in Stufen bis 2020 erreichen. So nehmen auch die jetzigen Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland an der Angleichung teil.</p>	<p>Die vollständige Angleichung des Rentenwertes Ost an West wollen wir in Stufen bis 2020 erreichen. So nehmen auch die jetzigen Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland an der Angleichung teil.</p>
<p>Wir werden als ersten Schritt alle pauschal bewerteten Versicherungszeiten (Kindererziehungszeiten, Versicherungszeiten für pflegende Angehörige, Zeiten des Wehr- und Zivildienstes sowie Zeiten für die Beschäftigung in Behindertenwerkstätten) einheitlich mit dem aktuellen Rentenwert West berechnen.</p>	<p>Wir werden als ersten Schritt alle pauschal bewerteten Versicherungszeiten (Kindererziehungszeiten, Versicherungszeiten für pflegende Angehörige, Zeiten des Wehr- und Zivildienstes sowie Zeiten für die Beschäftigung in Behindertenwerkstätten) einheitlich mit dem aktuellen Rentenwert West berechnen.</p>
<p>Mit der Angleichung der Rentenwerte wird der Aufwertungsfaktor für Löhne in Ostdeutschland abgeschafft.</p>	<p>Mit der Angleichung der Rentenwerte wird der Aufwertungsfaktor für Löhne in Ostdeutschland abgeschafft.</p>
<p>Für Menschen, die im Rentenrecht nicht lösbare Ungerechtigkeiten bei der Überleitung der Alterssicherung der DDR in das bundesdeutsche Recht erfahren haben, müssen die Probleme in einem Rentenüberleitungsabschlussgesetz abschließend geklärt und beseitigt werden. Für Härtefälle soll ein steuerfinanzierter Fonds eingerichtet werden.</p>	<p>Für Menschen, die im Rentenrecht nicht lösbare Ungerechtigkeiten bei der Überleitung der Alterssicherung der DDR in das bundesdeutsche Recht erfahren haben, müssen die Probleme in einem Rentenüberleitungsabschlussgesetz abschließend geklärt und beseitigt werden. Für Härtefälle soll ein steuerfinanzierter Fonds eingerichtet werden.</p>
<h3>V.3 Gemeinsam leben – Menschen mit und ohne Behinderungen.</h3>	<h3>V.3 Gemeinsam leben – Menschen mit und ohne Behinderungen.</h3>
<p>Das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderungen und Beeinträchtigungen ist unser Ziel. Wir brauchen Orte und Gelegenheit für Begegnungen, für gemeinsames Arbeiten, Lernen und vieles mehr - so genannte „inklusive Sozialräume“. Gesellschaftlicher Zusammenhalt heißt: nicht unterscheiden und trennen, sondern Integration, Personenorientierung, Abbau von Barrieren und zielgerichtete Hilfe.</p>	<p>Das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderungen und Beeinträchtigungen ist unser Ziel. Wir brauchen Orte und Gelegenheit für Begegnungen, für gemeinsames Arbeiten, Lernen und vieles mehr - so genannte „inklusive Sozialräume“. Gesellschaftlicher Zusammenhalt heißt: nicht unterscheiden und trennen, sondern Integration, Personenorientierung, Abbau von Barrieren und zielgerichtete Hilfe.</p>
<p>Die UN-Behindertenrechtskonvention ist hierfür wegweisend. Die Entwicklung eines Aktionsplan im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention erfolgt inklusiv und gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen und ihren Organisationen nach dem Motto „Nichts über uns ohne uns!“.</p>	<p>Die UN-Behindertenrechtskonvention ist hierfür wegweisend. Die Entwicklung eines Aktionsplan im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention erfolgt inklusiv und gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen und ihren Organisationen nach dem Motto „Nichts über uns ohne uns!“.</p>
<p>Inklusive Sozialräume entstehen dort, wo Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen gemeinsam die Möglichkeit haben, ihre räumliche und soziale Umwelt im Hinblick auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben nachhaltig zu gestalten. Inklusion ist deshalb auch kein Zustand, sondern ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, in dem alle daran mitwirken können, dass schrittweise die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen zur Leitmaxime im Denken und Handeln, bei der Planung und Gestaltung unseres inklusiven Gemeinwesens wird.</p>	<p>Inklusive Sozialräume entstehen dort, wo Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen gemeinsam die Möglichkeit haben, ihre räumliche und soziale Umwelt im Hinblick auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben nachhaltig zu gestalten. Inklusion ist deshalb auch kein Zustand, sondern ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, in dem alle daran mitwirken können, dass schrittweise die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen zur Leitmaxime im Denken und Handeln, bei der Planung und Gestaltung unseres inklusiven Gemeinwesens wird.</p>
<p>Selbstbestimmte Teilhabe gelingt nur, wenn Barrieren vermieden und abgebaut werden und der gleichberechtigte Zugang zu Gebäuden und Einrichtungen, zu Verkehrsmitteln, zu Waren und Dienstleistungen und allen Kommunikationswegen möglich ist. Jeder Fortschritt beim Abbau von Barrieren bedeutet mehr Selbstbestimmung, mehr Wahlfreiheit, weniger Hilfebedarf. Dies kommt gerade in einer alternden Gesellschaft allen zu Gute.</p>	<p>Selbstbestimmte Teilhabe gelingt nur, wenn Barrieren vermieden und abgebaut werden und der gleichberechtigte Zugang zu Gebäuden und Einrichtungen, zu Verkehrsmitteln, zu Waren und Dienstleistungen und allen Kommunikationswegen möglich ist. Jeder Fortschritt beim Abbau von Barrieren bedeutet mehr Selbstbestimmung, mehr Wahlfreiheit, weniger Hilfebedarf. Dies kommt gerade in einer alternden Gesellschaft allen zu Gute.</p>
<p>Teile eines inklusive Sozialraums in allen Lebensbereichen sind vor allem inklusive Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, Schulen, Universitäten, Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Sportvereine, die einen großen Beitrag zu Inklusion und Integration leisten. und nicht zuletzt die selbstbestimmte Wahl des Wohnorts und der Wohnform.</p>	<p>Teile eines inklusive Sozialraums in allen Lebensbereichen sind vor allem inklusive Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, Schulen, Universitäten, Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Sportvereine, die einen großen Beitrag zu Inklusion und Integration leisten. und nicht zuletzt die selbstbestimmte Wahl des Wohnorts und der Wohnform.</p>
<p>Außerdem zählen dazu ein inklusiver Arbeitsmarkt, der allen Menschen gemäß ihres Könnens und ihrer Leistungsfähigkeit Berufstätigkeit ermöglicht. Die Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderungen muss deutlich verbessert werden und die Rechte von Rechte der Schwerbehindertenvertretungen gestärkt werden. Wir werden die Tarifpartner, Job-Center und Arbeitsagenturen stärker in die Pflicht nehmen und den Weg fortsetzen, die Durchlässigkeit zwischen Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und</p>	<p>Außerdem zählen dazu ein inklusiver Arbeitsmarkt, der allen Menschen gemäß ihres Könnens und ihrer Leistungsfähigkeit Berufstätigkeit ermöglicht. Die Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderungen muss deutlich verbessert werden und die Rechte von Rechte der Schwerbehindertenvertretungen gestärkt werden. Wir werden die Tarifpartner, Job-Center und Arbeitsagenturen stärker in die Pflicht nehmen und den Weg fortsetzen, die Durchlässigkeit zwischen Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu verbessern. Alle Menschen sollen auf allgemeinen Arbeitsmarkt faire Perspektiven haben. Inklusiver Sozialraum entsteht auf allen Ebenen durch politische und gesellschaftliche Initiativen. Hierfür brauchen wir eine gemeinsame Koordinierung und neue rechtlich-organisatorische Voraussetzungen für die Zusammenarbeit des Bundes mit den bisherigen Trägern der Behindertenhilfe in Kommunen, Institutionen und Einrichtungen.</p> <p>Wir haben bereits unter der Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder einen Paradigmenwechsel von der Fürsorge zur Teilhabe eingeleitet. Diesen Weg wollen wir weiter gehen bis hin zur vollständigen Inklusion und gleichberechtigten und selbstbestimmten Teilhabe. Damit darf aber die Hilfe für Menschen mit Behinderung nicht länger im nachrangigen Fürsorgesystem der sozialen Sicherung verbleiben, das bislang allein von den Kommunen getragen wird. Ziel der Reform ist ein flexibles und passgenaues Unterstützungssystem: für Teilhabe, Gleichstellung und Selbstbestimmung behinderter Menschen. Wir wollen, dass die Leistungen zur Teilhabe den Menschen folgen und nicht umgekehrt. Die mit dem SGB IX begonnene Vereinheitlichung des Rechts für Menschen mit Behinderung wollen wir fortsetzen. Inklusion ist ein uneingeschränkbares Ziel aller Sozialgesetzbücher und Hilfeleistungen - unabhängig von Art und Ausprägung einer Behinderung und der Höhe des Unterstützungsbedarfs.</p> <p>Wir wollen ein für alle Sicherungssysteme und Leistungsträger einheitliches Bedarfsermittlungssystem schaffen. Damit sollen individuelle Beeinträchtigungen von Menschen erkennbar und tatsächliche Hilfebedarfe ermittelt werden. Problematische Schnittstellen zwischen Trägern von Sozialleistungen müssen zugunsten einheitlicher Verfahren abgebaut werden.</p> <p>Der Anspruch auf Hilfe zur Inklusion wird nicht mehr als Fürsorgeanspruch, sondern als Anspruch zum Ausgleich von Nachteilen ausgestaltet. Finanzielle Leistungen müssen unabhängig von Einkommen und Vermögen sein. Das persönliche Budget ist eine geeignete Leistungsform für selbstbestimmte Teilhabe.</p> <p>Wir werden deshalb unter Einbeziehung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ein Bundesleistungsgesetz schaffen, das der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention dient und die Eingliederungshilfe in ihrer bisherigen Form ablöst. Damit müssen wir auch eine dringend notwendige Teilentlastung der Kommunen von den Kosten der Eingliederungshilfe erreichen.</p> <p>Konkrete Hilfe zu Inklusion und Teilhabe bleibt eine Aufgabe, die wohnortnah in der Kommune zu erfüllen ist. Hilfeplanung und die Realisierung des Wunsch- und Wahlrechts der Hilfeberechtigten sind Teil des inklusiven Sozialraums. Berechtigte und Leistungsträger müssen gemeinsam an einem individuellen und bedarfsgerechten Teilhabeplan arbeiten. Die im SGB IX vorgesehenen Servicestellen sind dafür die koordinierenden Beratungsstellen.</p>	<p>dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu verbessern. Alle Menschen sollen auf allgemeinen Arbeitsmarkt faire Perspektiven haben. Inklusiver Sozialraum entsteht auf allen Ebenen durch politische und gesellschaftliche Initiativen. Hierfür brauchen wir eine gemeinsame Koordinierung und neue rechtlich-organisatorische Voraussetzungen für die Zusammenarbeit des Bundes mit den bisherigen Trägern der Behindertenhilfe in Kommunen, Institutionen und Einrichtungen.</p> <p>Wir haben bereits unter der Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder einen Paradigmenwechsel von der Fürsorge zur Teilhabe eingeleitet. Diesen Weg wollen wir weiter gehen bis hin zur vollständigen Inklusion und gleichberechtigten und selbstbestimmten Teilhabe. Damit darf aber die Hilfe für Menschen mit Behinderung nicht länger im nachrangigen Fürsorgesystem der sozialen Sicherung verbleiben, das bislang allein von den Kommunen getragen wird. Ziel der Reform ist ein flexibles und passgenaues Unterstützungssystem: für Teilhabe, Gleichstellung und Selbstbestimmung behinderter Menschen. Wir wollen, dass die Leistungen zur Teilhabe den Menschen folgen und nicht umgekehrt. Die mit dem SGB IX begonnene Vereinheitlichung des Rechts für Menschen mit Behinderung wollen wir fortsetzen. Inklusion ist ein uneingeschränkbares Ziel aller Sozialgesetzbücher und Hilfeleistungen - unabhängig von Art und Ausprägung einer Behinderung und der Höhe des Unterstützungsbedarfs.</p> <p>Wir wollen ein für alle Sicherungssysteme und Leistungsträger einheitliches Bedarfsermittlungssystem schaffen. Damit sollen individuelle Beeinträchtigungen von Menschen erkennbar und tatsächliche Hilfebedarfe ermittelt werden. Problematische Schnittstellen zwischen Trägern von Sozialleistungen müssen zugunsten einheitlicher Verfahren abgebaut werden.</p> <p>Der Anspruch auf Hilfe zur Inklusion wird nicht mehr als Fürsorgeanspruch, sondern als Anspruch zum Ausgleich von Nachteilen ausgestaltet. Finanzielle Leistungen müssen unabhängig von Einkommen und Vermögen sein. Das persönliche Budget ist eine geeignete Leistungsform für selbstbestimmte Teilhabe.</p> <p>Wir werden deshalb unter Einbeziehung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ein Bundesleistungsgesetz schaffen, das der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention dient und die Eingliederungshilfe in ihrer bisherigen Form ablöst. Damit müssen wir auch eine dringend notwendige Teilentlastung der Kommunen von den Kosten der Eingliederungshilfe erreichen.</p> <p>Konkrete Hilfe zu Inklusion und Teilhabe bleibt eine Aufgabe, die wohnortnah in der Kommune zu erfüllen ist. Hilfeplanung und die Realisierung des Wunsch- und Wahlrechts der Hilfeberechtigten sind Teil des inklusiven Sozialraums. Berechtigte und Leistungsträger müssen gemeinsam an einem individuellen und bedarfsgerechten Teilhabeplan arbeiten. Die im SGB IX vorgesehenen Servicestellen sind dafür die koordinierenden Beratungsstellen.</p>
<p>VI. Gute Nachbarschaft</p> <p>VI.1 Soziale Stadt und Zusammenhalt der Regionen.</p> <p>Die Kommunen stehen im Zentrum unserer Politik. Denn in den Städten und Gemeinden entscheidet sich, wie Menschen aufwachsen und leben. In ihnen entscheidet sich, ob Kinder gute Kindergärten und Schulen finden. Ob Integration und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft gelingt. In ihnen entscheidet sich, ob Menschen in Sicherheit leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Und deshalb wollen wir, dass es in allen Wohnquartieren gesellschaftliche Teilhabe und Aufstiegsmöglichkeiten gibt</p> <p>Wir werden die von der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP zusammengestrichene Städtebauförderung wieder verlässlich ausstatten. Geändert wird aber die Verteilung der finanziellen Mit-</p>	<p>VI. Gute Nachbarschaft</p> <p>VI.1 Soziale Stadt und Zusammenhalt der Regionen.</p> <p>Die Kommunen stehen im Zentrum unserer Politik. Denn in den Städten und Gemeinden entscheidet sich, wie Menschen aufwachsen und leben. In ihnen entscheidet sich, ob Kinder gute Kindergärten und Schulen finden. Ob Integration und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft gelingt. In ihnen entscheidet sich, ob Menschen in Sicherheit leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Und deshalb wollen wir, dass es in allen Wohnquartieren gesellschaftliche Teilhabe und Aufstiegsmöglichkeiten gibt</p> <p><u>Wir werden die von der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP zusammengestrichene Städtebauförderung wieder verlässlich ausstatten. Wir werden das Zusammenwirken der fö-</u></p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>tel beim Städtebau. Der Kofinanzierungsanteil der Länder wird überprüft und gegebenenfalls neu festgelegt, da die Länder häufig nicht mehr in der Lage sind, die Mittel abzurufen und die Kofinanzierung zu übernehmen. Damit erhalten Länder und Kommunen angesichts der Herausforderungen der Schuldenbremse Planungssicherheit.</p>	<p><u>deralen Ebenen in der Städtebauförderung fortsetzen und die Programme im Dialog mit Ländern und Kommunen weiterentwickeln. Dabei wird geprüft, wo der Finanzierungsanteil des Bundes erhöht werden kann, um Kofinanzierungsprobleme zu mindern. Wir wollen die Umsetzung und Bündelung mit anderen Förderprogrammen vereinfachen.</u></p>
<p>Wir packen die großen Herausforderungen an: sozialer Zusammenhalt, Integration, demografischer Wandel, altersgerechter Umbau und Klimaschutz.</p>	<p>Wir packen die großen Herausforderungen an: sozialer Zusammenhalt, Integration, demografischer Wandel, altersgerechter Umbau und Klimaschutz.</p>
<p>Soziale Stadt ist Heimat vor der Haustüre.</p>	<p>(...) Heimat <u>ist</u> vor der Haustüre.</p>
<p>Unsere Gesellschaft bleibt im Wandel – wirtschaftlich, technisch und sozial. Mit dieser Einsicht wächst ein Bedürfnis nach Verwurzelung, nach Orientierung, nach Verbindlichkeit und nach einem festen Platz.</p>	<p>Unsere Gesellschaft bleibt im Wandel – wirtschaftlich, technisch und sozial. Mit dieser Einsicht wächst ein Bedürfnis nach Verwurzelung, nach Orientierung, nach Verbindlichkeit und nach einem festen Platz.</p>
<p>Die Menschen haben ein wachsendes Bedürfnis nach Vertrautheit und sozialer Sicherheit. Sehnsuchtsort ist die „Heimat“, die wir als Ausdehnung der „eigenen vier Wände“ auf das Stadtviertel verstehen, in dem man zum Beispiel groß und alt werden möchte.</p>	<p>Die Menschen haben ein wachsendes Bedürfnis nach Vertrautheit und sozialer Sicherheit. Sehnsuchtsort ist die „Heimat“, die wir als Ausdehnung der „eigenen vier Wände“ auf das Stadtviertel <u>oder die Gemeinde</u> verstehen, in dem man zum Beispiel groß und alt werden möchte.</p>
<p>Hier wird demografischer Wandel als gelebte Alltäglichkeit konkret. Die gesellschaftliche Spaltung in Arm und Reich spiegelt sich auch in Tendenzen zur Ghettoisierung wieder. An den Rand gedrängte Armutsviertel einerseits und Luxusghettos andererseits. Der „Doorman“ wird zum Schutzmännchen der Privilegierten. Das gesellschaftspolitische Scheitern der „Privat vor Staat“ - Ideologie offenbart sich auch beim Wohnen und in der Stadtentwicklung. Sozialer Zusammenhalt braucht Gemeinschaftsinitiative und Partnerschaft der jeweils gesellschaftlich relevanten Akteure. So wird Stadtentwicklung mehr denn je zur Stadtteil- und Quartiersentwicklung.</p>	<p>Hier wird demografischer Wandel als gelebte Alltäglichkeit konkret. Die gesellschaftliche Spaltung in Arm und Reich spiegelt sich auch in Tendenzen zur Ghettoisierung wieder. An den Rand gedrängte Armutsviertel einerseits und Luxusghettos andererseits. Der „Doorman“ wird zum Schutzmännchen der Privilegierten. Das gesellschaftspolitische Scheitern der „Privat vor Staat“ - Ideologie offenbart sich auch beim Wohnen und in der Stadtentwicklung. Sozialer Zusammenhalt braucht Gemeinschaftsinitiative und Partnerschaft der jeweils gesellschaftlich relevanten Akteure. So wird Stadtentwicklung mehr denn je zur Stadtteil- und Quartiersentwicklung.</p>
<p>Damit die Kommunen wieder handlungsfähig werden, müssen Bund und Länder die kommunale Finanzkraft stärken. Nur finanziell ausreichend ausgestattete Kommunen sind in der Lage, einer Privatisierung zentraler öffentlicher Aufgaben zu widerstehen und ihre Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge wahrzunehmen. Nur finanziell ausreichend ausgestattete Kommunen haben Gestaltungskraft.</p>	<p>Damit die Kommunen wieder handlungsfähig werden, müssen Bund und Länder die kommunale Finanzkraft stärken. Nur finanziell ausreichend ausgestattete Kommunen sind in der Lage, einer Privatisierung zentraler öffentlicher Aufgaben zu widerstehen und ihre Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge wahrzunehmen. Nur finanziell ausreichend ausgestattete Kommunen haben Gestaltungskraft.</p>
<p>Kurzfristig streben wir einen Investitionspakt von Bund und Ländern an, von dem insbesondere finanzschwache Kommunen mit Haushaltsnotlagen oder mit Haushaltssicherungskonzepten und hohen Kassenkrediten profitieren. Wir werden mit einem „Eigenanteilfonds“ dafür sorgen, dass auch Städte und Gemeinden in Haushaltsnotlage die Bundesförderung nutzen können. Sie dürfen nicht von der Förderung ausgeschlossen bleiben, weil ihnen die Eigenmittel fehlen. Denn gerade dort ist der Bedarf am größten. Wir wollen aber auch die Vollfinanzierung von Projekten ermöglichen, die beispielsweise die Herausforderungen der wachsenden Metropolen bewältigen.</p>	<p>Kurzfristig streben wir einen Investitionspakt von Bund und Ländern an, von dem insbesondere finanzschwache Kommunen mit Haushaltsnotlagen oder mit Haushaltssicherungskonzepten und hohen Kassenkrediten profitieren. Wir werden mit einem „Eigenanteilfonds“ dafür sorgen, dass auch Städte und Gemeinden in Haushaltsnotlage die Bundesförderung nutzen können. Sie dürfen nicht von der Förderung ausgeschlossen bleiben, weil ihnen die Eigenmittel fehlen. Denn gerade dort ist der Bedarf am größten. Wir wollen aber auch die Vollfinanzierung von Projekten ermöglichen, die beispielsweise die Herausforderungen der wachsenden Metropolen bewältigen.</p>

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:**„Wasserversorgung sollte weiterhin in staatlicher Hand bleiben.“**

Wir unterstützen eine aktive Rolle der Kommunen im Rahmen ihrer **Verantwortung für die Daseinsvorsorge** – sei es durch eigene Unternehmen oder eine aktivere Steuerung: zum Beispiel bei der Wasserversorgung, aber auch im öffentlichen Personennahverkehr. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der bundes- und EU-rechtliche Rahmen den Kommunen diesen Gestaltungsspielraum lässt. Im Gegensatz zur Regierung Merkel wird sich eine SPD-geführte Bundesregierung in Brüssel und bei anderen EU-Partnern dafür einsetzen, dass insbesondere die Wasserversorgung aus der Konzessionsrichtlinie ausgenommen wird. Das sichert das hohe deutsche Versorgungsniveau.

Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:**„Wasserversorgung sollte weiterhin in staatlicher Hand bleiben.“**

Wir unterstützen eine aktive Rolle der Kommunen im Rahmen ihrer **Verantwortung für die Daseinsvorsorge** – sei es durch eigene Unternehmen oder eine aktivere Steuerung: zum Beispiel bei der Wasserversorgung, aber auch im öffentlichen Personennahverkehr. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der bundes- und EU-rechtliche Rahmen den Kommunen diesen Gestaltungsspielraum lässt. Im Gegensatz zur Regierung Merkel wird sich eine SPD-geführte Bundesregierung in Brüssel und bei anderen EU-Partnern dafür einsetzen, dass insbesondere die Wasserversorgung aus der Konzessionsrichtlinie ausgenommen wird. Das sichert das hohe deutsche Versorgungsniveau.

VI.2 Die Stadt als Motor wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung.

Viele Bürgerinnen und Bürger wollen in der Stadt leben, weil sie hier Lebensperspektive und Lebensqualität erhoffen und finden. Städte bedeuten für viele Menschen Zukunft. Seit einigen Jahren lebt die Mehrheit der Menschen in Städten. Auch in Deutschland ist der Prozess der Verstädterung nicht zum Abschluss gekommen. Vor allem die großen Städte wachsen. Deutschland wird für die nächsten Jahrzehnte eine sinkende Bevölkerungszahl vorhergesagt. Dieser Trend verläuft aber nicht einheitlich. In einigen großen Städten und Metropolregionen Deutschlands wächst die Bevölkerung. Die große Zahl sehr unterschiedlicher Arbeitsplätze, die Universitäten, Forschungseinrichtungen, die Schulen, die Sportmöglichkeiten und Freizeitangebote, die Kulturinstitutionen und die Off-Kultur, die großen und kleinen Unternehmen, die Start-ups, die auf das städtische Umfeld angewiesenen Dienstleistungen, Nahversorgung und kurze Wege, die Verbindung mit der Welt durch Flughäfen, Bahnhöfe und Häfen machen die Stadt zum Motor des Wachstums und des Fortschritts. Städte haben einen Arbeitsmarkt, der breit genug ist, dass im Verlaufe eines Arbeitslebens der Wechsel des Arbeitgebers auch ohne Wohnortwechsel möglich ist. Und immer wichtiger: die große Stadt hat einen Arbeitsmarkt, der es modernen berufstätigen Paaren und Alleinerziehenden ermöglicht, die jeweils eigenen beruflichen Wünsche zu realisieren.

Städte ermöglichen es, vermeintlich festgelegte Lebensentwürfe infrage zu stellen – und eigene zu entwickeln. Und gerade in den Städten ergeben sich auch immer wieder Chancen für diejenigen, die bisher gesellschaftlich benachteiligt wurden. Städte sind „Schmelztiegel“ der Integration und können in besonderer Weise Gemeinsinn und Gemeinschaft schaffen. Städte sind mehr als Stein und Beton. Sie sind Heimat. Sie geben Halt und Hoffnung. In unseren Städten entscheidet sich, wie die Menschen aufwachsen und alt werden, ob Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen finden, ob sie sicher und gesund leben und gute Chancen finden.

VI.2 Die Stadt als Motor wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung.

Viele Bürgerinnen und Bürger wollen in der Stadt leben, weil sie hier Lebensperspektive und Lebensqualität erhoffen und finden. Städte bedeuten für viele Menschen Zukunft. (...) **Vor allem die großen Städte wachsen.**

Die große Zahl sehr unterschiedlicher Arbeitsplätze, die Universitäten, Forschungseinrichtungen, die Schulen, die Sportmöglichkeiten und Freizeitangebote, die Kulturinstitutionen und die Off-Kultur, die großen und kleinen Unternehmen, die Start-ups, die auf das städtische Umfeld angewiesenen Dienstleistungen, Nahversorgung und kurze Wege, die Verbindung mit der Welt durch Flughäfen, Bahnhöfe und Häfen machen die Stadt zum Motor des Wachstums und des Fortschritts.

Städte haben einen Arbeitsmarkt, der breit genug ist, dass im Verlaufe eines Arbeitslebens der Wechsel des Arbeitgebers auch ohne Wohnortwechsel möglich ist. Und immer wichtiger: (...) **Städte haben einen Arbeitsmarkt und Bildungs- und Kinderbetreuungsangebote, die es modernen berufstätigen Paaren und Alleinerziehenden ermöglichen, die eigenen beruflichen Wünsche zu realisieren.**

Städte ermöglichen es, (...) **bekannte Lebensentwürfe (...) zu verlassen und neue auszuprobieren.** Gerade in den Städten (...) **können** immer wieder Chancen für diejenigen **ermöglicht werden**, die bisher gesellschaftlich benachteiligt wurden. Städte sind „Schmelztiegel“ der Integration und können in besonderer Weise Gemeinsinn und Gemeinschaft schaffen.

(...)

Neben den starken Wirtschaftszentren gibt es aber auch eine Vielzahl von Kommunen, deren Bevölkerungszahlen rückläufig und die besonders von der Alterung der Bevölkerung betroffen sind. Hier verändert sich der Infrastrukturbedarf in besonderer Weise, indem beispielsweise die Nachfrage nach Schulen und Kindergärten ab- und die Nachfrage nach altengerechten Einrichtungen und Angeboten gleichzeitig zunehmen.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Die soziale Stadtentwicklung ist Grundlage und Voraussetzung für Innovation, Fortschritt und soziale Gerechtigkeit. Die soziale Gesellschaft beginnt im unmittelbaren Lebensumfeld, dem Quartier. Dort gilt es, für ausreichend gute und bezahlbare Wohnungen zu sorgen und Zusammenhalt, sozialen Ausgleich, Teilhabe, Verantwortung und Solidarität zu ermöglichen. Das stärkt auch demokratisches Bewusstsein und Handeln – und macht Werte erlebbar. So gelingt die inter- und intrakulturelle Integration. Das „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ soll dafür wichtiger Impulsgeber sein.</p> <p>VI.3 Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen.</p> <p>Wir alle leben und arbeiten in Städten, Gemeinden und Regionen. Sie sind Heimat und die „Schulen der Demokratie“. Wie für unsere Bildung müssen wir für dieses Fundament der Demokratie beste Voraussetzungen schaffen. Gutes Wohnen ist die Voraussetzung für Sicherheit und Selbstverwirklichung.</p> <p>Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird in der nächsten Legislaturperiode ein „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und für bezahlbares Wohnen“ initiieren – in einem Bündnis mit den Ländern, Kommunen, den Mieter- und Sozialverbänden, der Bau- und Wohnungswirtschaft, den Wohnungsgenossenschaften und Gewerkschaften. Unser Ziel ist zukunftsgerechter und zugleich bezahlbarer Wohnraum.</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin: 10px 0;"> <p>Bürger/innen-Projekt: vom Bürgerkonvent am 2. März 2013</p> <p>„Sozialer Wohnungsbau muss ausgebaut werden, auch für altersgerechte Wohnungen“</p> </div> <p>Mit dem „Aktionsprogramm für eine moderne solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ wollen wir unter anderem</p> <ul style="list-style-type: none"> • das Zusammenleben von Menschen verschiedenen Alters, verschiedener Herkunft und aus unterschiedlichen sozialen Schichten verbessern indem es deutliche bauliche, wirtschaftliche, ökologische und soziale Verbesserungen in den Stadtquartieren, Städten und Regionen durch integrierte, fachübergreifende Konzepte, • mehr Beteiligung der Menschen in demokratischen Prozessen, • breitere und bessere Möglichkeiten und Voraussetzungen für Integration, 	<p><u>Um uns den Herausforderungen zu stellen und die Chancen zu nutzen, müssen wir uns an den Menschen und ihren Bedürfnissen orientieren. Deshalb müssen wir verstärkt in Quartieren denken und handeln! Denn hier finden die wirklichen Begegnungen von Mensch zu Mensch statt. Städte sind mehr als Stein und Beton. Sie sind Heimat. Sie geben Halt und Hoffnung. In unseren Städten entscheidet sich, wie die Menschen aufwachsen und alt werden, ob Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen finden, ob sie sicher und gesund leben und gute Chancen finden.</u></p> <p>Die soziale Stadtentwicklung ist Grundlage und Voraussetzung für Innovation, Fortschritt und soziale Gerechtigkeit. Die soziale Gesellschaft beginnt im unmittelbaren Lebensumfeld, dem Quartier. Dort gilt es, für ausreichend gute und bezahlbare Wohnungen zu sorgen und Zusammenhalt, sozialen Ausgleich, Teilhabe, Verantwortung und Solidarität zu ermöglichen. Das stärkt auch demokratisches Bewusstsein und Handeln – und macht Werte erlebbar. So gelingt die inter- und intrakulturelle Integration. Das „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ soll dafür wichtiger Impulsgeber sein.</p> <p>VI.3 Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen.</p> <p><u>Die Wohnung und das Wohnumfeld sind eine wichtige Voraussetzung für ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben. Deswegen muss es uns alarmieren, wenn Wohnraum in immer mehr Städten knapp und für untere und mittlere Einkommensgruppen unerschwinglich wird. Wenn Familien, Studierende, Rentnerinnen und Rentner in den Innenstädten keine bezahlbaren Wohnungen mehr finden und aus ihren Wohnungen verdrängt werden, dann droht die soziale Spaltung der Städte.</u></p> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin: 10px 0;"> <p>Bürger/innen-Projekt vom Bürgerkonvent am 2. März 2013:</p> <p>„Sozialer Wohnungsbau muss ausgebaut werden, auch für altersgerechte Wohnungen“</p> </div> <p><u>Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird in der nächsten Legislaturperiode ein „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ initiieren – in einem Bündnis mit den Ländern, Kommunen, den Mieter- und Sozialverbänden, der Bau- und Wohnungswirtschaft und den Gewerkschaften. Unser Ziel ist zukunftsgerechter und zugleich bezahlbarer Wohnraum in intakten und lebendigen Nachbarschaften.</u></p> <p><u>Mit dem „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ werden wir</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • <u>das Zusammenleben von Menschen verschiedenen Alters, verschiedener Herkunft und aus unterschiedlichen sozialen Schichten verbessern, indem wir bauliche, wirtschaftliche, ökologische und soziale Verbesserungen in Stadtquartieren, Städten und Regionen durch demokratische Prozesse ermöglichen und bessere Voraussetzungen für Integration, sowie die Stärkung von Verantwortung, Toleranz und gegenseitigem Respekt schaffen.</u>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 • die Stärkung von Kompetenzen für Verantwortung, Toleranz, gegenseitigem Respekt und gemeinsamen Werten,</p> <p>5 • die ökologische Erneuerung und den barrierefreien Umbau der Städte,</p> <p>10 • das gute, sichere und bezahlbare Wohnen vor allem durch Stärkung des Wohnungsbaus und der Wohnungsbauförderung, sowie den Schutz vor übersteuerten Mieten. Wir werden den sozialen Wohnungsbau und den genossenschaftlichen Gedanken stärken, damit gerade auf angespannten Wohnungsmärkten mehr bezahlbarer Wohnraum entsteht. Wir werden die Mietpreisspirale bremsen und für effiziente, für Mieter bezahlbare und städtebaulich verträgliche neue Wege bei der energetischen Sanierung sorgen. Wir werden umgehend die Einschränkung von Mieterrechten rückgängig machen. Die Kosten für Sanierungen dürfen nicht einseitig den Mieterinnen und Mietern angelastet werden.</p> <p>15 • Eine Bundesregierung unter sozialdemokratischer Führung wird den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wieder einführen und damit das Wohngeld als zielgenaues Instrument der sozialen Sicherung stärken.</p> <p>20 • Wir werden die Maklergebühren neu regeln. Künftig muss der Grundsatz gelten, der sonst überall in der Marktwirtschaft gilt: Wer bestellt, der bezahlt. Es kann nicht sein, dass Wohnungseigentümer und Makler ein Geschäft zu Lasten Dritter, nämlich der wohnungssuchenden Mieter, machen.</p> <p>25 • die Stärkung des genossenschaftlichen Wohnungsneubaus und die Vereinfachung der wohneigentumsbildenden risikoarmen Altersvorsorge mit „steinerner“ Kapitaldeckung,</p> <p>30 • der Um-/ Neubau von Wohnungen, die das Wohnen zuhause bis ins hohe Alter ermöglichen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • <u>die Mietpreisspirale bremsen und den Anstieg der Mieten bei bestehenden Mietverträgen stärker begrenzen. Auch bei Wiedervermietungen werden wir Mieterinnen und Mieter vor überzogenen Forderungen schützen. Wir werden für effiziente, für Mieterinnen und Mieter bezahlbare und städtebaulich verträgliche neue Wege bei der energetischen Sanierung sorgen. Die Kosten für Sanierungen dürfen nicht einseitig den Mieterinnen und Mietern angelastet werden. Wir werden umgehend die Einschränkung von Mieterrechten rückgängig machen.</u> • <u>den Neubau fördern, da ohne eine deutliche Zunahme neuer Wohnungen, alle Maßnahmen zur Mietpreisdämpfung ins Leere laufen. Unser Ziel ist zukunfts- und altersgerechter und zugleich bezahlbarer Wohnraum.</u> • <u>kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen als Garanten für Mietsicherheit und sozial ausgewogene Nachbarschaften stärken. Wir wollen eine Weiterentwicklung des Genossenschaftsgedankens, der für Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Solidarität steht.</u> • <u>die Kompensationszahlungen an die Länder für die soziale Wohnraumbauförderung bis 2019 verstetigen. Die Länder sollen die Mittel zweckgebunden für Wohnungsneubau und -modernisierung einsetzen.</u> • <u>bei Grundstücksvergaben mit gutem Beispiel vorangehen und gute Konzepte für bezahlbaren Wohnraum und eine lebendige Stadt unterstützen. Auch Bauland der Kommunen und der Länder darf nicht immer nur an den Meistbietenden gehen.</u> • <u>den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wieder einführen und das Wohngeld als zielgenaues Instrument der sozialen Sicherung stärken.</u> • <u>die Maklergebühren neu regeln. Künftig muss der Grundsatz gelten, der sonst überall in der Marktwirtschaft gilt: Wer bestellt, der bezahlt. Es kann nicht sein, dass Wohnungseigentümer und Makler ein Geschäft zu Lasten Dritter, nämlich der wohnungssuchenden Mieter machen.</u>

VI.4 Ländliche Räume.

Wir wollen die Lebensqualität und Attraktivität der ländlichen Räume erhöhen. Wir halten am Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands fest, unabhängig von der Himmelsrichtung oder der Größe der Gemeinde. Denn eine gute Versorgungs- und Mobilitätsinfrastruktur und damit auch der Zugang zu sozialer Infrastruktur sind wesentliche Bedingungen dafür, dass alle Regionen gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungschancen haben.

Wir sehen in **Kooperationen auf regionaler Ebene** und zwischen Stadt und Umland einen Schlüssel für eine zukunftsfähige Entwicklung insbesondere ländlicher und schrumpfender Räume. Auf regionaler Ebene ist es möglich, **Konzepte zur Sicherung der Daseinsvorsorge** und für eine zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung zu erarbeiten und umzusetzen.

Wir werden Anreize für stärkere interkommunale Kooperation und Regionsbildung setzen, indem wir regionale integrierte Entwicklungskonzepte in der **Wirtschafts- und Strukturförderung** des Bundes zur Fördervoraussetzung machen und durch bessere

VI.4 Ländliche Räume.

Wir wollen die Lebensqualität und Attraktivität der ländlichen Räume erhöhen. Der ländliche Raum ist Heimat für seine Bewohnerinnen und Bewohner. Wir halten am Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands fest, unabhängig (...) von der Größe der Gemeinde, unabhängig ob in Ost oder West. Denn eine gute Versorgungs- und Mobilitätsinfrastruktur und damit auch der Zugang zu sozialer Infrastruktur sind wesentliche Bedingungen dafür, dass alle Regionen gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungschancen haben.

Ländliche Räume übernehmen vielfältige Funktionen. Sie sind Wohn- und Arbeitsort, genauso wie Ziel von Erholungsuchenden und Urlaubern. Die Natur- und Kulturlandschaften prägen unser Bild von Heimat. Wir werden deshalb in einer Politik der ländlichen Entwicklung den Erhalt von Kulturlandschaften mit ihren Dörfern und kleinen Städten unterstützen.

Wir sehen in **Kooperationen auf regionaler Ebene** und zwischen Stadt und Umland einen Schlüssel für eine zukunftsfähige Entwicklung insbesondere ländlicher und schrumpfender Räume. Auf regionaler Ebene ist es möglich, **Konzepte zur Sicherung der Daseinsvorsorge** und für eine zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung zu erarbeiten und umzusetzen.

Wir werden Anreize für stärkere interkommunale Kooperation und Regionsbildung setzen, indem wir regionale integrierte Entwicklungskonzepte in der **Wirtschafts- und Strukturförderung** des Bundes zur Fördervoraussetzung machen und durch bessere

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
<p>Förderbedingungen belohnen. Unser Ziel ist es, Regionalbudgets zu schaffen – für einen gebündelten und zielgerichteten Fördermitteleinsatz im Rahmen regional angepasster integrierter Entwicklungsstrategien.</p>	<p>Förderbedingungen belohnen. Unser Ziel ist es, Regionalbudgets zu schaffen – für einen gebündelten und zielgerichteten Fördermitteleinsatz im Rahmen regional angepasster integrierter Entwicklungsstrategien.</p>	1
<p>Schnelle Internetzugänge sind für die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Regionen von enormer Bedeutung. Mit zunehmender digitaler Vernetzung können damit hochwertige Dienstleistungen abseits der Boom-Regionen angeboten und neue, qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden. Um ländlichen und strukturschwachen Regionen diese Chance zu eröffnen, sichern wir den flächendeckenden Zugang zu leistungsfähigen Internet-Anschlüssen.</p> <p>Die Ernährungs- und Landwirtschaft hat eine große wirtschaftliche, ökologische und soziale Bedeutung, gerade im Bereich des Klimaschutzes. Wir wollen eine nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft, die zum Erhalt und zur Entwicklung lebenswerter ländlicher Räume und unserer Kulturlandschaft beiträgt. Wir wollen die Ökolandwirtschaft darin unterstützen, die steigende Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln zu decken. Regionalvermarktungsstrategien werden dabei von uns gestärkt.</p> <p>Wir begreifen Landwirtschaftspolitik über den klassischen Produktionsbereich hinaus als Politik für ländliche Räume. Wir wollen die Strukturpolitik stärker mit der Agrarförderung verzahnen, damit kleine und mittlere Unternehmen ihre Innovationspotenziale besser nutzen können.</p> <p>Die bisher ausschließlich auf den engeren Agrarbereich ausgerichteten Förderprogramme müssen stärker als bisher geöffnet werden: für die Förderung von Mikrounternehmen, kleiner und mittelständischer Unternehmen sowie für kommunale Basisdienste und zur Erhaltung des Kultur- und Naturerbes. Wir wollen die Wertschöpfung im ländlichen Raum erhöhen. Dafür wollen wir die Potenziale der deutschen Ernährung- und Agrarwirtschaft weiter ausbauen. Für die erforderlichen Investitionen in die Menschen und Weiterentwicklung der Unternehmen wollen wir verlässliche und gesellschaftlich akzeptierte Rahmenbedingungen schaffen. Wir fordern gerechte Löhne für gute Arbeit. Ein gesetzlicher Mindestlohn muss in allen Bereichen der Ernährungswirtschaft durchgesetzt werden. Zustände wie in einigen Schlachthöfen, die per Werkvertrag moderne Sklaverei betreiben, nehmen wir nicht hin.</p> <p>Eine multifunktional ausgerichtete Landwirtschaft bildet die Grundlage für eine lebenswerte und leistungsfähige Kulturlandschaft. Die vielfältigen Leistungen, die Landwirte und andere Landnutzer für Natur- und Artenschutz erbringen, können auch zukünftig nur bedingt über die Rohstoffmärkte abgegolten werden. Daher müssen Landwirte und andere Landnutzer einen Anreiz erhalten, die gewünschten öffentlichen Güter bereitzustellen. Die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe muss dabei konsequent auf eine klimaschonende Landbewirtschaftung ausgerichtet werden. Die Potenziale der ökologischen Landwirtschaft müssen ausgebaut, Regionalvermarktungsstrategien und lokale Wertschöpfung gestärkt werden.</p> <p>Tierschutz ist ein unverzichtbarer Bestandteil verantwortungsvoller Ernährungs-, Landwirtschaft-, Verbraucher- und Umweltpolitik. Wir sind stolz darauf, dass es unter unserer Regierungsverantwortung gelungen ist, den Tierschutz im Grundgesetz zu verankern und werden dieses Prinzip auch auf die Einzelgesetzgebung anwenden, z.B. in der Unterbindung von Qualzucht.</p> <p>Mit einem Verbandsklagerecht werden wir Tierschutzorganisationen die rechtliche Handhabe geben, wirkungsvoller gegen Tierschutz-Verstöße vorzugehen. Die landwirtschaftliche Nutztierhaltung muss sich stärker an den Bedürfnissen der Tiere ausrichten. Dafür muss die Forschung für eine moderne Landwirtschaft gestärkt, entsprechende Haltungssysteme vorgegeben und der Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung drastisch vermindert werden. Die Intensivtierhaltung werden wir durch geeignete gesetzliche Maßnahmen zurückdrängen und insbesondere den Kommu-</p>	<p>Schnelle Internetzugänge sind für die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Regionen von enormer Bedeutung. Mit zunehmender digitaler Vernetzung können damit hochwertige Dienstleistungen abseits der Boom-Regionen angeboten und neue, qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden. Um ländlichen und strukturschwachen Regionen diese Chance zu eröffnen, sichern wir den flächendeckenden Zugang zu leistungsfähigen Internet-Anschlüssen.</p> <p>Die Ernährungs- und Landwirtschaft hat eine große wirtschaftliche, ökologische und soziale Bedeutung, gerade im Bereich des Klimaschutzes. Wir wollen eine nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft, die zum Erhalt und zur Entwicklung lebenswerter ländlicher Räume und unserer Kulturlandschaft beiträgt. Wir wollen die Ökolandwirtschaft darin unterstützen, die steigende Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln zu decken. Regionalvermarktungsstrategien werden dabei von uns gestärkt.</p> <p>Wir begreifen Landwirtschaftspolitik über den klassischen Produktionsbereich hinaus als Politik für ländliche Räume. Wir wollen die Strukturpolitik stärker mit der Agrarförderung verzahnen, damit kleine und mittlere Unternehmen ihre Innovationspotenziale besser nutzen können.</p> <p>Die bisher ausschließlich auf den engeren Agrarbereich ausgerichteten Förderprogramme müssen stärker als bisher geöffnet werden: für die Förderung von Mikrounternehmen, kleiner und mittelständischer Unternehmen sowie für kommunale Basisdienste und zur Erhaltung des Kultur- und Naturerbes. Wir wollen die Wertschöpfung im ländlichen Raum erhöhen. Dafür wollen wir die Potenziale der deutschen Ernährung- und Agrarwirtschaft weiter ausbauen. Für die erforderlichen Investitionen in die Menschen und Weiterentwicklung der Unternehmen wollen wir verlässliche und gesellschaftlich akzeptierte Rahmenbedingungen schaffen. Wir fordern gerechte Löhne für gute Arbeit. Ein gesetzlicher Mindestlohn muss in allen Bereichen der Ernährungswirtschaft durchgesetzt werden. Zustände wie in einigen Schlachthöfen, die per Werkvertrag moderne Sklaverei betreiben, nehmen wir nicht hin.</p> <p>Eine multifunktional ausgerichtete Landwirtschaft bildet die Grundlage für eine lebenswerte und leistungsfähige Kulturlandschaft. Die vielfältigen Leistungen, die Landwirte und andere Landnutzer für Natur- und Artenschutz erbringen, können auch zukünftig nur bedingt über die Rohstoffmärkte abgegolten werden. Daher müssen Landwirte und andere Landnutzer einen Anreiz erhalten, die gewünschten öffentlichen Güter bereitzustellen. Die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe muss dabei konsequent auf eine klimaschonende Landbewirtschaftung ausgerichtet werden. Die Potenziale der ökologischen Landwirtschaft müssen ausgebaut, Regionalvermarktungsstrategien und lokale Wertschöpfung gestärkt werden.</p> <p>Tierschutz ist ein unverzichtbarer Bestandteil verantwortungsvoller Ernährungs-, Landwirtschaft-, Verbraucher- und Umweltpolitik. Wir sind stolz darauf, dass es unter unserer Regierungsverantwortung gelungen ist, den Tierschutz im Grundgesetz zu verankern und werden dieses Prinzip auch auf die Einzelgesetzgebung anwenden, z.B. in der Unterbindung von Qualzucht.</p> <p>Mit einem Verbandsklagerecht werden wir Tierschutzorganisationen die rechtliche Handhabe geben, wirkungsvoller gegen Tierschutz-Verstöße vorzugehen. Die landwirtschaftliche Nutztierhaltung muss sich stärker an den Bedürfnissen der Tiere ausrichten. Dafür muss die Forschung für eine moderne Landwirtschaft gestärkt, entsprechende Haltungssysteme vorgegeben und der Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung drastisch vermindert werden. Die Intensivtierhaltung werden wir durch geeignete gesetzliche Maßnahmen zurückdrängen und insbesondere den Kommu-</p>	5 10 15 20 25 30 35 40 45 50 55 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 nen mehr Möglichkeiten zur baurechtlichen Steuerung geben. Es braucht eine Kennzeichnung von Lebensmitteln aus artgerechter Haltung: transparent, einfach und verbraucherfreundlich. Den Handel mit und die Haltung von Tieren, insbesondere auch von Wild- 5 tieren und exotischen Tieren, wollen wir bundeseinheitlich regeln. Der Import von Wildfängen soll generell verboten werden und ge- werbliche Tierbörsen werden wir schließen. Die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe muss konsequent auf eine klimaschonende Landbewirtschaftung ausgerichtet wer- den. Dazu gehört auch eine nachhaltige Biomasseproduktion, 10 mit der den problematischen Veränderungen in der Agrarstruktur entgegengewirkt wird. Der zunehmende Biomasse-, insbesonde- re Maisanbau konkurriert mit den Arten- und Naturschutzzielen der nationalen Biodiversitätsstrategie und führt zu einem ver- stärkten Stickstoffeintrag in die Gewässer sowie in der Regel zu 15 einer Verschlechterung der Bodenqualität. Im Rahmen einer inte- grierten Biomassestrategie wollen wir die Nutzungskonkurrenzen entschärfen. Durch einen effizienteren Wissenstransfer kann die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Betriebe im ländli- chen Raum verbessert werden. Kooperationen zwischen den Wirt- schafts beteiligten entlang von Wertschöpfungsketten, zwischen 20 Stadt und Land sowie zwischen Regionen wollen wir besonders fördern. Das bestehende System der EU-Agrarförderung muss konse- quent umgebaut werden zugunsten des ländlichen Raums. Es ist 25 richtig, die Förderung breiter auf den ländlichen Raum auszurich- ten und stärker an Leistungen für die Gesellschaft zu binden: Der Rückgang des Grünlandes überall in Europa muss ebenso gebremst wie der Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden reduziert werden 30 muss. Wir brauchen eine vielfältigere Fruchtfolge, um Monokultu- ren zurückzudrängen. Wichtig sind neue Entwicklungsimpulse für unsere ländlichen Räume. Die Mittel müssen wirksamer werden, indem sie eine brei- tere Palette an wirtschaftlichen Impulsen für den ländlichen Raum 35 fördern: regionale Veredelungswirtschaft, Handwerk, Tourismus, Gesundheitswesen und Dienstleistungen. Und die Fördermittel müssen dazu beitragen, die immer noch zu hohen Umweltschäden durch Teile der Landwirtschaft, Gewässer- und Luftbelastungen, Artenschwund und Bodenbeeinträchtigungen zu mindern. 40 Langfristig treten wir dafür ein, dass die sogenannte „erste Säule“ der pauschalen Agrarsubventionen bis auf einen kleinen Sockelbe- trag abgeschmolzen und in die „zweite Säule“ zur Stärkung und Wiederbelebung des ländlichen Raumes umgeschichtet wird.</p>	<p>nen mehr Möglichkeiten zur baurechtlichen Steuerung geben. Es braucht eine Kennzeichnung von Lebensmitteln aus artgerechter Haltung: transparent, einfach und verbraucherfreundlich. Den Handel mit und die Haltung von Tieren, insbesondere auch von Wild- 5 tieren und exotischen Tieren, wollen wir bundeseinheitlich regeln. Der Import von Wildfängen soll generell verboten werden und ge- werbliche Tierbörsen werden wir schließen. Die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe muss konsequent auf eine klimaschonende Landbewirtschaftung ausgerichtet wer- den. Dazu gehört auch eine nachhaltige Biomasseproduktion, 10 mit der den problematischen Veränderungen in der Agrarstruktur entgegengewirkt wird. Der zunehmende Biomasse-, insbesonde- re Maisanbau konkurriert mit den Arten- und Naturschutzzielen der nationalen Biodiversitätsstrategie und führt zu einem ver- stärkten Stickstoffeintrag in die Gewässer sowie in der Regel zu 15 einer Verschlechterung der Bodenqualität. Im Rahmen einer inte- grierten Biomassestrategie wollen wir die Nutzungskonkurrenzen entschärfen. Durch einen effizienteren Wissenstransfer kann die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Betriebe im ländli- chen Raum verbessert werden. Kooperationen zwischen den Wirt- schafts beteiligten entlang von Wertschöpfungsketten, zwischen 20 Stadt und Land sowie zwischen Regionen wollen wir besonders fördern. Das bestehende System der EU-Agrarförderung muss konse- quent umgebaut werden zugunsten des ländlichen Raums. Es ist 25 richtig, die Förderung breiter auf den ländlichen Raum auszurich- ten und stärker an Leistungen für die Gesellschaft zu binden: Der Rückgang des Grünlandes überall in Europa muss ebenso gebremst wie der Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden reduziert werden 30 muss. Wir brauchen eine vielfältigere Fruchtfolge, um Monokultu- ren zurückzudrängen. Wichtig sind neue Entwicklungsimpulse für unsere ländlichen Räume. Die Mittel müssen wirksamer werden, indem sie eine brei- tere Palette an wirtschaftlichen Impulsen für den ländlichen Raum 35 fördern: regionale Veredelungswirtschaft, Handwerk, Tourismus, Gesundheitswesen und Dienstleistungen. Und die Fördermittel müssen dazu beitragen, die immer noch zu hohen Umweltschäden durch Teile der Landwirtschaft, Gewässer- und Luftbelastungen, Artenschwund und Bodenbeeinträchtigungen zu mindern. 40 Langfristig treten wir dafür ein, dass die sogenannte „erste Säule“ der pauschalen Agrarsubventionen bis auf einen kleinen Sockelbe- trag abgeschmolzen und in die „zweite Säule“ zur Stärkung und Wiederbelebung des ländlichen Raumes umgeschichtet wird.</p>
<p>45 VII. Umwelt- und Verbraucherschutz.</p>	<p>VII. Umwelt- und Verbraucherschutz.</p>
<p>VII. 1 Lebensqualität und Innovation 50 durch gute Umweltpolitik.</p>	<p>VII. 1 Lebensqualität und Innovation durch gute Umweltpolitik.</p>
<p>Für uns ist Umweltschutz immer auch eine zukunftsorientierte In- vestition in gesundheitliche Vorsorge und Lebensqualität. Luftrein- haltung (u.a. Schutz vor Feinstaub), Lärmschutz, gesunde Böden, 55 saubere Gewässer, gesunde Lebensmittel und intakte Ökosysteme sind Voraussetzung für Lebensqualität, auf die alle Menschen ein- nen Anspruch haben. Umweltschutz ist damit kein Luxusthema, sondern eine Frage sozialer Gerechtigkeit. Vor allem finanziell schwache Haushalte in einfachen Wohngegen- den leiden beispielsweise häufig unter Lärm und Schadstoffeinwir- kungen. Umweltschutz dient deshalb auch dem sozialen Ausgleich. Ziel unserer Umweltpolitik ist darum insbesondere die Reduzie- rung von (Verkehrs-)Lärm und die Verringerung von Schadstoffen 65 in Luft und Böden. Wir werden ministeriumsübergreifend ein Ak- tionsprogramm Lärmschutz mit dem Ziel umsetzen: Die Zahl der von Lärm gesundheitlich beeinträchtigten Menschen in Deutsch- land wollen wir bis 2020 halbieren.</p>	<p>Für uns ist Umweltschutz immer auch eine zukunftsorientierte In- vestition in gesundheitliche Vorsorge und Lebensqualität. Luftrein- haltung (u.a. Schutz vor Feinstaub), Lärmschutz, gesunde Böden, 55 saubere Gewässer, gesunde Lebensmittel und intakte Ökosysteme sind Voraussetzung für Lebensqualität, auf die alle Menschen ein- nen Anspruch haben. Umweltschutz ist damit kein Luxusthema, sondern eine Frage sozialer Gerechtigkeit. Vor allem finanziell schwache Haushalte in einfachen Wohngegen- den leiden beispielsweise häufig unter Lärm und Schadstoffeinwir- kungen. Umweltschutz dient deshalb auch dem sozialen Ausgleich. Ziel unserer Umweltpolitik ist darum insbesondere die Reduzie- rung von (Verkehrs-)Lärm und die Verringerung von Schadstoffen 65 in Luft und Böden. Wir werden ministeriumsübergreifend ein Ak- tionsprogramm Lärmschutz mit dem Ziel umsetzen: Die Zahl der von Lärm gesundheitlich beeinträchtigten Menschen in Deutsch- land wollen wir bis 2020 halbieren.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
<p>Der weltweit rasant steigende Verbrauch von natürlichen Ressourcen wird in naher Zukunft zu Problemen führen, die vor allem nachfolgende Generationen belasten werden. Wir wollen Gerechtigkeit zwischen den Generationen durch eine Senkung der Materialintensität, der Minimierung von Abfall und durch Kreislaufsysteme eine Entkoppelung von Wohlstand und quantitativem Wachstum erreichen. Eine Grundlage bilden dabei die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Eine ökologische Industrie-gesellschaft bleibt unser Ziel: Durch klare Nachhaltigkeitsziele entstehen innovative neue Dienstleistungen und Produkte. Der verminderte Einsatz von Ressourcen bei Material- und Energiekosten stärkt zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.</p>	<p>Der weltweit rasant steigende Verbrauch von natürlichen Ressourcen wird in naher Zukunft zu Problemen führen, die vor allem nachfolgende Generationen belasten werden. Wir wollen Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Durch eine Senkung der Materialintensität, der Minimierung von Abfall und durch Kreislaufsysteme wollen wir eine Entkoppelung von Wohlstand und quantitativem Wachstum erreichen. Eine Grundlage bilden dabei die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Eine ökologische Industrie-gesellschaft bleibt unser Ziel: Durch klare Nachhaltigkeitsziele entstehen innovative neue Dienstleistungen und Produkte. Der verminderte Einsatz von Ressourcen bei Material- und Energiekosten stärkt zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. <u>Im Bereich der Abfallwirtschaft sehen wir die Kommunen als zentralen Akteur, der Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllt.</u></p>	1 5 10
<p>Umwelt- und Naturschutzverbände haben als Anwälte der Natur eine wichtige Bedeutung. Wir werden die Voraussetzungen dafür bieten, dass sie beim Umbau zur ökologischen Industriegesellschaft ihre Rolle moderierend und gestaltend erfüllen können. Wir werden den Klimawandel bekämpfen und bis zum Jahr 2050 mindestens 95% unserer CO₂-Emissionen im Vergleich zum Basisjahr 1990 absenken. In der EU setzen wir uns für eine Reaktivierung des Emissionshandels und eine unkonditionierte Zusage zur Verminderung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30% ein. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, werden wir ein verbindliches nationales Klimaschutzgesetz mit Zwischenschritten (40% Senkung bis 2020, 60% bis 2030 und mindestens 80% bis 2040) erarbeiten.</p>	<p>Umwelt- und Naturschutzverbände haben als Anwälte der Natur eine wichtige Bedeutung. Wir werden die Voraussetzungen dafür bieten, dass sie beim Umbau zur ökologischen Industriegesellschaft ihre Rolle moderierend und gestaltend erfüllen können. Wir werden den Klimawandel bekämpfen und bis zum Jahr 2050 mindestens 95% unserer CO₂-Emissionen im Vergleich zum Basisjahr 1990 absenken. In der EU setzen wir uns für eine Reaktivierung des Emissionshandels und eine unkonditionierte Zusage zur Verminderung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30% ein. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, werden wir ein verbindliches nationales Klimaschutzgesetz mit Zwischenschritten (40% Senkung bis 2020, 60% bis 2030 und mindestens 80% bis 2040) erarbeiten.</p>	15 20 25
<p>Deutschland hat noch immer einen besonders hohen Flächenverbrauch, wertvolle Bodenfläche geht verloren. Das bedroht die Artenvielfalt, führt zu Überschwemmungen und trägt zum Klimawandel bei. Um das Reduktionsziel der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie von 30ha zusätzlichen Flächenverbrauch pro Tag zu erreichen, muss erheblich mehr getan werden. Langfristig müssen sich Ver- und Entsiegelung die Waage halten. Eine kluge Raumordnungspolitik kann eine positive wirtschaftliche Entwicklung in ländlichen Räumen und zusätzlichem Wohnungsbau in Einklang bringen.</p>	<p>Deutschland hat noch immer einen besonders hohen Flächenverbrauch, wertvolle Bodenfläche geht verloren. Das bedroht die Artenvielfalt, führt zu Überschwemmungen und trägt zum Klimawandel bei. Um das Reduktionsziel der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie von 30ha zusätzlichen Flächenverbrauch pro Tag zu erreichen, muss erheblich mehr getan werden. Langfristig müssen sich Ver- und Entsiegelung die Waage halten. Eine kluge Raumordnungspolitik kann eine positive wirtschaftliche Entwicklung in ländlichen Räumen und zusätzlichem Wohnungsbau in Einklang bringen.</p>	30 35
<p>Um Wälder und Forste für heutige und zukünftige Generationen zu erhalten, setzen wir uns für eine naturnahe Waldwirtschaft ein, die Waldnutzung und Waldschutz miteinander verbindet. Dies wollen wir in Form der „Guten fachlichen Praxis“ auch gesetzlich verankern. Die Wälder im Eigentum des Bundes sollen nach den Grundsätzen des naturnahen Waldbaus bewirtschaftet und stufenweise Forest Stewardship Council (FSC)-zertifiziert werden. Wir sehen es als sinnvoll an, das Bundesjagdgesetz zu überarbeiten und stärker an waldökologischen Anforderungen und am Tierschutz auszurichten.</p>	<p>Um Wälder und Forste für heutige und zukünftige Generationen zu erhalten, setzen wir uns für eine naturnahe Waldwirtschaft ein, die Waldnutzung und Waldschutz miteinander verbindet. Dies wollen wir in Form der „Guten fachlichen Praxis“ auch gesetzlich verankern. Die Wälder im Eigentum des Bundes sollen nach den Grundsätzen des naturnahen Waldbaus bewirtschaftet und stufenweise Forest Stewardship Council (FSC)-zertifiziert werden. Wir sehen es als sinnvoll an, das Bundesjagdgesetz zu überarbeiten und stärker an waldökologischen Anforderungen und am Tierschutz auszurichten.</p>	40 45
<p>Nur durch eine konsequente Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategie werden wir außerdem erreichen können, dass das dramatische Artensterben und der dauerhafte Verlust an Biodiversität kurzfristig verringert und langfristig gestoppt werden kann. Dafür ist auch eine Vernetzung der deutschen Naturschutzgebiete, auch im Küstenbereich, notwendig. Wir werden uns aber nicht nur in Deutschland, sondern auch weltweit für den Erhalt unserer Umwelt einsetzen und international für den Meeresschutz auf hoher See und gegen die drohende Überfischung außerhalb staatlicher Hoheitsgebiete eintreten.</p>	<p>Nur durch eine konsequente Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategie werden wir außerdem erreichen können, dass das dramatische Artensterben und der dauerhafte Verlust an Biodiversität kurzfristig verringert und langfristig gestoppt werden kann. Dafür ist auch eine Vernetzung der deutschen Naturschutzgebiete, auch im Küstenbereich, notwendig. Wir werden uns aber nicht nur in Deutschland, sondern auch weltweit für den Erhalt unserer Umwelt einsetzen und international für den Meeresschutz auf hoher See und gegen die drohende Überfischung außerhalb staatlicher Hoheitsgebiete eintreten.</p>	50 55
<p>Wie wichtig der umsichtige Umgang mit der Natur für unsere Zukunft ist, muss für alle verständlich vermittelt werden. Das dafür notwendige Wissen muss in Bildung und Ausbildung fest verankert werden. Umweltbildung kann in allen Bereichen ein Bewusstsein für Nachhaltigkeit schaffen: Energieeffizienz, Lebensmittelverbrauch, ökologische Landwirtschaft.</p>	<p>Wie wichtig der umsichtige Umgang mit der Natur für unsere Zukunft ist, muss für alle verständlich vermittelt werden. Das dafür notwendige Wissen muss in Bildung und Ausbildung fest verankert werden. Umweltbildung kann in allen Bereichen ein Bewusstsein für Nachhaltigkeit schaffen: Energieeffizienz, Lebensmittelverbrauch, ökologische Landwirtschaft.</p>	60 65

VII.2 Verbraucherinnen und Verbraucher schützen und stärken.

Abzocke bei Banken, explodierende Energiekosten, Internethandel und seitenlange Allgemeine Geschäftsbedingungen, die kein Mensch versteht: Der **Alltag** ist für Verbraucherinnen und Verbraucher in den letzten Jahren komplexer und für viele zur unüberwindbaren Herausforderung geworden. Für den Einzelnen steht heute mehr als früher auf dem Spiel. Wer beispielsweise die falsche private Altersvorsorge abschließt, kann diese Entscheidung kaum mehr korrigieren und hat später einen deutlich schlechteren Lebensstandard.

Für uns ist **Verbraucherpolitik** ein wesentlicher Baustein einer gerechten und solidarischen Gesellschaftspolitik. Der Markt muss den Menschen dienen, nicht umgekehrt. Dies gilt umso mehr, wenn Menschen in existenziellen Fragen – wie der Vorsorge fürs Alter, für Gesundheit und Pflege – zunehmend auf Leistungen angewiesen sind, die nicht mehr vom Staat bereitgestellt, sondern auf dem freien Markt angeboten werden. Einfache, merkbare und nachvollziehbare Regelungen sollen dafür sorgen, dass nicht nur Expertinnen und Experten zu ihrem Recht kommen, sondern dass der „Gesunde Menschenverstand“ ausreicht.

Deshalb stellt unsere Verbraucherpolitik den Menschen in den Mittelpunkt. Unabhängig von Herkunft, Bildungsstand und finanziellen Möglichkeiten sollen Verbraucherinnen und Verbraucher Märkte **aktiv** mitgestalten und hinsichtlich Arbeitsbedingungen und Umweltstandards verantwortlich handeln können. Soziale und ökologische Aspekte der Produktion und des Unternehmensverhaltens dürfen nicht bloß als unverbindliche Werbung in Nachhaltigkeitsberichten eingesetzt werden, sondern müssen ernstgenommen werden. Wir setzen uns für eine Erweiterung und Präzisierung der Berichtspflichten von Unternehmen ein, damit künftig soziale und ökologische Herstellungsbedingungen klar und verbindlich ausgewiesen sind.

Verbraucherinnen und Verbraucher müssen sicher sein vor unlauteren Geschäftspraktiken, vor dem Missbrauch ihrer Daten, vor gefährlichen Produkten und vor existenzbedrohenden Fehlentscheidungen, zum Beispiel bei der Altersvorsorge aber auch beim Immobilienkauf. Abmahnmissbrauch muss wirksam eingedämmt werden, indem der Streitwert für Urheberrechtsverletzungen im Internet im privaten Bereich begrenzt wird. Sie müssen mit ihren Bedürfnissen und Interessen ernst genommen werden. Hierzu gilt es, die Marktmacht der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber den Anbietern zu stärken.

Wir wollen mehr **Markttransparenz**: Der Zugang zu Informationen muss erleichtert und Anbieter zu einer klaren und leicht verständlichen Darstellung von Informationen verpflichtet werden. Wir wollen die Menschen in ihren Rechten, ihrem Wissen und ihren Möglichkeiten stärken, damit sie Einfluss nehmen können auf den Markt. Sie sollen schnell und unkompliziert Produkte vergleichen und eine bewusste Kaufentscheidung treffen können. Deshalb wollen wir klare Aussagen über Herkunft, Eigenschaften und Inhalte von Produkten, leicht verständliche und schnell vergleichbare Informationen wie die Ampelkennzeichnung für Nährwerte bei Lebensmitteln und aussagekräftige und klare Informationen bei Finanz- und Versicherungsprodukten. Wir wollen die unabhängige Honorarberatung als echte Alternative zur Provisionsvermittlung ausbauen. Dazu werden alle Anbieter zum Angebot von Nettotarifen verpflichtet.

Versicherungsnehmer haben einen Anspruch auf Einhaltung ihrer Verträge. Ansprüche aus Lebensversicherungen dürfen deshalb nicht nach Kassenlage der Versicherungsunternehmen gekürzt werden.

VII.2 Verbraucherinnen und Verbraucher schützen und stärken.

Abzocke bei Banken, explodierende Energiekosten, Internethandel und seitenlange Allgemeine Geschäftsbedingungen, die kein Mensch versteht: Der **Alltag** ist für Verbraucherinnen und Verbraucher in den letzten Jahren komplexer und für viele zur unüberwindbaren Herausforderung geworden. Für den Einzelnen steht heute mehr als früher auf dem Spiel. Wer beispielsweise die falsche private Altersvorsorge abschließt, kann diese Entscheidung kaum mehr korrigieren und hat später einen deutlich schlechteren Lebensstandard.

Für uns ist **Verbraucherpolitik** ein wesentlicher Baustein einer gerechten und solidarischen Gesellschaftspolitik. Der Markt muss den Menschen dienen, nicht umgekehrt. Dies gilt umso mehr, wenn Menschen in existenziellen Fragen – wie der Vorsorge fürs Alter, für Gesundheit und Pflege – zunehmend auf Leistungen angewiesen sind, die nicht mehr vom Staat bereitgestellt, sondern auf dem freien Markt angeboten werden. Einfache, merkbare und nachvollziehbare Regelungen sollen dafür sorgen, dass nicht nur Expertinnen und Experten zu ihrem Recht kommen, sondern dass der „Gesunde Menschenverstand“ ausreicht.

Deshalb stellt unsere Verbraucherpolitik den Menschen in den Mittelpunkt. Unabhängig von Herkunft, Bildungsstand und finanziellen Möglichkeiten sollen Verbraucherinnen und Verbraucher Märkte **aktiv** mitgestalten und hinsichtlich Arbeitsbedingungen und Umweltstandards verantwortlich handeln können. Soziale und ökologische Aspekte der Produktion und des Unternehmensverhaltens dürfen nicht bloß als unverbindliche Werbung in Nachhaltigkeitsberichten eingesetzt werden, sondern müssen ernstgenommen werden. Wir setzen uns für eine Erweiterung und Präzisierung der Berichtspflichten von Unternehmen ein, damit künftig soziale und ökologische Herstellungsbedingungen klar und verbindlich ausgewiesen sind.

Die digitale Welt verändert rasant Techniken und Märkte. Diese müssen so ausgestaltet sein, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher die sich daraus ergebenden Möglichkeiten sicher nutzen können. (...) Sie müssen sicher sein vor unlauteren Geschäftspraktiken, vor dem Missbrauch ihrer Daten. **Ebenso müssen sie geschützt werden** vor gefährlichen Produkten und vor existenzbedrohenden Fehlentscheidungen, zum Beispiel bei der Altersvorsorge aber auch beim Immobilienkauf. Abmahnmissbrauch muss wirksam eingedämmt werden, indem der Streitwert für Urheberrechtsverletzungen im Internet im privaten Bereich begrenzt wird. Sie müssen mit ihren Bedürfnissen und Interessen ernst genommen werden. Hierzu gilt es, die Marktmacht der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber den Anbietern zu stärken.

Wir wollen mehr **Markttransparenz**: Der Zugang zu Informationen muss erleichtert und Anbieter zu einer klaren und leicht verständlichen Darstellung von Informationen verpflichtet werden. Wir wollen die Menschen in ihren Rechten, ihrem Wissen und ihren Möglichkeiten stärken, damit sie Einfluss nehmen können auf den Markt. Sie sollen schnell und unkompliziert Produkte vergleichen und eine bewusste Kaufentscheidung treffen können. **Verbraucherinformationen können aber keine wirksame Marktkontrolle, die u.a. unsichere Produkte von vornherein vom Markt fernhält und Rechtsdurchsetzung ersetzen. (...) Wir wollen** klare Aussagen über Herkunft, Eigenschaften und Inhalte von Produkten, leicht verständliche und schnell vergleichbare Informationen wie die Ampelkennzeichnung für Nährwerte bei Lebensmitteln und aussagekräftige und klare Informationen bei Finanz- und Versicherungsprodukten. Wir wollen die unabhängige Honorarberatung als echte Alternative zur Provisionsvermittlung ausbauen. Dazu werden alle Anbieter zum Angebot von Nettotarifen verpflichtet.

Versicherungsnehmer haben einen Anspruch auf Einhaltung ihrer Verträge. Ansprüche aus Lebensversicherungen dürfen deshalb nicht nach Kassenlage der Versicherungsunternehmen gekürzt werden.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Beratung, Forschung und starke „Marktwächter“.</p> <p>Wir wollen die Beratung und Information in Bund und Ländern weiter ausbauen. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen mehr Rechte auf gute Information bekommen. Dazu werden wir das durch Schwarz-Gelb schwach ausgestaltete Verbraucherinformationsgesetz verbessern: Der Anwendungsbereich muss auf alle Produkte und Dienstleistungen erweitert, die Informationspflicht der Behörden klar geregelt und sogar ein begrenzter Informationsanspruch gegenüber den Unternehmen geschaffen werden.</p> <p>Wir werden die Verbraucherforschung ausbauen und ihre Ergebnisse nutzen, um Instrumente und Maßnahmen zu entwickeln, die der Vielfalt der Verbraucherinnen und Verbraucher und ihrer Bedürfnisse Rechnung tragen.</p> <p>Wichtig ist auch die Verbraucherbildung. Wir setzen uns für entsprechende Angebote der Bildungseinrichtungen ein – vom Kindergarten über Schulen und außerschulische Einrichtungen bis in die Erwachsenenbildung. Schon Kinder und Jugendliche müssen den Umgang mit Geld, Werbung und anderen Anbieterstrategien erlernen. Kinder stehen als Konsumenten von Morgen besonders im Fokus von Wirtschaft und Werbung. Sie brauchen besonderen Schutz: sicheres Spielzeug, eine unbelastete Umwelt, gesundes Essen und werbefreie Räume.</p> <p>Wir werden die Bankautomatengebühren auf maximal zwei Euro deckeln, die Banken zu sicherem Onlinebanking ohne Mehrkosten verpflichten, angemessene Dispozinsen in Höhe von maximal acht Prozent über Basiszinssatz gesetzlich sicherstellen und den Zugang zu einem preiswerten Pfändungsschutzkonto erleichtern. Und wir wollen, dass jede und jeder ein Recht auf ein Girokonto bei der von ihm gewählten Bank hat.</p> <p>Nicht zuletzt aufgrund der regional angespannten Lage auf dem Immobilienmarkt stellt der Verkauf minderwertiger und/oder auch mangelhafter Objekte eine Existenzbedrohung für eine zunehmende Zahl von Betroffenen dar. Hier müssen nicht zuletzt Vermittlern und Finanzinstituten deutliche Schranken gesetzt werden.</p> <p>Wir wollen Strukturen schaffen, die das Verhältnis von Verbraucherinnen und Verbrauchern und Anbietern neu austarieren und ein hohes Schutzniveau für Bank- und Versicherungskunden garantieren – unabhängig davon, wo Produkte gekauft werden. Dazu braucht es ein einheitliches und zuverlässiges Aufsichtssystem für alle Teilbereiche des Versicherungs- und Finanzmarktes.</p> <p>Dazu werden wir erstens die staatlichen Institutionen stärken und zum Beispiel die Bundesanstalt für die Finanzdienstleistungsaufsicht, die Bundesnetzagentur und die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung mit neuen Aufgaben in der Verbraucherpolitik beauftragen. Zudem prüfen wir die Einrichtung einer staatlichen „Verbraucher-Ombudsperson“ nach dem Vorbild Dänemarks, die die Durchsetzung von Gesetzen und Verordnungen beaufsichtigen soll. Wir wollen mit der Etablierung von „Marktwächtern“ in allen wichtigen Feldern – Finanzen, Gesundheit, Lebensmittel, Energie und digitale Welt – den Verbraucherschutz stärken. „Marktwächter“ sind – staatlich beauftragte – zivilgesellschaftliche Verbraucherschutzorganisationen wie die Verbraucherzentralen. Die „Marktwächter“ sollen den Markt beobachten, unlautere Praktiken aufspüren, Hinweise systematisch erfassen und Missstände an die Aufsicht weitergeben.</p> <p>Die Ergebnisse der amtlichen Lebensmittelüberwachung müssen grundsätzlich auch unterhalb von Grenzwertüberschreitungen veröffentlicht werden. Zudem wollen wir Verbraucherinnen und Verbraucher mittels einer leicht verständlichen Form wie der Hygieneampel in Restaurants und sämtlichen Lebensmittelbetrieben vor Ort über Überwachungsergebnisse informieren. Mit einem Hinweisgeberschutzgesetz wollen wir erreichen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Hinweise über rechtswidrige Vorgänge in ihren Betrieben an die Behörden weitergeben können, ohne von Kündigung oder anderen Nachteilen bedroht zu sein.</p>	<p>Beratung, Forschung und starke „Marktwächter“. 1</p> <p>Wir wollen die Beratung und Information in Bund und Ländern weiter ausbauen, besondere Bedeutung kommt dabei der Stiftung Warentest, dem Verbraucherrat des DIN und den Verbraucherzentralen zu. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen mehr Rechte auf gute Information bekommen. Dazu werden wir das durch Schwarz-Gelb schwach ausgestaltete Verbraucherinformationsgesetz verbessern: Der Anwendungsbereich muss auf alle Produkte und Dienstleistungen erweitert, die Informationspflicht der Behörden klar geregelt und sogar ein begrenzter Informationsanspruch gegenüber den Unternehmen geschaffen werden. 5</p> <p>Wir werden die Verbraucherforschung ausbauen und ihre Ergebnisse nutzen, um Instrumente und Maßnahmen zu entwickeln, die der Vielfalt der Verbraucherinnen und Verbraucher und ihrer Bedürfnisse Rechnung tragen. 10</p> <p>Wichtig ist auch die Verbraucherbildung. Wir setzen uns für entsprechende Angebote der Bildungseinrichtungen ein – vom Kindergarten über Schulen und außerschulische Einrichtungen bis in die Erwachsenenbildung. Schon Kinder und Jugendliche müssen den Umgang mit Geld, Werbung und anderen Anbieterstrategien erlernen. Kinder stehen als Konsumenten von Morgen besonders im Fokus von Wirtschaft und Werbung. Sie brauchen besonderen Schutz: sicheres Spielzeug, eine unbelastete Umwelt, gesundes Essen und werbefreie Räume. 15</p> <p>Wir werden die Bankautomatengebühren auf maximal zwei Euro deckeln, die Banken zu sicherem Onlinebanking ohne Mehrkosten verpflichten, angemessene Dispozinsen in Höhe von maximal acht Prozent über Basiszinssatz gesetzlich sicherstellen und den Zugang zu einem preiswerten Pfändungsschutzkonto erleichtern. Und wir wollen, dass jede und jeder ein Recht auf ein Girokonto bei der von ihm gewählten Bank hat. 20</p> <p>Nicht zuletzt aufgrund der regional angespannten Lage auf dem Immobilienmarkt stellt der Verkauf minderwertiger und/oder auch mangelhafter Objekte eine Existenzbedrohung für eine zunehmende Zahl von Betroffenen dar. Hier müssen nicht zuletzt Vermittlern und Finanzinstituten deutliche Schranken gesetzt werden. 25</p> <p>Wir wollen Strukturen schaffen, die das Verhältnis von Verbraucherinnen und Verbrauchern und Anbietern neu austarieren und ein hohes Schutzniveau für Bank- und Versicherungskunden garantieren – unabhängig davon, wo Produkte gekauft werden. Dazu braucht es ein einheitliches und zuverlässiges Aufsichtssystem für alle Teilbereiche des Versicherungs- und Finanzmarktes. 30</p> <p>Dazu werden wir erstens die staatlichen Institutionen stärken und zum Beispiel die Bundesanstalt für die Finanzdienstleistungsaufsicht, die Bundesnetzagentur und die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung mit neuen Aufgaben in der Verbraucherpolitik beauftragen. Zudem prüfen wir die Einrichtung einer staatlichen „Verbraucher-Ombudsperson“ nach dem Vorbild Dänemarks, die die Durchsetzung von Gesetzen und Verordnungen beaufsichtigen soll. Wir wollen mit der Etablierung von „Marktwächtern“ in allen wichtigen Feldern – Finanzen, Gesundheit, Lebensmittel, Energie und digitale Welt – den Verbraucherschutz stärken. „Marktwächter“ sind – staatlich beauftragte – zivilgesellschaftliche Verbraucherschutzorganisationen wie die Verbraucherzentralen. Die „Marktwächter“ sollen den Markt beobachten, unlautere Praktiken aufspüren, Hinweise systematisch erfassen und Missstände an die Aufsicht weitergeben. 35</p> <p>Die Ergebnisse der amtlichen Lebensmittelüberwachung müssen grundsätzlich auch unterhalb von Grenzwertüberschreitungen veröffentlicht werden. Zudem wollen wir Verbraucherinnen und Verbraucher mittels einer leicht verständlichen Form wie der Hygieneampel in Restaurants und sämtlichen Lebensmittelbetrieben vor Ort über Überwachungsergebnisse informieren. Mit einem Hinweisgeberschutzgesetz wollen wir erreichen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Hinweise über rechtswidrige Vorgänge in ihren Betrieben an die Behörden weitergeben können, ohne von Kündigung oder anderen Nachteilen bedroht zu sein. 40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Wir lehnen - wie 80 Prozent der deutschen Bevölkerung - den Anbau von GVO-Pflanzen im Lebensmittelkreislauf ab, denn die Grüne Gentechnik darf den Menschen nicht aufgezwungen werden. Damit sie wirklich die Wahl haben, fordern wir eine EU- 5 Kennzeichnungspflicht für Produkte von Tieren, die mit genverän- derten Pflanzen gefüttert wurden. An der Nulltoleranz gegenüber nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Bestandteilen in Le- bensmitteln halten wir fest – ebenso wie an der Saatgutreinheit. Das entspricht dem Vorsorgeprinzip und ist zudem Voraussetzung 10 dafür, dass auch künftig Lebensmittel erzeugt werden können, die den Bedürfnissen der Verbraucherinnen und Verbraucher entspre- chen: ohne Gentechnik.</p>	<p>Wir lehnen - wie 80 Prozent der deutschen Bevölkerung - den Anbau von GVO-Pflanzen im Lebensmittelkreislauf ab, denn die Grüne Gentechnik darf den Menschen nicht aufgezwungen werden. Damit sie wirklich die Wahl haben, fordern wir eine EU- Kennzeichnungspflicht für Produkte von Tieren, die mit genverän- derten Pflanzen gefüttert wurden. An der Nulltoleranz gegenüber nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Bestandteilen in Le- bensmitteln halten wir fest – ebenso wie an der Saatgutreinheit. Das entspricht dem Vorsorgeprinzip und ist zudem Voraussetzung dafür, dass auch künftig Lebensmittel erzeugt werden können, die den Bedürfnissen der Verbraucherinnen und Verbraucher entspre- chen: ohne Gentechnik.</p>
<p>15 VIII. Demokratie leben</p>	<p>VIII. Demokratie leben</p>
<p>VIII.1 Demokratie als Gesellschaftsprinzip.</p>	<p>VIII.1 Demokratie als Gesellschaftsprinzip.</p>
<p>20 Für die Sozialdemokratie ist Demokratie mehr als Wahlen und Abstimmungen. Voraussetzung für eine demokratische und offene Gesellschaft sind demokratische Kultur und Öffentlichkeit genauso wie Transparenz und Partizipation. Dazu gehört auch der Zugang 25 für alle zu qualitativ hochwertiger Information. Zugang zu allen Informationsmöglichkeiten ist ein demokratisches Bürgerrecht. In der Sicherung, Aktualisierung und Ausdehnung dieser Vorausset- zungen, sehen wir die Sozialdemokratie als Treiber einer umfas- senden Demokratisierung der Gesellschaft.</p>	<p>Für die Sozialdemokratie ist Demokratie mehr als Wahlen und Abstimmungen. Voraussetzung für eine demokratische und offene Gesellschaft sind demokratische Kultur und Öffentlichkeit genauso wie Transparenz und Partizipation. Dazu gehört auch der Zugang für alle zu qualitativ hochwertiger Information. Zugang zu allen Informationsmöglichkeiten ist ein demokratisches Bürgerrecht. In der Sicherung, Aktualisierung und Ausdehnung dieser Vorausset- zungen, sehen wir die Sozialdemokratie als Treiber einer umfas- senden Demokratisierung der Gesellschaft.</p>
<p>30 Wir wollen unsere Demokratie stärken, damit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber Politik und staatlichen Insti- tutionen wieder wächst, damit wieder mehr Menschen zur Wahl gehen und damit politische Entscheidungen mehr Legitimität erhal- ten. Wir wollen das Wahlalter auf 16 Jahre senken.</p>	<p>Wir wollen unsere Demokratie stärken, damit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber Politik und staatlichen Insti- tutionen wieder wächst, damit wieder mehr Menschen zur Wahl gehen und damit politische Entscheidungen mehr Legitimität erhal- ten. Wir wollen das Wahlalter auf 16 Jahre senken.</p>
<p>35 Dazu setzen wir auf mehr Offenheit und Transparenz politischer Entscheidungen und der politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger: Wir werden die gesetzlichen Bestimmungen so reformie- ren, dass alle Bundestagsabgeordneten Einkünfte aus ihren Ne- bentätigkeiten vollständig auf Euro und Cent offen legen müssen. 40 Für Parteispenden sollte es eine Höchstgrenze geben von 100.000 Euro pro Spender im Jahr.</p>	<p>Dazu setzen wir auf mehr Offenheit und Transparenz politischer Entscheidungen und der politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger: Wir werden die gesetzlichen Bestimmungen so reformie- ren, dass alle Bundestagsabgeordneten Einkünfte aus ihren Ne- bentätigkeiten vollständig auf Euro und Cent offen legen müssen. Für Parteispenden sollte es eine Höchstgrenze geben von 100.000 Euro pro Spender im Jahr.</p>
<p>Damit Entscheidungsprozesse nachvollziehbar werden, wollen wir ein Lobbyregister beim Deutschen Bundestag einrichten. Deutsch- land hat als einzige parlamentarische Demokratie die UN-Antikor- ruptionskonvention noch nicht ratifiziert, da CDU/CSU und FDP die Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung blockieren. Wir werden unmittelbar nach der Wahl erneut einen entsprechenden Gesetzentwurf im Bundestag einbringen. Auch der Einsatz von ex- ternen Beratern in Bundesministerien muss nachvollziehbar sein. 50 Wir wollen deshalb eine „legislative Fußspur“ einführen aus der hervorgeht, welchen signifikanten Beitrag externe Berater bei der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs geleistet haben.</p>	<p>Damit Entscheidungsprozesse nachvollziehbar werden, wollen wir ein Lobbyregister beim Deutschen Bundestag einrichten. Deutsch- land hat als einzige parlamentarische Demokratie die UN-Antikor- ruptionskonvention noch nicht ratifiziert, da CDU/CSU und FDP die Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung blockieren. Wir werden unmittelbar nach der Wahl erneut einen entsprechenden Gesetzentwurf im Bundestag einbringen. Auch der Einsatz von ex- ternen Beratern in Bundesministerien muss nachvollziehbar sein. Wir wollen deshalb eine „legislative Fußspur“ einführen aus der hervorgeht, welchen signifikanten Beitrag externe Berater bei der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs geleistet haben.</p>
<p>Um keine Zweifel an der Integrität und Unabhängigkeit ausschei- dender Mitglieder der Bundesregierung aufkommen zu lassen, die 55 innerhalb einer Karenzzeit wieder eine berufliche Tätigkeit auf- nehmen wollen, brauchen wir einen Verhaltenskodex, der die Genehmigung der Tätigkeit durch eine Ethikkommission bzw. den Bundeskanzler/die Bundeskanzlerin vorsieht. Der Verhaltenskodex für Mitglieder der Europäischen Kommission ist hier als Vorbild 60 bestens geeignet.</p>	<p>Um keine Zweifel an der Integrität und Unabhängigkeit ausschei- dender Mitglieder der Bundesregierung aufkommen zu lassen, die innerhalb einer Karenzzeit wieder eine berufliche Tätigkeit auf- nehmen wollen, brauchen wir einen Verhaltenskodex, der die Genehmigung der Tätigkeit durch eine Ethikkommission bzw. den Bundeskanzler/die Bundeskanzlerin vorsieht. Der Verhaltenskodex für Mitglieder der Europäischen Kommission ist hier als Vorbild bestens geeignet.</p>
<p>Wir wollen mehr Mitwirkungsrechte der Menschen bei der poli- tischen Willensbildung. Dazu werden wir auf auch Bundesebene Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide einfüh- ren. Für die notwendige Mehrheit einer Grundgesetzänderung werden wir bei den anderen Fraktionen werben. Wir wollen mehr 65 Menschen an der politischen Willensbildung teilhaben lassen und setzen uns dafür ein, dass Menschen, die unter umfassender Be- treuung stehen, das Wahlrecht nicht automatisch entzogen wird.</p>	<p>Wir wollen mehr Mitwirkungsrechte der Menschen bei der poli- tischen Willensbildung. Dazu werden wir auf auch Bundesebene Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide einfüh- ren. Für die notwendige Mehrheit einer Grundgesetzänderung werden wir bei den anderen Fraktionen werben. Wir wollen mehr Menschen an der politischen Willensbildung teilhaben lassen und setzen uns dafür ein, dass Menschen, die unter umfassender Be- treuung stehen, das Wahlrecht nicht automatisch entzogen wird.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Die digitale und technische Innovation eröffnet zusätzliche Mitwirkungsmöglichkeiten (z.B. durch Internetplattformen, liquid democracy und soziale Medien). Diese Möglichkeiten wollen wir aufgreifen, weiterentwickeln und sinnvoll einsetzen. Die Verwaltung soll Transparenz als Chance für mehr Vielfalt und Innovation begreifen. Gleichzeitig ermöglicht mehr Transparenz auch Kontrolle.</p>	<p>Die digitale und technische Innovation eröffnet zusätzliche Mitwirkungsmöglichkeiten (z.B. durch Internetplattformen, liquid democracy und soziale Medien). Diese Möglichkeiten wollen wir aufgreifen, weiterentwickeln und sinnvoll einsetzen. Die Verwaltung soll Transparenz als Chance für mehr Vielfalt und Innovation begreifen. Gleichzeitig ermöglicht mehr Transparenz auch Kontrolle.</p>
<p>Manche sehen im gesteigerten Bedürfnis von Menschen, an politischen Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen aktiv mitwirken zu wollen, eine Bedrohung für staatliche Handlungsfähigkeit. Als Sozialdemokratie begrüßen wir dieses Bedürfnis und die mit ihm verbundene Bereitschaft an aktiver Beteiligung. Woran es jedoch in vielen Fällen fehlt, sind geeignete Partizipationsinstrumente, um auch sozial Schwächeren oder Minderheiten eine faire Chance zur Mitwirkung zu geben.</p>	<p>Manche sehen im gesteigerten Bedürfnis von Menschen, an politischen Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen aktiv mitwirken zu wollen, eine Bedrohung für staatliche Handlungsfähigkeit. Als Sozialdemokratie begrüßen wir dieses Bedürfnis und die mit ihm verbundene Bereitschaft an aktiver Beteiligung. Woran es jedoch in vielen Fällen fehlt, sind geeignete Partizipationsinstrumente, um auch sozial Schwächeren oder Minderheiten eine faire Chance zur Mitwirkung zu geben.</p>
<p>Wir wollen darum unsere klassisch-repräsentative Demokratie um neue und weitergehende Formen der demokratischen Partizipation auf allen politischen Ebenen ergänzen. Eine Möglichkeit ist die Nutzung neuer digitaler Technologien, zum Beispiel in Form von Online-Petitionen und -Befragungen oder Ideen-Wettbewerbe („Crowdsourcing“), wenn sie eine ermöglichende Rolle spielen. Selbstverständlich ist für uns als SPD aber auch, dabei jene Menschen mitzunehmen, die mit diesen neuen Möglichkeiten noch nicht vertraut sind.</p>	<p>Wir wollen darum unsere klassisch-repräsentative Demokratie um neue und weitergehende Formen der demokratischen Partizipation auf allen politischen Ebenen ergänzen. Eine Möglichkeit ist die Nutzung neuer digitaler Technologien, zum Beispiel in Form von Online-Petitionen und -Befragungen oder Ideen-Wettbewerbe („Crowdsourcing“), wenn sie eine ermöglichende Rolle spielen. Selbstverständlich ist für uns als SPD aber auch, dabei jene Menschen mitzunehmen, die mit diesen neuen Möglichkeiten noch nicht vertraut sind.</p>
<p>Damit mehr Partizipation in politischen Prozessen erreicht werden kann, muss Politik und Verwaltung transparenter werden. Transparenz bedeutet dabei nicht gläserne Politiker, sondern konsequente Offenheit bei all jenen Daten, Verträgen und Verfahren, an denen öffentliches Interesse besteht.</p>	<p>Damit mehr Partizipation in politischen Prozessen erreicht werden kann, muss Politik und Verwaltung transparenter werden. Transparenz bedeutet dabei nicht gläserne Politiker, sondern konsequente Offenheit bei all jenen Daten, Verträgen und Verfahren, an denen öffentliches Interesse besteht.</p>
<p>Wir setzen uns deshalb auch auf Bundesebene dafür ein, nach Hamburger Vorbild das Informationsfreiheits- um ein Transparenzgesetz zu erweitern. Ziel soll es sein, möglichst alle für die Öffentlichkeit relevanten Datenbestände, Statistiken, Dokumente und sonstige öffentlich finanzierten Werke frei im Internet zugänglich zu machen. Daneben wollen wir die Ministerien für mehr Bürgerbeteiligung an Gesetzentwürfen und anderen wichtigen Vorhaben öffnen.</p>	<p>Wir setzen uns deshalb auch auf Bundesebene dafür ein, nach Hamburger Vorbild das Informationsfreiheits- um ein Transparenzgesetz zu erweitern. Ziel soll es sein, möglichst alle für die Öffentlichkeit relevanten Datenbestände, Statistiken, Dokumente und sonstige öffentlich finanzierten Werke frei im Internet zugänglich zu machen. Daneben wollen wir die Ministerien für mehr Bürgerbeteiligung an Gesetzentwürfen und anderen wichtigen Vorhaben öffnen.</p>
<h2>VIII.2 Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt stärken.</h2>	<h2>VIII.2 Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt stärken.</h2>
<p>Die Qualität des gesellschaftlichen Miteinanders hängt nicht allein an Wirtschaftsdaten. Es muss gelebt werden, deshalb erfordert das Ehrenamt unsere uneingeschränkte Anerkennung und Förderung.</p>	<p>Die Qualität des gesellschaftlichen Miteinanders hängt nicht allein an Wirtschaftsdaten. Es muss gelebt werden, deshalb erfordert das Ehrenamt unsere uneingeschränkte Anerkennung und Förderung.</p>
<p>Eine Gesellschaft des längeren Lebens eröffnet neue Chancen – auch für mehr Solidarität zwischen den Generationen. Freundschaften, Netzwerke, Dienstleistungen für Menschen und ehrenamtliche Tätigkeiten gewinnen an Bedeutung. Dazu zählen neben den klassischen Freiwilligendiensten beispielsweise auch Bildungs-, Familien- und Sozialpatenschaften sowie Freizeitassistenzen für Menschen mit Behinderungen. Wir wollen auch „Generationenbündnisse“ zwischen Jung und Alt ermutigen. Hilfe von Mensch zu Mensch, die einfach mehr ist als nur eine erkaufte Dienstleistung. Wir setzen auf die Vielfalt des Engagements in Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Selbsthilfegruppen, Migrantenorganisationen, Stiftungen, Freiwilligendiensten, Netzwerken und anderen Organisationen mit Ehrenämtern.</p>	<p>Eine Gesellschaft des längeren Lebens eröffnet neue Chancen – auch für mehr Solidarität zwischen den Generationen. Freundschaften, Netzwerke, Dienstleistungen für Menschen und ehrenamtliche Tätigkeiten gewinnen an Bedeutung. Dazu zählen neben den klassischen Freiwilligendiensten beispielsweise auch Bildungs-, Familien- und Sozialpatenschaften sowie Freizeitassistenzen für Menschen mit Behinderungen. Wir wollen auch „Generationenbündnisse“ zwischen Jung und Alt ermutigen. Hilfe von Mensch zu Mensch, die einfach mehr ist als nur eine erkaufte Dienstleistung. Wir setzen auf die Vielfalt des Engagements in Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Selbsthilfegruppen, Migrantenorganisationen, Stiftungen, Freiwilligendiensten, Netzwerken und anderen Organisationen mit Ehrenämtern.</p>
<p>In den Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften arbeiten viele für ein solidarisches Miteinander. Sie sind ein wichtiger Partner für uns auf dem Weg zu einer besseren Gesellschaft und im Diskurs ethischer Fragen.</p>	<p>In den Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften arbeiten viele für ein solidarisches Miteinander. Sie sind ein wichtiger Partner für uns auf dem Weg zu einer besseren Gesellschaft und im Diskurs ethischer Fragen.</p>
<p>Wir würdigen das Engagement von Wohlfahrtsverbänden. In ihnen engagieren sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger in der direkten Hilfe und im sozialen Miteinander. Wir wollen vor Ort</p>	<p>Wir würdigen das Engagement von Wohlfahrtsverbänden. In ihnen engagieren sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger in der direkten Hilfe und im sozialen Miteinander. Wir wollen vor Ort</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Freiwilligenagenturen, Engagementzentren oder –börsen, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen initiieren und unterstützen. Wir wollen, dass der Bund die Kommunen bei der Engagementförderung direkt unterstützen kann. Deshalb setzen wir uns für die</p> <p>5 Streichung des entsprechenden Kooperationsverbots im Grundgesetz ein. Die für das Miteinander der Generationen so wichtigen Mehrgenerationenhäuser werden wir im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ und durch eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen weiter fördern. Bei Projekten und Unternehmungen mit kulturellen und sozialen Zwecken wollen wir genossenschaftlich organisierte Betriebsformen ermöglichen. Hierzu sollen die</p> <p>10 Gesetze angepasst werden.</p> <p>Sport ist die größte Bürgerbewegung in Deutschland. Sport vermittelt Werte wie Toleranz und Fairness. Sport bringt Menschen zusammen. Sport ist Teil eines gesunden Lebensstils und unterstützt Integration und Bildung. Wir fördern den Breiten- und den Leistungssport und betrachten beides als geeignetes Instrument, um die Inklusion für eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung voranzutreiben.</p> <p>15 Wir setzen uns dafür ein, die Sportförderung für alle transparent und nachvollziehbar zu gestalten und schaffen dafür mit der Verankerung des Sports im Grundgesetz eine klare Grundlage. Ehrenamt braucht die richtigen Bedingungen: Bildungszeiten, Arbeitszeiten, Übergangszeiten, Engagement und Freizeit müssen in</p> <p>20 eine neue Balance gebracht und die Voraussetzungen für lebenslanges Lernen geschaffen werden. Dies ist eine wichtige Säule unserer Initiative für mehr Zeitsouveränität. In diesem Zusammenhang gibt es besondere Faktoren für bürgerschaftliches Engagement wie Unkostenerstattung, Versicherungsschutz, Freiwilligenmanagement, Fortbildungsangebote. Das Engagement muss Möglichkeiten zur</p> <p>25 Teilhabe und Mitgestaltung bieten und Engagierten Handlungs- und Kreativitätsspielräume einräumen. Wir wollen darum gute Rahmenbedingungen und verlässliche Förderstrukturen schaffen für Hospiz- und Besuchsdienste, für Engagierte in Alzheimergesellschaften, für Pflegebegleiter, für Seniorenorganisationen und für Senioren-genossenschaften. Auch für erfolgreiche Integration ist ehrenamtliches Engagement unverzichtbar: in der Nachbarschaft, im Sportverein, in sozialen Einrichtungen, bei den Wohlfahrtsverbänden oder in den Migrantenorganisationen.</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p>	<p>Freiwilligenagenturen, Engagementzentren oder –börsen, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen initiieren und unterstützen. Wir wollen, dass der Bund die Kommunen bei der Engagementförderung direkt unterstützen kann. Deshalb setzen wir uns für die</p> <p>5 Streichung des entsprechenden Kooperationsverbots im Grundgesetz ein. Die für das Miteinander der Generationen so wichtigen Mehrgenerationenhäuser werden wir (...) durch eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen weiter fördern. Bei Projekten und Unternehmungen mit kulturellen und sozialen Zwecken wollen wir genossenschaftlich organisierte Betriebsformen ermöglichen. Hierzu sollen die</p> <p>10 Gesetze angepasst werden.</p> <p>Sport ist die größte Bürgerbewegung in Deutschland. Sport vermittelt Werte wie Toleranz und Fairness. Sport bringt Menschen zusammen. Sport ist Teil eines gesunden Lebensstils und unterstützt Integration und Bildung. Wir fördern den Breiten- und den Leistungssport und betrachten beides als geeignetes Instrument, um die Inklusion für eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung voranzutreiben.</p> <p>15 Wir setzen uns dafür ein, die Sportförderung für alle transparent und nachvollziehbar zu gestalten und schaffen dafür mit der Verankerung des Sports im Grundgesetz eine klare Grundlage. Ehrenamt braucht die richtigen Bedingungen: Bildungszeiten, Arbeitszeiten, Übergangszeiten, Engagement und Freizeit müssen in</p> <p>20 eine neue Balance gebracht und die Voraussetzungen für lebenslanges Lernen geschaffen werden. Dies ist eine wichtige Säule unserer Initiative für mehr Zeitsouveränität. In diesem Zusammenhang gibt es besondere Faktoren für bürgerschaftliches Engagement wie Unkostenerstattung, Versicherungsschutz, Freiwilligenmanagement, Fortbildungsangebote. Das Engagement muss Möglichkeiten zur</p> <p>25 Teilhabe und Mitgestaltung bieten und Engagierten Handlungs- und Kreativitätsspielräume einräumen. Wir wollen darum gute Rahmenbedingungen und verlässliche Förderstrukturen schaffen für Hospiz- und Besuchsdienste, für Engagierte in Alzheimergesellschaften, für Pflegebegleiter, für Seniorenorganisationen und für Senioren-genossenschaften. Auch für erfolgreiche Integration ist ehrenamtliches Engagement unverzichtbar: in der Nachbarschaft, im Sportverein, in sozialen Einrichtungen, bei den Wohlfahrtsverbänden oder in den Migrantenorganisationen.</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p>
<p>VIII.3 Für Freiheit in Sicherheit.</p> <p>Wir spielen nicht Sicherheit und Freiheit gegeneinander aus, sondern sehen in einem umfassenden und sozialen Verständnis von Sicherheit das Fundament für demokratische Freiheit und Offenheit. In der Demokratie gehören Freiheit und Sicherheit zusammen. Frei sind nur Menschen, die nicht in ständiger Furcht vor Gewalt, Kriminalität und Terror leben.</p> <p>45</p> <p>Sicherheit und Bürgerrechte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen eine Sicherheitspolitik mit Augenmaß. Die Polizei leistet unverzichtbare Arbeit für unser Gemeinwohl. Ein friedliches Zusammenleben braucht professionelle und permanent gut geschulte Polizistinnen und Polizisten, die vor Ort präsent sind und die, wo sinnvoll, in Sicherheitspartnerschaften eingebunden sind. Die Arbeit der Polizei muss anerkannt und angemessen ausgestaltet sein. Eine Privatisierung von Sicherheitsaufgaben lehnen wir ab.</p> <p>50</p> <p>Kriminalpolitik mit Augenmaß heißt auch:</p> <p>Die Ursachen von Kriminalität und Gewalt bekämpfen. Mit gezielter Bildungs- und Jugendarbeit, mit Ausbildungs- und Jobperspektiven wollen wir insbesondere verhindern, dass Jugendliche zu Tätern werden. Werden sie dennoch straffällig, so müssen Jugendliche unmittelbar den Zusammenhang zwischen ihrer Tat und der verhängten Strafe erfahren: Dieses Ziel kann dadurch erreicht werden, dass Ermittlungsverfahren effektiv und effizient, d.h. in engerer Kooperation und Vernetzung aller beteiligten Behörden,</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>VIII.3 Für Freiheit in Sicherheit.</p> <p>Wir spielen nicht Sicherheit und Freiheit gegeneinander aus, sondern sehen in einem umfassenden und sozialen Verständnis von Sicherheit das Fundament für demokratische Freiheit und Offenheit. In der Demokratie gehören Freiheit und Sicherheit zusammen. Frei sind nur Menschen, die nicht in ständiger Furcht vor Gewalt, Kriminalität und Terror leben.</p> <p>45</p> <p>Sicherheit und Bürgerrechte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen eine Sicherheitspolitik mit Augenmaß. Die Polizei leistet unverzichtbare Arbeit für unser Gemeinwohl. Ein friedliches Zusammenleben braucht professionelle und permanent gut geschulte Polizistinnen und Polizisten, die vor Ort präsent sind und die, wo sinnvoll, in Sicherheitspartnerschaften eingebunden sind. Die Arbeit der Polizei muss anerkannt und angemessen ausgestaltet sein. Eine Privatisierung von Sicherheitsaufgaben lehnen wir ab.</p> <p>50</p> <p>Kriminalpolitik mit Augenmaß heißt auch:</p> <p>Die Ursachen von Kriminalität und Gewalt bekämpfen. Mit gezielter Bildungs- und Jugendarbeit, mit Ausbildungs- und Jobperspektiven wollen wir insbesondere verhindern, dass Jugendliche zu Tätern werden. Werden sie dennoch straffällig, so müssen Jugendliche unmittelbar den Zusammenhang zwischen ihrer Tat und der verhängten Strafe erfahren: Dieses Ziel kann dadurch erreicht werden, dass Ermittlungsverfahren effektiv und effizient, d.h. in engerer Kooperation und Vernetzung aller beteiligten Behörden,</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>geführt und zum Abschluss gebracht werden, Hauptverfahren zeitnah nach Anklageerhebung eröffnet und abgeschlossen werden. Erziehungsmaßnahmen und Strafen sollen zeitnah nach Rechtskraft des Urteils vollstreckt werden.</p> <p>Wir wollen eine Offensive gegen Wirtschaftskriminalität und Steuerbetrug: Wir lassen nicht zu, dass man die Großen laufen lässt! Dazu brauchen wir mehr Steuerfahnder und an manchen Stellen neue Sanktionsmöglichkeiten (auch zur Vermögensabschöpfung), ein bundesweites Korruptionsregister und den gesetzlich verankerten Schutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern. Korruption und Bestechlichkeit müssen scharf geahndet werden.</p> <p>Die sogenannte Cyberkriminalität, also die Kriminalität im und aus dem Internet steigt besorgniserregend. Die IT-Abhängigkeit von Unternehmen, Staat und Bürgerinnen und Bürgern nimmt zu – und damit auch das Schadenspotenzial.</p> <p>Wir wollen, dass unsere Ermittlungsbehörden auf Augenhöhe mit hochtechnisierten Kriminellen bleiben. Die für die digitale Welt vorhandene Sicherheitsarchitektur muss stetig auf ihre Effektivität und Effizienz, aber auch Verhältnismäßigkeit überprüft und gegebenenfalls an die Erfordernisse eines wachsenden Kriminalitätsfeldes angepasst werden. Auch die Unternehmen müssen ihren Teil gegen Cyberangriffe leisten. Wir wollen, dass sie Attacken melden, damit Polizei und Staatsanwaltschaft rasch Ermittlungen führen können und so Schäden für die Unternehmen, die Kunden und letztlich die Volkswirtschaft minimiert werden. Aber auch jeder und jede Einzelne kann einen Beitrag zur eigenen Sicherheit im Netz leisten. Hierfür wollen wir die Aufklärung und Schulung von Nutzerinnen und Nutzern zur wirksamen Eigenverantwortung in den neuen Netzen vorrangig effektiv fördern. Dazu muss die Vermittlung von Medienkompetenz frühzeitig und lebenslang gefördert werden.</p> <p>Bei alledem stehen wir dazu: Vertrauliche Kommunikation muss vertraulich bleiben. Ausnahmen kann es nur geben, um schwerste Straftaten zu verfolgen, und auch dann nur unter engsten Voraussetzungen und nach rechtsstaatlichen Grundsätzen. Den Umgang mit Verbindungsdaten werden wir auf die Verfolgung schwerster Straftaten beschränken, die Datenarten und Speicherdauer hinsichtlich ihrer Eingriffsintensität differenzieren und Regelungen klar, einfach und zukunftsfähig fassen. Die Speicherung von Bewegungsprofilen wird es mit uns nicht geben.</p> <p>Wir treten auch in der EU für einen effektiven Datenschutz ein. Ziele sind ein hohes Schutzniveau und ein wirksamer Rechtsschutz, sowie starke und unabhängige Datenschutzbeauftragte. Der Datenschutz muss auch den Bedingungen der digitalen Welt entsprechen. Die bewährte Zusammenarbeit mit Experten der Netz-Community und Bürgerrechtsorganisationen wollen wir fortsetzen.</p>	<p>geführt und zum Abschluss gebracht werden, Hauptverfahren zeitnah nach Anklageerhebung eröffnet und abgeschlossen werden. Erziehungsmaßnahmen und Strafen sollen zeitnah nach Rechtskraft des Urteils vollstreckt werden.</p> <p>Wir wollen eine Offensive gegen Wirtschafts- und Steuerkriminalität: Wir lassen nicht zu, dass man die Großen laufen lässt! Dazu brauchen wir mehr Steuerfahnder und an manchen Stellen neue Sanktionsmöglichkeiten (auch zur Vermögensabschöpfung), ein bundesweites Korruptionsregister und den gesetzlich verankerten Schutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern. Korruption und Bestechlichkeit müssen scharf geahndet werden.</p> <p>Die sogenannte Cyberkriminalität, also die Kriminalität im und aus dem Internet steigt besorgniserregend. Die IT-Abhängigkeit von Unternehmen, Staat und Bürgerinnen und Bürgern nimmt zu – und damit auch das Schadenspotenzial.</p> <p>Wir wollen, dass unsere Ermittlungsbehörden auf Augenhöhe mit hochtechnisierten Kriminellen bleiben. Die für die digitale Welt vorhandene Sicherheitsarchitektur muss stetig auf ihre Effektivität und Effizienz, aber auch Verhältnismäßigkeit überprüft und gegebenenfalls an die Erfordernisse eines wachsenden Kriminalitätsfeldes angepasst werden. Auch die Unternehmen müssen ihren Teil gegen Cyberangriffe leisten. Wir wollen, dass sie Attacken melden, damit Polizei und Staatsanwaltschaft rasch Ermittlungen führen können und so Schäden für die Unternehmen, die Kunden und letztlich die Volkswirtschaft minimiert werden. Aber auch jeder und jede Einzelne kann einen Beitrag zur eigenen Sicherheit im Netz leisten. Hierfür wollen wir die Aufklärung und Schulung von Nutzerinnen und Nutzern zur wirksamen Eigenverantwortung in den neuen Netzen vorrangig effektiv fördern. Dazu muss die Vermittlung von Medienkompetenz frühzeitig und lebenslang gefördert werden.</p> <p>Bei alledem stehen wir dazu: Vertrauliche Kommunikation muss vertraulich bleiben. Ausnahmen kann es nur geben, um schwerste Straftaten zu verfolgen, und auch dann nur unter engsten Voraussetzungen und nach rechtsstaatlichen Grundsätzen. Den Umgang mit Verbindungsdaten werden wir auf die Verfolgung schwerster Straftaten beschränken, die Datenarten und Speicherdauer hinsichtlich ihrer Eingriffsintensität differenzieren und Regelungen klar, einfach und zukunftsfähig fassen. Die Speicherung von Bewegungsprofilen wird es mit uns nicht geben.</p> <p>Wir treten auch in der EU für einen effektiven Datenschutz ein. Ziele sind ein hohes Schutzniveau und ein wirksamer Rechtsschutz, sowie starke und unabhängige Datenschutzbeauftragte. Der Datenschutz muss auch den Bedingungen der digitalen Welt entsprechen. Die bewährte Zusammenarbeit mit Experten der Netz-Community und Bürgerrechtsorganisationen wollen wir fortsetzen.</p>
<p>Wir kämpfen entschlossen gegen Gewalt an Frauen vor. Dazu werden wir einen Aktionsplan III zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen entwickeln. Gemeinsam mit den Ländern werden wir ein Konzept entwickeln, wie die Frauenhausfinanzierung auf neue, sichere Füße gestellt und eine bessere finanzielle Ausstattung von Beratungseinrichtungen gewährleistet werden kann. Frauenhandel, „Ehrenmorde“ und Zwangsheirat werden wir scharf bekämpfen und die rechtliche Regelung zum Aufenthaltsrecht sowie zum Zeug/innen- und Opferschutz verbessern. Genitalverstümmelung ist ein schweres Verbrechen an Mädchen und Frauen. Als solches wollen wir es auch künftig im Strafgesetzbuch ausdrücklich unter Strafe stellen.</p>	<p>Gewalt gegen Frauen bekämpfen.</p> <p>Wir kämpfen entschlossen gegen Gewalt gegen Frauen. Dazu werden wir einen Aktionsplan III zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen entwickeln. Gemeinsam mit den Ländern werden wir ein Konzept (...) entwickeln, mit dem durch institutionelle Förderung die Frauenhausfinanzierung auf neue, sichere Füße gestellt und eine bessere finanzielle Ausstattung von Beratungseinrichtungen (...) sichergestellt wird. Wir werden das Ineinandergreifen von Gewaltschutzgesetz und Umgangsrecht verbessern. Die Europaratskonvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt muss in deutsches Recht umgesetzt werden.</p> <p>Frauenhandel, „Ehrenmorde“ und Zwangsheirat werden wir scharf bekämpfen und die rechtliche Regelung zum Aufenthaltsrecht sowie zum Zeug/innen- und Opferschutz verbessern. Genitalverstümmelung ist ein schweres Verbrechen an Mädchen und Frauen. Als solches wollen wir es auch künftig im Strafgesetzbuch ausdrücklich unter Strafe stellen. Zudem werden wir Genitalverstümmelung in den Katalog der Auslandstaten im Strafgesetzbuch aufnehmen.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Rechtsextremismus bekämpfen.</p> <p>Die von der rechtsextremistischen Terrorgruppe „NSU“ begangenen zehn Morde an türkisch- bzw. griechisch stämmigen Bürgern und an einer Polizistin sowie die verübten Sprengstoffanschläge waren ein feiger Angriff auf rechtschaffende Mitbürger und zugleich ein Angriff auf unsere Demokratie.</p> <p>Die Arbeit der Untersuchungsausschüsse im Bund und in mehreren Ländern haben eine Vielzahl an Fehlern und Versäumnissen auf allen Ebenen (Polizei, Verfassungsschutz und Justiz) offenbart, die mit dazu beigetragen haben, dass die Terrorzelle nicht frühzeitig gestoppt werden konnte.</p> <p>Das Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden müssen wir dringend wieder herstellen. Das wollen wir erreichen durch rückhaltlose Aufklärung der Vorgänge, durch institutionelle Reformen und dadurch, dass wir jede Form von Rechtsextremismus frühzeitig und umfassend bekämpfen. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die mit großem Engagement durch den NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages entwickelten Folgerungen und Vorschläge in der nächsten Wahlperiode wirkungsvoll umgesetzt werden.</p> <p>Wir wollen einen Verfassungsschutz, der unsere Verfassung schützt. Mit institutionellen Reformen werden wir den Verfassungsschutz besser aufstellen für den Schutz unserer Demokratie und dazu unter anderem ein transparentes Verfassungsschutzgesetz, das klare Regeln im Umgang mit V-Leuten enthält, einführen. Wir werden die Zusammenarbeit von Bund und Ländern beim Verfassungsschutz, den Polizeien und den Staatsanwaltschaften verbessern – und, wo notwendig, neue Kompetenzen schaffen ohne in bestehende Länderkompetenzen einzugreifen. Und wir werden unsere Sicherheitsbehörden noch stärker und stetig sensibilisieren für die Gefahren, die unserer Demokratie von Rechts drohen.</p> <p>Wir bekämpfen auch den organisierten Rechtsextremismus. Deshalb wollen wir die NPD verbieten. Sie ist in aggressiver Form rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich und missbraucht das Parteienprivileg unserer Verfassung. Wir wollen nicht länger zulassen, dass ihre mithin gewaltbereite Menschenfeindlichkeit auch noch durch Steuermittel finanzieren wird.</p> <p>Klar ist aber auch: Kein NPD-Verbot, keine Sicherheitsbehörde ist so wirkungsvoll im Kampf gegen Rechtsextremismus, wie eine wachsame und aktive Zivilgesellschaft. Deshalb müssen wir vor allem die Zivilgesellschaft stärken. Mit einem integrierten Konzept gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wollen wir die Kräfte der Zivilgesellschaft, der Ermittlungsbehörden und der Politik in Kommunen, Land und Bund bündeln. Mit einer Demokratieoffensive wollen wir das Rückgrat unserer Gesellschaft durch Bildung, Ausbildung, Antidiskriminierungsmaßnahmen, Aufklärung und Schulung stärken.</p> <p>Für uns ist der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe – des Bundes, der Länder, der Kommunen wie der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft.</p> <p>Zudem werden wir beim Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus notwendige Anschlussförderungen sichern und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft ein neues Förderkonzept erarbeiten und umsetzen. Ziel ist es dabei, die Kurzatmigkeit der Hilfen zu beenden und stattdessen Projekte, Initiativen sowie Strukturen auf einer eigenen gesetzlichen Grundlage unbürokratisch und langfristig zu fördern.</p> <p>Die derzeitige Gängelung, die verqueren Verdächtigungen und bürokratischen Popanze der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP werden wir beenden. Die groteske „Extremismusklausel“ wird abgeschafft. Auf Bundesebene wollen wir eine unabhängige Monitoringstelle einrichten, die die zivilgesellschaftlichen Aufklärungs- und Präventionsprojekte bündelt und den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, sowie die Opferbetreuung aktiv begleitet.</p>	<p>Rechtsextremismus bekämpfen.</p> <p>Die von der rechtsextremistischen Terrorgruppe „NSU“ begangenen zehn Morde an türkisch- bzw. griechisch stämmigen Bürgern und an einer Polizistin sowie die verübten Sprengstoffanschläge waren ein feiger Angriff auf rechtschaffende Mitbürger und zugleich ein Angriff auf unsere Demokratie.</p> <p>Die Arbeit der Untersuchungsausschüsse im Bund und in mehreren Ländern haben eine Vielzahl an Fehlern und Versäumnissen auf allen Ebenen (Polizei, Verfassungsschutz und Justiz) offenbart, die mit dazu beigetragen haben, dass die Terrorzelle nicht frühzeitig gestoppt werden konnte.</p> <p>Das Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden müssen wir dringend wieder herstellen. Das wollen wir erreichen durch rückhaltlose Aufklärung der Vorgänge, durch institutionelle Reformen und dadurch, dass wir jede Form von Rechtsextremismus frühzeitig und umfassend bekämpfen. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die mit großem Engagement durch den NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages entwickelten Folgerungen und Vorschläge in der nächsten Wahlperiode wirkungsvoll umgesetzt werden.</p> <p>Wir wollen einen Verfassungsschutz, der unsere Verfassung schützt. Mit institutionellen Reformen werden wir den Verfassungsschutz besser aufstellen für den Schutz unserer Demokratie und dazu unter anderem ein transparentes Verfassungsschutzgesetz, das klare Regeln im Umgang mit V-Leuten enthält, einführen. Wir werden die Zusammenarbeit von Bund und Ländern beim Verfassungsschutz, den Polizeien und den Staatsanwaltschaften verbessern – und, wo notwendig, neue Kompetenzen schaffen ohne in bestehende Länderkompetenzen einzugreifen. Und wir werden unsere Sicherheitsbehörden noch stärker und stetig sensibilisieren für die Gefahren, die unserer Demokratie von Rechts drohen.</p> <p>Wir bekämpfen auch den organisierten Rechtsextremismus. Deshalb wollen wir die NPD verbieten. Sie ist in aggressiver Form rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich und missbraucht das Parteienprivileg unserer Verfassung. Wir wollen nicht länger zulassen, dass ihre mithin gewaltbereite Menschenfeindlichkeit auch noch durch Steuermittel finanzieren wird.</p> <p>Klar ist aber auch: Kein NPD-Verbot, keine Sicherheitsbehörde ist so wirkungsvoll im Kampf gegen Rechtsextremismus, wie eine wachsame und aktive Zivilgesellschaft. Deshalb müssen wir vor allem die Zivilgesellschaft stärken. Mit einem integrierten Konzept gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wollen wir die Kräfte der Zivilgesellschaft, der Ermittlungsbehörden und der Politik in Kommunen, Land und Bund bündeln. Mit einer Demokratieoffensive wollen wir das Rückgrat unserer Gesellschaft durch Bildung, Ausbildung, Antidiskriminierungsmaßnahmen, Aufklärung und Schulung stärken.</p> <p>Für uns ist der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe – des Bundes, der Länder, der Kommunen wie der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft.</p> <p><u>(...) Zudem werden wir beim Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus notwendige Anschlussförderungen sichern und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft im Rahmen eines abgestimmten Aktionsplans ein neues Förderkonzept erarbeiten und umsetzen. Ziel ist es dabei, die Kurzatmigkeit der Hilfen zu beenden und stattdessen Projekte, Initiativen sowie Strukturen auf einer eigenen gesetzlichen Grundlage unbürokratisch, langfristig und auskömmlich zu fördern.</u></p> <p>Die derzeitige Gängelung, die verqueren Verdächtigungen und bürokratischen Popanze der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP werden wir beenden. Die groteske „Extremismusklausel“ wird abgeschafft. Auf Bundesebene wollen wir eine unabhängige Monitoringstelle einrichten, die die zivilgesellschaftlichen Aufklärungs- und Präventionsprojekte bündelt und den Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, sowie die Opferbetreuung aktiv begleitet.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Klimawandel und die wachsende Abhängigkeit unserer modernen Industrie- und Kommunikationsgesellschaft von kritischen Infrastrukturen wie Stromversorgung oder Internet stellen auch den Bevölkerungsschutz und die Katastrophenhilfe vor neue Herausforderungen. Wir haben in Deutschland ein weltweit anerkanntes Hilfeleistungssystem, das von dem großen Engagement der Ehren- und Hauptamtlichen bei den Feuerwehren, dem THW und den privaten Hilfsorganisationen getragen wird. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass dieses Hilfeleistungssystem für die Zukunftsherausforderungen gut gerüstet ist und das breite ehrenamtliche Engagement als Basis erhalten bleibt und unterstützt wird.</p>	<p>Klimawandel und die wachsende Abhängigkeit unserer modernen Industrie- und Kommunikationsgesellschaft von kritischen Infrastrukturen wie Stromversorgung oder Internet stellen auch den Bevölkerungsschutz und die Katastrophenhilfe vor neue Herausforderungen. Wir haben in Deutschland ein weltweit anerkanntes Hilfeleistungssystem, das von dem großen Engagement der Ehren- und Hauptamtlichen bei den Feuerwehren, dem THW und den privaten Hilfsorganisationen getragen wird. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass dieses Hilfeleistungssystem für die Zukunftsherausforderungen gut gerüstet ist und das breite ehrenamtliche Engagement als Basis erhalten bleibt und unterstützt wird.</p>
<h2>IX. Ein anderes und besseres Europa</h2>	<h2>IX. <u>Für</u> ein (...) besseres Europa</h2>
<p>Die europäische Idee fasziniert die Menschen weltweit – aber die Form und der Zustand, in dem sich die EU derzeit befindet, schreckt viele ab. Das ist kein Widerspruch. Denn im Zuge von immer neuen Reformen in den vergangenen Jahrzehnten, bei denen an immer neuen Stellen repariert und justiert wurde, sind die Institutionen der EU so unübersichtlich geworden, das sie keiner mehr versteht. Es liegt an uns, der EU die Form zu geben, damit die Faszination der europäischen Idee wieder sichtbar wird: die Idee nämlich, nach kriegerischen Jahrhunderten mit Europa einen Ort zu schaffen, an dem Frieden herrscht, soziale Gerechtigkeit und der Stabilität in die Welt exportiert und der als transnationale Demokratie organisiert ist, bei der die regionale, nationale oder europäische Ebene jeweils das regelt, was sie am besten kann. Ein solches europäisches Projekt ist in der Geschichte einmalig und deshalb ist die EU 2012 zu Recht mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Die SPD als die Europapartei in Deutschland ist stolz auf diesen Preis, der den europäischen Völkern und Menschen gehört. Gerade in Zeiten, in denen offensichtlich ist, wie notwendig der europäische Zusammenschluss ist, damit Europa seinen Wohlstand und seine Stabilität im Wettstreit mit den aufstrebenden Weltregionen bewahren kann, scheint die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP keinerlei Begeisterung oder Inspiration für unser Europa zu haben. Sie hat in den vergangenen Jahren versagt, in denen Europa mit unterschiedlichen Krisen zu kämpfen hatte: Sie hat alle Maßnahmen zur Krisenbekämpfung zu spät und nur halbherzig vollzogen und dadurch die Kosten für die Krisenbekämpfung unnötig verteuert. Trotz der großen Solidarität, zu der Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren bereit war, hat die Bundesregierung zunächst kaltherzig auf die Krise reagiert und so getan, als gingen die Probleme unserer Nachbarn und Freunde uns nichts an. Eine Krise, die in manchen EU-Mitgliedsländern verheerende soziale Verwerfungen ausgelöst hat und die in Südeuropa bei den jungen Leuten eine „verlorene Generation“ heranwachsen lässt. Verschiedentlich haben Mitglieder der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP sogar öffentlich über das Ende unserer gemeinsamen Währung nachgedacht und so in unverantwortlicher Weise die Spekulation gegen den Euro befeuert und die Sparbemühungen einiger Krisenstaaten konterkariert. Damit hat die Bundesregierung mit dazu beigetragen, dass Europa zeitweise am Abgrund stand und sie hat somit den Interessen unseres Landes geschadet.</p> <p>Wir wissen: Scheitert die europäische Demokratie dann gerät die Demokratie auf unserem Kontinent insgesamt in Gefahr, auch in den Nationalstaaten. Scheitert Europa, dann scheitert auch das europäische Gesellschaftsmodell, das auf Solidarität und einen fairen Ausgleich der Interessen angelegt ist. Europa muss der Ort sein und noch mehr werden, der dem Neoliberalismus und Marktradikalismus sein Modell einer sozialen und nachhaltigen Demokratie und Marktwirtschaft entgegenstellt. Dem kalten Wettbewerbseuropa muss endlich eine sozial verantwortlich handelnde EU entgegengesetzt werden. Nur im gemeinsamen europäischen Staatenverbund wird es uns gelingen, unsere Interessen im 21. Jahrhundert global durchzusetzen und dadurch unseren Wohlstand zu erhalten. Das gilt bei Wirtschafts-, Währungs- und Handelsfra-</p>	<p>Die europäische Idee fasziniert die Menschen weltweit – aber die Form und der Zustand, in dem sich die EU derzeit befindet, schreckt viele ab. Das ist kein Widerspruch. Denn im Zuge von immer neuen Reformen in den vergangenen Jahrzehnten, bei denen an immer neuen Stellen repariert und justiert wurde, sind die Institutionen der EU so unübersichtlich geworden, das sie keiner mehr versteht. Es liegt an uns, der EU die Form zu geben, damit die Faszination der europäischen Idee wieder sichtbar wird: die Idee nämlich, nach kriegerischen Jahrhunderten mit Europa einen Ort zu schaffen, an dem Frieden herrscht, soziale Gerechtigkeit und der Stabilität in die Welt exportiert und der als transnationale Demokratie organisiert ist, bei der die regionale, nationale oder europäische Ebene jeweils das regelt, was sie am besten kann. Ein solches europäisches Projekt ist in der Geschichte einmalig und deshalb ist die EU 2012 zu Recht mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Die SPD als die Europapartei in Deutschland ist stolz auf diesen Preis, der den europäischen Völkern und Menschen gehört. Gerade in Zeiten, in denen offensichtlich ist, wie notwendig der europäische Zusammenschluss ist, damit Europa seinen Wohlstand und seine Stabilität im Wettstreit mit den aufstrebenden Weltregionen bewahren kann, scheint die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP keinerlei Begeisterung oder Inspiration für unser Europa zu haben. Sie hat in den vergangenen Jahren versagt, in denen Europa mit unterschiedlichen Krisen zu kämpfen hatte: Sie hat alle Maßnahmen zur Krisenbekämpfung zu spät und nur halbherzig vollzogen und dadurch die Kosten für die Krisenbekämpfung unnötig verteuert. Trotz der großen Solidarität, zu der Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren bereit war, hat die Bundesregierung zunächst kaltherzig auf die Krise reagiert und so getan, als gingen die Probleme unserer Nachbarn und Freunde uns nichts an. Eine Krise, die in manchen EU-Mitgliedsländern verheerende soziale Verwerfungen ausgelöst hat und die in Südeuropa bei den jungen Leuten eine „verlorene Generation“ heranwachsen lässt. Verschiedentlich haben Mitglieder der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP sogar öffentlich über das Ende unserer gemeinsamen Währung nachgedacht und so in unverantwortlicher Weise die Spekulation gegen den Euro befeuert und die Sparbemühungen einiger Krisenstaaten konterkariert. Damit hat die Bundesregierung mit dazu beigetragen, dass Europa zeitweise am Abgrund stand und sie hat somit den Interessen unseres Landes geschadet.</p> <p>Wir wissen: (...)</p> <p>Scheitert Europa, dann scheitert auch das europäische Gesellschaftsmodell, das auf Solidarität und einen fairen Ausgleich der Interessen angelegt ist. Europa muss der Ort sein und noch mehr werden, der dem Neoliberalismus und Marktradikalismus sein Modell einer sozialen und nachhaltigen Demokratie und Marktwirtschaft entgegenstellt. Dem kalten Wettbewerbseuropa muss endlich eine sozial verantwortlich handelnde EU entgegengesetzt werden. Nur im gemeinsamen europäischen Staatenverbund wird es uns gelingen, unsere Interessen im 21. Jahrhundert global durchzusetzen und dadurch unseren Wohlstand zu erhalten. Das gilt bei Wirtschafts-, Währungs- und Handelsfragen genauso wie im Bereich</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 gen genauso wie im Bereich des Umwelt- und Verbraucherschutzes, der Konfliktprävention und Abrüstung und bei der Migrationspolitik.</p> <p>5 Die transnationale Demokratie wird aber nur funktionieren, wenn wir das Gewaltenteilungsmodell, das wir aus den nationalen Staaten kennen, auch auf die europäische Ebene übertragen: Deshalb muss die Europäische Kommission zu einer Regierung ausgebaut werden, die vom Europaparlament gewählt und kontrolliert wird und ggf. abgesetzt werden kann. In einer zweiten</p> <p>10 Kammer, in der die Regierungen der Mitgliedsstaaten in einem gemeinsamen Rat sitzen, werden dann die nationalen Interessen vertreten. Dieser Rat beschließt Gesetze gleichberechtigt mit dem Europaparlament. Regierung, Europaparlament und der Rat der Mitgliedsstaaten haben jeweils das Recht eigene Gesetzesinitiativen zu starten. Der Europäische Gerichtshof ist weiterhin die oberste</p> <p>15 europäische Judikative, und dabei wacht sie auch darüber, dass die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger durch die EU nicht verletzt werden. Damit werden zukünftig die Institutionen klarer als bisher für ihre Entscheidungen sichtbar verantwortlich sein. Eine solche Reform hilft, Entscheidungen transparenter und nachvollziehbarer zu machen, und sie ist damit ein Beitrag zur Stärkung der europäischen Demokratie.</p> <p>20 Die SPD findet sich nicht damit ab, dass seit den ersten Wahlen zum Europaparlament im Jahr 1979 die Wahlbeteiligung immer weiter gesunken ist. Appelle helfen hier nicht, um diesen Trend aufzuhalten, sondern es muss zukünftig klarer sein, welche politischen Inhalte und welche Personen zur Wahl stehen. Deshalb begrüßen wir es, dass die europäischen Parteien für die Europawahl</p> <p>25 2014 jeweils einen gemeinsamen Spitzenkandidaten aufstellen, die oder der in allen EU-Ländern als Kandidat für die jeweilige Parteienfamilie antritt. Diese Spitzenkandidaten bewerben sich um das Amt des EU-Kommissionspräsidenten. Die SPD bekennt sich dazu, dass sie zukünftig nur einen Kommissionspräsidenten mittragen wird, der zuvor als Spitzenkandidat bei der Europawahl sein</p> <p>30 politisches Programm zur Wahl gestellt hat und der eine Mehrheit im Europäischen Parlament bekommt. Ein so gewählter Kommissionspräsident, mit einer hohen parlamentarischen Legitimation als Resultat eines vorausgegangenen Wahlkampfes, macht die EU insgesamt demokratischer. Gleichzeitig werden sich dann im Europa-</p> <p>35 parlament Fraktionen gegenüberstehen, die für bzw. gegen diesen Präsidenten gestimmt haben. Auch so wird ein Stück Parlamentstradition, die in den Mitgliedsstaaten selbstverständlich ist, auch auf die EU Ebene gebracht.</p> <p>40</p> <p>45 Das Prinzip der Gewaltenteilung und der vollen Parlamentarisierung der EU muss in allen Bereichen gelten, wo die EU zuständig ist. Im Zuge einer solchen Reform muss dabei geprüft werden, ob sich die Kompetenzverteilung zwischen nationaler und europäischer Ebene bewährt hat oder ob es hierbei Korrekturen bedarf. Bei diesem Prozess kann es auch zu Rückübertragungen in die Mitgliedsstaaten kommen, wenn sich eine europäische Zuständigkeit als nicht sinnvoll bewährt hat. Die SPD steht hinter dem Subsidiaritätsprinzip.</p> <p>50 Eine sich vertiefenden EU, die nach der Währungsunion auch endlich die Wirtschaftsunion nachvollziehen muss, braucht nach Euro, Binnenmarkt und einer gemeinsamen Zentralbank (EZB) auch eine gemeinsame Wirtschaftsregierung. Denn es hat sich nicht bewährt, dass siebzehn und mehr Regierungen in einem gemeinsamen Währungsraum ihre unterschiedlichen ökonomischen Vorstellungen gegeneinander durchzusetzen versuchen, sondern dieser gemeinsame Währungsraum muss mit einer Stimme sprechen.</p> <p>60 Nachdem durch den Fiskalpakt und anderen europäischen Kontrollmechanismen strenge und wirkungsvolle Auflagen für die nationale Haushaltsdisziplin aufgestellt worden sind, darf nun das Thema der gemeinsamen Haftung kein Tabu mehr bleiben. Schon jetzt haftet durch die Euro-Rettungsschirme und die Politik der EZB der</p>	<p>des Umwelt- und Verbraucherschutzes, der Konfliktprävention und Abrüstung und bei der Migrationspolitik.</p> <p>Die transnationale Demokratie wird aber nur funktionieren, wenn wir das Gewaltenteilungsmodell, das wir aus den nationalen Staaten kennen, auch auf die europäische Ebene übertragen: Deshalb muss die Europäische Kommission zu einer Regierung ausgebaut werden, die vom Europaparlament gewählt und kontrolliert wird und ggf. abgesetzt werden kann. In einer zweiten</p> <p>Kammer, in der die Regierungen der Mitgliedstaaten in einem gemeinsamen Rat sitzen, werden dann die nationalen Interessen vertreten. Dieser Rat beschließt Gesetze gleichberechtigt mit dem Europaparlament. Regierung, Europaparlament und der Rat der Mitgliedsstaaten haben jeweils das Recht eigene Gesetzesinitiativen zu starten. Der Europäische Gerichtshof ist weiterhin die oberste europäische Judikative, und dabei wacht sie auch darüber, dass die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger durch die EU nicht verletzt werden. Damit werden zukünftig die Institutionen klarer als bisher für ihre Entscheidungen sichtbar verantwortlich sein. Eine solche Reform hilft, Entscheidungen transparenter und nachvollziehbarer zu machen, und sie ist damit ein Beitrag zur Stärkung der europäischen Demokratie.</p> <p>Die SPD findet sich nicht damit ab, dass seit den ersten Wahlen zum Europaparlament im Jahr 1979 die Wahlbeteiligung immer weiter gesunken ist. Appelle helfen hier nicht, um diesen Trend aufzuhalten, sondern es muss zukünftig klarer sein, welche politischen Inhalte und welche Personen zur Wahl stehen. Deshalb begrüßen wir es, dass die europäischen Parteien für die Europawahl 2014 jeweils einen gemeinsamen Spitzenkandidaten aufstellen, die oder der in allen EU-Ländern als Kandidat für die jeweilige Parteienfamilie antritt. Diese Spitzenkandidaten bewerben sich um das Amt des EU-Kommissionspräsidenten. Die SPD bekennt sich dazu, dass sie zukünftig nur einen Kommissionspräsidenten mittragen wird, der zuvor als Spitzenkandidat bei der Europawahl sein politisches Programm zur Wahl gestellt hat und der eine Mehrheit im Europäischen Parlament bekommt. Ein so gewählter Kommissionspräsident, mit einer hohen parlamentarischen Legitimation als Resultat eines vorausgegangenen Wahlkampfes, macht die EU insgesamt demokratischer. Gleichzeitig werden sich dann im Europa-</p> <p>parlament Fraktionen gegenüberstehen, die für bzw. gegen diesen Präsidenten gestimmt haben. Auch so wird ein Stück Parlamentstradition, die in den Mitgliedstaaten selbstverständlich ist, auch auf die EU Ebene gebracht. <u>Wir wollen außerdem die Funktionsfähigkeit des Europäischen Parlamentes dadurch stärken, dass wir uns in Deutschland sowie in der EU für Sperrklauseln bei der Europawahl einsetzen.</u></p> <p>Das Prinzip der Gewaltenteilung und der vollen Parlamentarisierung der EU muss in allen Bereichen gelten, wo die EU zuständig ist. Im Zuge einer solchen Reform muss dabei geprüft werden, ob sich die Kompetenzverteilung zwischen nationaler und europäischer Ebene bewährt hat oder ob es hierbei Korrekturen bedarf. Bei diesem Prozess kann es auch zu Rückübertragungen in die Mitgliedsstaaten kommen, wenn sich eine europäische Zuständigkeit als nicht sinnvoll bewährt hat. Die SPD steht hinter dem Subsidiaritätsprinzip.</p> <p>Eine sich vertiefenden EU, die nach der Währungsunion auch endlich die Wirtschaftsunion nachvollziehen muss, braucht nach Euro, Binnenmarkt und einer gemeinsamen Zentralbank (EZB) auch eine gemeinsame Wirtschaftsregierung. Denn es hat sich nicht bewährt, dass siebzehn und mehr Regierungen in einem gemeinsamen Währungsraum ihre unterschiedlichen ökonomischen Vorstellungen gegeneinander durchzusetzen versuchen, sondern dieser gemeinsame Währungsraum muss mit einer Stimme sprechen.</p> <p>Nachdem durch den Fiskalpakt und anderen europäischen Kontrollmechanismen strenge und wirkungsvolle Auflagen für die nationale Haushaltsdisziplin aufgestellt worden sind, darf nun das Thema der gemeinsamen Haftung kein Tabu mehr bleiben. Schon jetzt haftet durch die Euro-Rettungsschirme und die Politik der EZB der</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
<p>deutsche Steuerzahler mit Hunderten von Milliarden. Die SPD hat diese Politik mitgetragen, denn es liegt im deutschen Interesse, dass wir unsere Währung verteidigen und dass der Währungsraum nicht auseinanderbricht. Ein Instrument zur Abwehr von Spekulationen gegen Staaten der Währungsunion kann dabei ein europäischer Schuldentilgungsfonds aller Mitglieder in der Währungsunion sein. Die SPD begrüßt es, dass es durch sozialdemokratischen Druck in Europa gelungen ist, die Finanztransaktionssteuer in elf EU-Mitgliedsstaaten einzuführen. In der Regierung werden wir die anderen Euro- und EU-Staaten ermutigen, auch diese Steuer einzuführen, durch die Spekulanten einen gerechten Anteil an der öffentlichen Finanzierung beitragen.</p>	<p>deutsche Steuerzahler mit Hunderten von Milliarden. Die SPD hat diese Politik mitgetragen, denn es liegt im deutschen Interesse, dass wir unsere Währung verteidigen und dass der Währungsraum nicht auseinanderbricht. Ein Instrument zur Abwehr von Spekulationen gegen Staaten der Währungsunion kann dabei ein europäischer Schuldentilgungsfonds aller Mitglieder in der Währungsunion sein. Die SPD begrüßt es, dass es durch sozialdemokratischen Druck in Europa gelungen ist, die Finanztransaktionssteuer in elf EU-Mitgliedsstaaten (...) vorzubereiten. In der Regierung werden wir die anderen Euro- und EU-Staaten ermutigen, auch diese Steuer einzuführen, durch die Spekulanten einen gerechten Anteil an der öffentlichen Finanzierung beitragen.</p>	1 5 10
<p>Mehr Koordination in Europa braucht auch mehr demokratische Kontrolle und Mitsprache. Wir wollen eine parlamentarisch kontrollierte Wirtschaftsregierung einrichten. Die im Rahmen dieses integrierten wirtschaftspolitischen Rahmens getroffenen Maßnahmen müssen durch eine parlamentarisch kontrollierte Wirtschaftsregierung getroffen werden. Im Rahmen der Eurozone werden wir dabei sicherstellen, dass die Maßnahmen im Rahmen der gemeinsamen Wirtschafts- und Haushaltspolitik demokratisch legitimiert werden. Wir wollen kein „Weiter-so“ – Europa darf nicht noch weiter ein Europa der Regierungen werden. Es muss wieder ein Europa der Bürgerinnen und Bürger werden. Hierzu müssen Europäisches Parlament und nationale Parlamente weiter gestärkt werden. Die europäische Soziale Marktwirtschaft braucht eine starke europäische Sozialunion. Die Sozialunion muss ihr Fundament in einer sozialen Werteordnung mit starken sozialen Grundrechten haben, wie sie bereits in der EU-Grundrechtscharta angelegt sind. Diese sozialen Grundrechte dürfen nicht den Marktfreiheiten im europäischen Binnenmarkt untergeordnet werden, sondern müssen ihnen vorgehen. Mit einer sozialen Fortschrittsklausel muss dieses Prinzip vertraglich im europäischen Primärrecht festgeschrieben werden. In Europa muss gelten: gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Lohn- und Sozialdumping darf kein Raum gegeben werden. Dazu müssen auch die Spielräume für Mitbestimmung in den europäischen Unternehmen erweitert, die Rechte der europäischen Betriebsräte gestärkt und der soziale Dialog zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern auf europäischer Ebene ausgebaut werden. Arbeitnehmer aus unterschiedlichen EU-Staaten dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen die Chance haben, ihre Interessen gemeinsam zu vertreten. Wir wollen den Sozialen Stabilitätspakt einrichten. Um Sozialdumping zu verhindern müssen Ziele und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben festgeschrieben werden – gemessen am BIP der jeweiligen Staaten. Dasselbe gilt für existenzsichernde Mindestlöhne in allen EU-Mitgliedstaaten, gemessen am jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommen. Wir wollen aber nicht, dass europäische Standards nationale Standards ersetzen. Wir wollen, dass nationale Standards geschützt werden. Wir brauchen soziale Mindeststandards gegen den schädlichen Wettbewerb um die niedrigsten sozialen Rechte und Standards.</p>	<p>Mehr Koordination in Europa braucht auch mehr demokratische Kontrolle und Mitsprache. Wir wollen eine parlamentarisch kontrollierte Wirtschaftsregierung einrichten. Die im Rahmen dieses integrierten wirtschaftspolitischen Rahmens getroffenen Maßnahmen müssen durch eine parlamentarisch kontrollierte Wirtschaftsregierung getroffen werden. Im Rahmen der Eurozone werden wir dabei sicherstellen, dass die Maßnahmen im Rahmen der gemeinsamen Wirtschafts- und Haushaltspolitik demokratisch legitimiert werden. Wir wollen kein „Weiter-so“ – Europa darf nicht noch weiter ein Europa der Regierungen werden. Es muss (...) ein Europa der Bürgerinnen und Bürger werden. Hierzu müssen Europäisches Parlament und nationale Parlamente weiter gestärkt werden. Die europäische Soziale Marktwirtschaft braucht eine starke europäische Sozialunion. Die Sozialunion muss ihr Fundament in einer sozialen Werteordnung mit starken sozialen Grundrechten haben, wie sie bereits in der EU-Grundrechtscharta angelegt sind. Diese sozialen Grundrechte dürfen nicht den Marktfreiheiten im europäischen Binnenmarkt untergeordnet werden, sondern müssen ihnen vorgehen. Mit einer sozialen Fortschrittsklausel muss dieses Prinzip vertraglich im europäischen Primärrecht festgeschrieben werden. In Europa muss gelten: gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Lohn- und Sozialdumping darf kein Raum gegeben werden. Dazu müssen auch die Spielräume für Mitbestimmung in den europäischen Unternehmen erweitert, die Rechte der europäischen Betriebsräte gestärkt und der soziale Dialog zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern auf europäischer Ebene ausgebaut werden. Arbeitnehmer aus unterschiedlichen EU-Staaten dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen die Chance haben, ihre Interessen gemeinsam zu vertreten. Wir wollen den Sozialen Stabilitätspakt einrichten. Um Sozialdumping zu verhindern müssen Ziele und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben festgeschrieben werden – gemessen am BIP der jeweiligen Staaten. Dasselbe gilt für existenzsichernde Mindestlöhne in allen EU-Mitgliedstaaten, gemessen am jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommen. Wir wollen aber nicht, dass europäische Standards nationale Standards ersetzen. Wir wollen, dass nationale Standards geschützt werden. Wir brauchen soziale Mindeststandards gegen den schädlichen Wettbewerb um die niedrigsten sozialen Rechte und Standards.</p>	15 20 25 30 35 40 45 50
<p>Wir müssen die Währungsunion zu einer Wirtschafts- und Sozialunion weiterentwickeln. Dabei geht es uns nicht um die Vereinheitlichung der bewährten nationalen Sozialsysteme in Europa. Wir brauchen aber gemeinsame Standards, um unsere Sozialsysteme zu schützen und so zu entwickeln, dass sie den Menschen zugutekommen.</p>	<p>Wir müssen die Währungsunion zu einer Wirtschafts- und Sozialunion weiterentwickeln. Dabei geht es uns nicht um die Vereinheitlichung der bewährten nationalen Sozialsysteme in Europa. Wir brauchen aber gemeinsame Standards, um unsere Sozialsysteme zu schützen und so zu entwickeln, dass sie den Menschen zugutekommen.</p>	55 60
<p>Die öffentliche Daseinsvorsorge darf durch die EU nicht in Frage gestellt werden. Es kann nicht sein, dass die Interpretation der Marktfreiheiten die nationalen Besonderheiten in der öffentlichen Daseinsvorsorge bedrohen. Hier müssen klare Stoppschilder für die EU gelten, die im Primärrecht der Union festgeschrieben werden müssen. Unser Ziel ist die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir stellen den Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu deren Leistungen sicher. Diese wird oftmals von kom-</p>	<p>Die öffentliche Daseinsvorsorge darf durch die EU nicht in Frage gestellt werden. Es kann nicht sein, dass die Interpretation der Marktfreiheiten die nationalen Besonderheiten in der öffentlichen Daseinsvorsorge bedrohen. Hier müssen klare Stoppschilder für die EU gelten, die im Primärrecht der Union festgeschrieben werden müssen. Unser Ziel ist die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir stellen den Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu deren Leistungen sicher. Diese wird oftmals von kom-</p>	60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 munalen Unternehmen und Einrichtungen in sehr guter Qualität bereitgestellt. Daher setzen wir uns für faire Wettbewerbsregeln für öffentliche Unternehmen im nationalen und europäischen Recht ein. Wir wollen – auch auf europäischer Ebene - sicherstellen, dass 5 Kommunen selber entscheiden können, wie sie ihre öffentlichen Aufgaben erbringen. Wasserversorgung, Abwasser- und Müllent- sorgung, Personennahverkehr, Flughäfen und Flugsicherung, wichti- ge Gesundheits- und Sozialdienste und der öffentlich-rechtliche 10 Rundfunk dienen dem Gemeinwohl. Wir werden uns Vorhaben, die einen Zwang zur Privatisierung beinhalten, entgegenstellen. Wir wollen die Stellung der zahlreichen Dienstleistenden durch gute Arbeitsbedingungen und Wahrung ihrer Rechte unabhängig von Rechts- und Organisationsform verbessern.</p>	<p>munalen Unternehmen und Einrichtungen in sehr guter Qualität bereitgestellt. Daher setzen wir uns für faire Wettbewerbsregeln für öffentliche Unternehmen im nationalen und europäischen Recht ein. Wir wollen – auch auf europäischer Ebene - sicherstellen, dass Kommunen selber entscheiden können, wie sie ihre öffentlichen Aufgaben erbringen. Wasserversorgung, Abwasser- und Müllent- sorgung, Personennahverkehr, Flughäfen und Flugsicherung, wichti- ge Gesundheits- und Sozialdienste und der öffentlich-rechtliche Rundfunk dienen dem Gemeinwohl. Wir werden uns Vorhaben, die einen Zwang zur Privatisierung beinhalten, entgegenstellen. Wir wollen die Stellung der zahlreichen Dienstleistenden durch gute Arbeitsbedingungen und Wahrung ihrer Rechte unabhängig von Rechts- und Organisationsform verbessern.</p>
<p>15 Wir wollen Europa verändern, um es zu verbessern. Ein star- kes und gerechtes Europa im Sinne der Menschen muss sich vor allem auf die großen Zukunftsaufgaben konzentrieren: die Bändigung der Finanzmärkte, nachhaltiges Wachstum durch eine moderne, innovative Industrie und Investitionen in die 20 Zukunft, eine friedensstiftende Politik gegenüber den Nach- barn und in der Welt.</p>	<p>Wir wollen Europa verändern, um es zu verbessern. Ein star- kes und gerechtes Europa im Sinne der Menschen muss sich vor allem auf die großen Zukunftsaufgaben konzentrieren: die Bändigung der Finanzmärkte, nachhaltiges Wachstum durch eine moderne, innovative Industrie und Investitionen in die Zukunft, eine friedensstiftende Politik gegenüber den Nach- barn und in der Welt.</p>
<p>In diesen Bereichen muss Europa durch handlungsfähige gemein- schaftliche Institutionen und vor allem ein starkes Europäisches 25 Parlament noch enger zusammenarbeiten. Doch wir nehmen auch die Sorgen vieler Menschen vor einer Europäischen Union ernst, die sich in zu vielen Bereichen einmisch. Dort wo Aufgaben bes- ser national, regional oder lokal gelöst werden können, muss das Prinzip der Subsidiarität gelten. Subsidiarität heißt, dass Politik 30 da gemacht wird, wo sie am besten aufgehoben ist. Um die Reformmaßnahmen, die für dieses neue Europa notwen- dig sind, auf den Weg zu bringen, müssen zunächst alle Spielräume der bestehenden Verträge ausgeschöpft werden. Darüber hinaus- gehende vertragliche Reformschritte müssen durch einen Konvent 35 erarbeitet werden, in dem Parlamente und Regierungen gleichbe- rechtigt arbeiten und die Zivilgesellschaft effektive Mitwirkungs- möglichkeiten hat. Der nächste Europawahlkampf kann in seiner neuen Form bereits der Anfang einer umfassenden Debatte über die Richtung der EU sein. Ein neu gewähltes Europäisches Parlament 40 und eine neue Kommission können dann die Weichen für die kon- kreten Reformen stellen. Die Europäische Union droht weiter an Vertrauen zu verlieren, wenn es nicht gelingt, ihre Politik demokratischer und sozial ge- rechter auszugestalten. Um die Tür für eine solche politische Ver- änderung zu öffnen, kommt es darauf an, die Mehrheit der Konser- 45 vativen und Liberalen in den EU-Institutionen zu brechen und ihre einseitige Politik des Sparens und der Liberalisierung zu korrigie- ren. Sowohl die Bundestagswahl in diesem Jahr als auch die Eu- ropawahl 2014 sind deshalb wichtige Wegmarken, um Europa auf einen anderen, besseren politischen Kurs zu bringen. Die EU muss 50 wieder Vertrauen zurückgewinnen und sie ist dabei darauf ange- wiesen, dass die Regierungen der Mitgliedsländer dabei mithelfen. Die SPD-geführte Bundesregierung wird dies tun, in dem sie einen Reformprozess initiiert, der die EU demokratischer, transparenter, 55 gerechter und effizienter macht.</p>	<p>In diesen Bereichen muss Europa durch handlungsfähige gemein- schaftliche Institutionen und vor allem ein starkes Europäisches Parlament noch enger zusammenarbeiten. Doch wir nehmen auch die Sorgen vieler Menschen vor einer Europäischen Union ernst, die sich in zu vielen Bereichen einmisch. Dort wo Aufgaben bes- ser national, regional oder lokal gelöst werden können, muss das Prinzip der Subsidiarität gelten. Subsidiarität heißt, dass Politik da gemacht wird, wo sie am besten aufgehoben ist. Um die Reformmaßnahmen, die für dieses neue Europa notwen- dig sind, auf den Weg zu bringen, müssen zunächst alle Spielräume der bestehenden Verträge ausgeschöpft werden. Darüber hinaus- gehende vertragliche Reformschritte müssen durch einen Konvent erarbeitet werden, in dem Parlamente und Regierungen gleichbe- rechtigt arbeiten und die Zivilgesellschaft effektive Mitwirkungs- möglichkeiten hat. Der nächste Europawahlkampf kann in seiner neuen Form bereits der Anfang einer umfassenden Debatte über die Richtung der EU sein. Ein neu gewähltes Europäisches Parlament und eine neue Kommission können dann die Weichen für die kon- kreten Reformen stellen. Die Europäische Union droht weiter an Vertrauen zu verlieren, wenn es nicht gelingt, ihre Politik demokratischer und sozial ge- rechter auszugestalten. Um die Tür für eine solche politische Ver- änderung zu öffnen, kommt es darauf an, die Mehrheit der Konser- vativen und Liberalen in den EU-Institutionen zu brechen und ihre einseitige Politik des Sparens und der Liberalisierung zu korrigie- ren. Sowohl die Bundestagswahl in diesem Jahr als auch die Eu- ropawahl 2014 sind deshalb wichtige Wegmarken, um Europa auf einen anderen, besseren politischen Kurs zu bringen. Die EU muss wieder Vertrauen zurückgewinnen und sie ist dabei darauf ange- wiesen, dass die Regierungen der Mitgliedsländer dabei mithelfen. Die SPD-geführte Bundesregierung wird dies tun, in dem sie einen Reformprozess initiiert, der die EU demokratischer, transparenter, gerechter und effizienter macht.</p>
<p>X. Unsere Idee der Globalisierung: 60 Gerechtigkeit für alle statt Reichtum für wenige</p> <p>Unsere Welt ist im Umbruch. Es ist ein Umbruch, dessen Aus- gang offen ist. Noch erscheint vieles widersprüchlich. Chancen 65 und Risiken liegen eng beieinander. Wir wollen die Chancen dieses Wandels nutzen und alles dafür tun, dass dieser Um- bruch ein Aufbruch zu mehr Frieden, Demokratie und Ge- rechtigkeit wird.</p>	<p>X. Unsere Idee der Globalisierung: Gerechtigkeit für alle statt Reichtum für wenige</p> <p>Unsere Welt ist im Umbruch. Es ist ein Umbruch, dessen Aus- gang offen ist. Noch erscheint vieles widersprüchlich. Chancen und Risiken liegen eng beieinander. Wir wollen die Chancen dieses Wandels nutzen und alles dafür tun, dass dieser Um- bruch ein Aufbruch zu mehr Frieden, Demokratie und Ge- rechtigkeit wird.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
<p>Wir erleben, wie sich in vielen Staaten die Menschen gegen Diktatur und Unterdrückung auflehnen, für Freiheit und Demokratie auf die Straße gehen, ihr Leben einsetzen. Doch es bleibt ungewiss, ob in diesen Staaten tragfähige demokratische Strukturen entstehen werden. Wir erleben, wie sich immer mehr Menschen global vernetzen, sich für eine sozial gerechte und ökologisch verantwortliche Wirtschafts- und Finanzordnung engagieren und so eine kritische Weltöffentlichkeit entsteht. Doch gerade die Stimmen der Menschen in den ärmsten Ländern der Welt, die unter den Folgen des Klimawandels und eines unfairen Welthandels besonders leiden, werden nicht ausreichend gehört. Wir erleben, wie Verständigung und Zusammenarbeit über alte staatliche Grenzen hinweg vielerorts besser gelingen. Doch wir sehen auch die Gefahren neuer Konflikte entlang ethnischer oder religiöser Trennlinien, durch Ressourcenmangel, versagender Staatlichkeit, Armut und Perspektivlosigkeit. Wir sehen, dass Ungleichheit in allen Gesellschaften zunimmt. Mit China, Indien oder Brasilien streben neue Mächte auf, deren ökonomischer Aufstieg die Weltwirtschaft antreibt. Doch es bleibt offen, ob und in welchen Strukturen mit diesen Staaten zusammen eine sozial und ökologisch verantwortliche Globalisierung gelingen wird.</p>	<p>Wir erleben, wie sich in vielen Staaten die Menschen gegen Diktatur und Unterdrückung auflehnen, für Freiheit und Demokratie auf die Straße gehen, ihr Leben einsetzen. Doch es bleibt ungewiss, ob in diesen Staaten tragfähige demokratische Strukturen entstehen werden. Wir erleben, wie sich immer mehr Menschen global vernetzen, sich für eine sozial gerechte und ökologisch verantwortliche Wirtschafts- und Finanzordnung engagieren und so eine kritische Weltöffentlichkeit entsteht. Doch gerade die Stimmen der Menschen in den ärmsten Ländern der Welt, die unter den Folgen des Klimawandels und eines unfairen Welthandels besonders leiden, werden nicht ausreichend gehört. Wir erleben, wie Verständigung und Zusammenarbeit über alte staatliche Grenzen hinweg vielerorts besser gelingen. Doch wir sehen auch die Gefahren neuer Konflikte entlang ethnischer oder religiöser Trennlinien, durch Ressourcenmangel, versagender Staatlichkeit, Armut und Perspektivlosigkeit. Wir sehen, dass Ungleichheit in allen Gesellschaften zunimmt. Mit China, Indien oder Brasilien streben neue Mächte auf, deren ökonomischer Aufstieg die Weltwirtschaft antreibt. Doch es bleibt offen, ob und in welchen Strukturen mit diesen Staaten zusammen eine sozial und ökologisch verantwortliche Globalisierung gelingen wird.</p>	<p>1 5 10 15 20</p>
<p>Die Menschheit wird im globalen 21. Jahrhundert die existenziellen Herausforderungen der Zeit nur noch gemeinsam lösen können. Den Klimawandel begrenzen, die entfesselten Finanzmärkte wieder vernünftigen Regeln unterwerfen, der gewachsenen Ungleichheit in den Gesellschaften entgegen wirken. Frieden und Menschenrechte als globale öffentliche Güter sichern, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen unterbinden, Hunger und Armut endlich überwinden. Das alles sind Herausforderungen, die nicht gegeneinander, sondern nur miteinander zu bewältigen sind. Zugleich sind es Herausforderungen an eine neue Ordnung der Welt, die erst noch entstehen muss.</p>	<p>Die Menschheit wird im globalen 21. Jahrhundert die existenziellen Herausforderungen der Zeit nur noch gemeinsam lösen können. Den Klimawandel begrenzen, die entfesselten Finanzmärkte wieder vernünftigen Regeln unterwerfen, der gewachsenen Ungleichheit in den Gesellschaften entgegen wirken. Frieden und Menschenrechte als globale öffentliche Güter sichern, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen unterbinden, Hunger und Armut endlich überwinden. Das alles sind Herausforderungen, die nicht gegeneinander, sondern nur miteinander zu bewältigen sind. Zugleich sind es Herausforderungen an eine neue Ordnung der Welt, die erst noch entstehen muss.</p>	<p>25 30</p>
<p>Wir wollen eine kooperative Weltordnung mit aufbauen, die gemeinsame Problemlösung und Zukunftsgestaltung im Rahmen einer Weltinnenpolitik möglich macht. Gemeinsam mit den Gruppen der Zivilgesellschaft, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Kirchen und ihren Entwicklungsorganisationen wollen wir diese Zukunft gestalten, um europäisch und global Frieden, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit voranzubringen. Die demokratischen Grundlagen einer neuen Weltinnenpolitik dürfen sich nicht in staatlicher Zusammenarbeit erschöpfen. Sie müssen zivilgesellschaftliche Beteiligung einschließen.</p>	<p>Wir wollen eine kooperative Weltordnung mit aufbauen, die gemeinsame Problemlösung und Zukunftsgestaltung im Rahmen einer Weltinnenpolitik möglich macht. Gemeinsam mit den Gruppen der Zivilgesellschaft, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Kirchen und ihren Entwicklungsorganisationen wollen wir diese Zukunft gestalten, um europäisch und global Frieden, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit voranzubringen. Die demokratischen Grundlagen einer neuen Weltinnenpolitik dürfen sich nicht in staatlicher Zusammenarbeit erschöpfen. Sie müssen zivilgesellschaftliche Beteiligung einschließen.</p>	<p>35 40</p>
<p>Unsere Außen- und Sicherheitspolitik - dem Frieden verpflichtet, auf Kooperation gerichtet.</p>	<p>Unsere Außen- und Sicherheitspolitik - dem Frieden verpflichtet, auf Kooperation gerichtet.</p>	<p>45</p>
<p>Die SPD hat sich immer als Friedenspartei verstanden. Als Urheberin der Entspannungspolitik während des Ost-West-Konflikts hat sie eine lange Tradition für vertrauensbildende Politik, Interessenausgleich, Transparenz staatlichen Handelns und bei der vertragsgestützten Abrüstung und Rüstungskontrolle. Diese vorausschauende Friedens- und Entspannungspolitik wollen wir zeitgemäß erneuern und weiterentwickeln. In der Außenpolitik wissen wir um die Verantwortung Deutschlands, nicht im Alleingang zu handeln, sondern zusammen mit seinen europäischen Partnern, im transatlantischen Bündnis und mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren und im transatlantischen Bündnis. Dringend erforderlich ist wieder eine klare Orientierung und der Festlegung von Prioritäten im Bereich der Friedensförderung und Konflikttransformation. Wir treten nachdrücklich dafür ein, dass zivile Krisenprävention und Konfliktregelung wieder Vorrang in der deutschen und europäischen Außenpolitik haben. Dazu gehört auch eine übergreifende, abgestimmte und umfassende Strategie, um Strukturen und Entscheidungsprozesse effektiver zu gestalten. Wir wollen das unter sozialdemokratischer Führung entwickelte Konzept „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ weiterentwickeln.</p>	<p>Die SPD hat sich immer als Friedenspartei verstanden. Als Urheberin der Entspannungspolitik während des Ost-West-Konflikts hat sie eine lange Tradition für vertrauensbildende Politik, Interessenausgleich, Transparenz staatlichen Handelns und bei der vertragsgestützten Abrüstung und Rüstungskontrolle. Diese vorausschauende Friedens- und Entspannungspolitik wollen wir zeitgemäß erneuern und weiterentwickeln. In der Außenpolitik wissen wir um die Verantwortung Deutschlands, nicht im Alleingang zu handeln, sondern zusammen mit seinen europäischen Partnern, im transatlantischen Bündnis und mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren und im transatlantischen Bündnis. Dringend erforderlich ist wieder eine klare Orientierung und der Festlegung von Prioritäten im Bereich der Friedensförderung und Konflikttransformation. Wir treten nachdrücklich dafür ein, dass zivile Krisenprävention und Konfliktregelung wieder Vorrang in der deutschen und europäischen Außenpolitik haben. Dazu gehört auch eine übergreifende, abgestimmte und umfassende Strategie, um Strukturen und Entscheidungsprozesse effektiver zu gestalten. Wir wollen das unter sozialdemokratischer Führung entwickelte Konzept „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ weiterentwickeln. <u>Der Zivile Friedensdienst hat</u></p>	<p>50 55 60 65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1</p> <p>5 Wir wollen, dass Deutschland wieder ein verlässlicher Partner in der internationalen Politik ist. Wir wollen eine kluge, mit den Partnern abgestimmte Außenpolitik mit Augenmaß zum Wohle Deutschlands und Europas. Deutschlands Verantwortung innerhalb der EU ist mit der Wirtschafts- und Finanzkrise in der Eurozone gewachsen. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP jedoch hat das internationale Vertrauen in Deutschlands Europapolitik geschwächt. Auch aus vielen internationalen Krisen und Konflikten vom Nahen Osten über Iran bis Afghanistan hat Deutschland sich in den letzten vier Jahren als gestaltende Kraft verabschiedet. Wir wollen Vertrauen wieder herstellen und unserer Verantwortung auf internationaler Ebene gerecht werden.</p> <p>15 Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU muss dringend an Substanz und Kontur gewinnen. Europa hat gemeinsame Interessen und wir werden diese nur vertreten können, wenn wir als EU gemeinschaftlich auftreten. Wir brauchen deshalb neue politische Impulse für eine zukunftsfähige, noch stärker vergemeinschaftete, gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Unser Ziel ist die Fortentwicklung der Europäischen Union zu einer handlungsfähigen Friedensmacht. Eigenständige europäische Friedenspolitik setzt vor allem auf politische Mittel und Diplomatie, auf Handel, gerechte Entwicklung und zivile Krisenprävention und gerechte Entwicklung. Besonders in der Entwicklungspolitik muss Europa noch deutlicher als bisher einen integrierten gemeinsamen Ansatz verfolgen. Eine zentrale Herausforderung für die gemeinsamen Europäische Außen- und Sicherheitspolitik in der Zukunft liegt zudem darin, die spezifischen außen- und sicherheitspolitischen Erfahrungen, Kompetenzen und Partnerschaften der einzelnen EU-Staaten so zu vernetzen und in die gemeinsame Außenpolitik der EU einzubringen, dass hieraus ein konkreter Mehrwert entsteht. Nur gemeinsam kann Europa seine Werte und Interessen in einer Welt im Wandel wirksam behaupten. Die deutsche Außenpolitik muss deshalb viel stärker noch als bisher in eine gemeinsame europäische Außenpolitik einfließen.</p> <p>25 Europa muss zudem weiterhin seine Türen für neue Mitglieder offen halten. Die Erweiterungspolitik der EU hat sich als vorausschauende Friedenspolitik bewährt. Gegenüber den Ländern, die bereits Beitrittsverhandlungen mit der EU führen sowie den Ländern, die eine Beitrittsperspektive erhalten haben, muss Europa zu seinem Wort stehen. Wir treten dafür ein, dass die EU die Verhandlungen mit der Türkei mit dem klaren Ziel eines EU-Beitritts der Türkei weiterführt und ihnen neue Dynamik verleiht. Ein EU-Beitritt der Türkei ist im wechselseitigen politischen und ökonomischen Interesse und kann wichtige kulturelle Brücken schlagen. Auch an der Beitrittsperspektive der Staaten des westlichen Balkans halten wir fest. So wichtig eine auf Frieden und Wohlstand gerichtete Erweiterungspolitik der EU weiterhin ist, klar ist dabei aber auch, dass ein Beitritt zur EU nur dann möglich ist, wenn die beitragswilligen Länder die erforderlichen Kriterien voll erfüllen. Zugleich muss durch weitere Reformschritte der EU die Handlungsfähigkeit einer erweiterten Europäischen Union gewährleistet werden.</p> <p>35 Sozialdemokratische Außenpolitik ist Friedenspolitik. Frieden und Sicherheit erreichen wir am besten durch die Förderung von Demokratie und Menschenrechten sowie von fairen Produktions- und Handelsbedingungen.</p> <p>40 Wir vertrauen bei unserer vorausschauenden Friedenspolitik auf eine enge Integration politischer, wirtschaftlicher, entwicklungspolitischer und humanitärer Mittel. Zivile Krisenprävention und Konfliktregelung haben für uns immer eindeutig Vorrang. Militärische Mittel kommen überhaupt nur als letzte Möglichkeit in Betracht: mit einem klaren Mandat der Vereinten Nationen, einem Beschluss des Deutschen Bundestages und eingebettet in ein politisches Gesamtkonzept. Den Einfluss privater Söldnerarmeen und Sicher-</p>	<p><u>sich als ein zivilgesellschaftliches Element der Krisenprävention bewährt und soll wieder gestärkt werden.</u></p> <p>Wir wollen, dass Deutschland wieder ein verlässlicher Partner in der internationalen Politik ist. Wir wollen eine kluge, mit den Partnern abgestimmte Außenpolitik mit Augenmaß zum Wohle Deutschlands und Europas. Deutschlands Verantwortung innerhalb der EU ist mit der Wirtschafts- und Finanzkrise in der Eurozone gewachsen. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP jedoch hat das internationale Vertrauen in Deutschlands Europapolitik geschwächt. Auch aus vielen internationalen Krisen und Konflikten vom Nahen Osten über Iran bis Afghanistan hat Deutschland sich in den letzten vier Jahren als gestaltende Kraft verabschiedet. Wir wollen Vertrauen wieder herstellen und unserer Verantwortung auf internationaler Ebene gerecht werden.</p> <p>15 Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU muss dringend an Substanz und Kontur gewinnen. Europa hat gemeinsame Interessen und wir werden diese nur vertreten können, wenn wir als EU gemeinschaftlich auftreten. Wir brauchen deshalb neue politische Impulse für eine zukunftsfähige, noch stärker vergemeinschaftete, gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Unser Ziel ist die Fortentwicklung der Europäischen Union zu einer handlungsfähigen Friedensmacht. Eigenständige europäische Friedenspolitik setzt vor allem auf politische Mittel und Diplomatie, auf Handel, gerechte Entwicklung und zivile Krisenprävention und gerechte Entwicklung. Besonders in der Entwicklungspolitik muss Europa noch deutlicher als bisher einen integrierten gemeinsamen Ansatz verfolgen. Eine zentrale Herausforderung für die gemeinsamen Europäische Außen- und Sicherheitspolitik in der Zukunft liegt zudem darin, die spezifischen außen- und sicherheitspolitischen Erfahrungen, Kompetenzen und Partnerschaften der einzelnen EU-Staaten so zu vernetzen und in die gemeinsame Außenpolitik der EU einzubringen, dass hieraus ein konkreter Mehrwert entsteht. Nur gemeinsam kann Europa seine Werte und Interessen in einer Welt im Wandel wirksam behaupten. Die deutsche Außenpolitik muss deshalb viel stärker noch als bisher in eine gemeinsame europäische Außenpolitik einfließen.</p> <p>25 Europa muss zudem weiterhin seine Türen für neue Mitglieder offen halten. Die Erweiterungspolitik der EU hat sich als vorausschauende Friedenspolitik bewährt. Gegenüber den Ländern, die bereits Beitrittsverhandlungen mit der EU führen sowie den Ländern, die eine Beitrittsperspektive erhalten haben, muss Europa zu seinem Wort stehen. Wir treten dafür ein, dass die EU die Verhandlungen mit der Türkei mit dem klaren Ziel eines EU-Beitritts der Türkei weiterführt und ihnen neue Dynamik verleiht. Ein EU-Beitritt der Türkei ist im wechselseitigen politischen und ökonomischen Interesse und kann wichtige kulturelle Brücken schlagen. Auch an der Beitrittsperspektive der Staaten des westlichen Balkans halten wir fest. So wichtig eine auf Frieden und Wohlstand gerichtete Erweiterungspolitik der EU weiterhin ist, klar ist dabei aber auch, dass ein Beitritt zur EU nur dann möglich ist, wenn die beitragswilligen Länder die erforderlichen Kriterien voll erfüllen. Zugleich muss durch weitere Reformschritte der EU die Handlungsfähigkeit einer erweiterten Europäischen Union gewährleistet werden.</p> <p>35 Sozialdemokratische Außenpolitik ist Friedenspolitik. Frieden und Sicherheit erreichen wir am besten durch die Förderung von Demokratie und Menschenrechten sowie von fairen Produktions- und Handelsbedingungen.</p> <p>40 Wir vertrauen bei unserer vorausschauenden Friedenspolitik auf eine enge Integration politischer, wirtschaftlicher, entwicklungspolitischer und humanitärer Mittel. Zivile Krisenprävention und Konfliktregelung haben für uns immer eindeutig Vorrang. Militärische Mittel kommen überhaupt nur als letzte Möglichkeit in Betracht: mit einem klaren Mandat der Vereinten Nationen, einem Beschluss des Deutschen Bundestages und eingebettet in ein politisches Gesamtkonzept. Den Einfluss privater Söldnerarmeen und Sicher-</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
<p>heitsdienste wollen wir zurückdrängen und strengen nationalen und internationalen Regeln unterwerfen.</p> <p>Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle sind für uns zentrale Überlebensfragen von morgen. Unser Ziel bleibt eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen. Wir unterstützen regionale Ansätze für Zonen frei von Massenvernichtungswaffen. Wir wollen, dass im Rahmen eines gesamteuropäischen Abrüstungsvertrages die verbliebenen taktischen Atomwaffen Deutschland abgezogen werden. Wir wollen zugleich der konventionellen Abrüstung und Rüstungskontrolle neue Impulse geben.</p> <p>Wir wollen zurück zu den restriktiven Exportrichtlinien der rot-grünen Regierungszeit. Rüstungsexporte in Krisengebiete und in Länder, in denen die Menschenrechte massiv missachtet und verletzt werden, lehnen wir ab. Eine Ausweitung von Rüstungsexporten aus wirtschaftlichen Gründen und als Ersatz für eine gestalterische Außenpolitik lehnen wir entschieden ab. Dies bedeutet auch, ein parlamentarisches Gremium im Deutschen Bundestag zu schaffen, das bei zentralen Waffenexportscheidungen die Bundesregierung kontrolliert. Eine mögliche Weitergabe aus Deutschland exportierter Waffen an Dritte ist wirksam zu kontrollieren und Verstöße gegen Endverbleibsklauseln sind streng zu sanktionieren.</p> <p>Wir haben frühzeitig eine Exit-Strategie für Afghanistan eingefordert. Inzwischen steht fest, dass der Kampfeinsatz 2014 beendet werden soll. Wir wollen den Prozess des Übergangs von ISAF zu einer neuen Mission in Afghanistan mit dem Schwerpunkt Ausbildung aktiv begleiten. Afghanistan und die internationale Gemeinschaft können sich darauf verlassen, dass wir zu unseren Zusagen stehen – gerade auch mit Blick auf die zivile Hilfe.</p> <p>Wir werden gegenüber den Vereinigten Staaten auf einen neuen Anlauf im Nahost-Friedensprozesses drängen. Zentrales Ziel unserer Politik im Nahen Osten ist und bleibt eine Zwei-Staaten-Lösung: Mit einem Israel, das in Frieden, Sicherheit und in von seinen Nachbarn anerkannten Grenzen lebt – und einem lebensfähigen palästinensischen Staat, in dem die Menschen eine lebenswerte Zukunft haben. Deutschland hat einmal hohes Ansehen bei allen Konfliktparteien genossen. Dahin wollen wir zurück und unseren Beitrag zur Realisierung einer Zwei-Staaten-Lösung leisten.</p> <p>Der Konflikt in Syrien birgt die ernste Gefahr, die gesamte Region in eine Spirale politisch und religiös motivierter Gewalt hineinzuziehen. Wir wollen, dass Deutschland bei der Lösung dieses Konflikts nicht länger abseits steht, sondern seine diplomatischen Möglichkeiten stärker als bislang nutzt, um eine weitere Eskalation zu verhindern. Gleichzeitig müssen die Anstrengungen zur Hilfe für die syrischen Flüchtlinge verstärkt werden.</p> <p>Die arabischen Staaten im Umbruch wollen wir bei ihren Bemühungen unterstützen, die gewonnene Freiheit zu nutzen, um neue wirtschaftliche Perspektiven und rechtsstaatliche und demokratische Strukturen zu entwickeln. Der sich ausbreitende militante Islamismus in den Staaten der Sahel-Zone ist eine ernstzunehmende Bedrohung für Deutschland und Europa. Dieser Bedrohung wird man mit militärischen Mitteln allein auf Dauer nicht begegnen können. Wir brauchen eine Strategie zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung der gesamten Region, um das Problem an der Wurzel zu packen.</p> <p>Um die Identität Deutschlands und Europas als Friedensmacht für Menschenrechte und das Völkerrecht zu fördern, wollen wir den Menschenrechtsschutz der Vereinten Nationen, der EU und des Europarates stärken. Menschenrechte sollen unser Handeln in allen Politikfeldern bestimmen. Die Rechte von Frauen und Kindern sowie von Menschenrechtsverteidigern sind uns besonders wichtig. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee, die in die europäischen und transatlantischen Sicherheitsstrukturen integriert ist. Das Parlament hat bewiesen, dass es mit seinem konstitutiven Entscheidungsrecht verantwortungsvoll umgeht. Eine Aufweichung des Parlamentsvorbehalts lehnen wir ab. Wir wollen, dass die begonnene Reform der Bundeswehr zu einer weiteren Europäisierung der Streitkräfte im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Verteidigungsplanung führt. Dazu gehört auch, die europäische Zusam-</p>	<p>heitsdienste wollen wir zurückdrängen und strengen nationalen und internationalen Regeln unterwerfen.</p> <p>Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle sind für uns zentrale Überlebensfragen von morgen. Unser Ziel bleibt eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen. Wir unterstützen regionale Ansätze für Zonen frei von Massenvernichtungswaffen. Wir wollen, dass im Rahmen eines gesamteuropäischen Abrüstungsvertrages die verbliebenen taktischen Atomwaffen Deutschland abgezogen werden. Wir wollen zugleich der konventionellen Abrüstung und Rüstungskontrolle neue Impulse geben.</p> <p>Wir wollen zurück zu den restriktiven Exportrichtlinien der rot-grünen Regierungszeit. Rüstungsexporte in Krisengebiete und in Länder, in denen die Menschenrechte massiv missachtet und verletzt werden, lehnen wir ab. Eine Ausweitung von Rüstungsexporten aus wirtschaftlichen Gründen und als Ersatz für eine gestalterische Außenpolitik lehnen wir entschieden ab. Dies bedeutet auch, ein parlamentarisches Gremium im Deutschen Bundestag zu schaffen, das bei zentralen Waffenexportscheidungen die Bundesregierung kontrolliert. Eine mögliche Weitergabe aus Deutschland exportierter Waffen an Dritte ist wirksam zu kontrollieren und Verstöße gegen Endverbleibsklauseln sind streng zu sanktionieren.</p> <p>Wir haben frühzeitig eine Exit-Strategie für Afghanistan eingefordert. Inzwischen steht fest, dass der Kampfeinsatz 2014 beendet werden soll. Wir wollen den Prozess des Übergangs von ISAF zu einer neuen Mission in Afghanistan mit dem Schwerpunkt Ausbildung aktiv begleiten. Afghanistan und die internationale Gemeinschaft können sich darauf verlassen, dass wir zu unseren Zusagen stehen – gerade auch mit Blick auf die zivile Hilfe.</p> <p>Wir werden gegenüber den Vereinigten Staaten auf einen neuen Anlauf im Nahost-Friedensprozesses drängen. Zentrales Ziel unserer Politik im Nahen Osten ist und bleibt eine Zwei-Staaten-Lösung: Mit einem Israel, das in Frieden, Sicherheit und in von seinen Nachbarn anerkannten Grenzen lebt – und einem lebensfähigen palästinensischen Staat, in dem die Menschen eine lebenswerte Zukunft haben. Deutschland hat einmal hohes Ansehen bei allen Konfliktparteien genossen. Dahin wollen wir zurück und unseren Beitrag zur Realisierung einer Zwei-Staaten-Lösung leisten.</p> <p>Der Konflikt in Syrien birgt die ernste Gefahr, die gesamte Region in eine Spirale politisch und religiös motivierter Gewalt hineinzuziehen. Wir wollen, dass Deutschland bei der Lösung dieses Konflikts nicht länger abseits steht, sondern seine diplomatischen Möglichkeiten stärker als bislang nutzt, um eine weitere Eskalation zu verhindern. Gleichzeitig müssen die Anstrengungen zur Hilfe für die syrischen Flüchtlinge verstärkt werden.</p> <p>Die arabischen Staaten im Umbruch wollen wir bei ihren Bemühungen unterstützen, die gewonnene Freiheit zu nutzen, um neue wirtschaftliche Perspektiven und rechtsstaatliche und demokratische Strukturen zu entwickeln. Der sich ausbreitende militante Islamismus in den Staaten der Sahel-Zone ist eine ernstzunehmende Bedrohung für Deutschland und Europa. Dieser Bedrohung wird man mit militärischen Mitteln allein auf Dauer nicht begegnen können. Wir brauchen eine Strategie zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung der gesamten Region, um das Problem an der Wurzel zu packen.</p> <p>Um die Identität Deutschlands und Europas als Friedensmacht für Menschenrechte und das Völkerrecht zu fördern, wollen wir den Menschenrechtsschutz der Vereinten Nationen, der EU und des Europarates stärken. Menschenrechte sollen unser Handeln in allen Politikfeldern bestimmen. Die Rechte von Frauen und Kindern sowie von Menschenrechtsverteidigern sind uns besonders wichtig. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee, die in die europäischen und transatlantischen Sicherheitsstrukturen integriert ist. Das Parlament hat bewiesen, dass es mit seinem konstitutiven Entscheidungsrecht verantwortungsvoll umgeht. Eine Aufweichung des Parlamentsvorbehalts lehnen wir ab. Wir wollen, dass die begonnene Reform der Bundeswehr zu einer weiteren Europäisierung der Streitkräfte im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Verteidigungsplanung führt. Dazu gehört auch, die europäische Zusam-</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 menarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik wiederbe- lebt wird. Hier wollen wir neue Impulse setzen. Wenn wir unsere Streitkräfte besser europäisch zusammenführen, entstehen hier- 2 durch auch Spielräume für weitere Abrüstungsschritte. Langfristig 5 wollen wir den Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee, deren Einsatz parlamentarisch legitimiert sein muss. Die Veran- kerung der Bundeswehr in unsere demokratische und plurale Ge- sellschaft muss erhalten und gestärkt werden. Wir treten dafür ein, 10 dass die Fragen zum Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft, die der Umbau zu einer Freiwilligenarmee aufwirft, in einem brei- ten gesellschaftlichen Diskurs beantwortet werden. Gelingen kann dieser Umbau nur, wenn alle Beschäftigten der Bundeswehr auf 15 diesem schwierigen Weg mitgenommen werden. Daher setzen wir uns für ein umfassendes Konzept zur Nachwuchsgewinnung und ein Attraktivitätsprogramm, das eine bessere Vereinbarkeit von Fa- milie und Beruf mit sich bringt, ein.</p>	<p>menarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik wiederbe- lebt wird. Hier wollen wir neue Impulse setzen. Wenn wir unsere Streitkräfte besser europäisch zusammenführen, entstehen hier- 2 durch auch Spielräume für weitere Abrüstungsschritte. Langfristig 5 wollen wir den Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee, deren Einsatz parlamentarisch legitimiert sein muss. Die Veran- kerung der Bundeswehr in unsere demokratische und plurale Ge- sellschaft muss erhalten und gestärkt werden. Wir treten dafür ein, 10 dass die Fragen zum Verhältnis von Bundeswehr und Gesellschaft, die der Umbau zu einer Freiwilligenarmee aufwirft, in einem brei- ten gesellschaftlichen Diskurs beantwortet werden. Gelingen kann dieser Umbau nur, wenn alle Beschäftigten der Bundeswehr auf 15 diesem schwierigen Weg mitgenommen werden. Daher setzen wir uns für ein umfassendes Konzept zur Nachwuchsgewinnung und ein Attraktivitätsprogramm, das eine bessere Vereinbarkeit von Fa- milie und Beruf mit sich bringt, ein. <u>Eine überstürzte Entschei- dung zur Beschaffung von Kampfdrohnen lehnen wir ab. Wir fordern, dass vorher alle sicherheitspolitischen, völkerrechtli- chen und ethischen Fragen umfassend beantwortet werden.</u></p>
<p>20 Das Ansehen Deutschlands in der Welt hat unter der Bundesregie- rung aus CDU/CSU und FDP gelitten. Wir wollen dieses Ansehen wieder stärken und so auch die Spielräume der deutschen Außen- politik erweitern. Wir wollen daher an der erfolgreichen Förderung 25 der auswärtigen Kulturpolitik aus unserer Regierungszeit ansetzen und die Auslandsarbeit der Goethe Institute, der deutschen Aus- landsschulen und der politischen Stiftungen weiter fördern. Der deutsche UN-Standort Bonn wird als Ort der Internationalen Zusammenarbeit ausgebaut. In diesem Zusammenhang wird die 30 Rolle der Bundesstadt Bonn als zweites bundespolitisches Zentrum Deutschlands auf Grundlage des Berlin/Bonn-Gesetzes gestärkt und im Dialog mit der Region sowie den Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz eine dauerhafte vertrag- liche Regelung vorbereitet.</p>	<p>Das Ansehen Deutschlands in der Welt hat unter der Bundesregie- rung aus CDU/CSU und FDP gelitten. Wir wollen dieses Ansehen wieder stärken und so auch die Spielräume der deutschen Außen- politik erweitern. Wir wollen daher an der erfolgreichen Förderung 25 der auswärtigen Kulturpolitik aus unserer Regierungszeit ansetzen und die Auslandsarbeit der Goethe Institute, der deutschen Aus- landsschulen und der politischen Stiftungen weiter fördern. Der deutsche UN-Standort Bonn wird als Ort der Internationalen Zusammenarbeit ausgebaut. In diesem Zusammenhang wird die 30 Rolle der Bundesstadt Bonn als zweites bundespolitisches Zentrum Deutschlands auf Grundlage des Berlin/Bonn-Gesetzes gestärkt und im Dialog mit der Region sowie den Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz eine dauerhafte vertrag- liche Regelung vorbereitet.</p>
<p>35 Wir wollen eine Neubelebung und Stärkung der transatlanti- schen Beziehungen. Die USA sind Deutschlands und Europas wichtigster strategischer Partner. Die stärkere Hinwendung der US-Außen- und Sicherheitspolitik auf den Pazifik bedeutet keine Abwertung des transatlantischen Verhältnisses. Sie stellt 40 Europa vor neue Herausforderungen, aber eröffnet auch neue Chancen der Kooperation. Diese müssen genutzt werden.</p>	<p>Wir wollen eine Neubelebung und Stärkung der transatlanti- schen Beziehungen. Die USA sind Deutschlands und Europas wichtigster strategischer Partner. Die stärkere Hinwendung der US-Außen- und Sicherheitspolitik auf den Pazifik bedeutet keine Abwertung des transatlantischen Verhältnisses. Sie stellt 40 Europa vor neue Herausforderungen, aber eröffnet auch neue Chancen der Kooperation. Diese müssen genutzt werden.</p>
<p>Wir wollen die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten mit neu- em Leben füllen, weiterentwickeln und vertiefen. Wir streben eine 45 enge Abstimmung und gemeinsame Initiativen im Nahen Osten und der arabischen Welt an. Unsere Beziehungen in den asiatischen Raum wollen wir nutzen, um gemeinsame transatlantische Strate- gien für den asiatischen Kontinent und den Pazifischen Raum zu entwickeln. Wir bieten an, als Mittler eines notwendigen fortge- 50 setzten amerikanisch-russischen Dialogs zu wirken. Die Bemühun- gen um ein transatlantisches Freihandelsabkommen finden unsere ausdrückliche Unterstützung. Hierbei sollen die jeweils fortschritt- lichsten Regeln hinsichtlich ökonomischer, sozialer und ökolo- gischer Standards, der Regulierung der Finanzmärkte und deren 55 Transparenz zugrunde gelegt werden.</p>	<p>Wir wollen die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten mit neu- em Leben füllen, weiterentwickeln und vertiefen. Wir streben eine 45 enge Abstimmung und gemeinsame Initiativen im Nahen Osten und der arabischen Welt an. Unsere Beziehungen in den asiatischen Raum wollen wir nutzen, um gemeinsame transatlantische Strate- gien für den asiatischen Kontinent und den Pazifischen Raum zu entwickeln. Wir bieten an, als Mittler eines notwendigen fortge- 50 setzten amerikanisch-russischen Dialogs zu wirken. Die Bemühun- gen um ein transatlantisches Freihandelsabkommen finden unsere ausdrückliche Unterstützung. Hierbei sollen die jeweils fortschritt- lichsten Regeln hinsichtlich ökonomischer, sozialer und ökolo- gischer Standards, der Regulierung der Finanzmärkte und deren 55 Transparenz zugrunde gelegt werden.</p>
<p>Darüber hinaus wollen wir strategische Partnerschaften zu anderen aufstrebenden Staaten wie zum Beispiel Brasilien, Indien, Südafrika oder China aufbauen beziehungsweise wei- 60 terentwickeln. Bereits bestehende strategische Partnerschaften wie mit Russland müssen mit neuem Leben erfüllt werden. Neben Asien mit seiner politischen und wirtschaftlichen Dyna- mik wird der afrikanische Kontinent in unserer unmittelbaren europäischen Nachbarschaft an Bedeutung zunehmen. Das gilt 65 auch für die aufstrebenden Mächte in Lateinamerika.</p>	<p>Darüber hinaus wollen wir strategische Partnerschaften zu anderen aufstrebenden Staaten wie zum Beispiel Brasilien, Indien, Südafrika oder China aufbauen beziehungsweise wei- 60 terentwickeln. Bereits bestehende strategische Partnerschaften wie mit Russland müssen mit neuem Leben erfüllt werden. Neben Asien mit seiner politischen und wirtschaftlichen Dyna- mik wird der afrikanische Kontinent in unserer unmittelbaren europäischen Nachbarschaft an Bedeutung zunehmen. Das gilt 65 auch für die aufstrebenden Mächte in Lateinamerika.</p>
<p>Wir setzen gegenüber Russland auf eine Politik, die wirtschaftli- che Kooperation, politischen und gesellschaftlichen Dialog in einer</p>	<p>Wir setzen gegenüber Russland auf eine Politik, die wirtschaftli- che Kooperation, politischen und gesellschaftlichen Dialog in einer</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
<p>umfassenden Modernisierungspartnerschaft verbindet. Wir streben im wechselseitigen Interesse Fortschritte in Richtung Visaliberalisierung an.</p> <p>Deutschland und Europa müssen ihren politischen Einfluss in Asien und der pazifischen Region als zentralen politischen und wirtschaftlichen Schauplatz der Zukunft entschlossen ausbauen. Wir wollen die Asienpolitik der Europäischen Union auf eine breitere Grundlage als bisher stellen und in den letzten Jahren vernachlässigte Ansätze wie die EU-Zentralasienstrategie revitalisieren.</p> <p>Die Partnerschaft mit diesen aufstrebenden Ländern und Regionen darf sich jedoch nicht auf die ökonomische Zusammenarbeit beschränken. Wir wollen dass Deutschland und Europa die eigenen Werte in diese Zusammenarbeit einbringen und demokratische, soziale und menschenrechtliche Fragen nicht aussparen.</p>	<p>umfassenden Modernisierungspartnerschaft verbindet. Wir streben im wechselseitigen Interesse Fortschritte in Richtung Visaliberalisierung an.</p> <p>Deutschland und Europa müssen ihren politischen Einfluss in Asien und der pazifischen Region als zentralen politischen und wirtschaftlichen Schauplatz der Zukunft entschlossen ausbauen. Wir wollen die Asienpolitik der Europäischen Union auf eine breitere Grundlage als bisher stellen und in den letzten Jahren vernachlässigte Ansätze wie die EU-Zentralasienstrategie revitalisieren.</p> <p>Die Partnerschaft mit diesen aufstrebenden Ländern und Regionen darf sich jedoch nicht auf die ökonomische Zusammenarbeit beschränken. Wir wollen dass Deutschland und Europa die eigenen Werte in diese Zusammenarbeit einbringen und demokratische, soziale und menschenrechtliche Fragen nicht aussparen.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p>
<p>Unser Ziel ist eine kooperative, gerechte Weltordnung.</p>	<p>Unser Ziel ist eine kooperative, gerechte Weltordnung.</p>	<p>15</p>
<p>Wir wollen, dass auf die Globalisierung der Märkte die politische Globalisierung folgt. Multilaterale Organisationen betrachten wir als Brücke in eine gerechte globale Ordnung. Die Vereinten Nationen bleiben als wichtigste Weltorganisation hauptverantwortlich für Frieden und Sicherheit. Wir treten daher für eine notwendige politische Reform und Stärkung der UNO ein, was eine Reform und Stärkung des Sicherheitsrates einschließt. Die OSZE, die NATO und die EU haben als Regionalorganisationen mit unterschiedlichen Schwerpunkten eine gemeinsame Verantwortung für Frieden in und für Europa. Wir wollen, dass Deutschland in diesen Organisationen wieder eine aktive und konstruktive Rolle spielt. In der WTO und im Rahmen der G20 soll Deutschland sich stark machen für ein gerechtes und nachhaltiges Wirtschaftsmodell. Fairer Wettbewerb braucht Regulierung. Offene Märkte brauchen gemeinsame Regeln.</p>	<p>Wir wollen, dass auf die Globalisierung der Märkte die politische Globalisierung folgt. Multilaterale Organisationen betrachten wir als Brücke in eine gerechte globale Ordnung. Die Vereinten Nationen bleiben als wichtigste Weltorganisation hauptverantwortlich für Frieden und Sicherheit. Wir treten daher für eine notwendige politische Reform und Stärkung der UNO ein, was eine Reform und Stärkung des Sicherheitsrates einschließt. Die OSZE, die NATO und die EU haben als Regionalorganisationen mit unterschiedlichen Schwerpunkten eine gemeinsame Verantwortung für Frieden in und für Europa. Wir wollen, dass Deutschland in diesen Organisationen wieder eine aktive und konstruktive Rolle spielt. In der WTO und im Rahmen der G20 soll Deutschland sich stark machen für ein gerechtes und nachhaltiges Wirtschaftsmodell. Fairer Wettbewerb braucht Regulierung. Offene Märkte brauchen gemeinsame Regeln.</p>	<p>20</p> <p>25</p> <p>30</p>
<p>Wir stehen für eine Stärkung des Systems der Vereinten Nationen. Wir möchten die Vereinten Nationen, mit ihrer universellen Mitgliedschaft und Legitimität in den Mittelpunkt der politischen Globalisierung stellen. Wir unterstützen die Reform der Vereinten Nationen hin zu einer leistungsstarken und effizienten Organisation. Wir wollen uns im Sinne sozialdemokratischer Friedenspolitik für eine Stärkung der Krisen- und Konfliktprävention und des Schutzes der Menschenrechte einsetzen.</p>	<p>Wir stehen für eine Stärkung des Systems der Vereinten Nationen. Wir möchten die Vereinten Nationen, mit ihrer universellen Mitgliedschaft und Legitimität in den Mittelpunkt der politischen Globalisierung stellen. Wir unterstützen die Reform der Vereinten Nationen hin zu einer leistungsstarken und effizienten Organisation. Wir wollen uns im Sinne sozialdemokratischer Friedenspolitik für eine Stärkung der Krisen- und Konfliktprävention und des Schutzes der Menschenrechte einsetzen. <u>Das Prinzip der Schutzverantwortung muss sich vor allem auf die zivilen Maßnahmen konzentrieren.</u></p>	<p>35</p> <p>40</p>
<p>Eine Einbeziehung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hat sich gerade auch in der aktuellen Wirtschaftskrise als wichtig erwiesen. Ihre Stimme muss bei der Gestaltung einer sozialen und nachhaltigen Finanz- und Wirtschaftsordnung gehört werden. Wir lehnen ungerechte und unmenschliche Produktionsweisen ab, die klar gegen die elementaren Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wie das „Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit, Diskriminierungsverbot und Vereinigungsfreiheit“, das Recht auf Tarifverhandlungen und freie Gewerkschaften sowie gegen die internationalen Umweltstandards verstoßen. Deshalb werden wir uns einsetzen für die Durchsetzung von sozialen Mindeststandards weltweit, für die Schaffung menschenwürdiger Beschäftigungsmöglichkeiten mit ausreichendem Einkommen und die Stärkung der sozialen Sicherheit und des Dialogs zwischen den Sozialpartnern.</p> <p>Internationale Politik muss sich dringend mit den Herausforderungen der Ressourcensicherheit und des Klimaschutzes befassen. In diesem Sinne treten wir für eine ökologisch und wirtschaftlich verantwortungsvolle Energie- und Klimaaußenpolitik ein. Statt immer auf „das langsamste Schiff im Geleitzug“ zu warten wie in der bisherigen Klimapolitik wollen wir Allianzen derer schaffen, die voran gehen – und sich dabei die Vorteile der Pioniere erarbeiten.</p>	<p>Eine Einbeziehung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hat sich gerade auch in der aktuellen Wirtschaftskrise als wichtig erwiesen. Ihre Stimme muss bei der Gestaltung einer sozialen und nachhaltigen Finanz- und Wirtschaftsordnung gehört werden. Wir lehnen ungerechte und unmenschliche Produktionsweisen ab, die klar gegen die elementaren Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wie das „Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit, Diskriminierungsverbot und Vereinigungsfreiheit“, das Recht auf Tarifverhandlungen und freie Gewerkschaften sowie gegen die internationalen Umweltstandards verstoßen. Deshalb werden wir uns einsetzen für die Durchsetzung von sozialen Mindeststandards weltweit, für die Schaffung menschenwürdiger Beschäftigungsmöglichkeiten mit ausreichendem Einkommen und die Stärkung der sozialen Sicherheit und des Dialogs zwischen den Sozialpartnern.</p> <p>Internationale Politik muss sich dringend mit den Herausforderungen der Ressourcensicherheit und des Klimaschutzes befassen. In diesem Sinne treten wir für eine ökologisch und wirtschaftlich verantwortungsvolle Energie- und Klimaaußenpolitik ein. Statt immer auf „das langsamste Schiff im Geleitzug“ zu warten wie in der bisherigen Klimapolitik wollen wir Allianzen derer schaffen, die voran gehen – und sich dabei die Vorteile der Pioniere erarbeiten.</p>	<p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Menschenrechte umfassend schützen und international durch- setzen.</p> <p>5 Die Menschenrechte bilden die verpflichtende Grundlage unserer Gesellschaft – sowohl in Deutschland, wie auch in Europa. Sie sind unteilbar und gelten universell – deshalb setzen wir uns innerstaat- lich und im Bereich der Europäischen Union, aber auch global für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte ein. Nur das macht unsere Politik im Inneren und nach Außen friedensfähig, so- zial gerecht und damit nachhaltig. 10 Dabei tritt unsere Politik für die Weiterentwicklung und Umset- zung der Menschenrechtstandards ebenso ein wie für wirksame In- strumente des Menschenrechtsschutzes. Besonders wichtig sind ins- besondere der bessere Schutz der Menschenrechtsverteidiger, aber 15 auch die weltweite Ächtung der Todesstrafe und Folter sowie eine wirksamere Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen auch im internationalen Rahmen. Überall auf der Welt, werden, wenn auch unterschiedlich, Men- schenrechte von Frauen immer noch vielfältig verletzt: Systema- 20 tische Diskriminierung, häusliche Gewalt, die schrecklichen Ver- letzungen von Frauen durch Genitalverstümmelung, Zwangshei- rat, Menschenhandel oder fälschlich so genannte „Verbrechen im Namen der Ehre“ werden wir deshalb mit besonderem Nachdruck bekämpfen. 25 Auch Kinder, Menschen mit Behinderungen, aber auch kranke und alte Menschen haben ein Recht auf ein Leben in Würde und Selbstbestimmung, das häufig genug nicht respektiert wird. Auch das erfordert unsere stärkere Aufmerksamkeit und unser politisches Eingreifen. Auch der Schutz von Minderheiten gehört zu den wich- 30 tigen Bereichen der Menschenrechtsarbeit. Deshalb treten wir aktiv für die Menschenrechte von religiösen und ethnischen Minderhei- ten ein, die häufig genug zu Opfern politischer Konflikte und so- zialer und wirtschaftlichen Spannungen in den Krisengebieten der Welt werden. Auch in Europa müssen durch wirksames Eingreifen 35 der Verantwortlichen in den Mitgliedsstaaten und auf EU-Ebene die diskriminierten Minderheiten zu ihrem Recht kommen. Wir unterstützen aktiv die unverzichtbare Tätigkeit des Flücht- lingskommissars der Vereinten Nationen und setzen uns in der Europäischen Union für mehr Solidarität mit Flüchtlingen und für 40 eine gerechtere Lastenverteilung bei ihrer Integration ein.</p> <p>Entwicklungspolitik ist für uns globale Friedens- und Struk- turpolitik.</p> <p>45 Leitbild unserer Entwicklungspolitik bleibt eine globale Struk- turpolitik, die die internationalen Rahmenbedingungen ent- wicklungsfreundlich und nachhaltig gestaltet und die großen Zukunftsaufgaben als gemeinsame Herausforderung begreift. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind auch dabei unsere Grundwerte.</p> <p>55 Ziel unserer Entwicklungspolitik ist die Überwindung von Armut und Hunger in der Welt, der Schutz der globalen öffentlichen Güter und die Verwirklichung der Menschenrechte. Wir stehen zu unse- ren internationalen Verpflichtungen. Mit unserer Hilfe unterstützen wir die eigenen Anstrengungen der in Armut lebenden Menschen. Damit sie wirkt, braucht es verantwortliche Regierungen, aktive Bürgerinnen und Bürger sowie Rahmenbedingungen, die soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Frieden fördern. 60 Wir stehen zu einem eigenständigen BMZ als Bundesministerium für globale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung mit der Zuständigkeit für globale Zukunftsaufgaben. Nur ein solches Mi- nisterium kann glaubwürdig und leistungsfähig den Herausforde- rungen begegnen. 65 Wir wollen zukünftig die Zusammenarbeit verstärkt auf die ärm- sten Entwicklungsländer sowie fragile Staaten und Regionen kon- zentrieren, ohne aber die Zusammenarbeit mit schon weiter fortge- schrittenen Ländern aufzugeben.</p>	<p>Menschenrechte umfassend schützen und international durch- setzen.</p> <p>Die Menschenrechte bilden die verpflichtende Grundlage unserer Gesellschaft – sowohl in Deutschland, wie auch in Europa. Sie sind unteilbar und gelten universell – deshalb setzen wir uns innerstaat- lich und im Bereich der Europäischen Union, aber auch global für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte ein. Nur das macht unsere Politik im Inneren und nach Außen friedensfähig, so- zial gerecht und damit nachhaltig. Dabei tritt unsere Politik für die Weiterentwicklung und Umset- zung der Menschenrechtstandards ebenso ein wie für wirksame In- strumente des Menschenrechtsschutzes. Besonders wichtig sind ins- besondere der bessere Schutz der Menschenrechtsverteidiger, aber auch die weltweite Ächtung der Todesstrafe und Folter sowie eine wirksamere Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen auch im internationalen Rahmen. Überall auf der Welt, werden, wenn auch unterschiedlich, Men- schenrechte von Frauen immer noch vielfältig verletzt: Systema- tische Diskriminierung, häusliche Gewalt, die schrecklichen Ver- letzungen von Frauen durch Genitalverstümmelung, Zwangshei- rat, Menschenhandel oder fälschlich so genannte „Verbrechen im Namen der Ehre“ werden wir deshalb mit besonderem Nachdruck bekämpfen. Auch Kinder, Menschen mit Behinderungen, aber auch kranke und alte Menschen haben ein Recht auf ein Leben in Würde und Selbstbestimmung, das häufig genug nicht respektiert wird. Auch das erfordert unsere stärkere Aufmerksamkeit und unser politisches Eingreifen. Auch der Schutz von Minderheiten gehört zu den wich- tigen Bereichen der Menschenrechtsarbeit. Deshalb treten wir aktiv für die Menschenrechte von religiösen und ethnischen Minderhei- ten ein, die häufig genug zu Opfern politischer Konflikte und so- zialer und wirtschaftlichen Spannungen in den Krisengebieten der Welt werden. Auch in Europa müssen durch wirksames Eingreifen der Verantwortlichen in den Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene die diskriminierten Minderheiten zu ihrem Recht kommen. Wir unterstützen aktiv die unverzichtbare Tätigkeit des Flücht- lingskommissars der Vereinten Nationen und setzen uns in der Europäischen Union für mehr Solidarität mit Flüchtlingen und für eine gerechtere Lastenverteilung bei ihrer Integration ein.</p> <p>Entwicklungspolitik ist für uns globale Friedens- und Struk- turpolitik.</p> <p>Leitbild unserer Entwicklungspolitik bleibt eine globale Struk- turpolitik, die die internationalen Rahmenbedingungen ent- wicklungsfreundlich und nachhaltig gestaltet und die großen Zukunftsaufgaben als gemeinsame Herausforderung begreift. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind auch dabei unsere Grundwerte.</p> <p>Ziel unserer Entwicklungspolitik ist die Überwindung von Armut und Hunger in der Welt, der Schutz der globalen öffentlichen Güter und die Verwirklichung der Menschenrechte. Wir stehen zu unse- ren internationalen Verpflichtungen. Mit unserer Hilfe unterstützen wir die eigenen Anstrengungen der in Armut lebenden Menschen. Damit sie wirkt, braucht es verantwortliche Regierungen, aktive Bürgerinnen und Bürger sowie Rahmenbedingungen, die soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Frieden fördern. Wir stehen zu einem eigenständigen BMZ als Bundesministerium für globale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung mit der Zuständigkeit für globale Zukunftsaufgaben. Nur ein solches Mi- nisterium kann glaubwürdig und leistungsfähig den Herausforde- rungen begegnen. Wir wollen zukünftig die Zusammenarbeit verstärkt auf die ärm- sten Entwicklungsländer sowie fragile Staaten und Regionen kon- zentrieren, ohne aber die Zusammenarbeit mit schon weiter fortge- schrittenen Ländern aufzugeben.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
<p>Notwendig für die Überwindung von Armut ist ein breitenwirksames, nachhaltiges Wachstum. Dafür bedarf es der Überwindung von Ungleichheiten in den Gesellschaften und der Schaffung von guter Arbeit, die sich an der Decent Work Agenda der ILO orientiert, der Investitionen in landwirtschaftliche Entwicklung, Hilfen beim Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme im Sinne eines Basisschutzes nach dem Konzept des Social Protection Floors der UN und der ILO sowie der Gleichstellung von Männern und Frauen. Notwendige Bedingungen dafür sind der Zugang zu guter Bildung, Gesundheitsversorgung und Ernährung.</p> <p>Wir wollen den Hunger bekämpfen und Ernährungssicherheit verwirklichen. Deshalb nutzen wir alle Möglichkeiten, um die Spekulation mit Nahrungsmittelpreisen zu verhindern.</p> <p>Wir wirken in den Partnerländern auf eine Verwirklichung von Menschenrechten und die Förderung demokratischer Beteiligung und Rechtsstaatlichkeit hin. Wir wollen dazu beitragen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte und die politischen Menschenrechte zu verwirklichen.</p> <p>Frauen sind zentrale Akteurinnen für Entwicklungsprozesse. Voraussetzung dafür ist es, ihre persönlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Selbstbestimmungsrechte zu stärken. Ihr Zugang zu Familienplanung ist zu gewährleisten. Gewalt gegen Frauen in jeder Form ist zu bekämpfen.</p> <p>Die Millenniums-Entwicklungsziele wollen wir entschlossen verfolgen und unseren Beitrag leisten, damit sie bis 2015 umgesetzt werden. Dies gilt vor allem für die Bekämpfung der Mütter- und Kindersterblichkeit sowie von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria. Wir wollen uns aktiv beteiligen bei der Weiterentwicklung der Millenniumsentwicklungsziele zu „Zielen der nachhaltigen Entwicklung“ (Sustainable Development Goals), die Teil des neuen Rahmenwerks für globale Entwicklungspolitik von 2015 bis 2030 werden sollen. Bei all dem ist die Zivilgesellschaft ein zentraler Partner. Wir erkennen ihren wichtigen Beitrag für Gerechtigkeit, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, politische Teilhabe und demokratische Entwicklung an – gerade auch in fragilen Staaten. Ihre wichtige Bildungs- und Anwaltschaftsarbeit werden wir verstärkt unterstützen. Wir wollen das Freiwilligenprogramm „weltwärts“ als einen wertvollen Beitrag zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit ausbauen.</p> <p>Private Investitionen leisten einen erheblichen Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung und die Überwindung von Armut. Wir wollen den Auf- und Ausbau des privaten Sektors in den Partnerländern unterstützen, soweit er den Prinzipien nachhaltiger sozialer und ökologischer Entwicklung folgt. Auch global tätige Unternehmen tragen Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte. Wir setzen uns ein für erweiterte Transparenzanforderungen für transnationale Unternehmen, insbesondere im Rohstoffsektor, durch länder- und projektbezogene Berichtspflichten.</p> <p>Am Ziel, 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, halten wir fest. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP hat dieses Ziel so vernachlässigt, dass vereinbarte Zeitpläne dafür nicht mehr zu halten sind. Um das Ziel dennoch grundsätzlich zu erreichen, wollen wir jährlich 1 Mrd. Euro zusätzlich für Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen und verstärkt neue und innovative Finanzierungsinstrumente in Deutschland und europaweit nutzen, insbesondere auch Mittel aus der Finanztransaktionssteuer nutzen. Wir unterstützen Entwicklungsländer beim Aufbau leistungsfähiger Steuersysteme, um für ihre Aufgaben verstärkt eigene Ressourcen zu mobilisieren.</p> <p>Entwicklungspolitik muss die Strategien der Partnerländer einbeziehen. Budgethilfe trägt wesentlich zu einer stärkeren Selbstverantwortung der Partnerländer bei.</p> <p>Aufstrebende Schwellenländer haben an Bedeutung und Einfluss gewonnen und müssen verstärkt Mitverantwortung bei Armutsbekämpfung und friedenspolitischen Initiativen vor allem bei regionalen Konflikten übernehmen.</p> <p>Es gilt, die multilaterale Zusammenarbeit zu stärken. Dafür muss die deutsche Entwicklungspolitik in ein europäisches Gesamtkon-</p>	<p>Notwendig für die Überwindung von Armut ist ein breitenwirksames, nachhaltiges Wachstum. Dafür bedarf es der Überwindung von Ungleichheiten in den Gesellschaften und der Schaffung von guter Arbeit, die sich an der Decent Work Agenda der ILO orientiert, der Investitionen in landwirtschaftliche Entwicklung, Hilfen beim Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme im Sinne eines Basisschutzes nach dem Konzept des Social Protection Floors der UN und der ILO sowie der Gleichstellung von Männern und Frauen. Notwendige Bedingungen dafür sind der Zugang zu guter Bildung, Gesundheitsversorgung und Ernährung.</p> <p>Wir wollen den Hunger bekämpfen und Ernährungssicherheit verwirklichen. Deshalb nutzen wir alle Möglichkeiten, um die Spekulation mit Nahrungsmittelpreisen zu verhindern.</p> <p>Wir wirken in den Partnerländern auf eine Verwirklichung von Menschenrechten und die Förderung demokratischer Beteiligung und Rechtsstaatlichkeit hin. Wir wollen dazu beitragen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte und die politischen Menschenrechte zu verwirklichen.</p> <p>Frauen sind zentrale Akteurinnen für Entwicklungsprozesse. Voraussetzung dafür ist es, ihre persönlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Selbstbestimmungsrechte zu stärken. Ihr Zugang zu Familienplanung ist zu gewährleisten. Gewalt gegen Frauen in jeder Form ist zu bekämpfen.</p> <p>Die Millenniums-Entwicklungsziele wollen wir entschlossen verfolgen und unseren Beitrag leisten, damit sie bis 2015 umgesetzt werden. Dies gilt vor allem für die Bekämpfung der Mütter- und Kindersterblichkeit sowie von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria. Wir wollen uns aktiv beteiligen bei der Weiterentwicklung der Millenniumsentwicklungsziele zu „Zielen der nachhaltigen Entwicklung“ (Sustainable Development Goals), die Teil des neuen Rahmenwerks für globale Entwicklungspolitik von 2015 bis 2030 werden sollen. Bei all dem ist die Zivilgesellschaft ein zentraler Partner. Wir erkennen ihren wichtigen Beitrag für Gerechtigkeit, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, politische Teilhabe und demokratische Entwicklung an – gerade auch in fragilen Staaten. Ihre wichtige Bildungs- und Anwaltschaftsarbeit werden wir verstärkt unterstützen. Wir wollen das Freiwilligenprogramm „weltwärts“ als einen wertvollen Beitrag zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit ausbauen.</p> <p>Private Investitionen leisten einen erheblichen Beitrag für die wirtschaftliche Entwicklung und die Überwindung von Armut. Wir wollen den Auf- und Ausbau des privaten Sektors in den Partnerländern unterstützen, soweit er den Prinzipien nachhaltiger sozialer und ökologischer Entwicklung folgt. Auch global tätige Unternehmen tragen Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte. Wir setzen uns ein für erweiterte Transparenzanforderungen für transnationale Unternehmen, insbesondere im Rohstoffsektor, durch länder- und projektbezogene Berichtspflichten.</p> <p>Am Ziel, 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, halten wir fest. Die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP hat dieses Ziel so vernachlässigt, dass vereinbarte Zeitpläne dafür nicht mehr zu halten sind. Um das Ziel dennoch grundsätzlich zu erreichen, wollen wir jährlich 1 Mrd. Euro zusätzlich für Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen und verstärkt neue und innovative Finanzierungsinstrumente in Deutschland und europaweit nutzen, insbesondere auch Mittel aus der Finanztransaktionssteuer nutzen. Wir unterstützen Entwicklungsländer beim Aufbau leistungsfähiger Steuersysteme, um für ihre Aufgaben verstärkt eigene Ressourcen zu mobilisieren.</p> <p>Entwicklungspolitik muss die Strategien der Partnerländer einbeziehen. Budgethilfe trägt wesentlich zu einer stärkeren Selbstverantwortung der Partnerländer bei.</p> <p>Aufstrebende Schwellenländer haben an Bedeutung und Einfluss gewonnen und müssen verstärkt Mitverantwortung bei Armutsbekämpfung und friedenspolitischen Initiativen vor allem bei regionalen Konflikten übernehmen.</p> <p>Es gilt, die multilaterale Zusammenarbeit zu stärken. Dafür muss die deutsche Entwicklungspolitik in ein europäisches Gesamtkon-</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 zept eingebettet werden und konsequent auf eine abgestimmte und arbeitsteilige Zusammenarbeit hinarbeiten. Die Trennung von tech- nischer und finanzieller Entwicklungszusammenarbeit, die so nur 5 in Deutschland besteht und Doppelstrukturen führt, ist zu überwin- den. In den internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen sollen die Entwicklungs- und Schwellenländer größeres Gewicht haben. Insgesamt gilt es, die Stimmen von Entwicklungs- und Schwellen- ländern in der Global Governance zu stärken. Gleichzeitig treten 10 wir weiterhin für einen Globalen Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik ein. Er soll wirtschaftliche Interessen, soziale Bedürfnisse und ökologische Notwendigkeiten aufeinander abstimmen. Nachhaltige Entwicklungspolitik muss eng mit globaler Umwelt- 15 politik verbunden sein. Die ärmeren Länder bedürfen besonderer Unterstützung, um den Klimaveränderungen entgegen zu wirken und um einen schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien sowie den Schutz des Regenwalds und anderer Ökosysteme voranzubringen und mehr Energieeffizienz zu erreichen. Insbesondere die Industrieländer 20 haben die Verantwortung, ihre Wachstumspfade ökologisch zu gestalten. Wir wissen: Umfassender Frieden setzt soziale Gerechtigkeit und faire Entwicklung voraus. Ohne das eine kann das andere nicht gelingen. Diese Überzeugung ist und bleibt Kern unserer voraus- schauenden sozialdemokratischen Friedenspolitik. 25</p>	<p>zept eingebettet werden und konsequent auf eine abgestimmte und arbeitsteilige Zusammenarbeit hinarbeiten. Die Trennung von tech- nischer und finanzieller Entwicklungszusammenarbeit, die so nur in Deutschland besteht und Doppelstrukturen führt, ist zu überwin- den. In den internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen sollen die Entwicklungs- und Schwellenländer größeres Gewicht haben. Insgesamt gilt es, die Stimmen von Entwicklungs- und Schwellen- ländern in der Global Governance zu stärken. Gleichzeitig treten wir weiterhin für einen Globalen Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik ein. Er soll wirtschaftliche Interessen, soziale Bedürfnisse und ökologische Notwendigkeiten aufeinander abstimmen. Nachhaltige Entwicklungspolitik muss eng mit globaler Umwelt- politik verbunden sein. Die ärmeren Länder bedürfen besonderer Unterstützung, um den Klimaveränderungen entgegen zu wirken und um einen schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien sowie den Schutz des Regenwalds und anderer Ökosysteme voranzubringen und mehr Energieeffizienz zu erreichen. Insbesondere die Industrieländer haben die Verantwortung, ihre Wachstumspfade ökologisch zu gestalten. Wir wissen: Umfassender Frieden setzt soziale Gerechtigkeit und faire Entwicklung voraus. Ohne das eine kann das andere nicht gelingen. Diese Überzeugung ist und bleibt Kern unserer voraus- schauenden sozialdemokratischen Friedenspolitik.</p>
<p>XI. Deutschland besser regieren!</p> <p>30 Unser Wahlprogramm folgt einem einfachen Grundsatz: Wir wol- len regieren zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger in Deutsch- land. Wir wollen etwas bewegen in unserem Land! Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft neu begründen und gemeinsam ein neues soziales Gleichgewicht schaffen. Wir wollen Schluss machen mit 35 vier Jahren politischem Stillstand und Koalitionschaos. Wir wollen eine andere, eine bessere und gerechtere Politik für die Bürgerin- nen und Bürger Deutschlands machen. Die Regierung von Angela Merkel hat viel versprochen und genau- so viele Versprechen gebrochen. Wir wissen sehr genau, was wir 40 wollen. Wir drehen uns nicht wie Fähnchen im Wind. Wir halten Kurs. In stürmischen Zeiten muss Politik handlungsfähig sein. Po- litik muss ihrer Verantwortung gerecht werden. Sie muss einen kla- ren Kompass haben. Unser Wahlprogramm ist dieser Kompass. Es steht auf festem Grund – unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solida- rität. Unser Programm ist die Anleitung für unser Handeln. Unser Program ist die Aufforderung zum Handeln. Unser Programm soll allen Bürgerinnen und Bürgern konkret in ihren unterschied- lichen Lebenssituationen nutzen. Unser Programm ist der Auftrag, 45 dass Politik endlich wieder konkrete Ergebnisse liefert. Unser Wahlprogramm ist der Plan für eine bessere Politik in Deutschland und Europa. Eine Politik, die Soziales und Wirtschaft, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit, Bürger und Staat, Eu- ropa und Deutschland, Globalisierung und Gemeinden, Werte und 50 Wirklichkeit wieder in Einklang bringt. Unser Programm ist die Grundlage für eine Richtungsentscheidung über unsere Gesellschaft, ohne dabei Maß und Mitte aus dem Blick zu verlieren. Unser Wahlprogramm ist die Alternative zu Angela Merkels „Alternativlosigkeit“. 55 Dafür braucht Deutschland klare Mehrheiten: Nur mit Rot-Grün schaffen wir die Erneuerung unseres Landes! Nur eine rot-grüne Regierung steht für den Richtungswechsel in Deutschland! Die SPD ist die Partei in der Mitte der Gesellschaft und für das Miteinander in Deutschland. Seit 150 Jahren machen wir Politik 60 für eine bessere Gesellschaft. Darauf bauen wir auf. Darum SPD. Darum Peer Steinbrück.</p>	<p>XI. Deutschland besser regieren!</p> <p>Unser Wahlprogramm folgt einem einfachen Grundsatz: Wir wol- len regieren zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger in Deutsch- land. Wir wollen etwas bewegen in unserem Land! Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft neu begründen und gemeinsam ein neues soziales Gleichgewicht schaffen. Wir wollen Schluss machen mit vier Jahren politischem Stillstand und Koalitionschaos. Wir wollen eine andere, eine bessere und gerechtere Politik für die Bürgerin- nen und Bürger Deutschlands machen. Die Regierung von Angela Merkel hat viel versprochen und genau- so viele Versprechen gebrochen. Wir wissen sehr genau, was wir wollen. Wir drehen uns nicht wie Fähnchen im Wind. Wir halten Kurs. In stürmischen Zeiten muss Politik handlungsfähig sein. Po- litik muss ihrer Verantwortung gerecht werden. Sie muss einen kla- ren Kompass haben. Unser Wahlprogramm ist dieser Kompass. Es steht auf festem Grund – unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solida- rität. Unser Programm ist die Anleitung für unser Handeln. Unser Program ist die Aufforderung zum Handeln. Unser Programm soll allen Bürgerinnen und Bürgern konkret in ihren unterschied- lichen Lebenssituationen nutzen. Unser Programm ist der Auftrag, dass Politik endlich wieder konkrete Ergebnisse liefert. Unser Wahlprogramm ist der Plan für eine bessere Politik in Deutschland und Europa. Eine Politik, die Soziales und Wirtschaft, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit, Bürger und Staat, Eu- ropa und Deutschland, Globalisierung und Gemeinden, Werte und Wirklichkeit wieder in Einklang bringt. Unser Programm ist die Grundlage für eine Richtungsentscheidung über unsere Gesellschaft, ohne dabei Maß und Mitte aus dem Blick zu verlieren. Unser Wahlprogramm ist die Alternative zu Angela Merkels „Alternativlosigkeit“. Dafür braucht Deutschland klare Mehrheiten: Nur mit Rot-Grün schaffen wir die Erneuerung unseres Landes! Nur eine rot-grüne Regierung steht für den Richtungswechsel in Deutschland! Die SPD ist die Partei in der Mitte der Gesellschaft und für das Miteinander in Deutschland. Seit 150 Jahren machen wir Politik für eine bessere Gesellschaft. Darauf bauen wir auf. Darum SPD. Darum Peer Steinbrück.</p>

I. Deutschland besser und
gerechter regieren:
Für ein neues soziales Gleichge-
wicht in unserem Land

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Antragsbereich I.A Antrag 1</p> <p>5 030 Kreis Pankow (Landesverband Berlin)</p> <p>Änderungsantrag zum Kap. I</p> <p>10 Das Regierungsprogramm soll um folgende Passage im Kapitel „Deutschland besser und gerechter regieren: Für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land“ ergänzt werden: „Die SPD wird die Sozialpartnerschaft und ihre Institutionen stär- ken sowie für gleiche Kräfteverhältnisse zwischen Arbeitgeberver- bänden und Gewerkschaften Sorge tragen.“</p>	<p>I.A1</p> <p>Änderungsantrag zum Kap. I Annahme in geänderter Fassung:</p> <p>„Wir wollen die Sozialpartnerschaft und ihre Institutionen stärken.“ (einfügen in Abschnitt „Ein neues soziales Gleichgewicht in Deutschland“)</p>
<p>15 Antragsbereich I.A Antrag 2</p> <p>20 Arbeitsgemeinschaft 60plus</p> <p>Änderungsantrag zum Kap. I</p> <p>25 -1. Im Unterpunkt „ein neues soziales Gleichgewicht“ nach dem letzten Absatz soll neu eingefügt werden: Demografischen Veränderungen gerecht werden und sie als Chance begreifen Die Lebenserwartung steigt deutlich an. Jedes zweite der heute ge- borenen Mädchen wird 100 Jahre alt, jeder zweite Junge immerhin 30 95 Jahre. Im Jahr 2050 sollen knapp 40 Prozent der Bevölkerung 60 Jahre und älter sein (derzeit ca. 23 Prozent). Die Deutschen wer- den nicht nur immer älter, sie bleiben auch länger aktiv und gesund als Alte früherer Generationen. Die demografische Alterung ist im Grundsatz positiv und ein Beleg 35 für die zivilisatorische Entwicklung einer Gesellschaft. Es gibt kei- nen „gesunden“ oder „ungesunden“ Aufbau der Bevölkerung. Wir müssen die Chancen der Alterung nutzen und die Herausforderung durch eine moderne und gerechte Politik meistern. -2. Im Unterpunkt „Den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes si- chern“ im dritten Absatz im zweiten Satz soll neu eingefügt wer- den: „Vor allem die die Bekämpfung der dramatisch gestiegenen Ju- gendarbeitslosigkeit in einer Reihe von EU-Staaten muss dabei 45 im Mittelpunkt europäischer Politik stehen.“ -3. Unterpunkt „Den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes si- chern“ nach dem letzten Absatz, letzter Satz soll neu eingefügt werden: Wir wollen kleine und mittelständische Betriebe auch bei der For- schung und Entwicklung von Innovationen im Zukunftsmarkt der 50 seniorengerechten Produkte und Dienstleistungen unterstützen. Im Rahmen eines „Masterplans Seniorenwirtschaft“ wollen wir die wirtschaftlichen Chancen der älter werdenden Gesellschaft für Deutschland besser erschließen und die Lebensbedingungen für Ältere verbessern.</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>I.A2</p> <p>Änderungsantrag zum Kap. I</p> <p>Punkt 1: Annahme in geänderter Fassung: „Wir wollen die Chance des Alterns nutzen und die Herausforde- rung durch eine moderne und gerechte Politik meistern.“ (vor dem Satz „Wir wollen, dass Menschen in Deutschland keine Angst mehr vor Armut im Alter haben müssen.“) Punkt 2: Annahme. Punkt 3: Ablehnung.</p>

II. Finanzkapitalismus
bändigen - Wirtschaft und
Mittelstand stärken -
Gute Arbeit schaffen.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 » Anträge zum Kapitel II.1 Märkte brauchen Regeln – für ein nachhaltiges Wachstum «</p> <p>5 <i>Antragsbereich II.A</i> <i>Antrag 1</i></p> <p><i>Arbeitsgemeinschaft Selbständige</i></p> <p>10 Änderungsantrag zum Kap. II.1</p> <p>- Einfügen im Kapitel II.1 Unterpunkt „Wir wollen zusätzlich eine neue Unternehmensverfassung“</p> <p>15 Wir setzen uns für eine Förderung und Weiterentwicklung des Genossenschaftswesens ein.</p> <p>Genossenschaften haben sich gerade in Zeiten großer struktureller wirtschaftlicher Veränderungen als innovative und stabile Unternehmensform erwiesen. Nicht ohne Grund sind etwa in der Finanz-</p> <p>20 krise die Genossenschaftsbanken Volks- und Raiffeisenbanken im Vergleich zu Instituten anderer Rechtsform am besten durch die Krise gekommen.</p> <p>Die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen beispielsweise aus dem demographischen Wandel könnten mit Hilfe von Genossenschaften z.B. bei Wohnprojekten oder bei Dorf- und Stadteilländen angemessen bewältigt werden. Auch bei der drängenden Regelung der Unternehmensnachfolge - etwa in Form eines Mitarbeiter-</p> <p>25 buyout – bietet das Genossenschaftsmodell eine ideale Alternative. Wir wollen deshalb Genossenschaftsrecht weiterentwickeln, um die Attraktivität des Genossenschaftswesens zu steigern und die Gründung von neuen Genossenschaften erleichtert werden. Dazu die Schwellenwerte für die Prüfung weiter nach oben gesetzt und die Prüfpflicht für Kleinstgenossenschaften ganz abgeschafft werden. Zudem wollen wir die systematische Benachteiligung bei Förder-</p> <p>30 maßnahmen, etwa im Rahmen von Existenzgründungen beseitigen. Hier muss die Förderung der „wir eG“ im mindestens der Förderung der „Ich AG“ gleichgestellt werden.</p>	<p><i>II.A1</i></p> <p>Änderungsantrag zum Kap. II.1</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>40 <i>Antragsbereich II.A</i> <i>Antrag 2</i></p> <p><i>Arbeitsgemeinschaft Selbständige</i></p> <p>45 Änderungsantrag zum Kap. II.1</p> <p>- Änderung im Kapitel II.1. Unterpunkt „Wir wollen zusätzlich eine neue Unternehmensverfassung“</p> <p>Wir wollen die Mitbestimmung – auch auf europäischer Ebene – stärken. Die Mitarbeiterkapitalbeteiligung ist ein Schlüssel, um Mitarbeiter am Erfolg des Unternehmens zu beteiligen. Wir wollen sie weiter ausbauen, beispielsweise durch eine stärkere steuerliche Förderung.</p> <p>50 - Änderung im Kapitel II.1. Unterpunkt „Unsere Maßnahmen zur umfassenden Regulierung der Finanzmärkte“</p> <p>Wir wollen einen transparenten Finanzsektor. Akteure des sogenannten Schattenbanksektors, das sind vor allem die hochspekulativen Hedgefonds, müssen endlich reguliert werden. Auf Grund der wachsenden Risiken im Schattenbankensektor für die Stabilität des gesamten Finanzsystems müssen die gleichen Maßstäbe und Pflichten gelten wie im klassischen Bankensektor. Voraussetzung dafür ist die Bekämpfung auch der grenzüberschreitenden Steuerhinterziehung, um stabile und transparente Finanzmärkte zu schaffen: Über 50% der Fonds und Gesellschaften, die sogenannte toxische Anlagepapiere besitzen, befinden sich in sogenannten Steuerparadiesen.</p> <p>60 - Änderung Kap. II.1 im Unterpunkt „Märkte brauchen Regeln – für nachhaltiges Wachstum“</p>	<p><i>II.A2</i></p> <p>Änderungsantrag zum Kap. II.1</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Unser Ziel: Der Staat darf nicht länger für Spekulationen haften. Anstatt weiter Verluste zu sozialisieren und Gewinne zu privatisieren, müssen Risiken und Haftung wieder zusammengeführt werden. Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dürfen nie wieder in Geiselhaft der Banken und Spekulanten genommen werden. Je größer eine Bank ist, desto besser muss ihr Risikomanagement sein und umso höhere Eigenkapitalvorschriften muss sie erfüllen. Wir wollen eine deutliche Einschränkung des Eigenhandels und deshalb eine klare Trennung dieses Geschäftsbereichs vom übrigen Investment- und Geschäftsbankenbereich. Dann liegt die Haftung für Risiken dort, wo auch die Gewinne aus den Risiken erzielt werden. Und fallen im riskanten Eigenhandels-Geschäftsbereich hohe Verluste an, bleibt der Schaden auch auf diesen Geschäftsbereich beschränkt. Wir wollen, dass die Substanz des Bankgeschäftes stabiler, hochriskante Spekulation eingedämmt wird und der mögliche Schaden nicht mehr auf die Gesellschaft übertragen werden kann.</p> <p>- Einfügen im Kap. II.1 Unterpunkt „Märkte brauchen Regeln – für nachhaltiges Wachstum“ -</p> <p>Wir wollen wieder eine Kultur der Nachhaltigkeit in der Wirtschaft etablieren. Dazu fordern wir sowohl die gesetzgeberische Verankerung als auch die vollumfängliche Verantwortungs- und Haftungsübernahme der Anteilseigner eines Unternehmens für</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Aufnahme von Grundsätzen der Nachhaltigkeit in die Berichtspflicht 	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p>
<p><i>Antragsbereich II.A</i> <i>Antrag 3</i></p>	<p><i>II.A3</i></p>
<p><i>Unterbezirk Bielefeld</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p>	<p>30</p>
<p><i>Banken regulieren - Trennung von Spekulation und Realwirtschaft</i></p>	<p><i>Banken regulieren - Trennung von Spekulation und Realwirtschaft</i></p> <p>35</p>
<p>Die SPD fordert, dass die Handlungen der Banken strikter durch die Politik beaufsichtigt werden und eine klare Trennung zwischen der Finanzierung der Realwirtschaft und der Spekulationsaktivität vollzogen wird. Dazu bedarf es</p> <ul style="list-style-type: none"> - einer klaren Trennung der Bankenstrukturen: Finanzierung und Investment müssen voneinander autark aufgestellt und in unterschiedlichen Unternehmensstrukturen separiert werden. - einer strikten Kontrolle, dass politisch gesteuert günstig bereit gestelltes Geld der Zentralbanken zur Ankurbelung der Konjunktur oder des Wirtschaftswachstums tatsächlich an die Realwirtschaft weitergegeben werden. - einer Transaktionssteuer, die Anreize „unsinnigen“ spekulativen Handels torpediert, sodass insbesondere Arbitragegewinne, die nur aus zeitlichen und örtlichen Unterschieden erzielt werden, hinfällig werden. - der Einführung einer Eigenkapitalquote wie üblicherweise in der Realwirtschaft verwendet, denn eine risikounabhängige Eigenkapitalquote würde das Problem der Risikogewichtung lösen, die Diskriminierung von Unternehmenskrediten gegenüber Staatsanleihen aufheben und einen wirksamen Beitrag zur Eindämmung des Bilanzwachstums der Großbanken leisten. - eine internationale Absprache und Anwendung der Maßnahmen. Sowohl auf europäischer Ebene als auch über die Grenzen von Europa. 	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p>
	<p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Antragsbereich II.A Antrag 4</p> <p>5 Ortsverein Köln-Mülheim/Buchforst (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</p> <p>Trennung der Investmentbanken und Kreditbanken</p> <p>10 Die SPD fordert eine Gesetzesinitiative der Bundestagsfraktion, in der die Trennung von Investmentbanken und Kreditbanken eingeführt wird, und regt an, dass dies in das Programm für die Bundestagswahl als Grundlage für die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit aufgenommen wird.</p> <p>15 Banken spekulieren riskant mit dem Geld der Steuerzahler. Wir wollen nicht, dass Steuerzahler für Spekulationsverluste in Milliardenhöhe haften. Deshalb muss der normale Bankbetrieb bilanziell oder rechtlich vom Investmentbanking getrennt werden.</p> <p>20 Durch die Regierung Obamas wurde die übermäßige Kreditvergabe – die teilweise im hohen Verschuldungsgrad einiger Banken zum Ausdruck kommt – und die hochspekulativen Finanz- „produkte“ als die größten Risiken im Finanzsystem erkannt. Um das Wachstum der Bankenaktiva zu regulieren, erstellte sie eine Reihe neuer Aufsichtsregeln für den Bankensektor. Dazu gehört vor allem die nach dem ehemaligen Chef der US- Notenbank benannte Volcker- Regel: Auf Ebene des einzelnen Unternehmens schränkt die Volcker-Regel Bankgeschäfte ein, die von den Entscheidungsträgern als hohe finanzielle Risiken eingeordnet werden. Durch die</p> <p>25 Trennung von Investmentaktivitäten und dem Kernbankengeschäft kann die Volcker-Regel das Ansteckungspotential zwischen den beiden Geschäftsfeldern verringern.</p> <p>30 In Deutschland hat es die Trennung nie gegeben. Die Finanzkrise hat aber gezeigt, dass eine solche dringend nötig ist, damit nicht der unser Staat zur Geisel der Banken wird. Sigmar Gabriel hat diesen Vorschlag bereits im Oktober 2011 gemacht. Es wird Zeit, dass er umgesetzt wird.</p>	<p>II.A4</p> <p>Trennung der Investmentbanken und Kreditbanken</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>40 Antragsbereich II.A Antrag 5</p> <p>Stadtverband Bochum 3 (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</p> <p>45 Aufspaltung von Universalbanken in Geschäfts (Einlagen- und Kreditgeschäfte) und Investmentbanken zur Vermeidung weiterer Finanzmarktkrisen</p> <p>50 Im gesellschaftlichen und politischen Leben finden lebhaftere Diskussionen über die Ursachen und Gründe der derzeitigen globalen Finanzkrise statt. Die Bürger verlieren nach Zusammenbrüchen von Banken wie Lehman Brothers oder der nur knapp geretteten HRE nicht bloß das Vertrauen in das Finanzsystem an sich, sondern gleichzeitig auch das Vertrauen in die Fähigkeit der Politik den Finanzmarkt zu regulieren und die Gesetze zu schaffen, die eine notwendige Beaufsichtigung möglich macht. Ohne Frage bedarf es einer ausreichenden Beteiligung der Banken an Sicherungssystemen sowie einer verstärkten Aufsicht bzw. Verbote von hochspekulativen Geschäften.</p> <p>55 Schaut man in die Vergangenheit liegt die Wurzel des Übels jedoch an anderer Stelle. Nach dem Börsencrash von 1931 und der folgenden allgemeinen Verunsicherung des Bankensektors wurden 1933</p>	<p>II.A5</p> <p>Aufspaltung von Universalbanken in Geschäfts (Einlagen- und Kreditgeschäfte) und Investmentbanken zur Vermeidung weiterer Finanzmarktkrisen</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
mit dem Glass-Steagall-Act Universalbanken aufgespalten in Geschäfts- und Investmentbanken.	1
Dieser amerikanische Weg war in der damaligen Zeit in Deutschland nicht nötig, so nahmen unsere Universalbanken noch nicht am risikoreichen Investmentbanking teil. Das deutsche Universalbankenmodell ohne Investmentbanking existiert allerdings heute nicht mehr, es wurde mehr und mehr, auch von deutschen Banken, in internationales Investmentbanking investiert.	5
1999 wurde der Glass-Steagall-Act durch den Gramm-Leach-Bliley-Act abgelöst. Die damit verbundenen Deregulierungen führten zur Aufhebung der Bankentrennung. Als Folge bildeten sich große internationale Allzweck-Finanzkonzerne. In nur wenigen Jahren haben sich, ab dem Jahre 2008, die Verhältnisse der Weltwirtschaftskrise von 1931 eingestellt.	10
Die Interessen der Geschäftsbanken sind und waren klar, sie wollten am Investmentbanking Roulette teilnehmen, Wertpapiere kaufen und verkaufen. Zudem konnten Subprime-Wertpapiere erworben und Einlagen damit ernsthaft in Gefahr gebracht werden.	15
Ein Zusammenbruch der Finanzmärkte, der auf solche Aktien- und Immobilienblasen zurückzuführen ist, wäre bei einem getrennten Bankensystem kaum möglich. Geraten Investmentbanken durch ihr spekulatives Geschäft in Gefahr, sind diese Ausfälle durch die Geschäftsbanken abgeschirmt. Eine Erhöhung der Kapitalquote und Schaffung von Sicherungsfonds wäre unnötig, die Einlagen an sich wären ja schon gar nicht gefährdet. Da es so zu keinem Zusammenbruch von Geschäftsbanken kommen kann, kommt es als Konsequenz zu keinem Marktversagen, denn das Zahlungs- und Kreditsystem bleibt erhalten. Das Vertrauen in den Markt besteht also fort.	20
Eine Beibehaltung des Universalbankenmodells hätte zur Folge, dass eine Volkswirtschaft und ihr Finanzsystem dem Risiko ausgesetzt wäre, dass sich erneut Krisen des Geld- und Bankensystems entwickeln. Nur eine Übernahme des Trennungmodells in Deutschland bzw. auf europäischer Ebene, mit einer getrennten nationalen und europäischen Aufsicht für Geschäftsbanken und Investmentbanken, lässt neues Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in das Finanzsystem erwachsen.	30
Eine Regelung, die keine vollständige Trennung vorsieht, z. B. ein sog. Holdingmodell, kann die Gefahr eines Untergangs der Bank nicht ausschließen, weil die Verflechtung u. a. unter Interessenkonflikts- und Haftungsgesichtspunkten, nicht aufgehoben ist.	40
Eine wirksame Brandmauer könnte so nicht entstehen.	
Antragsbereich II.A Antrag 6	
Bezirk Hessen-Süd	II.A6
CDS Markt jetzt regulieren!	CDS Markt jetzt regulieren!
Wir fordern, Credit Default Swaps (CDS) zukünftig nur noch zur Sicherung eigener Positionen einzusetzen. Um das System aber stabil zu halten, müssen jedoch besondere Vorschriften für Verkäufer der Kreditausfallversicherungen gelten. Kreditausfallversicherungen dürfen nur solche Institute kaufen, die auch die Anleihen bzw. den Kredit besitzen, auf welche die Kreditausfallversicherung ausgestellt ist. Verkaufen darf die Ausfallversicherung nur, wer die Anleihe nicht besitzt. Weiterhin müssen CDS transparent an Börsen gehandelt werden, damit die Kaufs- und Verkaufsströme sichtbar werden. CDS dürfen nur für Kredite vergeben werden, welche direkt realwirtschaftliche Prozesse unterstützen. Durch diese Maßnahmen können systemische Risiken vermieden werden, die im Falle eines Staatsbankrotts eine Kettenreaktion auslösen würden.	Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK 50 55 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Antragsbereich II.A Antrag 7</p> <p>5 <i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>5 Europas Weichen neu stellen: Krisendynamik aus Staatsschulden- und Bankenkrise durchbrechen</p> <p>10</p> <p>15 1. Europas Stärken nutzen</p> <p>15 <i>Europa in der Welt</i> Die Europäische Union steht vor der vielleicht größten Herausforderung ihrer Geschichte. Ihr Friedensprojekt droht an der Finanz- und Staatsschuldenkrise zu scheitern. Denn ein Auseinanderbrechen der Eurozone würde Europa als Ganzes in Frage stellen. Daher ist es allerhöchste Zeit zu handeln. Dabei gilt es sich an den Stärken Europas zu orientieren: Sein Alleinstellungsmerkmal besteht darin, in seiner Wirtschaftsordnung Demokratie, Gerechtigkeit, Wachstum und Nachhaltigkeit weltweit am besten auszubalancieren. Auf diese Stärken muss sich Europa auch bei der Überwindung der derzeitigen Krise verlassen. Doch Europa besinnt sich derzeit viel zu wenig hierauf. Vielmehr scheint der Erfolg politischer Entscheidungen nicht mehr an ihrer Passformigkeit, ihres demokratischen Zustandekommens, einer gerechten Verteilung von Krisenkosten oder ihrer Nachhaltigkeit fest gemacht zu werden, sondern vielmehr daran, ob das kurzfristige Wohlgefallen der Finanzmärkte geweckt wird.</p> <p>20</p> <p>25 <i>Deutschland in Europa</i> Vor allem deutsche Konservative sowie Liberale schwanken zwischen europäischer Einsicht und nationalem Ressentiment, statt klare Bekenntnisse für Europa abzugeben. Dabei stellen sie immer wieder gerne das Bild von Deutschland als Zahlmeister der Krise. Tatsächlich jedoch konnte unser Land Schätzungen zufolge in den vergangenen dreieinhalb Jahren krisenbedingt knapp 70 Milliarden Euro an Refinanzierungskosten einsparen, weil eine zunehmende Anzahl von Investoren deutsche Staatsanleihen zur Risikoabsicherung kauft. Zugleich schulden die Staaten der Eurozone deutschen Banken, Unternehmen, Privatpersonen und der öffentlichen Hand insgesamt knapp 2.800 Milliarden Euro – also mehr als die jährliche Wirtschaftskraft Deutschlands. Diese Entwicklung belegt auch die wirtschaftlichen Vorteile, die Deutschland aus der europäischen Integration zieht. Ein Auseinanderbrechen der Eurozone hätte dementsprechend unüberschaubare Folgen für die deutsche Wirtschaft und Bevölkerung.</p> <p>30</p> <p>35 <i>Krisendynamik durchbrechen</i> Wer Deutschlands Interessen in der Welt und in Europa vertreten möchte, muss daher um den Zusammenhalt Europas kämpfen. Die Krise des Euroraums darf nicht zur politischen Entsolidarisierung zwischen seinen Staaten führen. Die Krise im Finanzsektor macht immer wieder Bankenrettungsprogramme notwendig, deren Kosten durch Konsolidierungsmaßnahmen aufgefangen werden müssen. Diese schwächen wiederum die Binnennachfrage. Der hieraus entstehende Abschwung führt zu Kreditausfällen, die die Bankenbilanzen weiter belasten. Im Zuge dieser Ausfälle schränken die Banken ihre Kreditvergabe ein, was einen Rückgang der Investitionen in der Realwirtschaft zur Folge hat. Zunehmende Arbeitslosigkeit, weg brechende Steuereinnahmen und steigende Sozialausgaben belasten dann wiederum die öffentlichen Haushalte. Um diese Krisendynamik zu durchbrechen sind eine effektive Finanzmarktregulierung, ein effizienteres Staatsschuldenmanagement sowie gezielte Investitionen in Beschäftigung und Wachstum dringend erforderlich.</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>II.A7</p> <p>Europas Weichen neu stellen: Krisendynamik aus Staatsschulden- und Bankenkrise durchbrechen</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Monaten auf ihre fiskalische Einnahmewirkung verengt und ihre Lenkungswirkung zum Teil verneint. Das ist falsch, denn sie senkt die Profitabilität rein spekulativer Geschäfte und stellt den Sachin- vestor besser. Ihr steuertechnischer Vorteil liegt auf der Hand: Sie 5 verteuert Finanztransaktionen umso stärker, je kurzfristiger und spekulativer ein Geschäft angelegt ist. Insbesondere der so genann- te Hochfrequenzhandel würde durch eine Finanztransaktionssteuer an Attraktivität verlieren. Ihre Einführung ist deshalb ein Gebot der ökonomischen Vernunft. Sie wird Investitionen weg von spekulati- 10 ven Finanzgeschäften hin zu realwirtschaftlichen Unternehmungen und damit der Schaffung neuer Jobs lenken. Mit Blick auf die Erhöhung staatlicher Einnahmen hingegen dürfte eine europaweit koordinierte Bekämpfung von Steuerbetrug sowie die Harmoni- sierung der Körperschaftsbesteuerung weitaus effektiver sein. Wir 15 brauchen daher in Europa eine einheitliche steuerliche Bemessungs- grundlage für Unternehmenssteuern mit Mindestsätzen, um Steuerdumping und Standortwettbewerbe auf Kosten der öffentli- chen Hand zu unterbinden.</p>	
<p>20 <i>Bankenaufsicht stärken, Bankeninsolvenzrecht und Trennbanken- system schaffen</i> Um für den Bankensektor einen langfristigen Ordnungsrahmen zu schaffen, der künftig eine Sozialisierung der Verluste verhindert, sind neben strengeren Eigenkapitalanforderungen weitere Maß- 25 nahmen wie die Schaffung einer europäischen Bankenaufsicht dringend notwendig. Daher begrüßen wir den Vorstoß der Europä- ischen Kommission, die eine europaweite Aufsicht bei der Europä- ischen Zentralbank ansiedeln möchte. Allerdings muss sich diese entgegen der Kommissionsinitiative auf systemrelevante Banken 30 beschränken. Neben diesen aufsichtsrechtlichen Reformen muss aber auch finanzielle Vorsorge geleistet werden: Es müssen für Großbanken die gesetzlichen Grundlagen für einen europäischen Bankenabwicklungsfonds geschaffen werden, der aus Bankenabga- ben gespeist wird und im Falle von Bankenpleiten oder Bankenre- 35 strukturierungen aktiv wird. Außerdem gilt es die Risiken, die von Großbanken ausgehen, durch die schrittweise Einführung eines europäischen Trennbankensystems zusätzlich einzudämmen. Das häufig spekulative Investmentbanking muss vom Kundeneinlagen- geschäft rechtlich getrennt werden.</p>	
<p>40 3. Europas Wirtschaft wieder auf Kurs bringen</p>	
<p>Viele Länder Europas durchleben derzeit eine handfeste Rezession. Im Schnitt aller EU-Staaten wird Europas Wirtschaft in diesem 45 Jahr voraussichtlich stagnieren. Noch schlimmer als die derzeitige Rezession sind allerdings die langfristigen Wohlstands- und Wett- bewerbsfähigkeitsverluste für Europas Wirtschaft, wenn nicht heu- te gegengesteuert wird. So ist jeder fünfte Jugendliche in Europa arbeitslos, was unseren Wohlstand, der wissensbasiert und auf die 50 Talente seiner Menschen angewiesen ist, künftig noch stärker ge- fährden wird als ohnehin schon. Auch die Grundlagen der Inno- vationsfähigkeit unserer Wirtschaft werden von Tag zu Tag ausge- höhlt. Noch immer hinkt Europa bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung gemessen an der Wirtschaftskraft Ländern wie 55 Japan oder den Vereinigten Staaten hinterher. Dementsprechend ist die Anmeldung europäischer Patente seit einigen Jahren rückläufig, die Anzahl europäischer Patente im Spitzentechnologiebereich hat sich sogar mehr als halbiert. Hinzu kommt, dass das durch Ban- kenrettungs- und Konjunkturprogramme angestiegene Verschul- 60 dungsniveau die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand massiv einschränkt. Aufgrund dieser Entwicklungen gilt es, die politischen Weichen für Europa neu zu stellen. Dazu gehören ein Sofortpro- gramm gegen Jugendarbeitslosigkeit, die Schaffung eines effizien- teren Managements für exzessive Staatsschulden und eine Inves- 65 titionsoffensive in die Innovationsfähigkeit und Produktivität von Europas Wirtschaft.</p>	
<p><i>Jugendarbeitslosigkeit sofort bekämpfen</i></p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>In einer wirtschaftlich von Tag zu Tag enger zusammen wachsenden Welt sowie angesichts einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung muss Europa die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft steigern. Das können Europas Staaten nur gemeinsam und nicht auf sich alleine gestellt vollbringen. Umso dramatischer ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Das beraubt nicht nur jeden Einzelnen seiner konkreten Lebensperspektiven, sondern stellt für Europas Gesellschaft, deren Wohlstand auf dem Können und der Ausbildung seiner Menschen beruht, insgesamt eine soziale Hypothek dar. Daher fordern wir die Schaffung eines europaweit koordinierten Sofortprogramms, dessen Ziel die Vollbeschäftigung bei jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern innerhalb von zehn Jahren sein muss. Dieses Programm muss durch die weitere europaweite Harmonisierung und Anerkennung von Berufsabschlüssen sowie das Angebot von Sprachtrainings die europaweite Mobilität von jungen Menschen erleichtern. Außerdem muss das Programm eine so genannte Jugendgarantie nach österreichischem Vorbild umfassen, wonach spätestens vier Monate nach dem Schulabschluss oder einer Arbeitslosigkeit ein Arbeits- oder Ausbildungsplatz, eine Lehrstelle, eine Zusatzausbildung oder eine Kombination aus Arbeit und Ausbildung angeboten wird. Wer dennoch arbeitslos bleibt, erhält eine öffentliche Lehrstelle. Das Programm könnte aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert werden, aber auch Investitionen der Nationalstaaten dürften notwendig sein.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p>
<p><i>Intelligent Konsolidieren: Schuldentilgungspakt einführen</i></p> <p>Um die abnormalen Zinslasten für Europas Staaten zu reduzieren fordern wir die Schaffung eines europäischen Schuldentilgungspakts, in dessen Rahmen sich die Eurostaaten verpflichten ihre Gesamtverschuldung abzubauen. Demnach würden sie ihre Schulden, die 60 Prozent der jährlichen Wirtschaftskraft überschreiten, in einen gemeinschaftlichen Schuldentilgungsfonds auslagern. Im Gegenzug verpflichten sie sich, durch Zahlungen in den Fonds diesen Teil ihrer Schulden in 25 Jahren vollständig zu tilgen. Dabei muss der Verbindlichkeit einer solchen Vereinbarung oberste Priorität zukommen. Daher sollten die teilnehmenden Staaten Reform- und Konsolidierungspläne vorlegen, die diesem Tilgungsziel entsprechen. Kriterien für Reformpläne sollten die Schaffung eines effektiven Steuerverwaltungssystems, Entbürokratisierung bei Unternehmensgründungen oder eine umfassende Gebietskörperschaftsreform sein. Die Konsolidierungspläne müssen neben Sparzielen auch unbedingt Einnahmeziele umfassen und die Erhebung zweckgebundener, der Tilgung dienender Steuern. Aufgrund des Tilgungshorizontes sollten dabei konjunkturneutrale Steuern wie Vermögenssteuern oder zeitlich befristete Steuerzuschläge auf hohe und höchste Einkommen erhoben werden.</p>	<p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p>
<p><i>In nachhaltiges Wachstum investieren</i></p> <p>Trotz aller Sparbemühungen ist Europa im Interesse seiner Wettbewerbsfähigkeit auf Investitionen in seine soziale und Bildungsinfrastruktur sowie die Förderung von Innovation angewiesen. Der Euro bietet an sich gerade in einer globalisierten Weltwirtschaft dabei einen wichtigen Anker für Europas Wettbewerbsfähigkeit. Die Gewinne aus dem Euro sind jedoch ungleich verteilt. Während exportstarke Mitgliedsländer von ihm profitieren, bringt er für exportschwache Mitgliedsländer eine Reihe von Nachteilen mit sich. Andererseits haben gerade die wirtschaftlichen Eliten dieser Länder über Jahre hinweg von niedrigen Zinsen profitiert und in einem Ausmaß Vermögen angehäuft, das ohne den Euro nicht vorstellbar gewesen wäre. Umgekehrt wurde der Exporterfolg in Ländern wie Deutschland zu einem Gutteil durch Lohnzurückhaltung und atypische Beschäftigungsverhältnisse erkauft. In der Summe ergeben sich daraus innereuropäische Ungleichgewichte, die Europas wirtschaftliche Stärke nach Außen wie seine Stabilität nach Innen auf Dauer untergraben. Daher begrüßen wir es, dass sich das Europäische Parlament und die EU-Mitgliedstaaten im Zuge der Economic Governance-Reformen auf ein Gesetz verständigt haben, das ex-</p>	<p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 zessive Handelsüberschüsse beziehungsweise -defizite begrenzen helfen soll. Doch diese Bemühungen alleine reichen nicht aus, um die Wach- tumskräfte der Eurostaaten einander anzugleichen. Für diesen not- 5 wendigen Aufholprozess gilt es die vorhandenen EU-Strukturfonds wirksamer einzusetzen und gezielt auf Wertschöpfung schaffende Investitionen zu konzentrieren. Dazu sollten die Ko-Finanzierungs- regeln der EU gelockert und ihre Anteile für Empfängerländer gesenkt werden. Voraussetzung für solch eine flexible Handhabe 10 muss die Passförmigkeit der Investitionen sein, die anhand von be- stimmten Kriterien wie Energieeffizienz, Exportorientierung, Inno- vation oder (im Falle bestehender Unternehmen) die Auftragslage evaluiert werden könnte. Zudem sollten die Investitionen in Sek- toren konzentriert werden, die ein hohes Wachstum in der Zukunft 15 versprechen (Erneuerbare Energien oder Elektromobilität) oder mit vorhandenen Stärken in Krisenländern wie Portugal (Automobil- und Textilindustrie), Griechenland (Tourismus und Logistik) oder Irland (IT und Pharmazie) kompatibel sind.</p>	
<p>20 Antragsbereich II.A Antrag 8</p>	<p>II.A8</p>
<p>Bezirk Hessen-Süd</p>	
<p>25 Keine Kartellbildung durch Öl- und Gaskonzerne!</p>	<p>Keine Kartellbildung durch Öl- und Gaskonzerne!</p>
<p>30 Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, das Kartellge- setz einer neuen Überprüfung zu unterziehen. Im Sinne der Schaf- fung von Transparenz muss ein Gesetz verabschiedet werden, wel- ches Öl- und Gaskonzerne dazu verpflichtet, zu veröffentlichen wie sich die Preise zusammensetzen.</p>	<p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>35 Sollte diese Preiszusammensetzung unnachvollziehbar oder unver- hältnismäßig sein, müssen Sanktionen gegen ein solches Vorgehen beschlossen werden.</p>	
<p>» Anträge zum Kapitel II.2: 40 Gute Arbeit in einer modernen Gesellschaft «</p>	
<p>Antragsbereich II.A Antrag 9</p>	<p>II.A9</p>
<p>45 Bezirk Hessen-Süd</p>	
<p>Änderungsantrag zum Kap. II.2</p>	<p>Änderungsantrag zum Kap. II.2</p>
<p>50 Im Kapitel II.2 „Gute Arbeit in einer modernen Gesellschaft“ ist nach dem ersten Absatz einzufügen: Die voranschreitende Digitalisierung macht es gleichzeitig erfor- derlich, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch am Arbeitsplatz in ihren Persönlichkeitsrechten und vor einer lücken- losen Beobachtung und Kontrolle geschützt werden. Wir werden 55 deshalb den Beschäftigtendatenschutz in einem eigenen Gesetz regeln, das für das in der Arbeitsrechtsprechung bereits erreichte Schutzniveau Rechtssicherheit schafft und die Besonderheiten des Ungleichgewichts zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Be- schäftigtenverhältnis berücksichtigt.</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>60</p> <p>65</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p><i>Antragsbereich II.A</i> <i>Antrag 10</i></p> <p><i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Änderungsantrag zum Kap.II.2</p> <p>-im Absatz „Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ soll der dritte Satz: „Der demographische Wandel löst die Arbeitsmarktprobleme nicht von allein“ gestrichen werden. -im Absatz „Wir wollen die Arbeitslosenversicherung ...“, vor dem letzten Satz soll neu eingefügt werden: „Wir werden deshalb weiterhin ein hohes Augenmerk auf die Situation von älteren Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen richten.“</p>	<p>II.A10</p> <p>Änderungsantrag zum Kap.II.2</p> <p>Punkt 1: Ablehnung</p> <p>Punkt 2: Annahme</p>
<p><i>Antragsbereich II.A</i> <i>Antrag 11</i></p> <p><i>Arbeitsgemeinschaft Selbständige</i></p> <p>Änderungsantrag zum Kap. II.2</p> <p>- Einfügen im Kapitel II.2 „Gute Arbeit in einer modernen Gesellschaft“ mit Bezug Fachkräftemangel: Bis 2025 werden wir in Deutschland 20% weniger Schulabgänger für Studium und Arbeitsmarkt haben. Gerade für die kleinen Betriebe, die freien Berufe und den deutschen Mittelstand würde es dadurch wesentlich schwieriger werden, geeignete Fachkräfte als Mitarbeiter zu gewinnen. Um Wohlstandsverluste zu vermeiden wollen wir durch ein konzentriertes Programm von Wirtschaft und Politik dieser durch die Demographie vorgegebenen Entwicklung entgegensteuern. Unser Ziel ist es jährlich 100.000 Arbeitskräfte hinzuzugewinnen. Hierzu wollen wir mehr Frauen ins Berufsleben integrieren, mehr älteren Arbeitnehmer im Beruf halten, die Arbeitnehmer besser qualifizieren und die verbleibende Restlücke durch Zuwanderung schließen. Die zur Erreichung dieses Ziels erforderlichen Maßnahmen wie beispielsweise Ausbau der Ganztagsbetreuung in Schule und Kindergärten, altersgerechte Arbeitsplätze und Arbeitszeitmodelle, Absicherung der Risiken von beruflichen Übergängen und Erwerbsunterbrechungen und die Erleichterung der Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte werden wir unverzüglich angehen.</p>	<p>II.A11</p> <p>Änderungsantrag zum Kap. II.2</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p><i>Antragsbereich II.A</i> <i>Antrag 12</i></p> <p><i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>Keine Vermittlungsprovision für Zeitarbeitsfirmen</p> <p>Der SPD fordert die SPD Bundesabgeordneten auf, sich dafür einzusetzen, dass eine Vermittlungsprovision von Zeitarbeitsfirmen nicht mehr erhoben werden darf und zusätzlich verweisen wir auf unsere Beschlüsse zur Zeitarbeit.</p>	<p>II.A12</p> <p>Keine Vermittlungsprovision für Zeitarbeitsfirmen</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Antragsbereich II.A Antrag 13</p> <p>5 Ortsverein Hannover Misburg (Bezirk Hannover)</p> <p>Leiharbeiter gleichstellen</p> <p>10 Wir fordern die volle Gleichstellung von LeiharbeiterInnen und StammarbeiterInnen (nicht nur finanziell), da es ungerecht ist, wenn für die gleiche Arbeit unterschiedliche Entlohnung gezahlt wird.</p>	<p>II.A13</p> <p>Leiharbeiter gleichstellen</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>15 Antragsbereich II.A Antrag 14</p> <p>20 Unterbezirk Rheinisch-Bergischer-Kreis (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</p> <p>Arbeitsrecht nicht umgehen, Zeitarbeit eindämmen und gerecht entlohnen</p> <p>25 „Die SPD verfolgt –im Bündnis mit den Gewerkschaften– folgende Ziele:</p> <p>1. Scheinselbstständigkeit und Werkverträge zur Umgehung arbeitsrechtlicher Vorschriften zu verbieten</p> <p>30 2. Zeitarbeitsverträge auf das unbedingt notwendige Maß zu reduzieren</p> <p>3. Entlohnung der Zeitarbeit über dem entsprechenden Lohn für langfristige Arbeitsverträge festzulegen“</p>	<p>II.A14</p> <p>Arbeitsrecht nicht umgehen, Zeitarbeit eindämmen und gerecht entlohnen</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>35 Antragsbereich II.A Antrag 15</p> <p>40 Ortsverein Hünxe (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</p> <p>Werkverträge</p> <p>45 Wir fordern: ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmervertretungen bei Werkverträgen im Betriebsverfassungsgesetz zu verankern. Aufgrund der Änderungen des Gesetzes zur Arbeitnehmerüberlassung und der Equal-Pay Diskussion der Gewerkschaften stellen immer mehr Arbeitgeber statt Leiharbeitnehmern verstärkt Arbeitnehmer über Werkverträge ein. Für Werkverträge sieht das Betriebsverfassungsgesetz kein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmervertretungen vor.</p> <p>50 Die Folgen hieraus sind Lohndumping, da die über Werkverträge eingestellten ArbeitnehmerInnen häufig zu finanziellen Konditionen arbeiten müssen, die weit unter den Tariflöhnen und auch unter jedem Mindestlohn liegen.</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>II.A15</p> <p>Werkverträge</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Antragsbereich II.A Antrag 16</p> <p>090 Kreis Treptow-Köpenick (Landesverband Berlin)</p> <p>Missbrauch von Werkverträgen begrenzen</p> <p>Das Wahlprogramm ist um folgenden Punkt zu ergänzen: „Die Zunahme von Werkverträgen und die damit häufig verbundene verdeckte Leiharbeit stellt neue Herausforderungen an die rechtliche Abgrenzung von Leiharbeit und Werkverträgen. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass rechtliche Unklarheiten und Grauzonen durch Änderungen im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) beseitigt werden und damit die Missbrauchsmöglichkeiten deutlich eingegrenzt werden.“</p>	<p>II.A16</p> <p>Missbrauch von Werkverträgen begrenzen</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>Antragsbereich II.A Antrag 17</p> <p>Bezirk Hessen-Süd</p> <p>Werkverträge - Missbrauch stoppen!</p> <p>Die SPD fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, folgende gesetzliche Regelungen in die Wege zu leiten, spätestens sobald die SPD an einer Bundesregierung beteiligt ist:</p> <p>1) Änderung des AÜG: „Beschränkt sich die Tätigkeit eines Arbeitgebers im Wesentlichen auf die Entsendung seiner Arbeitnehmer in andere Betriebe oder entsendet ein Arbeitgeber Arbeitnehmer in den Betrieb eines anderen Arbeitgebers und leisten die Arbeitnehmer</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. ihre Arbeit nach Weisungen des anderen Arbeitgebers oder 2. die gleiche Arbeit wie andere Arbeitnehmer des anderen Arbeitgebers <p>oder</p> <ol style="list-style-type: none"> 3. ihre Arbeit im Wesentlichen mit Material und Werkzeug des anderen Arbeitgebers <p>oder</p> <ol style="list-style-type: none"> 4. ihre Arbeit, ohne dass der entsendende Arbeitgeber für das Ergebnis ihrer Arbeit haftet <p>oder</p> <ol style="list-style-type: none"> 5. Arbeit, die gegenüber dem entsendenden Arbeitgeber auf der Grundlage von Zeiteinheiten vergütet wird, so wird bei Vorliegen einer dieser Voraussetzungen vermutet, dass gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung vorliegt.“ <p>2) in § 92 bzw. § 92b BetrVG Regelungen zur Mitbestimmung bei der Vergabe von Aufgaben an Fremdfirmen einfügen.</p> <p>3) die Kontrolle der Werkverträge der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) zu übertragen. Dazu ist es erforderlich, die FKS personell und finanziell angemessen auszustatten und eine Beschwerdestelle bei der FKS einzurichten, an die sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Betriebsräte wenden können, wenn ein Missbrauch von Werkverträgen vorliegt.</p> <p>4) einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn in der jeweiligen Höhe der DGB-Forderungen nach dem MiArbG einzuführen.</p>	<p>II.A17</p> <p>Werkverträge - Missbrauch stoppen!</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK und Antrag der SPD-Bundestagsfraktion (Drs.: 17/12378)</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Antragsbereich II.A Antrag 18</p> <p><i>Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD</i></p> <p>5 Arbeitsrecht: diskriminierungsfrei und keine kirchlichen Sonderrechte</p> <p>10 Wir schaffen ein Arbeitsrecht, das gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen diskriminierungsfrei ist und keine diesbezüglichen kirchlichen Sonderrechte enthält.</p>	<p>II.A18</p> <p>Arbeitsrecht: diskriminierungsfrei und keine kirchlichen Sonderrechte</p> <p>Erledigt durch Gesetz und Beschluss des Parteikonvents vom 24. November 2012</p>
<p>15 Antragsbereich II.A Antrag 19</p> <p><i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>20 Streikrecht und ArbeitnehmerInnenrechte auch bei kirchlichen Arbeitgebern durchsetzen!</p> <p>25 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, unverzüglich eine Gesetzesinitiative zu starten, um sicherzustellen dass das Streikrecht und alle ArbeitnehmerInnen- und Gewerkschaftsrechte in vollem Umfang und ohne Abstriche auch bei kirchlichen Arbeitgebern durchgesetzt werden.</p>	<p>II.A19</p> <p>Streikrecht und ArbeitnehmerInnenrechte auch bei kirchlichen Arbeitgebern durchsetzen!</p> <p>Erledigt durch Beschluss des Parteikonvents am 24. November 2012</p>
<p>35 Antragsbereich II.A Antrag 20</p> <p><i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>Verbot des „unbezahlten Probearbeitens“</p> <p>40 Wir fordern das gesetzliche Verbot des „unbezahlten Probearbeitens“. Dazu soll ein Verbot des unentgeltlichen Probearbeitens im Recht der Ordnungswidrigkeiten verankert werden. Dessen Einhaltung ist durch die Ordnungsbehörden zu kontrollieren, Verstöße sollen durch abschreckende Bußgelder geahndet werden.</p> <p>45 Probearbeiten dürfen maximal einen Arbeitstag andauern. Für Probearbeiten gilt der im Unternehmen gezahlte Lohn, mindestens aber ein Mindestlohnniveau von 8,50 €. Den ProbearbeitnehmerInnen ist für die Dauer der Probearbeit ein Versicherungsschutz von Seiten des Arbeitgebers zu gewähren.</p>	<p>II.A20</p> <p>Verbot des „unbezahlten Probearbeitens“</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>50 Antragsbereich II.A Antrag 21</p> <p>55 <i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>Befristete Beschäftigung zurückdrängen</p> <p>60 Befristete Arbeitsverträge sollen nicht mehr über Jahre hinweg aneinandergereiht werden können. Nach dem zweiten Kettenvertrag (max. von jeweils 2 Jahren) muss der unbefristete Arbeitsvertrag erfolgen. Die Befristung ohne Sachgrund muss wieder abgeschafft werden. Der Satz „Die Befristung ist zulässig, wenn sie zur Erprobung erfolgt“ ist aus dem Befristungsgesetz ersatzlos zu streichen.</p>	<p>II.A21</p> <p>Befristete Beschäftigung zurückdrängen</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Antragsbereich II.A Antrag 22</p> <p><i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>Gleiches Recht für alle!</p> <p>Gleiches Recht für alle! Kontrolle arbeitsrechtlicher Grundsätze auch in ausländischen Unternehmen durchsetzen Forderung: Wir fordern die Bundestagsfraktion der SPD auf, darauf hin zu wirken, dass die zuständigen staatlichen Institutionen auf Bundesebene aufgetragen bekommen, mit mehr Kontrolle für die Umsetzung deutschen Arbeitsrechts auf deutschem Boden zu sorgen. Insbesondere Übertretungen der Arbeitszeit, Nichtgewährung von Urlaub, Zulassung von Mitbestimmung, Einhaltung des Anti-Diskriminierungsgesetz aber auch die Einhaltung von Sicherheitsvorschriften sollten vor der Vergabe von Arbeitserlaubnissen an ausländische Endsendete kritisch geprüft werden. So, wie die Einhaltung des Steuerrechts durch regelmäßige Betriebsprüfungen kontrolliert wird, so sollte es auch um die Einhaltung arbeitsrechtlicher Vorschriften bestellt sein. Möglicherweise müssen die Kompetenzen der staatlich anerkannten Wirtschaftsprüfer diesbezüglich erweitert werden. Eine verpflichtende staatliche Aufklärung bei Betriebsgründungen durch die Arbeitsagentur wird ebenfalls vorgeschlagen.</p>	<p>II.A22</p> <p>Gleiches Recht für alle!</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p>
<p>Antragsbereich II.A Antrag 23</p> <p><i>Unterbezirk Bielefeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Zukünftige Fachkräfte für die Wirtschaft</p> <p>Die SPD will, dass die „vergessenen Jahrgänge“ eine Chance bekommen. Die Diskussion über den zukünftigen Fachkräftemangel darf sich nicht ausschließlich auf die Schulentlassenen der kommenden Jahre konzentrieren. 2,2 Millionen junger Menschen zwischen dem 20. und 40. Lebensjahr haben keinen Berufsabschluss; Ihnen müssen inhaltlich gezielte, pädagogisch begleitete und finanziell absichernde Angebote unterbereitet werden. Der Rückgang der schulentlassenen jungen Leute versetzt uns in die Lage, vorhandene Ausbildungskapazitäten (in den Betrieben des Handwerks, der Industrie, des Handels und der Dienstleistungsbereiche (Achtung! Teile des Hotel- und Gaststättengewerbes haben sich als nicht ausbildungsfähig erwiesen!), aber auch die überbetrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungswerkstätten sowie die Einrichtungen der Berufskollegs) für die nachträgliche Ausbildung der inzwischen älter gewordenen Jahrgänge zu nutzen. Persönliche und familiäre Schwierigkeiten, Bildungsängste und Resignationen aufgrund jahrelanger vergeblicher Bewerbungen können durch entsprechende pädagogische und inhaltliche Begleitung sowie evtl. notwendige verlängerte Ausbildungszeiten überwunden werden. Viele Ausbildungsträger haben in den vergangenen Jahren modellhafte Wege gewiesen. Diese Einrichtungen werden für diese Zukunftsaufgaben weiterhin dringend benötigt; sie müssen finanziell abgesichert werden. Die Jobcenter sollen vorrangig für die Verteilung von Zuschüssen zuständig sein. Für diese „Spätqualifizierer“ müssen finanzielle Absicherungen geschaffen werden: 1.) Wer eine Ausbildung beginnt, allerdings seine angelernte Tätigkeit dafür aufgeben muss, darf nicht (wie bisher) mit sozialrechtlichen Sanktionen bestraft werden. Diejenigen, die sich neben ihrer weiter bestehenden Berufstätigkeit erstqualifizieren, dürfen ebenfalls keine finanziellen Nachteile erleiden.</p>	<p>II.A23</p> <p>Zukünftige Fachkräfte für die Wirtschaft</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 2.) Diejenigen, die SGB II-Hilfe-Bezieher sind und sich für eine berufliche Ausbildung entscheiden, sollten als Anreiz eine Leistung erhalten, die den SGB-II-Satz übersteigt und zur Aufnahme einer Ausbildung motiviert.</p> <p>5 3.) In diesen Altersgruppen muss auch berücksichtigt werden, dass die bisherige Lebensform oder zukünftige Familienplanung nicht zu finanziellen Nachteilen führt.</p> <p>4.) Für die Gruppe der Alleinerziehenden werden zusätzliche Hilfen (z. B. Kinderbetreuung) benötigt.</p> <p>10 5.) Ein staatlicher Fond könnte eingerichtet werden, aus dem (ähnlich wie BAföG) Unterstützungen an „Spätqualifizierer“ gezahlt werden.</p> <p>Unsere Gesellschaft hat sträflich zugelassen, dass viele junge Menschen keine Chance für eine berufliche Entwicklung bekommen haben. Dieses Versäumnis wird, wenn nicht ab sofort gegengesteuert wird, weitere gewaltige volkswirtschaftliche Kosten für uns alle bringen. Es ist nicht nur ein menschliches Problem!</p>	
<p>20 Antragsbereich II.A Antrag 24</p> <p>Landesverband Berlin</p> <p>25 Mindestlohn in Sozialgesetzgebung</p> <p>Die SPD nimmt im Programm für die Bundestagswahlen 2013 das Ziel auf, bei Übernahme der Regierungsverantwortung die Sozialgesetzgebung dahingehend zu ändern, dass ein Stellenangebot der öffentlich-rechtlichen Arbeitsverwaltung (Arbeitsagenturen/Jobcenter) zur Arbeitsaufnahme nur dann zumutbar ist, wenn ein Stundenlohn von mindestens 8,50 Euro gezahlt wird.</p>	<p>II.A24</p> <p>Mindestlohn in Sozialgesetzgebung</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>35 Antragsbereich II.A Antrag 25</p> <p>Kreis IV Nord (Landesorganisation Hamburg)</p> <p>40 Für gute Arbeit und mehr Ordnung auf dem Arbeitsmarkt</p> <p>45 „Wir sind die Partei der Arbeit. Unsere Aufgabe ist es, guter Arbeit wieder ihren Stellenwert in der Gesellschaft und Arbeit ihren Wert zurück zu geben“, so lautet eine Satz im Beschluss des SPD - Bundesparteitages 2011 mit der Überschrift „Den Wert der Arbeit und die Lebensqualität im Alter erhöhen“. Diesem Anspruch müssen die Inhalte des Wahlprogramms für die bevorstehende Bundestagswahl gerecht werden. Die folgenden Punkte sind in das Bundestagswahlprogramm 2013 aufzunehmen:</p> <p>1 LEITBILD „GUTE ARBEIT“</p> <p>55 Arbeit ist die Grundlage jeder echten Wertschöpfung. Die Abkoppelung der Finanzmärkte von der realen Wertschöpfung durch Arbeit beeinträchtigt die Lebensqualität vieler Menschen. Arbeits- und Wirtschaftspolitik brauchen wieder gemeinsame Leitvorstellungen. Gute Wirtschaftspolitik muss sich ebenso am Leitbild der „guten Arbeit“ orientieren, wie gute Arbeitspolitik am Leitbild einer innovations- und qualifikationsorientierten Wirtschaft. Gute Arbeitspolitik versteht Arbeit nicht als Kostenfaktor, sondern als Grundlage von Wertschöpfung und gesellschaftlicher Nachfrage. Die Teilhabe am Arbeitsleben und die Qualität der Arbeit sind wichtige Faktoren für ein erfülltes, selbstbestimmtes Leben der Bürgerinnen und Bürger. Unser Ziel bleibt Vollbeschäftigung für die Erwerbsbevölkerung, Wettbewerbsfähigkeit und qualitatives Wachstum für die Wirtschaft sowie Wohlstand für alle.</p>	<p>II.A25</p> <p>Für gute Arbeit und mehr Ordnung auf dem Arbeitsmarkt</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>2 ORDNUNG AUF DEM ARBEITSMARKT Nicht „Arbeit um jeden Preis“, sondern „Gute Arbeit“ ist das anzustrebende Ordnungsprinzip auf dem Arbeitsmarkt und für das Normalarbeitsverhältnis. Arbeit muss existenzsichernd und gerecht entlohnt, unbefristet und sozial versichert, gesundheitsfördernd und mitbestimmt sein. Die SPD wird folgende Initiativen und Veränderungen im Bundestag einbringen:</p>	1 5
<p>2.1 MINDESTLOHN Wir werden einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn einführen. Dieser Mindestlohn muss für eine/n Alleinstehende/n bei Vollzeitarbeit existenzsichernd sein. Die SPD unterstützt die Forderung des DGB nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro, der regelmäßig auf Vorschlag einer unabhängigen Expertenkommission überprüft und angepasst wird.</p>	10 15
<p>2.2 TARIFBINDUNG Wir werden die Tarifbindung stärken. Dazu gehören die Aktivierung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen und die Einführung eines EU - Recht - konformen Bundestariftreuegesetzes, um dafür zu sorgen, dass Dumpinglöhne nicht zum Wettbewerbsfaktor bei Angeboten und Auftragsvergaben genutzt werden.</p>	20
<p>2.3 GLEICHSTELLUNG Wir werden ein Entgeltgleichheitsgesetz einführen, um die bestehende Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern zu beseitigen. Die Entgeltstruktur in den Betrieben muss offen gelegt und transparent werden. Die Arbeitgeber müssen verpflichtet werden, Entgeltberichte zu erstellen, anhand derer die Prüfung unmittelbarer und mittelbarer Entgeltdiskriminierung möglich wird. Antidiskriminierungsstellen, Betriebs- und Personalräte und Gewerkschaften müssen mehr Rechte zur Feststellung von Entgeltdiskriminierung erhalten. In einem bestimmten Zeitraum muss festgestellte Entgeltdiskriminierung beseitigt werden. Verstöße gegen die Entgeltgleichheit müssen empfindliche Strafen nach sich ziehen. Es darf nicht billiger sein ungleich zu bezahlen, als sich an das Gesetz zu halten. Die Gewerkschaften müssen ein Verbandsklagerecht erhalten, damit die betroffenen Beschäftigten nicht mit einer individuellen Klage alleine gelassen werden.</p>	25 30 35 40
<p>2.4 PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG Nach langem Widerstand von Union und FDP wurde eine Lohnuntergrenze für den Bereich der Leiharbeit durchgesetzt. Wir werden darüber hinaus durchsetzen, dass der Grundsatz, „gleiches Geld für gleiche Arbeit“ für Stammbeschäftigte und Leiharbeiter ohne Ausnahme gelten muss. Wir wollen die konzerninterne Verleihung durch Leiharbeitsgesellschaften der Unternehmen verbieten und den Betriebsräten in den Entleihbetrieben Mitbestimmungsrechte zur Kontrolle des ordnungsgemäßen Einsatzes der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sowie des Umfangs und der Dauer der Leiharbeit verschaffen. Folgerichtig sollen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter bei der Ermittlung der Arbeitnehmerzahl für die betriebsverfassungsrechtlichen Schwellenwerte mitgezählt werden. Wir wollen durchsetzen, dass die Befristung eines Leiharbeitsverhältnisses und die Koppelung der Befristung an einen Arbeitseinsatz (Synchronisation) außerhalb der Probezeit unzulässig ist. Der Einsatz von Leiharbeitnehmern als Streikbrecher muss gesetzlich verboten werden. Befristete Arbeitsverhältnisse sollen nur möglich sein, wenn es sachliche Gründe dafür gibt, beispielsweise begrenzte Arbeitsaufgaben oder Vertretungstätigkeiten. Die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung wollen wir abschaffen. Wir wollen den Missbrauch von Minijobs bekämpfen und werden dazu konkrete Vorschläge erarbeiten. Als ersten Schritt wollen wir dazu eine Begrenzung der Wochenarbeitszeit bei Minijobs auf 12 Stunden einführen.</p>	45 50 55 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Praktikantinnen und Praktikanten müssen als zeitlich begrenzte Lernverhältnisse besser gegen Ausbeutung geschützt werden. Wo reguläre Arbeit geleistet wird, muss diese auch regulär bezahlt werden.</p>	
<p>5 2.5 AUS-/WEITERBILDUNG Der ständig wachsende Veränderungsdruck in der Arbeitswelt verlangt bei Arbeitnehmern aller Altersgruppen nach der Möglichkeit ständiger Weiterbildung im Sinne von lebenslangem Lernen. Wir wollen die Weiterbildungsquote der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhöhen. Die Förderung von Weiterbildung und Qualifizierung muss wieder ausgebaut werden und spezifische und auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmer zugeschnittene Lernformen sowie auf die regionalen Besonderheiten abgestimmte Angebote enthalten.</p>	
<p>15 2.6 MITBESTIMMUNG Mitbestimmung ist wesentliches Element unserer Vorstellung von Wirtschaftsdemokratie und hat sich bewährt. Wir wollen die Mitbestimmung weiter ausbauen. Die paritätische Mitbestimmung sollte bereits in Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten greifen. Die Umgehung der Mitbestimmung durch Rechtsformwahl oder Auslandsgesellschaften mit Verwaltungssitz in Deutschland muss beendet werden. Zudem muss ein gesetzlicher Katalog im Aufsichtsrat zustimmungsbedürftiger Geschäfte festgelegt werden. Auch die betriebliche Mitbestimmung wollen wir ausbauen. Zukunftsfragen wie Ausbildung und Bildung, die Gleichstellung von Männern und Frauen oder die Frage der Zahl von befristet Beschäftigten und Leiharbeiterinnen und Arbeitnehmern sowie die Rechte der Schwerbehindertenvertretungen sollen weiterentwickelte Gegenstände betrieblicher Mitbestimmung werden.</p>	
<p>30 2.7 ARBEITS(MARKT)POLITIK Wir wollen die Ressourcen und Potentiale des Arbeitsmarktes konsequent nutzen, um den steigenden Bedarf der Wirtschaft bei einem sinkenden Erwerbspersonenpotential zu decken. Dies erfordert eine aktive und innovative Arbeitspolitik, die durch ein Zusammenspiel von aktiver Wirtschaftspolitik mit Instrumenten der Beschäftigungspolitik, wie vor allem der Arbeitsmarkt-, Tarif-, Innovations- und Bildungspolitik die Arbeitslosigkeit verringert. In der Arbeitsmarktpolitik wollen wir in längerfristige und auf anerkannte berufliche Abschlüsse orientierte Weiterbildungsmaßnahmen investieren und durch das Nachholen von Schulabschlüssen und berufliche Bildungsbausteine die Integrationschancen erhöhen. Für diejenigen, die derzeit auf dem freien Arbeitsmarkt keine Chance haben, wollen wir in Abstimmung mit Gewerkschaften und Kammern den sozialen Arbeitsmarkt mit öffentlich geförderter Beschäftigung ausbauen, und zwar in tariflichen und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen.</p>	
<p>50 2.8 SOLO-SELBSTÄNDIGKEIT Die Übergänge zwischen selbstständiger Erwerbstätigkeit und abhängiger Beschäftigung sind fließend, und die Tätigkeiten gleichen sich immer mehr an. Darum wollen wir eine gleiche und kontinuierliche soziale Absicherung aller Erwerbsformen in den gesetzlichen Sozialversicherungen sorgen. Damit wird auch das missbräuchliche Verdrängen sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung eingedämmt. Für viele gering verdienende Selbständige, die in der GKV versichert sind, besteht das Problem, dass die Mindestbeitragsbemessung in der GKV heute so hoch ist, dass die Beiträge kaum tragbar sind. Mit der Bürgerversicherung schaffen wir ein faires Krankenversicherungsangebot, das auch für Selbständige attraktiv ist. Neben der Wechseloption auch nach langjähriger Vorversicherungszeit in der PKV wird Mindestbeitragsbemessung abgesenkt. Somit können auch Selbständige mit geringem Einkommen einen fairen Beitrag zahlen. Ebenso wollen wir den Zugang zur Arbeitslosenversicherung für weitere Selbständigengruppen zu öffnen, ins-</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>besondere für diejenigen, die in kreativen Berufen tätig sind. Zur Vermeidung von Altersarmut werden wir Selbständige, die keine eigene obligatorische Alterssicherung haben, in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen.</p>	1
5	
<p>Antragsbereich II.A Antrag 26</p>	<p>II.A26</p>
<p><i>Landesverband Berlin</i></p>	10
<p>Arbeitsmarktpolitische Forderungen an das Wahlprogramm</p>	<p>Arbeitsmarktpolitische Forderungen an das Wahlprogramm</p>
<p>Das sozialdemokratische Wahlprogramm zu den nächsten Bundestagswahlen soll folgende Forderungen enthalten:</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>1. Der Rechtsanspruch auf Verringerung der Arbeitszeit nach § 8 Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) soll auf das Recht zur Rückkehr von Teilzeitbeschäftigten auf ein Vollzeitarbeitsverhältnis erstreckt werden (z.B. Rechtsanspruch auf befristete Arbeitszeitreduzierung).</p>	15
<p>2. Die sozialrechtliche und steuerrechtliche Begünstigung der Minijobs ist durch Gleichstellung mit anderen Arbeitsverhältnissen zu beenden.</p>	20
25	
25	
<p>Antragsbereich II.A Antrag 27</p>	<p>II.A27</p>
<p><i>Ortsverein Hausham (Landesverband Bayern)</i></p>	30
<p>Anhebung des Mindestlohns</p>	<p>Anhebung des Mindestlohns</p>
<p>Es geht nicht um Prinzipien, es geht nicht um Ansprüche aus Theorien, es geht schlicht um die Lösung eines ganz konkreten Problems. – Gemäß eines seriös recherchierten SZ – Berichts vom Mai 2010 bedarf es in München eines Mindestlohns von 10,50 Euro, um die Lebenshaltungskosten bestreiten zu können. – Es geht also um die Anerkennung von Lebenswirklichkeit.</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>Langjährige Lohnzurückhaltung sowie der Reallohnverlust der unteren Einkommen innerhalb der letzten 10 Jahre liefern die ökonomische Begründung und die ökonomische Ermöglichung dieser Forderung. Es ist also unabdingbar, dass vor allem in hochpreisigen Regionen der Mindestlohn schrittweise und zügig auf 10,50 Euro erhöht wird. Außerdem ist ein Inflationsausgleich noch dazu mit einzubeziehen.</p>	35
<p>Geschäftsmodelle, die auf Dumpinglöhne setzen und damit auf die Lohnsubventionierung sind nicht unterstützungswürdig. Altersarmut und der demütigende Gang zum Sozialamt können bei Erfüllung dieser Forderung weitgehend vermieden werden. Mit der Zustimmung zu diesem Antrag wird der Lebenswirklichkeit von Arbeitnehmern entsprochen. Die Steuerzahler werden nicht zusätzlich in Anspruch genommen. Auch verhindert diese Regelung auf Unternehmenseite Wettbewerbsverzerrungen. Außerdem wird durch die absehbare Erhöhung von Konsumausgaben die Binnen- nachfrage gestärkt und es kommt zu Wachstumsimpulsen.</p>	40
<p>45</p>	
<p>50</p>	
<p>55</p>	
<p>60</p>	
<p>65</p>	
<p>60</p>	
<p>65</p>	
<p>60</p>	
<p>65</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Antragsbereich II.A Antrag 28</p> <p>5 030 Kreis Pankow (Landesverband Berlin)</p> <p>Arbeitswelten 2.0 Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung</p> <p>10 Die betriebliche Mitbestimmung in Deutschland ist ein Erfolgsmodell. Sie zu stärken und damit die innerbetriebliche Demokratie und die Teilhabe der Belegschaften an firmenpolitischen Entscheidungen ihrer Betriebe muss Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein zentrales Anliegen sein.</p> <p>15 Leider kommt es immer wieder vor, dass sich Belegschaften nicht trauen Betriebs- bzw. Personalratswahlen durchzuführen – aus Angst vor einem Jobverlust, oder anderen Nachteilen im Betrieb. Dabei ist der Wortlaut im BetrVG an sich eindeutig:</p> <p>20 „In Betrieben mit in der Regel mindestens fünf wahlberechtigten Arbeitnehmern [...] werden Betriebsräte gewählt.“ heißt es dort in § 1. Damit dies künftig häufiger in die Praxis umgesetzt wird, sind zwei Dinge notwendig:</p> <p>25 • Unternehmen, die die Bildung von Wahlvorständen und Wahlen von Betriebsräten behindern, müssen mit schmerzhaften Sanktionen belegt und nachträglich zur Abhaltung von Wahlen gezwungen werden – auch ohne dass ArbeitnehmerInnen aus dem Betrieb Klage einreichen! Die Behinderungen dieser demokratischen Rechte ziehen den Ausschluss von öffentlichen Aufträgen sowie hohe Strafzahlungen an Gewerkschaften nach sich!</p> <p>30 Zusätzlich ist eine Erweiterung der Mitbestimmungsrechte im BetrVG, dem BPersVG und den entsprechenden LPersVG erforderlich.</p> <p>35 Insbesondere ist es erforderlich, dass</p> <p>• die Betriebs- und Personalräte beim Thema Leiharbeit und Werkverträgen ein hartes, einklagbares Mitbestimmungsrecht, was die Anzahl der maximal im Betrieb zu beschäftigenden Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmer sowie zu vergebenden Werkverträge betrifft, erhalten. Bisher können Arbeitgeber hier nach Gutdünken entscheiden und tun das leider auch immer öfter – zum Nachteil der Stammebelegschaften.</p>	<p>II.A28</p> <p>Arbeitswelten 2.0 Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>45 Antragsbereich II.A Antrag 29</p> <p>Kreisverband Mannheim (Landesverband Baden-Württemberg)</p> <p>50 Reform des Gründungszuschusses zurücknehmen - Unternehmensgründungen als Weg aus der Arbeitslosigkeit wieder unterstützen!</p> <p>55 1. Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, im Falle einer Regierungsbeteiligung dafür zu sorgen, die Reform des Gründungszuschusses von 2011 zurückzunehmen.</p> <p>60 2. Die Forderung nach der Rücknahme der Reform des Gründungszuschusses soll Teil des SPD-Regierungsprogramms zur Bundestagswahl 2013 werden.</p> <p>65</p>	<p>II.A29</p> <p>Reform des Gründungszuschusses zurücknehmen - Unternehmensgründungen als Weg aus der Arbeitslosigkeit wieder unterstützen!</p> <p>Überweisung an ordentlichen Bundesparteitag 2013</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p><i>Antragsbereich II.A</i> <i>Antrag 30</i></p>	<p>II.A30 1</p>
<p><i>Bezirk Hessen-Süd</i></p>	
<p>Reform der Unternehmensmitbestimmung</p>	<p>Reform der Unternehmensmitbestimmung 5</p>
<p>Als Lehre aus der Finanzkrise fordern wir eine Stärkung der ArbeitnehmerInnen im Aufsichtsrat, insbesondere bei der Besetzung der Ausschüsse.</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK 10</p>
<p>Die Drittelbeteiligung von ArbeitnehmerInnen im Aufsichtsrat soll zu einer paritätischen Mitbestimmung ausgeweitet werden und der Schwellenwert, ab diese Form der Unternehmensmitbestimmung greift, gesenkt werden.</p>	<p>15</p>
<p>Der Sitz des leitenden Angestellten auf Arbeitnehmerseite wird ersetzt durch einen Vertreter der Arbeitnehmer- oder Gewerkschaftsseite) und das doppelte Stimmrecht des/der Aufsichtsratsvorsitzenden soll abgeschafft werden.</p>	<p>20</p>
<p>Außerdem soll die Kapitalbeteiligung von ArbeitnehmerInnen gefördert werden als Ergänzung zur Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen in deutschen Aufsichtsräten.</p>	
<p><i>Antragsbereich II.A</i> <i>Antrag 31</i></p>	<p>II.A31 25</p>
<p><i>Bezirk Hessen-Süd</i></p>	
<p>Stärkere Regulierung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse</p>	<p>Stärkere Regulierung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse 30</p>
<p>Ein langfristiges Ziel sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik ist es, die in unserer Zeit notwendige Flexibilität von Beschäftigungsverhältnissen mit der notwendigen sozialen Sicherung für die Beschäftigten in Einklang zu bringen. Speziell die Rahmenbedingungen für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse bedürfen einer stärkeren Regulierung. Geringfügige Beschäftigung darf nicht sozialversicherungspflichtige Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung ersetzen.</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK 35</p>
<p>Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich in einer Gesetzesinitiative für die stärkere Regulierung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, sogenannten 400€- oder auch Minijobs einzusetzen.</p>	<p>40</p>
<p>Die zulässige Wochenarbeitszeit für geringfügig Beschäftigte soll gesetzlich auf 12 Stunden begrenzt werden. Bei einer maximalen Entlohnung von 400€ bedeutet das einen Stundenlohn von ca. 8,50€. Auch bei Beschäftigungsverhältnissen, deren Entgelt unter 400 €/Monat liegt, muss dieser Mindestlohn gewahrt werden. Damit soll erreicht werden, dass auch geringfügig Beschäftigte angemessen entlohnt werden, die weniger als 12 Wochenarbeitsstunden beschäftigt sind. Geringfügig Beschäftigte dürfen nicht unterhalb des Mindestlohns / Tariflohns entlohnt werden.</p>	<p>45</p>
<p>Um bestehende arbeitsrechtliche Vorschriften durchzusetzen, soll deren Einhaltung zur Voraussetzung für die Anwendung der Sonderregelungen für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse werden. Arbeitgeber müssen dann im Falle eines Verstoßes die vollen Sozialversicherungsbeiträge für die die gesamte Zeit der Beschäftigung zahlen, ohne Beteiligung der Versicherten. Die Kontrolle durch die zuständigen Behörden muss verbessert, und hierfür notwendige Stellen geschaffen werden. Damit soll die arbeitsrechtliche Situation geringfügig Beschäftigter gestärkt werden.</p>	<p>50</p>
<p>Zur Bekämpfung der Altersarmut, insbesondere bei ca. 2,5 Millionen Frauen deren ausschließliches Einkommen in einer geringfügigen Beschäftigung besteht, sind vielfältige Maßnahmen darüber hinaus zu treffen. Die Verbesserung ihrer Möglichkeiten zur</p>	<p>55</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Aufnahme einer umfangreicheren und damit sozialversicherungs- pflichtigen Tätigkeit steht dabei im Vordergrund. Das bedeutet z.B. eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch Entlastungen im häuslichen Bereich, der Kinderbetreuung, Pflege 5 von Angehörigen u.a. sowie auch eine engagierte Gleichstellungs- politik.</p> <p><i>Antragsbereich II.A</i> 10 <i>Antrag 32</i></p> <p><i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>Keine Sanktionen im SGBII-Bereich bei 15 den Kosten der Unterkunft</p> <p>Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Sanktionen im SGB II Bereich sich ausschließlich auf die 20 Grundsicherung beziehen sollen und nicht mehr, wie bisher bei einer einhundertprozentigen Sanktion, auch die Kosten der Unter- kunft und Heizung einschließen. Dies soll gelten, wenn der zu hun- dert Prozent sanktionierte Leistungsempfänger eine Abtretungs- 25 erklärung unterzeichnet hat und somit die Kosten der Unterkunft, Miete und Heizung, direkt an die betreffenden Empfänger durch den Träger der Grundsicherung gezahlt werden können.</p>	<p>II.A32</p> <p>Keine Sanktionen im SGBII-Bereich bei den Kosten der Unterkunft</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p><i>Antragsbereich II.A</i> 30 <i>Antrag 33</i></p> <p><i>Unterbezirk Köln</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Rücknahme der 35 Instrumentenreform 2012</p> <p>Der Beschluss soll in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl am 40 22.09. eingearbeitet werden. Der Bundesparteitag möge beschließen 1. Die Landesregierungen bringen kurzfristig im Bundesrat einen Antrag ein, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird: 1.1 Das Vergabeverfahren bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) 45 für Projekte im Übergang Schule – Beruf sowie für Qualifizie- rungs- und Beschäftigungsmaßnahmen mit sog. „arbeitsmarktfen- nen“ oder langzeitarbeitslosen Menschen – vor allem im Bereich der Jugendlichen - so zu ändern, dass sich auch erfahrene und qua- lifizierte örtliche Träger, die ihre Mitarbeiter nach branchenübli- 50 chen Tarifen bezahlen, wettbewerbsfähig beteiligen können. Außerdem müssen die Beauftragungszeiten so verlängert werden, dass die Maßnahmen eine nachhaltige Wirkung erzielen und die Maßnahmen Träger qualifiziertes Personal binden und ihre Infra- struktur (z.B. Werkstätten) besser planen können. 55 1.2 Die Instrumentenreform 2012 und die damit verbundenen dras- tischen Kürzungen in den Eingliederungstiteln in diesen Bereichen sind zurückzunehmen. Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfol- gt im Rahmen des jeweiligen Haushaltes der BA. 2. Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, diese Ziele 60 auch über die Arbeit im Deutschen Bundestag weiter zu unterstüt- zen. Einarbeitung ins Wahlprogramm 3. Die Abschaffung der Instrumentenreform 2012 und die Schaf- fung eines sozialen Arbeitsmarktes sollen auch zum Gegenstand 65 des Bundestagswahlprogramms gemacht werden.</p>	<p>II.A33</p> <p>Rücknahme der Instrumentenreform 2012</p> <p>1. Überweisung an SPD-Landtagsfraktionen</p> <p>2. Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>3. Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p><i>Antragsbereich II.A</i> Antrag 34</p> <p><i>030 Kreis Pankow</i> <i>(Landesverband Berlin)</i></p> <p>Arbeitswelten 2.0 Reform der Hartz-Gesetze</p> <p>Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die arbeitslos werden, müssen von Anfang an als Kundinnen und Kunden behandelt werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dabei muss der Focus darauf liegen, sinnvolle Fördermaßnahmen, wie Umschulungen, oder Weiterbildungen anzubieten. <p>Heute erleben wir gerade bei Empfängerinnen und Empfängern von Leistungen nach SGB II, dass der Focus nicht auf der Förderung liegt, sondern hauptsächlich versucht wird zu fordern und zu kürzen. Hier brauchen wir einen Paradigmenwechsel.</p> <p>Verbesserung des Zuganges zu Fortbildungsmaßnahmen im ersten Arbeitsmarkt für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Fortbildungen auch für über 50-jährige, betriebliche Ausbildung auch für über 30-jährige – angelehnt an die Forderungen aus dem Papier „BerlinArbeit“ von Dilek Kolat)</p> <p>» Anträge zum Kapitel II:3: Miteinander für mehr soziale Marktwirtschaft in Europa «</p>	<p>II.A34</p> <p>Arbeitswelten 2.0 Reform der Hartz-Gesetze</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p><i>Antragsbereich II.A</i> Antrag 35</p> <p><i>Unterbezirk Frankfurt</i> <i>(Bezirk Hessen-Süd)</i></p> <p>Für eine europäische Wirtschaftspolitik</p> <p>Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine europäische Wirtschaftspolitik einzusetzen, die wachstumsorientiert ist, Beschäftigung fördert, damit einen Beitrag für ein soziales Europa leistet und den Euro stabilisiert. Insbesondere ist zu berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Bewältigung der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise kann nicht durch eine Sparpolitik gelingen, die die wirtschaftliche Entwicklung abwürgt, die Arbeitslosigkeit ansteigen lässt, der Jugend die Zukunftschancen raubt und die Menschen den politischen Institutionen entfremdet. • Die Krisenbewältigung ist eine gesamteuropäische Aufgabe. Sie muss von der Europäischen Union insgesamt angegangen werden und darf nicht in rein zwischenstaatlicher Form geschehen, wie das beim aktuell verabschiedeten Fiskalpakt geschehen ist. • Wir brauchen eine europäische Solidarunion. Nur die Solidarität aller Eurostaaten kann die Stabilität des Euro garantieren. Gerade Deutschland ist durch seine Exportquote von einer guten Entwicklung der internationalen Märkte abhängig und profitiert davon. Kurzfristige Mehrbelastungen sind der Preis für eine nachhaltigere Wirtschaftsentwicklung. • Der gemeinsame Währungsraum muss durch gemeinsame politische Institutionen gestärkt werden. Ohne eine demokratisch legitimierte und starke Wirtschaftsregierung der EU wird die Anti-Krisenpolitik immer am Druck der Finanzmärkte ausgerichtet bleiben. • Finanzgeschäfte müssen besser reguliert und Banken und Versicherungen mit einer Finanztransaktionssteuer an den Kosten der Krise beteiligt werden. Diese Steuer würde zudem hoch spekulative Geschäfte unattraktiver machen und Risiken eindämmen. Wir brauchen außerdem eine stärkere Finanzaufsicht, um die Macht der Rating-Agenturen zu beschränken. Banken brauchen 	<p>II.A35</p> <p>Für eine europäische Wirtschaftspolitik</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 mehr Eigenkapital, damit sie nicht wieder von Steuerzahlern ge- rettet werden müssen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erforderlich ist ein Europäisches Aufbauprogramm mit dem klaren Vorrang von Investitionen in die Realwirtschaft. Chancen bietet soziale und ökologische Transformation Europas mit dem <p>5 Aufbau neuer Wertschöpfungsketten in den Leitmärkten der Zukunft.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muss als gesamteuropäische Aufgabe begriffen und angegangen werden. <p>10 • Selbstverständlich müssen auch Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung angepackt werden. Ebenso selbstverständlich gehören auch Reformen in den Krisenländern auf die Tagesordnung, wie z.B. in Griechenland ein gerechteres und funktionales Steuersystem, insbesondere die Besteuerung großer Vermögen, die Verhinderung von Kapitalflucht, eine wirksame Steueradministration.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Konsolidierung ohne Investitionen sind ein einseitiger, falscher Weg. 	
<p>20 Antragsbereich II.A Antrag 36</p>	<p>II.A36</p>
<p><i>Arbeitsgemeinschaft Selbständige</i></p>	
<p>25 Änderungsantrag zum Kap. II.3</p> <p>- Neufassung eines Absatzes im Kapitel II.3 „Miteinander für mehr soziale Marktwirtschaft in Europa“</p> <p>30 Wir setzen uns für eine engere Abstimmung der Steuerpolitik der Mitgliedstaaten ein. Dazu braucht es verbindliche Steuer-Mindeststandards, insbesondere einheitliche Vorschriften zur Ermittlung von Unternehmensgewinnen und Kapitaleinkommen, um zu einer rechtsformneutralen Unternehmensbesteuerung zu kommen und die Probleme der unterschiedlichen Steuersysteme zu lösen. Dies ist nicht nur ein Gebot der fiskalischen Stabilität, sondern auch unverzichtbar, um fairen Wettbewerb im Binnenmarkt zu ermöglichen. Im Kampf gegen Steuerhinterziehung und unfairen Steuerwettbewerb auf europäischer Ebene wollen wir den Anwendungsbereich der EU-Zinsrichtlinie auf alle Kapitaleinkünfte und alle natürlichen und juristischen Personen ausdehnen und den automatischen Auskunfts austausch in Europa zum Standard machen, auch im Verhältnis zu Drittstaaten wie der Schweiz.</p>	<p>Änderungsantrag zum Kap. II.3</p>
<p>35 - Neufassung eines Absatzes im Kapitel II.3 „Miteinander für mehr soziale Marktwirtschaft in Europa“</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>45 » Anträge zum Kapitel II.4: Den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sichern «</p>	
<p>Antragsbereich II.A Antrag 37</p>	<p>II.A37</p>
<p><i>Arbeitsgemeinschaft Selbständige</i></p>	
<p>50 Änderungsantrag zum Kap. II.4</p> <p>55 - Einfügen im Kapitel II.4 „Den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sichern“, im Unterpunkt: „Ein neuer gesellschaftlicher Konsens für Fortschritt und Infrastruktur“ letzter Absatz Breitbandversorgung ist die Voraussetzung für wirtschaftliche Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit und damit für Wachstum. Zur Sicherung der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit aller – auch ländlichen Regionen - sind die Verordnungen und Regelungen zur Festlegung der Bandbreite entsprechend den technischen Möglichkeiten anzupassen. Für Wirtschaftsunternehmen wollen wir die Bandbreite von 2 Mbit auf mindestens 50 Mbit synchron anheben.</p> <p>65</p>	<p>Änderungsantrag zum Kap. II.4</p> <p>Ablehnung</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p><i>Antragsbereich II.A</i> <i>Antrag 38</i></p>	<p>II.A38 1</p>
<p><i>Unterbezirk Marburg-Biedenkopf</i> <i>(Bezirk Hessen-Nord)</i></p>	<p>5</p>
<p>Änderungsantrag zum Kap. II.4</p>	<p>Änderungsantrag zum Kap. II.4</p>
<p>Im Kap. II.4 Unterpunkt „Ein neuer gesellschaftlicher Konsens für Fortschritt und Infrastruktur“</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK 10</p>
<p>-Nach dem Satz „Die Bundesverkehrswegeplanung[...] im Vordergrund steht.“ wird der Satz eingefügt:</p>	<p>15</p>
<p>„Dabei wollen wir auch die Rolle des Bundes bei der deutschlandweiten Flughafenplanung stärken und werden einen „Masterplan Flughafen“ erarbeiten.“</p>	
<p>-Die Sätze „Dafür brauchen wir [...]zur Verfügung stellen.“ wird gestrichen und ersetzt durch:</p>	<p>20</p>
<p>„Die Bundesverkehrswege brauchen eine belastbare Finanzierungsgrundlage: Wir wollen hierfür ausreichende Mittel zuverlässig zur Verfügung stellen. Dabei geht der Erhalt vor Neubau: Der Substanzerfall unserer Verkehrswege muss gestoppt werden. Dafür werden wir ausreichend Finanzmittel zur Verfügung stellen und die Investitionslinie aus den erwarteten Mehreinnahmen aus der Einführung einer Vermögenssteuer um zwei Milliarden Euro jährlich im Bundeshaushalt steigern. Darüber hinaus wollen wir den Investitionsetat für die Bundesverkehrswege weiter aufstocken, in dem wir die LKW- Maut auf alle Bundesstraßen ausdehnen und die Mehreinnahmen ohne Abstriche in die Verkehrswege investieren.“</p>	<p>25</p>
<p>-Der Satz „Wir streben zudem eine deutliche Erhöhung der Kapazität für den Schienengüterverkehr bis zum Jahr 2030 an.“ wird gestrichen und ersetzt durch:</p>	<p>30</p>
<p>„Wir streben zudem eine Verdopplung der Kapazität für den Schienengüterverkehr bis zum Jahr 2030 an.“</p>	<p>35</p>
<p>-Der Satz „Damit Bahnhöfe und Gleise [...] fließen.“ wird gestrichen und ersetzt durch:</p>	<p>40</p>
<p>„Damit Bahnhöfe und Gleise schnellstmöglich wieder in einen guten Zustand kommen, werden wir dafür sorgen, dass alle Einnahmen der DB AG aus ihrem Schienennetz und den Bahnhöfen vollständig für das Schienennetz und für Bahnhofssanierungen verwendet werden.“</p>	
<p>-Nach dem Satz „Wir unterstützen die Abschaffung[...] Trassenpreissystem einführen.“ wird der Satz eingefügt:</p>	<p>45</p>
<p>„Darüber hinaus wollen wir den Lärmschutz an Flughäfen und Straßen verbessern.“</p>	
<p>-Die Sätze „Die Länder sollen sich, [...]Verkehrsinfrastruktur zu verwenden.“ werden gestrichen und ersetzt durch:</p>	<p>50</p>
<p>„Dazu streben wir einen Investitionspakt für die kommunale Verkehrsinfrastruktur an. Die Länder sollen Investitionsmittel für die kommunale Verkehrsinfrastruktur in bisheriger Höhe bis 2019 erhalten und sich im Gegenzug verpflichten, die Gelder zweckgebunden für die kommunale und regionale Verkehrsinfrastruktur zu verwenden.</p>	<p>55</p>
<p>Insbesondere der Öffentliche Nahverkehr leistet einen wichtigen Beitrag zu einer umweltverträglichen, für alle zugänglichen und bezahlbaren Mobilität - sowohl in Ballungsräumen als auch im ländlichen Raum und gerade für Menschen mit geringem Einkommen und mit Mobilitätseinschränkungen. Zusammen mit dem Fuß- und dem Fahrradverkehr und neuen Mobilitätsangeboten wie Carsharing verbessert der ÖPNV Umwelt- und Lebensqualität in Städten und Ballungsräumen und trägt so wesentlich zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung bei. Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird Länder und Kommunen darin unterstützen, ihre Verantwortung für das öffentliche Nahverkehrsangebot wahrzunehmen. Um den Umweltvorteil des ÖPNV auszubauen und ihn attraktiver zu machen, werden wir schadstoffarme Antriebe für Busse und Bahnen</p>	<p>60 65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 fördern, ebenso wie Innovationen bei verkehrsmittelübergreifender Vernetzung.“</p>	
<p>5 Antragsbereich II.A Antrag 39</p>	<p>II.A39</p>
<p><i>Arbeitsgemeinschaft Selbständige</i></p>	
<p>10 Änderungsantrag zum Kap. II.4</p>	<p>Änderungsantrag zum Kap. II.4</p>
<p>- Einfügen im Kapitel II.4 Unterpunkt „Den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sichern“ : Deutschlands wirtschaftliche Stärke und Wohlstand beruht zu einem erheblichen Teil auf dem Einsatz seiner Selbständigen. Die Selbständigen Quote in Deutschland ist dabei mit ca. 10% im internationalen Vergleich nach wie vor unterdurchschnittlich. Gerade beim Sprung ins Informations- und Wissenszeitalter muss Deutschland sich stärker als Selbständigen-Gesellschaft aufstellen. Vor allem in den KMU und auch in den freien Berufen entstehen die Ausbildungs- und Arbeitsplätze von morgen. Deshalb wollen wir auf die Förderung dieses Bereichs in unserer Wirtschaftspolitik ein besonderes Augenmerk legen und bereits in der schulischen und beruflichen Ausbildung mehr junge Menschen für die Selbständigkeit begeistern.</p>	<p>Annahme</p>
<p>25 Antragsbereich II.A Antrag 40</p>	<p>II.A40</p>
<p><i>Arbeitsgemeinschaft Selbständige</i></p>	
<p>30 Änderungsantrag zum Kap. II.4</p>	<p>Änderungsantrag zum Kap. II.4</p>
<p>35 - ersetzen im Kapitel II.4. „Den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sichern“ im Unterpunkt „Das Handwerk“ streichen: Handwerksbetriebe gelten zu Recht als „Ausbilder der Nation“. neu: Handwerksbetriebe und Handel erbringen die Hauptleistung bei der beruflichen Bildung. 40 - Einfügen im Unterpunkt II.4. „Den wirtschaftlichen Erfolg des Landes sichern“ neuer Absatz Wir wollen die berufsständische Selbstverwaltung der Freien Berufe durch die Berufskammern bewahren und stärken. Wir werden Freiberufler dabei unterstützen, dass existenzgefährdende Haftpflichtprämien, wie etwa für Hebammen, nicht die Berufsausübung verhindern. Dazu gehört auch Haftungsrisiken gerecht auf alle Beteiligten zu verteilen.</p>	<p>Punkt 1: Annahme Teil Handwerksbetriebe</p> <p>Punkt 2: Annahme Teil berufsständische Selbstverwaltung Punkt 2: Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion Teil „ Wir werden Freiberufler ...</p>
<p>45 - Änderung im Kapitel II.4. Unterpunkt: „Den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes sichern“ 50 Darüber hinaus werden wir uns für eine mittelstandsfreundliche Ausgestaltung von Basel III einsetzen. Dazu könnte auch eine adäquate Bewertung der systemischen Risiken im Rahmen einer Kreditvergabe beitragen, insbesondere sollte in diesem Zusammenhang die regionale Kreditvergabe sowie die auf Nachhaltigkeit und Dauer angelegte Kreditbeziehung in jeglicher Hinsicht privilegiert werden. Gleichzeitig werden wir die Diversifizierung der Finanzquellen erleichtern, indem wir Förderprogramme für Leasingfinanzierungen und Factoring ermöglichen und den Zugang von größeren mittelständischen Unternehmen zu Kapitalmarktförderung erleichtern. Dabei kann die Einrichtung einer staatlichen Ratingagentur einen wesentlichen Beitrag dazu beitragen, die hohen Transaktionskosten durch die Erstellung von Unternehmensratings zu dämpfen. Weiterhin setzen wir uns für die Verbesserung der Informationsqualität am Kapitalmarkt ein, um eine ausreichende Bewertungsgrundlage der Unternehmen zu gewährleisten.</p>	<p>Punkt 3: Teil Basel III: Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Antragsbereich II.A Antrag 41</p>	<p>II.A41</p>
<p>Unterbezirk Würzburg Stadt (Landesverband Bayern)</p>	<p>1</p>
<p>Bitte wenden! Für eine moderne Verkehrsinfrastruktur.</p>	<p>Bitte wenden! Für eine moderne Verkehrsinfrastruktur.</p>
<p>Verkehr ist notwendig. Verkehr muss sicher sein. Verkehr muss nachhaltig sein. Verkehr soll Spaß machen.</p>	<p>5</p>
<p>Grundsätzlich gilt dabei:</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>1. Massenverkehr ist dem Individualverkehr vorzuziehen.</p>	<p>10</p>
<p>2. Der beste Verkehr ist der Vermiedene.</p>	<p>15</p>
<p>3. Alle VerkehrsteilnehmerInnen sind untereinander im Straßenverkehr gleichgestellt.</p>	<p>20</p>
<p>Verkehrsmittel sind: Flugzeug, Schiff, Bahn, Lastkraftwagen, gängige Mittel der Fortbewegung im ÖPNV (Bus, Straßenbahn, Zug), Personenkraftwagen, FahrradnutzerIn und FußgängerIn und andere.</p>	<p>25</p>
<p>I. Moderne Verkehrsinfrastruktur = Umweltverträgliche Verkehrsinfrastruktur</p>	<p>30</p>
<p><u>Nachhaltiger Verkehr</u></p>	<p>35</p>
<p>Nachhaltiger Verkehr muss die Komponenten Ökonomie, Ökologie und Soziale Sicherheit sinnvoll verknüpfen. So bietet die Fixierung auf motorisierten Individualverkehr für den Nutzer durch den hohen Ausbaugrad und Vernetzung im Allgemeinen einen hohen Komfort, zeitliche und räumliche Flexibilität sowie hohe Geschwindigkeit. Allerdings hat gerade dieser Verkehr auf die Umwelt einen sehr negativen Einfluss, wozu nicht nur Schadstoffausstoß oder Bodenversiegelungen durch weiteren Ausbau von Straßenverkehrsnetzen gehören, sondern auch massiver Ressourcenverbrauch beispielsweise in der Produktion von Fahrzeugen und dem Unterhalt der Netze, aber auch bei der Lärmbelastung.</p>	<p>40</p>
<p>An einen nachhaltigen Verkehr muss der Anspruch gestellt werden, die ökologische Belastung möglichst so zu minimieren, dass die Kapazitäten der Natur nicht überschritten werden. Dies gilt insbesondere für den Austausch und die Erneuerungsprozesse der natürlichen Umwelt.</p>	<p>45</p>
<p>Der Ressourcenverbrauch sollte minimiert werden, wobei dies nicht nur für den Bereich der schrumpfenden Erdölvorkommen als Hauptrohstoff für die Treibstoffe gilt, sondern auch im Bereich der Produktion der Fahrzeuge und finanziellen Einsätzen zum Unterhalt der Verkehrsnetze. Es kann nicht sein, das zwar Geld für Neubauten, aber praktisch nichts mehr für den Unterhalt des bestehenden Netze vorhanden ist.</p>	<p>50</p>
<p>Von besonderer Wichtigkeit muss eine uneingeschränkte Teilhabe auch von in ihrer Mobilität eingeschränkten und älteren Menschen am gesellschaftlichen Leben sein; dies muss ein nachhaltiger Verkehr gewährleisten und darf auch finanziell benachteiligte Menschen nicht ausgrenzen.</p>	<p>55</p>
<p><u>Elektromobilität</u></p>	<p>60</p>
<p>Es klingt so toll: Man setzt sich morgens ins Auto, fährt zur Arbeit, und steckt abends einfach den Stecker in die Steckdose, damit am nächsten Morgen wieder gefahren werden kann. Kein banger Blick mehr auf die Anzeige der Tankstelle. Und auch technisch ist Elektromobilität längst marktreif.</p>	<p>65</p>
<p>Doch viele KundInnen schrecken aufgrund der geringen Reichweite einer "Tankfüllung" zurück, denn diese liegt nur selten über 100 km. Bezieht man allerdings die durchschnittliche Strecke, die einE deutscheR AutofahrerIn am Tag zurücklegt, in seine/ihre Überlegung mit ein, so reichen 100 km vollkommen. Der teuerste (und auch schwerste) Teil eines Elektroautomobils ist nach wie vor der Akku.</p>	<p>70</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Hier ist es vonnöten, dass die Politik mehr Engagement zeigt: Elektroautos müssen gefördert werden, da umweltfreundlicher und nachhaltiger ein Auto nicht bewegt werden kann. Voraussetzung dafür ist, dass der Strom aus erneuerbaren Energien stammt. Daher 5 fordern wir eine Subventionierung des Erwerbs von Elektroautos. Alternative Kraftstoffe und Antriebe Nicht nur Elektromobilität stellt eine alternative Antriebsform dar. Neben dieser gibt es noch viele weitere Möglichkeiten, sich mittels alternativer Kraftstoffe und Antrieben zu bewegen, die allesamt 10 noch nicht voll entwickelt und damit auch im Sinn der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes zu verbessern sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Biodiesel und E10 sind allgemein bekannt, jedoch sind dies Kraftstoffe der 1. und 2. Generation und stehen im Konflikt mit der Nahrungsmittelproduktion. 15 • Die Technologie BTL, welche jegliche Art von Biomasse zu hochwertigem Treibstoff verwandeln kann, ist marktreif, jedoch fehlen noch Großanlagen. • Die Brennstoffzelle scheitert an der mangelnden Verfügbarkeit von Wasserstoff, welcher nur mit Hilfe von Elektrolyse gewon- nen werden kann; einem energieintensivem Verfahren, welches 20 ohne die Nutzung von erneuerbaren Energien nicht mit der Nachhaltigkeit vereinbar ist. <p>Bei der Entwicklung und Einführung von alternativen Kraftstoffen muss auf die gesamte CO₂- Bilanz und insbesondere auf Vermeidung 25 von Nutzungskonflikten geachtet werden, da Nachhaltigkeit und Umweltschutz wichtige Dinge sind, die, um die Welt nach- kommenden Generationen in einem lebenswerten Zustand zu hin- terlassen, unverzichtbar bleiben. Dabei ist es wichtig, dass vielver- sprechende Ansätze der Privatwirtschaft nicht überlassen werden 30 dürfen.</p> <p>Auch scheitert die Umsetzung derzeit an der Information und Partizipation der Bevölkerung. Sie muss mehr Informationen über die alternativen Antriebe bekommen, sowie die Möglichkeit zu haben, sowohl an der 35 Entwicklung der neuen Technologien als auch bei der Information darüber, auch teilhaben dürfen.</p> <p>Wir fordern daher eine wesentliche Aufstockung des Forschungs- setats für alternative Kraftstoffe und Antriebe und eine weitere Sensibilisierung der Bevölkerung für dieses Thema inklusive 40 Aufklärung.</p> <p><u>Bahn</u> Der Verkehrsträger Straße ist an seine Grenzen gelangt. Im 21. Jahrhundert muss auch verkehrs- und infrastrukturpolitisch eine radikale Wendung vollzogen werden. Der Flächenfraß mit Autobahnen 45 durch Naturschutzgebiete oder Ortsumgehungen um jedes noch so kleine Dorf muss ausgebremselt werden. Auch die Endlichkeit fossiler Energien und das Ausbleiben von attraktiven Alternativen in Bezug auf Personenkraftwagen zwingt uns zum Umdenken in Sachen Mobilität. Wir wollen den Wechsel voranbringen in unserer 50 politischen Arbeit und in der gesellschaftlichen Diskussion, und zwar mit dem Verkehrsträger Schiene.</p> <p>Da aber der Verkehrsträger Schiene in seiner Flächentauglichkeit in den letzten Jahrzehnten enorm vernachlässigt wurde – zugunsten von Autobahnen und einzelnen Prestigeobjekten – bedarf es einer 55 ganzen Menge Reformen, um fit für die Zukunft zu werden.</p> <p>Das Schienennetz in Deutschland ist auf den wichtigsten Routen an den Grenzen der Belastbarkeit angelangt. Doch statt Strecken auszubauen oder zu modernisieren, wird das Geld zur Zeit lieber für einen unterirdischen Bahnhof in Baden-Württemberg und eine 60 U-Bahn durch den Thüringer Wald verpulvert. Wenn die Europäische Kommission von „Transeuropäischen Netzen“ (TEN), wie z.B. Paris – Budapest – spricht, dann geht es dabei nicht darum, dass irgendwann mal Hochgeschwindigkeitszüge auf dieser Relation verkehren, sondern in erster Linie um den Güterverkehr.</p> <p>65 Zudem fordern wir einen sofortigen Abbaustopp für alle Bahnstrecken in Deutschland. Alle noch existierenden, aber nicht mehr oder nur noch im Güterverkehr befahrenen Strecken sollen einer</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Machbarkeitsanalyse, wie und ob der Personenverkehr wieder aufgenommen werden kann, unterzogen werden.	1
Bahnhöfe und -haltepunkte sollen zu Mobilitätsdrehscheiben werden. Deshalb sollen alle Stationen bis 2030 vollständig barrierefrei und zu zentralen Umsteigepunkten zwischen ÖPNV und SPNV ausgebaut werden.	5
Der in Deutschland mittlerweile nahezu vollständig vorhandene Stundentakt hat dazu geführt, dass mittlerweile auch relativ abseits gelegene Stationen eine gute Anbindung haben. Jedoch findet gerade auf Nebenstrecken am späten Abend nur noch selten Zugverkehr statt. Das Konzept eines Linienbedarfsverkehrs scheint uns hier eine gute Lösung zu sein, damit man auch von einem kleinen Dorf abends mit Hilfe des ÖPNV ins Theater o. Ä. fahren kann.	10
<u>Schiffsverkehr</u>	15
Im Hinblick auf den innerdeutschen Gütertransport muss die Binnenschifffahrt gestärkt werden. Mit einem Schiff können Güter nicht nur kostengünstiger, sondern auch mit einem geringeren Treibstoffverbrauch pro Gewichtseinheit transportiert werden. Ein Binnenschiff kann eine Vielzahl an Lastkraftwagen bzw. deren Verkehrswege ersetzen und ist dadurch ökologisch und ökonomisch Sinnvoller.	20
Allerdings muss der Antrieb deutlich umweltfreundlicher gestaltet werden. Eine Umstellung auf umweltfreundliche Antriebe könnte auf Grund der Größe der Motoren leichter vonstatten gehen als bei anderen Verkehrsmitteln. Möglich wäre hier ein Wasserstoffantrieb.	25
In Zusammenspiel mit der Eisenbahn können hier neue Ansätze für einen nachhaltigeren Güterverkehr gefunden werden. Wir fordern eine Stärkung der Binnenschifffahrt und eine Förderung des Umstiegs auf umweltfreundliche Antriebstechniken von Schiffen im allgemeinen.	30
<u>Fahrrad</u>	35
Die Fahrradindustrie in Europa ist im Boom. Mit dem Rad unterwegs zu sein ist modern, effektiv und ökologisch zugleich. Der Absatz im Radsegment ist expansiv angestiegen, inzwischen ist für jede Altersklasse das passende Modell vorhanden. E-Bikes und andere Radtypen werden immer interessanter.	40
Mehr FahrradfahrerInnen schonen die Umwelt, bringen aber gleichzeitig neue Herausforderungen mit sich. Gerade Unterfranken, als tourismusstarke Region, muss somit auf den Wandel der Zeit reagieren und sich den neuen Aufgaben stellen. Radtourismus ist ein großer wirtschaftlicher Faktor, der in der Zukunft weiter zunehmen wird. Ein ökologischer Ausbau der Radwege ist hierfür unumgänglich.	45
Dazu muss nicht jeder Weg geteert werden, gut gesicherte und geschotterte Wege sind kostengünstiger und umweltfreundlicher. Diese Wege müssen in Radkarten auffindbar sein und gut ausgeschildert werden. Die Schilder müssen gut erkennbar und auch für ausländische Gäste verständlich sein. Die Region kann von einer guten Vermarktung des Radtourismus stark profitieren und sollte daher auch genügend Mittel und Gelder für den Ausbau bereitstellen. Außerdem ist neben dem Ausbau des Radwegenetzes auch die Instandhaltung und Pflege aller bisherigen Radwege im gesamten Jahr notwendig.	50
Auch im Bereich der Radsicherheit muss eine Reaktion auf den aktuellen Markt erfolgen. E-Bikes sind mit bis zu 50 km/h eine neue Herausforderung, auf die dringend reagiert werden muss. Eine Helmpflicht für RadfahrerInnen von Elektrovehikeln ab 25 km/h ist hierfür absolut sinnvoll, da bereits MofafahrerInnen mit 25 km/h ebenfalls, laut Straßenverkehrsordnung, einer Helmpflicht obliegen und genauso wie RadfahrerInnen VerkehrsteilnehmerInnen sind. Außerdem muss für alle RadfahrerInnen die Verkehrsführung auf Radwegen, Straßen und in Kombinationen von Beidem (Radweg durch Parkplätze, unübersichtliche Kreuzungen, etc.) klar erkenntlich sein. Gegebenenfalls müssen an unübersichtlichen Straßenstellen Verkehrsschilder und auch Spiegel zur Sicherheit	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 aller VerkehrsteilnehmerInnen eingesetzt werden, um Unfälle und damit Verletzte zu verhindern.</p> <p><u>Park & Ride Parkplätze</u></p> <p>5 Zunehmend leiden Städte, als Beispiel muss Würzburg genannt werden, unter der Belastung einer verfehlten Verkehrspolitik mit starker und einseitiger Ausrichtung auf den motorisierten Individualverkehr (MIV). Einige Städte orientieren sich dabei immer noch am eindeutig gescheiterten und nicht mehr zeitgemäßen Stadtentwicklungskonzept der autogerechten Stadt. Dies muss sich ändern.</p> <p>10 Um eine Verbesserung der Lebensqualität in Städten zu erreichen, ist eine stärkere Verzahnung von ÖPNV und MIV dringend notwendig. Alle nicht unbedingt notwendigen Fahrten in die Innenstädte sollten zu diesem Zweck auch durch den ÖPNV gewährleistet werden. Um die Städte aber nicht vom Umland abzuschneiden, müssen die Städte weiterhin mit dem Auto erreichbar sein. Durch Schaffung von bedarfsdeckenden Park&Ride (P&R) - Parkplätzen und eine zeit- und ortsnahe Anbindung an den innerstädtischen ÖPNV muss eine gute Verbindung zwischen Innenstadt und Umland geschaffen werden, ohne dass Innenstädte durch einen überhandnehmenden Personalkraftwagenverkehrs massiv geschädigt werden. Dies hat auch eine finanzielle Komponente.</p> <p>20 Durch ein in die Außenbereiche einer Stadt gelagerten Parkplätze können in den Innenstädten, wo ständig Platz fehlt, die Parkplätze deutlich reduziert werden bzw. entfallen und der dort teurere Boden anderen Nutzungen mit höherer Wertschöpfung zugeführt werden. Wir fordern deshalb eine deutliche Ausweitung von P&R - Parkplätzen, sowie eine Verbesserung der ÖPNV - Anbindung solcher Plätze mit der Innenstadt. Als weitere Maßnahme muss der Parkraum in der Innenstadt so finanziell unattraktiv gestaltet werden, dass ein Parken in der Innenstadt aus finanzieller Sicht nicht mehr einen möglichen Zeitgewinn aufwiegt. Als erste Maßnahme, um das Parken an der Oberfläche und den damit verbundenen Parkplatzsuchverkehr zu minimieren, muss das oberirdische Parken deutlich höhere Preise aufweisen als das Parken in Parkhäusern und Tiefgaragen. Bei ausreichenden P&R - Parkplätzen am Stadtrand können dann Parkhäuser und Tiefgaragen der innerstädtischen Wohnbevölkerung vorbehalten bleiben, indem nur noch diese das Parkrecht in den bestehenden Objekten erhält. Die Auslastung der Personalkraftwagen können mit P&R-Parkplätzen in Verbindung mit Fahrgemeinschaften deutlich verbessert werden. Eine Person pro Automobil bei der Fahrt zur Arbeit muss eine absolute Ausnahme werden.</p> <p>30 Aus diesem Grund fordern wir die Ausweisung der P&R - Möglichkeiten im Außenbereichen von Städten. Mindestens 80% aller NichtanwohnerInnenstellplätze einer Stadt müssen als P&R - Parkplätze ausgewiesen sein.</p> <p>40 Zusätzlich fordern wir Jusos einen Ausbau und, soweit noch nicht vorhanden, eine Einführung von Carsharing-Angeboten. Gerade für größere Einkäufe ist das Fahrrad oft unpraktikabel. Wir sehen Carsharing daher als geeignetes Mittel den Bürgern den Verzicht auf einen eigenen PKW zu ermöglichen.</p> <p>50 Als geeignetes Beispiel von der Integration von P&R - Parkplätzen in einer Stadt wäre das oberfränkische Bamberg zu nennen. In dieser gibt es zwei P&R - Parkplätze in entgegengesetzter Richtung am Stadtrand gelagert, in der man sehr günstig parken und auch im 10-Minuten-Takt mit dem ÖPNV in das Zentrum der Stadt Bamberg gelangt. Die dortigen Stadtwerke bieten ein Monats- bzw. Jahresabonnement zu verbilligten Preisen für die Nutzung der P&R - Möglichkeiten. Besonders erwähnenswert bei diesem Modell ist das kostenfreie Parken für Studierende der Universität Bamberg nach Registrierung ihres KFZ-Kennzeichens.</p> <p>60</p> <p><u>Gigaliner</u></p> <p>65 Seit sechs Jahren werden sogenannte Gigaliner kontrovers diskutiert. Mit Gigaliner sind dabei überlange Lastkraftwagen gemeint, die die derzeitigen Maße von 18,75m Länge und 40t Gewicht über-</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>schreiten. Der neue Grenzwert soll jedoch laut HerstellerInnen und Großspeditionen bei 25,25m Länge und 60t Gewicht liegen. Diese Änderung bedeutet für SpediteurInnen die Einsparung von Fahrten, Personal und Treibstoff. Für den Straßenverkehr stellen Gigaliner jedoch insbesondere auf Landstraßen eine Verkehrsbehinderung dar, da etliche Bundesstraßen durchaus durch enge Dörfer führen und so schon für herkömmliche Lastkraftwagen ein Hindernis darstellen. Zudem würden durch die sinkenden Kosten weiter Verkehr von der Schiene zurück auf die Straße verlagert werden. Dieser Punkt ist auch ausschlaggebend, dass wir uns strikt gegen Gigaliner stellen, da für uns das Verkehrsmittel Schiene das optimale Gütertransportmittel ist und bleibt.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p>
<p><u>Lärmschutz</u> Zur Erhöhung der Akzeptanz von bestimmten Verkehrsmitteln gehört auch ein Konzept zur Reduzierung von Lärm, der nachweislich die Gesundheit beeinträchtigt. Dies gilt insbesondere auch für den Eisenbahnbetrieb. Erforderlich sind hier neben indirekten Lärmschutzmaßnahmen, wie Schallschutzwände oder finanzieller Unterstützung von Lärmdämmungsmaßnahmen an Gebäuden, auch direkte Maßnahmen zur Lärmreduzierung. Dazu zählen insbesondere Rollgeräusche und Lärm verursacht durch die Aerodynamik im Hochgeschwindigkeitsverkehr durch die elektrischen Abnehmer, die die reinen Antriebsgeräusche übertönen. Die Technik diese Lärmquellen zu reduzieren ist bereits vorhanden, jedoch finanziell sehr aufwendig, um flächendeckend eingeführt zu werden. Auf Grund der gesundheitlichen Fürsorgepflicht gegenüber seinen BürgerInnen und den Besitzverhältnissen der Deutschen Bahn muss die öffentliche Hand diese Lärmschutzmaßnahmen noch stärker fördern. Die direkte Reduzierung des Verkehrslärms muss dabei eine deutlich höhere Priorität besitzen als Maßnahmen zum indirekten Lärmschutz wie zum Beispiel Lärmschutzwände. Diese können durch ihre sehr beträchtlichen Höhen negativ auf das Stadtbild wirken und sind im Vergleich zu direkten Maßnahmen nicht nur aufwendiger, sondern in der Regel auch deutlich kostenintensiver. Dies gilt in ähnlichen Maße auch für den Lärmschutz beim MIV. Allerdings muss hier das Hauptaugenmerk auf der Verringerung des Verkehrs liegen, insbesondere wenn die Bahn und der Personenkraftwagen beim Verhältnis von Lärmerzeugung und transportierten Personen bzw. Gütern verglichen werden. Neben diesen Verkehrsmitteln ist insbesondere das Flugzeug in jüngere Zeit hinsichtlich der Lärmbelastung in die Schlagzeilen geraten. Hauptsächlich beim Starten und Landen ist dieses Verkehrsmittel eine massive Lärmbelastung, vor allen auch nachts. Hier ist es ebenfalls Aufgabe der öffentlichen Hand eine Lösung für alle Beteiligten zu finden.</p>	<p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p>
<p><u>Feinstaub und Öko-Zonen</u> Im Jahre 2008 wurden in Berlin bundesweit Testbereiche für Öko-Zonen eingeführt, die sowohl die Feinstaubrate als auch den CO2 Ausstoß senken sollen. Der Ansatz, die Feinstaubrate und den CO2 Ausstoß zu senken, ist sehr lobenswert, denn schon heute macht der steigende Feinstaub vielen Städten bei ungünstigen Wetterlagen zu schaffen. Jedoch sind viele Mängel anzuzeigen: Um die Öko-Zonen zu verwirklichen, wurde damals die sogenannte Umweltplakette eingeführt, die in drei Farbstufen gegliedert ist: grün steht dabei für zugelassene Fahrzeuge, gelb und rot für grenzwertige Fahrzeuge, die den Feinstaub und den CO2 Ausstoß verschlimmern würde. Verwarnt und letztendlich "aussortiert" sollten Autos, die noch gelbe und rote Plaketten trugen, mittels Bußgeldbescheinigungen. Dies ist jedoch sehr oft nicht geschehen und es blieb bei vielen bei Ermahnung und Tadel, obwohl die Umsetzung einer solchen Regelung eine strikte Durchführung erfordert. Daraus lässt sich folgern, dass laut unabhängigen Quellen (www.umwelt-plakette.de) trotz der Einführung dieser Öko-Zonen und Plaketten kaum an CO2 und Feinstaub eingespart. Aus diesem Grund fordern wir eine klare</p>	<p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 und strikte Durchsetzung dieser Regelung von Öko-Zonen, um den Feinstaub und den CO2 Ausstoß zu senken.</p> <p>5 II. Moderne Verkehrsinfrastruktur = Verkehrsinfrastruktur der Partizipation und Gleichstellung</p> <p><u>Änderung des Modalsplits</u> Als Modal Split wird die Verteilung des Transportaufkommens auf einzelne Verkehrsmittel bzw. die Wahl der Verkehrsmittel zum Personentransport bezeichnet. 2008 wurden 43 % aller Verkehrswege als MiV-FahrerInnen und weitere 15 % als MiV-MitfahrerInnen abgewickelt. Auf den ÖPNV entfielen mit 9% aller Wege genauso viel wie auf das Fahrrad. 24 % aller Verkehrswege wurden mit dem meist vergessenen</p> <p>15 Verkehrsmittel, den Füßen, zurückgelegt (Verkehr in Zahlen 2008). Ziel muss es sein, den Anteil des MiV zurückzudrängen und dabei ökologisch und ökonomisch sinnvollere Verkehrsmittel zu stärken. Besonders in Städten sollten möglichst viele Wege nicht mit dem Auto zurückgelegt werden. Um dies zu ermöglichen müssen einerseits der ÖPNV gestärkt werden, andererseits auch bei der Stadtentwicklung und Stadtplanung die Erreichbarkeit von Einrichtungen mit dem Rad und zu Fuss berücksichtigt und verbessert werden.</p> <p><u>Verkehrssicherheit</u> 25 Zur Gleichstellung aller Menschen gehört auch die Gewährleistung von Verkehrssicherheit für alle Menschen bei der Fortbewegung in unserer Gesellschaft. Doch noch viel zu oft wird aus unterschiedlichen Gründen das eigene Leben aufs Spiel gesetzt, sei es aktiv oder passiv.</p> <p>30 Obgleich es in den vergangenen Jahren in Bayern immer wieder zu schweren Unfällen (teilweise auch mit Todesfällen) kam, die auf ein allgemein riskantes Verhalten der Verantwortlichen zurückzuführen sind, weil frühe Anzeichen von Risiko nicht beachtet wurden, ist die Verkehrssicherheit in vielen Bereichen der Infrastruktur nach wie vor nicht gegeben.</p> <p>35 Uns ist es wichtig, dass keine unnötigen Risiken, die auf Kosten eines Menschenlebens gehen könnten, eingegangen werden, und setzt sich daher für die Überprüfung, Einhaltung und ggf. Verbesserung bereits gegebener Sicherheitsstandards.</p> <p>40 Dazu müssen und sollen die entsprechenden finanziellen Mitteln in ausreichender Höhe bereitgestellt werden.</p> <p><u>Konkret fordern wir folgendes:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> 45 • Die Anpassung von Fahrrouten des ÖPNV an extreme Wetterbedingungen und Jahreszeiten: Auch wenn es wünschenswert wäre, dass jede Haltestelle zu allen Jahreszeiten angefahren werden kann, entspricht dies nicht der Realität. Tatsache ist, dass es zum Beispiel im Winter zu glatten Straßen kommt, und ein tatsächliches Risiko beim Befahren darstellen können. Solche Extremsituationen gilt es zu Überprüfen und einen Alternativplan ggf. zu erstellen, bevor diese Situation eintritt und möglicherweise Menschenleben riskiert werden. 50 • Ausreichend Sitzplätze in allem Formen des ÖPNV: in gewissen Stoßzeiten, sei es in der Adventszeit, aber auch beispielsweise im Schulverkehr, ist in vielen Möglichkeiten des ÖPNV eine Überfüllung festzustellen, die sehr wohl auch die Sicherheit der Befördernden gefährdet. Eine Anpassung in Ressourcen muss also, wenn bekannt ist, dass es “eng” werden könnte, vorgenommen werden! 55 • Sichere Haltestellen: Zu oft mussten in den vergangenen Jahren Menschen ihr Leben lassen, die an Haltestellen auf ihre Verkehrsbeförderung warteten. Grund dafür sind unter Anderem auch immer die Haltestellen selbst, die unzureichend verkehrstechnisch gesichert worden waren. Das spiegelt sich vor allem in zu schmalen Haltestellen, wo ein eventuelles Ausweichen im Extremfall nicht möglich ist, und niedrigen Bordsteinkanten, die eine extreme Konfrontation mit einer Haltestelle bzw. den dort wartenden Personen durch Kraftfahrtfortbewegungsmitteln erst 60 65 	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 re Aufgabe des Staates. Das gilt in hervorgehobenen Maße für die Verkehrsnetze. Auch ohne Rücksicht auf die soziale Aufgabe des Verkehrs verbietet sich aus den bereits getätigten Steuerausgaben für Straßen und Schienen hier eine Privatisierung. Private Unter- 5 nehmen agieren gezwungenermaßen nach finanziellen Gesichtspunkte, welche wie am Beispiel der Privatisierung der Bahn in GB, bei der auch das Netz privatisiert wurde, zu einer deutlichen Verschlechterung der Verkehrsbedingungen führen. In GB ging dabei der private Netzbetreiber nach einer Serie von Unfällen aufgrund 10 von mangelhaften Instandsetzungsmaßnahmen und daraufhin eingeforderten Erneuerungsmaßnahmen pleite. Das Nachfolgeunternehmen ist nicht gewinnorientiert und wird von öffentlicher Hand finanziert. Auch die Vergabe des Eurotunnels an private Unternehmen ist gescheitert, denn der private Betreiber ging praktisch pleite. 15 Der derzeitige Betreiber, die Eurostargroup, ist praktisch zu 100 % in Staatshand. Wie bereits die Zeitschrift "Die Zeit" vor einigen Jahren berichtete, sind insbesondere Autobahnabschnitte, die sich in privater Hand befinden eindeutig Unfallschwerpunkte (http://www.zeit.de/2010/29/DOS-Autobahn). Private Hand bedeutet hier, dass die 20 Mauteinnahmen bei den entsprechenden Firmen bleiben und diese Autobahnsanierungen übernehmen. In diesem Zusammenhang muss eine allgemeine Maut auf deutschen Straßen auch beleuchtet werden. Eine Privatisierung wäre dann noch lukrativer, ein Ausweichen auf andere Verkehrsmittel dementsprechend für die PrivatbetreiberInnen wenig lukrativ. 25 An diesen Beispielen ist erkennbar, dass die Infrastruktur bei Bahn und Straße in Staatshand bleiben muss. Wir fordern, dass der Betrieb von Autobahnen und Eisenbahn zwingend in Staatshand bleiben muss. 30</p>	
<p>Antragsbereich II.A Antrag 42</p>	<p>II.A42</p>
<p>35 04/77 KuÄ Damm-Abteilung (Landesverband Berlin)</p>	
<p>40 Reform der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung</p>	<p>Reform der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung</p>
<p>Folgende Themen sind zumindest sinngemäß in das SPD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 aufzunehmen: 45 Angesichts der sich verschärfenden Instandhaltungskrise und der Engpässe im Straßen- und Schienennetz Deutschlands, wird sich die SPD im Wahlprogramm für eine Reform der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur einsetzen, die sowohl sozial, volkswirtschaftlich und ökologisch verträglich ist. 50 Die SPD lehnt die Einführung einer „entfernungsunabhängigen Pkw - Vignette (als „Flat-Rate“) ab. Die SPD Bundestagsfraktion und die SPD Länderverkehrsminister werden aufgefordert, die notwendigen Mehreinnahmen für eine verlässliche und kontinuierliche Verkehrswegfinanzierung insbesondere aus der Lkw-Maut zu generieren. 55 Es sind folgende Maßnahmen umzusetzen und in die Koalitionsvereinbarung bei einer Regierungsbeteiligung der SPD zu verankern: • Ausdehnung der Lkw - Maut auf die gesamte Fahrstrecke in 60 Deutschland und zweckgebundene Verteilung des Aufkommens auf die Baulasträger (Bund, Länder und Kommunen) nach Anteil an den Betriebs- und Unterhaltungslasten (wie in der Schweiz erfolgreich praktiziert). • Erhöhung der Mautgebühren entsprechend einer aktualisierten 65 Wegekosten-Berechnung und Einbeziehung externer Kosten in die Mauthöhe, sobald es das EU-Recht zulässt. • Ausdehnung der Mautpflicht auf Lkw < 12 Tonnen. Eine geeignete Grenze ist anhand einer Wirkungsanalyse noch zu ermitteln.</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<ul style="list-style-type: none"> • Einbeziehung der Busse mit Ausnahme des ÖPNV in die Maut • Die aus der Maut gewonnenen Verkehrsdaten sind den Ländern und Kommunen für die Verkehrsplanung zur Verfügung zu stellen. 	1
<ul style="list-style-type: none"> • Fondlösungen zur Instandhaltung der Verkehrsinfrastruktur als Ergänzung zur Haushaltsfinanzierung sind zu prüfen, kommen aber für die SPD nur dann in Frage, wenn diese einer parlamentarischen Kontrolle unterliegen und außerdem verkehrsträgerübergreifend (Straße und Schiene) angelegt sind. 	5
<p>Die Mehreinnahmen sind für das Parlament transparent in die Verkehrsinfrastruktur (Straße und Schiene einschließlich Radwege) des Bundes, der Länder und Kommunen zu reinvestieren.</p>	10
<p>» Anträge zum Kapitel II.5: Sichere und bezahlbare Energie – Die Energiewende zum Erfolg führen «</p>	15
<p><i>Antragsbereich II.A</i> <i>Antrag 43</i></p>	II.A43
<p><i>Arbeitsgemeinschaft Selbständige</i></p>	20
<p>Änderungsantrag zum Kap. II.5</p>	Änderungsantrag zum Kap. II.5
<p>- Einfügen in den Unterpunkt „Energiewende“ Um kurzfristig eine möglichst große Menge der regenerativ erzeugten Energie aus Windkraft oder auch von großen PV-Parks voll nutzen zu können, sehen wir die Umwandlung in Gas (Power to Gas) und die Einspeisung in das bestehende Gasnetz als kurzfristige Lösung als sinnvoll an. Dies würde durch die flexible Nutzung (als Gas-Heizungen, Kfz, Wasserstoff-Brennstoffzelle, Verstromung...) den aktuellen Druck für den Leitungsnetzausbau vermindern.</p>	Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion 25
<p><i>Antragsbereich II.A</i> <i>Antrag 44</i></p>	II.A44
<p><i>Landesverband Hessen</i></p>	35
<p>Änderungsantrag zum Kap. II.5</p>	Änderungsantrag zum Kap. II.5
<p>Die SPD sieht weite Teile der von Bundesumweltminister Altmaier (CDU) und Philipp Rösler (FDP) vorgelegten Reformen des EEG unter dem irreführenden Begriff der „Strompreisbremse“ als falschen Weg, um den Anstieg der Energiekosten zu begrenzen. Er gefährdet vielmehr den dezentralen Ausbau der Erneuerbaren Energien in Hessen und somit auch die regionale Wertschöpfung.</p>	Erledigt durch Handeln der A-Länder und Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion 45
<p>Die SPD sieht insbesondere in den Vorschlägen der Förderkürzung für Windkraft im Binnenland („Onshore“) eine Gefahr für die preiswerteste und effizienteste Form der Erzeugung erneuerbarer Energien. Sollte die Pläne Realität werden, würde das auf dem Hessischen Energiegipfel von der SPD durchgesetzte Ziel, auf zwei Prozent der Fläche Hessens Energie durch Windkraft zu erzeugen, deutlich verfehlt. Die Mehrzahl der derzeit in Planung befindlichen Windkraftprojekte würde sich nicht mehr realisieren lassen. Onshore-Windkraft wäre nur noch auch rund 0,5 Prozent der Fläche wirtschaftlich möglich sein.</p>	50
<p>Auch die rückwirkende Kürzungen, die einen massiven Bruch des Vertrauensschutzes darstellen würden, lehnen wir ab. Dies gilt insbesondere auch für den Gülle-Bonus für Biogasanlagen. Vertrauensschutz für die Anlagenbetreiber ist nicht nur ein hohes Gut, sondern die zwingende Voraussetzung für wirtschaftliches Handeln. Wer dies missachtet, handelt mittelstands- und kommunalfreundlich. Die SPD ist der Auffassung, dass das EEG – nicht nur unter Kosten- sondern auch unter Ertragsgesichtspunkten behutsam weiterentwickelt werden muss, aber in seiner Grundausrichtung mit einem Einspeisevorrang für Erneuerbare Energien und eine degres-</p>	55 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 siven Vergütung erhalten und um einen Speicherbonus erweitert werden muss. Die SPD schlägt stattdessen zur Begrenzung des Strompreises folgende Maßnahmen vor:</p> <p>5 • Senkung der Stromsteuer für Haushaltskunden in Höhe des EEG-Umlage-getriebenen Umsatzsteuerzuwachses (rd. 800 Mio.)</p> <p>• Abschaffung der Netzentgeltbefreiung (rd. 400 Mio.)</p> <p>• Abschaffung der Marktprämie (300 Mio.)</p> <p>10 • Rücknahme der Ausweitung der EEG-Umlagebefreiung für Industrieunternehmen, insbesondere für Unternehmen, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen.</p> <p>15 Antragsbereich II.A Antrag 45</p> <p><i>Unterbezirk Marburg-Biedenkopf</i> <i>(Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>20 Änderungsantrag zum Kap. II.5</p> <p>Kap. II.5. Sichere und bezahlbare Energie - Die Energiewende zum Erfolg führen, Unterpunkt: Die Energieeffizienz zur Priorität machen an Absatz 4 werden (nach „...an der tatsächlich eingesparten Energie und nicht am erreichten Effizienzstandard ausgerichtet werden.“) folgende Sätze angefügt:</p> <p>25 „Statt wie bisher die Steigerung der Energieeffizienz einzelner Gebäude zu fördern, muss in Zukunft die Steigerung der energetischen Effizienz von Stadtquartieren und Wohngebieten als Ganzes vorrangig sein. Wir werden dabei dafür sorgen, dass Mieterinnen und Mieter nicht aus ihren sanierten Wohnungen verdrängt werden und dass nur Maßnahmen umgesetzt werden, die tatsächlich Energie einsparen.“</p> <p>35</p>	<p>II.A45</p> <p>Änderungsantrag zum Kap. II.5</p> <p>Annahme in geänderter Fassung „Bisher geht es um die Verbesserung der Energieeffizienz einzelner Gebäude. In Zukunft wird sich der Blick stärker auf die Steigerung der energetischen Effizienz von Wohnungsgesellschaften, Stadtquartieren und Wohngebieten richten müssen. Wir werden dabei dafür sorgen, dass Mieterinnen und Mieter nicht aus ihren sanierten Wohnungen verdrängt werden.“</p>
<p>40 Antragsbereich II.A Antrag 46</p> <p><i>110 Kreis Lichtenberg</i> <i>(Landesverband Berlin)</i></p> <p>Kosten der Energiewende gerechter verteilen</p> <p>45 Die SPD setzt sich in ihrem Wahlprogramm für den Deutschen Bundestag 2013-2017 dafür ein, dass die Kosten der „Energiewende“ gerechter als bislang verteilt werden. Die Kosten für den erforderlichen Netzausbau, den Bau und den Betrieb von Anlagen zur Gewinnung regenerativer Energie dürfen nicht fast ausschließlich den privaten Verbraucherinnen und Verbrauchern in Rechnung gestellt werden. Hierzu wird das Erneuerbare Energien Gesetz reformiert.</p> <p>50 Eine bezahlbare Strom – und Wärmeversorgung muss Grundrecht für jeden Haushalt in Deutschland sein.</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>II.A46</p> <p>Kosten der Energiewende gerechter verteilen</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p><i>Antragsbereich II.A</i> <i>Antrag 47</i></p>	<p><i>II.A47</i></p>
<p><i>Kreis IV Nord</i> <i>(Landesorganisation Hamburg)</i></p>	
<p><i>Für eine sichere, saubere und preiswerte Energieversorgung und ein nachhaltiges Deutschland</i></p>	<p><i>Für eine sichere, saubere und preiswerte Energieversorgung und ein nachhaltiges Deutschland</i></p>
<p>Sozialdemokratische Energiepolitik: Anforderungen an das Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2013</p> <p>Die weltweit wachsende Energienachfrage bei zunehmender Erschöpfung von konventionellen Energievorräten und eine dramatisch steigende Erwärmung der Erdatmosphäre zwingen zur Umkehr im bisherigen verschwenderischen Umgang mit Energie. Aus der Sackgasse Atomkraft ist nicht erst seit der Katastrophe von Fukushima auszusteigen. Einerseits ist die Wirtschaft eines Hochindustrielandes wie Deutschland auf sichere und preiswerte Energieversorgung angewiesen. Andererseits erfordern Klima- und Ressourcenschutz einen sparsamen und klimaverträglichen Energieverbrauch. Beides muss unter einen Hut gebracht werden.</p> <p>In Einklang mit der überwältigenden Mehrheit der Menschen in diesem Lande setzen wir uns ein für eine Versorgungssicherheit, Innovationsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit sowie Klima- und Ressourcenschutz. Sie beruht auf einen Mix von Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz und vollständigen Umstieg auf Erneuerbare Energien (EE). Die Bundesregierung hintertreibt durch missbräuchliche Anwendung des EEG und Täuschung der Bürger ihren öffentlich bekundeten Willen zur Energiewende tagtäglich. Dem setzen wir eine Strategie der Nachhaltigkeit und Aufklärung entgegen. Wir bekräftigen die Positionen für eine bürgernahe, wirtschaftlich erfolgreiche, sozial gerechte und ökologisch verantwortungsvolle Energiewende, die der SPD-Parteivorstand bereits am 30. Mai 2011 veröffentlicht hat, und werden sie in Regierungsverantwortung umsetzen.</p> <p>Die Frage der Energieversorgung der Zukunft ist untrennbar verknüpft mit ihrer Dezentralisierung und Demokratisierung. Die Energiewende stellt hohe Anforderungen an Energieproduktion und Infrastruktur. Für flächendeckende Versorgungssicherheit muss den jeweiligen Bedingungen am Ort des Verbrauchs mit individuellen Konzepten begegnet werden – es gibt keine einheitlichen Lösungskonzepte für die Energiewende. Mitsprache bei der zukünftigen Gestaltung der Energiewende schafft Vertrauen und Akzeptanz. Wir werden deswegen an dem Ausbau des dezentralisierten Zugangs zu den Energienetzen festhalten.</p> <p>Wir werden den Atomausstieg umsetzen. Die Erzeugung von Atomstrom ist und bleibt eine Risikotechnologie, hinterlässt ungelöste Entsorgungsfragen, blockt innovative Entwicklungen und trägt wenig zur zukünftigen Versorgungssicherheit bei. Wir lehnen eine generelle Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken ab. Ältere Atommeiler sollen zugunsten von jüngeren sichereren früher als geplant abgeschaltet werden. Die Brennelementesteuer ist gerichtsfest weiter zu entwickeln und mit dem Geld Effizienzmaßnahmen zugunsten der Verbraucher finanzieren. Wir fordern, dass die Energiekonzerne verpflichtet werden, die Gelder aus ihren zum Zwecke der Endlagerung gebildeten Rückstellungen komplett in öffentlich-rechtliche Fonds einzuzahlen und damit die Endlagersuche anteilig zu finanzieren. Die Ausnahmetatbestände der §§ 40ff. EEG müssen auf ihre Wirkung hin überprüft werden. Befreiungen von der EEG-Umlage sind stärker einzugrenzen. Die gegenwärtige Praxis mindert Energiesparmaßnahmen der Industrie und verteuert den Strom für Privathaushalte und nichtprivilegierte Unternehmen des Klein- und Mittelstandes.</p> <p>Wir werden unseren Strom- und Wärmeverbrauch senken. Energieeinsparungen bei Gebäuden, Geräten, Fahrzeugen, Kraftwerken und Industrieanlagen sowie Erhöhung der Energieeffizienz sind</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 wichtige Voraussetzungen zur Verbrauchs- und CO₂-Minderung. Die Wärmedämmung im Gebäudebestand und die Erhöhung der Energieproduktivität sind unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten weiter zu entwickeln. In einer „Sozialen Effizienzinitiative“ sollen</p> <p>5 insbesondere Empfänger geringer Bezüge wie Arbeitslosengeld II usw. durch Zuschüsse beim Kauf von besonders energiesparenden Haushaltsgeräten entlastet werden. Dabei sind auch Produktion und Verwertung der alten Geräte ins Verhältnis zur Neuproduktion zu setzen. Analog zum Wohngeld bedarf es bei den gegenwärtigen</p> <p>10 Strompreissteigerungen auch Beihilfen. Im Verkehr werden wir den Verbrauch an fossilen Kraftstoffen durch neuartige Kraftstoffe und effizientere Technik wie z.B. der EE-Elektromobilität senken. Hierfür erhöhen wir die Mittel für die Erforschung alternativer Kraftstoffe und Energiespeicher. Das verringert CO₂-Emissionen, schont Klima und Ressourcen, spart Geld der Verbraucher und vermindert die Abhängigkeit von Importenergien und deren Welthandelspreisen. Der Welthandel mit CO₂-Zertifikaten hat aufgrund des Überangebots an den Handelspapieren seine erhoffte regulierende Wirkung nicht entfaltet. Wir werden darauf hinwirken, dass die Anzahl der Zertifikate wieder reduziert wird.</p> <p>20 Wir werden den Anteil erneuerbarer Energien rasch erhöhen und den Umstieg auf eine nachhaltige Energiewirtschaft beschleunigen. Die Versorgungssicherheit erfordert für eine Übergangszeit noch den Einsatz fossiler Energieträger. Allerdings werden wir deren Anteil kontinuierlich senken und mittelfristig ganz beenden. Durch gesetzliche Vorgaben über Mindestwirkungsgrade und Höchstwerte für CO₂-Emissionen werden wir dafür sorgen, dass vor allem bei Kraftwerksneubauten nur die effizienteste und CO₂-ärmste Technik zum Zuge kommt. In Verantwortung für zukünftige Generationen lehnen wir jegliche Methoden zur CO₂-Speicherung (CCS) ab. Wir wollen die Zeit der fossilen Energieträger beenden und nicht deren Nutzung in die Länge ziehen. Wir werden darüber hinaus die Energieversorgung stärker dezentralisieren und den Anteil der Energieerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplung ausbauen. Dem ist Vorrang vor dem Netzausbau, wenigstens aber Gleichrangigkeit einzuräumen. Angesichts der Wichtigkeit der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Energiewende ist das existierende Planungsrecht auf seine Tauglichkeit hin zu prüfen und anzupassen. Der durch das Erneuerbare-Wärme-Gesetz vorgeschriebene EE-Anteil in Neubauten soll erweitert und auch auf Altbauten ausgedehnt werden. Wir werden für den Stromsektor die vollständige Auktionierung der CO₂-Emissionszertifikate durchsetzen.</p> <p>40 Wir werden den Wettbewerb zugunsten der Verbraucher ausbauen. Mehr Wettbewerb, transparente Preisgestaltung sowie Ausbau und diskriminierungsfreier Zugang zu Strom- und Gasnetzen sorgen dafür, die Energiepreise in Schach zu halten. Mit der Energierechtsnovelle und dem Energiewirtschaftsgesetz haben wir den Markt für neue Anbieter geöffnet. Von den großen Stromversorgern wollen mehrere ihre Übertragungsnetze verkaufen. Wir wollen eine bundesweite Netz-Gesellschaft gründen und dafür sorgen, dass sich der Staat mit mindestens 25,1 Prozent beteiligt. Wir werden weiter daran festhalten und die rechtlichen und tatsächlichen Bedingungen schaffen, um das Stromnetz umweltverträglich und zur Aufnahme wachsender EE-Strommengen effizient auszubauen.</p> <p>50 Um in regionalen Versorgungsgebieten den Wettbewerb voranzutreiben, befürworten wir die Neugründung von starken unabhängigen Stadtwerken mit eigenen Produktionskapazitäten.</p> <p>Wir machen Nachhaltigkeit verbindlich. Die Energiewende zeigt überdeutlich, dass wir ökologische Tragfähigkeit, wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit nicht mehr getrennt voneinander betrachten dürfen. Die Energiewende ist kein Projekt, sondern ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, der ganzheitlich und strategisch gesteuert werden muss. Auch deshalb wollen wir die 2002 von Rot-Grün eingeführte Nachhaltigkeitsstrategie fortführen und stärken. Nachhaltigkeit muss zum Leitprinzip allen politischen Handelns werden, auf allen staatlichen Ebenen. Dazu werden wir das Kennzahlenset überarbeiten und die Erkenntnisse der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ einbezie-</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>hen. Die Nachhaltigkeitsprüfung im Rahmen der Gesetzesfolgenabschätzung soll durch die Einführung einer Generationenbilanz weiter objektiviert und um eine standardisierte Bürgerbeteiligung ergänzt werden. Jedes Ministerium muss zukünftig alle zwei Jahre einen Nachhaltigkeitsbericht vorlegen. Schließlich werden wir die Ziele und Regeln der Nachhaltigkeitsstrategie zu einer verbindlichen Säule der staatlichen Vermögens- und Beteiligungsverwaltung ausbauen.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p>
<p>Antragsbereich II.A Antrag 48</p> <p>Region Ostwestfalen-Lippe (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</p> <p>Steuerbelastung auf Strom reduzieren! Strompreise stabilisieren!</p> <p>Seit Monaten gibt es die unterschiedlichsten Überlegungen zur Begrenzung des Preisanstiegs beim Strom. Der wesentliche Grund für die gegenwärtigen Preissteigerungen ist die notwendige Energiewende, und die damit verbundene Umlage für Strom aus Erneuerbaren Energien. Strom belastet die Haushalte mit niedrigem Einkommen und Bezieher von Transferleistungen besonders, da weder Hartz IV noch andere Sozialsysteme diese Kosten übernehmen. Auf der anderen Seite profitieren alle staatlichen Ebenen von den Steuererhöhungen, weil die Mehrwertsteuer automatisch mitsteigt. Eine Möglichkeit könnte sein, auf die ersten 2000 KW-Stunden den reduzierten Steuersatz anzuwenden. Da der Durchschnittshaushalt etwa 3500 KWh verbraucht und der Strompreis um ca. 5 ct/KWh in den nächsten Monaten steigen wird, würde diese Regelung zu einem Einfrieren der Strompreise führen und die staatlichen Haushalte nicht über Gebühr strapazieren. Die SPD fordert den Parteivorstand auf, mit diesem Vorschlag zur Stabilisierung der Strompreise den Bundestagswahlkampf zu führen.</p>	<p>II.A48</p> <p>15</p> <p>Steuerbelastung auf Strom reduzieren! Strompreise stabilisieren!</p> <p>20</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p>
<p>Antragsbereich II.A Antrag 49</p> <p>Ortsverein Bergen Obb. (Landesverband Bayern)</p> <p>Energiepolitik: Diskussion um Strompreise und Zukunft des EEG</p> <p>Im Wahlprogramm für die Wahlperiode 2013 – 2017 sollen zum Thema Energiepolitik folgende Abätze zur Diskussion um die Strompreise und die Zukunft des EEG aufgenommen werden:</p> <p>1. Die SPD unterstützt alle Bemühungen, den Anstieg der Strompreise in Grenzen zu halten. Scheinlösungen, insbesondere wenn sie dazu dienen den Fortschritt der Energiewende infrage zu stellen, werden von uns abgelehnt. Die bislang von schwarz/gelb vorgelegten Vorschläge sind eine solche Scheinlösung. Sie werden allenfalls eine Reduzierung des Strompreises um 0,3 - 0,5 Ct. /KWh bewirken. Der Stopp des Ausbaus der Erneuerbaren Energien und die nachträgliche Kürzung der Einspeisevergütung zerstören aber Planungssicherheit und das Vertrauen von Anlegern in die Verlässlichkeit der Politik der Energiewende, für die das von Rot/Grün 2000 eingeführte Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) beispielhaft steht. Das EEG ist ein Erfolgsmodell, das weltweit kopiert worden ist. Die SPD wird sich daher der Demontage des EEG mit aller Kraft widersetzen.</p>	<p>II.A49</p> <p>40</p> <p>Energiepolitik: Diskussion um Strompreise und Zukunft des EEG</p> <p>45</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 2. Die Förderung der Erneuerbaren Energien – insbesondere von Wind- und Solarstrom - hat zwar in den letzten Jahren zusätzli- che Kosten verursacht und damit auch zum Anstieg der Strom- preise beigetragen. Aufgrund der starken Absenkung der Einspei- 5 severgütungen wird sich der weitere Ausbau dieser Erneuerbaren Energien zukünftig aber nur noch sehr wenig kostensteigernd auswirken (z.B. bei Verdoppelung der Solarstromerzeugung nur noch um 0,35 Ct). Im Gegenzug werden diese Erneuerbaren En- 10 ergien bei Fortführung der jetzigen Förderung spätestens in 10 bzw. 20 mit fossilem Strom konkurrenzfähig sein. Die Förderung des Ausbaus einzelner Erneuerbaren Energien – insbesondere von Wind- und PV-Strom - darf nicht abgewürgt werden. Die bisher erreichten Erfolge würden verspielt.</p> <p>3. Die Berechnung der EEG-Umlage basiert auf einer eindeutigen 15 Schlechterstellung der Erneuerbaren Energien bei der Ermittlung der Differenzkosten, da deren Vollkosten mit den Erzeugungs- kosten/Marktpreisen von fossilem und Atomstrom verglichen werden, bei denen weder Subventionen (von 1 – 2 Ct/KWh) noch die Kosten für Umwelt- und Klimaschäden (von bis zu 10 20 Ct/KWh) und auch nicht die Entsorgungskosten für den Atom- müll berücksichtigt sind. Bei Berücksichtigung dieser volkswirt- schaftlichen Kosten ist Strom aus Erneuerbaren Energien schon heute billiger als fossiler oder Atomstrom. Erneuerbare Energien brauchen einen fairen Preis. Wettbewerbsnachteile müssen abge- 25 baut werden. Dafür sehen wir folgende Möglichkeiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Emissionsrechtehandel muss durch Verknappung und Ver- teuerung der CO₂- Emissionsrechte wirksamer werden. • Die Stromsteuer, die ursprünglich als Ökosteuer eingeführt wur- de, heute aber auch Strom aus Erneuerbaren Energien mit 2 Ct/ 30 KWh belastet, sollte durch eine CO₂-abhängige Primärenergie- steuer ersetzt werden. • Staatliche Förderungen und externe Kosten von fossilem und Atomstrom sollten bei der Berechnung der Differenzkosten zur Ermittlung der EEG-Umlage berücksichtigt werden. <p>35 4. Ein erheblicher Anteil der EEG-Umlage in Höhe von 1,6 – 2,0 Ct/KWh resultiert aus der Befreiung der Großverbraucher von der EEG-Umlage. Kleinverbraucher müssen die Kosten der Förderung der Erneuerbaren Energien alleine tragen. Aus industriepolitischen Gesichtspunkten ist es notwendig, stromintensive exportabhängi- 40 ge Wirtschaftszweige von den Kosten der Einführung der Erneuer- baren Energien zu befreien; aber auch nur diese. Wie auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Kohlepfennig gezeigt hat, ist dies eine Aufgabe des Staates, die aus Steuern und nicht aus Aufschlägen auf den Strompreis für Kleinverbraucher zu 45 finanzieren ist. Das ist sozial gerechter, da es die Lasten der Ener- giewende nach finanzieller Leistungsfähigkeit verteilt. Die EEG- Umlage muss daher von den Kosten für industriepolitische Zielset- zungen befreit werden.</p> <p>5. Die Strompreisbildung an der Leipziger Strombörse bewirkt, 50 dass aufgrund der großen Fortschritte beim Ausbau der Erneuer- baren Energien die Marktpreise für Strom sinken (Merit-Order- Effekt); auch deswegen steigen die Differenzkosten zwischen Ein- speisevergütung und Marktpreis und somit die EEG-Umlage. Den Profit streichen die EVU ein, weil sie die Kostenvorteile nicht an 55 die Verbraucher weitergeben. Dieser Konstruktionsfehler muss be- seitigt werden. Grundsätzlich muss infrage gestellt werden, ob die Durchsetzung der Energiewende und Sicherstellung einer kosten- günstigen Daseinsvorsorge mit dem von der EU geforderten völlig liberalisierten Strommarkt vereinbar ist.</p> <p>60</p> <p>65</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Antragsbereich II.A Antrag 50</p>	<p>II.A50</p>
<p>05/11 Gatow-Kladow 04/77 KuÁ Damm-Abteilung 090 Kreis Treptow-Köpenick (Landesverband Berlin)</p>	<p>1 5</p>
<p>Klima und Energie</p>	<p>Klima und Energie</p>
<p>- Der Klima- und Energie-Fahrplan der SPD zeigt folgende Stationen für eine klimagerechte Zukunft auf: Im Jahr 2020 soll der Anteil erneuerbarer Energien im Strombereich von mindestens 45 Prozent, im Wärmebereich von 14 Prozent und im Verkehrssektor von 10 Prozent verwirklicht sein. Bis 2050 streben wir eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien an.</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p> <p>10 15</p>
<p>- Die Energiewende - weg von der Atomkraft hin zu erneuerbaren Energie - ist unter der ersten rot-grünen Bundesregierung gestartet worden. Dieses weltweit mit Anerkennung beachtete Projekt soll wieder erfolgreich auf Zukunftskurs gebracht werden. Ein entscheidender Baustein ist dabei das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG), das so neu ausgerichtet werden soll, dass zum einen die Klimaschutzziele sicher erreicht werden und zum anderen eine gerechte Verteilung der Energiekosten gesichert werden kann. Eine einseitige Umverteilung der Kosten, Pflichten und finanziellen Risiken weg von den gewerblichen Großverbrauchern hin zum privaten Endverbraucher führt zu unsozialen Verlagerung bei den Energiepreisen. Wir wollen auch eine soziale Energiewende, die auf einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz fußen muss.</p>	<p>20 25</p>
<p>- Effiziente Energieeinsparung ist ein Schlüsselbaustein für die Energiewende. Die energetische Sanierung von Gebäuden kommt dabei ein entscheidender Beitrag zu. Daher werden wir uns für eine wirkungsvolle Förderung der Gebäudesanierung einsetzen, die gerade bei Wohngebäude auch sozialverträglich zu gestalten ist. Konkret heißt, dass wir werden auch das Mietrecht darauf hin überprüfen und anpassen werden.</p>	<p>30 35</p>
<p>- Die SPD wird sich für eine effizientere Förderung von erneuerbaren Energien einsetzen, wie die Offshore Windkraft, das Repowering der Onshore-Anlagen, aber auch die Solarenergie und die Energiegewinnung aus ökologisch-sozialverträglich erzeugter Biomasse und der Geothermie. Die SPD erteilt nicht nur der risikobehafteten Kernenergie eine deutliche Absage, sondern auch der hochrisikoreichen Erdgasförderung mittels dem sog. Fracking. Gleiches gilt für das unterirdische Speichern von CO₂, der sog. Carbon dioxid-Capture-Storage (CCS) Technologie. Eine ökologisch sinnvolle und ökonomisch vertretbare Wiedernutzung des Treibhausgases CO₂ (Carbon dioxid reuse CCR) wird einer intensiven Prüfung unterzogen.</p>	<p>40 45</p>
<p>- Klima und Energie sind bedeutende Zukunftsfragen, die nicht zwischen Ressortzuständigkeiten zerrieben werden dürfen. Daher werden wir uns bei der nächsten Regierungsbildung für ein Zukunftsministerium Klima und Energie einsetzen.</p>	<p>50</p>
<p>Antragsbereich II.A Antrag 51</p>	<p>II.A51</p>
<p>12/01 Borsigwalde/Tegel Süd (Landesverband Berlin)</p>	<p>55 60</p>
<p>Klima und Energie</p>	<p>Klima und Energie</p>
<p>- Der Klima- und Energie-Fahrplan der SPD zeigt folgende Stationen für eine klimagerechte Zukunft auf: Im Jahr 2020 soll der Anteil erneuerbarer Energien im Strombereich von mindestens 45 Prozent, im Wärmebereich von 14 Prozent und im Verkehrssektor von 10 Prozent verwirklicht sein. Bis 2050 streben wir eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien an.</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 - Die Energiewende - weg von der Atomkraft hin zu erneuerbaren Energie - ist unter der ersten rot-grünen Bundesregierung gestartet worden. Dieses weltweit mit Anerkennung beachtete Projekt soll wieder erfolgreich auf Zukunftskurs gebracht werden. Ein ent- scheidender Baustein ist dabei das Erneuerbare Energien-Gesetz 5 (EEG), das so neu ausgerichtet werden soll, dass zum einen die Klimaschutzziele sicher erreicht werden und zum anderen eine ge- rechte Verteilung der Energiekosten gesichert werden kann. Eine einseitige Umverteilung der Kosten, Pflichten und finanziellen 10 Risiken weg von den gewerblichen Großverbrauchern hin zum privaten Endverbraucher führt zu unsozialen Verlagerung bei den Energiepreisen. Wir wollen auch eine soziale Energiewende, die auf einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz fußen muss. Die Härtefallklausel wird wieder zu einer absoluten Ausnahme 15 gemacht und kontinuierlich abgebaut. Der Abbau der „Besonde- ren Ausgleichsregelung“ und die Befreiung von Endverbrauchern mit einer Abnahme von 10 GWh und mindestens 7000 Jahresbe- nutzungsstunden bei den Netzentgelten erfolgt in mehreren Stufen (1.Jahr-10%, 2.Jahr-20%, 3.Jahr-40%, 4.Jahr-80%, 5.Jahr-100%) 20 und ermöglicht es der energieintensiven Industrie durch technische Innovationen und Produktionsoptimierungen den Stromverbrauch erheblich zu reduzieren. Sollten dennoch Subventionen zum Erhalt der Standorte für die energieintensive Industrie notwendig sein, sind sie im gesamtgesellschaftlichem Interesse und werden in Form 25 von Steuerentlastungen durch die Allgemeinheit der Steuerzahler aufgebracht.</p> <p>- Effiziente Energieeinsparung ist ein Schlüsselbaustein für die Energiewende. Der energetischen Sanierung von Gebäuden kommt dabei ein entscheidender Beitrag zu. Daher werden wir uns für eine 30 wirkungsvolle Förderung der Gebäudesanierung einsetzen, die gerade bei Wohngebäuden auch sozialverträglich zu gestalten ist. Konkret heißt das: Wir werden auch das Mietrecht daraufhin über- prüfen und anpassen.</p> <p>- Die SPD wird sich für eine effizientere Förderung von erneuerbar- en Energien einsetzen, wie die Offshore Windkraft, das Repow- ering der Onshore-Anlagen, sowie den zügigen Ausbau der Strom- netze. Sie wird aber auch die Solarenergie und die Energiegewin- nung aus ökologisch-sozialverträglich erzeugter Biomasse und der 40 Geothermie fördern. Die SPD erteilt nicht nur der risikobehafteten Kernenergie eine deutliche Absage, sondern auch der derzeit hoch- risikoreichen Erdgasförderung mittels des sog. Fracking. Gleiches gilt für das derzeit noch nicht ausreichend erforschte unterirdi- sche Speichern von CO₂, der sog. Carbon dioxid-Capture-Storage (CCS) Technologie. Eine ökologisch sinnvolle und ökonomisch 45 vertretbare Wiedernutzung des Treibhausgases CO₂ (Carbon dioxid reuse CCR) wird einer intensiven Prüfung unterzogen.</p> <p>- Klima und Energie sind bedeutende Zukunftsfragen, die nicht zwischen Ressortzuständigkeiten zerrieben werden dürfen. Daher werden wir uns bei der nächsten Regierungsbildung für ein Zu- kunftministerium Klima und Energie einsetzen</p>	
<p>55 Antragsbereich II.A Antrag 52</p>	<p>II.A52</p>
<p>Stadtverband Marl (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</p>	
<p>Förderung für Solarstrom stoppen</p>	<p>Förderung für Solarstrom stoppen</p>
<p>60 Der SPD-Parteivorstand wird aufgefordert, sich vor allem aus sozi- alen, aber auch aus energiepolitischen und wirtschaftlichen Grün- den für einen Stopp der kostenintensiven Förderung für Photovol- taik einzusetzen.</p>	<p>Ablehnung</p>
<p>65</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p><i>Antragsbereich II.A</i> Antrag 53</p> <p><i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p><i>Ablehnung der Fracking-Technologie in der Öl- und Gasförderung</i></p> <p>Da in der Öl- und Gasförderung durch konventionelle Verfahren nur noch wenige Rohstoffe neu erschlossen werden können setzt man vermehrt die Fracking-Technologie ein um eigentlich unrentable Öl- und Gasvorkommen ausbeuten zu können. Die Fracking-Technologie ist mit zu hohen Risiken für Grundwasser, Boden, seismische Stabilität und Biosphäre allgemein verbunden, dass sie nicht eingesetzt werden sollte. Wir stehen zur Energiewende und fordern stattdessen den Ausbau der Energiewende mit Energie aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Geothermie. Deshalb fordern wir staatliche Ausgaben (und seien es langwierige Planfeststellungsverfahren und Prüfverfahren für Infrastrukturprojekte der Öl- und Gasindustrie) stattdessen in die Forschung, Entwicklung, Anwendung und Ausbildung für die Erneuerbaren Energien einzusetzen. Die Fracking-Technologie steht zudem im Nutzungskonflikt zu etwaigen weitaus nachhaltiger angelegten Projekten der Geothermie.</p>	<p>II.A53</p> <p><i>Ablehnung der Fracking-Technologie in der Öl- und Gasförderung</i></p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p><i>Antragsbereich II.A</i> Antrag 54</p> <p><i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p><i>Energiewende zügig vorantreiben sowie demokratisch und sozial gestalten</i></p> <p>1. Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für die zügige Umsetzung der Energiewende ein. Die SPD unterstützt daher lokale / regionale Bündnisse zur Energiewende und Gewinnung regenerativer Energien (z. B. mit Industrie, Handwerk, Handel, Verbänden, Kirchen und Vereinen). 2. Die Grundposition der SPD ist dabei: Energie dezentral vor Ort und demokratisch produzieren. 3. Die Energiewende ist sozial zu gestalten. Die Kosten der Energiewende dürfen nicht allein den Bürgerinnen und Bürgern aufgebürdet werde. Die SPD setzt sich dafür ein, dass die sozial wie ökologisch nicht gerechtfertigte Subventionierung der Großverbraucher u. a. durch die EEG-Umlagebefreiung beendet wird. Auch die EU hat diese Subventionierung kritisiert. 4. Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) muss erhalten bleiben. Sinnvoll sind die Ergänzung durch verstärkte Förderung beispielsweise von dezentralen Speichern, smart-grid-Lösungen sowie der Abbau von rechtlichen Hindernissen für die Versorgung von Mietern mit preisgünstigem EEG/KWK-Strom aus dem bewohnten Gebäude zum Eigenverbrauch. 5. Anstelle des Baus von neuen Hochspannungsleitungen quer durch Deutschland ist der Fokus auf die Förderung der Forschung von Speichertechnologien und der Errichtung von Stromspeichern und auf die Modernisierung der Mittelspannungsnetze und Niederspannungsnetze zu richten.</p>	<p>II.A54</p> <p><i>Energiewende zügig vorantreiben sowie demokratisch und sozial gestalten</i></p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 » Sonstige Anträge zum Kapitel II «</p> <p><i>Antragsbereich II.A</i> <i>Antrag 55</i></p> <p>5 <i>Kreis IV Nord</i> <i>(Landesorganisation Hamburg)</i></p> <p>10 <i>Sozialdemokratische Wirtschafts- und Finanzpolitik: Sozial-ökologische Reformpolitik statt Krisenbewältigung auf Kosten der Schwachen</i></p> <p>15 Anforderungen an das Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2013 Die schwarz-gelbe Bundesregierung sonnt sich im vermeintlichen Erfolg ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Weite Teile der veröffentlichten Meinung zeichnen das Bild von Deutschland als dem Fels ökonomischer Vernunft in der Brandung der europäischen Schuldenkrise. Doch dieses Bild ist falsch: Weder ist die wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland zufriedenstellend, noch ist die europäische Finanzkrise eine reine Schuldenkrise, die mit einer strikten Sparpolitik zu bewältigen wäre. Deshalb ist eine grundsätzliche Neuausrichtung der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik notwendig – sowohl für unser Land selbst, als auch für Europa insgesamt. Die vorherrschende Antikrisenstrategie einer harten Spar- und Privatisierungspolitik löst die Krisenursachen nicht, sondern bürdet ihre Folgen den Arbeitnehmer/innen und sozial Schwachen auf – vor allem in anderen europäischen Ländern, aber auch in Deutschland.</p> <p>20 Die Wirtschafts- und Finanzkrisen einiger europäischer Länder und die Instabilität der Euro-Zone insgesamt sind nur zu einem Teil das Resultat einer selbstverschuldeten Überschuldung öffentlicher Haushalte. Sie sind vor allem das Resultat einer nach wie vor völlig unzureichenden Regulierung der internationalen Finanzmärkte, vor allem einer unzureichenden Eindämmung der Spekulation mit Währungen, Staatsanleihen, Kreditausfallversicherungen und anderen Kapitalanlagen. Und sie sind ebenso das Resultat eines enormen, weiter anwachsenden wirtschaftlichen Ungleichgewichts innerhalb von Euro-Zone und Europäischer Union.</p> <p>25 Die relative wirtschaftliche Erholung in Deutschland seit der globalen Finanzkrise 2008/09 ist kein Resultat eigener Stärke, sondern des fortgesetzten Ausnutzens unsozialer „Wettbewerbsvorteile“ gegenüber den anderen EU-Ländern: Einer fortgesetzten Politik des Lohn-, Steuer- und Fiskaldumpings, mit dem die grundlegenden Übereinkünfte der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion unterlaufen werden. Das Resultat ist unverändert ein starker Export einerseits und eine (trotz geringfügiger Erholung in den letzten zwei Jahren) schwache Binnennachfrage andererseits.</p> <p>30 Auch die soziale Lage in Deutschland hat sich nicht verbessert: Trotz eines mehrjährigen Wirtschaftsaufschwungs liegt die Arbeitslosigkeit immer noch bei 3 Millionen – und damit inakzeptabel hoch! -, Armut und soziale Unsicherheit und Ungleichheit sind stagniert oder weiter angestiegen. Die öffentlichen Investitionen in Daseinsvorsorge, soziale Dienstleistungen und Infrastruktur bewegen sich auf einem viel zu geringen Niveau.</p> <p>35 Dass es auch anders geht, beweisen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dort, wo sie regieren: In den meisten deutschen Bundesländern genauso wie in Frankreich oder Dänemark.</p> <p>40 Auch im globalen Maßstab waren die letzten Jahre durch Lippenbekenntnisse, aber nicht durch tatsächlich notwendige, entschiedene Veränderungen geprägt:</p> <p>45 - Noch immer sind die globalen Finanzmärkte weitgehend unreguliert und instabil;</p> <p>50 - Noch immer wird auch mit Lebensmitteln spekuliert, mit der Folge von Hungersnöten in vielen Ländern;</p>	<p><i>II.A55</i></p> <p><i>Sozialdemokratische Wirtschafts- und Finanzpolitik: Sozial-ökologische Reformpolitik statt Krisenbewältigung auf Kosten der Schwachen</i></p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
- Noch immer findet eine entschiedene Bekämpfung des Klimawandels nicht statt.	1
Sozialdemokratische Wirtschafts- und Finanzpolitik dient der Verwirklichung einer solidarischen, gerechten und für alle gleichermaßen lebenswerten Gesellschaft – in Deutschland, aber auch in Europa und weltweit. Dazu gehören vor allem gute Arbeit, der Ausbau des Wohlstandes durch ökologisch nachhaltiges, qualitatives Wachstum, sowie die gerechte Verteilung des Wohlstandes durch sozialen Ausgleich.	5
Deshalb werden wir eine Neuausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik mit folgenden Eckpunkten einleiten:	10
Regulierung der Finanzmärkte: Gemeinwohlverpflichtung statt Spekulation	
Die Finanzmärkte und ihre Institutionen (Banken, Fonds, Versicherungen usw.) haben eine sinnvolle und wichtige Funktion, wenn sie der realen Güter- und Dienstleistungswirtschaft, den privaten Haushalten und den Staaten die finanziellen Mittel für ihre Ziele und Bedürfnisse in einer effizienten, nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Weise zur Verfügung stellen. Sobald sich ihr Schwerpunkt jedoch auf spekulative Geschäfte zugunsten der Einzelinteressen Vermögender richtet, wird ihre Wirkungsweise für das Gemeinwohl gefährlich und destruktiv.	15
Die vorherrschenden Finanzmarktinstitutionen sollten daher entweder unter öffentlicher Kontrolle stehen, oder zumindest einer strengen öffentlichen Regulierung und Transparenz unterworfen sein. Dazu gehören folgende Maßnahmen:	20
<ul style="list-style-type: none"> • Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf nationaler und internationaler Ebene 	25
<ul style="list-style-type: none"> • Die Begrenzung oder das Verbot komplexer und riskanter Finanzprodukte (Kreditausfallversicherungen u.a.) 	30
<ul style="list-style-type: none"> • Die Transparenz, Regulierung und Begrenzung der außerbörslichen Finanzgeschäfte („graue Finanzmärkte“) 	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Trennung von Privatkunden- und Investmentbanking-Geschäft 	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Stärkung der verbindlichen Eigenkapitalabsicherung von Banken 	35
<ul style="list-style-type: none"> • Die Reduzierung der Anreize für riskante Geschäfte („Boni“) und die Stärkung der Eigenhaftung von Banken- und Finanzmanagern 	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Begrenzung des Finanzvolumens (und damit der Marktmacht) von Investmentfonds 	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Verpflichtung der Zentralbanken nicht nur auf Inflationsziele, sondern auch auf Wachstumsziele 	40
<ul style="list-style-type: none"> • Die Kontrolle und Entmachtung der Rating-Agenturen, eventuell durch die Gründung öffentlicher Alternativen auch europäischer Ebene 	45
Öffentliche Investitionen und Rahmensetzungen für ein ökologisch nachhaltiges Wachstum	
Wirtschaftliches Wachstum erzeugt einen Zugewinn an Wohlstand und Lebensqualität – aber dies gilt für alle nur dann auf Dauer, wenn es nicht mit einer Aufzehrung der natürlichen Ressourcen, einer übermäßigen Schädigung der Umwelt oder negativen sozialen Folgewirkungen (wie z.B. extremer Ausbeutung) einhergeht. Deshalb zielt sozialdemokratische Wirtschaftspolitik nicht auf ein grenzenloses quantitatives Wachstum der Gütermenge, sondern auf ökologische Innovation und ein qualitatives Wachstum auf ausgewählten Wachstumsfeldern, vor allem den personenbezogenen Dienstleistungen.	50
Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik für Deutschland und Europa wird eine positive globale Vorbildfunktion haben, wenn sie vor allem die zentralen Herausforderungen des Klimawandels und der Armutsbekämpfung entschlossen annimmt.	55
Die SPD ist sich darüber hinaus bewusst, dass die industrielle Wertschöpfung nach wie vor die Grundlage für Wohlstand ist. Ein Verlust industrieller Kerne über Zulieferer- und Abnehmerverflechtungen und der engen technologischen Verflechtung würde zu ungewollten Dominoeffekten auch bei industriellen Dienstleistungen, beim Handel und in Handwerksbranchen führen. Industriepolitik muss den Schwer-	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 punkt auf nachhaltigen, ökologischen und sozialen Wandel legen und entsprechend fördern. Dies umfasst in den kommenden Jahren vor allem</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Förderung ökologischer Forschung und Innovation 5 • Ausreichend strenge Umweltauflagen für Industrieproduktion, Handel und Verkehr • Öffentliche Investitionen in den ökologischen Umbau des Verkehrssektors • Öffentliche Investitionen in den ökologischen Umbau der Energieversorgung mit dem Ziel einer möglichst schnellen und weitgehenden Umstellung auf erneuerbare Energien 10 • Förderung der ökologischen Umgestaltung von Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion • Öffentliche Investitionen in den Ausbau der personenbezogenen Dienstleistungen wie Erziehung, Bildung, Kultur und Freizeit, Gesundheit und Pflege sowie Beratung 15 • Öffentliche Investitionen in den sozialen Wohnungsbau und die soziale Stadtentwicklung 	
<p>20 Stärkung der Daseinsvorsorge durch öffentliche Güter und Dienstleistungen</p>	
<p>Die vergangenen Jahrzehnte waren geprägt durch das Bestreben, möglichst viele Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge zu privatisieren und zu kommerzialisieren. Verbunden wurde dies stets mit dem Versprechen, den Bürgerinnen und Bürgern bzw. dem Staat dadurch qualitativ bessere Dienstleistungen zu niedrigeren Kosten bieten zu können. Dieses Versprechen hat sich in der weit überwiegenden Anzahl der betroffenen Branchen nicht erfüllt, sondern im Gegenteil waren oft Verschlechterungen der Qualität und des Zugangs sowie höhere Risiken die Folge. Der Widerstand gegen weitere Privatisierungen ist deshalb in den letzten Jahren gewachsen. Überall dort, wo die Menschen im Zuge von Volksentscheiden über solche Vorhaben abstimmen konnten, wurden sie abgelehnt.</p>	
<p>35 Ziel sozialdemokratischer Politik ist es daher, (mindestens) die für die Daseinsvorsorge der Menschen nötigen öffentlichen Güter in hoher Qualität und für alle gleichermaßen zugänglich öffentlich bereit zu stellen. Dazu werden wir</p> <ul style="list-style-type: none"> • Keine weiteren Privatisierungen zulassen oder begünstigen, auch nicht in Form sogenannter „Öffentlich-privater Partnerschaften“ (vor allem bezüglich Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung, öffentlichem Personennah- und Fernverkehr, kommunalen Wohnungsunternehmen, Energieversorgung und Abfallentsorgung) • Die Investitionen in den Ausbau und die Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur erhöhen und verstetigen • Die Kommunen und Länder bei ihren Bemühungen um Rekommunalisierungen unterstützen 	
<p>Demokratisierung der Wirtschaft</p>	
<p>50 Eine soziale Marktwirtschaft zeichnet sich dadurch aus, dass das wirtschaftliche Handeln nicht nur am Eigennutz der einzelnen Akteure ausgerichtet sein darf, sondern ebenso am demokratisch zu bestimmenden Gemeinwohl. Die alte liberale Behauptung, dass dies in einer kapitalistischen Marktwirtschaft von allein geschehe, ist von der Realität gerade eindrucksvoll widerlegt worden. Die Gemeinwohlorientierung des Wirtschaftens muss vielmehr politisch durchgesetzt werden. In einer demokratischen Gesellschaft muss auch die Wirtschaft demokratischer Kontrolle und Gestaltung unterliegen, sonst droht auch die politische und soziale Demokratie stets von mächtigen ökonomischen Einzel- und Gruppeninteressen untergraben zu werden.</p> <p>Die Demokratisierung der Wirtschaft in der sozialen Demokratie umfasst drei Elemente: Zum ersten die politische Gestaltung des Rahmens durch Gesetze und andere regulierende Instrumente (z.B. Steuern);</p> <p>65 zum Zweiten einen öffentlichen Wirtschaftssektor, der mindestens die Produktion und Bereitstellung derjenigen Güter und Dienstleistungen umfasst, die für die Daseinsvorsorge der Menschen grundlegend sind (also Gesundheit, Bildung, Wasserversorgung u.a.; welche dies sind,</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
muss demokratisch definiert und entschieden werden); zum Dritten eine möglichst weitgehende Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Unternehmen sowie die Förderung genossenschaftlicher Unternehmensformen.	1
Angesichts der derzeitigen Erfahrungen und Erkenntnisse über die Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise sind folgende Konsequenzen zu ziehen:	5
<ul style="list-style-type: none"> • Der finanzwirtschaftliche Sektor ist öffentlicher Kontrolle und Bestimmung zu unterwerfen, denn die verlässliche Versorgung mit finanzieller Liquidität ist für die Realwirtschaft von existenzieller Bedeutung. Dazu ist auch die dauerhafte Vergesellschaftung der Geschäftsbanken zu erwägen, die nicht nur dem kurzfristigen Überleben der Institute dienen darf, sondern vor allem der Ausrichtung der Geschäftspolitik der Banken am Gemeinwohlinteresse. 	10
<ul style="list-style-type: none"> • Der Einflusses der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Geschäftspolitik ihrer Unternehmen ist auszubauen („Stakeholder Value“ statt „Shareholder Value“-Orientierung). 	15
<ul style="list-style-type: none"> • Einführung eines öffentlichen Beteiligungsfonds in Höhe von 100 Milliarden Euro für die sogenannte Realwirtschaft, der durch eine Zukunftsanleihe der Vermögenden (Vermögen ab 750.000 Euro) finanziert wird. Die Entscheidungsgremien über die Gewährung von öffentlichem Beteiligungskapital sind drittelparitätisch mit Vertretern der Sozialpartner und der öffentlichen Hand zu besetzen. 	20
Globale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit durch faire Weltwirtschaftsstrukturen	25
Sozialdemokratische Politik orientiert sich auch am Prinzip der internationalen Solidarität. Deshalb ist das in den vergangenen Jahren vorherrschende Leitbild des globalen Konkurrenzkampfes der Staaten und Regionen als „Wirtschaftsstandorte“, dass Lohn- und Sozialdumping sowie eine erhebliche Bremswirkung für den ökologischen Umbau zur Folge hatte, abzulösen zugunsten einer global koordinierten und regulierten Politik einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Entwicklung.	30
Für die deutsche Wirtschafts- und Außenwirtschaftspolitik bedeutet das unter anderem	35
<ul style="list-style-type: none"> • ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Export um Import herzustellen und dementsprechend die Binnennachfrage maßgeblich zu stärken; 	40
<ul style="list-style-type: none"> • eine nachhaltige ökologisch und sozial ausgerichtete Industriepolitik auf Bundes- und Landesebene durchzusetzen; 	45
<ul style="list-style-type: none"> • die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik von EU und WTO am Ziel globaler Gerechtigkeit und Entwicklung, anstatt wie bisher vor allem an den Interessen der nationalen Unternehmen. 	50
Gerechte Steuern für sozialen Ausgleich und ein starkes Gemeinwohl	55
Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen wir, dass die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen im Kapitalismus weniger ein Ergebnis realer Leistungsunterschiede ist, als vielmehr das Resultat ungleicher Machtverhältnisse und überkommener Privilegien. Deshalb ist die Korrektur dieser „primären“ Verteilungsverhältnisse durch staatliche Einnahmen- und Ausgabenpolitik (also Umverteilung) ein Kernelement moderner sozialdemokratischer Politik, die am Ziel sozialer Gerechtigkeit festhält. Dabei geht es auf der Einnahmenseite um eine Steuer- und Abgabenpolitik, die die enorme Einkommens- und Vermögensungleichheit durch entsprechend ungleiche Belastungen zumindest teilweise kompensiert und die staatliche Handlungsfähigkeit durch ausreichende Einnahmen sichert. Auf der Ausgabenseite geht es im Sinne eines sozialen Ausgleichs sowohl um direkte Transferleistungen zur Absicherung individueller Risiken oder zur Förderung persönlicher Entwicklung und Familiengründung, als auch um indirekte Leistungen, also Investitionen in öffentliche soziale Infrastruktur und deren Subventionierung.	60
Geleistet wird dieser soziale Ausgleich also vor allem durch die Finanzpolitik. Ein zentrales sozialdemokratisches Projekt der kommen-	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 den Jahre ist daher die Reformierung des Steuersystems mit den Zielen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Höhere Belastung von Gewinn- und Vermögenseinkommen • Höhere Belastung von Unternehmensgewinnen 5 • Höhere Belastung von hohen Erwerbseinkommen • Geringere Belastung von geringen Einkommen • Ausgleich der „kalten Progression“ (also Entlastung der mittleren Einkommen) • Wiedereinführung der Vermögenssteuer 10 • Erhöhung des Steueraufkommens von Bund, Ländern und Kommunen • Vereinfachung (dort, wo es den v.a. geringen Einkommen zugutekommt) • Stärkere Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht 	
<p>15 Antragsbereich II.A Antrag 56</p>	<p>II.A56</p>
<p>20 Stadtverband Bochum 3 (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</p>	
<p>25 Nachhaltige Schutzmaßnahmen zur Verhinderung von feindlichen Übernahmen deutscher Unternehmen</p>	<p>Nachhaltige Schutzmaßnahmen zur Verhinderung von feindlichen Übernahmen deutscher Unternehmen</p>
<p>30 Die Möglichkeiten deutscher Unternehmen, insbesondere börsennotierter Aktiengesellschaften, feindliche Übernahmeveruche abzuwehren sind gering. Insbesondere verbietet § 33 WpÜG effektive Abwehrhandlungen des Vorstands der Zielgesellschaft nach Veröffentlichung der Entscheidung zur Abgabe eines Übernahmeangebots bis zur Veröffentlichung des Ergebnisses.</p> <p>35 Spätestens seit der feindlichen Übernahme von Hochtief durch die Grupo ACS im Jahre 2010 steht der deutsche Gesetzgeber in der Kritik. Für den Wähler ist es nicht nachvollziehbar, dass bei der Übernahme eines deutschen Unternehmens, diese Übernahmen nicht etwa durch das Übernahmeunternehmen selbst, sondern faktisch durch das Zielunternehmen bezahlt werden. Dafür werden entweder, im Rahmen der Gläubigerschutzvorschriften, Geldmittel des übernommenen Unternehmens abgezogen oder durch dieses Kredite, zur Tilgung des eigenen Erwerbspreises, aufgenommen. Oft wird das gesunde Zielunternehmen in dieser Weise ausgebeutet und materielle sowie immaterielle Werte auf das Übernahmeunternehmen übertragen. Dieser Vorgang führt zu einem Ausbluten lassen des Zielunternehmens.</p> <p>40 Solch eine Praxis führt zur Gefährdung erfolgreicher Unternehmensführung in Deutschland und erhöht zusätzlich das Risiko für bestehende Arbeitsverhältnisse auf Grund betriebsbedingter Kündigungen. Maßnahmen zum Schutz vor feindlichen Übernahmen sind vielfältig. Über eine Stärkung von Minderheitsaktionären in Verbindung mit Überarbeitung des Squeeze Out Regelungen im AktG., das Zulassen von Abwehrhandlungen mit der Folge einer Gesetzesänderung in § 33 WpÜG, die Erweiterung der Pflichten zur Veröffentlichung von Übernahmeangeboten gemessen an den Shares,...</p> <p>45 Festzuhalten ist, dass solche Maßnahme getroffen werden müssen. So gehört es ebenfalls zu einer sozialen und solidarischen Politik, dass neben der Stärkung von Arbeitnehmerinteressen durch die Erweiterung von Mitbestimmungsmöglichkeiten, auch die Existenz und der Handlungsspielraum übernahmefährdeter Unternehmen geschützt werden. Der unkontrollierte Liquiditätsabfluss ins Ausland muss eingedämmt werden.</p> <p>50 Gesunde und beständige Unternehmen stehen für Zukunft und für sichere Arbeitsplätze.</p> <p>65</p>	<p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

III. Bildung, Gleichberechtigung und Zusammenleben in einer modernen Gesellschaft.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 » Anträge zum Kapitel III.1: Aufstieg durch Bildung «</p> <p><i>Antragsbereich III.A</i> <i>Antrag 1</i></p> <p>5 <i>Unterbezirk Bielefeld</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>10 <i>Gute Bildung ist kein 5-Jahres-Projekt eine starke Bildungsinfrastruktur braucht eine solide Grundfinanzierung</i></p> <p>15 Das Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik in den Hochschulen muss es sein, alle Studierenden bestmöglich zu fördern. Gute (Aus-)Bildung lässt sich politisch durch gute Rahmenbedingungen steuern. Wir fordern, dass zukünftige Investitionen in Hochschulen von dem Grundsatz einer breiten, nachhaltigen und qualitativen Verbesserung der Lehre getragen werden. Dazu bedarf es einer besseren Grundfinanzierung aller Hochschulen durch Bund und Länder. 20 Deshalb begrüßen wir den Vorstoß der SPD zur Aufhebung des bestehenden Kooperationsverbots in der Verfassung, um dauerhafte Finanzhilfen des Bundes für Bildung zu ermöglichen. 25 Die zu starke Fokussierung auf Wettbewerb, Ausschreibungen zeitlich begrenzter Projektförderung und rein quantitative Leistungsparameter steht dem diametral entgegen. Eine ausschmückende Antragsrhetorik und ein verkürzter Blick auf Messzahlen vermitteln den falschen Eindruck scheinbarer Verbesserungen einer nur schwer quantifizierbaren wirklichen Qualität. Wo Bildung unter Wettbewerbsgesichtspunkte gestellt wird, laufen wir Gefahr, dass lediglich oberflächlich (aus-)gebildete Absolventinnen produziert und Studierende selektiv ausgewählt werden.</p>	<p><i>III.A1</i></p> <p><i>Gute Bildung ist kein 5-Jahres-Projekt eine starke Bildungsinfrastruktur braucht eine solide Grundfinanzierung</i></p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>35 <i>Antragsbereich III.A</i> <i>Antrag 2</i></p> <p>40 <i>110 Kreis Lichtenberg</i> <i>(Landesverband Berlin)</i></p> <p><i>Unterstützung in Bildungsfragen durch den Bund</i></p> <p>45 Die SPD spricht sich in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 dafür aus, sich auf Bund- und Länderebene dafür einzusetzen, dass der Bund Bildung (Schulbildung) in den Ländern finanziell unterstützen kann. Dabei sollen die Kompetenzen der Länder unberührt bleiben. Die nötige Grundgesetzänderung ist durch die SPD in einem breiten Dialog vorzubereiten und auf parlamentarischer Ebene zu vollführen. 50 Die finanzielle Unterstützung soll auf den Bildungsbereich der Grundschulen, Oberschulen und Berufsschulen angewendet werden. Dabei soll unterschieden werden in Mittel für den Bau und die Sanierung von Gebäuden, die materielle Ausstattung der Schulen sowie die personelle Ausstattung. 55 Besondere Anreize (Laptopklassen, Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer und andere) für Schulen und Länder könnten durch sogenannte Sonderprogramme geschaffen werden. 60</p> <p>65</p>	<p><i>III.A2</i></p> <p><i>Unterstützung in Bildungsfragen durch den Bund</i></p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p><i>Antragsbereich III.A</i> <i>Antrag 3</i></p>	<p>III.A3</p>
<p><i>Ortsverein Deichhorst-Stadtmitte</i> <i>(Bezirk Weser-Ems)</i></p>	<p>1</p>
<p><i>Kostenlose Nutzung aller öffentlichen Bildungseinrichtungen</i></p>	<p><i>Kostenlose Nutzung aller öffentlichen Bildungseinrichtungen</i></p>
<p>Die SPD fordert die kostenlose Nutzung aller öffentlichen Bildungseinrichtungen. Hierbei gilt es insbesondere, den Besuch von Krippen, Kindergärten und Kindertagesstätten von Gebühren zu befreien, um möglichst vielen Kindern einen optimalen Start in das Bildungsleben zu eröffnen. Die Länder und Kommunen müssen in die finanzielle Lage versetzt werden, diese Forderung zu erfüllen.</p>	<p>5</p>
<p>» Anträge zum Kapitel III.2: Gleichberechtigung und Gleichstellung verwirklichen «</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p><i>Antragsbereich III.A</i> <i>Antrag 4</i></p>	<p>III.A4</p>
<p><i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p>	<p>10</p>
<p><i>Änderungsantrag zum Kap. III.2</i></p>	<p><i>Änderungsantrag zum Kap. III.2</i></p>
<p>Im letzten Absatz, soll im vierten Satz neu eingefügt werden: „Aber: Freizeit muss Freizeit bleiben.“</p>	<p>15</p>
<p><i>Antragsbereich III.A</i> <i>Antrag 5</i></p>	<p>III.A5</p>
<p><i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p>	<p>20</p>
<p><i>Arbeit und Leben - Partnerschaftlichkeit braucht Zeit</i></p>	<p><i>Arbeit und Leben - Partnerschaftlichkeit braucht Zeit</i></p>
<p>Partnerschaftlichkeit braucht Zeit und Rahmenbedingungen, die helfen, die alten Rollenmuster überwinden. Frauen und Männer wollen sich heute mehr denn je partnerschaftlich Erwerbsarbeit und beruflichen Aufstieg einerseits und familiäre Sorge für ihre Kinder oder pflegebedürftige Angehörige andererseits teilen. Hinzu kommt, dass auch noch Zeit für bürgerschaftliches Engagement oder selbstbestimmte Freizeit vorhanden sein muss. Das Leitbild dieser Partnerschaftlichkeit kann in der Arbeitswelt von heute immer noch nicht gelebt werden. Arbeit ist heute sehr verdichtet und hat sich im Vergleich zu den letzten zwanzig Jahren enorm verändert. Männlich geprägte Präsenzkultur, ständige Erreichbarkeit und Verfügbarkeit, die Entgrenzung von Arbeit sind nur einzelne Stichwörter. Phänomene wie Burnout sind die Folgen einer veränderten Arbeitswelt. Die Arbeitswelt von heute stützt sich auf die Rollenmuster von gestern. Ausreichend Zeit für die partnerschaftliche Wahrnehmung von Verantwortung und Pflichten jenseits der Erwerbstätigkeit ist in seltensten Fällen gegeben. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen so nicht arbeiten. Besonders gefordert sind junge Frauen und Männer in der Rush Hour des Lebens. Von ihnen wird erwartet alles auf einmal zu schaffen: sich im Beruf zu etablieren und die Grundlage für den beruflichen Aufstieg zu legen, Kinder zu bekommen, Eltern sein, sich weiter zu bilden (Stichwort: lebenslanges Lernen), gegebenenfalls pflegebedürftige Angehörige zu unterstützen und natürlich ständig für den Arbeitgeber verfügbar zu sein. Das können und wollen weder Frauen noch Männer leisten. Sie wollen Beruf, Familie, bür-</p>	<p>25</p> <p>Annahme</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 gerschaftliches Engagement und auch die eigenen Bedürfnisse miteinander vereinbaren können und sich nicht zwischen den Dingen entscheiden müssen.</p> <p>5 Es gibt Lebensphasen, in denen Frauen und Männern mehr Zeit für Kinder, pflegebedürftige Angehörige oder berufliche Weiterqualifizierung neben dem Beruf brauchen und es gibt Lebensphasen, in denen sie in der Lage sind, sich stärker im Erwerbsleben einzubringen.</p> <p>10 Wenn Frauen und Männer das Leitbild der Partnerschaftlichkeit leben können sollen, muss einerseits die Zeitverwendung im Sinne der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen flexibilisiert werden und müssen andererseits die gesellschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen so verändert werden, dass die Vereinbarkeit und die Partnerschaftlichkeit gefördert werden und nicht länger die alten Rollenmuster mit der Entscheidung entweder – oder.</p> <p>15 Berufstätigkeit, auch beruflicher Aufstieg und die Ausübung von Führungspositionen, und Kindererziehung, Unterstützung pflegebedürftiger Angehöriger oder Weiterqualifizierung dürfen sich nicht länger gegenseitig ausschließen. Und sie dürfen nicht daran scheitern, dass eine Reduzierung der regulären Arbeitszeit zu hohen Einkommensverlusten oder Nachteilen beim beruflichen Aufstieg führt.</p> <p>20 Dies können wir nur dann erreichen, folgende Bedingungen erfüllt sind:</p> <p>25 1. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen müssen eine geschlechtergerechte Gesellschaft ermöglichen anstatt sie zu verhindern.</p> <p>30 2. Die Arbeitszeitpolitik der Tarifvertragsparteien aber auch gesetzliche Regelungen müssen sich an der Lebensverlaufsperspektive der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer orientieren.</p> <p>1. Notwendige Strukturelle Veränderungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einkommensteuer auf Grundlage der Individualbesteuerung statt Ehegattensplitting 35 • Eigenständige soziale Sicherung statt abgeleitete soziale Sicherung • Existenzsichernde Erwerbsarbeit statt prekärer Beschäftigung • gesetzlicher Mindestlohn statt Kombilöhne 40 • Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit statt Lohndiskriminierung • Durchsetzung des Diskriminierungsverbotes im Teilzeit und Befristungsgesetz • Rechtsanspruch auf befristete vollzeitnahe Teilzeit statt Minijobs und nicht Existenzsichernder Teilzeit 45 • Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung und frühe Bildung für Kinder aller Altersstufen, mit Sicherstellung der Betreuung in den Randzeiten • Wohnortnahe und bezahlbare Infrastruktur zur Unterstützung pflegebedürftiger Angehöriger statt Ausstieg aus dem Beruf 50 • Geschlechtergerechte Ausgestaltung des Elterngeldes, der Erziehungszeit und der Pflegezeit statt Rückfall in alte Rollenmuster <p>Ohne diese Rahmenbedingungen werden die alten Rollenmuster und die damit verbundene Diskriminierung von Frauen nicht überwunden. Das Leitbild der Partnerschaftlichkeit kann ohne sie nicht gelebt werden.</p> <p>55</p> <p>2. Für die unterschiedlichen Lebensphasen wollen wir Frauen und Männern mit Rechtsansprüchen versehene Angebote machen, die zu mehr Partnerschaftlichkeit führen:</p> <p>60</p> <p>2.1 Zeit für Kinder</p> <p>Wir fordern die Einführung einer „großen Familienteilzeit“ für Frauen und Männer, die auch durch die Bundesagentur für Arbeit gefördert werden kann. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Kinder haben, sollen dabei ihre Arbeitszeit gleichzeitig um 20 Prozent reduzieren können, aber einen Lohnzuschuss von 10 Prozent des ursprünglichen Einkommens erhalten. Arbeitet ein Elternteil</p> <p>65</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
bereits in Teilzeit, wird die große Familienteilzeit gewährt und für die reduzierte Tätigkeit ein Lohnzuschuss von 10% gezahlt.	1
Wenn beide gleichzeitig von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, wirkt sich die „große Familienteilzeit“ nicht negativ auf die Frauen aus. Diese Regelung dient ausschließlich den Eltern und darf nicht zu einseitigen Flexibilisierungsmaßnahmen seitens der Unternehmen führen.	5
Eltern brauchen Rechtssicherheit durch staatliche Rahmenbedingungen. In bestimmten Einkommensbereichen brauchen Eltern auch finanzielle Unterstützung um es sich leisten zu können in Vollzeitnaher Teilzeit zu arbeiten.	10
Darüber hinaus muss das Elterngeld geschlechtergerechter ausgestaltet werden, damit Väter das Elterngeld länger als bisher in Anspruch nehmen. Dazu gehört auch die gleichzeitige Erwerbstätigkeit beider Elternteile zu ermöglichen und die Bezugsdauer des Elterngeldes entsprechend zu verlängern.	15
Die unbezahlte Elternzeit führt ebenso wie die kleine Teilzeit in die berufliche Sackgasse. Deshalb wollen wir sie ersetzen durch einen Rechtsanspruch auf befristete Reduzierung der bisherigen Arbeitszeit. Um die Nachteile der sog. kleinen Teilzeit so weit wie möglich zu reduzieren, kann die Arbeitszeit bis zum 3. Lebensjahr des Kindes auf maximal 20 Wochenstunden reduziert werden und danach auf maximal 30 Wochenstunden. Das im Teilzeit- und Befristungsgesetz vorhandene Diskriminierungsverbot von Teilzeitbeschäftigten gegenüber Vollzeitbeschäftigten muss insbesondere in Bezug auf die Entgeltgleichheit, die Teilnahme an betrieblicher Qualifizierung und beruflichen Aufstieg wirksam durchgesetzt werden.	20
Mit diesen Maßnahmen ermöglichen wir eine neue Verbindung von Arbeit und Leben sowie Beruf und Familie. Damit möglichst wenige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wegen Kindererziehung ihre Berufstätigkeit unterbrechen, brauchen sie mehr Flexibilität. Das ist auch im Interesse der Unternehmen.	30
Deshalb müssen auch Betriebs- und Personalräte sich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch eine geschlechtergerechte Arbeitszeitpolitik mehr annehmen.	35
2.2 Zeit für Weiterbildung	
Wir leben in einer Gesellschaft, in der berufliche Weiterqualifizierung immer wichtiger wird. Gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung wird es immer wichtiger, das vorhandene Arbeitskräftepotential vollständig auszuschöpfen und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stetig weiter zu qualifizieren. Hierbei sind alle gefordert: ArbeitgeberInnen, ArbeitnehmerInnen und die gesamte Gesellschaft.	40
Nicht alle Unternehmen bieten ihren Beschäftigten betriebliche Weiterqualifizierung an und nicht alle Beschäftigten können die vorhandenen Angebote mit ihren Verpflichtungen jenseits des Berufes vereinbaren.	45
Deshalb wollen wir die die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln, die folgende Punkte umfasst:	50
<ul style="list-style-type: none"> • Anspruch auf qualifizierte Beratung über beruflichen Qualifikationsbedarf durch die Bundesagentur für Arbeit • Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit, Recht auf Bildung und Weiterbildung • Anspruch auf Weiterbildung und Freistellung für Weiterbildung • Lohnersatzleistung für Zeiten beruflicher und außerberuflicher Fort- und Weiterbildung • Bindung der Förderung von Maßnahmen an die Bedingung der Vereinbarkeit von Beruf und familiärer Sorge und geschlechtergerechte Ausgestaltung 	55
2.3. Zeit für die Unterstützung pflegebedürftiger Angehöriger	
Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen sich zwischen Beruf und der Unterstützung von pflegebedürftigen Angehörigen entscheiden. Wir wollen dieses Entweder-Oder überwinden.	65
Die Vereinbarkeit von Beruf und Unterstützung pflegebedürftiger Angehöriger erfordert:	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 • eine Beratungsinfrastruktur, die die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen umfassend berät, insbesondere wie der Verbleib in der eigenen Häuslichkeit bzw. im gewohnten Wohnumfeld so lange dies gewünscht wird, zu gewährleisten.</p> <p>5 • eine bessere wohnortnahe soziale Infrastruktur, die die notwendige Unterstützung für die häusliche Pflege, für Tages- und Kurzzeitpflege sowie andere unterstützende Dienstleistungen gewährleistet,</p> <p>10 • die Weiterentwicklung des 6-monatigen Freistellungsanspruch zu einem Rechtsanspruch auf ein 1000 Stunden Budget mit Lohnersatzleistung, das zeitlich flexibel ausgestaltet sein muss</p> <p>• den Rechtsanspruch auf eine bezahlte Freistellung von bis zu 10 Tagen analog zu der Betreuungsregelung erkrankter Kinder</p> <p>15 • ein Zeitbudget und Lohnersatz für Angehörige, die sterbende Menschen in der letzten Phase ihres Lebens begleiten</p> <p>Die Betreuung und Pflege von pflegebedürftigen Menschen darf nicht länger als private Aufgabe angesehen werden. Die gesamte Gesellschaft ist gefordert, eine menschenwürdige Pflege und die Vereinbarkeit von Beruf und Unterstützung pflegebedürftiger Angehöriger zu ermöglichen.</p> <p>20</p> <p>3. Wir brauchen eine neue Arbeitszeitkultur</p> <p>Die weit verbreitete Präsenzkultur insbesondere für Führungskräfte in deutschen Unternehmen schließt alle aus, die Beruf und familiäre Sorge oder Weiterqualifizierung miteinander vereinbaren wollen.</p> <p>25 Sie ist nicht nur ineffizient sondern auch kontraproduktiv. Die bisherige Arbeitsteilung Väter arbeiten deutlich mehr als 8 Stunden täglich während Mütter unterbrechen oder ihre Arbeitszeit reduzieren, ist nicht zukunftsfähig. Sie schließt Männer von der familiären Sorge aus und Frauen von einer gleichberechtigten beruflichen Teilhabe und beruflichem Aufstieg. Nicht wer am längsten präsent ist, trifft auch die besten Entscheidungen. Die besten Entscheidungen werden in gemischten Teams getroffen, in denen die größtmögliche Vielfalt vertreten ist.</p> <p>30 Deshalb brauchen wir eine Arbeitszeit- und Wertschätzungskultur, die berufliches und familiäres Engagement gleichermaßen anerkennt und nicht gegeneinander ausspielt.</p> <p>40 Wir wollen die Arbeitswelt mit politischen, tariflichen, und betrieblichen Mitteln so gestalten, dass Frauen und Männer mehr Zeit für Leben jenseits der Arbeit haben, ohne negativen Einfluss auf berufliche Entwicklungsmöglichkeiten und ohne Festlegung eines Geschlechts auf die alten Rollenmuster.</p> <p>45 Dazu gehört die bessere Nutzung und Absicherung von Langzeitkonten, und Arbeitszeitkonten, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen, für Freistellung bzw. Reduzierung bei Kindererziehung, Pflege etc. Arbeitszeit anzusparen.</p> <p>Wir fordern, dass diese Anliegen in das Regierungsprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2013 einfließen.</p> <p>50</p>	
<p>55 Antragsbereich III.A Antrag 6</p> <p>Landesverband Bayern</p> <p>Gehältertransparenz als Basis für Gehältergerechtigkeit</p> <p>60</p> <p>Wir fordern, angelehnt am das skandinavische Modell der Gehältertransparenz, für Unternehmen mit mindestens 25 MitarbeiterInnen anonyme Gehaltslisten zu veröffentlichen. Stellt sich heraus, dass Frauen für gleiche Arbeit weniger verdienen, droht eine Geldstrafe für das Unternehmen.</p> <p>65</p>	<p>III.A6</p> <p>Gehältertransparenz als Basis für Gehältergerechtigkeit</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK und Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion Entgeltgleichheitsgesetz</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p><i>Antragsbereich III.A</i> <i>Antrag 7</i></p> <p><i>Landesverband Berlin</i></p> <p><i>Respekt und Unterstützung für intersexuelle Menschen</i></p> <p>Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt für eine Anerkennung und den Schutz von intersexuellen Menschen als Teil unserer gesellschaftlichen Vielfalt ein. Daher lehnt die SPD geschlechtszuordnende Operationen im Kindesalter ab. Die Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich für die Einführung der Geschlechtskategorie „anderes“ im Personenstandsregister einzusetzen, die es intersexuellen Menschen ermöglicht, sich nicht den Kategorien „weiblich“ oder „männlich“ zuordnen zu müssen. Dieses Anliegen soll außerdem in das SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2013 aufgenommen werden.</p>	<p><i>III.A7</i></p> <p><i>Respekt und Unterstützung für intersexuelle Menschen</i></p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p><i>Antragsbereich III.A</i> <i>Antrag 8</i></p> <p><i>Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD</i></p> <p><i>Würdige Lebensbedingungen für LSBTI im Alter</i></p> <p>Wir werden würdige Lebensbedingungen für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen im Alter schaffen.</p>	<p><i>III.A8</i></p> <p><i>Würdige Lebensbedingungen für LSBTI im Alter</i></p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p><i>Antragsbereich III.A</i> <i>Antrag 9</i></p> <p><i>Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD</i></p> <p><i>Bundesweiter Aktionsplan gegen Homophobie und zur Akzeptanz von LSBTI</i></p> <p>Wir initiieren einen bundesweiten Aktionsplan gegen Homophobie und zur Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen!</p>	<p><i>III.A9</i></p> <p><i>Bundesweiter Aktionsplan gegen Homophobie und zur Akzeptanz von LSBTI</i></p> <p>Annahme in Kap. III.2 in der Fassung der AK Einfügen in Absatz 2 nach „...Art. 3 um die sexuelle Identität ergänzen.“ „Wir gehen entschieden vor gegen Homophobie und tragen zur Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen bei.“</p>
<p><i>Antragsbereich III.A</i> <i>Antrag 10</i></p> <p><i>Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD</i></p> <p><i>Ergänzung von Art. 3 Abs. 3 GG um das Merkmal „sexuelle Identität“</i></p> <p>Wir setzen uns für die Ergänzung von Art. 3 Abs. 3 GG um das Merkmal „sexuelle Identität“ ein.</p>	<p><i>III.A10</i></p> <p><i>Ergänzung von Art. 3 Abs. 3 GG um das Merkmal „sexuelle Identität“</i></p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Antragsbereich III.A Antrag 11</p> <p><i>Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD</i></p> <p>5 Öffnung der Ehe</p> <p>Wir werden die vollständige Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften durchführen.</p> <p>10</p> <p>» Anträge zum Kapitel III.3: Familien gehen vor «</p>	<p>III.A11</p> <p>Öffnung der Ehe</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>15 Antragsbereich III.A Antrag 12</p> <p><i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>20 Änderungsantrag zum Kap. III.3</p> <p>-Im letzten Absatz, erster Satz soll neu eingefügt werden: „Aufgrund des demografischen Wandels sind zunehmend mehr hochaltrige Menschen pflegebedürftig. 25 -und der letzte Satz: „Beide Maßnahmen sollen aus der solidarischen Pflegeversicherung finanziert werden.“ gestrichen oder umformuliert werden.</p>	<p>III.A12</p> <p>Änderungsantrag zum Kap. III.3</p> <p>Punkt 1: Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p> <p>Punkt 2: Ablehnung</p>
<p>30 Antragsbereich III.A Antrag 13</p> <p><i>Ortsverein Hünxe</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>35 Familienförderung</p> <p>Wir wollen den radikalen Politikwechsel in der Kinder- und Familienförderung! Investitionen in die Ressourcen Kinder und Bildung sind Vorsorge für nachhaltige Sicherung des Wohlstands.</p> <p>40</p> <p>Das Ergebnis der Kosten – Nutzen – Analyse vorhandener staatlicher Zuwendungen durch das Familienministerium ist eindeutig: 200 Mrd. € werden jährlich verschleudert. Wir haben Fachkräftemangel. Eine große Anzahl gutausgebildeter aber nur jobbender Frauen</p> <p>45 Das Zuwendungssystem ist ungerecht, Kinderarmut nimmt zu, Qualität und Quantität von Kitas und Ganztagschulen entsprechen nicht dem Bedarf</p> <p>50 Unsere Ziele in der Familienpolitik sind: Armutsbekämpfung Förderung aller Kinder Vereinbarkeit von Familie und Beruf Wir erreichen diese Ziele durch:</p> <p>55 Ehegattensplitting streichen Alle ineffizienten Instrumente streichen (Betreuungsgeld) Ausbau staatlicher Infrastruktur - Kitas - Ganztagschulen 60 -Aufwertung der Erzieherinnen -Förderung privater Dienstleistung</p> <p>65</p>	<p>III.A13</p> <p>Familienförderung</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p><i>Antragsbereich III.A</i> Antrag 14</p> <p><i>Ortsverein Hannover Misburg</i> <i>(Bezirk Hannover)</i></p> <p>Einheitlichen Familienzuschlag einführen</p> <p>An Stelle von Kindergeld für jedes einzelne Kind wird pauschal ein Familienzuschlag von 450,00 € (oder die aktuelle Höhe der Minijob-Pauschale) für jede Familie mit Kindern - unabhängig von der Anzahl der Kinder - unter 18 Jahren gezahlt bzw. bis die erste Ausbildung beendet wurde, aber das höchstens bis zum Alter von 25 Jahren.</p> <p>Wo noch das Familiensplitting bestehen bleibt, wird dieser Betrag von der Splitting-Steuer-Ersparnis abgezogen. Dadurch werden nicht zweimal Steuerzuwendungen bezahlt – für das Familiensplitting und dann noch Freibeträge für Kinder.</p> <p>Alleinerziehende (durch Wohngeld, eventuelle Unterhaltszahlungen durch den anderen Elternteil und Minijob vielleicht aus eigener Kraft selbständig) und Geringverdiener haben durch den Familienzuschlag ein besseres Fundament und müssen nicht unbedingt in die Sozialhilfe gehen.</p> <p>Das gestaffelte Erziehungsgeld im 1. Jahr soll wieder auf einen einheitlichen Betrag von 300,00 € pauschaliert werden, damit nicht diejenigen, die schon bevorzugt sind, weil sie Arbeit haben, auch noch mehr Steuergelder abschöpfen. Auch dieser Betrag fließt negativ in die Splitting-Steuerersparnis ein.</p> <p>Bei Sozialhilfeempfängern gehen beide Beträge in die Unterstützungssumme ein wie bisher.</p> <p>Vorteile:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Einfache Formulare, einfache Bearbeitungszeiten der Familienkassen, weniger Kosten. 2. Zuverlässige Unterstützung der finanziell schwächeren Familien. 3. Familien-Steuer-Splitting wird in die Finanzierung des Kindergeldes mit einbezogen. 	<p>III.A14</p> <p>Einheitlichen Familienzuschlag einführen</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>» Anträge zum Kapitel III.4: Jugendpolitik «</p> <p><i>Antragsbereich III.A</i> Antrag 15</p> <p><i>Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD</i></p> <p>Änderungsantrag zum Kap. III.4</p> <p>Absatz einfügen im Kapitel III. 4 (Jugendpolitik) nach dem 1. Absatz:</p> <p>Förderung eines Netzwerkes gegen Homo- und Transphobie und für Vielfalt an Schulen</p> <p>Aufklärungsarbeit gegen Homo- und Transphobie wird als Bildungsaufgabe an Schulen kaum wahrgenommen, deshalb wollen wir ehrenamtlich arbeitende Schulaufklärungsprojekte, welche dieses Defizit an unseren Schulen durch Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen ausgleichen, fördern.</p> <p>Wir werden ein bundesweites Netzwerk dieser lokalen Aufklärungsprojekte finanziell und ideell unterstützen, um so einen nachhaltigen Austausch, gemeinsame Fortbildungen und daraus resultierende Qualitätsstandards zu ermöglichen, den Aufbau neuer Projekte zu fördern und so die Reichweite dieser Arbeit zu erhöhen.</p>	<p>III.A15</p> <p>Änderungsantrag zum Kap. III.4</p> <p>Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 » Anträge zum Kapitel III.5: Gleichberechtigte Teilhabe: Für eine moderne Integrationspolitik «</p> <p>5 <i>Antragsbereich III.A</i> <i>Antrag 16</i></p> <p><i>Unterbezirk Wesermarsch</i> <i>(Bezirk Weser-Ems)</i></p> <p>10 <i>Doppelte Staatsbürgerschaft - weg mit der Optionspflicht</i></p> <p>15 1. Die SPD sowie die SPD-Bundestagsfraktion sollen für die Aufhebung der in § 29 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) geregelten Optionspflicht stimmen und unterstützen. Darüber hinaus allen in Deutschland geborenen bzw. eingebürgerten Kindern, die unter § 4 Abs. 3 bzw. § 40 b StAG fallen, auf Dauer die Möglichkeit zu verschaffen, neben ihren ausländischen Staatsangehörigkeiten die deutsche Staatsangehörigkeit zu behalten,</p> <p>20 2. sich für eine generelle Erleichterung von doppelten Staatsbürgerschaften einzusetzen.</p> <p>25</p>	<p><i>III.A16</i></p> <p><i>Doppelte Staatsbürgerschaft - weg mit der Optionspflicht</i></p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>» Anträge zum Kapitel III.6: Kultur-, Medien und Netzpolitik «</p> <p>30 <i>Antragsbereich III.A</i> <i>Antrag 17</i></p> <p><i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>35 <i>Änderungsantrag zum Kap. III.6</i></p> <p>(Netzpolitik) nach 3. Satz „Wir brauchen dafür die Stärkung der Bürgerrechte durch wirksamen Datenschutz und den Schutz der Persönlichkeitsrechte“ einzufügen:</p> <p>40 In der digitalen Welt und im Netz werden in Zukunft eine Vielzahl neuer Dienste entstehen. Dies bietet neue Chancen und Möglichkeiten für die Gestaltung unseres täglichen Lebens, für Teilhabe und auch für soziale Dienste. Dabei fallen in Verbindung mit Geräten und Sensorik immer mehr Daten über den Bürger an, an denen ein hohes Interesse zur wirtschaftlichen Verwertung besteht. Wir wollen die Entwicklung positiv gestalten und dafür sorgen, dass die Bürger auch wirklich Herr über ihre Daten bleiben, so wie dies das Bundesverfassungsgericht gefordert hat. Kernpunkte sind darum für uns der Schutz der Verbraucher und ihrer Persönlichkeitsrechte, der Grundsatz der bewussten freiwilligen Einwilligung in Datenverarbeitung und Weitergabe, der Schutz der Privatsphäre durch technisches Design und Voreinstellung sowie das Recht auf Mitnahme und Migration der Daten. Dafür setzen wir uns auf nationaler Ebene und in Europa ein.</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p><i>III.A17</i></p> <p><i>Änderungsantrag zum Kap. III.6</i></p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission, in Kapitel III.6 (Netzpolitik) nach 3. Satz „Wir brauchen dafür die Stärkung der Bürgerrechte durch wirksamen Datenschutz und den Schutz der Persönlichkeitsrechte“ einzufügen:</p> <p>Wir wollen, dass digitale Chancen für die Gestaltung des täglichen Lebens, für Teilhabe und auch für soziale Dienste so genutzt werden, dass Bürgerinnen und Bürger auch künftig souverän über ihre persönlichen Daten bestimmen können. Dafür setzen wir uns auf nationaler Ebene und in Europa ein.</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p><i>Antragsbereich III.A</i> Antrag 18</p>	<p>III.A18</p>
<p><i>Unterbezirk Bremen-Stadt</i> <i>(Landesorganisation Bremen)</i></p>	<p>1</p>
<p>Rechtssicherheit für Anbieter von freiem Internet</p>	<p>Rechtssicherheit für Anbieter von freiem Internet</p>
<p>Die SPD wird sich für eine Änderung der WLAN-Betreiberhaftung einsetzen, um mehr Rechtssicherheit für die Anbieter zu schaffen. Hierzu wird sie auf eine Änderung des Telemediengesetzes hinzuwirken, um WLAN-Betreiber einem Access-Provider gleichzustellen und im Urheberrecht Änderungen vornehmen, die klare Voraussetzungen für das Vorliegen einer Störerhaftung schaffen, wobei nach Möglichkeit insbesondere nichtgewerbliche WLAN-Betreiber von einer entsprechenden Haftung freizustellen sind. Ferner wird die SPD Regelungen schaffen, in denen die Anforderungen an die jeweils einzusetzenden Schutzmaßnahmen durch die Betreiber eindeutig definiert werden und sich an alltagstauglichen Kriterien orientieren.</p>	<p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p>
<p><i>Antragsbereich III.A</i> Antrag 19</p>	<p>III.A19</p>
<p><i>Kulturforum der Sozialdemokratie</i></p>	<p>25</p>
<p>Bundeskulturministerium</p>	<p>Bundeskulturministerium</p>
<p>Die SPD wird nach der Bundestagswahl 2013 ein Bundeskulturministerium einrichten.</p>	<p>Ablehnung</p> <p>30</p>
<p>» Sonstige Anträge zum Kapitel III «</p>	<p>35</p>
<p><i>Antragsbereich III.A</i> Antrag 20</p>	<p>III.A20</p>
<p><i>Unterbezirk Ennepe-Ruhr</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p>	<p>40</p>
<p>Rahmenbedingungen für Bildung und Betreuung verbessern - Ausbau der U 3 Betreuung auch in Haushaltssicherungskommunen</p>	<p>Rahmenbedingungen für Bildung und Betreuung verbessern - Ausbau der U 3 Betreuung auch in Haushaltssicherungskommunen</p> <p>45</p> <p>50</p>
<p>Wir fordern von der Bundesregierung eine stärkere finanzielle Beteiligung zur Unterstützung der Kommunen zum Ausbau der Betreuungsplätze und das sozial ungerechte Betreuungsgeld nicht einzuführen und die dafür vorgesehenen Mittel in Höhe von rd. 2 Mrd Euro jährlich für die frühkindliche Bildung bereitzustellen und hierzu einen Krippengipfel einzuberufen, um den Rechtsanspruch ab 2013 sicherzustellen. Frühkindliche Bildung ist der Schlüssel für eine bessere Erwerbsbeteiligung von Frauen und eine gelungene Bildungsintegration gerade auch für Kinder, die Eltern mit einem Migrationshintergrund haben. Sie ist ein wesentlicher Baustein für die Absicherung des Fachkräftebedarfs.</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Antragsbereich III.A Antrag 21</p> <p><i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p>5 Die SPD macht ernst: Geschlechtergerechtigkeit auch in Ministerien und der Bundesverwaltung!</p> <p>10 Eine SPD-geführte Bundesregierung setzt sich ein für die Gleichstellung der Geschlechter. Sie unterstützt deshalb die Forderung nach Quotenregelungen für Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft. Gleichzeitig wird sie auch in der eigenen Verwaltung für die Quotierung von Führungspositionen sorgen. Es werden daher Bestimmungen in die entsprechenden Gesetze aufgenommen, die die anteilige Besetzung von Führungspositionen in der Verwaltung durch Frauen sicherstellen. Die Einhaltung dieser Vorschriften muss dabei regelmäßig überprüft werden und ihre Nichteinhaltung sanktioniert werden.</p>	<p>III.A21</p> <p>Die SPD macht ernst: Geschlechtergerechtigkeit auch in Ministerien und der Bundesverwaltung!</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>25 Antragsbereich III.A Antrag 22</p> <p><i>Unterbezirk Bremen-Stadt (Landesorganisation Bremen)</i></p> <p>30 Deutschlandstipendium abschaffen - Gute Bildung für alle statt Elitenförderung</p> <p>35 Die SPD wird das Deutschlandstipendium abschaffen. Die SPD steht für eine gute Bildung für alle und eine von der Wirtschaft unabhängige Bildung an Hochschulen und Universitäten. Das Geld, das bisher von Seiten der Bundesregierung für das Deutschlandstipendium eingesetzt wurde, soll der zusätzlichen Finanzierung der Lehre dienen. So kommt es allen Studierenden zugute.</p>	<p>III.A22</p> <p>Deutschlandstipendium abschaffen - Gute Bildung für alle statt Elitenförderung</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>45 Antragsbereich III.A Antrag 23</p> <p><i>Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>50 Umsetzung der UN Kinderrechtskonvention für alle in Deutschland lebenden Kinder</p> <p>55 Alle in der UN – Kinderrechtskonvention garantierten Rechte müssen für alle in Deutschland lebenden Kinder realisiert werden. Das gilt ohne Einschränkung auch für hier lebende Flüchtlingskinder und Kinder von Personen ohne legalen Aufenthaltsstatus. Nach der Rücknahme der bei der Ratifizierung erklärten aufenthaltsrechtlichen Vorbehalte im Juni 2010 müssen das Aufenthalts-, Asyl- und Sozialrecht dort geändert werden, wo sie den Rechten der Kinder nach der UN – Kinderrechtskonvention entgegenstehen. Das Kindeswohl muss das vorrangig zu berücksichtigende Prinzip im Asyl- und Aufenthaltsrecht sein, wie es sich aus der klaren und unmissverständlichen Formulierung in Art. 3 der Konvention ergibt. Hierfür sind insbesondere folgende Punkte umzusetzen:</p> <p>65 1. Flüchtlingskinder sind in ihren Leistungsrechten deutschen Kindern gleichzustellen. Das derzeitige Asylbewerberleistungsgesetz ist dementsprechend in der jetzigen Form abzuschaffen.</p>	<p>III.A23</p> <p>Umsetzung der UN Kinderrechtskonvention für alle in Deutschland lebenden Kinder</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>2. Flüchtlingskinder und Kinder ohne einen legalen Aufenthaltsstatus (sog. Illegale) müssen uneingeschränkten Zugang zu kostenloser Gesundheitsversorgung haben – nicht nur, wie im Notfall. Die Meldepflicht für behandelnde Ärzte muss abgeschafft werden. Bei Bedarf muss für Flüchtlingskinder eine psychologische Betreuung bereitgestellt werden.</p>	1 5
<p>3. Flüchtlingskindern muss eine soziale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt zu deutschen Kindern ermöglicht werden. Dies bedeutet, dass sie uneingeschränkten Zugang zu schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen bekommen. Zudem fordern wir bundeseinheitliche Regelungen für den Schul- und Kindergartenbesuch nach dem Vorbild in NRW und Hamburg, wonach von ausländischen Kindern keine Pässe oder Meldebescheinigungen vorgelegt werden müssen oder sie insgesamt einer Meldepflicht unterliegen.</p>	10 15
<p>4. Für alle Verfahrensschritte muss ein Dolmetscher/ Dolmetscherin bereit gestellt werden.</p>	
<p>5. Die Verfahrensmündigkeit im Asylverfahren muss auf 18 Jahre heraufgesetzt werden. Hierfür fordern wir entsprechende rechtliche Änderungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht.</p>	20
<p>6. Kinder dürfen nicht in Länder abgeschoben werden, deren Sprache sie nicht sprechen, wo sie keinen Zugang zu Bildung haben und ins soziale Aus geraten. Alleinstehende Minderjährige dürfen nicht abgeschoben werden.</p>	25
<p>7. Jede Form von Inhaftierung muss für Minderjährige verboten werden; dies gilt insbesondere auch für das sogenannte Flughafenverfahren, das generell deutschlandweit abzuschaffen ist. Inhaftnahme richtet bei Kindern schwere seelische Schäden an und ist ein Verstoß gegen die UN – Kinderrechtskonvention.</p>	30
<p>8. Alle Familien mit Kindern, die länger als 5 Jahre in Deutschland leben, müssen ein dauerhaftes Bleiberecht erhalten. Der Familienbegriff ist weiter zu fassen, er schließt mindestens auch Tanten, Onkel und Geschwister mit ein.</p>	35
<p>9. Zur Umsetzung der Forderungen müssen Clearingstellen eingerichtet werden, in denen sich betroffene Kinder und Jugendliche bzw. Erziehungsberechtigte in persönlicher Ansprache mit ihrer Lebenssituation auseinandersetzen und Perspektiven entwickeln können. Diese Clearingstellen sollen auch die Altersfeststellung der Jugendlichen anhand objektiver medizinischer, psychologischer und pädagogischer Erkenntnisse vornehmen.</p>	40
<p>10. Flüchtlingskinder, die einen deutschen Schulabschluss erlangt haben, eine deutsche Ausbildung absolviert haben und/oder ihr Studium in Deutschland abgeschlossen haben, müssen ein Bleiberecht bekommen. Nicht nur angesichts der demographischen Entwicklung und des zunehmenden Fachkräftemangels sind sie uns willkommen.</p>	45
<p><i>Antragsbereich III.A Antrag 24</i></p>	50
<p><i>Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD</i></p>	
<p><i>Rehabilitierung und Entschädigung der nach 1945 nach § 175 StGB Verurteilten</i></p>	55
<p>Wir werden die nach 1945 nach § 175 StGB Verurteilten rehabilitieren und entschädigen.</p>	Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Antragsbereich III.A Antrag 25</p> <p><i>Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD</i></p> <p>5 LSBTI-Rechte als unveräußerliche Menschenrechte</p> <p>10 Wir erkennen Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen als unveräußerliche Menschenrechte an und werden sie weltweit vertreten.</p>	<p>III.A25</p> <p>LSBTI-Rechte als unveräußerliche Menschenrechte</p> <p>Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag</p>
<p>15 Antragsbereich III.A Antrag 26</p> <p><i>Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD</i></p> <p>20 Neufassung der Rechte trans- und intergeschlechtlichen Menschen!</p> <p>25 Wir werden die Rechte von trans- und intergeschlechtlichen Menschen stärken und die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen durch Implementierung in das Personenstandsgesetz und die Sozialgesetzbücher nachhaltig gestalten.</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>III.A26</p> <p>Neufassung der Rechte trans- und intergeschlechtlichen Menschen!</p> <p>Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag</p>

IV. Für eine gerechte Steuerpolitik

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Antragsbereich IV.A Antrag 1</p> <p>5 Kreisverband Jerichower Land (Landesverband Sachsen-Anhalt)</p> <p>Änderungsantrag zum Kap. IV</p> <p>10 Der Entwurf des Regierungsprogramms soll wie folgt geändert werden: Formulierung Solidarpaket II (Seite 59): Nach dem 3. Satz im letzten Absatz wird ergänzt: Dieser Solidarpaket II darf während seiner vereinbarten Laufzeit nicht verändert werden. Die ostdeutschen Länder brauchen Planbarkeit und Verlässlichkeit.</p> <p>15</p> <p>Antragsbereich IV.A Antrag 2</p>	<p>IV.A1</p> <p>Änderungsantrag zum Kap. IV</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>20 Arbeitsgemeinschaft Selbständige</p> <p>Änderungsantrag zum Kap. IV</p> <p>25 - Ergänzen im Kap. IV. „Für eine gerechte Steuerpolitik“ Wir wollen die Sanierung von Unternehmen besser unterstützen. Hierzu werden wir uns z.B. um EU-konforme Regelungen bemühen, um beim Erhalt von wirtschaftlichen Einheiten mit Beschäftigten entstehende Buchgewinne aus einem Forderungsverzicht von Gläubigern ertragssteuerfrei stellen.</p> <p>30 - Ergänzen im Kap. IV. „Für eine gerechte Steuerpolitik“ Eine Reform und Vereinheitlichung der nationalen und der EU-weiten Besteuerung von verbundenen Unternehmen wollen wir vorantreiben. Hierdurch soll Planungssicherheit geschaffen und die Verlagerung von Gewinnen in andere Länder verhindert werden.</p> <p>35 - Ergänzen im Kap. IV. „Für eine gerechte Steuerpolitik“ Im Gegenzug wollen wir Investitionsanreize für Unternehmen setzen und hierzu z.B. die Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter anheben. Zudem sollen investierende Unternehmen durch die Zulassung erleichternder Abschreibungsmöglichkeiten eine Förderung erhalten.</p> <p>40</p>	<p>IV.A2</p> <p>Änderungsantrag zum Kap. IV</p> <p>Punkt 1: Ablehnung</p> <p>Punkt 2: Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p> <p>Punkt 3: Ablehnung</p>
<p>45 Antragsbereich IV.A Antrag 3</p> <p>Ortsverein Stuttgart-Giebel (Landesverband Baden-Württemberg)</p> <p>Mehr Steuergerechtigkeit Jetzt!</p> <p>50 Im Regierungsprogramm zur Bundestagswahl am 22.09.2013 soll folgende Aussage enthalten sein: „Einkünfte aus Kapitalvermögen unterliegen dem linear-progressiven Einkommenssteuerverlauf. Ein Freibetrag in Höhe von 6.000 EUR (Ledige)/12.000 EUR (Verheiratete) wird eingeführt. Die unsoziale Abgeltungssteuer wird abgeschafft.</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>IV.A3</p> <p>Mehr Steuergerechtigkeit Jetzt!</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p><i>Antragsbereich IV.A</i> <i>Antrag 4</i></p>	<p>IV.A4</p>
<p><i>Landesverband Schleswig-Holstein</i></p>	
<p><i>Schulden abbauen - finanzielle Handlungsspielräume sichern! SPD-Regierungsprogramm muss sich zu einem Altschuldenfonds für Länder und Kommunen bekennen</i></p>	<p><i>Schulden abbauen - finanzielle Handlungsspielräume sichern! SPD-Regierungsprogramm muss sich zu einem Altschuldenfonds für Länder und Kommunen bekennen</i></p>
<p>1. Eine Lösung des Problems der Altschulden ist – insbesondere unter den Bedingungen der grundgesetzlichen Schuldenbremse für (fast) alle Länder und Kommunen eine zentrale politische Frage, für viele von ihnen sogar eine Existenzfrage. Zum 31.12.2011 waren die Kernhaushalte der Länder und Stadtstaaten mit rund 533 Mrd. Euro, ihre Extrahaushalte mit rund 82 Mrd. Euro verschuldet. Die Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände belief sich auf rund 130 Mrd. Euro (einschl. Zweckverbände und andere Extrahaushalte). Die jährlichen Zinsaufwendungen von Ländern und Kommunen belaufen sich auf mehr als 25 Mrd. Euro. Insbesondere den hoch verschuldeten Ländern und Kommunen lässt der Kapitaldienst kaum noch Luft für die Geschäfte der laufenden Verwaltung, geschweige denn für die notwendigen Zukunftsinvestitionen.</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>2. Die SPD muss sich deshalb in ihrem Programm für die Bundestagswahlwahl 2013 zum Problem der Altschulden der Länder und Kommunen klar positionieren. Das Thema bietet die Möglichkeit, zwei überzeugende politische Botschaften, die üblicherweise in einem Spannungsverhältnis zueinander gesehen werden („Schuldenabbau“ versus „Investitionen in die Zukunft“), miteinander zu verbinden.</p>	
<p>3. Ausgangspunkt der Überlegungen kann das vom Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz im April 2012 vorgelegte Papier „Stabilität, Sicherheit und Handlungsfähigkeit - Strukturelle Lösung für das Problem der Altschulden der Länder“ sein. Kerngedanke des darin entwickelten Vorschlags ist folgender:</p>	
<p>„Im Zusammenhang mit der Diskussion um den europäischen Fiskalpakt gerät auch das Problem der Altschulden der Bundesländer verstärkt in den Blick. Die Länder werden sich im Zuge der abschließenden Umsetzung der Schuldenbremse ab 2020 nicht mehr neu verschulden. Damit wird der Markt für Länderanleihen austrocknen. Gleichzeitig laufen der Solidarpakt II und damit die Begründung für den Solidaritätszuschlag 2019 aus. Derzeit zahlen die Bundesländer für ihre Anleihen deutlich höhere Zinsen als der Bund.</p>	
<p>Diese Entwicklungen erfordern neue Konzepte für den Haftungsverbund von Bund und Ländern. Die Länder sollen ab 2020 verbindlich mit der Tilgung der Altschulden beginnen. Dazu werden die Altschulden der Länder in der Hand des Bundes zusammengeführt. Unter Beteiligung des Stabilitätsrates wird für jedes Land ein klarer und verbindlicher, langfristiger Zahlungsplan entwickelt, mit dem in einem angemessenen Zeitraum (z.B. 50 Jahre) die Altschulden abgebaut und getilgt werden können.</p>	
<p>Der Bund übernimmt im Gegenzug ab 2020 die Zinszahlungen für diese Altschulden der Länder. Zur Finanzierung der Zinslasten durch den Bund wird der bisherige Solidaritätszuschlag herangezogen, der in Form einer Ergänzungsabgabe über 2019 hinaus weiter erhoben wird und dann ausschließlich dem Bund zufließt.</p>	
<p>Kurzfristig werden „Deutschland-Anleihen“ aufgelegt, um Bund und Ländern einen gemeinsamen Zugang zum Kapitalmarkt mit optimalen Zinskonditionen zu eröffnen.“</p>	
<p>Je nach konkreter Ausgestaltung des Modells würden die Länder nach den vorgelegten Modellrechnungen um 10-15 Mrd. Euro p.a. entlastet, bei gleichzeitigem Einstieg in die schrittweise Tilgung ihrer Altschulden. Alle Länder würden profitieren, wobei allerdings</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 je Einwohner gerechnet die besonders hoch verschuldeten Länder in besonderem Maße entlastet würden.</p> <p>4. Der Hamburger Vorschlag konzentriert sich auf die Lösung des Problems der Altschulden der Länder ohne Einbeziehung der Kom- 5 munen. Dafür spricht zunächst, dass eine Berücksichtigung der Kommunen das Fondsvolumen vergrößern und die staatsrechtliche Konstruktion des Altschuldenfonds komplizierter machen würde. Gleichwohl sollten die Kommunen bei einer Altschuldenregel- ung aus Gründen der Gleichbehandlung (von Flächenländern und 10 Stadtstaaten) und aus Gründen der politischen Durchsetzbarkeit unbedingt berücksichtigt werden. Dies erscheint auch darstellbar, da sich die Altschulden der Kommunen auf etwa ein Viertel der Altschulden der Länder belaufen. Notwendiges Korrelat einer Be- rücksichtigung der Kommunen wäre allerdings, dass auch sie dann 15 in eine verbindliche Konsolidierungsstrategie einbezogen werden müssten.</p> <p>5. In zeitlicher Hinsicht erscheint naheliegend, dass der Altschul- denfonds im Jahr 2020 seine Arbeit aufnimmt und dann in einem Akt die Altschulden der Länder und Kommunen übernimmt. Dafür 20 spricht, dass 2020 die Schuldenbremse ihre volle Wirkung entfaltet und dass bis zu diesem Zeitpunkt die Bund-Länder-Finanzbezie- hungen neu geregelt sein müssen. Denkbar wäre jedoch auch, das Modell eines ab sofort schrittweise aufwachsenden Altschulden- fonds zu verfolgen. Der Fonds könnte zum Beispiel so konstruiert 25 werden, dass er ab 2014 jedes Jahr so viele Schulden neu über- nimmt, wie sich aus den jährlich frei werdenden Mitteln des Soli- darpakts II (rund 715 Mio. Euro p.a. im Zeitraum 2014-19) finan- zieren lassen. Beispiel: Der Zinssatz für 30jährige Bundesanleihen liegt derzeit bei 2,5%. Legt man dies zu Grunde, dann lassen sich 30 mit 715 Mio. Euro p.a. die Zinsen für 28,6 Mrd. Euro an Schulden bezahlen. Das heißt, der Altschuldenfonds könnte von den Ländern und Kommunen in den nächsten sechs Jahren allein durch Nutzung der frei werdenden Mittel des Solidarpakts II knapp 200 Mrd. Euro an Altschulden übernehmen. Die einzelnen Länder und Kommunen 35 würden von dieser Entlastung im Verhältnis ihres Anteils an der Gesamtverschuldung profitieren. Im Gegenzug zu der Entlastung bei den Zinszahlungen müssten sie sich verpflichten, ab 2014 ihre Altschulden mit mindestens 1% p.a. zu tilgen. Die Differenz zwi- schen dem Tilgungssatz von 1% und dem Zinssatz, den die Länder 40 und Kommunen sonst für ihre vom Fonds anteilig übernommenen Schulden hätten zahlen müssen, wäre dann die ab 2014 unmittelbar wirksame Haushaltsentlastung.</p> <p>6. Die Einrichtung eines Altschuldenfonds für Länder und Kom- munen kann in ihren finanziellen Auswirkungen nicht isoliert be- 45 trachtet werden. Sie wäre – dies muss allen klar sein –zwangsläufig mit Rückwirkungen auf das Gesamtsystem der Bund-Länder-Fin- anzbeziehungen verbunden.</p> <p>7. Der SPD-Bundesparteitag wird beauftragt, dass die Forderung nach einem Altschuldenfonds für Länder und Kommunen in den 50 derzeit erarbeiteten Entwurf des SPD-Regierungsprogramms auf- genommen wird.</p>	
<p>55 Antragsbereich IV.A Antrag 5</p>	<p>IV.A5</p>
<p>Kreis IV Nord (Landesorganisation Hamburg)</p>	
<p>60 Abschaffung des Splittingtarifs und Einführung einer individualisierten Familienbesteuerung</p>	<p>Abschaffung des Splittingtarifs und Einführung einer individualisierten Familienbesteuerung</p>
<p>65 Wir wollen die Einkommensbesteuerung im Bereich Familie wei- terentwickeln. Zu Zeit versteuern Ehepaare ihre Einkünfte nach dem sogenannten Splittingtarif. Die Vorschrift subventioniert Ehe- paare mit unterschiedlich hohem Einkommen gegenüber Ehepaar-</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
ren mit gleich hohem Verdienst sowie gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften oder sogenannten „wilden Ehen“.	1
Dabei bringt der Splittingtarif den größten Vorteil, wenn die Einkommen sehr stark unterschiedlich sind und das Gesamteinkommen sehr hoch ist, also die Ersparnis in der Kappung des Spitzensteuersatzes liegt.	5
Wir wollen, dass gemeinsam wirtschaftende Paare gleich welchen Geschlechts und gleich welchen Rechtsstandes gleich besteuert werden. Dafür müssen wir den Splittingtarif in seiner jetzigen Form abschaffen und durch eine individualisierte Familienbesteuerung ablösen.	10
Hingegen werden nach unserer Auffassung Familien mit Kindern steuerlich nicht genügend begünstigt. Die durch die Abschaffung des Splittingtarifs frei werdenden Steuergelder sollen daher für die verstärkte Berücksichtigung von Kindern bei der Steuerfestsetzung berücksichtigt werden.	15
Die SPD wird das Steuersystem in diesem Sinne reformieren und dabei die folgenden Vorschläge berücksichtigen:	
Die steuerliche Entlastung von Paaren und Familien wird wie folgt ausgestaltet:	20
1. Für unterhaltsberechtigter Partner wird auf Antrag ein Abzugsbetrag gewährt. Dieser beträgt maximal den Grundfreibetrag des unterhaltenden Partners.	25
2. Für Lebensgemeinschaften, die als Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB eingestuft werden, gilt das gleiche Antragsrecht.	25
3. Für Unterhaltsverpflichtungen, die bei geschiedenen Ehepaaren geleistet werden müssen, gilt auf Antrag ebenso die mögliche Übertragung des Grundfreibetrages auf den unterhaltsverpflichteten Ehegatten.	30
In allen Fällen von Übertragung des Grundfreibetrages kann der übertragende Ehegatte diesen nicht mehr zur eigenen steuerlichen Entlastung nutzen.	35
4. Für in der Familie lebende Kinder wird der Grundfreibetrag auf die Eltern übertragen. Der Begriff des Kindes richtet sich nach der bisherigen steuerlichen Definition.	40
5. Im Falle von alleinerziehenden Elternteilen kann auf Antrag der gesamte Grundfreibetrag des Kindes auf den Elternteil übertragen werden, bei dem das Kind lebt.	45
In den Fällen von Übertragung des Grundfreibetrages von Kindern kann dies solange geschehen, wie die Kinder als Kinder im Sinne der Steuergesetze gelten. Das Kind kann daneben den Grundfreibetrag selbst steuerlich geltend machen.	45
6. Wenn aufgrund von niedrigen Einkommen auf Teile des übertragenen Grundfreibetrages für Kinder keine steuerliche Entlastung erfolgt, werden diese mit der fiktiven Steuerentlastung zusätzlich zu dem bereits gezahlten Kindergeld ausgezahlt. Hierzu muss am Ende des Jahres eine Erklärung abgegeben werden.	50
Antragsbereich IV.A Antrag 6	IV.A6
Stadtverband Bochum 3 (Landesverband Nordrhein-Westfalen)	60
Unnötige Subventionen zurückführen- Transparenz schaffen	Unnötige Subventionen zurückführen- Transparenz schaffen
In die Reihe von Transparenzmaßnahmen zur Kontrolle der Ausgaben und Eindämmung des Einflusses von Lobbyisten gehört auch, dass die Gewährung von Subventionen neu geregelt wird.	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Die im Steuerrecht und anderen Gesetzen versteckten, sowie die in den einzelnen Ressortetats befindlichen Subventionen, werden in einem eigens eingerichteten Subventionsetat zusammengefasst und ausgewiesen. Dieser Etat hätte voraussichtlich nach Untersu- 5 chungen des IWF aus 2010 eine Ausstattung von rd. 170 Milliarden Euro. Damit ist zu beachten, dass nach Ansicht des IWF ein Einsparvolu- men von rd. 60 Milliarden Euro realistisch ist. Die frei werdenden Mittel stehen dann für gesellschaftspolitisch relevante Projekte zur 10 Verfügung. Die verbleibenden Unterstützungsleistungen in diesem Etat oblie- gen ob der weiteren Notwendigkeit der jeweiligen Hilfe einer jäh- rlichen Überprüfung durch den Haushalts- und Finanzausschuss in öffentlicher Sitzung und werden vom Parlament beschossen. 15 Dies dient sowohl der soliden und verlässlichen Ermittlung der Staatsfinanzen als auch der Transparenz im Umgang mit Lobby- isten.</p>	
<p>20 Antragsbereich IV.A Antrag 7</p>	<p>IV.A7</p>
<p>Stadtverband Bochum 3 (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</p>	
<p>25 Keine Privilegierung mehr von Kapitaleinkünften gegenüber Arbeitseinkommen</p>	<p>Keine Privilegierung mehr von Kapitaleinkünften gegenüber Arbeitseinkommen</p>
<p>30 Vollständige Rückkehr zur synthetischen Besteuerung (Wegfall der Abgeltungssteuer) Die privilegierte Besteuerung von Kapitaleinkünften gegenüber Arbeitsinkommen wird wieder aufgehoben. Durch die Abgel- 35 tungssteuer werden die Kapitalzuflüsse z. Zt. mit 25 % besteuert, wohingegen Arbeitslohn weiterhin mit (in der Spitze) 45 % belastet bleibt. Das Kapital wird also um 40 % geringer belastet als die Ar- beit. Diese Privilegierung trifft ganz überwiegend die Begüterten im Lande. 40 Bei der Einführung der Abgeltungssteuer wurde mit rd. 30 Milli- arden Steuerausfall gerechnet. Davon sollten 25 Milliarden durch Änderung der Steuermoral und ähnlichen Verhaltensänderungen wieder hereingeholt werden. Das ist gründlich misslungen (Ein- nahmen 2011 nicht ganz 9 Milliarden €). 45 Es kann also davon ausgegangen werden, dass nach der Rückkehr zur „Synthetischen Besteuerung“, also der systemgerechten Be- rechnung der zu zahlenden Steuer, in der alle Einkunftsarten steu- erlich gleich behandelt werden, ausreichend Mittel zur Verfügung stehen würden, um wichtige gesellschaftspolitische Projekte zu 50 finanzieren. Große organisatorische Änderungen sind nicht erforderlich, die bisherige Abgeltungssteuer kann als Vorauszahlung (Kapitaler- tragssteuer) – ähnlich der Lohnsteuer – auf die endgültige Steuer- schuld beibehalten werden. 55 Die Rückkehr zur synthetischen Besteuerung in mehreren Schritten über die Erhöhung der Abgeltungssteuer erscheint weder steuersys- tematisch noch aus Gründen der Steuergerechtigkeit sinnvoll.</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>60</p>	
<p>65</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<i>Antragsbereich IV.A</i> <i>Antrag 8</i>	IV.A8 1
<i>Stadtverband Bochum 3</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	5
Börsenumsatzsteuer	Börsenumsatzsteuer
Das Warten auf eine einheitliche Finanztransaktionssteuer in Europa oder gar weltweit gleicht dem „Warten auf Godot“. Bei den Bürgern wird dies mehrheitlich als Ausrede für eigenes Nichthandeln und dem Einknicken gegenüber der Finanzlobby gesehen.	Erledigt durch Beschluss vom o. Bundesparteitag Dez. 2011: „Fortschritt und Gerechtigkeit: Wirtschaftlicher Erfolg, solide Finanzen und sozialer Zusammenhalt“ 10
Entgegen von dieser Lobby – und leider auch vielen Politikern - verbreiteten Nebelkerzen erlaubt die EU auch eine Einführung dieser Steuer für einzelne Mitgliedsstaaten. Man kann dies in der Richtlinie 2008/7/EG vom 12. Februar 2008 im Artikel 6 Abs. 1 nachlesen.	15
Einige Mitgliedsstaaten – unter ihnen England – haben auch eine solche Steuer. Gleichfalls die USA und China.	20
Ein Argument der Gegner vermag daher nicht zu überzeugen: die Händler würden angeblich abwandern. Dies konnte von den dortigen Börsen nicht bestätigt werden.	25
Auch die Bundesrepublik hatte bis zum Jahre 1991 eine solche Steuer. Sie war rechtssystematisch notwendig, weil im Umsatzsteuergesetz genau aus diesem Grunde Geldumsätze steuerbefreit sind! Ihre Abschaffung war und ist eine Subvention der Finanzmärkte.	30
<i>Antragsbereich IV.A</i> <i>Antrag 9</i>	IV.A9 30
<i>Stadtverband Bochum 3</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	35
Compliance/Wegzugsbesteuerung	Compliance/Wegzugsbesteuerung
Compliance ist auch für die Bürger im Verhältnis zum Staat notwendig.	Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion 40
Hin und wieder hört man Drohungen, dass Bürger wegen ihrer Meinung nach zu hoher Besteuerung damit drohen, unser Land zu verlassen, um eine finanziell attraktivere Heimat zu wählen und ihre Vermögenswerte zu verlagern.	45
Doch haben sie ihr Vermögen nicht ganz allein erworben, sondern durch staatliche Infrastrukturmaßnahmen, Subventionen, Mehrwertschöpfung, Preissteigerungen etc. sehr vom Gemeinwesen und der Wertsteigerung durch Dritte profitiert, unbeschadet ihrer eigenen Leistung.	50
Diese (stillen) Reserven müssen in Gänze der deutschen Besteuerung unterliegen und den hier Verbleibenden zu Gute kommen.	55
Unter dem Begriff „Wegzugsbesteuerung“ versteht man gesetzliche Regelungen, die eine steuerliche Erfassung von im Inland belegenen Stillen Reserven sicher stellen sollen. Dazu stehen erste Ansätze im § 6 Außensteuergesetz (AStG).	60
Diese Vorschrift muss ausgebaut werden. Wegen noch ungeklärter EU-Probleme sind zuerst Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit Nicht-EU-Staaten zu schließen. Diese sind auch in erster Linie Anlaufstellen für Steuerflüchtlinge.	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Antragsbereich IV.A Antrag 10</p> <p>5 Ortsverein Hannover Misburg (Bezirk Hannover)</p> <p>Zinsabgeltungssteuer abschaffen</p> <p>10 Wir fordern die Wiedereinführung der Zinsabschlagssteuer und die Abschaffung der Zinsabgeltungssteuer, da es ungerecht ist, wenn eine VermögenseinkommensbezieherInnen einen Einkommens- steuerhöchstsatz von nur 25 % haben.</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>IV.A10</p> <p>Zinsabgeltungssteuer abschaffen</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

V. Soziale Sicherheit und Vorsorge

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 » Anträge zum Kapitel V.1: Gesundheit und Pflege «</p> <p><i>Antragsbereich V.A</i> <i>Antrag 1</i></p> <p>5 <i>Kreisverband Jerichower Land</i> <i>(Landesverband Sachsen-Anhalt)</i></p> <p>Änderungsantrag zum Kap. V.1</p> <p>10 Auf Seite 66 „Gerechte und verlässliche Krankenhausfinanzierung“ im Absatz 2, soll hinter die Passage: „, Patienten und Patientinnen müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Behandlung allein medizinisch begründet ist. Wir werden eine Zweitmeinung vor bestimmten Behandlungen verbindlich einführen.“ folgendes eingefügt werden: Und zur Stärkung der Patientenrechte auf eine Einschränkung der Zielvereinbarungen in Chefarztverträgen und Einweiserpauschalen hinwirken.</p>	<p>V.A1</p> <p>Änderungsantrag zum Kap. V.1</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>20 <i>Antragsbereich V.A</i> <i>Antrag 2</i></p> <p>25 <i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>Änderungsantrag zum Kap. V.1</p> <p>30 -Im Unterpunkt „Prävention und Gesundheitsförderung“, im letzten Absatz, soll nach dem letzten Satz neu eingefügt werden: Im Bereich der Sucht- und Drogenpolitik wollen wir den Ansatz der Schadensreduzierung und Überlebenshilfe stärken. Süchtige brauchen Unterstützung und Hilfsangebote, um aus der Sucht herauszukommen oder mit ihrer Sucht zu leben. -im Unterpunkt: „Flächendeckende Sicherstellung einer guten Versorgung“, letzter Absatz soll im 2. Absatz nach 1. Satz „strukturellschwache Regionen“ neu eingefügt werden: „die oft zusätzlich von den demographischen Veränderungen stark betroffen sind, besonders fördern. Sie sind derzeit von Unterversorgung bedroht.“</p>	<p>V.A2</p> <p>Änderungsantrag zum Kap. V.1</p> <p>Ablehnung</p>
<p>45 <i>Antragsbereich V.A</i> <i>Antrag 3</i></p> <p><i>090 Kreis Treptow-Köpenick</i> <i>(Landesverband Berlin)</i></p> <p>Nationaler Aktionsplan zur Verbesserung des Pflege- und Gesundheitsbereichs für den Patienten</p> <p>55 Das Wahlprogramm ist um folgende Punkte zu ergänzen: „Die SPD wird einen nationalen Aktionsplan „Gesundheit und Pflege“ ins Leben rufen, um den Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft einerseits und den vielen Problemen aufgrund eines nur noch wirtschaftlich orientierten Gesundheitswesens andererseits entgegenzutreten.“</p>	<p>V.A3</p> <p>Nationaler Aktionsplan zur Verbesserung des Pflege- und Gesundheitsbereichs für den Patienten</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Antragsbereich V.A Antrag 4	V.A4
09/13 Adlershof (Landesverband Berlin)	
Nationaler Aktionsplan zur Verbesserung des Pflege	Nationaler Aktionsplan zur Verbesserung des Pflege
Das Wahlprogramm ist um folgende Punkte zu ergänzen:	Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK
„Die SPD wird einen nationalen Aktionsplan „Gesundheit und Pflege“ ins Leben rufen, um den Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft einerseits und den vielen Problembaustellen aufgrund eines nur noch wirtschaftlich orientierten Gesundheitswesens andererseits entgegenzutreten. In einem solchen Konzept werden wir uns für folgende Punkte einsetzen:	
<ul style="list-style-type: none"> • Der Bürokratieabbau im Gesundheitswesen muss vorangetrieben werden, damit sich die Ärzte und Beschäftigten im Gesundheits –und Pflegebereich wieder auf das Wesentliche konzentrieren können: die Gesundheit des Patienten. Aber auch die Patienten sollen im Krankheitsfall nicht mit unnötiger Bürokratie belastet werden. Hier könnte man z.B. das Ausstellen von Krankschreibungen und Rezepten über elektronische Systeme realisieren, auf welche, unter Berücksichtigung des Daten -und Persönlichkeitsschutzes, Ärzte, Apotheker, Krankenkassen und Arbeitgeber zugreifen können. 	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Reformierung der Vergütungs –und Abrechnungssysteme muss erfolgen, damit Ärzte sich primär auf die Behandlung von Patienten konzentrieren können und nicht dauerhaft dem Druck eines Budget, einer Zeitvorgabe oder der Art der Krankenkasse ausgesetzt sind. Die Vergütung muss ein Mindesteinkommen der Ärzte bzw. Beschäftigten sicherstellen. Zudem müssen die Abrechnungssysteme die Niederlassung von Ärzten in Problemkiezen als auch in Regionen mit Ärztemangel bis zum Erreichen der notwendigen Grundversorgung begünstigen. Gute Arbeit von Ärzten, die nachhaltig dem Patienten dient, soll belohnt werden. Reine Quantität und Reduzierung des Patienten auf ein wirtschaftliches Subjekt soll sanktioniert werden. Die Bekämpfung des Abrechnungsbetrugs durch Vermeidung von Fehlanreizen und Absicherung der Ärzte ist für uns Teil der Gesamtstrategie. 	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Qualitätssicherung im Gesundheits –und Pflegebereich muss verbessert wird. Denkbar sind ein unabhängiger und nicht gewinn orientierter Gesundheits-TÜV. Aber auch die Einführung eines Qualitätssiegels für Medikamente, das sich nach Kriterien der Wirksamkeit und des Preis-Leistungsverhältnis richtet, ist denkbar. 	
<ul style="list-style-type: none"> • Eine Effektive und bürokratiefreie Nutzung der Kapazitäten im Gesundheits –und Pflegebereich ist notwendig, genauso wie deren Überprüfung. Hierfür könnte das ZLB-Projekt(Zentrale Landesweite Behandlungskapazitäten) in Rheinland-Pfalz und Saarland Pilotcharakter haben. 	
<ul style="list-style-type: none"> • Eine qualitativ hochwertige und schnelle Gesundheitsversorgung bedarf es einer guten Personalausstattung. Hierfür ist u.a. eine faire Bezahlung notwendig um gerade die 	
<ul style="list-style-type: none"> • Attraktivität für die anspruchsvolleren Berufe wie im Pflegebereich zu verbessern.“ 	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 <i>Antragsbereich V.A</i> <i>Antrag 5</i></p> <p>5 <i>Arbeitsgemeinschaft von SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen</i></p> <p>Gesundheitspolitische Anforderungen für die kommende Legislaturperiode</p> <p>10 1. Mehr Gesundheitspolitik wagen! Für die Interessen der Patientinnen und Patienten.</p> <p>Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik und nicht die Einzelinteressen von Berufsgruppen, Institutionen und Verbänden. Dafür arbeiten wir an einem fairen, stetigen Interessenausgleich aller Akteure im Gesundheitssystem. Wir wollen gleiche Gesundheitschancen für alle.</p> <p>20 Wir wollen mehr Gerechtigkeit durch mehr Solidarität im Krankenversicherungssystem. Wir wollen mehr Kooperation und Verantwortung vor Ort. Wir wollen mehr Mitbestimmung und Selbstbestimmung stärken. Wir wollen Gute Arbeit in allen Bereichen des Gesundheitssystems.</p> <p>25 Wir wollen echte Innovationen und mehr Investitionen für nachhaltiges Wachstum in der Gesundheitsbranche.</p> <p>Schwarz-Gelb ist sozialpolitischer Stillstand. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten sozialen Fortschritt. Für sie werden wir mehr Gesundheitspolitik wagen!</p> <p>30 Die ASG macht sich für eine bedarfsgerechte und solidarische Gesundheitspolitik in der SPD stark. Mit unseren Forderungen für ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem in Deutschland wollen wir unseren Beitrag für eine offensive Gesundheits- und Pflegepolitik in der kommenden Legislaturperiode leisten. Eine bürgerorientierte Gesundheitspolitik, wie wir sie vorschlagen, macht die SPD stark: Wir wollen, dass Rot-Grün Deutschland wieder regiert. Nur mit einer rot-grünen Mehrheit werden wir unsere wichtigen gesundheitspolitischen Projekte, wie die Bürgerversicherung, umsetzen können.</p> <p>35 Wenn wir unser Gesundheitssystem zukunftsgerecht und fortschrittlich weiterentwickeln wollen, müssen wir uns den großen gesellschaftlichen Herausforderungen stellen. Wir müssen das Gesundheitssystem innovativ gestalten statt es zäh zu verwalten. Die älter werdende Gesellschaft, der soziale, ökonomische und technologische Wandel sowie die Alterung in den Gesundheitsberufen begründen einen außergewöhnlichen Weiterentwicklungsbedarf im Pflege- und Gesundheitssystem. Ob dies gelingt, hängt davon ab, ob wir spürbare Fortschritte bei folgenden Zielen erreichen: Die Zunahme der sozialen Spaltung muss auch durch die Stärkung der Solidarität in der Pflege- und Krankenversicherung und durch den Abbau von finanziellen- und organisatorischen Barrieren im Gesundheitssystem verhindert werden.</p> <p>45 Gesundheitliche Prävention muss politische Querschnittsaufgabe und eine tragende Säule des Gesundheitssystems werden. Wir müssen echte medizinische Innovation und fördern statt nutzloses Mengenwachstum anzureizen. Renditeinduzierter Scheinfortschritt frisst die Solidarität und damit die Gesundheitschancen besonders der sozial Schwachen auf.</p> <p>50 Innovation in der Versorgung liegt vorrangig in der verbindlichen Kooperation der Akteure. Nicht die Leistungsmenge, sondern die Qualität einer regelhaften integrierten Versorgung ist das Ziel, um eine gute und moderne Medizin zu gewährleisten.</p> <p>65 Alle Gesundheitsberufe müssen im Wettbewerb der Berufe attraktiver werden, um die medizinische, pflegerische und soziale Ver-</p>	<p>V.A5</p> <p>Gesundheitspolitische Anforderungen für die kommende Legislaturperiode</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
sorgung auch personell sicher zu stellen. Ihre fachlichen Potenziale müssen stärker genutzt werden.	1
Wir sind der festen Überzeugung, dass das Gesundheits- und Pflegesystem ein elementarer Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge ist, über das die Bürgerinnen und Bürger demokratisch mitbestimmen sollen. Deshalb lehnen wir die Privatisierung der gesetzlichen Krankenversicherung ebenso ab, wie die von zentralen Versorgungseinrichtungen, wie z.B. die von öffentlichen Krankenhäusern.	5
Durch eine stärkere Koordination und Mitgestaltung von Gesundheitsinfrastruktur durch die regionalen Gebietskörperschaften, wollen wir die demokratische Kontrolle und Mitbestimmung im Gesundheitssystem ausbauen. Deshalb brauchen die Länder und Gebietskörperschaften mehr Rechte zur aktiven Versorgungsgestaltung, insbesondere auch zur Durchsetzung gesetzlich bereits festliegender Versorgungsstandards.	10
2. Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit: Eine solidarische Bürgerversicherung umsetzen	15
Wir wollen nach den Bundestagswahlen ein einheitliches, nachhaltiges und gerechtes Finanzierungssystem für Gesundheit und Pflege schaffen, in das alle nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit solidarisch einzahlen.	20
Wir wollen eine gute medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger finanzieren. Deshalb brauchen wir mehr Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit bei den Einnahmen der GKV. Nur wer soziale Sicherheit hat, besitzt die Freiheit, sein Leben selbstbestimmt zu gestalten. Deshalb wollen wir, dass alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von Ihrer Lebenslage oder ihrem Erwerbsstatus eine leistungsfähige Kranken- und Pflegeversicherung bekommen und dazu ein einheitliches Versicherungssystem schaffen: Die Bürgerversicherung. Der drohende Zusammenbruch der PKV und die zunehmende Überforderung von immer mehr PKV-Versicherten machen deutlich, dass nur durch eine solidarische Finanzierung gute Versorgung für alle gesichert werden kann. Damit erreichen wir gleiche solidarische Rahmenbedingungen für alle Krankenkassen und mehr Gerechtigkeit bei den Beiträgen. Deshalb wollen wir die Solidarität der hohen mit den niedrigen Einkommen stärken und die Parität zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern wieder einführen.	25
Mit der Einführung der Bürgerversicherung werden wir diese Ziele in der Kranken- und der Pflegeversicherung erreichen: Die Bürgerversicherung wird sowohl als Krankenvoll- als auch als Pflegeversicherung für alle Neuversicherten und die bislang gesetzlich Versicherten verbindlich eingeführt. Bisherige Privatversicherte können befristet wählen, zu wechseln. Die bisherige private Vollversicherung wird auslaufen.	30
Die paritätischen, einkommensabhängigen Beiträge bleiben die tragende Säule der Finanzierung von Kranken- und Pflegeversicherung. Um mehr Beitragsgerechtigkeit zu gewährleisten ohne die mittleren Einkommen zu überfordern, wird die Beitragsbemessung weiterentwickelt. Zu Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung wollen wir mehr finanzielle Nachhaltigkeit. Auch deshalb wollen wir die Einbeziehung aller Einkunftsarten, z.B. durch eine stetig ansteigende, ergänzende Steuerfinanzierung.	35
Wir wollen die Zusatzbeiträge abschaffen und der Selbstverwaltung wieder das Recht zurückgeben, die Beitragssätze ihrer Krankenkassen selbstständig festzulegen.	40
Wir werden für alle Kassen der Bürgerversicherung einheitliche und solidarische Rahmenbedingungen schaffen. Dazu wird der morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich unter Bürgerversicherten verbessert und zielgenauer ausgestaltet.	45
In diesem Wettbewerb wollen wir die gesetzlichen Kassen als selbstverwaltete Körperschaften des öffentlichen Rechts stärken und die tatsächliche Mitwirkung ihrer Versicherten ausbauen. Die soziale Krankenversicherung muss künftig immer mehr die Rolle des patientenorientierten Gestalters der Gesundheitslandschaft und	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 des Mittlers zwischen ihren Versicherten und den Anbietern von Gesundheitsleistungen einnehmen. Der Wettbewerb zwischen den Kassen muss sich auf die patientengerechte und krankheitsadäquate 5 Umsetzung des gesundheitlichen Leistungsangebotes konzen- trieren. Qualität, Wirtschaftlichkeit und nachhaltige Gesundheits- sicherung ihrer Versicherten müssen im Mittelpunkt des Kranken- kassenhandelns stehen. Der Wettbewerb der Krankenkassen darf einer gemeinsamen Ver- antwortung für eine gute Versorgung in den Ländern nicht entgegen- 10 stehen.</p>	
<p>3. Soziale Spaltung verhindern: Zugangs-Barrieren abbauen</p>	
<p>15 Sozial benachteiligte Menschen haben nach wie vor schlechte Gesundheitschancen. Sie haben eine kürzere Lebenserwartung und höhere Pflege- und Krankheitsrisiken bei nahezu allen großen Volkskrankheiten. Dies wollen wir langfristig durch Prävention in der Bildungs-, Arbeits- und Lebenswelt ändern. Arbeiten und Woh- nen dürfen nicht krankmachen; Bildung muss Gesundheit fördern. 20 Damit sozial schwächere Bevölkerungsschichten auch gleiche Teil- habe an medizinischer und pflegerischer Versorgung haben, müs- sen Zugangshürden abgebaut und Privatisierungsanreize unterlas- sen werden. Die ASG sieht in der Abschaffung der Praxisgebühr den Abbau ei- ner wesentlichen finanziellen Barriere, die vor allem Kranke mit 25 niedrigem Einkommen überdurchschnittlich belastet hat. Ebenso fordern wir den Abbau von Selbstbeteiligungen, die durch Zuzah- lungen in den unterschiedlichsten Leistungsarten der GKV entste- hen. 30 Insbesondere müssen ausgegliederte Leistungen, wie der Zahner- satz, wieder in das Leistungsspektrum des SGB V eingegliedert und damit solidarisch finanziert werden. Beim Zahnersatz haben die Festbetragsregelungen dazu geführt, dass bezahlbarer Zahn- ersatz jenseits der Grundversorgung de facto nicht mehr verfügbar 35 ist. Auch die schlechter werdende Versorgung in strukturschwachen Regionen, städtischen wie ländlichen, stellt ein immer größer wer- dendes Zugangsproblem dar. Weil es in diesen Regionen und Stadt- vierteln keine umfassende Sicherstellung der Versorgung mehr 40 gibt, können Leistungen, die den Betroffenen zustehen, gar nicht mehr in Anspruch genommen werden. Deshalb muss die Planung von medizinischer Versorgung kleinräumiger und populationsbe- zogener organisiert werden. Wir wollen gerade dort in die Versor- gung investieren, wo es durch Armut und Alterung einen höheren 45 Versorgungsbedarf gibt und den gegenläufigen, gefährlichen Trend umkehren. Aufgrund des Personalmangels im Gesundheitswesen ist ein Abbau der Überversorgung in wohlhabenden Stadtteilen vorzunehmen.</p>	
<p>4. Vorrang für Prävention und Rehabilitation</p>	
<p>50 Umfassende Prävention ist mehr als Vorsorgemedizin. Sie umfasst alle gesellschaftlichen Gestaltungsbereiche, insb. die Gestaltung des Lebensumfelds in den Kommunen, wie das Wohnen, die Ar- beitswelt und die Bildung. Gerechtigkeit heißt für uns auch, die Voraussetzungen zu schaffen, um möglichst gesund älter zu werden. Deshalb wollen wir, dass Prävention und Rehabilitation gleichwertige Säulen des Gesund- heitssystems werden. 60 Mehr Gesundheit sichert für die Einzelnen gleiche Chancen ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten und stärkt den sozialen Zusam- menhalt. Mehr Gesundheit steigert die Lebens- und Arbeitsqualität und fördert die Produktivität unserer Wirtschaft. In einer Gesellschaft des längeren Lebens und Arbeitens mit einer 65 stark steigenden Zahl chronisch kranker Menschen brauchen wir endlich die wirkliche Gleichstellung der medizinischen Rehabi- litation mit der medizinischen Akutversorgung. Zugangshürden müssen abgebaut, Reha-Deckel und Reha-Budgetbegrenzungen</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>müssen beseitigt werden, damit die Rehabilitation wieder nach medizinischem Bedarf und nicht nach Kassenlage gewährt wird. Zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit brauchen wir eine Offensive in der geriatrischen Rehabilitation. Deshalb müssen die Kosten für diese Leistungen, die die Krankenkasse erbringt um den Eintritt von Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder zu überwinden, zu mindern sowie eine Verschlimmerung zu verhindern von der Pflegekasse erstattet werden.</p>	1
<p>Wir wollen einen Ausbau der unabhängigen Rehabilitationsforschung und endlich mehr interdisziplinär besetzte Lehrstühle für die medizinische Rehabilitation an deutschen Hochschulen</p>	5
<p>Um eine wirksame Präventionsstrategie umzusetzen, brauchen wir keine neuen Modell- und Leuchtturmprojekte. Wir wollen in der kommenden Legislaturperiode endlich ein Präventionsgesetz schaffen.</p>	10
<p>Wir wollen die gesetzlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass der „Präventive Hausbesuch“ zur Pflegevermeidung und zur Verringerung der Verschlimmerungsrisiken bei chronischen Erkrankungen zum Regelangebot für die älter werdende Gesellschaft in Deutschland wird.</p>	15
<p>5. Innovation und Investition: Wachstumschancen durch echten Gesundheitsfortschritt</p>	20
<p>Ausgaben für Gesundheit verstehen wir als Schlüsselinvestitionen in eine sozial- und ökonomisch nachhaltige Zukunft unseres Landes. Mit den richtigen gesundheits- und wirtschaftspolitischen Impulsen wird die Gesundheitsbranche zum Motor für gute und sichere Arbeit. Es ist unser Ziel, die Gesundheitsbranche als Triebkraft für nachhaltiges Wachstum mit Wohlstand und sozialer Sicherheit zu fördern.</p>	25
<p>Weil es bei Gesundheit und Pflege um zentrale soziale Verpflichtungen unserer Gesellschaft für alle Bürgerinnen und Bürger geht und weil Gesundheit und Pflege überwiegend aus solidarischen Beiträgen finanziert werden, brauchen wir qualitative Wachstumsimpulse, die unsere gesellschaftlichen und sozialpolitischen Zielen fördern. Deshalb wollen wir echte medizinische Innovationen fördern, damit ethische Verantwortung, nachhaltiges Wachstum und ein ökonomisch verantwortlicher Umgang mit solidarischen Beitragsgeldern in Einklang gebracht wird.</p>	30
<p>Wir wollen in der Versorgung der Patientinnen und Patienten mit Arzneimitteltherapien, diagnostischen und therapeutischen Verfahren sowie Medizinprodukten den Nutzensgedanken stärken. Deshalb dürfen nur noch solche Innovationen solidarisch finanziert werden, die einen nachgewiesenen Zusatz-Nutzen haben. Für einen wirksamen Verbraucherschutz im Gesundheitssystem wollen wir echten medizinischen Fortschritt statt Scheininnovationen.</p>	35
<p>Der medizinische Fortschritt erfordert vor allem Innovationen in der Organisation der medizinischen und pflegerischen Versorgung. Durch besser abgestimmte Abläufe in der Versorgung, den Abbau von Sektorengrenzen und durch mehr Angebote in der Vorsorge wollen wir die Lebensqualität und wirtschaftliche Produktivität in unserer Gesellschaft erhöhen und gute neue Jobs dort schaffen, wo sie gebraucht werden: Im direkten Einsatz für die Patientinnen und Patienten. Die qualitativ hochwertige Versorgung muss der eigentliche Jobmotor in der Gesundheitsbranche sein. Integrierte Versorgung muss bei psychischen und chronischen Erkrankungen als Regelversorgungssystem mit klaren qualitativen Standards gesetzlich vorgegeben werden.</p>	40
<p>Jeder/jede Versicherte/er hat in Deutschland einen Rechtsanspruch auf „Spezialisierte ambulante Palliativversorgung“. Nur in wenigen Regionen Deutschlands kann derzeit dieser Rechtsanspruch eingelöst werden. Die Strategien der Kostenträger sind eher auf Verhinderung statt auf Nutzung dieses Leistungsangebotes für ihre schwerstkranken Versicherten angelegt. Dies ist ein gutes Beispiel für die Begründung des Rechtsinstruments der „Ersatzvornahme“ durch die Länder, wenn gesetzlich vorgegebene Rechtsansprüche nicht oder nicht sachgerecht realisiert werden.</p>	45

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Dies gilt für die SAPV genauso wie für den Rechtsanspruch auf Entlass- und Überleitungsmanagement aus der stationären Versorgung, auf unabhängige Pflegeberatung, auf Integrierte Versorgung usw.. Überall dort wo gesetzlich vorgegebene Strukturen und Rechtsansprüche im Interesse der Versicherten von der sogen. Selbstverwaltung nicht realisiert werden, brauchen wir zukünftig Ersatzvornahmen durch die Länder. Wir wollen die gesetzlichen Voraussetzungen dafür schaffen.</p> <p>5</p> <p>10 6. Kooperation in der Versorgung der Patientinnen und Patienten verbessern</p> <p>Die Bürgerinnen und Bürger sind heute von multiplen Problemlagen betroffen. Gleichzeitig ist unser Gesundheits- und Sozialsystem zu sehr auf die Lösung von Einzelproblemen durch jeweilige Träger der sozialen Sicherung ausgerichtet. Wir müssen diese Trägerorientierung überwinden. Bürgerorientierung heißt – praktisch gesehen - auch, dass die Strukturen und Leistungen den Problemlösungen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger folgen und nicht den institutionellen Interessen.</p> <p>15 Um dies zu erreichen, müssen, wir unsere sozialpolitischen Vorhaben dem Ziel unterordnen, die Träger der sozialen Sicherung, als auch die Leistungserbringer im Gesundheits- und Pflegesystem kooperationsverpflichteter zu machen und konsequent Schnittstellenübergänge ohne Versorgungsbrüche zu sichern.</p> <p>20 Eine wichtige Rolle wird dabei den Ländern und den kommunalen Gebietskörperschaften zukommen. Die Optimierung der Versorgungsstrukturen und –Abläufe in den Bereichen Medizin, Pflege und soziale Alltagshilfen, die bei chronisch kranken und multimorbiden Menschen in der Regel parallel gebraucht werden, kann nur regional und kleinräumig von denjenigen gestaltet werden, die vor Ort Verantwortung tragen und die differenzierten Problemlagen wahrnehmen und bedarfsgerecht, aber auch ressourcenschonend den nötigen Hilfe-Mix organisieren können.</p> <p>25 Wir wollen mit den kommunalen Gebietskörperschaften eine neue integrierte soziale Dienstleistungskultur entwickeln. Um dabei die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bundesweit zu wahren, sind bundeseinheitliche, aber auch konkrete und verbindliche Leistungsrahmen-Vorgaben notwendig. Zur flächendeckend verbindlichen Umsetzung dieser Versorgungsstandards müssen die Länder mit entsprechenden Durchgriffsrechten ausgestattet werden.</p> <p>30 Von der Weiterentwicklung der Strukturen des Gesundheitssystems hängt entscheidend ab, ob auch in Zukunft eine gute medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleistet sein wird. In der Versorgung erleben die Menschen die Alltagsrealität unseres Gesundheitssystems. Der Erfolg unserer Gesundheitspolitik hängt davon ab, ob Verbesserungen in der Versorgung im Alltag auch wirklich überall spürbar werden.</p> <p>35 Es ist unser Ziel, dass alle Menschen unabhängig vom Wohnort oder ihrer sozialen Lage einen bedarfsgerechten Zugang zur medizinischen Versorgung haben. Deshalb wollen wir die Versorgung in strukturschwachen Regionen besonders fördern. Hierzu gehört auch, nicht bedarfsnotwendige Überversorgungen und Fehlanreize im Gesundheitssystem abzubauen. Deshalb werden wir mit der Einführung der Bürgerversicherung mit einer einheitlichen Honorarordnung Fehlanreize beseitigen und damit auch die Zwei-Klassen-Medizin abschaffen.</p> <p>40 Es ist unser Ziel, die Qualität der medizinischen Versorgung auszubauen und dazu die Kostenträger und die Länder bei der Durchsetzung von Qualitätsstandards stärken. Zur stetigen qualitativen Versorgungsoptimierung werden wir die unabhängige Versorgungsforschung massiv ausbauen und die unabhängige und qualitativ hochwertige Patienten- und Pflegeberatung bundesweit flächendeckend sicherstellen.</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>7. Heilen und Pflegen ohne selbst krank zu werden: Gute Arbeit im Gesundheitssystem.</p>	1
<p>Wer pflegt, therapiert und versorgt in der Zukunft? – Dies ist die zentrale Schlüsselfrage der kommenden Jahrzehnte. Von der konstruktiven und nachhaltigen Beantwortung dieser Frage hängt die Akzeptanz der Bewältigungsstrategien der Herausforderungen des sozialen und demografischen Wandels entscheidend ab.</p>	5
<p>Wir wollen gute Jobs in Gesundheit und Pflege. Gute Ausbildung, Entwicklungsperspektiven für die Berufsträger, gute Entlohnung, bessere Arbeitsbedingungen und gesellschaftliche Anerkennung sind die Voraussetzungen, um die Pflegeberufe attraktiver zu machen. Deshalb werden wir im Krankenhaus- und Pflegebereich Personalmindeststandards einführen und einen allgemeinverbindlichen Tarif in Gesundheit- und Pflege durchsetzen.</p>	10
<p>Wir wollen dazu beitragen, dass der Arztberuf auch unter veränderten Anforderungen attraktiv bleibt. Dazu müssen Ausbildung und Arbeitsbedingungen verbessert werden.</p>	15
<p>Die Ausübung von Medizin, Pflege und Therapie wird in der Mehrzahl von Frauen geleistet. Die sachgerechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in diesen hochbelasteten Berufsfeldern zentrale Voraussetzung, um ausreichend Personal auch in Zukunft gewinnen zu können. Wir wollen mit neuen Formen der Arbeitsorganisation, der Telemedizin, der flexiblen Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen die Voraussetzungen für das akzeptierte Miteinander von Beruf und der Wahrnehmung von Familienpflichten schaffen.</p>	20
<p>8. Stärkung der Patientenrechte in der gesundheitlichen Versorgung und der Pflege</p>	30
<p>Ein modernes Patientenrechtgesetz muss mehr leisten, als bestehendes Recht zusammenzuführen und auf Vollzugsdefizite zu reagieren.</p>	35
<p>Wir wollen die Patientenrechte weiterentwickeln und die Patientinnen und Patienten von Betroffenen zu Beteiligten machen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der Rechtsanspruch der Patientinnen und Patienten auf zeitnahe, qualitativ gute und sichere Behandlung tatsächlich erfüllt wird. Dazu gehört auch eine umfassende Aufklärung durch die behandelnden Ärzte, einschließlich diagnostischer und therapeutischer Alternativen. Partnerschaftliche Entscheidungen von Arzt und Patient über die durchzuführende Diagnostik und Therapie sind der Kern unseres Gesundheitssystems.</p>	40
<p>Auch im Falle von Pflegebedürftigkeit muss die Lebensqualität und Selbstbestimmung der Menschen erhalten bleiben. Der Zugang zu qualitativ guten Beratungs- und Pflegeleistungen zählt für uns zu den elementaren Rechten von Patientinnen und Patienten.</p>	45
<p>Wir wollen die Rechtsposition der Patientinnen und Patienten im Falle eines Behandlungsfehlers verbessern und sie bei der Durchsetzung ihrer Rechte unterstützen.</p>	50
<p>Auch die Kompetenz und die Erfahrungen von Patientinnen und Patienten sollen über ihre Vereine und Verbände für die Gestaltung und Weiterentwicklung unseres Gesundheitssystems stärker genutzt werden.</p>	55
<p>Der öffentliche Gesundheitsdienst wird gestärkt und soll als unabhängiger Akteur Aufgaben wie Prävention und Früherkennung von Krankheiten, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, übernehmen.</p>	60
<p>9. Für eine umfassende Pflegereform</p>	60
<p>Wir brauchen eine Neuausrichtung des Leitbilds der Pflege: Es geht darum die vorhandenen Potenziale der Pflegebedürftigen zu stärken und ihnen eine Teilhabe zu ermöglichen. Die Vermeidung, bzw. die Hinausschiebung von Pflegebedürftigkeit muss zukünftig im Zentrum einer neuen Pflegepolitik stehen. – Deshalb muss endlich auch ein wirklich durchsetzbarer Rechtsanspruch auf Prävention und Rehabilitation vor und bei Pflege geschaffen werden.</p>	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Solange es das Nebeneinander von Kranken- und Pflegeversicherung gibt, brauchen wir verbindliche Ablaufvorgaben, aber auch Anreize zur Präventions- und Rehabilitationsfinanzierung bei der Krankenversicherung. Alles was der Pflegevermeidung bzw. der</p> <p>5 Hinausschiebung oder zur Minderung der Auswirkungen beiträgt, sollte die Pflegeversicherung mit finanzieren. Wir werden hierzu konkrete gesetzliche Vorgaben machen.</p> <p>Eine Reform der Pflege muss mehr sein, als eine Reform der Pflegeversicherung. Wir brauchen eine gesamtgesellschaftliche Neuausrichtung aller Politikfelder auf die Herausforderungen einer</p> <p>10 älter werdenden Bevölkerung. Wir brauchen nationale und kommunale Programme um das Wohnen und das Wohnumfeld alters- und altersgerecht gestalten zu können. Wir brauchen ein nationales Programm zur flächendeckenden Einführung alltagsunterstützender technischer Assistenzsysteme, die ergänzend zur persönlichen</p> <p>15 Hilfe, das Leben hilfebedürftiger Menschen in der eigenen Häuslichkeit möglichst lange sichern helfen. Die Hilfsmittelkataloge in SGB V und XI müssen um sinnvolle technische Hilfen erweitert und die Wohnraumanpassungsförderung durch die Pflegeversicherung muss um den Einbau technischer Hilfesysteme ergänzt und auch als präventives Instrument definiert werden (z.B. Sturzprophylaxe), damit alle bedürftigen Menschen in den Genuss derartiger Hilfen kommen können. Wir wollen mit diesen Maßnahmen das selbständige und unabhängige Leben möglichst vieler Menschen</p> <p>20 möglichst lange sichern helfen.</p> <p>Weil es keinen pflegebedürftigen Menschen gibt, der nicht auch multimorbid ist und weil gerade chronische Erkrankungen ein hohes Pflegebedürftigkeitsrisiko in sich bergen, wollen wir die medizinische und pflegerische Versorgung enger miteinander verzahnen und die Ausbildung der Ärztinnen und Ärzte, aber auch aller anderen Gesundheitsberufe, insbesondere bezüglich geriatrischer und gerontopsychiatrischer Kompetenz verbessern.</p> <p>25 Die solidarische Absicherung der Pflegerisiken und die Verhinderung von Zwei-Klassen-Pflege bleibt unser Hauptanliegen. Wir wollen passgenauere Pflegeleistungen durch einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und eine bessere Unterstützung für pflegende und versorgende Angehörige. Dazu gehört auch die tatsächliche Realisierung des Rechtsanspruches auf Case und Care Managements für pflegebedürftige Menschen bzw. ihre Angehörigen,</p> <p>30 fachlich kompetent und unabhängig. Ebenso sind mehr bezahlbare, flexibel nutzbare Dienstleistungen zur Aufrechterhaltung einer eigenen Haushaltsführung notwendig, die auch eine 24Stunden-Versorgung in der eigenen Häuslichkeit ermöglichen.</p> <p>Es ist unstrittig, wir brauchen zukünftig in Deutschland mehr Geld für Pflege. Dies aufzubringen ist nur möglich, wenn wir mehr statt weniger Solidarität ermöglichen und einfordern. Die Eigenbeiträge der Pflegebedürftigen bzw. ihrer Angehörigen zur Sicherstellung einer adäquaten Pflegeversorgung steigen, ebenso die Anteile der örtlichen und überörtlichen Sozialhilfeträger. Die Grenzen der Leistungsfähigkeit sind vielfältig erreicht. Der Mehr-Klassen-Medizin folgt zwischenzeitlich bereits die Mehr-Klassen-Pflege. Dies kann so nicht weitergehen.</p> <p>35 Wir brauchen deshalb schnellstens die „Bürgerversicherung in der Pflege“ mit der Generierung von mehr Geld für Pflege und Versorgung. Weil wir auch endlich mehr „Gesamtverantwortung für Medizin, Pflege und Alltagsversorgung“, möglichst verlässlich organisiert und koordiniert brauchen und Prävention und Rehabilitation ohne Zugangshürden für alle erreichbar sein müssen, prüfen wir auch unvoreingenommen die Vorschläge zu einer Pflegevollversicherung. Wir wissen, dass gerade eine Vollversicherung eine sachgerechte Leistungs- und Inanspruchnahmesteuerung braucht und werden deshalb auch diese Instrumente mit entwickeln müssen, bevor eine solche Versicherung ihre Leistungen anbieten kann. Wir wollen die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessern.</p> <p>40 Mit einer flexiblen Pflegezeit, die mit Rechtsanspruch auf Job-Rückkehr und Lohnersatzleistung ausgestattet ist, wollen wir Angehörigen helfen, die Pflegesituation zu gestalten. Dazu gehören auch der Ausbau der Pflegeberatung, sowie bessere Pflegeleistungen</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>gen und bezahlbare Dienstleistungen im Haushalt, die die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf weiter voranbringen. Wir wollen hierzu die Pflegeforschung weiter stärken und mit der Teilhabe – und Versorgungsforschung vernetzen.</p>	1
<p><i>Antragsbereich V.A</i> <i>Antrag 6</i></p>	5
<p><i>Landesverband Bayern</i></p>	10
<p><i>Für eine solidarische Bürgerversicherung</i></p>	<p><i>V.A6</i> <i>Für eine solidarische Bürgerversicherung</i></p>
<p>Die SPD steht für eine solidarische Bürgerversicherung. Für diese Position haben wir in den vergangenen zwei Bundestagswahlkämpfen viel Zustimmung erhalten. In die nächsten Wahlkämpfe ziehen wir mit einem konkret ausgearbeiteten Konzept. Für uns sind folgende Ziele für eine gerechte Reform der Gesundheitsvorsorge maßgebend:</p>	15
<p>Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin: Die Art und Schnelligkeit der Behandlung soll sich nicht an der Krankenversicherungskarte entscheiden. Wir wollen ein einheitliches Versicherungssystem mit einer solidarischen Bürgerversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger.</p>	20
<p>Gerechte Beiträge: Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger gerechte Beiträge je nach ihrer Leistungsfähigkeit zahlen.</p>	25
<p>Mehr Nachhaltigkeit in der Finanzierung: Die Teilhabe am medizinischen Fortschritt für alle muss durch eine langfristig tragfähige Finanzierung gesichert werden.</p>	30
<p>Soziale Sicherung für kleine Selbstständige: Solo-Selbstständige mit geringem Einkommen dürfen nicht durchs Netz fallen sondern müssen mit fairen Beiträgen versichert werden.</p>	35
<p><u>A. Zentrale Elemente einer Bürgerversicherung</u></p>	
<p>Zentrale Elemente des Konzepts für eine soziale Bürgerversicherung sind:</p>	
<p>Die Bürgerversicherung wird nach den Prinzipien der heutigen gesetzlichen Krankenversicherung mit Sachleistungsprinzip, Kontrahierungszwang, ohne Risikoprüfung arbeiten und einkommensabhängigem Beitrag arbeiten. Private Anbieter dürfen sie anbieten, aber nur zu diesen gleichen Rahmenbedingungen.</p>	40
<p>Alle heute gesetzlich Versicherten und alle künftigen Krankenversicherten werden automatisch Mitglied der Bürgerversicherung. In Zukunft gibt es nur noch die Bürgerversicherung als Krankenvollversicherung. Das gilt auch für Beamte und Selbstständige.</p>	45
<p>Bestandsversicherte der PKV bekommen - unabhängig von Alter und Gesundheitszustand – eine Wahloption, ob sie in die Bürgerversicherung wechseln wollen oder in ihren bestehenden PKV-Verträgen verbleiben. Bei einem Wechsel in die Bürgerversicherung erfolgt die Mitnahme der Alterungsrückstellungen im verfassungsrechtlich zulässigen Rahmen.</p>	50
<p><u>B. Finanzierung der Bürgerversicherung</u></p>	
<p>Wir unterstützen den Vorschlag des Parteivorstands, drei Beitragsäulen zur Finanzierung der Bürgerversicherung einzuführen:</p>	55
<p>1. Bürgerbeitrag</p>	
<p>Beitragsgrundlage der Gesetzlichen Krankenversicherung waren bisher ausschließlich Arbeitnehmereinkommen und Renten. Die Bürgerversicherung bezieht als neue Einkunftsarten Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit sowie Beamtenbezüge ein.</p>	60
<p>Der Bürgerbeitrag wird auf Einkommen aus selbstständiger und unselbstständiger Tätigkeit erhoben.</p>	65
<p>Die Krankenkassen setzen den Bürgerbeitragsatz selbstständig fest.</p>	
<p>Die Familienmitversicherung bleibt erhalten.</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Zusatz- und Sonderbeitrag sowie die Praxisgebühr werden abgeschafft.</p> <p>2. Arbeitgeberbeitrag:</p> <p>5 Die Arbeitgeber werden wieder in gleichem Maße zur Finanzierung der Krankenversicherung herangezogen wie die Arbeitnehmer. Damit wird die – nominale – Parität der Finanzierung wieder hergestellt.</p> <p>10 Der Arbeitgeberanteil wird zukünftig nicht mehr am Einkommen des Versicherten sondern als prozentualen Anteil an allen steuerpflichtigen Lohnzahlungen – unabhängig von Beitragsbemessungsgrenzen bemessen. Dadurch werden Unternehmen, die höhere Gehälter zahlen, stärker an der Finanzierung beteiligt.</p> <p>15 3. Dynamisierter Steuerbeitrag:</p> <p>Der bestehende Steuerzuschuss zur Krankenversicherung wird zu einem Steuerbeitrag und entsprechend dem Verfahren in der Renten- und Arbeitslosenversicherung dynamisiert. Die Mittel werden hauptsächlich aus einer Erhöhung der Einkommenssteuer für hohe</p> <p>20 Einkommen sowie der Abschaffung der Abgeltungssteuer für Kapitaleinkünfte geschöpft. Solange die Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte nicht abgeschafft ist, wird der Beitragssatz auf Kapitaleinkünfte zusammen mit der Abgeltungssteuer abgeführt, für die Festsetzung des individuellen Beitragssatzes und die Zuweisung</p> <p>25 der Einnahmen an die jeweilige Versicherung wird das Verfahren zur Erhebung der Kirchensteuer auf Kapitaleinkünfte analog angewandt.</p> <p><u>C. Ungerechte Belastungen verhindern</u></p> <p>30 Die Bürgerversicherung wird eine Versicherung für alle heute gesetzlich Versicherten, für alle Bürgerinnen und Bürger, die neu ins Arbeitsleben treten – also auch Selbstständige und Beamte – und für alle heute privat Versicherten, die die Wahloption während des ersten Jahres wahrnehmen und in die Bürgerversicherung wechseln. Weil die heute privat Versicherten Bestandsschutz genießen,</p> <p>35 wird das System der PKV – mit abnehmender Bedeutung und sinkender Versichertenzahlen – über Jahrzehnte weiterbestehen. Als Bemessungsgrundlage des Bürgerbeitrags soll vorerst ausschließlich das Arbeitseinkommen dienen. Eine Einbeziehung von anderen Einkunftsarten wie Einkünften aus Vermietung und</p> <p>40 Verpachtung würde auf viele Jahre hinaus nicht die wirklich Reichen treffen – die in der Privatversicherung Bestandsschutz genießen – sondern fast ausschließlich die Mittelschicht: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die bisher gesetzlich pflichtversichert waren</p> <p>45 oder solche mit überdurchschnittlichem Einkommen, die freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung geblieben sind. Die notwendige stärkere Einbeziehung der Spitzenverdiener in die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme muss – neben dem langfristigen Auslaufen der Privatversicherung – vor allem über</p> <p>50 die Steuerpolitik sichergestellt werden. Dort kann eine leistungsgerechte Belastung vor allem auch der weiterhin privat versicherten wesentlich zielgenauer erreicht werden. Eine übermäßige Belastung solidarischer Mittelschichten könnte dagegen die Durchsetzungsfähigkeit des Reformprojekts Bürgerversicherung insgesamt</p> <p>55 gefährden. Wir setzen uns darüber hinaus für die in vielen anderen Ländern bereits bewährte Positivliste ein. Mit über 50 000 Medikamenten sind wir in Deutschland weltweit Spitzenreiter im Pharmabereich. Der ausufernde Medikamentenmarkt bedarf dringend einer sinnvollen Begrenzung, um hierdurch günstigere Preise zu erreichen.</p> <p><u>D. Notwendige Ergänzungen des Konzepts</u></p> <p>Die SPD begrüßt das vom Parteivorstand vorgelegte Konzept der Bürgerversicherung grundsätzlich, sieht aber an zwei Punkten Ergänzungsbedarf, um den Anspruch einer gerechten Finanzierung sicherzustellen:</p> <p>65 Privatversicherte Arbeitnehmer in die Berechnung des Arbeitgeberanteils einbeziehen:</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Der Arbeitgeberbeitrag soll zukünftig als prozentualer Anteil an allen steuerpflichtigen Lohnzahlungen berechnet werden. Im Gegensatz zum Konzept des Parteivorstands muss hier aber die gesamte Summe steuerpflichtiger Lohnzahlungen und nicht nur die der Bürgerversicherten einbezogen werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass auch Branchen, die noch auf Jahrzehnte einen hohen Anteil an gut verdienenden Privatversicherten beschäftigen, angemessen in die Finanzierung einbezogen werden.</p> <p>Anpassung der Beitragsbemessungsgrenze: Die stärkere Einbeziehung höherer Einkommen in die Finanzierung der Krankenversicherung muss vorwiegend über den dynamisierten Steuerbeitrag geleistet werden. Sollte das nicht ausreichen, ist eine schrittweise Modifizierung der Beitragsbemessungsgrenze bzw. eine gewinnbezogene Umstrukturierung des Arbeitgeberbeitrags der Beitragsbemessungsgrenze zu prüfen.</p> <p>Die SPD steht für ein sozial gerechtes und realistisches Bürgerversicherungskonzept. Wir wollen auf dem SPD-Bundesparteitag die notwendigen Ergänzungen durchsetzen, die Bürgerinnen und Bürger für unser Konzept gewinnen und die Bürgerversicherung so bald wie möglich in der Regierungsverantwortung einführen.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p>
<p><i>Antragsbereich V.A</i> <i>Antrag 7</i></p> <p><i>Bezirk Hessen-Süd</i></p>	<p><i>V.A7</i></p> <p>25</p>
<p><i>Krankenhäuser müssen jederzeit für alle Patienten zugänglich sein</i></p> <p>Die privaten Arztpraxen sind terminlich – nach eigenen Angaben – so überlastet, dass sie normalen Kassenpatienten keine zeitnahen Behandlungstermine nach Eintritt der Erkrankung anbieten können (oder auch wollen). Krankenhäuser verfügen über ausreichende Kapazitäten, diesem Terminmangel abhelfen zu können. Derzeit dürfen sie solche allgemeinen Behandlungen gesetzlich geregelt nicht durchführen.</p>	<p><i>Krankenhäuser müssen jederzeit für alle Patienten zugänglich sein</i></p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p> <p>30</p> <p>35</p>
<p><i>Antragsbereich V.A</i> <i>Antrag 8</i></p> <p><i>Ortsverein Rissen-Sülldorf</i> <i>(Landesorganisation Hamburg)</i></p>	<p><i>V.A8</i></p> <p>40</p> <p>45</p>
<p><i>Vorteilsbezogene Steuerung in der medizinischen Versorgung: Berufsgruppen übergreifende gesetzliche Regelung</i></p> <p>Die SPD wird aufgefordert sich in ihrem Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2013 für eine Bundesratsinitiative zu einer berufsübergreifenden gesetzlichen Regelung gegen die Vorteilsbezogene Steuerung in der medizinischen Versorgung einzusetzen. Ziel ist es, durch eine Änderung des Strafgesetzbuches die gesetzliche Voraussetzung dafür zu schaffen, dass Fälle der Steuerung der medizinischen Versorgung durch die Vorteilsnahme von im Gesundheitswesen tätigen Personen und Organisationen erkannt, aufgedeckt und geahndet werden können.</p>	<p><i>Vorteilsbezogene Steuerung in der medizinischen Versorgung: Berufsgruppen übergreifende gesetzliche Regelung</i></p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

1 **Antragsbereich V.A**
Antrag 9

5 **Ortsverein Regensburg-Osten**
(Landesverband Bayern)

Rezeptfreie Abgabe der Pille danach

10 Auch in Deutschland muss es für Frauen endlich möglich sein,
schnell und unkompliziert Zugang zu Notfallverhütung zu bekom-
men. Mit der sogenannten Pille danach (mit dem Wirkstoff Levon-
orgestrel) steht ein Medikament zur Verfügung, das insbesondere
in den ersten 24 Stunden nach einem ungeschützten Geschlechts-
verkehr wirksam vor einer ungewollten Schwangerschaft schützen
15 kann.

Derzeit darf die Pille danach nur auf Rezept abgegeben werden.
Das bedeutet, dass bei Verhütungspannen, die ja nicht selten abends
oder am Wochenende auftreten, ein Hindernislauf beginnt. Frauen
müssen dann für die Pille danach ins Krankenhaus – aber es darf
20 keines in kirchlicher Trägerschaft sein, denn dort ist den Ärztinnen
und Ärzten die Verschreibung der Pille danach vom Dienstherren
verboten[1]. In vielen Städten und Regionen sind die Krankenhäuser
aber überwiegend oder ausschließlich in kirchlicher Hand.

Medizinisch besteht keine Notwendigkeit, die Pille danach nur auf
25 Rezept abzugeben. In 28 europäischen Ländern wird die Pille da-
nach rezeptfrei abgegeben, die Erfahrungen damit sind positiv. Das
zuständige Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte
(BfArM) hat schon im Jahr 2003 die rezeptfreie Abgabe der Pille
danach empfohlen. Auf diese Weise könnten Frauen die Pille da-
30 nach in der Apotheke bekommen, zusammen mit der erforderlichen
Beratung.

Die Pille danach ist gut verträglich und wirkt umso besser, je
schneller nach dem ungeschützten Geschlechtsverkehr sie ein-
genommen wird. Die Pille danach ist keine Abtreibungspille, sie
35 wirkt nicht bei bestehender Schwangerschaft, sondern sie verhin-
dert den Eisprung, ähnlich wie die Pille.

Das Bundesgesundheitsministerium muss endlich eine Verordnung
zur Aufhebung der Rezeptpflicht für die Pille danach erlassen. Wir
schließen uns damit einer Kampagne des pro familia-Bundesver-
bands an. Frauen dürfen nicht aus ideologischen, medizinfremden
40 Gründen am Zugang zu Notfallverhütung gehindert werden.

[1] Außer es handelt sich um eine Vergewaltigung, für diesen Fall
hat die Deutsche Bischofskonferenz im Februar 2013 eine Ausnah-
45 meregelung beschlossen.

50 **Antragsbereich V.A**
Antrag 10

Bezirk Hessen-Süd

Gute Arbeit auch in der Pflege -
Ärztliche Honorare für Hausbesuche

55 Die SPD fordert, dass Ärzten für Hausbesuche bei immobilen Pati-
enten ein zusätzliches Honorar gezahlt wird, dessen Höhe noch zu
bestimmen ist.

60

65

V.A9

Rezeptfreie Abgabe der Pille danach

Erledigt durch Beschlusslage SPD-Bundestagsfraktion
Überweisung an den ordentlichen Bundestag 2013

V.A10

Gute Arbeit auch in der Pflege -
Ärztliche Honorare für Hausbesuche

Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>» Anträge zum Kapitel V.2: Gute Arbeit, gute Rente «</p> <p><i>Antragsbereich V.A</i> <i>Antrag II</i></p> <p><i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i></p> <p><i>Gute Arbeit schützt vor Altersarmut</i></p> <p>Altersarmut ist weiblich. Die Gründe hierfür liegen in der immer noch typisch weiblichen Erwerbsbiographie, deren Nachteile sich im Alter kumulieren und sich sehr nachteilig auf die Altersbezüge auswirken.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Frauen erhalten für gleich(wertig)e Arbeit in der Regel weniger Lohn als Männer, EU-weit 16,4% weniger. Deutschland rangiert nach jüngsten OECD-Erhebungen mit 22% auf dem letzten Platz der europäischen Länder. • Frauen unterbrechen oder reduzieren aufgrund unzureichender Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und familiärer Sorge ihre Erwerbstätigkeit weit häufiger, um Familienarbeit zu leisten, Kinder zu erziehen und nahe Angehörige zu pflegen • Teilzeitarbeit wird trotz des Verbots im Teilzeit- und Befristungsgesetz schlechter bezahlt als Vollzeitarbeit. • Nur etwa jede zweite Frau arbeitet in Vollzeit - die Arbeitszeit bei Teilzeitarbeit beträgt im Durchschnitt 18 Stunden pro Woche • 62% der über 7 Millionen sozial un abgesicherten MinijobberInnen sind Frauen. • Frauen arbeiten häufiger in kleinen Unternehmen, die selbst bei Tarifbindung schlechter bezahlen als größere Unternehmen der gleichen Branche. <p>Diese Erwerbsbiographien führen zu deutlich niedrigeren Renten im Alter, denn die gesetzliche Rente ist das Spiegelbild des Erwerbslebens. Diese Ungleichheit insbesondere aufgrund des geringeren Einkommens und der weit verbreiteten Teilzeitarbeit wird noch durch das 3-Säulen-System und die beschlossene Niveau-Abenkung verschärft.</p> <p>Frauen erwerben weniger und wenn geringere Anwartschaften auf eine Betriebsrente. Frauen sind seltener in Großunternehmen, wo Betriebsräte gute Betriebsrentensysteme ausgehandelt haben, beschäftigt, sondern vermehrt in Klein- und Mittelunternehmen. Hier fehlt es besonders an arbeitgeberfinanzierten Systemen. Wer keinen Arbeitgeber hat, der die Beiträge für die spätere Betriebsrente finanziert, muss eigenes Geld aufbringen. Dies fehlt Frauen, die von ihrem Lohn oftmals schon nicht leben können. Für den Aufbau einer tragfähigen zusätzlichen Altersversorgung fehlen ihnen zu meist die Mittel. Zwar nutzen mehr Frauen als Männer die Riester-Förderung, jedoch mit geringeren Zahlbeträgen, die zu geringeren Renten führen. Zudem gab es bis 2005 noch keine Unisex-Tarife, so dass Frauen, die seit Beginn der Riester-Förderung (2002) private Altersvorsorge betrieben haben, für denselben finanziellen Aufwand weniger monatliche Riester-Rente erhalten werden.</p> <p>Das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung (vor Steuern, gemessen an der sog. Standardrente nach 45 Versicherungsjahren) wurde in den vergangenen Jahren bereits abgesenkt und wird bis zum Jahr 2030 nach derzeitiger Gesetzeslage des Bundes wahrscheinlich auf 43 % sinken. Frauen können meistens diese Absenkung noch weniger als Männer durch private oder betriebliche Altersvorsorge aus den zuvor genannten Gründen kompensieren.</p> <p>Die steigende Erwerbsorientierung der Frauen in Westdeutschland führt zwar zu steigenden Rentenanwartschaften. Diese reichen aber für eine eigenständige und auskömmliche Rente in den meisten Fällen nicht aus. In Ostdeutschland hingegen werden wegen der gebrochenen Erwerbsbiographien die Frauenrenten in der Zukunft sinken. Hinzu kommt, dass in Zukunft wegen der hohen Scheidungsraten mehr Frauen als bisher im Alter nur auf ihre eigene Rente zurück greifen können. Deshalb wird sich die Altersarmut in den nächsten Jahren verschärfen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung ignoriert dieses Problem. Sie lässt gerade Frauen im Regen</p>	<p><i>V.AII</i></p> <p><i>Gute Arbeit schützt vor Altersarmut</i></p> <p>Erledigt durch Beschlussfassung vom 24.11.2012 Parteikonvent II, dort als AR 5 geführt.</p>
	1
	5
	10
	15
	20
	25
	30
	35
	40
	45
	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 stehen. Alle Versuche, Frauenaltersarmut aufzugreifen – wie dies im Rentendialog angeblich beabsichtigt war – entpuppen sich als wahltaktische Manöver und gehen die Probleme nicht ernsthaft an. Unsere Forderung ist deshalb klar: Wir wollen eine eigenständige 5 Alterssicherung von Frauen, die lebensstandardsichernd ist und vor Altersarmut schützt. Dauerhafte, sozial abgesicherte, angemessen entlohnte und Existenz sichernde Arbeit ist die Voraussetzung für ein sozial abgesichertes Leben im Alter.</p> <p>Wenn wir an der Grundsystematik unserer Alterssicherung, die 10 möglichst lückenlose Vollzeit-Erwerbsverläufe für eine auskömm- liche Altersversorgung voraussetzt, festhalten wollen, müssen für die Zukunft die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass Frauen diese Voraussetzungen auch erfüllen können. Dies beinhaltet auch, dass Zeiten der familiären Sorge, der Weiterquali- 15 fizierung und einer dafür ggfs. notwendigen moderaten Arbeits- zeitverkürzung nicht nur mit Lohnersatzleistungen sondern auch rentenrechtlich abgesichert werden. Für die zurück liegenden Er- werbszeiten muss ein steuerfinanzierter Nachteilsausgleich stattfin- den.</p> <p>20 Auf dem SPD-Parteitag im Dezember 2011 wurden bereits wich- tige Maßnahmen beschlossen, die Frauen und Männer diesem Ziel näher bringen, wie z.B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Schaffung einer veränderten Arbeitskultur durch familienge- 25 rechte Vollzeit und Verbesserung von befristeten Teilzeitmodel- len für beide Geschlechter; • Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns; • das Aussetzen der „Rente ab 67“ bis die 60-bis 64-jährigen zu 50% sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind; • die Verlängerung der Rente nach Mindestentgeltpunkten für 30 langjährig Versicherte mit niedrigem Einkommen; • die individuelle Höherbewertung von Zeiten der Langzeitarbeits- losigkeit; • die Verlängerung der Zurechnungszeiten und der Verzicht auf Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente • Verbesserungen bei Rehabilitation und Wiedereingliederung. <p>35 Diesen Forderungen schließen wir uns an. Wir gehen von einem modernen Frauen- und Familienbild aus, das auf ökonomische und soziale Eigenständigkeit von Frauen und auf partnerschaftliche Teilung von Beruf und familiärer Sorge ausge- 40 richtet ist. Dies erfordert eine Veränderung der Rahmenbedingungen in fast allen Bereichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes • gesetzliche Durchsetzung der Entgeltgleichheit 45 • Einführung einer Mindestquote von 40% für beide Geschlechter für Aufsichtsräte und Vorstände • bessere Aufstiegschancen für Frauen durch ein Gleichstellungs- gesetz für die Privatwirtschaft • Umstieg vom Ehegattensplitting auf Individualbesteuerung 50 • geschlechtergerechte Ausgestaltung des Elterngeldes • Einführung eines als Lohnersatzleistung und geschlechtergerecht ausgestalteten 1000-Stunden-Budgets zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf • Rechtsanspruch auf befristete vollzeitnahe Teilzeit bei Kinderer- 55 ziehung, Pflege und/oder Qualifizierung • Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung für Kinder ab dem 1. Geburtstag • Beseitigung der prekären Beschäftigung <p>Unser Leitbild, das auf ökonomische und soziale Eigenständigkeit 60 von Frauen und auf partnerschaftliche Teilung von Beruf und fa- miliärer Sorge ausgerichtet ist, erfordert auch Veränderungen im Rentenrecht. Für uns bleibt die gesetzliche Rente das tragende Fun- dament einer Lebensstandard sichernden Altersversorgung. Wir sind uns bewusst, dass gerade im Rentenrecht Veränderungen 65 immer auch die getroffenen und nicht mehr revidierbaren Lebens- entscheidungen von Menschen im Blick haben müssen. Deshalb müssen die Menschen auch Zeit haben sich auf die Veränderungen</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>einstellen zu können. Dies gilt insbesondere für Veränderungen bei der Hinterbliebenenversorgung.</p>	1
<p>Wir wollen in einem ersten Schritt:</p>	
<ul style="list-style-type: none"> • das heutige Rentenniveau von knapp 52% festschreiben. Dies bringt ein Steigen des Rentenversicherungsbeitrages auf 24 Prozent bis 2030 mit sich. 	5
<ul style="list-style-type: none"> • die Pflegezeiten besser bewerten (Finanzierung über Pflegeversicherung und Steuern) 	
<ul style="list-style-type: none"> • ein obligatorisches Rentensplitting für während der Ehe erworbene Anwartschaften einführen. 	10
<ul style="list-style-type: none"> • alle Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen, die nicht bereits in einem der gesetzlichen Rentenversicherungen vergleichbaren System versichert sind. 	
<p>Wir wollen die Rentenversicherung Schritt für Schritt in eine Erwerbstätigenversicherung erweitern, in der alle Erwerbstätigen, auch Beamtinnen und Beamte, Abgeordnete mit einbezogen werden. Wenn die strukturellen Benachteiligungen der Frauen am Arbeitsmarkt vollständig abgebaut sind, muss die Ausgestaltung der Hinterbliebenenrente überprüft werden.</p>	15
<p>Wir wollen die Unterschiede in Ost und West überwinden. Wer heute ein Kind in den alten Bundesländern erzieht, erwirbt eine höhere Rentenanwartschaft als wenn er oder sie es in den neuen Bundesländern erzöge. Wer ein Jahr einen Menschen in der Pflegestufe 1 pflegt, erwirbt eine Anwartschaft von 6,30 € in Ost und 7 € in West. Deshalb wollen wir für Kindererziehungszeiten und Pflegezeiten die Rentenanwartschaften Ost auf das Westniveau anheben.</p>	20
<p>Die gesetzliche Rentenversicherung muss auch in Zukunft die tragende Säule der Alterssicherung bleiben. Eine weitere Ausdehnung der kapitalgedeckten Säulen zu Lasten der gesetzlichen Rentenversicherung lehnen wir ab.</p>	25
<p>Die 2004 zusammen mit Einführung der Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors beschlossene Absenkung des Rentenniveaus (vor Steuern; gemessen an der sog. Standardrente nach 45 Versicherungsjahren) von heute knapp 52 % auf 46 % im Jahr 2020 und von 43 % im Jahr 2030 wird vor allem noch mehr Frauen mit ihren ohnehin schon niedrigeren Ansprüchen in die Grundsicherung führen. Da Frauen in deutlich geringerem Umfang in der Lage waren selbst zusätzliche Altersvorsorge über die zweite und dritte Säule aufzubauen, wiegt die Niveauabsenkung in der gesetzlichen Rente umso schwerer.</p>	30
<p>Deshalb wollen wir eine Korrektur der Rentenanpassungsformel, um das Rentenniveau anzuheben und Verbesserungen gerade für Frauen zu erreichen.</p>	40
<p>Darüber hinaus dürfen der Rentenversicherung nicht noch mehr Beitragsmittel entzogen werden. Die Beitragssatzsenkung zum 1.1.2012 war der falsche Schritt – und die schwarz-gelbe Bundesregierung beabsichtigt weitere Beitragssatzsenkungen zum 1.1.2013. Wir brauchen keine Absenkungen des Beitragssatzes; dies entlastet nur die Arbeitgeber und führt langfristig zu noch mehr Altersarmut. Im Gegenteil – die Rentenversicherung braucht für die von uns geforderten Leistungsverbesserungen mehr Geld. Ein Teil kann bereits erreicht werden, indem der Rentenbeitrag nicht gesenkt wird.</p>	45
<p>Deshalb ist ein in einem ersten Schritt die Obergrenze für die Nachhaltigkeitsrücklage, die dann zur Senkung des Beitragssatzes führt, wenn das 1,5-fache einer Monatsausgabe erreicht wird, zu streichen. Diese Grenze verhindert, dass eine gute wirtschaftliche Entwicklung Leistungsverbesserungen ermöglicht. Sie ist deshalb abzuschaffen.</p>	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Antragsbereich V.A Antrag 12</p> <p><i>Landesverband Berlin</i></p> <p>5 Riester-Rente / Bestandsschutz</p> <p>Bei der Neugestaltung bzw. Überarbeitung der Riester-Rente ist ein Bestandsschutz der bestehenden Verträge sicherzustellen. Die Sicherstellung der staatlichen Bezuschussung der bestehenden Verträge soll im SPD-Wahlprogramm 2013 niedergeschrieben werden.</p>	<p>V.A12</p> <p>Riester-Rente / Bestandsschutz</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>15 Antragsbereich V.A Antrag 13</p> <p><i>Ortsverein FR-Stühlinger</i> <i>(Landesverband Baden-Württemberg)</i></p> <p>20 Beitragsbemessungsgrenzen in der Kranken / Rentenversicherung</p> <p>Die SPD fordert die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenzen, sowohl für die Beiträge für die Kranken- als auch für die Rentenversicherung. Für die Auszahlung der Rente soll eine Deckelung nach Schweizer Vorbild installiert werden.</p>	<p>V.A13</p> <p>Beitragsbemessungsgrenzen in der Kranken / Rentenversicherung</p> <p>Ablehnung</p>
<p>30 Antragsbereich V.A Antrag 14</p> <p><i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>35 Erhalt der Regelungen zur Betrieblichen Altersversorgung</p> <p>Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, einen Entschließungsantrag zu verabschieden, der die Bundesregierung auffordert, die betriebliche Altersversorgung in Deutschland in ihrem gegenwärtigen Stand beizubehalten. Insbesondere darf die von der EU-Kommission geplante Vorschrift zur Erhöhung der Eigenmittel nicht realisiert werden.</p>	<p>V.A14</p> <p>Erhalt der Regelungen zur Betrieblichen Altersversorgung</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>45 Antragsbereich V.A Antrag 15</p> <p>50 <i>Ortsverein Gleichen</i> <i>(Bezirk Hannover)</i></p> <p>Betriebliche Altersvorsorge</p> <p>55 Die von der SPD angedachte staatlich geförderte betriebliche Altersvorsorge soll unter dem Dach der gesetzlichen Rentenversicherung angesiedelt werden. Um die Verwaltungskosten so gering wie möglich zu halten, könnte man die Vermögensverwaltung dem weltgrößten Anbieter „PIMCO“ anvertrauen. PIMCO –Tochter der Allianz Gruppe- verwaltet ca. 2000 Milliarden Dollar, insbesondere für öffentliche und private Pensionskassen.</p> <p>65</p>	<p>V.A15</p> <p>Betriebliche Altersvorsorge</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p><i>Antragsbereich V.A</i> Antrag 16</p>	<p>V.A16 1</p>
<p><i>Kreisverband Saalekreis</i> <i>(Landesverband Sachsen-Anhalt)</i></p>	<p>5</p>
<p>Neuregelung der Intelligenzrente</p>	<p>Neuregelung der Intelligenzrente</p>
<p>Die SPD setzt sich dafür ein, dass in das Bundestagswahlprogramm für die Bundestagswahl ein Passus aufgenommen wird, dass in der kommenden Legislaturperiode die Anerkennung der so genannten Intelligenzrente der DDR auch für Naturwissenschaftler ohne Ingenieur-Titel gesetzlich geregelt wird.</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK 10</p>
<p>» Sonstige Anträge zum Kapitel V «</p>	<p>15</p>
<p><i>Antragsbereich V.A</i> Antrag 17</p>	<p>V.A17 20</p>
<p><i>Ortsverein Bünde-Südlengern</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p>	<p>25</p>
<p>Eine für Alle - Bürgerversicherung einführen und ausweiten</p>	<p>Eine für Alle - Bürgerversicherung einführen und ausweiten</p>
<p>Der SPD-Bundesparteitag beschließt die Bürgerversicherung nicht nur in der Krankenversicherung zu fordern. Zukünftig sollen neben Arbeitnehmern auch Beamte in die Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung einzahlen.</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK 30</p>
<p><i>Antragsbereich V.A</i> Antrag 18</p>	<p>V.A18 35</p>
<p><i>Ortsverein Hünxe</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p>	<p>40</p>
<p>Sozialversicherungen</p>	<p>Sozialversicherungen</p>
<p>Wir wollen die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenzen in der Krankenversicherung und in der Rentenversicherung. Wir fordern gesetzliche Krankenversicherung für alle! Wir fordern gesetzliche Rentenversicherung für alle!</p>	<p>Ablehnung 45</p>
<p><i>Antragsbereich V.A</i> Antrag 19</p>	<p>V.A19 50</p>
<p><i>Arbeitsgemeinschaft von SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen</i></p>	<p>55</p>
<p>Kollektive und individuelle Rechte von Patientinnen und Patienten stärken</p>	<p>Kollektive und individuelle Rechte von Patientinnen und Patienten stärken</p>
<p>In der sozialdemokratischen Gesundheitspolitik haben die Rechte von Patientinnen und Patienten große Bedeutung. Die SPD hat deshalb in ihrer Regierungszeit verstärkt Patientenrechte im Gesundheitssystem verankert, insbesondere die Einrichtung des Institutes für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG), die Einführung von qualitätsgesicherten Früherkennungsuntersuchungen, beginnend mit dem Mammografiescreening, Mitberatungs- und Antragsrechte für Patientenvertreter im gemeinsamen Bundesausschuss, die Installierung einer unabhängigen Patientenberatung, die rechtliche Verbindlichkeit von Pati-</p>	<p>Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag 60 65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 entenverfügungen, sowie die Schaffung des Amtes der oder des Patientinnenbeauftragten der Bundesregierung. Patientinnen und Patienten fühlen sich dennoch häufig als Bittstel- 5 ler im Gesundheitssystem und sind im Konfliktfall gegenüber den Leistungserbringern und den Krankenkassen häufig unterlegen. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten von Patienten auf individuel- ler und kollektiver Ebene im Gesundheitssystem sind nicht aus- reichend. Ein modernes Patientenrechtegesetz muss deswegen nicht nur das 10 bisher bestehende Recht zusammenführen und auf Vollzugsdefi- zite reagieren. Die Patientenrechte sind weiter zu entwickeln. Es sind z.B. die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Rechts- anspruch der Patientinnen und Patienten auf zeitnahe, qualitativ gute und sichere Behandlung tatsächlich erfüllt wird. 15 Patientinnen und Patienten sollen dabei von Betroffenen zu Betei- ligten werden. Das setzt auf individueller Ebene eine umfassende Aufklärung der Patientinnen und Patienten durch die behandelnden Ärzte voraus, einschließlich diagnostischer und therapeutischer Alternativen. Partnerschaftliche Entscheidungen von Arzt 20 und Patient über die durchzuführende Diagnostik und Therapie führen außerdem zu einer aktiven Krankheitsbewältigung und zu nachweislich besseren Behandlungsergebnissen. Das führt auch zu einer höheren Berufszufriedenheit für die behandelnden Ärztinnen und Ärzte. 25 Im Falle eines Behandlungsfehlers ist es notwendig, Patientinnen und Patienten besser zu unterstützen und ihre Rechtsposition zu stärken. Die Kompetenz und die Erfahrungen von Patientinnen und Pati- enten sind über ihre Vereine und Verbände für die Gestaltung und 30 Weiterentwicklung unseres Gesundheitssystems stärker zu nutzen. Hierfür kann die Einrichtung einer „Nationalen Patientenstiftung“, die die Aufgaben der Patientenberatung, Interessenvertretung und Herstellung der Qualitätstransparenz bündelt, dienen. Wir wollen folgende konkreten Grundsätze und Vorhaben umset- 35 zen:</p> <p>Verbesserung der Patientenberatung und der medizinischen Behandlung</p> <p>40 1. Patientinnen und Patienten haben ein Recht auf fachgerechte Behandlung nach dem wissenschaftlich anerkannten und gesicherten Qualitätsstandard für die jeweiligen Heil- und Gesundheitsfachberufe. Diese Forderung setzen ein Qualitätsmanagement und Qualitätssi- 45 cherungsinstrumente, die der Patientensicherheit dienen, bei allen Leistungserbringern voraus. Insbesondere bei chronischen und schweren Erkrankungen sollen Behandlungsziele vereinbart werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Patientinnen und Patienten endet 50 nicht an der Grenze der Einwilligungsfähigkeit. Der mutmaßliche Wille sowie sprachliche und nichtsprachliche Äußerungen, die auf eine Verweigerung der Behandlung schließen lassen, sind zu be- rücksichtigen. Die Behandelnden sind zur Verschwiegenheit über das, was ihnen 55 im Rahmen des Behandlungsverhältnisses anvertraut wurde oder bekannt geworden ist, verpflichtet. Es wird eine Regelung zu den Voraussetzungen geschaffen, unter denen sie nach dem Tod eines Patienten oder einer Patientin gegenüber deren Erben und/oder Angehörigen von der Schweigepflicht entbunden sind. 60</p> <p>2. Patientinnen und Patienten haben ein Recht auf eine recht- zeitige, umfassende und verständliche Aufklärung über alle für die Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechtes über ihre 65 medizinische Behandlung wesentlichen Punkte einschließlich Behandlungsalternativen, auch wenn diese vom aufklärenden Arzt selbst nicht angeboten werden können. Patienten haben auch ein Recht auf Nichtwissen.</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) sind bis auf ganz wenige Ausnahmen, wie z. B. Reiseimpfungen, keine notwendigen medizinischen Leistungen. Für die Beratungsgespräche zu IGeL gilt daher eine ganz besondere Sorgfalt. Keinesfalls dürfen Patienten überrumpelt werden: Sie brauchen ausreichend Bedenkzeit. Bei IGeL muss grundsätzlich ein schriftlicher Behandlungsvertrag geschlossen werden.</p>	1
<p>In einem persönlichen Gespräch sind Patientinnen und Patienten umfassend über die Individuelle Gesundheitsleistung aufzuklären, u. a. auch darüber, warum diese nicht Leistung der Gesetzlichen Krankenkasse ist, bzw. in welchen Fällen sie es wäre. Diese Beratungsgespräche sind ausschließlich von den behandelnden Ärztinnen und Ärzten vorzunehmen, nicht an Dritte zu delegieren und kein Ersatz für eine schriftliche Aufklärung.</p>	5
<p>Bei Formverstößen, z. B. fehlenden Informationen im Behandlungsvertrag oder fehlender schriftlicher Rechnung, sind die Patientinnen und Patienten nicht verpflichtet, für die Leistung zu zahlen.</p>	10
<p>3. Patientinnen und Patienten haben ein Recht auf eine wahrheitsgemäße, fälschungssichere und vollständige Dokumentation.</p>	15
<p>Ihnen ist auf Verlangen Einsicht in die Dokumentation zu gewähren und eine Kopie der Dokumentation auszuhändigen.</p>	20
<p>Die Dokumentation ist kein Selbstzweck. Sie dient in gleichem Maße als Gedächtnisstütze für den Behandelnden, dem Informationsfluss unter verschiedenen Behandelnden und somit dem Behandlungserfolg, sowie dem Interesse des Patientinnen und Patienten.</p>	25
<p>In den Patientenakten sind Änderungen und die Person, welche die Änderungen vorgenommen hat, kenntlich zu machen. Auf Wunsch sind den Patientinnen und Patienten unverzüglich Kopien und eine Erklärung über deren Vollständigkeit zur Verfügung zu stellen.</p>	30
<p>Eine Einschränkung des Rechts auf Akteneinsicht kann in bestimmten Fällen, z. B. im Rahmen einer psychiatrischen Behandlung zur Wahrung medizinisch begründeter Patientenschutzinteressen, notwendig sein.</p>	35
<p>Diese bedarf jedoch einer schriftlichen individuellen Begründung von Seiten des behandelnden Therapeuten.</p>	40
<p>Behandelnde und Pflegende sind auch zur Dokumentation der von ihnen erbrachten Leistungen und verwendeter Medizinprodukte verpflichtet. Im Zweifelsfall sind so Patientinnen und Patienten identifizierbar, die ein bestimmtes mangelbehaftetes Produkt implantiert bekommen haben.</p>	45
<p>Patientinnen und Patienten haben das Recht auf eine Gegendarstellung, wenn sie Fehler in ihren Behandlungsunterlagen bemerken, z.B. bei der dokumentierten Aufklärung.</p>	50
<p>4. Patientinnen und Patienten erhalten nach jedem größeren Eingriff und beim Verlassen des Krankenhauses einen Patientenbrief.</p>	55
<p>In diesem allgemeinverständlich formulierten Schreiben erhalten sie Informationen über den durchgeführten Eingriff die angewandten Methoden ggf. über verwendete Hilfsmittel und Implantate, den Verlauf und darüber, ob und zu welchen Komplikationen es gekommen ist. Der Patientenbrief dient der besseren Information der Patienten und soll auch die Zahl unnötiger Klagen senken, die auf der Grundlage von Intransparenz angestrengt werden. Gleichzeitig erhöht der Patientenbrief die Wahrscheinlichkeit, dass die Patientinnen und Patienten bei einem tatsächlichen Fehler entschädigt werden.</p>	60
<p>5. Die Sicherheit bei Medizinprodukten muss dringend verbessert werden.</p>	65
<p>Es ist nicht nachvollziehbar, dass für Medizinprodukte höherer Risikoklassen geringerer Sicherheitsstandards gelten als für Medikamente. Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass für Medizinprodukte höherer</p>	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Risikoklassen (z. B. alle Produkte, die im menschlichen Körper verbleiben) europaweit eine einheitliche amtliche Zulassung eingeführt wird.</p> <p>Um schnell einen besseren Schutz der Patientinnen und Patienten in Deutschland zu erreichen, soll die Erstattung durch die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) nur für diejenigen Produkte übernommen werden, für die ein Patientennutzen im Verhältnis zu den Risiken nachgewiesen ist (analog der frühen Nutzenbewertung bei den Arzneimitteln).</p> <p>10 Die in Deutschland mit der technischen Prüfung der Medizinprodukte benannten Stellen, sollen diese Prüfung nicht mehr nur an Hand eingereichter Papiere vornehmen, sondern an Hand einer Baumusterprüfung. Die auf dem Markt befindlichen Medizinprodukte sind durch regelmäßige Stichprobenziehungen mit den Baumustern zu vergleichen. Im Rahmen unangekündigter Kontrollen in den Fertigungsbetrieben sollen ebenfalls Stichproben gezogen und geprüft werden.</p> <p>15 Die Hersteller von Medizinprodukten werden verpflichtet eine Haftpflichtversicherung abzuschließen, so dass sichergestellt ist, dass im Fall eines Schadens die betroffenen Patientinnen und Patienten entschädigt werden.</p> <p>Ein Implantatregister zur Versorgungsforschung und ein Verzeichnis zur Rückverfolgung bei bekannt gewordenen Problemen sollen eingerichtet werden.</p>	
<p>25 6. Case- und Care-Management</p> <p>Fallmanagement muss nicht nur in einzelnen Projekten der Integrierten Versorgung, sondern auch innerhalb der Regelversorgung breitere Anwendung finden. Gerade beim Übergang vom Krankenhaus in den ambulanten Bereich oder beim Vorliegen von chronischen Erkrankungen, die nicht durch Disease-Management-Programme erfasst sind, benötigen Patientinnen und Patienten oft Unterstützung.</p> <p>Stärkung der kollektiven Beteiligungsrechte der Patientinnen und Patienten</p>	
<p>40 7. Die unabhängige Patientenberatung Deutschlands (UPD) braucht ein flächendeckendes Netz von Beratungsstellen, eine deutlich bessere Personalausstattung als heute und eine verlässliche Finanzierung, damit sie ihre Aufgaben auch tatsächlich wahrnehmen kann.</p> <p>Der mangelnde Bekanntheitsgrad der heutigen UPDs liegt vor allem daran, dass auf Grund der zu geringen Personalausstattung die Beratungsstellen schon heute überlastet sind. Eine öffentlichkeitswirksame Werbung unterbleibt deswegen.</p> <p>Darüber hinaus ist auch eine stärkere Einbindung der Selbsthilfeorganisationen in die Arbeit der UPD notwendig.</p> <p>Die UPD sollte sich darüber hinaus mit bestehenden Institutionen in den Bereichen der Pflege- und Rehaberatung (z.B. Pflegestützpunkte) vernetzen.</p>	
<p>55 8. Die Leistungen der Selbsthilfe sollen evaluiert und entsprechend weitreichender unterstützt werden.</p> <p>Ehrenamtliche Selbsthilfegruppen sparen dem Gesundheitssystem nicht nur Transaktions- und Bürokratiekosten, es gibt auch deutliche Hinweise, dass sie durch ihre Arbeit einen Beitrag zur Verbesserung der Gesundheit ihrer Mitglieder leisten. Eine wissenschaftliche Evaluation dieser positiven Effekte soll helfen, Selbsthilfegruppen zielgerichteter zu fördern und besser in das Gesundheitssystem zu integrieren (z.B. über Projekte der Integrierten Versorgung).</p>	
<p>65 9. Die kollektiven Beteiligungsrechte der Patienten und Patientinnen im Gesundheitswesen über Verbände und fachkundige Organisationen werden durch Gesetz auf Bundes- wie auf Landesebene gestärkt und die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt.</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Insbesondere an der Bedarfsplanung der medizinischen Versorgung sind die Patientenvertretungen zu beteiligen.</p>	1
<p>Die Patientenvertreter im Gemeinsamen Bundesausschuss müssen ein Stimmrecht in Verfahrensfragen erhalten. Weiterhin wird ein unabhängiges „Institut für Patientenbelange“ eingerichtet, das die Patientenvertreter professionell unterstützt. Damit werden die Vorteile und der Wissensvorsprung, den die Bänke der Kostenträger und Leistungserbringer haben, besser ausgeglichen.</p>	5
<p>10. Neben dem Patientenbeauftragten der Bundesregierung sollten in allen Bundesländern Patientenbeauftragte ihre Arbeit aufnehmen.</p>	10
<p>Die regionalen Kenntnisse sind hilfreich, sowohl konkrete Probleme im Einzelfall zu lösen als auch strukturelle Probleme der Gesundheitsversorgung in der Region zu identifizieren und zu Verbesserungen zu kommen.</p>	15
<p>Besserer Umgang mit Behandlungsfehlern</p>	
<p>11. Wir brauchen einen offenen Umgang mit Fehlern und „Beinahe Fehlern“ im Gesundheitssystem.</p>	20
<p>Es ist nicht ehrenrührig einen Fehler zu machen, wohl aber, diesen zu vertuschen. Notwendig sind Verbesserungen im Bereich des Risikomanagements. Entsprechende Standards sind so verbindlich möglich zu festzulegen. Dabei sind alle beteiligten Berufsgruppen einzubeziehen. Arbeitsrechtliche Sanktionen für Meldungen eigener und fremder Fehler sind gesetzlich auszuschließen.</p>	25
<p>12. Die gesetzlichen Krankenkassen und die privaten Krankenversicherungen müssen ihre Versicherten in Schadensfällen unterstützen.</p>	30
<p>Das umfasst Schäden die aus Behandlungsfehlern, fehlerhaften Medizinprodukten und fehlerhaften Arzneimitteln entstanden sind. Eine weitgehende Unterstützung von Patientinnen und Patienten bei Gerichtsprozessen ist zu prüfen.</p>	35
<p>13. Es soll ein besonderes Mediations- und Schiedsverfahren für Fälle der Arzt- bzw. Krankenhaushaftung eingeführt.</p>	40
<p>Dieses Verfahren soll bei einzurichtenden Schlichtungsstellen durchgeführt werden, in denen Ärzte, Vertreter der Krankenkassen und der Patienten vertreten sind. Ein Mitglied der Schlichtungskommission muss die Befähigung zum Richteramt haben. Die Schlichtungsstelle betreibt zunächst die Sachverhaltsaufklärung bezüglich der Frage, ob ein für den Schaden ursächlicher Behandlungsfehler vorliegt und kann dann auf Antrag der Patientin bzw. des Patienten ein Vergleichsverfahren durchführen. Das Ergebnis dieses Schlichtungsverfahrens entspricht in der Wirkung einem gerichtlichen Vergleich und kann vollstreckt werden. Mit diesen neutralen Schlichtungsstelle kann eine Zahl von Arzthaftungsprozessen vermieden werden. Das liegt sowohl im Interesse der Patientinnen und Patienten als auch der Ärztinnen und Ärzte.</p>	45
<p>14. Er wird ein Härtefallfonds aufgelegt, der Patientinnen und Patienten bei denen ein Behandlungsfehler vermutet wird und bei denen die Kriterien für einen Härtefall erfüllt sind, finanzielle Unterstützung gewährt.</p>	55
<p>Der Fonds tritt zunächst für diejenigen Patientinnen und Patienten ein, die in einem nach § 108 SGB V zugelassenen Krankenhaus einen Schaden erleiden. Nach Evaluation soll er zu einem späteren Zeitpunkt alle Patientinnen und Patienten unterstützen, unabhängig davon, in welchen Einrichtungen oder von welchen Gesundheitsberufen sie behandelt wurden. Dieser Härtefallfond ist kein Ersatz für Schadenersatzansprüche, die durchaus eingeklagt werden sollen.</p>	60
<p>Bei Durchsetzung eines Schadenersatzanspruches ist bis zur Höhe der dabei erhaltenen Entschädigung die seitens des Härtefallfonds erbrachte Zahlung an diesen zurückzuzahlen. Bei eindeutiger Beweislage und problemlos erscheinender Durchsetzbarkeit</p>	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 des Schadensersatzanspruches tritt der Härtefallfond nicht ein. Die Kosten für einen Härtefallfonds sind durch ein Mischmodell von den Haftpflichtversicherern der Leistungserbringer, aus den bereits zu erbringenden Zuzahlungen der gesetzlich Versicherten zum Krankenhausaufenthalt, durch eine analoge Abgabe der PKV-Versicherten sowie aus Steuermitteln zu erbringen. In Anlehnung an den Wiener Härtefallfonds und nach Hochrechnung auf Deutsche Verhältnisse werden die Gesamtkosten auf höchstens 60 Mio. Euro im Jahr geschätzt.</p> <p>5</p> <p>10 Darüber hinaus ist zu prüfen, ob alternativ zum bestehenden Haftungsrecht, eine Überführbarkeit der Haftungsleistung in die gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), mit dem Leistungsrahmen des SGB VII möglich ist.</p> <p>15 15. Es soll weitergehende Beweiserleichterungen für die Betroffenen von Behandlungsfehlern und fehlerhaften Medizinprodukten geben. Als Ergänzung zum geltenden Recht, wonach eine Beweislastumkehr nur bei schweren Behandlungsfehlern eintritt, sollen diese Regelung auch in anderen Fällen greifen, beispielsweise wenn die Qualitätsberichte eines Krankenhauses vergleichsweise hohe Komplikationsraten bei bestimmten Eingriffen belegen. Auch bei unterlassenen Meldungen bei Vorfällen mit Medizinprodukten durch einen Arzt oder ein Krankenhaus soll eine Beweislastumkehr zur Anwendung kommen, so dass Patientinnen und Patienten bei späteren gerichtlichen Auseinandersetzungen bessergestellt werden. Bei fehlerhaften Serien von Medizinprodukten wird es den betroffenen Patientinnen und Patienten außerdem ermöglicht, auch vor Eintritt eines möglichen Schadens die Medizinprodukte der fehlerhaften Serie auf Kosten des Herstellers austauschen zu lassen.</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35 16. Die Bundesländer sollen eine gemeinsame Regelung treffen, mit der alle Ärztinnen und Ärzte verpflichtet werden, in regelmäßigen Abständen nachzuweisen, dass sie über eine Haftpflichtversicherung verfügen, die den gesamten Umfang ihrer Tätigkeit umfasst und in ausreichendem Maße abdeckt. Verstöße gegen diese Pflicht werden sanktioniert. Wir brauchen mehr Qualitätstransparenz für den Patienten. Damit Patientinnen und Patienten ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben können, müssen sie auch Zugang zu Qualitätsdaten in der ambulanten und stationären Versorgung einrichtungsbezogen erhalten.</p>	
<p>45 <i>Antragsbereich V.A</i> <i>Antrag 20</i></p> <p><i>Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD</i></p> <p>50 <i>Respekt und Unterstützung für intersexuelle Menschen</i></p> <p>55 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt für eine Anerkennung und den Schutz von intersexuellen Menschen als Teil unserer gesellschaftlichen Vielfalt ein. Daher lehnt die SPD geschlechtszuordnende Operationen im Kindesalter ab.</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p><i>V.A20</i></p> <p><i>Respekt und Unterstützung für intersexuelle Menschen</i></p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p><i>Antragsbereich V.A</i> <i>Antrag 21</i></p> <p><i>Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD</i></p> <p><i>Diskriminierung von schwulen Männern bei Blut- und Knochenmarkspenden beenden</i></p> <p>Wir beenden die Diskriminierung von schwulen Männern bei Blut- und Knochenmarkspenden.</p>	<p><i>V.A21</i></p> <p><i>Diskriminierung von schwulen Männern bei Blut- und Knochenmarkspenden beenden</i></p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p><i>Antragsbereich V.A</i> <i>Antrag 22</i></p> <p><i>Unterbezirk Erlangen</i> <i>(Landesverband Bayern)</i></p> <p><i>Toleranz fördern - Diskriminierung abbauen Gleiche Rechte für homosexuelle, transsexuelle und intersexuelle Menschen</i></p> <p>Die rechtliche Situation von Lesben und Schwulen in Deutschland hat sich seit 1969 kontinuierlich verbessert. Insbesondere die rot-grüne Bundesregierung hat große Schritte in Richtung Gleichstellung unternommen, unter anderem durch die Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaft. Auch in der Gesellschaft und den Medien wird das Thema Homosexualität nicht mehr tabuisiert, die echte gesellschaftliche Gleichstellung ist jedoch bei weitem noch nicht vollzogen. Gesellschaftlich gehören Diskriminierungserfahrungen immer noch zum Alltag von Schwulen und Lesben. Schon das Outing gegenüber Familie und Freunden bedeutet für die meisten schwulen und lesbischen Jugendlichen weiter eine besondere Herausforderung – insbesondere für jene, die unter mehrfacher Diskriminierung leiden, wie zum Beispiel Schwule und Lesben mit Migrationshintergrund. Aber auch am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit erfahren Schwule und Lesben nach wie vor Ablehnung. Auch in vielen gesetzlichen Regelungen sind Schwule und Lesben weiterhin schlechter gestellt. Trotz vieler, oft erst vom Bundesverfassungsgericht erzwungener Anpassungen, bestehen weiterhin vielfältige Unterschiede in der Behandlung von Ehen und Lebenspartnerschaften, darunter für die Betroffenen einschneidende Benachteiligungen im Steuerrecht und im Adoptionsrecht. Die Situation Transsexueller (die sich selbst nicht dem körperlich gegebenen Geschlecht zuordnen) und Intersexueller Menschen (die weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht eindeutig zugeordnet werden können) wird jedoch auch in unserer Gesellschaft weitgehend tabuisiert und ihre Rechte missachtet. Nach geltenden gesetzlichen Regelungen und Verfahren müssen Transsexuelle sich zu identitätsgestörten Menschen erklären. Da diese Verfahren die Geschlechtsidentität transsexueller Menschen nicht umfassend respektieren, verstoßen sie gegen Menschenrechte. Intersexuelle werden in der Regel im Kindesalter ohne ihre Einwilligung an ihren uneindeutigen Genitalien operiert, um diese zu „vereinheitlichen“, wobei in Kauf genommen wird, dass ihr sexuelles Empfinden vermindert oder gänzlich zerstört wird. Ein Leben als Intersexueller ist in unserer Gesellschaft nicht vorgesehen. Für die Gleichstellung von homosexuellen, transsexuellen und intersexuellen Menschen besteht also nach wie vor deutlicher Handlungsbedarf. Deshalb stellen wir folgende Forderungen auf, um die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung voranzutreiben und Diskriminierungen aktiv zu bekämpfen.</p>	<p><i>V.A22</i></p> <p><i>Toleranz fördern - Diskriminierung abbauen Gleiche Rechte für homosexuelle, transsexuelle und intersexuelle Menschen</i></p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

1 **Bundes- und Landesebene:**

Verbot der Benachteiligung aufgrund der sexuellen Identität: Die derzeitige Formulierung des Artikel 3 des Grundgesetzes (Gleichheit vor dem Gesetz) kann die rechtliche Benachteiligung von Schwulen und Lesben offensichtlich bisher nicht wirksam verhindern. Deswegen fordern wir, den Artikel 3 um das Merkmal „sexuelle Identität“ zu ergänzen.

Gleichstellung von Regenbogenfamilien: Der besondere Schutz von Ehe und Familie in Artikel 6 des Grundgesetzes soll für alle familiären Gemeinschaften gelten. Familien mit zwei Vätern oder zwei Müttern sollen familien-, steuer- und sozialrechtlich gleichgestellt werden.

Finanzielle Unterstützung von Familien: Wir fordern die Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten einer finanziellen Unterstützung von Familien, von dem sowohl heterosexuelle als auch homosexuelle Paare mit Kindern profitieren sollen. Für diese würde dieser Schritt einen beträchtlichen Beitrag zur Gleichstellung leisten, da Lebenspartnerinnen und Lebenspartner bisher beispielsweise bei der Einkommenssteuer den Kinder- und den Betreuungsfreibetrag nicht auf die Co-Mutter bzw. den Co-Vater übertragen können, auch wenn diese die Alleinverdiener_innen sind.

Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe: Durch die Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaft wurden sowohl die Bürgerrechte lesbischer wie schwuler Paare als auch die gesellschaftliche Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Beziehungen gestärkt. Verpartnerte homosexuelle Paare besitzen allerdings immer noch nicht dieselben Rechte wie verheiratete heterosexuelle. Wir fordern die komplette rechtliche Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe.

Adoptions- und Sorgerecht für homosexuelle Paare: Es ist derzeit Ehepaaren erlaubt, Kinder zu adoptieren, homosexuellen Paaren ist dies hingegen verwehrt. Argumente zugunsten dieser Diskriminierung mit Verweis auf das Kindeswohl sind durch eine Studie des Bundesjustizministeriums widerlegt, die zeigt dass das Wohlergehen der Kinder nicht davon abhängt, ob die Eltern in hetero- oder homosexuellen Partnerschaften leben. Wir fordern daher, die Benachteiligung von homosexuellen Paaren hinsichtlich des Adoptions- und Sorgerechtes zu beenden.

Künstliche Befruchtung für lesbische Paare erlauben: Die Richtlinien zur assistierten Reproduktion der Bundesärztekammer untersagen jegliche ärztliche Unterstützung bei einer künstlichen Befruchtung, wenn die betreffende Frau in einer lesbischen Partnerschaft lebt. Dabei spielen ethische Gründe hier keine Rolle. Ärzte sollen so vor möglichen Unterhaltsansprüchen der gezeugten Kinder geschützt werden, denn das Abstammungsrecht misst in diesem Fall mit zweierlei Maß: Wird ein Kind in einer Ehe durch künstliche Befruchtung mit dem Erbgut einer dritten Partei gezeugt, so gilt es rechtlich als Kind des Ehepaars. Bei dem Paar in der eingetragenen Lebenspartnerschaft verhält es sich aber nicht so. Deswegen fordern wir, dass für homosexuelle Paare in eingetragener Lebenspartnerschaft zukünftig dasselbe Abstammungsrecht wie für Eheleute gilt. Auch die Beschränkung auf verheiratete Paare muss aufgehoben werden, das Recht auf Familiengründung muss für alle gelten.

Verfolgten Schwulen und Lesben Schutz bieten: In vielen Ländern werden Lesben und Schwule wegen ihrer Homosexualität verfolgt. Es drohen Haft- und Todesstrafen. Deutschland muss deshalb Menschen, die aufgrund ihrer Sexualität verfolgt werden, Asyl gewähren. Auf internationaler Ebene muss sich die Bundesrepublik gegen die Verfolgung und für die Gleichstellung Homo-, Trans- und Intersexueller einsetzen.

Die **Verfolgung** von Menschen aufgrund ihrer Geschlechtsidentität in der NS-Zeit muss aufgearbeitet und in das Gedenken und in die historische Darstellung miteinbezogen werden.

Rehabilitierung und Entschädigung der in der BRD und DDR Verurteilten: Lesben und Schwule wurden nach 1945 weiter strafrechtlich verfolgt. 1968 wurde der §175 zwar aufgeweicht, zu sei-

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>ner endgültigen Streichung kam es aber erst 1994. Auch die DDR hat Homosexualität unter Erwachsenen bis 1968 nicht vollständig entkriminalisiert. Die Opfer dieser menschenrechtswidrigen Strafverfolgung in West und Ost müssen rehabilitiert und entschädigt werden.</p>	1
<p>Freie Wahl des Geschlechts in amtlichen Dokumenten: Menschen sollte das Recht eingeräumt werden, das Geschlecht in amtlichen Dokumenten frei zu wählen. Für Transsexuelle stellt die Änderung der Geschlechtsangabe in offiziellen Dokumenten nach einer Geschlechtsanpassung eine menschlich oft schwierige bürokratische Herausforderung dar. Intersexuellen Menschen wird dies generell nicht gestattet. Vorbild ist hier Australien, das ein drittes Geschlecht X („unspecified“) eingeführt hat. Dieses Modell soll auch in Deutschland eingeführt werden, da insbesondere Intersexuelle sich nicht einem Geschlecht zuordnen lassen wollen.</p>	5
<p>Aufklärung in Schulen, Sensibilisierung der Lehrkräfte, Aufklärung am Arbeitsplatz: Viele lesbische und schwule Jugendliche haben nach wie vor Angst, von ihrem Umfeld abgelehnt oder sogar gemobbt zu werden. Deswegen muss in den Schulen entsprechende Aufklärungsarbeit über Homosexualität geleistet werden. Das betrifft u.a. Lehrpläne und die Lehrer_innenausbildung, auch der kirchlichen Lehrkräfte. Auch in den Betrieben und Unternehmen sollten Maßnahmen getroffen werden, die ein Klima am Arbeitsplatz fördern, das den offenen Umgang mit der Geschlechtsidentität erleichtert und Diskriminierung abbaut.</p>	10
<p>Kommunale Ebene:</p>	15
<p>Stadtgeschichte ist auch immer Geschichte der Lesben und Schwulen. Dies darf in der lokalen Geschichtsschreibung nicht mehr totgeschwiegen werden. Städtische Einrichtungen sollen beauftragt werden, auch die geschichtliche Situation der Homosexuellen zu recherchieren. Auch der Lesben und Schwulen, Trans- und Intersexuellen soll würdig gedacht werden.</p>	20
<p>In Bildungs-, Kultur- und Jugendeinrichtungen müssen Angebote für Lesben und Schwule geschaffen werden. Städtisches Personal und Mitarbeiter_innen im Bildungs- und Erziehungsbereich sollen in Schulungen zu Homosexualität und Geschlechtsidentität sensibilisiert werden.</p>	25
<p>Unterstützung von Organisationen und Vereinen: Viel Aufklärungsarbeit für die Belange homosexueller, transsexueller und intersexueller Menschen wurde und wird durch das ehrenamtliche Engagement von Menschen geleistet. Dieses Engagement gilt es von kommunaler Seite zu stärken und zu fördern.</p>	30
<p>Einbeziehung des Themas in die Integrationsarbeit und Schaffung von Beratungsangeboten für Schwule und Lesben mit Migrationshintergrund.</p>	35
<p>Kommunale Koordinierungsstellen/Beauftragte auf allen Ebenen: In den Kommunen sind nach Münchener Vorbild Koordinierungsstellen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen zu gründen, die sich nicht nur um die Belange der Lesben und Schwulen, sondern auch um jene der Trans- und Intersexuellen kümmern, sie beraten und Öffentlichkeitsarbeit u.a.m. leisten.</p>	40
<p>Besseres Leben von Homosexuellen im Alter: Die traditionelle Senior_innenarbeit ignoriert die Bedürfnisse älterer homosexueller Männer und Frauen noch weitgehend, weder im Freizeit- noch im Bildungsbereich gibt es zielgruppenorientierte Angebote. Notwendig sind Konzepte für die kultursensible Versorgung, Pflege und Begleitung von lesbischen Frauen und schwulen Männern.</p>	45
	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 <i>Antragsbereich V.A</i> <i>Antrag 23</i></p> <p>5 <i>Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD</i></p> <p>10 <i>Prävention und Forschung von HIV/ Aids, sexuell übertragbaren Krankheiten und Hepatitis-C-Infektionen</i></p> <p>Wir werden die Prävention und die Forschung von HIV/Aids, sexuell übertragbarer Krankheiten und Hepatitis-C-Infektionen deutlich stärken und deren Behandlung verbessern.</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>V.A23</p> <p><i>Prävention und Forschung von HIV/ Aids, sexuell übertragbaren Krankheiten und Hepatitis-C-Infektionen</i></p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

VI. Gute Nachbarschaft

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 » Anträge zum Kapitel VI.1: Soziale Stadt und Zusammenhalt der Regionen «</p> <p><i>Antragsbereich VI.A</i> 5 <i>Antrag 1</i></p> <p><i>Unterbezirk Marburg-Biedenkopf</i> <i>(Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>10 Änderungsantrag zum Kap. VI.1</p> <p>Kap. VI.1 Soziale Stadt und Zusammenhalt der Regionen, Absatz 2 („Wir werden die von der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP zusammengestrichene Städtebauförderung ... angesichts der Herausforderungen der Schuldenbremse Planungssicherheit.“) wird gestrichen, ersetzt durch:</p> <p>15 „Wir werden die von der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP zusammengestrichene Städtebauförderung auf 700 Millionen Euro jährlich anheben und verlässlich finanzieren, um den tatsächlichen städtebaulichen Investitionsbedarf abzudecken. Wir werden das gelungene Zusammenwirken der föderalen Ebenen in der Städtebauförderung fortsetzen und die Programme im Dialog mit Ländern und Kommunen sowie stadtentwicklungspolitischen Akteuren aus Wissenschaft, Wirtschaft, Sozialverbänden und Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit weiterentwickeln. Wir wollen die Umsetzung und Bündelung mit anderen Förderprogrammen vereinfachen.“</p>	<p>VI.A1</p> <p>Änderungsantrag zum Kap. VI.1</p> <p>Annahme in geänderter Fassung: „Wir werden die von der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP zusammengestrichene Städtebauförderung wieder verlässlich ausstatten. Wir werden das Zusammenwirken der föderalen Ebenen in der Städtebauförderung fortsetzen und die Programme im Dialog mit Ländern und Kommunen weiterentwickeln. Dabei wird geprüft, wo der Finanzierungsanteil des Bundes erhöht werden kann, um Kofinanzierungsprobleme zu mindern.“</p>
<p><i>Antragsbereich VI.A</i> 30 <i>Antrag 2</i></p> <p><i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>35 Änderungsantrag zum Kap. VI.1</p> <p>Im ersten Absatz soll im vierten Satz neu aufgenommen werden: „Ob Integration und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Alters gelingt.“</p>	<p>VI.A2</p> <p>Änderungsantrag zum Kap. VI.1</p> <p>Annahme</p>
<p>45 » Anträge zum Kapitel VI.2: Die Stadt als Motor wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung «</p> <p><i>Antragsbereich VI.A</i> <i>Antrag 3</i></p> <p><i>Unterbezirk Marburg-Biedenkopf</i> 50 <i>(Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>Änderungsantrag zum Kap. VI.2</p> <p>55 Kap. VI. 2 Die Stadt als Motor wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung, Absätze 2-5, werden gestrichen, ersetzt durch:</p> <p>60 „Die große Zahl sehr unterschiedlicher Arbeitsplätze, die Universitäten, Forschungseinrichtungen, die Schulen, die Sportmöglichkeiten und Freizeitangebote, die Kulturinstitutionen und die Off-Kultur, die großen und kleinen Unternehmen, die Start-ups, die auf das städtische Umfeld angewiesenen Dienstleistungen, Nahversorgung und kurze Wege, die Verbindung mit der Welt durch Flughäfen, Bahnhöfe und Häfen, machen Städte zum Motor des Wachstums und des Fortschritts.</p> <p>65 Städte haben einen Arbeitsmarkt, der breit genug ist, dass im Verlaufe eines Arbeitslebens der Wechsel des Arbeitgebers auch ohne Wohnortwechsel möglich ist. Und immer wichtiger: Städte haben</p>	<p>VI.A3</p> <p>Änderungsantrag zum Kap. VI.2</p> <p>Ablehnung</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>einen Arbeitsmarkt und Bildungs- und Kinderbetreuungsangebote, die es berufstätigen Paaren und Alleinerziehenden ermöglichen, die eigenen beruflichen Wünsche zu realisieren. Städte ermöglichen es, bekannte Lebensentwürfe zu verlassen – und neue auszuprobieren. Gerade in den Städten können immer wieder Chancen für diejenigen ermöglicht werden, die bisher gesellschaftlich benachteiligt wurden. Städte sind „Schmelztiegel“ der Integration und können in besonderer Weise Gemeinsinn und Gemeinschaft schaffen.“</p>	<p>1 5 10</p>
<p>Antragsbereich VI.A Antrag 4</p> <p>Arbeitsgemeinschaft 60plus</p> <p>Änderungsantrag zum Kap. VI.2</p> <p>Im ersten Absatz von VI.2, nach dem fünften Satz soll neu eingefügt werden: Die Alters- und Sozialstruktur der Städte verändert sich rasant. Nicht nur junge Menschen sondern auch Rentnerinnen und Rentner zieht es wegen der besseren Infrastruktur in die Städte.</p>	<p>VI.A4</p> <p>Änderungsantrag zum Kap. VI.2</p> <p>Annahme</p> <p>15 20 25</p>
<p>» Anträge zum Kapitel VI.3: Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen «</p> <p>Antragsbereich VI.A Antrag 5</p> <p>Unterbezirk Marburg-Biedenkopf (Bezirk Hessen-Nord)</p>	<p>VI.A5</p> <p>30 35</p>
<p>Änderungsantrag zum Kap. VI.3</p> <p>Kap. VI.3 Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen, S. 75/76 („Wir leben und arbeiten ... der Um-/ Neubau von Wohnungen, die das Wohnen zuhause bis ins hohe Alter ermöglichen.“) Das ganze Kapitel wird gestrichen und ersetzt durch: „Die Wohnung und das Wohnumfeld sind eine wichtige Voraussetzung für ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben. Deswegen muss es uns alarmieren, wenn Wohnraum in immer mehr Städten knapp und für untere und mittlere Einkommensgruppen unerschwinglich wird. Wenn Krankenpfleger und Erzieherinnen mit ihren Familien, Studierende, Rentnerinnen und Rentner in den Innenstädten keine bezahlbaren Wohnungen mehr finden und aus ihrem Wohnumfeld verdrängt werden, dann droht die soziale Spaltung der Städte. Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird in der nächsten Legislaturperiode ein „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und für bezahlbares Wohnen“ initiieren – in einem Bündnis mit den Ländern, Kommunen, den Mieter- und Sozialverbänden, der Bau- und Wohnungswirtschaft und Gewerkschaften. Unser Ziel ist zukunftsgerechter und zugleich bezahlbarer Wohnraum in intakten und lebendigen Nachbarschaften. Mit dem „Aktionsprogramm für eine moderne solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ werden wir</p> <ul style="list-style-type: none"> • das Zusammenleben von Menschen verschiedenen Alters, verschiedener Herkunft und aus unterschiedlichen sozialen Schichten verbessern, indem wir bauliche, wirtschaftliche, ökologische und soziale Verbesserungen in den Stadtquartieren, Städten und Regionen durch integrierte, fachübergreifende Konzepte fördern, mehr Beteiligung der Menschen in demokratischen Prozessen ermöglichen und bessere Voraussetzungen für Integration, die Stärkung von Verantwortung, Toleranz und gegenseitigen Respekt schaffen. 	<p>Änderungsantrag zum Kap. VI.3</p> <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission:</p> <p>„Die Wohnung und das Wohnumfeld sind eine wichtige Voraussetzung für ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben. Deswegen muss es uns alarmieren, wenn Wohnraum in immer mehr Städten knapp und für untere und mittlere Einkommensgruppen unerschwinglich wird. Wenn Familien, Studierende, Rentnerinnen und Rentner in den Innenstädten keine bezahlbaren Wohnungen mehr finden und aus ihren Wohnungen verdrängt werden, dann droht die soziale Spaltung der Städte. Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird in der nächsten Legislaturperiode ein „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ initiieren – in einem Bündnis mit den Ländern, Kommunen, den Mieter- und Sozialverbänden, der Bau- und Wohnungswirtschaft und den Gewerkschaften. Unser Ziel ist zukunftsgerechter und zugleich bezahlbarer Wohnraum in intakten und lebendigen Nachbarschaften. Mit dem „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ werden wir</p> <ul style="list-style-type: none"> • das Zusammenleben von Menschen verschiedenen Alters, verschiedener Herkunft und aus unterschiedlichen sozialen Schichten verbessern, indem wir bauliche, wirtschaftliche, ökologische und soziale Verbesserungen in Stadtquartieren, Städten und Regionen durch demokratische Prozesse ermöglichen und bessere Voraussetzungen für Integration, sowie die Stärkung von Verantwortung, Toleranz und gegenseitigem Respekt schaffen. • die Mietpreisspirale bremsen und den Anstieg der Mieten bei bestehenden Mietverträgen stärker begrenzen. Auch bei Wiedervermietungen werden wir Mieterinnen und Mieter vor überzogenen Forderungen schützen. Wir werden für effiziente, für Mieterinnen und Mieter bezahlbare und städtebaulich verträgliche <p>40 45 50 55 60 65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 • die Mietpreisspirale bremsen und den Anstieg der Mieten bei bestehenden Mietverträgen stärker begrenzen. Auch bei Wiedervermietungen werden wir Mieterinnen und Mieter vor überzogenen Forderungen schützen. Wir werden für effiziente, für</p> <p>5 Mieter bezahlbare und städtebaulich verträgliche neue Wege bei der energetischen Sanierung sorgen. Wir werden umgehend die Einschränkung von Mieterrechten rückgängig machen. Die Kosten für Sanierungen dürfen nicht einseitig den Mieterinnen und Mietern angelastet werden.</p> <p>10 • den Neubau fördern und die energetische Sanierung und den barrierefreien, familien- und altersgerechten Umbau von Häusern und Quartieren voranbringen. Unser Ziel ist zukunftsgerechter und zugleich bezahlbarer Wohnraum.</p> <p>15 • den genossenschaftlichen Wohnungsbau als Zukunftsmodell stärken. Wohnungsunternehmen in kommunaler und genossenschaftlicher Hand sind für uns Garanten für Mietsicherheit und sozial ausgewogene Nachbarschaften. Wir wollen eine Weiterentwicklung des Genossenschaftsgedankens, der für Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Solidarität steht.</p> <p>20 • die Kompensationszahlungen an die Länder für die soziale Wohnraumförderung bis 2019 mit 518 Millionen Euro jährlich fortführen; im Gegenzug müssen sich die Länder zum zweckgebundenen Mittelleinsatz für Wohnungsneubau und –modernisierung verpflichten.</p> <p>25 • bei Grundstücksvergaben mit gutem Beispiel vorangehen und gute Konzepte für bezahlbaren Wohnraum und eine lebendige Stadt belohnen. Auch Bauland der Kommunen und Länder darf nicht immer nur an den Meistbietenden gehen.</p> <p>30 • den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wieder einführen und das Wohngeld als zielgenaues Instrument der sozialen Sicherung stärken.</p> <p>35 • die Maklergebühren neu regeln. Künftig muss der Grundsatz gelten, der sonst überall in der Marktwirtschaft gilt: Wer bestellt, der bezahlt. Es kann nicht sein, dass Wohnungseigentümer und Makler ein Geschäft zu Lasten Dritter, nämlich der wohnungssuchenden Mieter, machen.“</p>	<p>neue Wege bei der energetischen Sanierung sorgen. Die Kosten für Sanierungen dürfen nicht einseitig den Mieterinnen und Mietern angelastet werden. Wir werden umgehend die Einschränkung von Mieterrechten rückgängig machen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • den Neubau fördern, da ohne eine deutliche Zunahme neuer Wohnungen, alle Maßnahmen zur Mietpreisdämpfung ins Leere laufen. Unser Ziel ist zukunfts- und altersgerechter und zugleich bezahlbarer Wohnraum. • kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen als Garanten für Mietsicherheit und sozial ausgewogene Nachbarschaften stärken. Wir wollen eine Weiterentwicklung des Genossenschaftsgedankens, der für Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Solidarität steht. • die Kompensationszahlungen an die Länder für die soziale Wohnraumförderung bis 2019 verstetigen. Die Länder sollen die Mittel zweckgebunden für Wohnungsneubau und -modernisierung einsetzen. • bei Grundstücksvergaben mit gutem Beispiel vorangehen und gute Konzepte für bezahlbaren Wohnraum und eine lebendige Stadt unterstützen. Auch Bauland der Kommunen und der Länder darf nicht immer nur an den Meistbietenden gehen. • den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wieder einführen und das Wohngeld als zielgenaues Instrument der sozialen Sicherung stärken. • die Maklergebühren neu regeln. Künftig muss der Grundsatz gelten, der sonst überall in der Marktwirtschaft gilt: Wer bestellt, der bezahlt. Es kann nicht sein, dass Wohnungseigentümer und Makler ein Geschäft zu Lasten Dritter, nämlich der wohnungssuchenden Mieter, machen.“
<p>40 Antragsbereich VI.A Antrag 6</p> <p><i>Unterbezirk Bremen-Stadt (Landesorganisation Bremen)</i></p> <p>45 Unsere Forderung: Eine Neuorientierung der Wohnungs- und Städtebauförderungspolitik auf Bundesebene</p> <p>50</p> <p>Der Bund wird aufgefordert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Kompensationszahlungen zur Durchführung des Sozialen Wohnungsbaus an die Länder in gleicher Höhe weiter zu zahlen und die Zweckbindung beizubehalten. • Den Mietwohnungsbau durch angemessene degressive Abschreibungssätze im Steuerrecht zu fördern. • Sonderförderprogramme für Regionen mit akutem Wohnungsmangel aufzulegen. • Die Kürzungen im Programm Soziale Stadt zurückzunehmen und das Programm zumindest auf das vorherige Niveau zurückzuführen. • Das Programm „Altersgerechtes Umbauen“ wieder aufzunehmen. • Im Mietrecht Mieterhöhungsmöglichkeiten weiter zu beschränken (auf maximal 15,79 Prozent in 3 Jahren), die Modernisierungsumlage auf 7 Prozent zu beschränken und das soziale Mietrecht insgesamt weiter zu entwickeln. 	<p>VI.A6</p> <p>Unsere Forderung: Eine Neuorientierung der Wohnungs- und Städtebauförderungspolitik auf Bundesebene</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<ul style="list-style-type: none"> • Den Genossenschaftsgedanken durch Förderung von Modellprojekten zu stärken. 	1
<p><i>Antragsbereich VI.A</i> <i>Antrag 7</i></p>	<p>VI.A7</p> <p>5</p>
<p><i>Kreisverband Jerichower Land</i> <i>(Landesverband Sachsen-Anhalt)</i></p>	10
<p>Änderungsantrag zum Kap. VI.3</p>	<p>Änderungsantrag zum Kap. VI.3</p>
<p>Punkt VI.3 Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen (S. 75 u. 76); Gedankenpunkt 7: Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wieder einführen, ohne die Kommunen zusätzlich zu belasten,....</p>	<p>Ablehnung</p> <p>15</p>
<p><i>Antragsbereich VI.A</i> <i>Antrag 8</i></p>	<p>VI.A8</p> <p>20</p>
<p><i>Unterbezirk Bremen-Stadt</i> <i>(Landesorganisation Bremen)</i></p>	25
<p>Maklerprovision ändern</p>	<p>Maklerprovision ändern</p>
<p>Die SPD strebt an, das Gesetz zur Regelung der Wohnungsvermittlung dahingehend zu ändern, dass die Provision für Makler von der Auftrag gebenden Partei zu tragen ist (Bestellerprinzip).</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p> <p>30</p>
<p><i>Antragsbereich VI.A</i> <i>Antrag 9</i></p>	<p>VI.A9</p> <p>35</p>
<p><i>04/95 Grunewald</i> <i>(Landesverband Berlin)</i></p>	40
<p>Bezahlbare Mieten in solidarischen Städten und Gemeinden</p>	<p>Bezahlbare Mieten in solidarischen Städten und Gemeinden</p>
<p>In das Regierungsprogramm sollen die folgenden Punkte aufgenommen werden:</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>Wir wollen bezahlbare Mieten für alle. Deshalb werden wir im Bund ein soziales Mietrecht einführen und für eine wirksame Begrenzung der Mieten eintreten. Die schwarz-gelbe Mietrechtsnovelle ermöglicht noch immer eine Verdopplung der Miete innerhalb von 15 Jahren. Die Bundestagswahl wird zur Richtungswahl in der Mietenfrage.</p>	45
<p>- Mietsteigerungen sollen bei laufenden Mietverträgen künftig auf maximal 15 Prozent in vier Jahren begrenzt werden, bei Neuvermietungen im bis zum Jahr 2010 errichteten Bestand soll die Miete künftig maximal 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Bei der Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete sollen alle Mieten zu Grunde gelegt werden.</p>	50
<p>- Bei Modernisierungsmaßnahmen wird die Umlage der Modernisierungskosten auf die Miete auf 7 % der investiven Aufwendungen und auf eine Zeitdauer von 15 Jahren beschränkt, nach der die ortsübliche Vergleichsmiete gilt. Auf Verlangen des Mieters ist Voraussetzung der Umlage eine vorzulegende Preisprüfung durch das Finanzamt oder die Bauaufsichtsbehörde.</p>	55
<p>- Die Energiewende - weg von der Atomkraft hin zu erneuerbaren Energie - ist unter der ersten rot-grünen Bundesregierung gestartet worden. Ein entscheidender Baustein für ihren Erfolg ist dabei das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Es soll so neu ausgerichtet werden, dass zum einen die Klimaschutzziele sicher erreicht und zum anderen eine gerechte Verteilung der Energiekosten gesichert werden kann. Eine einseitige Umverteilung der Kosten, Pflichten</p>	60

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 und finanziellen Risiken weg von den gewerblichen Großverbrau- 2 chern hin zu privaten Endverbrauchern führt zur unsozialen Verla- 3 gerung bei den Energiepreisen. Wir wollen auch eine soziale Ener- 4 giewende, die auf einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz fußt. 5 Die Möglichkeit, Mietminderungen bei „energetischer Gebäudesan- 6 nierung“ auszuschließen, werden wir rückgängig machen. 7 - Wir wollen die von der Bundesregierung zusammengestrichene 8 Städtebauförderung mit mindestens 700 Millionen Euro pro Jahr 9 verlässlich ausstatten und das Programm Soziale Stadt - als Herz- 10 stück der Städtebauförderung - mit seinem ressortübergreifenden 11 und beteiligungsorientiertem Ansatz, zum Leitprogramm der Städ- 12 tebauförderung weiterentwickeln. 13 - Die soziale Wohnraumförderung ist als Gemeinschaftsaufgabe 14 von Bund, Ländern und Gemeinden aktiv anzugehen und seitens 15 des Bundes über das Jahr 2013 hinaus auf dem Niveau von mind. 16 750 Millionen Euro jährlich zu fördern. Die Gemeinschaftsaufgabe 17 der sozialen Wohnraumförderung ist unerlässlich, um die Versor- 18 gung insbesondere auch von einkommensschwachen Haushalten 19 mit bezahlbarem und familiengerechtem Wohnraum insbesondere 20 in angespannten Wohnungsmärkten zu gewährleisten. 21 - Wir unterstützen den Vorschlag, fünf Milliarden Euro für ein Ak- 22 tionsprogramm für eine solidarische Stadt und gutes Wohnen be- 23 reitzustellen, mit dem das Ziel verfolgt wird, solidarische Städte 24 zu entwickeln, in denen die gesellschaftliche Spaltung sich nicht 25 in benachteiligten und prosperierenden Stadtteilen manifestiert und 26 zu einer immer stärkeren Ausgrenzung sozial Schwacher beiträgt. 27 Lebenswerte und sozialstrukturell ausgeglichene Städte sind eine 28 Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Mit dem Akti- 29 onsprogramm verfolgen wir das Ziel eines ganzheitlichen, ressort- 30 übergreifenden Ansatzes, der Stadterneuerung, nachbarschaftliches 31 Miteinander, soziale und ethnische Integration, Gesundheitsprä- 32 vention, Bildung und den Einstieg in Erwerbstätigkeit integral för- 33 dert.</p>	
<p>35 » Sonstige Anträge zum Kapitel VI. «</p>	
<p>36 <i>Antragsbereich VI.A</i></p>	
<p>37 <i>Antrag 10</i></p>	<p>VI.A10</p>
<p>38 <i>Unterbezirk Bremen-Stadt</i> 39 <i>(Landesorganisation Bremen)</i></p>	
<p>40 <i>Lärm macht krank - Lärm ist unsozial -</i> 41 <i>Bürgerinnen und Bürger vor Bahnlärm</i> 42 <i>schützen</i></p>	<p><i>Lärm macht krank - Lärm ist unsozial -</i> <i>Bürgerinnen und Bürger vor Bahnlärm</i> <i>schützen</i></p>
<p>43 Schienenbonus von 5 dB (A) unverzüglich aufheben und auch 44 auf den Bestand anwenden 45 Bei der Berechnung der Schutzansprüche der Bürger werden gegen- 46 wärtig fünf Dezibel vom wirklichen Lärm abgezogen. Es gibt 47 dafür keine wissenschaftlich begründbare Berechtigung mehr; 48 Bahnlärm ist genauso schädlich wie LKW-Lärm. Der Schienen- 49 bonus soll aber voraussichtlich erst 2016 oder gar 2021 endgültig 50 gestrichen werden, und das nur an Neubaustrecken, nicht an beste- 51 henden. Das hilft Bremen nicht weiter! Für mit Güterverkehr hoch- 52 belastete Schienenstrecken muss die Bundesregierung ihn unver- 53 züglich aussetzen; er muss auch – schrittweise und nach transpa- 54 renten Kriterien - auf die bestehenden Trassen angewendet werden.</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>55 Lärmabhängige Trassenpreise sofort einführen 56 Ab Ende 2012 sollen lärmabhängige Trassenpreise eingeführt 57 werden, um den Eisenbahnverkehrsunternehmen einen finanziel- 58 len Anreiz zur schnelleren Umrüstung ihrer Waggons zu bieten. 59 Die Einführung soll stufenweise vorgenommen werden. Die volle 60 Maßnahme greift erst in zehn Jahren. Die Mehrzahl der betroffenen</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Waggons ist dann endgültig schrottreif und eine betriebswirtschaftlich sowieso gebotene Investition wird zusätzlich noch subventioniert. Diese Maßnahme muss deshalb unverzüglich und in vollem Umfang durchgeführt werden.</p>	1
<p>Umrüstung auf leise Bremsen sofort beginnen Spätestens 2018 sollte durch eine bundesrechtliche Verordnung bei allen Fahrzeugen eine Umrüstung auf leise Bremsen (K- oder LL-Sohle-Bremsen) vorgenommen werden müssen. Für Bestandsfahrzeuge müssten dann die gleichen Lärmobergrenzen gelten wie bereits heute für Neufahrzeuge. Ab 2018 sollte ein Nachfahrverbot für bis dahin noch nicht umgerüstete Güterwaggons gelten.</p>	5
<p>Das freiwillige Lärmschutzprogramm der Bahn zur Regelsanierung auf 250 Mio. Euro/Jahr aufstocken und alternative Lärmschutzmaßnahmen zulassen Die rot-grüne Bundesregierung hatte 1998 als erste ein Sanierungsprogramm aufgelegt. Seit fünf Jahren ist es nicht mehr erhöht worden. Das Regelsanierungsprogramm von 100 Mio. € muss auf 250 Mio. Euro pro Jahr aufgestockt werden. Die Maßnahmen des Programms sollten anstelle der Standardlösungen (Schallschutzfenster und/oder Lärmschutzwände) auf kombinierte innovative Maßnahmen umgestellt werden. Maxime muss die jeweils optimale Ausrichtung auf die örtlichen akustischen Verhältnisse sein.</p>	10 15
<p>Zusätzliche Pilotprojekte durchführen und Budgets dafür zur Verfügung stellen Die Bundesregierung soll die „Pilotprojekte für Lärmschutz“, die im Konjunkturpaket II waren, nicht stoppen, sondern weiter ausbauen! Technische Innovationen, Maßnahmen wie lärmarme Bremssysteme, geräuschreduzierte Drehgestelle, Schienendämpfer, die Synchronisierung von Achsabstand und Schwellen u. a. müssen weiter gefördert werden. Förderungen alleine reichen aber nicht: sie müssen dann auch zugelassen werden!</p>	20 25 30 35
<p>Mittelungspegel-Regelung durch Spitzenpegel-Häufigkeits-Regelung ersetzen Die Lärmbelastung durch den Güterzugverkehr wird als so genannter Mittelungspegel durch eine Durchschnittsbildung ermittelt. Dieser nivelliert den extremen Spitzenlärm, der im Güterzugverkehr u.a. durch Bremsen, Quietschen, Wiederanfahen oder in Kurven entsteht. Diese Mittelungspegel-Regelung muss, ähnlich wie beim Fluglärmgesetz, durch eine Spitzenpegel-Häufigkeits-Regelung ergänzt werden, die dem Spitzenlärm Rechnung trägt. An relevanten Punkten müssen die Berechnungsverfahren durch Lärmmessstationen kontrolliert werden.</p>	40 45
<p>Für Bestandsstrecken muss ein rechtlicher Anspruch auf Lärmschutz eingeräumt werden! Dafür muss der Begriff der „wesentlichen Änderung“ im BImSchG neu definiert und die 16. BImSchV unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der Menschen nivelliert werden. Heute gibt es einen Rechtsanspruch auf Vorsorge vor Lärm nur bei „wesentlichen Änderungen“ und Neubaumaßnahmen. Vorsorge- und Sanierungswerte klaffen um 11 Dezibel auseinander. Schon bei 10 dB (A) spricht man von einer Verdoppelung des Lärms! Die Schwellenwerte müssen auf dem Niveau der Vorsorge vereinheitlicht werden! Als „wesentlich“ sollte jede Änderung angesehen werden, die für die Bewohner links und rechts der Bahntrassen eine nachweisbar höhere Belastung mit sich bringt. Die gesundheitlich relevanten Grenzwerte dürfen auf keinen Fall mehr überschritten werden, wie dies heute an allen Bestandsstrecken in bestimmten Abschnitten der Fall ist.</p>	50 55 60
<p>Den Schutz vor Erschütterungen ins BImSchG aufnehmen Den Hausbesitzern links und rechts der Bahn ist es nicht nur zu laut; sie müssen auch um ihre Häuser fürchten wegen der Erschüt-</p>	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 terungen, denen diese ausgesetzt sind. Davor gibt es bisher keinen Schutz. Der Schutz vor Erschütterungen durch die Bahn muss vollumfänglich in das Immissionsschutzgesetz aufgenommen wer- den. Wir wollen klare Grenzwerte und Maßnahmenverordnungen!</p> <p>5 Schutz vor Erschütterungen ist technisch möglich durch Maßnah- men an Fahrzeugen und Trassen. Im Einzelfall können auch einzel- ne Häuser von Erschütterungen entkoppelt werden.</p> <p>Güterverkehr künftig außerhalb von Wohngebieten führen</p> <p>10 Die Bundesrepublik Deutschland lebt vom Export; deshalb wird der Güterverkehr weiter zunehmen. Neubaustrecken mit über- wiegendem Güterverkehr dürfen nicht mehr durch Wohngebiete geführt werden. Für Bestandsstrecken mit überwiegendem Güter- verkehr sind Umfahrungen zu bauen, damit die Anwohner weitge- hend von Lärm, Erschütterungen und Gefahrgutunfällen verschont werden.</p> <p>15 Eine verantwortliche und nachhaltige Verkehrspolitik muss dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor der Verlärmung ihrer Städ- te und Landschaften Rechnung tragen! An die Stelle von nachsor- gendem Lärmschutz und Reparaturmaßnahmen muss eine voraus- schauende Gestaltung von Verkehr, Stadtentwicklung und Archi- tektur treten, die Lärm und Lärmschutz von Anfang an Rechnung trägt.</p> <p>20</p> <p>25 Antragsbereich VI.A Antrag II</p> <p>Ortsverein Hof Ost-Jägersruh (Landesverband Bayern)</p> <p>Mobilitätspolitik für Senioren (Infrastrukturpolitik)</p> <p>30</p> <p>35 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen, den nachfolgen- den Antrag als gesonderten Programmpunkt der Infrastrukturpoli- tik in das Regierungsprogramm aufzunehmen: Mobilität ist eine wichtige Grundlage, um die Bindungen im Fa- milien- und Freundeskreis zu erhalten, sowie für gesellschaftliche 40 Teilhabe und Selbständigkeit. Ob mit Bus oder Bahn, mit dem Fahrrad, zu Fuß oder mit dem Auto: ältere Menschen sind im Ver- gleich zu früheren Generationen aktiver und wollen eigenständig und selbstbestimmt mobil bleiben. Wir wollen alle Hemmnisse, 45 die die Mobilität von Seniorinnen und Senioren behindern oder einschränken, nachhaltig abbauen. Der seniorenrechtliche Verkehr muss sicherer, barrierefrei und einfacher werden. Dezentrale Strukturen mit kurzen Wegen: Wir wollen daher in allen Städten und Gemeinden dezentrale 50 Strukturen mit kurzen Wegen fördern, damit Seniorinnen und Se- nioren bis ins hohe Alter eigenständig am öffentlichen Leben teil- haben können.</p> <p>Barrierefreiheit: 55 Im öffentlichen Raum wird die Barrierefreiheit zum Grundprin- zip erhoben. Der dafür in den Städten und Gemeinden notwendige Umbau wird gefördert.</p> <p>Fußverkehr: 60 Der seniorenrechtliche Fußverkehr soll durch attraktive Fußwege- netze, rutschsichere und stolpersichere Wegebeläge, Querungs- hilfen und abgesenkte Bordsteine an Straßenkreuzungen, längere Grünphasen an Ampeln für Fußgänger, kostenfreie Verweilmög- lichkeiten und öffentliche Toiletten gefördert werden.</p> <p>65</p> <p>Fahrradverkehr: Der seniorenrechtliche Fahrradverkehr soll durch ausgeschilderte Radverkehrsnetze mit leicht befahrbaren Wegeoberflächen sowie</p>	<p>VI.A11</p> <p>Mobilitätspolitik für Senioren (Infrastrukturpolitik)</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
leicht zugänglichen, beleuchteten Abstellmöglichkeiten gefördert werden. E-Bike-Sharing-Initiativen für Senioren werden unterstützt.	1
<p>Öffentlicher Verkehr: Der seniorenrechte Öffentliche Verkehr soll durch eine grundsätzliche Umstellung auf Barrierefreiheit, wettergeschützte Wartemöglichkeiten mit Sitzplätzen, ausreichende Umsteigezeiten und den Ausbau des Bedarfsverkehrs, insbesondere bei Veranstaltungen, gefördert werden.</p>	5 10
<p>Autoverkehr: Der seniorenrechte Autoverkehr soll durch Schaffung einfacher und übersichtlicher Verkehrsführungen und einer Entrümpelung des Schilderwaldes in Städten und Gemeinden gefördert werden. Car-Sharing-Initiativen mit seniorenrechten Autos werden unterstützt.</p>	15
<p>Mitwirkung bei der Gestaltung: Die Mitwirkung älterer Menschen als Experten bei der Gestaltung der seniorenrechten Mobilität in Städten und Gemeinden wird verpflichtend eingeführt.</p>	20
<p>Antragsbereich VI.A Antrag 12</p>	<p>VI.A12</p>
<p>Ortsverein Eppendorf (Landesorganisation Hamburg)</p>	25
<p>Soziales Mietrecht erhalten und klimagerecht verbessern</p>	<p>Soziales Mietrecht erhalten und klimagerecht verbessern</p>
<p>Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 08.05.2012 einen Antrag „Soziales Mietrecht erhalten und klimagerecht verbessern“ (BT-Drucksache 17/9559) beschlossen, der leider keine Mehrheit im Bundestag erhalten hat.</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>Wir begrüßen die Kernforderungen dieses Antrags, jedoch finden sich leider wesentliche Forderungen dieses Antrags nicht in dieser Klarheit in dem Positionspapier zur Klausur der SPD-Bundestagsfraktion vom 09. - 11. Januar 2013 wieder.</p>	40
<p>Angesichts dessen, dass insbesondere in Ballungszentren seit Jahren die Wohnraumkosten stärker als die sonstigen Lebenshaltungskosten steigen und insbesondere in Großstädten der durchschnittliche Anteil der Mieten am Haushaltseinkommen bei über 35 % liegt, gibt es hier akuten Handlungsbedarf.</p>	45
<p>Das Thema Mieten wird im Bundestagswahlkampf eines der zentralen Themen sein, auch und gerade weil die erst vor kurzem von schwarz-gelb noch unter der Bundesratsmehrheit vor der Niderrachsenwahl durch den Bundesrat gepeitschte „Mietrechtsreform“ viele für Mieter nachteilige Regelungen enthält. Das Gesetz wird nunmehr voraussichtlich in 1-2 Monaten in Kraft treten. Dadurch wurden Mieterrechte wie das Recht zur Mietminderung beschränkt, Vermietern wird die Modernisierung ihres Wohnungsbestandes auf Kosten der Mieter erleichtert und es wird die Möglichkeit geschaffen, eine Wohnung per einstweilige Verfügung zu räumen, ohne dass das Gericht die Zulässigkeit einer Kündigung genau überprüft.</p>	50 55
<p><u>Vor diesem Hintergrund sollten nachfolgende zentrale Forderungen Eingang in das SPD-Wahlprogramm finden:</u></p>	60
<p>- Der Rechtsweg für Mieter darf nicht weiter durch eine Ausweitung des einstweiligen Rechtsschutzes bei Räumungsklagen verkürzt werden, so wie es das von schwarz-gelb beschlossene Gesetz vorsieht.</p>	65
<p>- Das Mietminderungsrecht muss in der bisherigen Form beibehalten werden.</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 - Die Umlagefähigkeit der Kosten sämtlicher Modernisierungsmaßnahmen auf die Miete soll von bisher 11% auf 9 % abgesenkt werden und eine zeitliche Befristung der Umlagefähigkeit zumindest geprüft werden.</p> <p>5 - Nicht rückzahlbare Förderungen zur energetischen Modernisierung sollen aus der Umlagefähigkeit herausgenommen werden, denn es kann nicht sein, dass Mieter für Fördermaßnahmen, die dem Vermieter zu Gute kommen, bestraft werden!</p> <p>10 - Zudem dürfen durch energetische Modernisierung keine zusätzlichen Kosten für Wohngeldempfänger entstehen. Wir begrüßen Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung, allerdings muss dabei sichergestellt werden, dass diese nicht durch die Hintertür zu fachlich nicht gerechtfertigten Mieterhöhungen genutzt werden können.</p> <p>15 Daher fordern wir, dass bei energetischen Gebäudesanierungen größtmögliche Transparenz hinsichtlich der tatsächlichen Energieeinsparung hergestellt wird. Dies bedarf einer tragfähigen fachtechnischen Begründung. Anderenfalls muss den betroffenen Mietern ein Recht zustehen, ihre Zustimmung dazu zu verweigern.</p> <p>20 Die derzeit viel diskutierte Absenkung der Kappungsgrenze bei Bestandsmieten spielt in der Wirklichkeit, insbesondere bei Vermietern, die die Miete im Rahmen des rechtlich Zulässigen (d.h. bezogen ortsübliche Vergleichsmieten/den Mietenspiegel) kaum eine Rolle. Viel wichtiger hingegen ist – auch vor dem Hintergrund des negativen Effekts auf Vergleichsmieten/Mietenspiegel – sicherzustellen, dass die Mieterhöhungen bei Wiedervermietungen auf maximal 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete beschränkt werden sowie dass sämtliche Bestandsmieten der letzten 10 Jahre sowie die in diesem Zeitraum festgesetzten Neuvertragsmieten berücksichtigt werden, um so den Anstieg auch der Bestandsmieten wirksam entschleunigen zu können.</p> <p>25 Außerdem erfordert aus unserer Sicht die aktuelle Rechtsprechung des BGH, wonach die Schonfrist des § 569 BGB (Kündigung wird innerhalb eines 2-Jahreszeitraums einmal unwirksam, wenn der Vermieter binnen 2 Monaten nach Rechtshängigkeit des Räumungsanspruchs befriedigt wird) uneingeschränkt nur (noch) für außerordentliche fristlose Kündigungen aus wichtigem Grund gelten soll, dass die Schonfristklausel, so wie die Rechtsprechung dies bisher überwiegend gehandhabt hat, auch für ordentliche Kündigungen gelten soll. Ansonsten droht in einer Vielzahl von Fällen die Wohnungslosigkeit!</p> <p>30 Schließlich sollte das Insolvenzrecht derart reformiert werden, dass ein insolvenzrechtliches Kündigungsverbot nach § 109 Abs. 1 S. 2 InsO auch auf die Kündigung der Mitgliedschaft in einer Wohnungsgenossenschaft angewendet werden kann, solange der Schuldner die Wohnung in der Genossenschaft nutzt (Drs. 20/419 der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg vom 04.05.2011, die einstimmig in der Bürgerschaft beschlossen wurde).</p>	
<p>50 Antragsbereich VI.A Antrag 13</p>	<p>VI.A13</p>
<p>55 09/13 Adlershof (Landesverband Berlin)</p>	
<p>Innovationskommission</p>	<p>Innovationskommission</p>
<p>60 Das Wahlprogramm ist um folgenden Punkt zu ergänzen: „Die SPD setzt sich für die Einrichtung einer Innovationskommission der Bundesregierung ein, die Projekte von Bund, Länder und Kommunen zur Verbesserung der Haushaltssituation als auch der Lebensqualität bewertet und als Konzepte für andere Kommunen oder Regierungsbehörden zugänglich macht und ggf. unterstützend begleitet.“</p> <p>65</p>	<p>Ablehnung</p>

VII. Umwelt und Verbraucherschutz

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 » Anträge zum Kapitel VII.2: Lebensqualität und Innovation durch Umweltpolitik «</p> <p><i>Antragsbereich VII.A</i> 5 <i>Antrag 1</i></p> <p><i>12/01 Borsigwalde/Tegel Süd</i> <i>(Landesverband Berlin)</i></p> <p>10 Umwelt, Klima, Energie</p> <p>Nachhaltigkeitsprozess: - Die Prinzipien der Nachhaltigkeit als Balance zwischen Ökonomie, Ökologie, sozialer Fragestellung und bürgerlicher Beteiligungen werden auch in Zukunft prägende Leitgedanken sozialdemokratischer Politik sein. Der von Gerhard Schröder ins Leben gerufene bundesweite Nachhaltigkeitsprozess wird fortgesetzt und durch eine neu ausgerichtete Nachhaltigkeitsstrategie gestärkt. Natur-, Tier- und Landschaftsschutz 20 - Eine intakte Umwelt ist essentielle Grundlage für Mensch und Natur und bildet auch die Basis für erfolgreiches wirtschaftliches Handeln. Die SPD steht daher für einen zukunftsweisenden Schutz von Natur und Umwelt. - Umweltschutz, Naturschutz, Tierschutz sind Teil unserer solidarischen Gesellschaftskonzeption. Nach der Aufnahme des Tierschutzes in das Grundgesetz muss das Tierschutzgesetz grundlegend u.a. durch die Aufnahme des Verbandsklagerechts novelliert werden. - Die SPD wird dafür Sorge tragen, dass die EU-weiten Tierschutzauflagen auch in Deutschland verbindlich werden, insbesondere auch bei der Massentierhaltung. - Die SPD strebt eine Abkehr von der gegenwärtigen Massentierhaltung an. Sie fordert eine verstärkte Unterstützung und Förderung der regionalen, mittelständischen, bäuerlichen Landwirtschaft.</p>	<p>VII.A1</p> <p>Umwelt, Klima, Energie</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>35 <i>Antragsbereich VII.A</i> <i>Antrag 2</i></p> <p><i>05/11 Gatow-Kladow</i> 40 <i>04/77 KuÁ'Damm-Abteilung</i> <i>090 Kreis Treptow-Köpenick</i> <i>(Landesverband Berlin)</i></p> <p>Umweltschutz</p> <p>45 Das Wahlprogramm ist um folgenden Punkte zu ergänzen: „Zum Nachhaltigkeitsprozess - Die Prinzipien der Nachhaltigkeit als Balance zwischen Ökonomie, Ökologie, sozialer Fragestellung und bürgerlicher Beteiligungen werden auch in Zukunft ein prägender Leitgedanke sozialdemokratischer Politik sein. Der von Gerhard Schröder ins Leben gerufene bundesweite Nachhaltigkeitsprozess wird fortgesetzt und durch eine neu ausgerichtete Nachhaltigkeitsstrategie gestärkt. Natur-, Tier- und Landschaftsschutz 55 - Eine intakte Umwelt ist essentiell Grundlage für Mensch und Natur und bildet auch die Basis für erfolgreiches wirtschaftliches Handeln. Die SPD steht daher für einen zukunftsweisenden Schutz von Natur und Umwelt. - Umweltschutz, Naturschutz, Tierschutz sind Teil unserer solidarischen Gesellschaftskonzeption. Nach der Aufnahme des Tierschutzes in das Grundgesetz muss das Tierschutzgesetz grundlegend u.a. durch die Aufnahme des Verbandsklagerechts novelliert werden. - Die SPD wird dafür Sorge tragen, dass die EU-weiten Tierschutzauflagen auch in Deutschland verbindlich werden, insbesondere auch bei der Massentierhaltung.</p>	<p>VII.A2</p> <p>Umweltschutz</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
» Anträge zum Kapitel VII.2: Verbraucherinnen und Verbraucher schützen und stärken «	1
<i>Antragsbereich VII.A</i> <i>Antrag 3</i>	VII.A3 5
<i>09/13 Adlershof</i> <i>090 Kreis Treptow-Köpenick</i> <i>(Landesverband Berlin)</i>	10
<i>Kennzeichnung von Lebensmitteln und anderen Produkten</i>	<i>Kennzeichnung von Lebensmitteln und anderen Produkten</i>
Das Wahlprogramm ist um folgenden Punkt zu ergänzen: „Die SPD setzt sich für eine bessere, einfachere und transparentere Kennzeichnung von Lebensmitteln (und ggf. anderen Produkten) ein, um für den Verbraucher die Inhaltsstoffe, die Herkunft (Produktionsfirma und nicht nur Vertriebsfirma) als auch den Herstellungszeitraum transparenter zu machen, um Missbrauch durch White-Labeling oder Etikettenschwindel bei Mindesthaltbarkeitsdaten entgegen zu wirken.“	Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK 15
<i>Antragsbereich VII.A</i> <i>Antrag 4</i>	VII.A4 25
<i>Region Ostwestfalen-Lippe</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	30
<i>Dispozinsen drastisch senken! Private Bankkunden nicht mehr abzocken!</i>	<i>Dispozinsen drastisch senken! Private Bankkunden nicht mehr abzocken!</i>
Die SPD begrüßt den Vorschlag von Peer Steinbrück, mit einem Gesetz gegen überhöhte Zinsen für überzogene Girokonten vorzugehen. In diesem Gesetz muss vorgeschrieben werden, dass der sogenannte Dispo-Zins maximal 7 Prozent über dem Basiszinssatz liegen darf.	Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK 35
Das ist der Zinssatz, zu dem sich die Banken und Sparkassen ihr Geld bei der EZB leihen. Dieser Zinssatz liegt zurzeit bei 0,75 %.	40
Wenn gleichzeitig Banken und Sparkassen von ihren Kunden 15% und mehr verlangen ist dies Wucherei und Abzocke!	45
Die SPD will mit diesem Vorschlag die Verbraucherinnen und Verbraucher entlasten und gegen unberechtigte Forderung der Banken schützen. Dies ist ein weiterer Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit.	50
» Sonstige Anträge zum Kapitel VII «	50
<i>Antragsbereich VII.A</i> <i>Antrag 5</i>	VII.A5 55
<i>Ortsverein Eimsbüttel-Nord</i> <i>(Landesorganisation Hamburg)</i>	55
<i>Mehr Zukunft mit mehr Nachhaltigkeit wagen!</i>	<i>Mehr Zukunft mit mehr Nachhaltigkeit wagen!</i> 60
Das Sozialdemokratische Energiekonzept für eine gerechte und verantwortungsbewusste Gesellschaft	Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK
Unser Leitbild:	65
<ul style="list-style-type: none"> • Ressourcenverbrauch mit Verantwortung für künftige Generationen, • Soziale Gerechtigkeit bei den Energiepreisen, 	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 • Klima-Verantwortung für alle Erdbewohner und künftige Generationen. Unsere Zielsetzungen:</p> <p>5 • Nachhaltigkeit als Maßstab • Bürgerbeteiligung als Methode • Innovationen und Arbeitsplatzsicherung • Energie-Verbrauch reduzieren als Standard • Energie-Rückgewinnung grundsätzlich nutzen</p> <p>10 Die sozialdemokratische Partei war bei vielen gesellschaftlichen Innovationsprozessen in den letzten 150 Jahren die treibende Kraft und hat im Verbund mit starken Gewerkschaften, innovativen Vordenkern und dem Gemeinwesen aufgeschlossenen Entscheidungsträgern aus Wirtschaft und Verwaltung substantielle Verbesserungen der Lebensbedingungen für die Menschen erkämpft, nicht zuletzt den Atomkonsens 2000 und den konsequenten Umbau der</p> <p>15 Energieerzeugung. Das Bedürfnis der Menschen nach mehr Gerechtigkeit ist größer denn je. Neben der sozialen Gerechtigkeit erwarten viele Bürger heute auch Antworten und Lösungen für die Ressourcengerechtigkeit und im Hinblick auf die Nachhaltigkeit unserer Energieversorgung.</p> <p>20 Die SPD wird in Regierungsverantwortung sicherstellen, dass</p> <p>25 • die Energiepreise und der Gesamtenergieverbrauch auch für einkommensschwache Haushalte bezahlbar bleiben, • die Energieversorgung sicher bleibt und die Einzelmaßnahmen miteinander verzahnt und abgestimmt werden, • die Energiewende auch mit den Bürgern und Kommunen gemeinsam umgesetzt wird, • neue Arbeitsplätze durch Innovationen entstehen und bestehende Arbeitsplätze im internationalen Wettbewerb nicht benachteiligt werden,</p> <p>30 • die Energieversorgung konsequent auf nachhaltige, d.h. ressourcenschonende Verfahren umgestellt wird, • die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40% gegenüber 1990 gesenkt werden, • der Atomausstieg und der Umbau der Energieversorgung auch international voran kommt, wofür sich Deutschland auch international einsetzen wird, • die Energie-Effizienz und -Einsparung ein zentrales Politikfeld</p> <p>40 in diesem Jahrzehnt wird.</p> <p>Energieausgaben stabilisieren, Verbrauch senken, soziale Gerechtigkeit</p> <p>45 Wir werden angesichts vieler, bislang ungenutzter Energiespar- und Effizienzmaßnahmen die Energieberatung für die Verbraucherinnen und Verbraucher vorantreiben. Jeder Haushalt hat Anspruch auf eine kostenfreie Energieeffizienzberatung. Dadurch möchten wir das Bewusstsein für die Eigenverantwortung aller Energieverbraucher stärken. Um den Anreiz für Energieeinsparungen zu erhöhen, werden wir die Stromversorgungsunternehmen verpflichten, mindestens einen progressiven Stromtarif einzuführen. Das kann auch einkommensschwachen Haushalten zugute kommen. Eine tarifgünstige Grundverbrauchsmenge für Strom je Haushalt soll Standard werden. Dabei soll der Anreiz zum Stromsparen jedoch unbedingt erhalten bleiben. Für Einkommensschwache Haushalte werden wir ein Förderprogramm zum Austausch von Haushalts-</p> <p>50 Altgeräten mit niedrigen Energiestandards auflegen. Die Versorgung mit Wärme und Strom ist ein wichtiger Bestandteil der öffentlichen Daseinsfürsorge. Wir werden dafür sorgen, dass Energienetze und -erzeugung nicht allein nach privatwirtschaftlichen Interessen gesteuert und bewirtschaftet werden. Wir wollen mehr Vielfalt auf den Energiemärkten schaffen und dadurch auch überhöhte Preise und allzu hohe Marktmacht einzelner Akteure verhindern. Wir werden das im Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltungsrecht stärken auch im Hinblick auf die</p> <p>60 Möglichkeit, Aufgaben der öffentlichen Daseinsfürsorge wieder in kommunaler Eigenregie durchzuführen. Wir werden dazu unter anderem die Regelungen zur Vergabe von Konzessionen für</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>leitungsgebundene Strom-, Gas- und Wärmenetze so konkretisieren, dass Rechtssicherheit insbesondere über die Modalitäten der Übertragung der Netze bei einem Wechsel des Konzessionsinhabers besteht. Es soll eine den Wechsel nicht behindernde Bewertungsmethode festgelegt werden. Die Geltung der Regelungen soll sich – soweit rechtlich zulässig – auch auf Endschaftsklauseln in Altverträgen erstrecken.</p>	<p>1</p> <p>5</p>
<p>Sichere Stromversorgung, Kapazitätsausgleich, bessere Koordination</p>	<p>10</p>
<p>Wir werden die Stabilität und Qualität der Energieversorgung weiter erhöhen durch Fortentwicklung der qualitätsorientierten regelmäßigen Kontrolle der Strom- und Gasverteilnetz-Betreiber. Schon bei der Vergabe der Netz-Konzessionen werden wir klare und transparente Regeln für mehr Rechtssicherheit für alle Verfahrensbeteiligten und für mehr Qualität aufstellen und die Einführung sowie den Ausbau innovativer umweltschonender Technik fördern. Im Übertragungsnetzbereich sind große Investitionen nicht nur in die Modernisierung, Erweiterung und den Offshore-Anschluss notwendig. Dabei gilt es, dass der Netzausbau grundsätzlich dem Ausbau der erneuerbaren Energien zu folgen hat. Gleichzeitig werden wir den Weg ebnen, damit Strom aus erneuerbaren Energien bedarfsgerecht zwischengespeichert werden kann. Das erfordert weitere Investitionen in Großspeicher, die angesichts der Bedeutung von Windenergie für die Energiewende insbesondere in Norddeutschland gebraucht werden. Die Transparenz hinsichtlich des tatsächlichen Bedarfs und die breite Beteiligung der Öffentlichkeit sind dabei für uns eine Voraussetzung und kein Hindernis. Die Umweltverträglichkeit der Offshore-Energieerzeugung ist wissenschaftlich zu begleiten.</p>	<p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p>
<p>Schließlich werden wir alle technischen Möglichkeiten nutzen, um den Verbrauch, neue Speicheranlagen und alle Erzeugungsanlagen, sei es nun aus erneuerbaren oder noch aus fossilen Energien, flexibler zu gestalten und besser aufeinander abzustimmen. Dazu werden wir kosteneffiziente Kapazitätsmechanismen einführen, die wirksame Anreize für alle Akteure bieten. Die heutigen Rahmenbedingungen für den Strommarkt werden wir so weiter entwickeln, dass Klimaschutz, Flexibilität und Versorgungssicherheit angemessen berücksichtigt werden.</p>	<p>35</p>
<p>Wir werden alle Steuerungs- und Koordinierungsarbeiten in sämtlichen Energienutzungs-sektoren – Elektrizität, Wärme und Mobilität – in einem neu geschaffenen Energie-ministerium zusammenfassen und dafür die notwendigen Kompetenzen zuordnen. Wir beenden die Dauer-Blockade zwischen Umwelt- und Wirtschaftsministerium und gestalten und verzahnen die vielen Einzelmaßnahmen des Umbaus hin zu einer nachhaltigen Energieversorgung. Wir werden einen in Konsultationen abgestimmten und jährlich überarbeiteten „Masterplan Energiewende“ vorlegen.</p>	<p>40</p> <p>45</p>
<p>Notwendig ist auch die „Energiewende von unten“</p>	<p>50</p>
<p>Die Energiewende gelingt nur mit den Menschen, mit den kleinen und großen Energie-verbrauchern und der Einbeziehung aller Akteure in die Verantwortung. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass Stadtwerke, Genossenschaften und einzelne Bürger die Möglichkeit haben, eine demokratisch kontrollierte und dezentral organisierte Energieversorgung aufzubauen.</p>	<p>55</p>
<p>Die Energiewende erfordert große Investitionen, die auch Erträge bringen. Viele Bürger suchen sichere Anlagemöglichkeiten und wollen sich gleichzeitig auch aktiv einbringen in den Umbau der Energiesysteme. Wir werden daher insbesondere die Möglichkeiten von Bürgerbeteiligungen weiter ausbauen, damit Bürger und Bürgergenossenschaften sich an Investitionen in allen Wertschöpfungsstufen des Energiesystems finanziell beteiligen können.</p>	<p>60</p>
<p>CO₂-Ausstoß konsequent reduzieren, Innovationen fördern</p>	<p>65</p>
<p>Der von Rot-Grün im Jahr 2000 forcierte und konsequent gestaltete Rahmen für den nachhaltigen und CO₂-neutralen Umbau der Ener-</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 gievorsorgung hat innerhalb von 12 Jahren zu über 400.000 neuen Arbeitsplätzen geführt. Im Jahr 2020 werden es mehr als 600.000 sein. Wir werden Innovationen und Pionierleistungen, die von kreativen 5 Menschen und erfolgreichen Unternehmen in Deutschland für die Umsetzung der Energiewende tagtäglich geleistet werden, verstärkt fördern. Wir werden gleichzeitig darauf achten, dass auch in diesem dynamisch wachsenden Wirtschaftszweig faire Arbeits- bedingungen eingehalten werden. Wir werden darauf hinwirken, 10 dass Anbieter von Ökostrom und Hersteller von Erneuerbare-Ener- gien-Anlagen sowie deren Auftragsunternehmen gute Sozialstan- dards einhalten und nicht von Dumpinglöhnen profitieren. Wir wollen, dass die Unternehmen ihre internationale Führungsrol- le bei den Themen Energieeffizienz und Nachhaltigkeit weiter aus- bauen und ein auf die Unternehmensgröße abgestimmtes Energie- 15 managementsystem implementieren. Energieintensiven Unterneh- men, die im internationalen Wettbewerb stehen und bei denen die Energiekosten direkte Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit haben, sollen aber durch den Umbau der Energieversorgung keine Nachteile haben.</p> <p>20 Unser Ziel: nachhaltige Energieversorgung, Ressourcen scho- nen Wachsende Bevölkerungszahlen und die schnell zunehmende In- dustrialisierung weltweit führen zu einer drastisch weiter wachsen- 25 den Nachfrage nach Rohstoffen und Energie. Daraus entstehen die ökologischen und ökonomischen Herausforderungen: • Wie verhindern wir die Zerstörung der natürlichen Lebensgrund- lagen durch die mit der Industrialisierung verbundene Übernut- zung unserer Umwelt? 30 • Wie machen wir unsere Wirtschaft unabhängiger von Rohstof- fen, die nur begrenzt auf der Erde verfügbar sind und deren Prei- se steigen werden? • Wie verhindern wir eine Ressourcenausbeutung der Dritten Welt ? Die Antwort der SPD ist der bewusste Wandel hin zu einer nach- 35 haltigen Wirtschaft. Um den Wandel zu gestalten, brauchen wir eine neue Fortschritts- idee: „Mehr Zukunft mit mehr Nachhaltigkeit wagen!“ Wir werden die Weichen dafür so stellen, dass spätestens im Jahre 2050 die vollständige Stromversorgung aus Erneuerbaren Energien 40 erreicht wird. Dazu werden wir das EnWG, das EEG, das Strom- steuergesetz und andere Regelungen schrittweise so weiter ent- wickeln, dass der Strompreis alle externen Kosten widerspiegelt. Dabei gilt für uns das Grundprinzip der Nachhaltigkeit: Es muss ein Ausgleich zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen 45 Interessen stattfinden, damit die Energiewende weder zu Lasten von Arbeitsplätzen noch der sozial Schwachen geht – denn richtig angepackt bietet sie große Chancen für mehr soziale Gerechtigkeit und den Industriestandort Deutschland. Wir werden die Weichen dafür so stellen, dass im Jahre 2050 die 50 gesamte verfügbare Energiebedarfsmenge in allen Nutzungsbe- reichen zu mindestens 90 % aus erneuerbaren Energien stammt. Dafür werden wir auch die Rahmenbedingungen im Wärme- und Mobilitätssektor schaffen. Wir werden den Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent 55 fortsetzen. In 2020 wollen wir mindestens 45 Prozent der Stromer- zeugung auf erneuerbare Energien umgestellt haben, 2030 soll der Anteil bei mindestens 60 Prozent liegen.</p> <p>CO₂-Emissionsziele senken, CO₂-Zertifikatehandel jetzt refor- mieren 60 Ein großes Ziel erreicht man nur mit guten Ideen und wenn man bereits den ersten Schritt in die richtige Richtung geht. Und dann den Nächsten. Wir wollen, dass Deutschland wieder Vorreiter bei der Umsetzung der Klimaschutzziele wird. Dazu schaffen wir ein 65 Nationales Klimaschutzgesetz, das die erklärten deutschen Klima- schutzziele (-95 % Treibhausgasemissionen bis 2050 gegenüber 1990) verbindlich festlegt. Bis 2020 werden wir den gesamten CO₂-Ausstoß Deutschlands gegenüber 1990 um 40% senken. Wir</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
werden stetig steigende Zwischenziele festlegen. Die Zielerreichung wird jährlich durch eine unabhängige Kommission überprüft werden. Das Klimaschutzgesetz enthält verbindliche Sektorziele für die Bereiche Energieerzeugung, Gebäude, Haushalte, Industrie und Verkehr.	1
Neben den schon beschriebenen Maßnahmen ist es auch notwendig den CO ₂ -Zertifikate-handel auf den Prüfstand zu stellen, was bislang vom Bundeswirtschaftsministerium blockiert wurde. Der Vorschlag der EU-Kommission, mindestens 900.000 Zertifikate aus dem Handel herauszunehmen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Außerdem müssen die Klimaschutzziele in der EU und international erhöht werden. Der CO ₂ -Ausstoß in der EU muss bei Festlegung stetig steigender Zwischenziele bis 2020 um 30% gegenüber 1990 sinken. Zur Überprüfung brauchen wir eine unabhängige europäische Kommission. Weltweit werden wir nicht umhin kommen, uns an den Kosten des Klimaschutzes zu beteiligen, um den Klimaschutz international voranzubringen. Dafür werden wir uns einsetzen.	5
<ul style="list-style-type: none"> • Verschmutzung und CO₂-Emissionen müssen endlich spürbare Kosten verursachen! • Saubere und nachhaltige Energienutzung und -Rückgewinnung müssen sich lohnen! 	10
Wir werden ergänzend die Einführung einer CO ₂ -Abgabe und alternativ die Differenzierung der Stromsteuer nach der CO ₂ -Bilanz des Primärenergieträgers prüfen. Mit einer CO ₂ -Abgabe werden wir notwendige Infrastrukturmaßnahmen für den nachhaltigen Umbau des Energiesystems finanzieren.	15
<p>Ausstieg aus der Atomenergie international voranbringen</p> <p>Atomenergie darf nicht zur Erreichung der Klimaziele beitragen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich erneuerbare Energien so schnell wie möglich auch international durchsetzen. Dazu gehört es, dass wir uns auch international für einen Ausstieg aus der Atomenergie einsetzen. Um den Ausstieg aus der Atomenergie international zu fördern ist es notwendig, dass Deutschland keine Atomtechnologie mehr exportiert und keine Export-Bürgschaften mehr für derartige Geschäfte gibt. Auch dürfen die deutschen Landesbanken derartige Projekte im Ausland nicht mehr finanzieren.</p>	20
<p>Energieeffizienz und Energieeinsparung: Mehr Ressourcengerechtigkeit</p>	25
Im Bereich der Wärme-Erzeugung, Wärme-Nutzung und Wärme-Rückgewinnung liegen noch große unerschlossene Potenziale, die wir durch die konsequente Förderung von	30
<ul style="list-style-type: none"> • energetischen Gebäudemodernisierungen, • Einbauten kleiner und mittlerer KWK-Anlagen, die mit nachhaltig erzeugten Energieträgern betrieben werden, • elektrisch betriebene Wärmepumpen • und Wärmerückgewinnung 	35
erschließen werden. Durch energetische Gebäudesanierungen darf der Anstieg der Kaltmieten jedoch nicht die Ersparnis durch Energieeinsparung überschreiten.	40
Im Mobilitätsbereich werden wir gezielt den öffentlichen Nah- und Fernverkehr fördern, neue Mobilitäts-Nutzungskonzepte etablieren und die Entwicklung und den Markteintritt nachhaltiger Antriebs- und Treibstoffkonzepte unterstützen. Wir wollen, dass die nachhaltigen Mobilitäts- und Antriebskonzepte in Deutschland entwickelt und zuerst hier flächendeckend eingesetzt werden.	45
	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Antragsbereich VII.A Antrag 6</p> <p>5 Ortsverein Meiendorf Ortsverein Hamm-Borgfelde (Landesorganisation Hamburg)</p> <p>10 Mehr Zukunft mit mehr Nachhaltigkeit wagen!</p> <p>Das Sozialdemokratische Energiekonzept für eine gerechte und verantwortungsbewusste Gesellschaft Unser Leitbild:</p> <p>15 - Ressourcenverbrauch mit Verantwortung für künftige Generationen, - Soziale Gerechtigkeit bei den Energiepreisen, - Klima-Verantwortung für alle Erdbewohner und künftige Generationen.</p> <p>20 Unsere Zielsetzungen: - Nachhaltigkeit als Maßstab - Bürgerbeteiligung als Methode - Innovationen und Arbeitsplatzsicherung - Energie-Verbrauch reduzieren als Standard</p> <p>25 - Energie-Rückgewinnung grundsätzlich nutzen Die sozialdemokratische Partei war bei vielen gesellschaftlichen Innovationsprozessen in den letzten 150 Jahren die treibende Kraft und hat im Verbund mit starken Gewerkschaften, innovativen Vordenkern und dem Gemeinwesen aufgeschlossenen Entscheidungsträgern aus Wirtschaft und Verwaltung substantielle Verbesserungen der Lebensbedingungen für die Menschen erkämpft, nicht zuletzt den Atomkonsens 2000 und den konsequenten Umbau der Energieerzeugung.</p> <p>30 Das Bedürfnis der Menschen nach mehr Gerechtigkeit ist größer denn je. Neben der sozialen Gerechtigkeit erwarten viele Bürger heute auch Antworten und Lösungen für die Ressourcengerechtigkeit und im Hinblick auf die Nachhaltigkeit unserer Energieversorgung.</p> <p>35 Die SPD wird in Regierungsverantwortung sicherstellen, dass</p> <p>40 - die Energiepreise und der Gesamtenergieverbrauch auch für einkommensschwache Haushalte bezahlbar bleiben, - die Energieversorgung sicher bleibt und die Einzelmaßnahmen miteinander verzahnt und abgestimmt werden, - die Energiewende mit den Bürgern und Kommunen gemeinsam umgesetzt wird,</p> <p>45 - neue Arbeitsplätze durch Innovationen entstehen und bestehende Arbeitsplätze im internationalen Wettbewerb nicht benachteiligt werden, - die Energieversorgung konsequent auf nachhaltige, d.h. ressourcenschonende Verfahren umgestellt wird,</p> <p>50 - die CO₂-Emissionen aller Energienutzungsarten bis 2020 um 40% gegenüber 1990 gesenkt werden, - der Atomausstieg und der Umbau der Energieversorgung auch international voran kommt, wofür sich Deutschland auch international einsetzen wird,</p> <p>55 - die Energie-Effizienz und -Einsparung ein zentrales Politikfeld in diesem Jahrzehnt wird.</p> <p>Energieausgaben stabilisieren, Verbrauch senken, soziale Gerechtigkeit</p> <p>60 Wir werden angesichts vieler, bislang ungenutzter Energiespar- und Effizienzmaßnahmen die Energieberatung für die Verbraucherinnen und Verbraucher vorantreiben. Jeder Haushalt hat Anspruch auf eine kostenfreie Energieeffizienzberatung pro Jahr. Dadurch möchten wir das Bewusstsein für die Eigenverantwortung aller Energieverbraucher stärken.</p> <p>65 Um einkommensschwache Haushalte zu entlasten, werden wir die Einführung eines Stromtarifes flächendeckend prüfen, der den rela-</p>	<p>VII.A6</p> <p>Mehr Zukunft mit mehr Nachhaltigkeit wagen!</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>tiven Anteil des Haushaltseinkommen, der für die Stromrechnung ausgegeben werden muss, reduziert. Eine tarifgünstige Grundverbrauchsmenge für Strom je Haushalt soll Standard werden. Dabei soll der Anreiz zum Stromsparen jedoch unbedingt erhalten bleiben.</p>	1
<p>Die Versorgung mit Wärme und Strom ist ein wichtiger Bestandteil der öffentlichen Daseinsfürsorge. Wir werden dafür sorgen, dass Energienetze und -erzeugung nicht allein nach privatwirtschaftlichen Interessen gesteuert und bewirtschaftet werden. Wir wollen mehr Vielfalt auf den Energiemärkten schaffen und dadurch auch überhöhte Preise und allzu hohe Marktmacht einzelner Akteure verhindern. Wir werden das im Grundgesetz verankerte kommunale Selbstverwaltungsrecht stärken auch im Hinblick auf die Möglichkeit, Aufgaben der öffentlichen Daseinsfürsorge wieder in kommunaler Eigenregie durchzuführen.</p>	5
<p>Wir werden dazu unter anderem die Regelungen zur Vergabe von Konzessionen für leitungsgebundene Strom-, Gas- und Wärmenetze so überarbeiten, dass dort maximale Rechtssicherheit und Verfahrenstransparenz für alle Bewerber in gleichem Ausmaß sichergestellt werden, und zwar sowohl während des Vergabeverfahrens als auch bei der späteren Eigentumsübertragung bei einem Wechsel des Konzessionsinhabers.</p>	10
<p>Sichere Stromversorgung, Kapazitätsausgleich, bessere Koordination</p>	15
<p>Wir werden die Stabilität und Qualität der Energieversorgung weiter erhöhen durch Fortentwicklung der qualitätsorientierten regelmäßigen Kontrolle der Strom- und Gasverteilnetz-Betreiber. Schon bei der Vergabe der Netz-Konzessionen werden wir klare und transparente Regeln für mehr Rechtssicherheit für alle Verfahrensbeteiligten und für mehr Qualität aufstellen und die Einführung sowie den Ausbau innovativer umweltschonender Technik fördern. Im Übertragungsnetzbereich sind große Investitionen nicht nur in die Modernisierung, Erweiterung und den Offshore-Anschluss notwendig. Gleichzeitig werden wir den Weg ebnen, damit insbesondere die Offshore-Windstromenergie schon vor der Einspeisung in die Übertragungsnetze geglättet und bedarfsgerecht zwischengespeichert wird. Das erfordert weitere Investitionen in Großspeicher insbesondere in Norddeutschland. Die Transparenz hinsichtlich des tatsächlichen Bedarfs und die breite Beteiligung der Öffentlichkeit sind dabei für uns eine Voraussetzung und kein Hindernis. Die Umweltverträglichkeit der Offshore-Energieerzeugung ist zu berücksichtigen und wissenschaftlich zu begleiten.</p>	20
<p>Schließlich werden wir alle technischen Möglichkeiten nutzen, um den Verbrauch, neue Speicheranlagen und alle Erzeugungsanlagen, sei es nun aus erneuerbaren oder noch aus fossilen Energien, flexibler zu gestalten und besser aufeinander abzustimmen. Dazu werden wir kosteneffiziente Kapazitätsmechanismen bis 2020 einführen, die wirksame Anreize für alle Akteure bieten. Die heutigen Rahmenbedingungen für den Strommarkt werden wir so weiter entwickeln, dass Klimaschutz, Flexibilität und Versorgungssicherheit angemessen berücksichtigt werden.</p>	25
<p>Wir werden alle Steuerungs- und Koordinierungsarbeiten in sämtlichen Energienutzungs-sektoren – Elektrizität, Wärme und Mobilität – in einem neu geschaffenen Energie-ministerium zusammenfassen und dafür die notwendigen Kompetenzen zuordnen. Wir beenden die Dauer-Blockade zwischen Umwelt- und Wirtschaftsministerium und gestalten und verzahnen die vielen Einzelmaßnahmen des Umbaus hin zu einer nachhaltigen Energieversorgung. Wir werden einen in Konsultationen abgestimmten und jährlich überarbeiteten „Masterplan Energiewende“ vorlegen.</p>	30
<p>Notwendig ist auch die „Energiewende von unten“ Die Energiewende gelingt nur mit den Menschen, mit den kleinen und großen Energie-verbrauchern und der Einbeziehung aller Akteure in die Verantwortung. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass Stadtwerke, Genossenschaften und einzelne Bürger eine</p>	35
	40
	45
	50
	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 demokratisch kontrollierte und dezentral organisierte Energiever- sorgung aufbauen können. Die Energiewende erfordert große Investitionen. Investitionen, die auch Erträge bringen. Viele Bürger suchen sichere Anlagemöglich- 5 keiten und wollen sich gleichzeitig auch aktiv einbringen in den Umbau der Energiesysteme. Wir werden daher insbesondere die Möglichkeiten von Bürger-Energie-Genossenschaften weiter aus- bauen, damit Bürger und Bürgergenossenschaften sich an Investi- tionen in allen Wertschöpfungsstufen des Energiesystems finanziell 10 beteiligen können.</p> <p>CO₂-Ausstoß konsequent reduzieren, Innovationen fördern Der von Rot-Grün im Jahr 2000 forcierte und konsequent gestaltete Rahmen für den nachhaltigen und CO₂-neutralen Umbau der Ener- gieversorgung hat innerhalb von 12 Jahren zu über 400.000 neuen 15 Arbeitsplätzen geführt. Im Jahr 2020 werden es mehr als 600.000 sein. Wir werden Innovationen und Pionierleistungen, die von kre- ativen Menschen und erfolgreichen Unternehmen in Deutschland für die Umsetzung der Energiewende tagtäglich geleistet werden, verstärkt fördern. Wir werden gleichzeitig darauf achten, dass auch 20 in diesem dynamisch wachsenden Wirtschaftszweig faire Arbeits- bedingungen eingehalten werden. Wir wollen, dass die Unternehmen ihre internationale Führungsrol- le bei den Themen Energieeffizienz und Nachhaltigkeit weiter aus- bauen und ein auf die Unternehmensgröße abgestimmtes Energie- 25 managementsystem implementieren. Energieintensiven Unterneh- men, die im internationalen Wettbewerb stehen, sollen aber durch den Umbau der Energieversorgung keine Nachteile gegenüber dem EU-Durchschnitt haben.</p> <p>30 Unser Ziel: nachhaltige Energieversorgung, Ressourcen scho- nen</p> <p>Wachsende Bevölkerungszahlen und die schnell zunehmende In- 35 dustrialisierung weltweit führen zu einer drastisch weiter wachsen- den Nachfrage nach Rohstoffen und Energie. Daraus entstehen die ökologischen und ökonomischen Herausforderungen: Wie verhindern wir die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundla- gen durch die mit der Industrialisierung verbundene Übernutzung 40 unserer Umwelt? Wie machen wir unsere Wirtschaft unabhängiger von Rohstoffen, die nur begrenzt auf der Erde verfügbar sind und deren Preise stei- gen werden? Wie verhindern wir eine Ressourcenausbeutung der Dritten Welt? 45 Die Antwort der SPD ist der bewusste Wandel hin zu einer nach- haltigen Wirtschaft. Um den Wandel zu gestalten, brauchen wir eine neue Fortschritt- sidee: „Mehr Zukunft mit mehr Nachhaltigkeit wagen!“ 50 Wir werden die Weichen dafür so stellen, dass spätestens im Jahre 2050 die vollständige Stromversorgung aus Erneuerbaren Energien erreicht wird. Dazu werden wir das EnWG, das EEG, das Strom- steuergesetz und andere Regelungen so weiter entwickeln, dass der Strompreis alle externen Kosten widerspiegelt. Der Wert der Ener- 55 gie muss den Grad der Nachhaltigkeit kennzeichnen. Wir werden die Weichen dafür so stellen, dass im Jahre 2050 die gesamte verfügbare Energiebedarfsmenge in allen Nutzungsbe- reichen zu mindestens 90 % aus erneuerbaren Energien stammt. Dafür werden wir auch die Rahmenbedingungen im Wärme- und 60 Mobilitätssektor schaffen. Wir werden den Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent fortsetzen. In 2020 wollen wir mindestens 45 Prozent der Stromer- zeugung auf erneuerbare Energien umgestellt haben, 2030 soll der Anteil bei mindestens 60 Prozent liegen.</p> <p>65 CO₂-Emissionsziele senken, CO₂-Zertifikatehandel jetzt refor- mieren</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Ein großes Ziel erreicht man nur mit guten Ideen und wenn man bereits den ersten Schritt in die richtige Richtung geht. Und dann den Nächsten. Wir wollen, dass Deutschland wieder Vorreiter bei der Umsetzung der Klimaschutzziele wird. Dazu schaffen wir ein Nationales Klimaschutzgesetz, das die erklärten deutschen Klimaschutzziele (-95 % Treibhausgasemissionen bis 2050 gegenüber 1990) verbindlich festlegt. Bis 2020 werden wir den gesamten CO₂-Ausstoß Deutschlands, gemessen über alle Energienutzungsarten, um 40 % senken gegenüber 1990. Wir werden stetig steigende Zwischenziele festlegen. Die Zielerreichung wird jährlich durch eine unabhängige Kommission überprüft werden. Das Klimaschutzgesetz enthält verbindliche Sektorziele für die Bereiche Energieerzeugung, Gebäude, Haushalte, Industrie und Verkehr. Neben den schon beschriebenen Maßnahmen ist es auch notwendig den CO₂-Zertifikatehandel auf den Prüfstand zu stellen, was bislang vom Bundeswirtschaftsministerium blockiert wurde. Der Vorschlag der EU-Kommission, mindestens 900.000 Zertifikate aus dem Handel herauszunehmen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Außerdem müssen die Klimaschutzziele in der EU und international erhöht werden. Der CO₂-Ausstoß in der EU muss bei Festlegung stetig steigender Zwischenziele bis 2020 um 30% gegenüber 1990 sinken. Zur Überprüfung brauchen wir eine unabhängige europäische Kommission. Weltweit werden wir nicht umhin kommen, uns an den Kosten des Klimaschutzes zu beteiligen, um den Klimaschutz international voranzubringen. Dafür werden wir uns einsetzen.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Verschmutzung und CO₂-Emissionen müssen endlich spürbare Kosten verursachen! • Saubere und nachhaltige Energienutzung und –Rückgewinnung müssen sich lohnen! 	<p>30</p> <p>35</p>
<p>Wir werden ergänzend die Einführung einer CO₂-Abgabe und alternativ die Differenzierung der Stromsteuer nach der CO₂-Bilanz des Primärenergieträgers prüfen. Mit einer CO₂-Abgabe werden wir notwendige Infrastrukturmaßnahmen für den nachhaltigen Umbau des Energiesystems finanzieren.</p>	<p>40</p> <p>45</p>
<p>Ausstieg aus der Atomenergie international voranbringen Atomenergie darf nicht zur Erreichung der Klimaziele beitragen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich erneuerbare Energien so schnell wie möglich auch international durchsetzen. Dazu gehört es, dass wir uns auch international für einen Ausstieg aus der Atomenergie einsetzen. Um den Ausstieg aus der Atomenergie international zu fördern ist es notwendig, dass Deutschland keine Atomtechnologie mehr exportiert und keine Export-Bürgschaften mehr für derartige Geschäfte gibt. Auch dürfen die deutschen Landesbanken derartige Projekte im Ausland nicht mehr finanzieren.</p>	<p>50</p> <p>55</p> <p>60</p>
<p>Energieeffizienz und Energieeinsparung: Mehr Ressourcengerechtigkeit Im Bereich der Wärme-Erzeugung, Wärme-Nutzung und Wärme-Rückgewinnung liegen noch große unerschlossene Potenziale, die wir durch eine Verdopplung der Fördermaßnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> - für energetische Gebäudemodernisierungen, - für den Einbau kleiner und mittlerer KWK-Anlagen, die mit nachhaltig erzeugten Energieträgern betrieben werden, - für elektrisch betriebene Wärmepumpen - und Wärmerückgewinnung. <p>erschließen werden. Die Sanierungsrate wird dadurch bis 2020 auf 3% pro Jahr steigen. Heute liegt sie unter 1% und damit weit unterhalb des historischen Mittelwerts. Dabei dürfen jedoch die Mieten nicht überproportional zur Energieeinsparung steigen.</p> <p>Im Mobilitätsbereich werden wir gezielt den öffentlichen Nah- und Fernverkehr fördern, neue Mobilitäts-Nutzungskonzepte etablieren und die Entwicklung und den Markteintritt nachhaltiger Antriebs- und Treibstoffkonzepte unterstützen. Wir wollen, dass die nachhaltigen Mobilitäts- und Antriebskonzepte in Deutschland entwickelt und zuerst hier flächendeckend eingesetzt werden.</p>	<p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Antragsbereich VII.A Antrag 7</p> <p>Landesverband Sachsen</p> <p>5 Strom muss bezahlbar bleiben - Kosten der Energiewende solidarisch schultern</p> <p>10 Strom muss auch in Zukunft für alle bezahlbar bleiben. Steigende Energiepreise dürfen nicht dazu führen, dass Strom, Wärme und Mobilität besonders für einkommensschwache Haushalte zu einem Luxusgut werden. Soziale Verantwortung macht sich aber nicht allein am Strompreis fest.</p> <p>15 Für die SozialdemokratInnen ist klar: Das EEG hat erfolgreich zur Markteinführung erneuerbarer Energien beigetragen. Es hat gegen den damaligen Widerstand von Schwarz-Gelb der Energiewende in Deutschland zum Durchbruch verholfen. Es hilft aktuell die Wettbewerbsnachteile gegenüber in der Vergangenheit subventionierten und heute größtenteils abgeschriebenen fossilen Kraftwerken auszugleichen. Dank des EEG konnten wir in Deutschland einen breiten Technologiemix erhalten. Für die SPD bleibt das EEG weiterhin eine wesentliche Stütze der Energiewende.</p> <p>20 Trotzdem muss das EEG modernisiert werden. Anstelle von populistischen Schnellschüssen der FDP und CDU fordern wir allerdings eine grundlegende Reform des EEG. Zentrales Ziel muss dabei sein, die Kosten der Energiewende gerecht zu verteilen. Der Umbau unserer Energieversorgung wird nicht umsonst zu haben sein. Die Energiewende darf jedoch die soziale Spaltung unserer Gesellschaft nicht noch weiter vertiefen.</p> <p>30 Die SPD will einen sozial gerechteren und gemeinwohlorientierten Umbau des EEG:</p> <p>1. Effiziente Rahmenbedingungen: Grundsätzlich muss der Staat dafür sorgen, die Rahmenbedingungen für den Strommarkt so zu gestalten, dass Erzeugung, Verteilung und Abrechnung effizient ausgerichtet sind. Dazu gehört eine Stärkung des Wettbewerbs ebenso wie die Ausgestaltung der Energiewende unter dem Gesichtspunkt der Kosteneffizienz.</p> <p>35 2. Preisdämpfende Effekte an Kunden weitergeben: Strom aus erneuerbaren Energien ersetzt zunehmend den Einsatz von konventionellen Kraftwerken, was zu einer Verbesserung der Ertragslage bei der Erzeugung führt. Diese preisdämpfenden Effekte müssen an die Stromkunden weitergegeben werden.</p> <p>40 3. Stopp ungerechtfertigter Subventionen: Alle Sonderregelungen wie z.B. die Befreiung von Unternehmen von der EEG-Umlage oder von Netzentgelten müssen auf möglichst wenige, gut begründete Ausnahmen beschränkt werden. Die Merkel-Regierung hat im Bund diese Subventionen ständig massiv ausgeweitet. Den Preis dafür zahlen die Verbraucher.</p> <p>45 4. Eigenverbrauch vor Einspeisung: Die Einspeisung in die allgemeinen Netze ist immer noch richtig und notwendig, jedoch sollten Förderprogramme dem Eigenverbrauch mehr Bedeutung beimessen. Die Förderpolitik zum Ausbau der erneuerbaren Energien muss sich mehr auf den Eigenverbrauch konzentrieren. Wer Strom produziert, soll ihn auch selbst nutzen.</p> <p>50 5. Stärkung des gemeinwohlorientierten Ausbaus erneuerbarer Energien: Wir wollen Regelungen prüfen, welche den kommunalen Ausbau erneuerbarer Energien besonders stärken. Wir wollen, dass die Gewinne aus der EEG-Umlage nicht nur Investoren und Besserverdienenden zugutekommen, die sowohl ein Haus als auch das Geld haben, eine Solaranlage zu finanzieren. Kommunen und damit die Allgemeinheit vor Ort sollen im Besonderen profitieren.</p> <p>60 6. Unterstützung von einkommensschwachen Haushalten: Dazu wird der Parteivorstand und die Bundestagsfraktion einen umfassenden Antrag einbringen.</p> <p>65 Die Energiewende ist allein mit den Mechanismen des EEG nicht zu bewältigen. Deshalb brauchen wir neue Möglichkeiten, wie wir die Energiewende zu einem Erfolg führen, ohne dass der Strom-</p>	<p>VII.A7</p> <p>Strom muss bezahlbar bleiben - Kosten der Energiewende solidarisch schultern</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>preis in unerschwingliche Höhen steigt. Dazu gehört auch, dass wir die Energieeffizienz deutlich steigern und Einsparpotentiale nutzen. Denn jede Kilowattstunde Strom, die nicht verbraucht wird, muss auch nicht bezahlt werden.</p>	1
<p><i>Antragsbereich VII.A</i> <i>Antrag 8</i></p>	5
<p><i>Landesverband Sachsen</i></p>	10
<p><i>Pumpspeichertechnologie modernisieren, sichern und ausbauen</i></p>	<p><i>VII.A8</i> <i>Pumpspeichertechnologie modernisieren, sichern und ausbauen</i></p>
<p>Die Fraktion der SPD im Bundestag wird aufgefordert, sich neben dem Ausbau erneuerbarer Energie ebenso für die Priorität der Speichertechnologie von Pumpspeicherkraftwerken einzusetzen und die Bundesregierung dazu zu drängen, diese nach allen Möglichkeiten zu fördern. Dies gilt sowohl allgemein wie auch im aktuell vorliegenden Fall für das PSW Niederwartha, das nach neuesten Aussagen Vattenfalls von der Schließung bedroht ist und für das laut einer kleinen Anfrage keine Mittel zur Rettung bereitstehen. Damit wird der Erfolg der Energiewende bedroht, da diese Regel- und Speicherkraftwerke unabdingbar sind um die Fluktuationen von Wind- und Solarenergie grundlastfähig zu machen und auf keines dieser Kraftwerke verzichtet werden kann.</p>	15 Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion 20 25
<p><i>Antragsbereich VII.A</i> <i>Antrag 9</i></p>	30
<p><i>Region Ostwestfalen-Lippe</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p>	35
<p><i>Gewässerbelastung durch Kali- und Salzabbau dauerhaft vermeiden</i></p>	<p><i>VII.A9</i> <i>Gewässerbelastung durch Kali- und Salzabbau dauerhaft vermeiden</i></p>
<p>Gewässerbelastung durch Kali- und Salzabbau dauerhaft vermeiden, Salzverminderungsstrategie vor Ort umsetzen, Werra und Weser von Salzlaugen entfrachten Die SPD-Bundestagsfraktion und eine künftige sozialdemokratisch geführte Bundesregierung werden aufgefordert, umgehend Maßnahmen gegen die weitere Ableitung von salzhaltigen Abwässern aus den Kali- und Salzproduktionsstätten in Hessen und Thüringen einzufordern. Dazu werden wir die noch aus dem Kriegsjahr 1942 stammenden zulässigen Grenzwerte für Chlorid von 2.500 mg/L entsprechend der europäischen Wasserrahmenrichtlinie für guten ökologischen Zustand reduzieren. Zur Sicherung der Arbeitsplätze und der weiteren Produktion von Kalidüngern in den Abbaugebieten werden wir gezielt Technologien zur Haldenabwasserklärung und –entsalzung fördern und deren Anwendung einfordern. Planungen und Maßnahmen zum Bau einer Fernleitung mit dem Ziel, salzhaltige Halden- und Produktionsabwässer in die Oberweser einzuleiten müssen umgehend eingestellt werden. SozialdemokratInnen halten daran fest: Abfälle und Abwässer vermeiden, vor Ort entgiften, regional entsorgen. Sollten diese Maßnahmen nicht zeitnah und vollständig zum Erfolg führen, streben wir den Bau einer Fernleitung zur Nordsee als Ableitungsweg der Salzfrachten als dann folgende technische Lösung an. Die EU-Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) ab dem Jahr 2020 wäre auf jeden Fall zu berücksichtigen.</p>	40 Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion 45 50 55 60 65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Antragsbereich VII.A Antrag 10</p> <p>5 <i>Unterbezirk Minden-Lübbecke</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Bundeseinheitliche Grundsätze für die Dichtheitsprüfung umsetzen</p> <p>10 Die Bundestagsfraktion und eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung werden sich für eine bundesweit gültige einheitliche Umsetzung des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes (WHG) einsetzen und die unterschiedlichen Länderbestimmungen ersetzen.</p> <p>15 Die sogenannte „Dichtheitsprüfung von Abwasseranschlüssen“ hat in vielen Teilen dieser Republik für Verwirrung und heftigen Protesten geführt. Ursache dieser Unruhe bei privaten Hausbesitzern sind die §60 und §61 des Wasserhaushaltsgesetz (WHG) des Bundes.</p> <p>20 Diese Regelung hat inzwischen zu sechzehn teils sehr unterschiedlichen Ausführungsgesetzen in den einzelnen Bundesländern geführt. Teilweise ist die Kompetenz auf die einzelnen Kommunen oder Wasserverbände übertragen worden.</p> <p>25 Diesen für die Bürger nicht mehr nachvollziehbaren widersprüchlichen Auswuchs des Föderalismus wollen wir beenden.</p>	<p>VII.A10</p> <p>Bundeseinheitliche Grundsätze für die Dichtheitsprüfung umsetzen</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>30 Antragsbereich VII.A Antrag 11</p> <p><i>12/01 Borsigwalde/Tegel Süd</i> <i>05/11 Gatow-Kladow</i> <i>04/77 Ku.Á Damm-Abteilung</i> <i>090 Kreis Treptow-Köpenick</i> 35 <i>(Landesverband Berlin)</i></p> <p>Wasser und Daseinsvorsorge</p> <p>40 Eine SPD-geführte Bundesregierung wird sich nach Kräften dafür einsetzen, die EU-Richtlinie zur Privatisierung der Wasserwirtschaft rückgängig zu machen. Trinkwasser muss bezahlbar bleiben; Abwasserreinigung und in der Folge Gewässerreinigung dürfen nicht unter wirtschaftlichen (Spar-) Überlegungen leiden.</p>	<p>VII.A11</p> <p>Wasser und Daseinsvorsorge</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>45 Antragsbereich VII.A Antrag 12</p> <p>50 <i>Stadtverband Bochum 3</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p> <p>Keine weitere Privatisierung von Wasser!</p> <p>55 Die EU plant, die Privatisierung der Wasservorräte voranzutreiben. Dadurch soll der Wettbewerb gefördert werden, die Qualität und der Preis sich verbessern. Doch aus der Erfahrung wissen wir, dass eine Privatisierung oft eben nicht zur Verbesserung von Angebot und Preis führt. Am deutlichsten zu sehen ist das bei der Privatisierung des Strommarktes, wo es praktisch keinen freien Markt gibt.</p> <p>60 Dort wobei bereits eine Privatisierung stattgefunden hat, ist auch keine Verbesserung zu sehen. Ganz im Gegenteil: In Portugal hat sich der Wasserpreis vervierfacht, bei schlechterer Qualität. Auch in England klagen seit der Privatisierung viele über schlechte Qualität, defekte Rohre und wenig Wasserdruck. Auch in Berlin, wurde die Wasserversorgung bereits privatisiert. Ebenfalls mit demselben Ergebnis. Es ließen sich noch weitere Beispiele anführen, aber es</p> <p>65 schon deutlich geworden, dass die weitere Privatisierung auf jeden Fall verhindert werden muss!</p>	<p>VII.A12</p> <p>Keine weitere Privatisierung von Wasser!</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Wasser ist ein Allgemeingut und gehört daher auch in öffentliche Hände! Eine Privatisierung sorgt nur dafür, dass das dieses Allgemeingut für das Profitstreben ausgebeutet wird Wir fordern daher, dass keine weiteren Verkäufe der Wasserversorgung an private Investoren verkauft werden. Bereits getätigte Verkäufe müssen wieder zurückgekauft werden.</p>	1
<p>Auf die Initiative „right2water“, die bereits europaweit Unterschriften gegen eine weitere Privatisierung anstrebt, wird hingewiesen. Bisher haben bereits über 1,1 Millionen Menschen unterschrieben (Stand: 24.02.2013). Daseinsvorsorge vor Gewinninteresse!</p>	5
	10
	15
	20
	25
	30
	35
	40
	45
	50
	55
	60
	65

VIII. Demokratie leben

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>» Anträge zum Kapitel VIII.1: Demokratie als Gesellschaftsprinzip «</p>	1
<p><i>Antragsbereich VIII.A</i> <i>Antrag 1</i></p>	<p>VIII.A1</p> <p>5</p>
<p><i>Landesverband Sachsen</i></p>	
<p>UN-Konvention gegen Korruption endlich ratifizieren</p>	<p>UN-Konvention gegen Korruption endlich ratifizieren</p> <p>10</p>
<p>Die nächste unter SPD-Beteiligung zustande gekommene Bundesregierung wird aufgefordert, mit der Regierungsmehrheit im Deutschen Bundestag die UN-Konvention gegen Korruption zu ratifizieren und den für die nötige Ratifizierung zu ändernden Paragraphen 108e StGB (Abgeordnetenbestechung) dahingehend anzupassen.</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p> <p>15</p>
<p><i>Antragsbereich VIII.A</i> <i>Antrag 2</i></p>	<p>VIII.A2</p> <p>20</p>
<p><i>Unterbezirk Frankfurt</i> <i>(Bezirk Hessen-Süd)</i></p>	<p>25</p>
<p>UN Korruptionskonvention ratifizieren</p>	<p>UN Korruptionskonvention ratifizieren</p>
<p>Wir fordern die SPD in allen Gliederungen und die SPD Bundestagsfraktion auf, sich weiterhin mit Nachdruck für eine Ratifizierung der UN Konvention gegen Korruption einzusetzen und vorab die nötigen Schritte einzuleiten den §108 e des Strafgesetzbuches zur Abgeordnetenbestechung so zu ändern, dass er den Anforderungen der UN Konvention entspricht.</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p> <p>30</p>
<p><i>Antragsbereich VIII.A</i> <i>Antrag 3</i></p>	<p>VIII.A3</p> <p>35</p>
<p><i>Stadtverband Bochum 3</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i> <i>Dörnbach</i> <i>(Landesverband Rheinland-Pfalz)</i></p>	<p>40</p>
<p>Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption</p>	<p>Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption</p> <p>45</p>
<p>Der Bundesparteitag fordert die SPD-Bundestagsabgeordneten auf, sich erneut für eine umgehende Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption und den in diesem Zusammenhang notwendigen Änderungen der Strafgesetzgebung einzusetzen.</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p> <p>50</p>
<p>Das 2003 in Kraft getretene Anti-Korruptions-Abkommen (UNCAC) der Vereinten Nationen wurde bisher von 161 Ländern ratifiziert. Nur die Bundesrepublik und einige totalitäre Staaten wie Syrien und Saudi-Arabien haben die Umsetzung in nationales Recht bisher nicht vollzogen.</p>	<p>55</p>
<p>Die Staatengruppe gegen Korruption des Europarats (Greco) hatte Deutschland bereits im April aufgefordert, unverzüglich seine Regeln im Kampf gegen Bestechung an internationale Standards anzupassen. Dafür hatte die Organisation der Bundesregierung eine Frist bis Ende Juni gesetzt, die jedoch erfolglos verstrichen ist. Greco erwägt jetzt, eine Kommission nach Deutschland zu schicken.</p>	<p>60</p>
<p>Die Bundesregierung hat bislang eine Ratifizierung abgelehnt, weil dazu in Deutschland der Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung verschärft werden müsste.</p>	<p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Von einigen Abgeordneten im Bundestag ist zu vernehmen, dass sie sich vor dem dann möglicherweise vorliegenden Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung fürchteten.</p> <p>Das zögerliche bis ablehnende Umgehen mit diesem Thema wirft ein schlechtes Licht auf unser Land! Die Glaubwürdigkeit unseres demokratischen Landes ist in Frage gestellt!</p> <p>5 Seit 2007 ist die SPD bestrebt Änderungen in der Strafgesetzgebung durchzusetzen. Den jüngsten Vorstoß machte die SPD Anfang 2012 mit einem Gesetzentwurf zur schärferen Bestrafung von Abgeordnetenbestechung. Leider ohne Erfolg.</p> <p>10 Die Vorstandschefs von 35 Dax-Konzernen haben unlängst den Bundestag aufgefordert, das UN-Abkommen gegen Korruption in Kraft zu setzen. „Das Ausbleiben der Ratifizierung schadet dem Ansehen der deutschen Wirtschaftsunternehmen in ihren Auslandsaktivitäten“, heißt es in einem Brief an die Fraktionschefs.</p> <p>15 Gewerkschaften fordern ebenfalls eine zügige Umsetzung der Konvention.</p> <p>Die Unions-Fraktion will sich jedoch von der Wirtschaft nicht zur Unterzeichnung des Anti-Korruptions-Abkommens der Vereinten Nationen drängen lassen. Die vorgeschlagenen Änderungen zum Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung behinderten die Ausübung des freien Mandats, heißt es bei Union und FDP.</p> <p>Diese Haltung ist nicht weiter hinnehmbar!</p> <p>Für die SPD muss die Wiederherstellung verloren gegangenen Vertrauens und die Integrität und Verlässlichkeit politischen Handelns in unserer Gesellschaft weiterhin oberste Priorität haben.</p> <p>25 Die SPD Bochum fordert daher eine Ratifizierung des UNCAC und die notwendigen Änderungen in der Strafgesetzgebung möglichst noch vor der Bundestagswahl 2013. Wenn dies derzeit aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag nicht umgesetzt werden kann, wird es die SPD-Bundestagsfraktion nach</p> <p>30 der gewonnenen Wahl 2013 sofort umsetzen.</p>	
<p>35 Antragsbereich VIII.A Antrag 4</p>	<p>VIII.A4</p>
<p>40 Stadtverband Bochum 3 (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</p> <p>Compliance in der Politik. Offenlegung der Nebentätigkeiten der Abgeordneten</p>	<p>Compliance in der Politik. Offenlegung der Nebentätigkeiten der Abgeordneten</p>
<p>45 Die Offenlegung der Nebeneinkünfte ist über das bisherige Maß hinaus erforderlich; genaue Höhe und Auftraggeber sind zu benennen!</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>50 Antragsbereich VIII.A Antrag 5</p> <p>030 Kreis Pankow (Landesverband Berlin)</p>	<p>VIII.A5</p>
<p>55 Ein Mandat, eine Aufgabe, eine Verantwortung</p>	<p>Ein Mandat, eine Aufgabe, eine Verantwortung</p>
<p>60 Die SPD begrüßt und unterstützt die Position der SPD Bundestagsfraktion für „Mehr Transparenz im Deutschen Bundestag“ vom 16.10.2012. Da dieser Antrag in der 17. Wahlperiode an der Mehrheit der schwarz-gelben Regierungskoalition gescheitert ist, wird die SPD des 18. Bundestages aufgefordert, diese Position zu</p> <p>65 Beginn der Legislaturperiode wieder aufzugreifen und gesetzgebend umzusetzen.</p> <p>Im Einzelnen fordern wir,</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>- dass alle etwaigen Nebenverdienste von Volksvertretern in voller Höhe, mit Angabe des Grundes der Zahlung bzw. der Tätigkeit, des Ortes der Tätigkeitsausübung, sowie der Nennung des Auftraggebers (soweit rechtlich möglich) und des Zahlungsorgans, spätestens am darauffolgenden Monatsende nach Ausübung einer Nebentätigkeit beim Präsidenten der jeweiligen Gremien angezeigt werden und auf einer öffentlich zugänglichen Internet-Seite des jeweiligen Gremiums, sowie auf der persönlichen Internet-Seite des Mandatsträgers, publiziert werden.</p>	1
<p>- dass im Falle einer Doppelfunktion Abgeordneter (z.B. als Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender oder Generalsekretär einer Partei) und Funktionsträger eine weitgehende Anrechnung der Abgeordnetenbezüge auf die Bezüge als Funktionsträger erfolgt</p>	5
<p>- dass jedwede Form der Vorteilsgewährung unter Strafe gestellt wird, und dass Sanktionen im Falle der Verletzung des Transparenzgebots oder im Falle der Abgeordnetenbestechung oder im Falle der nachweislichen Vernachlässigung des Mandats zugunsten Dritter gegenüber heute spürbar verschärft werden bzw. beim wiederholten Verstoß bis hin zum sofortigen Verlust des Mandats führen können.</p>	10
<p>- eine Karenzzeit von 18 Monaten bevor Regierungsvertreter nach Ihrem Ausscheiden aus dem Amt neu in einem Privatunternehmen tätig werden dürfen, wenn dieses Unternehmen von ihren Entscheidungen und Positionen als Volksvertreter berührt wurde (sog. „Drehtür“-Effekt, wie im Fall von Wolfgang Clement, 2006).</p>	15
<p>Ergänzend sind folgende Begleitmaßnahmen anzustreben:</p>	20
<p>- Die sofortige Ratifizierung des „Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption“(UNCAC) von 2005, das die Bundesrepublik Deutschland wie 161 andere Länder zwar unterzeichnet, aber im Gegensatz zu 140 dieser Länder noch nicht ratifiziert hat (Stand 24.09.2012).</p>	25
<p>- Die Gleichsetzung von gewählten Volksvertretern mit Beamten bei der Annahme von Geschenken und anderen Vorteilen im Amt (Bestechlichkeit). Es ist in einer demokratischen Gesellschaft weder ethisch vertretbar, noch politisch zielführend, wenn Beamte (welche Staatsdiener sind) sich – zu Recht – strengen Antikorruptionsgesetzen unterwerfen müssen, während Volksvertreter (welche Staatsdiener auf Zeit sind) im Wesentlichen davon ausgenommen werden.</p>	30
<p>Antragsbereich VIII.A Antrag 6</p>	35
<p>Unterbezirk Wesermarsch (Bezirk Weser-Ems)</p>	40
<p><i>NPD muss endlich verboten werden:</i> <i>Appell an SPD in Land und Bund</i></p>	45
<p>Die SPD sowie die SPD-Bundestagsfraktion sollen weiterhin den NPD-Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht unterstützen. Anträge zum Kapitel VIII.2: Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt stärken</p>	50
<p><i>NPD muss endlich verboten werden:</i> <i>Appell an SPD in Land und Bund</i></p>	55
<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>	60
<p></p>	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 » Aufträge zum Kapitel VIII.2: Bürgerliches Engagement und Ehrenamt stärken «</p> <p><i>Antragsbereich VIII.A</i> 5 <i>Antrag 7</i></p> <p><i>030 Kreis Pankow</i> <i>(Landesverband Berlin)</i></p> <p>10 Freiwilligendienste, Ehrenamt, Bürgerschaftliches Engagement</p> <p>Im Bundestagswahlkampfprogramm wird aufgenommen 15 Freiwilligendienste, Ehrenamt, Bürgerschaftliches Engagement Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenarbeit sind wichtige gesellschaftliche Kräfte mit großer Eigenständigkeit. Sie bilden eine bedeutende Grundlage für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Hier spiegelt sich das gemeinsame Engagement der Bevölkerung wider. 20 Ehrenamtliches Engagement soll nicht im Interesse der Wirtschaftlichkeit missbraucht werden. Das freiwillige Engagement aller Menschen in unserem Land, muss einerseits angemessen gewürdigt und darf andererseits nicht 25 zweckentfremdet werden. Das Ehrenamt darf öffentlich zu erbringende Leistungen nur ergänzen, nicht ersetzen. Die SPD wird in der Regierung eine Initiative zur Förderung tatsächlichen Ehrenamts und zur Bekämpfung des Missbrauchs ergreifen.</p>	<p>VIII.A7</p> <p>Freiwilligendienste, Ehrenamt, Bürgerschaftliches Engagement</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>30 <i>Antragsbereich VIII.A</i> <i>Antrag 8</i></p> <p><i>Arbeitsgemeinschaft 60plus</i></p> <p>35 Änderungsantrag zum Kap. VIII.2</p> <p>Vierter Absatz, soll der letzte Satz folgendermaßen verändert werden: 40 „Die Mehrgenerationenhäuser, die sich zu Zentren der Beratung und des Austausches zwischen den Generationen entwickelt haben, werden wir weiter unterstützen und das Programm „Soziale Stadt“ ausbauen.“</p>	<p>VIII.A8</p> <p>Änderungsantrag zum Kap. VIII.2</p> <p>Ablehnung</p>
<p>» Anträge zum Kapitel VIII.3: Für Freiheit in Sicherheit «</p> <p><i>Antragsbereich VIII.A</i> 50 <i>Antrag 9</i></p> <p><i>Bezirk Hessen-Süd</i></p> <p>55 Änderungsantrag zum Kap. VIII.3</p> <p>Im Kapitel VIII.3 „Für Freiheit in Sicherheit“ wird folgender Absatz angefügt: Klimawandel und die wachsende Abhängigkeit unserer modernen 60 Industrie- und Kommunikationsgesellschaft von kritischen Infrastrukturen wie Stromversorgung oder Internet stellen auch den Bevölkerungsschutz und die Katastrophenhilfe vor neue Herausforderungen. Wir haben in Deutschland ein weltweit anerkanntes Hilfeleistungssystem, das von dem großen Engagement der Ehren- und Hauptamtlichen bei den Feuerwehren, dem THW und den privaten Hilfsorganisationen getragen wird. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, dass dieses Hilfeleistungssystem für die Zukunftsherausforderungen gut gerüstet ist und das breite ehrenamtliche Engagement als Basis erhalten bleibt und unterstützt wird.</p>	<p>VIII.A9</p> <p>Änderungsantrag zum Kap. VIII.3</p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p><i>Antragsbereich VIII.A</i> <i>Antrag 10</i></p> <p><i>110 Kreis Lichtenberg</i> <i>(Landesverband Berlin)</i></p> <p><i>Bundesprogramme für Toleranz und Demokratie und gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus weiter fördern</i></p> <p>Die SPD spricht sich in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 dafür aus, dass Bundesprogramme für Toleranz und Demokratie und gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus weiter gefördert und in den Fördersummen verstärkt werden. Die Kürzungen durch die schwarz-gelbe Regierung sind zurückzunehmen und Klauseln wie bspw. die sogenannte Extremismusklausel zu entfernen.</p>	<p><i>VIII.A10</i></p> <p><i>Bundesprogramme für Toleranz und Demokratie und gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus weiter fördern</i></p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

IX. Ein anderes und besseres Europa

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<i>Antragsbereich IX.A</i> <i>Antrag 1</i>	IX.A1 1
<i>Bezirk Hessen-Süd</i>	
<i>Funktionsfähigkeit des Europäischen Parlaments sicherstellen</i>	<i>Funktionsfähigkeit des Europäischen Parlaments sicherstellen</i> 5
<p>Europas Bedeutung nimmt auf der politischen Agenda von Tag zu Tag zu. Allen voran die Krise des Euroraums hat Europa sehr unmittelbar ins Bewusstsein der Menschen gerückt. Uns Sozialdemokraten ist hierbei klar: Die Bewältigung der Krise wird nur gelingen, wenn wir Europas Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik umbauen. Hierzu ist eine weitere Vertiefung der europäischen Integration erforderlich, die auf einer Demokratisierung und Parlamentarisierung Europas beruhen muss. Daher streben wir institutionelle Reformen an, deren Ziel es ist, eine dem Europäischen Parlament verantwortliche Europäische Regierung zu schaffen.</p> <p>Deshalb gilt es auch die Beteiligungsrechte des Europäischen Parlaments auszuweiten und seine Handlungsfähigkeit zu sichern. Gerade die parlamentarische Handlungsfähigkeit jedoch wird als Konsequenz aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gefährdet, welches die in Deutschland bisher geltende Fünf-Prozent-Sperrklausel bei Europawahlen für verfassungswidrig erklärt. Dieses Urteil wird eine weitgehende Zersplitterung des deutschen Kontingents der im Europäischen Parlament vertretenen Parteien und Gruppierungen zur Folge haben und letztendlich den Einfluss des deutschen Souveräns auf die politische Gestaltung Europas erheblich mindern. Rechtsradikale Parteien und Gruppierungen werden ihre Chance wittern und alles daran setzen, sich über das Europäische Parlament eine neue Bühne zu verschaffen. Um eine weitere Zersplitterung im Europäischen Parlament zu vermeiden, fordern wir daher die SPD-Bundestagsfraktion auf, im Rahmen der laufenden Beratungen um ein neues Bundestagswahlrecht auch eine Reform des Europawahlrechts zu betreiben. Eine neue verfassungsrechtlich begründete Sperrklausel sowie angemessene Auszählverfahren müssen in die Überlegungen einbezogen werden. Nur so können wir die Aufwertung rechtsradikaler Splittergruppen verhindern und die Funktionsfähigkeit des Europäischen Parlaments gewährleisten.</p>	<p>Annahme in der Fassung der Antragskommission: 10 Wir wollen außerdem die Funktionsfähigkeit des Europäischen Parlamentes dadurch stärken, dass wir uns in Deutschland sowie in der EU für Sperrklauseln bei der Europawahl einsetzen.</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p>
<i>Antragsbereich IX.A</i> <i>Antrag 2</i>	IX.A2 45
<i>Unterbezirk Bremen-Stadt</i> <i>(Landesorganisation Bremen)</i>	
<i>Europäische Beschäftigungs- und Wachstumsprogramme</i>	<i>Europäische Beschäftigungs- und Wachstumsprogramme</i> 50
<p>Angesichts der Beschäftigungskrisen einer Reihe von Mitgliedstaaten der Europäischen Union fordert der Bundestag die SPD-Frakturen im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament auf, beschäftigungs- und wachstumsfördernde Programme zugunsten dieser Länder zu erarbeiten und in geeigneter Weise zu initiieren, um die Arbeitslosigkeit in diesen Ländern zu bekämpfen. Diese Programme sind nicht alleine durch die öffentlichen Haushalte dieser Länder zu finanzieren. Vielmehr sind Instrumente wie z.B. die Europäische Investitionsbank zu nutzen. Finanzielle Konditionen, wie sie bei Entwicklungshilfekrediten international üblich sind, können als Muster derartiger Verträge dienen.</p>	<p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion 55</p> <p>60</p> <p>65</p>

X. Unsere Idee der Globalisierung:
Gerechtigkeit für alle statt
Reichtum für wenige.

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<i>Antragsbereich X.A</i> <i>Antrag I</i>	<i>X.A1</i> 1
<i>Kreis II Altona</i> <i>(Landesorganisation Hamburg)</i> <i>Landesorganisation Hamburg</i>	5
<i>Sozialdemokratische Kernforderungen zur Entwicklungszusammenarbeit umsetzen</i>	<i>Sozialdemokratische Kernforderungen zur Entwicklungszusammenarbeit umsetzen</i> 10
Im Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2013 sind bei der Formulierung der Positionen zur Entwicklungszusammenarbeit die nachfolgenden Forderungen zu berücksichtigen:	Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK 15
1. Entwicklungspolitik muss die klassischen Ziele der Armutsbekämpfung mit ökologischer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit, Menschenrechten, Gleichstellung von Frau und Mann, medizinischer Grundversorgung, menschliche Sicherheit mit dem konkreten Abbau von Hunger und extremer Armut verbinden und in den Nachhaltigkeitszielen als Fortsetzung der MDG nach 2015 festschreiben.	20
2. Die SPD steht auch weiterhin zum 0.7-Prozent-Ziel. Entsprechend den Forderungen der Kampagne „Steuer gegen Armut“ soll ein wesentlicher Anteil davon aus den Einnahmen der Finanztransaktionssteuer getragen werden.	25
3. Sozialdemokratische Entwicklungspolitik war und bleibt auch immer Globale Strukturpolitik. Dazu gehört die Stärkung der Parlamente und der Zivilgesellschaft. Neue Zielsysteme müssen sich an einem sozialen und ökologisch nachhaltigen Entwicklungsmodell orientieren und dabei gute und demokratische Regierungsführung herausstellen.	30
4. Frauen sind zentrale Akteure für Entwicklungsprozesse. Geschlechtergerechtigkeit und Gender empowerment müssen Ziele sein. In die Bildung von Müttern muss investiert werden. Gender ist eine Querschnittsaufgabe für alle Handlungsfelder in der EZ. Gleichzeitig muss aber auch Frauen-Mädchen Förderung durchgesetzt werden insbesondere im ländlichen Raum.	35
5. Das Recht auf Nahrung muss umgesetzt werden. Dazu muss endlich die Förderung der Landwirtschaft und Förderung der ländlichen Entwicklung in Entwicklungsländern ausgebaut werden. Gleichzeitig muss die unverantwortliche Nahrungsmittelspekulation und das Landgrabbing geächtet und Verboten werden. Der nachhaltigen Produktion von Nahrungsmitteln muss Vorrang eingeräumt werden. Die EU-Landwirtschaftspolitik muss das Recht auf Nahrung in die GAP-Gesetze aufnehmen und den subventionierten Export von Nahrungsmitteln beenden.	40 45
6. Faire Welthandelsbedingungen sind durchzusetzen, um Entwicklungsländern gerechte Chancen zur wirtschaftlichen Teilhabe am Weltmarkt und den Schutz sensibler heimischer Märkte zu gewährleisten. Das bedeutet eine konsequente Abschaffung aller Agrarexportsubventionen und handelsverzerrender interner Stützungen innerhalb der EU, um die Überschwemmung regionaler Märkte in Entwicklungsländern durch Importprodukte zu Dumpingpreisen zu verhindern. Die Doha-Runde der WTO muss endlich zu einem entwicklungsfreundlichen Abschluss kommen.	50 55
7. Eine nachhaltige Rohstoff-Strategie muss international vereinbart, mit transparenten und fairen Rahmenbedingungen ausgestaltet und wirtschaftliche Interessen dürfen nicht vor Ressourcen schonende Entscheidungen gestellt werden. Dem Interesse der Ärmsten muss Rechnung getragen werden. Darauf muss auch eine deutsche Rohstoffstrategie Rücksicht nehmen.	60
	65

Themenübergreifende Anträge

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Antragsbereich thA Antrag 1	thA1 1
Unterbezirk Neustadt/Bad Dürkheim (Landesverband Rheinland-Pfalz)	5
Soziale Gerechtigkeit	Soziale Gerechtigkeit
<p>Ellerstadter Thesen-Papier „Soziale Gerechtigkeit“ Soziale Gerechtigkeit ist das Merkmal einer Gesellschaft, in der Menschen gern und friedlich miteinander leben. Sie ist Wesenskern und Kraftquelle sozialdemokratischer Politik. Sie ist die verlässliche Basis für den Erfolg und Erhalt unserer Demokratie.</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK 10</p>
<p>Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Solidarität sind das solide Fundament einer friedlichen und menschenwürdigen Gesellschaft. Solidarität bedeutet immer ein Geben und Nehmen: individuelle Verantwortung und solidarische Gemeinschaft gehören zusammen und bedingen einander, wenn jede und jeder nach seinen Möglichkeiten beiträgt. Solidarität und Gerechtigkeit gelten aber nicht nur für alle in unserer Gesellschaft, sondern auch im weltweiten Kontext und für zukünftige Generationen.</p>	15
<p>Ein wesentlicher Baustein einer sozial gerechten Gesellschaft besteht in einem gut ausgebauten sozialen Netz, einem System sozialer Sicherung, das umfassend, solidarisch, ausgewogen, nachhaltig und realistisch umsetzbar ist. Die Diskussion über ein solches System sozialer Sicherung greift weit in andere Felder sozialer Gerechtigkeit ein. Diese Diskussion müssen wir führen und in ihrer ganzen Breite beantworten, wenn wir wieder Wahlen gewinnen und erfolgreich regieren wollen.</p>	20
<p>Acht Forderungen verbinden wir mit diesem Grundgedanken:</p>	30
<p><u>1. Soziales Netz und soziale Sicherung</u></p>	
<p>Wir denken an ein soziales Sicherungssystem, das für alle Menschen gleichermaßen eine menschenwürdige Existenzgrundlage sichert und das kein Netz mit mehr oder weniger großen Löchern ist, sondern ein eng- und festmaschiges Netz für alle Menschen und alle Fälle. Dabei geht es um die großen Existenzrisiken und eine Finanzierung durch alle. Die sozialen Sicherungssysteme sind unter enormen Finanzierungsdruck geraten und sie sind so kompliziert, dass sie nur noch von Experten zu durchschauen sind. Wir brauchen Konzepte, die den Menschen helfen und die sie verstehen. Wir stehen zu dem Prinzip des „Fördern und Forderns“, solange das Fördern auch wirklich umgesetzt wird. Das Leitbild aller sozialen Systeme ist die Würde des Menschen. Ob in Existenzangst, Krankheit oder Alter: unsere reiche und produktive Gesellschaft muss es sich leisten, allen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Selbst wenn wir einzelne mittragen müssen, die sich weniger anstrengen: entscheidend ist, dass die vielen, die sich anstrengen, von einem gerechten und solidarischen System profitieren.</p>	35
<p>Je mehr wir in die Entwicklung des Menschen zu einem selbstbestimmten, gesunden und leistungsstarken Leben investieren, desto geringer wird die Zahl derjenigen sein, die im Laufe der Zeit abgehängt wurden und von der Gemeinschaft versorgt werden müssen. Der vorsorgende Sozialstaat investiert vor allem in Bildung, er fördert Eigenständigkeit und ein ausbalanciertes (Arbeits-) Leben. In der konkreten Ausgestaltung der sozialen Netze besteht noch reichlich Diskussionsbedarf. Wir unterstützen ausdrücklich das Konzept der Bürgerversicherung und möchten den Grundgedanken auf alle Bereiche der sozialen Sicherung ausdehnen: Nicht nur in der Kranken- und Pflegeversicherung muss gelten, dass alle einzahlen und alle die selben (Grund-)Leistungen erhalten (auch wenn es weiter private Zusatzversicherungen geben darf und soll.) Dies gilt auch für die Berufsunfähigkeit und im Grunde auch für eine Bürger-Rente, in die auch Selbständige und Beamte einzahlen müssen. Dabei denken wir auch an die zunehmende Zahl schlecht verdienender und schlecht abgesicherter Selbständiger. In Fragen der sozialen Sicherung darf es nicht sein, dass sich Gutverdienende aus dem Solidarsystem herauskaufen können.</p>	40
<p>55</p>	55
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 <u>2. Bildung für alle</u> In einer Politik der sozialen Gerechtigkeit kommt der lebenslangen Bildung für alle eine zentrale Rolle zu. Bildung ist in unserer Wissensgesellschaft die Ressource für eine gerechte gesellschaftliche Entwicklung. Nur wenn alle Kinder vom Kindergarten an – unabhängig von Herkunft, sozialer Stellung und Einkommen der Eltern – bestmöglich und individuell gefördert werden, kommen wir diesem Anspruch nahe. Deshalb braucht es hier auch mehr finanzielle Anstrengungen. Ein entscheidender Baustein ist die kostenlose Bildung von der Kindertagesstätte (auch für Einjährige!) über die Schule bis ins Studium und darüber hinaus. Zu einer guten Bildung gehört auch eine hervorragende Ausbildung und eine faire Bezahlung aller Erziehenden und Lehrenden. Gerade im Kindergarten-Bereich sehen wir hierbei massive Defizite. Das gesamte Bildungssystem muss sich immer an der Förderung des individuellen Kindes orientieren. Dazu gehören insbesondere benachteiligte Kinder, ob aus Migrations- oder anderem Hintergrund. Dabei plädieren wir ausdrücklich für ein möglichst langes gemeinsames Lernen, Vielfalt der Lernmethoden und vor allem dafür, das System der Benotung und des Sitzen-Bleibens kritisch zu hinterfragen. Integratives Ziel von Bildung muss immer auch das soziale Lernen sein. Das Arbeiten im Team, die Fähigkeit zur Kommunikation und Kooperation, das Erleben und Praktizieren von solidarischem Handeln in allen Altersstufen hat zentrale Bedeutung für eine sozial gerechte Gesellschaft. Darin hängt auch die Zukunft von bürgerschaftlichem Engagement und der Arbeit in Vereinen, Gewerkschaften und der Politik ab.</p> <p>30 <u>3. Gerechte Entlohnung und Mindestlohn</u> In einer gerechten Gesellschaft müssen Menschen von ihrer Hände Arbeit leben können, also fair entlohnt werden. Es kann nicht sein, dass Menschen, die in Vollzeit arbeiten, zusätzliche staatliche Unterstützung brauchen, um nicht in Armut zu fallen. Indirekt unterstützt der Staat damit diejenigen Unternehmen, die solche unwürdigen Stundenlöhne zahlen. Bei der Forderung nach fairen Löhnen geht es nicht um eine „Neiddebatte“, sondern um eine gerechte Teilhabe derer, welche die Werte schaffen. Deshalb brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn, der für alle Arbeitnehmenden gilt und nicht nur für bestimmte Tarife oder Sparten. Er sollte nicht unter 8,50 Euro in der Stunde liegen. Zusätzlich muss das System der Leiharbeitsfirmen überdacht werden. Leiharbeit darf immer nur ein Übergangsmittel sein, weshalb Leiharbeitende nach einer Übergangsfrist den selben Lohn erhalten sollten wie tariflich Beschäftigte.</p> <p>45 <u>4. Arbeit für alle</u> Wir müssen den Wert der Arbeit neu bedenken. Sinnvolle Arbeit stärkt das Selbstbewusstsein und gehört grundlegend zur menschlichen Existenz. Deshalb ist das Recht auf Arbeit ein wichtiges Menschen- und Grundrecht. Dabei beschränkt sich unser Arbeitsbegriff nicht auf die klassische Erwerbsarbeit, sondern meint jede nützliche gesellschaftliche Tätigkeit. Kein Mensch darf das Gefühl haben, nicht gebraucht zu werden. Gleichzeitig erfolgt die Wertschätzung für sinnvolle Arbeit in unserer Gesellschaft immer noch primär über die Entlohnung. Die starke Zunahme von schlecht bezahlten Praktika und befristeten oder geringfügigen Arbeitsverhältnissen ist deshalb eine überaus problematische Entwicklung. Wenn Arbeit als Grundrecht anerkannt wird, muss einer solidarische Gesellschaft die sinnvolle Beschäftigung und die finanzielle Grundversorgung von Menschen etwas wert sein: Solidarität kostet Geld bzw. erfordert einen gewissen Grad der Umverteilung, ein Beitrag, der für eine gerechte Welt, den Erhalt der Demokratie und den sozialen Frieden erforderlich ist. Deshalb kann ein Grundeinkommen einen Beitrag leisten, dass Menschen ihre Existenz nicht ausschließlich auf Erwerbsarbeit gründen müssen, sondern auch „gemeinnützige“ Arbeit einen gesellschaftlichen Wert erhält.</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p><u>5. Regulierung der Märkte und Banken</u> Die Finanzkrise hat die Auswüchse und Folgen eines Systems offenbart, welches das Gerechtigkeitsgefühl der Bevölkerung erschüttert. Deshalb müssen die schlimmsten Auswüchse der Finanzwirtschaft, die zur Krise geführt haben, konsequent reguliert werden. Dazu gehören die diversen Formen des „gehebelten“ Handels ebenso wie das Begrenzen von hochriskanten Spekulationen insgesamt. Insbesondere müssen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass zukünftig Finanzmarktteilnehmende ihr Risiko selbst tragen müssen und Verluste nicht sozialisiert werden. Ein wirksames Mittel kann die konsequente institutionale Trennung von Privatkundengeschäft und Investmentbanking sein. Letztere müssen so zerschlagen werden, dass sie im Ernstfall ohne Systemschaden insolvent gehen können. Trotzdem bleibt das gesamte Finanzmarktgeschehen volkswirtschaftlich ungerecht und unsozial, solange dort riesige Gewinne ohne reale Wertschöpfung generiert werden. Hierdurch fehlt Kapital für die Investition in reale Märkte, Produkte und Dienstleistungen. Deshalb müssen nicht nur Wege gefunden werden, wie die Finanzmärkte sinnvoll kontrolliert und ggf. reguliert werden können und wie die bisherigen Milliarden-Hilfen an die Banken wieder an den Staat zurückfließen. Wir brauchen eine wirksame Besteuerung von Erträgen von Finanzgeschäften als Beitrag zur Finanzierung der Solidargemeinschaft. Der Umbau der modernen Industriegesellschaft hat gerade erst begonnen. Wir brauchen noch große Anstrengungen, um in Märkten insgesamt das Verursacherprinzip zu etablieren. Dies gilt insbesondere auch für die ökologischen Folgen von Produktion und Dienstleistung. Der Markt selbst regelt dies nicht. Für eine Ressourcengerechtigkeit in der Gesellschaft müssen wir dem Markt einen klaren Rahmen setzen.</p>	<p>1</p> <p>5</p> <p>10</p> <p>15</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p>
<p><u>6. Soziale gerechte Besteuerung</u> Eine solidarische Gesellschaft braucht einen finanziell gut ausgestatteten Staat. Die Besteuerung wiederum muss in sich sozial ausgewogen sein und die Lasten gerecht verteilen. Dazu gehört insbesondere eine stärkere Belastung der starken Schultern, z.B. durch eine Rückkehr zu einem Grenzsteuersatz nahe 50 Prozent. Zusätzlich muss überlegt werden, wie sehr hohe Einkommen und Vermögen einen eigenen Beitrag zum Steueraufkommen leisten (möglicherweise auch direkt für Bildung oder als Beitrag zur sozialen Grundsicherung) und wie hohe Gewinne insbesondere in der Finanzwirtschaft gerecht besteuert werden können. Entscheidend für die Handlungsfähigkeit der Kommunen ist außerdem eine gerechtere Verteilung der Steuereinnahmen zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Nur eine Neuordnung der kommunalen Finanzen wird das politische Engagement auf dieser Ebene dauerhaft sicher stellen können. Insbesondere muss endlich wieder das Konnexitätsprinzip durchgesetzt werden: wer (in Bund und Land per Gesetz) bestellt, bezahlt auch (an die Kommunen). Insbesondere die strukturelle Unterfinanzierung der Kreise und kreisfreien Städte ist längst nicht mehr hinnehmbar. Steuern müssen auch auf EU-Ebene und weltweit betrachtet und harmonisiert werden. Steueroasen helfen nur den Reichen und schaden der Solidargemeinschaft. Steuerschlupflöcher gibt es aber auch in Deutschland. Jährlich gehen dem Fiskus 80 Mrd. Euro allein in Deutschland verloren, weil der Steueranspruch des Staates nicht durchgesetzt wird. Das Geld sparen vornehmlich Gutverdienende. Hier braucht es eine bessere personelle Ausstattung und finanzielle Anreize für die eintreibenden Gebietskörperschaften. Eine deutliche Vereinfachung des Steuer- und Subventionssystems kann dies zusätzlich unterstützen.</p>	<p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p>
<p><u>7. Energiewende</u> Die anstehende Energiewende ist ein gesellschaftliches Großprojekt und eine Chance für mehr soziale Gerechtigkeit, wenn bürgerschaftliches Engagement und Dezentralisierung gefördert werden. Ziel der Energiewende muss einerseits eine konsequent regenerative und lokale Energieversorgung sein. Andererseits muss der</p>	<p>65</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Strom langfristig auch für geringere Einkommen bezahlbar bleiben und regionale Wirtschaftsimpulse geben. Deshalb müssen wir weg vom Diktat der vier großen Energieversorger und hin zu einem energiepolitischen Gesamtkonzept, das regionalen und regenera- 5 tiven Energien konsequent den Vorzug gibt. Durch Bürgerbeteili- gung, kommunale Selbstversorgung und Energiegenossenschaften entsteht eine stärkere Identifikation der Bevölkerung mit der Energiewende. Die Preise bleiben langfristig stabiler und die Wert- schöpfung bleibt weitgehend in der Region.</p>	
<p>10 <u>8. Demographischer Wandel und Globalisierung</u> Die solidarische Gesellschaft, die wir uns wünschen, steht vor gro- ßen Herausforderungen. Wir sind uns bewusst, dass wir mit den hier genannten Thesen eine unvollständige Auswahl getroffen ha- 15 ben. Eine der großen Herausforderungen ist der demographische Wandel. Dabei sollten wir die Chancen nutzen, die sich ergeben, wenn immer mehr Menschen im Alter lange leistungsfähig und selbständig sind. Aber es ergeben sich auch schwierige Fragen wie die zunehmende Belastung der Solidargemeinschaft durch steigen- 20 de Pflegekosten. Für die SPD ist es zudem eine zentrale Frage, wie ein Rentenkonzept aussehen kann, das sozial gerecht und nachhal- tig finanzierbar ist. Wir werden nicht umhin kommen, den Wechsel zu steuerfinanzierten Renten- und Pflegesystemen zu diskutieren. Zur gesellschaftlichen Entwicklung gehört aber auch, die Zuwan- 25 derung neu zu regeln und eine offensive Einwanderungspolitik zu betreiben. Auch in unserer Asylpolitik muss die Menschenwürde wieder das entscheidende Kriterium werden. Weitere Herausforde- rungen ergeben sich durch die zunehmende Globalisierung. Dabei ist unser Engagement in der Welt noch weit davon entfernt, Ge- 30 rechtigkeit und Solidarität konsequent zu fördern. Wir brauchen eine Perspektive für Menschenrechte, menschliche Arbeitsbedin- gungen und faire Löhne weltweit. Dabei sollen deutsche Firmen Vorbild sein, dafür müssen sich Gewerkschaften, solidarische Par- teien und NGOs international stärker vernetzen.</p>	
<p>35 <i>Antragsbereich thA</i> <i>Antrag 2</i></p>	<p><i>thA2</i></p>
<p>40 <i>Landesverband Berlin</i></p> <p><i>Einkommensentwicklung und Altersarmut</i></p> <p>45 Zur nächsten Bundestagswahl wird die SPD ein in sich schlüssiges Programm beschließen, wie</p> <p>1. das immer stärker werdende Auseinanderdriften der Einkommen eingedämmt und auf ein sozial verträgliches, mit der gesamtgesell- 50 schaftlichen Verantwortung vereinbares Maß zurückzuführen ist. Fehlentwicklungen, wie die geringe Besteuerung von Kapitalein- kommen und die Realeinkommensverluste unterer Lohneinkom- mensgruppen aufgrund u. a. der inflationsbedingten Steuerprogres- sion, müssen beseitigt werden; der Anhäufung übergroßer ererbter 55 Vermögen bei einem prozentual immer kleiner werdenden Bevöl- kerungsanteil ist entgegenzusteuern.</p> <p>2. die drohende Altersarmut einer immer größer werdenden Zahl von Bürgerinnen und Bürgern abzuwenden ist. Dies erfordert u. a., die Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt so zu ändern, dass 60 prekäre Arbeitsverhältnisse verhindert werden und auskömmliche Mindestlöhne gewährleistet sind. Alle Einkommensbezieher müssen in solidarischer Weise entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Finanzierung einer das altersgerechte Exis- tenzminimum absichernden Rente und eines menschenwürdigen 65 Pflegesystems beitragen. Eine Bürgerversicherung, die für alle das Risiko von Krankheit, die Grundsicherung im Alter und das Pflege- risiko abdeckt, entspricht am ehesten dem Modell einer menschen- würdigen und solidarischen Gesellschaft.</p>	<p><i>Einkommensentwicklung und Altersarmut</i></p> <p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p><i>Antragsbereich thA</i> <i>Antrag 3</i></p>	<p><i>thA3</i></p>
<p><i>Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen</i></p>	
<p><i>Soziale Gerechtigkeit ist die Aufgabe der Zeit: Für den Politikwechsel am 22. September 2013</i></p>	<p><i>Soziale Gerechtigkeit ist die Aufgabe der Zeit: Für den Politikwechsel am 22. September 2013</i></p>
<p>Die große Mehrheit der Bevölkerung hat nichts von der relativ günstigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland, im Gegenteil. In den Betrieben, auf dem Arbeitsmarkt und im Alltag wachsen Unsicherheit, Spaltung und Ungleichheit. Die schwarz-gelbe Bundesregierung sieht dieser Entwicklung tatenlos zu, belässt es bei bloßen Ankündigungen und verlagert die Probleme in die Zukunft. Es ist höchste Zeit für einen Politikwechsel, in dessen Mittelpunkt die soziale Gerechtigkeit steht:</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p>1. Wir brauchen sichere und faire Arbeit für alle. Wir wollen</p>	
<ul style="list-style-type: none"> • den allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohn von anfänglich mindestens 8,50 €; • Leiharbeit und Werkverträge missbrauchssicher gesetzlich neu regeln, gleiches Geld für gleiche Arbeit durchsetzen und sachgrundlose Befristungen abschaffen • die Benachteiligung von Frauen in der Arbeitswelt konsequent bekämpfen; • statt Minijobs tariflich bezahlte und sozialversicherte Arbeit; • gute Ausbildung und Perspektiven für alle jungen Menschen statt Praktikaschleifen; • die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtern; • die Mitbestimmungsrechte bei wirtschaftlichen Entscheidungen ausweiten und mehr Demokratie in Betrieb und Verwaltung schaffen; • die Entwertung von Qualifikationen und die Zumutbarkeitsregeln im SGB entschärfen, die Rutschbahn nach unten durch echtes Fördern ersetzen; • eine umfassende Initiative zur Neugestaltung der Arbeit mit den Elementen Gesundheitsschutz, Qualifizierung, Reduzierung von Arbeitszeiten und –belastungen. • ein Vergaberecht, bei dem nicht nur der Preis zählt, sondern auch Tariftreue und Gute Arbeit. 	
<p>2. Wir brauchen die Stärkung der sozialen Sicherungssysteme – Lebensstandardsicherung und Armutsfestigkeit. Wir wollen</p>	
<ul style="list-style-type: none"> • die Gesetzliche Rentenversicherung unter Beibehaltung mindestens des derzeitigen Rentenniveaus stärken und die Rente mit 67 aussetzen; • den abschlagsfreien Rentenzugang mit 63 nach 45 Versicherungsjahren; • die Altersvorsorge als Erwerbstätigenversicherung für alle mit gerechten Beiträgen organisieren. • die Bürgerversicherung im Gesundheitssystem und in der Pflege; • die Pflegeversicherung als Vollversicherung; • die Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung umbauen; 	
<p>3. Wir brauchen Zukunftschancen und mehr Bildung in Deutschland. Wir wollen</p>	
<ul style="list-style-type: none"> • das Recht auf Bildung und gleiche Bildungschancen (Durchlässigkeit) für alle • das Berufsbildungsgesetz weiter entwickeln, die Aus- und Weiterbildung stärken • die Kinderbetreuung und Ganztagschulen in einem öffentlichen, gebührenfreien Schul-, Ausbildungs- und Hochschulsystem fördern. 	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 4. Wir brauchen wieder mehr Steuergerechtigkeit und einen handlungsfähigen Staat– für die Menschen und den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wir wollen</p> <p>5 • Steuererhöhungen auf Reichtum (große Vermögen, Spitzeneinkommen und große Erbschaften), Unternehmen und Kapitalerträge;</p> <p>• bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnraum, Stärkung des Mieterschutzes;</p> <p>10 • bezahlbaren und hochwertigen öffentlichen Personennahverkehr, den Ausbau der Infrastruktur, der Daseinsvorsorge und starke Kommunen, Schluss machen mit Privatisierung und Liberalisierung;</p> <p>• bezahlbare und saubere Energie.</p> <p>Vier Jahre „bürgerliche“ Regierung haben die soziale Schieflage im Lande verschärft. Sie hat die relativ gute Konjunktur nicht genutzt, Armut zu bekämpfen, Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen, eine gerechtere Besteuerung durchzusetzen und die Sozialsysteme in Ordnung zu bringen. Die Probleme wurden vertagt. Abhängig Beschäftigte und ihre Familien, Arbeitslose und Rentner tragen Lasten und Risiken alleine. Banker, Manager und Vermögensbesitzer stehen hingegen heute besser da als vor der Krise. Schwarz-Gelb trägt schwere Mitverantwortung an der Wirtschaftskrise in der EU, verbunden mit einer Rekordarbeitslosigkeit im Nachkriegseuropa und Perspektivlosigkeit für Millionen junger Menschen in nicht gekanntem Ausmaß. Diese Krise spaltet Europa – sozial und regional. Die Gefahr, dass Krise und Rezession aus den Nachbarländern nach Deutschland zurückkehren, besteht fort. Die SPD hat im letzten Jahrzehnt - unter schwierigeren Bedingungen - Verantwortung getragen. Sie hat in dieser Zeit wichtige Erfolge erzielt, aber auch Fehler gemacht, die zulasten der Arbeitnehmerschaft und der finanziell schwächeren Teile der Bevölkerung gingen. Das Ergebnis war ein nie dagewesener Vertrauensverlust zwischen Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Arbeitnehmerschaft und die verheerende Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 2009. Daraus haben wir gelernt. Die SPD hat sich vor allem in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Steuer- und Sozialpolitik neu aufgestellt. Sie versteht sich wieder als Sachwalterin der sozialen Gerechtigkeit und will nie wieder die Würde der Arbeit verletzen. Wir wollen dafür sorgen, dass die SPD ihre bisher entwickelten Positionen beibehält, offensiv vertritt, an einzelnen Stellen ergänzt - und schließlich durchsetzt. Gute Arbeit, Gerechtigkeit und ein soziales Europa stellen für uns die zentralen Herausforderungen einer arbeitnehmerorientierten Politik in der kommenden Legislaturperiode dar. Im einzelnen geht es um folgende Hauptziele:</p> <p>45 1. Ordnung auf dem Arbeitsmarkt</p> <p>Eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt muss den Druck auf die Beschäftigten, deren Löhne und Arbeitsbedingungen deutlich vermindern, Spaltung und Prekarisierung beenden. Künftig muss es allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern möglich sein, qualifiziert und ohne Brüche ins Arbeitsleben zu starten, eine längerfristige Lebensplanung zu entwickeln sowie gesund und finanziell abgesichert in Rente zu gehen. Dazu ist es vor allem erforderlich,</p> <p>50 • allen Jugendlichen eine Berufsausbildung zu garantieren, ggf. finanziert durch Umlagen zwischen auszubildenden und nicht auszubildenden Betrieben,</p> <p>• die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen und Kettenverträge wieder abzuschaffen,</p> <p>• betriebliche Praktika missbrauchssicher zu regeln,</p> <p>60 • gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit am gleichen Ort sowohl zwischen Männern und Frauen, Vollzeit- und Teilzeitarbeit, Leiharbeit und Stammkräften ohne Ausnahmen durchzusetzen,</p> <p>• den Streikbrechereinsatz von Leiharbeitskräften gesetzlich zu verbieten</p> <p>65 • eine Arbeitsmarktpolitik zu gestalten, die aktiv Beschäftigung sichert und schafft, etwa durch echte Qualifizierung statt Warteschleifen,</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<ul style="list-style-type: none"> • einen öffentlichen Beschäftigungssektor mit angemessenen Arbeitsbedingungen und Qualifizierungschancen auszubauen, 	1
<ul style="list-style-type: none"> • die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung umzubauen, die nicht immer mehr Menschen in den Bereich des SGB II abgleiten lässt, die eigentlich auf den ersten Arbeitsmarkt gehören, 	5
<ul style="list-style-type: none"> • die Zumutbarkeitsregelungen nach den Sozialgesetzbüchern II und III so zu gestalten, dass nicht jede, sondern nur angemessene Arbeit (Mindestlohn bzw. Tarifvertrag bzw. ortsüblicher Vergleichslohn) als zumutbar gilt, 	10
<ul style="list-style-type: none"> • einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von am Anfang mindestens 8,50 € einzuführen, der auf Vorschlag einer paritätischen Kommission vom Bundesarbeitsministerium jährlich an die allgemeine Preis- und Einkommensentwicklung anzupassen ist, die Reichweite von Tarifverträgen durch die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit zu vergrößern. 	15
<ul style="list-style-type: none"> • die Beschäftigten im kirchlichen Bereich allen anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern rechtlich gleichzustellen, auch hinsichtlich Antidiskriminierung, Tarif-, Koalitions- und Streikrecht und der Betriebsverfassung, 	20
<p>im Bereich des BGB (§ 613a) Regelungen zu schaffen, die bei Betriebsübergängen die Rechte der Beschäftigten und der Betriebsräte stärken, besser und nachhaltiger schützen sowie Tariffucht und Outsourcing auf diesem Wege unattraktiver machen.</p>	25
<p>2. Gute Arbeit</p>	
<p>Neue Managementkonzepte, technologische Veränderungen, verschärfter Wettbewerb und der Druck der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt haben den Arbeits- und Leistungsdruck in den Betrieben enorm ansteigen lassen. Unter der Devise „Sozial ist, was Arbeit schafft“ nimmt der Verschleiß der Arbeitskraft in allen Bereichen zu. Dies geschieht zulasten der Gesundheit und der familiären und sozialen Beziehungen der Menschen. Arbeit wird entgrenzt, bis ins Letzte kontrolliert und nach kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Kriterien bemessen. Die Hoffnungen, neue Technologien würden quasi automatisch zur Humanisierung der Arbeit führen, erfüllten sich nur sehr beschränkt hinsichtlich bestimmter körperlicher Belastungen. Gleichzeitig erleben wir eine umfassende Industrialisierung und Rationalisierung der Arbeit auch im Dienstleistungssektor einschließlich der Humandienstleistungen. Ergebnis ist die Zunahme von Mobbing, Burnout, Fehlzeiten und Frühverrentung wegen psychischer Krankheiten in nahezu allen Arbeitsbereichen.</p>	30
<p>Wir brauchen daher eine umfassende Initiative zur Neugestaltung der Arbeit. Beschäftigte, betriebliche Interessensvertretungen und Gewerkschaften brauchen mehr Einfluss bei der Gestaltung von Arbeit, Arbeitszeit, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie Qualifizierung. Deshalb brauchen wir</p>	35
<ul style="list-style-type: none"> • ein neues Forschungs- und Aktionsprogramm zur menschengerechten Gestaltung von Arbeit, das unter anderem eine Ausweitung, teilweise Neubegründung wissenschaftlich betriebener Arbeitsforschung und eine Wiederauflage eines Programmes „Humanisierung der Arbeitswelt“ vorsieht, 	40
<ul style="list-style-type: none"> • rechtliche Handhabungen zur Untersuchung und Bekämpfung von gesundheitsschädlichen Arbeitsbelastungen im Betrieb, beispielsweise in Form einer Anti-Stress-Verordnung, die Motivation, Rechtssicherheit, Verbindlichkeit und Kontrolle zum Abbau psychischer Belastungen schafft, 	45
<ul style="list-style-type: none"> • eine explizite Ergänzung des Arbeitsschutzgesetzes um den Aspekt psychisch bedingter Belastungen, 	50
<ul style="list-style-type: none"> • ein eigenes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz, das den Schutz der Beschäftigten und ihrer Daten wirksam und unter klaren Mitbestimmungsregeln gewährleistet und heimlicher Überwachung einen Riegel vorschiebt, 	55
<ul style="list-style-type: none"> • eine neue Initiative zur Begrenzung, angemessenen Verteilung und Verkürzung von Arbeitszeit. 	60
<ul style="list-style-type: none"> • Ein Vergaberecht, das europa- und bundesweit bei öffentlichen Aufträgen Tariftreue und Arbeitsbedingungen verbindlich regelt 	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 und Kriterien wie Ausbildung, Gleichstellung und Nachhaltigkeit berücksichtigt.</p> <p>3. Stabile Sozialsysteme</p> <p>5 Die Sozialen Sicherungssysteme müssen wieder lebensstandard-sichernd und armutsfest werden. Dies gilt für die zu schaffende Arbeitsversicherung ebenso, wie für die Einführung der Bürgerversicherung in den Bereichen Gesundheit und Pflege. Privatisierungen, Mehr-Klassen-Systeme, Kopfpauschalen (auch in Gestalt von Zusatzbeiträgen) und Leistungskürzungen lehnen wir ab. Die sogenannten Kapitaldeckungsverfahren privater Versicherungsgesellschaften haben sich in den letzten Jahren selbst diskreditiert. Deshalb fordern wir für den Bereich der Alterssicherung:</p> <p>10 • das Leistungsziel mindestens auf dem derzeitigen Niveau zu halten und dem Beitragsatzziel gleichzustellen (Sicherung des Rentenniveaus),</p> <p>15 • das Erwerbsminderungsrisiko deutlich besser abzusichern,</p> <p>• die Anhebung des gesetzlichen Rentenzugangsalters auszusetzen und Instrumente für flexible Übergänge (z.B. Altersteilzeit) zu entwickeln,</p> <p>20 • den abschlagsfreien Rentenzugang mit 63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren zu gewährleisten,</p> <p>• langjährig Erwerbstätigen eine armutsfeste Mindestsicherung zu garantieren,</p> <p>25 • sämtliche staatlichen Mittel in der Alterssicherung auf die gesetzliche Rentenversicherung zu konzentrieren anstatt private Versicherungen zu subventionieren,</p> <p>• schrittweise eine Erwerbstätigenversicherung einzuführen, die alle Erwerbstätigen mit gerechten Beiträgen verpflichtend einbezieht und Sondersysteme unter Vertrauensschutz für laufende Verträge darin zusammenfasst.</p> <p>30</p> <p>4. Gerechte Steuern</p> <p>Die immer ungerechtere Verteilung der Einkommen und Vermögen, die sich auf den globalen Finanzmärkten immer mehr dem Zugriff der Staaten entziehen, muss deutlich korrigiert werden. Dafür brauchen wir eine gerechte Steuerpolitik, die sehr hohe Einkommen stärker belastet, die große Vermögen und Erbschaften stärker besteuert und insgesamt mehr Steuereinnahmen generiert. Vor allem die Kommunen müssen endlich nachhaltig finanziell gestärkt werden. Nur so kann die chronische Unterfinanzierung und Verschuldung der öffentlichen Hand beseitigt werden. Bund, Länder und Kommunen haben ein Einnahme- und kein Ausgabenproblem. Deshalb ist die Schuldenfrage eine Verteilungsfrage. Die Steuerergeschenke an Vermögende und Besserverdiener kosten den Staat noch heute jährlich 50 Milliarden Euro. Das muss sich ändern. Diese Reichtumpflege können wir uns nicht mehr leisten. Ein höheres Steueraufkommen macht den Staat wieder handlungsfähig und ermöglicht schnelles Handeln gegen Krisen. Eine solche gerechte Steuerpolitik erfordert folgende Sofortmaßnahmen:</p> <p>35 • Wiedereinführung der Vermögenssteuer,</p> <p>• eine möglichst europaweite Vermögensabgabe,</p> <p>• höhere Besteuerung von großen Erbschaften,</p> <p>• Höherer Spitzensteuersatz für Top-Einkommen</p> <p>40 • Besteuerung von Kapitalerträgen nach dem persönlichen Einkommenssteuersatz</p> <p>• Höhere Körperschaftssteuer und den Ausbau der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer</p> <p>• Absicherung einer gerechteren nationalen Steuerpolitik auf internationaler Ebene, insbesondere durch europäische Harmonisierung, Austrocknen von Steueroasen und Schließen von Schlupflöchern.</p> <p>45</p> <p>5. Innovation und Investition</p> <p>65 Trotz hoher und weiter steigender Gewinne und niedriger Zentralbankzinsen bleiben die Investitionen in der Privatwirtschaft niedrig. In vielen Branchen wie in der Telekommunikation, Energieerzeugung und -verteilung, im Wohnungsbau und bei den Verkehrs-</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>systemen bestehen Investitionsblockaden. Dort sollte durch Liberalisierung und Privatisierung Kapital angelockt werden – ohne Erfolg. Stattdessen scheint es immer noch attraktiver zu sein, die nach der Krise schon wieder gewachsenen Geldvermögen auf den Finanzmärkten anzulegen.</p>	1
<p>Hier muss ein wirtschaftspolitisch aktiver Staat handeln. Wir dürfen uns in Zukunft nicht mehr darauf verlassen, dass weiterhin schuldenfinanzierte Exportüberschüsse die schwache Binnenkonjunktur ausgleichen. Neben einer Stärkung des Konsums durch höhere Löhne brauchen wir mehr private und öffentliche Investitionen. Die Erfahrungen mit den Konjunkturprogrammen der letzten Jahre haben gezeigt, dass intelligente Fördermaßnahmen des Staates ein mehrfaches privates Investitionsvolumen auslösen und Beschäftigung sichern können. Wo der Markt die notwendige Dynamik nicht entwickelt, muss eine konzertierte, vernetzte, ressortübergreifend gebündelte Industrie- und Dienstleistungspolitik Rahmen und Richtung vorgeben.</p>	5
<p>Wir fordern, auf Dauer angelegte nationale und regionale Branchenkonferenzen mit Arbeitgebern, Wissenschaft, Gewerkschaften und Betriebsräten einzurichten. Sie sollen Bedarfe und Ziele, Strategien und Handlungsansätze entwickeln und an die Stelle der folgenlosen Show-“Gipfel“- treten.</p>	10
<p>Soweit öffentliche Mittel eingesetzt werden, sind diese in öffentliche Beteiligungen umzuwandeln. Erweiterte Mitbestimmungs- und Kontrollmöglichkeiten sowie effiziente Behörden müssen künftig Fehlentwicklungen vorbeugen, wie wir sie bei öffentlichen wie privaten Großinvestitionen erleben. Das bedeutet auch eine Überprüfung und Umorientierung der bisherigen Subventionspraktiken, beispielsweise in Richtung Ressourcenschonung, Innovation und demokratische Beteiligung. Neue Mobilitätskonzepte, eine investitionsorientierte Telekommunikationspolitik, eine öffentlich verantwortete Modernisierung der Energiewirtschaft, eine umfassende energetische Modernisierung des Gebäudebestandes unter besonderer Berücksichtigung des regional drängenden Wohnungsmangels und die Entwicklung einer bedarfs- und qualitätsorientierten Strategie für den Dienstleistungssektor sind nur einige Beispiele.</p>	15
<p>Weitere Privatisierungen und Liberalisierungen der Infrastruktur und bei der Daseinsvorsorge sind zu stoppen und dauerhaft zu verhindern, beispielsweise bei der Deutschen Bahn und beim Trinkwasser. Dies gilt auch für „Öffentliche-Private-Partnerschaften“ (ÖPP).</p>	20
<p>Bildung, Ausbildung, Qualifizierung sind zentrale Voraussetzungen auch für wirtschaftlichen Erfolg. Chancengleichheit, Durchlässigkeit und massive Investitionen in den gesamten Bildungssektor dürfen keine Lippenbekenntnisse bleiben. Das Duale Berufsbildungssystem darf nicht zu einer hochgelobten Restgröße werden, während immer mehr Betriebe immer weniger ausbilden. Vielmehr muss es systematisch auf Dienstleistungsberufe ausgeweitet und modernisiert werden, zum Beispiel durch die Einbeziehung der Gesundheits-, Pflege- und Erziehungsberufe in die Regelungen des Berufsbildungsgesetzes. Auf dessen Grundlage muss auch die Weiterbildung qualitätsorientiert weiterentwickelt werden, damit hier endlich verlässliche Strukturen, Rechtsansprüche und Finanzierungsregeln entstehen.</p>	25
<p>6. Europa</p>	30
<p>Die europäische Wirtschaft befindet sich in einer schweren Krise. Deren Ende ist nicht absehbar. Noch nie seit Gründung der Europäischen Union war die Massenarbeitslosigkeit so hoch. Noch nie war die ökonomische Spaltung zwischen den Mitgliedsstaaten und die soziale Spaltung innerhalb der Mitgliedsstaaten so stark. In vielen Mitgliedsstaaten greift die Armut um sich und die Mehrheit der jungen Menschen ist ohne Arbeit und Zukunftsperspektive. Die Politik der EU-Kommission, des Internationalen Währungsfonds und der Mehrheit der Regierungschefs unter Führung der deutschen Kanzlerin führt immer tiefer in die Krise. Sie richtet sich mit Privatisierung, Sozialabbau und dem Abbau von Löhnen und Arbeitnehmerrechten einseitig gegen die schwächeren Teile der</p>	35
<p></p>	40
<p></p>	45
<p></p>	50
<p></p>	55
<p></p>	60
<p></p>	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Bevölkerung. Der Finanzsektor und die großen Vermögen bleiben ungeschoren, die Ursachen der Finanzkrise ungelöst. Auf die Dauer gefährdet diese Politik auch Arbeitsplätze und Einkommen in Deutschland. Schon jetzt brechen die Exporte in die</p> <p>5 Nachbarländer ein. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die massiven Lohnsenkungen als neue Runde im Standortwettbewerb den Druck auf die deutschen Löhne wieder verstärken. Deshalb brauchen wir eine grundlegende Wende in der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik, einen „New Deal“ an Stelle des neoliberalen Kürzens und Umverteilens. Elemente eines solchen „New Deal“ müssen sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stopp der wirtschaftlich verheerenden und sozial ungerechten Kürzungen, • Stopp den Plänen der EU-Kommission, Arbeitnehmerrechte abzubauen und in die Tarifautonomie einzugreifen. • Regulierung und Zurückführung des Finanzsektors auf seine dienende Funktion, • gerechte Finanzierung der Krisenlasten durch lückenlose Einführung der Finanztransaktionssteuer, eine europaweite Vermögensabgabe und einheitliche Mindestbesteuerung von Kapitalerträgen und Unternehmensgewinnen, • europaweite soziale Mindeststandards bei Sozialsystemen, Arbeitnehmerrechten und Mindestlöhnen, • europäische Regeln zur Sicherung und Verbesserung der Arbeitnehmer-Mitbestimmung insbesondere bei multinationalen Konzernen unabhängig von Rechtsformen und Sitzen der Konzernzentralen, • ein umfassendes Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm nach dem Vorschlag des DGB. <p>30 Mit einem solchen „Marshallplan für Europa“ können Zukunftsinvestitionen langfristig gefördert und qualitatives Wachstum und mindestens 9 Millionen neue, gute Vollzeitstellen in Europa geschaffen werden. Nur in einem prosperierenden wirtschaftlichen Umfeld können Schulden abgebaut und die Handlungsfähigkeit der</p> <p>35 Euroländer wieder erreicht werden.</p> <p>Die Demokratiedefizite der Europäischen Union bestehen auch in der fehlenden Beteiligung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Gewerkschaften und Sozialverbänden, obwohl diese Opfer und Hauptbetroffene, aber nicht Verursacher der Krise sind. Dies widerspricht dem Postulat von einem „sozialen Europa“, wie es in den Verträgen immer wieder beschworen wird, diametral. Eine künftige deutsche Bundesregierung muss sich daher mit allem Nachdruck für einen europäischen Dialog der politisch Verantwortlichen mit den Gewerkschaften im Sinne einer echten, institutionell verankerten Beteiligung der Arbeitnehmerschaft an den Entscheidungsprozessen einsetzen.</p> <p>Die Europäische Union muss soziale Standards und gute Arbeitsbedingungen auch international absichern. Dies bedeutet beispielsweise, dass Rohstoff- und Handelsabkommen an die Einhaltung und Überwachung internationaler Arbeits-, Sozial- und Menschenrechtsnormen untrennbar gekoppelt sein müssen. Freihandel darf nicht zum Einfallstor für Lohn- und Sozialdumping werden.</p> <p>In vielen Beschlüssen und Äußerungen seitens der SPD sehen wir unsere zentralen Forderungen schon jetzt berücksichtigt. Die Partei benötigt jetzt ein Programm mit klaren Botschaften, das Glaubwürdigkeit und Vertrauen schafft.</p> <p>Nur mit einem vollständigen Regierungs- und Politikwechsel besteht die Chance für eine Abkehr von der ungerechten und unfähigen Politik von Schwarz-Gelb und hin zu mehr Gerechtigkeit, guter Arbeit und Zukunft für die ArbeitnehmerInnen und ihre Familien.</p> <p>65</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
Antragsbereich thA Antrag 4	thA4
Kreisverband Erlangen Stadt (Landesverband Bayern)	
Forderungen zum Regierungsprogramm 2013	Forderungen zum Regierungsprogramm 2013
Folgende Forderungen sind in das Regierungsprogramm 2013 auf- zunehmen:	Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK
<ul style="list-style-type: none"> • Abbau atypischer Beschäftigungsverhältnisse und gesetzgeberische Zurück-drängung prekärer Beschäftigung, u.a. durch zeitliche Begrenzung der Leiharbeit, Begrenzung der Anzahl der Leiharbeiter pro Betrieb auf max. 5 % der Stammebelegschaft, Synchronisierungsverbot (Verbot der Befristung der Arbeitsverhältnisse bei der Leihfirma auf die Dauer des Einsatzes beim Entleiher), Verbot der konzerninternen Verleihung, Mindestlohn für Leiharbeit, Abschaffung befristeter Beschäftigung ohne Sachgrund, gesetzliche Abgrenzung von Praktika zu Arbeitsverhältnissen • Ein neues Teilzeitgesetz, da Teilzeit insbesondere für Frauen oft zur Falle wird • Sozialversicherungspflicht für jede Beschäftigung vom ersten Euro an. • Ausweitung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, Bundestariftreuegesetz. • Betriebsratspflicht für Betriebe mit über 50 Beschäftigten • Beteiligung aller Betriebe an den Ausbildungskosten über eine Umlage • Erhöhung des ALG II- Regelsatzes (s. Forderungen der Wohlfahrtsverbände), angemessener Satz für Kinder und Jugendliche, keine Anrechnung des Vermögens, verbesserter Übergang von ALG I auf ALG II, verbunden mit Qualifizierungsangeboten, mit Berücksichtigung langer Beschäftigungszeiten, Abschaffung der 1€-Jobs • Leistungsanspruch (ALG II) für Langzeitarbeitslose nach der Zeit der Erwerbstätigkeit und unabhängig vom Partnereinkommen • Novellierung der Zumutbarkeitsregelung – nicht jede Arbeit ist zumutbar • Sanktionsmoratorium gegen Stigmatisierung und Ausgrenzung • Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors für Langzeitarbeitslose, mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung nach Mindestlohn • Bürgerversicherung, kompatibel mit DGB-Modell, mit paritätischem Arbeitgeber-Beitrag, in der alle BürgerInnen versichert sind und einzahlen, also auch Selbstständige und Beamte, und Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze. • Festschreibung des Rentenniveaus auf dem heutigen Niveau (51 %) (statt es auf 43% im Jahr 2030 sinken zu lassen). • Mindestens Aussetzung der Rente mit 67, bis mindestens 50 Prozent der 60- bis 64-jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. • Ein umfassendes Gleichstellungsgesetz mit verbindlichen und sanktionsbewehrten Bestimmungen auch für die private Wirtschaft, verbindliche Frauenquoten in Aufsichtsräten und Vorständen • Gleichstellung für Lesben, Schwule, Trans- und Intersexuelle • Einschränkung der Monopolmacht der großen Energieversorgungsunternehmen und Netzbetreiber • Rekommunalisierung der Energieversorgung • Besteuerung von Derivatgeschäften. • Zusammenführen von Risiko und Haftung (Banken, Finanzmarkt, Finanzprodukte) • Zerschlagung von Großbanken mit zu großer Marktmacht und „Systemrelevanz“ 	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 • europäische Finanzaufsicht über alle Finanzmarktaktivitäten und für die Zulassung aller neuen Finanzprodukte.</p> <p>• Bardepotpflicht und marktkonforme Kapitalverkehrskontrollen im Krisenfall</p> <p>5 • Verbot des Handels mit Kreditrisiko-Derivaten (CDS) als handelbare Wertpapiere, des außerbörslichen Wertpapierhandels („Over-The Counter (OTC)“-Geschäften), von Leerverkäufen und des Hochgeschwindigkeitshandels</p> <p>• Einführung des Herkunftslandprinzip für Kapital</p> <p>10 • Sofortiges Austrocknen von Steueroasen</p> <p>• Staatliche Kontrolle der Ratingagenturen bei strikter Trennung von Bewertungs- und Beratungstätigkeit</p> <p>• Zurückdrängen der Kapitalmarkt-Finanzierung der Sozialsysteme (z.B. Riester-Rente)</p> <p>15 • Abkehr von der Festschreibung der Austeritätspolitik, Stopp der Privatisierung öffentlicher Aufgaben</p> <p>• Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierungsgrundlage vor allem für öffentliche Daseinsvorsorge und Bildung u.a. durch Anhebung des Spitzensteuersatzes, Wiedererhebung einer Vermögenssteuer und Novellierung der Erbschaftssteuer</p> <p>20 • Demokratisierung der Wirtschaft statt „marktkonformer Demokratie“</p> <p>• Zurückführung bis hin zum Verbot des Rüstungsexports, öffentliche Kontrolle durch den Bundestag</p> <p>25 • Verbot des Auftretens der Bundeswehr in den Schulen</p> <p>• Ausstieg der Bundeswehr aus dem Afghanistan-, und Türkei-Einsatz</p> <p>• Menschenwürdige Asyl- und Migrationspolitik statt „Festung Europa“</p> <p>30 • Kontinuierliche Förderung von Programmen gegen Rechtsextremismus, Abschaffung der sog. Extremismuserklärung</p>	
<p>35 Antragsbereich thA Antrag 5</p>	<p>thA5</p>
<p>Landesverband Berlin</p>	
<p>Miteinander für soziale Gerechtigkeit.</p>	<p>Miteinander für soziale Gerechtigkeit.</p>
<p>40 Die Bundestagswahl wird zur Richtungsentscheidung. Wir setzen im Wahlkampf auf ein klares, inhaltliches Profil der sozialen Gerechtigkeit. Mit unseren Themen stehen wir für eine Politik, die den sozialen Ausgleich in der Gesellschaft ins Zentrum rückt. Mit der Bürgerversicherung, unserem Steuerkonzept oder den Vorschlägen für eine Reform der Rentenversicherung haben wir die richtigen Vorschläge und Lösungen.</p> <p>45 Als SPD kennen wir die Sorgen und Nöte vieler Menschen insbesondere in den Ballungsräumen und Metropolen. Viele politische und gesellschaftliche Herausforderungen treten hier früher und deutlicher zu Tage.</p>	<p>Erledigt durch Antrag RP 1 in der Fassung der AK</p>
<p><u>1. BEZAHLBARE MIETEN</u></p> <p>55 Wir wollen bezahlbare Mieten für alle. Deshalb werden wir im Bund ein soziales Mietrecht einführen und für eine wirksame Begrenzung der Mieten eintreten. Die schwarz-gelbe Mietrechtsnovelle ermöglicht noch immer eine Verdopplung der Miete innerhalb von 15 Jahren. Die Bundestagswahl wird zur Richtungswahl in der Mietenfrage.</p> <p>60 - Mietsteigerungen sollen bei laufenden Mietverträgen künftig auf maximal 15 Prozent in vier Jahren begrenzt werden, bei Neuvermietungen im Bestand soll die Miete künftig maximal 10Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Bei der Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete sollen zukünftig alle Mietverhältnisse der vergangenen zehn Jahre erfasst werden.</p> <p>65 - Die Energiewende – weg von der Atomkraft hin zu erneuerbaren Energie – ist unter der ersten rot-grünen Bundesregierung gestartet worden. Ein entscheidender Baustein für ihren Erfolg ist dabei das</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Es soll so neu ausgerichtet werden, dass zum einen die Klimaschutzziele sicher erreicht und zum anderen eine gerechte Verteilung der Energiekosten gesichert werden kann. Eine einseitige Umverteilung der Kosten, Pflichten und finanziellen Risiken weg von den gewerblichen Großverbrauchern hin zu privaten Endverbrauchern führt zur unsozialen Verlagerung bei den Energiepreisen. Wir wollen auch eine soziale Energiegewende, die auf einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz fußt. Die Möglichkeit, Mietminderungen bei „energetischer Gebäudesanierung“ auszuschließen, werden wir rückgängig machen.</p>	1
<p>- Wir wollen die von der Bundesregierung zusammengestrichene Städtebauförderung mit mindestens 700 Millionen Euro pro Jahr wieder verlässlich ausstatten, die jährlichen Mittel für soziale Wohnraumförderung auf mindestens 500 Millionen Euro ausweiten und das Programm Soziale Stadt – als Herzstück der Städtebauförderung – mit seinem ressortübergreifenden und beteiligungsorientiertem Ansatz, zum Leitprogramm der Städtebauförderung weiterentwickeln.</p>	5
<p>- Wir unterstützen den Vorschlag, fünf Milliarden Euro für ein Programm zur sozialen Stadtentwicklung bereitzustellen. Damit soll der Stadtausbau, bessere Integrationsprogramme, eine Stärkung der Wohnungsbaugenossenschaften und Unterstützung beim Um- und Neubau altersgerechter Wohnungen finanziert werden.</p>	10
<p><u>2. ARMUTSVERHINDERNDE UND LEBENSSTANDARD-SICHERNDE RENTEN</u></p>	15
<p>Wir setzen uns für armutsfeste und Lebensstandard sichernde gesetzliche Renten ein. Wer sein Erwerbsleben lang in die Rentenkasse eingezahlt hat, darf im Alter keine Angst vor Armut und sozialem Abstieg haben. Die gesetzliche Rente soll den Menschen nach einem langen Erwerbsleben einen angemessenen Lebensstandard sichern.</p>	20
<p>- Renten, von denen man leben kann, setzen eine gerechte Entlohnung voraus. Dazu gehören einerseits ein flächendeckender, bundeseinheitlicher gesetzlicher Mindestlohn als absolute Mindestgrenze und andererseits angemessene tarifgerechte Bezahlung. Die Aufweichung des Tarifsystems durch arbeitsmarktpolitische Reformen der Vergangenheit muss rückgängig gemacht werden.</p>	25
<p>- Wir werden das derzeitige Rentenniveau bis mindestens 2020 festschreiben und eine weitere Absenkung des gesetzlichen Rentenniveaus verhindern.</p>	30
<p>- Wir werden in der kommenden Wahlperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West durchsetzen und den Rentenwert Ost stufenweise an den Rentenwert West anpassen. Ab 2020 wird es bei der Rentenberechnung in Ost und West keine Unterschiede mehr geben.</p>	35
<p>- Wir werden die Erhöhung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre aussetzen, weil die Voraussetzungen dafür gegenwärtig nicht gegeben sind. Das Renteneintrittsalter kann erst dann angehoben werden, wenn die rentennahen Jahrgänge (die 60- bis 64jährigen) mindestens zu 50 Prozent sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind.</p>	40
<p><u>3. GLEICHSTELLUNG</u></p>	45
<p>Noch immer sind Frauen Männern nicht gleichgestellt: Sie verdienen weniger, sind seltener in Führungspositionen und erbringen den größeren Teil der Familien- und Erziehungsarbeit. Wir wollen, dass Gleichstellung Wirklichkeit wird.</p>	50
<p>- Mit dem Entgeltgleichheitsgesetz werden wir dafür sorgen, dass Frauen und Männer gleichen Lohn für gleich(wertig)e Arbeit erhalten.</p>	55
<p>- Vor allem Frauen haben schlecht bezahlte und prekäre Jobs. Auch das ist ein Grund, warum wir Niedriglohnbeschäftigung, Minijobs, Zeitarbeit, Werksverträge und unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung zu Gunsten von sozial abgesicherter Arbeit zurückdrängen werden.</p>	60
<p>- Der Rechtsanspruch auf Verringerung der Arbeitszeit nach §8 Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) soll auf das Recht der Rückkehr von Teilzeitbeschäftigten auf ein Vollzeitbeschäftigtenverhältnis</p>	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 nis erstreckt werden (z.B. Rechtsanspruch auf befristete Arbeits- zeitreduzierung).</p> <p>- Das Betreuungsgeld der Union ist ein bildungs- und gleichstel- lungspolitischer Fehlgriff. Deshalb werden wir es schnellstmöglich 5 abschaffen und zusätzliche finanzielle Mittel in den weiteren Aus- bau der Ganztagesbetreuung von Kindern ab dem ersten Lebens- jahr investieren.</p> <p>- Freiwillige Gleichstellungszusagen der Wirtschaft haben keine Auswirkungen. Wir wollen deshalb ein umfassendes Gleichstel- 10 lungsgesetz. Dieses Gesetz soll unter anderem eine gesetzliche Mindestquote von 40 Prozent für Frauen und Männer in Vorstän- den und Aufsichtsräten einführen.</p> <p>- Wir werden forcieren, dass die öffentliche Verwaltung und öffent- liche Unternehmen in der Geschlechtergleichstellung eine wirkliche 15 Vorreiterrolle einnehmen. Das wollen wir erreichen, indem wir die Umsetzung der Gleichstellungsgesetze im öffentlichen Sektor konsequent verbessern und formell privatisierte Unternehmen des Staates wieder in den Geltungsbereich der Gesetze holen.</p> <p>- Wir stärken das Selbstbestimmungsrecht für Menschen mit Be- 20 hinderung.</p> <p>- Die Öffnung der Ehe für alle Menschen gleich welchen Ge- schlechts wird von uns endlich in die Tat umgesetzt.</p> <p>- Wir brauchen einen Aktionsplan III der Bundesregierung zur Be- kämpfung von Gewalt gegen Frauen. Dieser soll einen Gesamt- 25 strafbestand „häusliche Gewalt“ einführen und die Finanzierung der Frauenhäuser bundeseinheitlich regeln. Außerdem soll ein umfassendes staatliches Handlungskonzept erarbeitet werden, um Mädchen und Frauen vor sexualisierter Gewalt zu schützen. Mäd- chen und Frauen mit Behinderungen muss dabei ein besonderes 30 Augenmerkzukommen. Für ausländische Ehefrauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, ist zu überprüfen, ob eine polizeiliche oder zivilgerichtliche Wegweisung nach dem Gewaltschutzgesetz auch einen Härtefall darstellt, um ein eigenständiges Aufenthaltsrecht zu erlangen.</p> <p>35 <u>4. HEIMAT FÜR ALLE</u> Deutschland ist auf dem Weg zu einem weltoffenen und toleranten Land. Wir möchten, dass Menschen, die hier leben sich zu Hause fühlen können und werden dazu das Zuwanderungs- und Staatsan- gehörigkeitsrecht modernisieren und dafür Sorge tragen, dass die 40 gelebte Vielfalt auch das Gesicht Deutschlands prägt.</p> <p>- Wir wollen Einbürgerungen erleichtern, die doppelte Staatsbür- gerschaft und Teilhabe am Wahlrecht ermöglichen und das Opti- onsmodell abschaffen. Unser Ziel ist die Identifikation mit unserer 45 Gesellschaft durch eine neue Willkommenskultur, die man auch an einem modernen Staatsangehörigkeitsrecht erlebbar macht.</p> <p>- Wir wollen, dass das Zuwanderungsland Deutschland für Men- schen mit dringend benötigter beruflicher Qualifikation attraktiver wird. Wir fordern die Anerkennung ausländischer Bildungsab- 50 schlüsse durch ein bundesweites Anerkennungsgesetz, das seinen Namen verdient. Wir wollen das von Schwarz-Gelb eingeführte Gesetz so umbauen, dass es ein Recht auf Anerkennung gibt und die sozialverträgliche Ausgestaltung der Anerkennungsverfahren gewährleistet wird.</p> <p>55 - Wir wollen ein menschenwürdiges Asylverfahren sicherstellen: Das Flughafenverfahren ist für uns nicht akzeptabel, Schnellver- fahren lehnen wir ab. Das sogenannte Asylbewerberleistungsgesetz und die Residenzpflicht werden wir abschaffen. Kettenduldungen ohne Perspektiven lehnen wir ab und werden jedem Menschen, der 60 länger bei uns lebt oder absehbar leben wird, die Möglichkeit zur Integration geben.</p> <p>- Wir wollen ein Land in dem die Vielfalt der Gesellschaft auch in ihren Institutionen sichtbar wird. Dafür kommen für uns alle För- dermöglichkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund in Fra- 65 ge: von einer stärkeren Ansprache von jungen Menschen für den Staatsdienst, über anonymisierte Bewerbungsverfahren als Regel- fall in den Ministerien und anderen Institutionen bis zur Frage von Zielvereinbarungen oder sogar Quoten. Die Antidiskriminierungs-</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
politik ist für uns mehr als nur ein Opferschutz, sondern vielmehr ein Werkzeug sozialdemokratischer Aufstiegs politik.	1
<u>5. GERECHTE BESTEUERUNG UND FINANZIELL HANDLUNGSFÄHIGE BUNDESLÄNDER</u>	5
Steuersenkungen und Klientelgeschenke der schwarz-gelben Bundesregierung nehmen dem Bund, vor allem aber den Ländern und Kommunen dringend nötige finanzielle Handlungsfreiheit. Trotz steigenden privaten Wohlstands können Städte und Gemeinden vielerorts Angebote nicht mehr aufrechterhalten, die ein gutes Zusammenleben in der Gemeinschaft erst ermöglichen.	10
- Um eine bürgernahe und handlungsfähige Staatlichkeit zu erhalten, fordern wir eine stärkere, leistungsgerechte Besteuerung von hohem Einkommen, Erbschaften und Vermögen. Eine angemessene Besteuerung von Vermögen und Erbschaften kommt den Bundesländern zu, die damit dringend benötigte Investitionen in das Bildungssystem finanzieren könnten. Wir wollen die Einführung einer Vermögensteuer im ersten Regierungsjahr. Wir werden mehr Steuergerechtigkeit durchsetzen. Steuerbetrug untergräbt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und gefährdet die finanzielle Stabilität des Staates.	15
- Um die Krise der öffentlichen Haushalte Europas effektiv bekämpfen und soziale Spaltung verhindern zu können, fordern wir eine zeitlich befristete europäische Vermögensabgabe. Diese bietet die Möglichkeit die Krisenbewältigung gerechter zu organisieren und gleichzeitig einen Beitrag zum Kampf gegen Steuerdumping zu leisten.	25
- Wir wollen ein geschlechtergerechtes Steuersystem. Das Ehegattensplitting unterstützt das Rollenmodell des letzten Jahrhunderts. Es soll daher für neu geschlossene Ehen abgelöst werden.	30
- Wir wollen weiterhin eine verlässliche Solidarität zwischen reichen und weniger reichen Regionen. Das Ziel des Grundgesetzes, bundesweit gleichwertige Lebensbedingungen zu gewährleisten, geben wir nicht auf.	35
- Wir setzen uns für einen beim Bund angesiedelten Altschuldenfonds aller Bundesländer und ihrer Kommunen ein. Er fasst die nach Inkrafttreten der Schuldenbremse noch bestehenden über 500 Milliarden Euro Altschulden aller Bundesländer und Kommunen beim Bund zusammen, so dass bei der Finanzierung der Schulden der Zinsvorteil des Bundes genutzt werden kann.	40
- Zugleich wird der Solidarzuschlag in einen Zukunftsbeitrag umgewandelt. Mit den entsprechenden Einnahmen werden die Altschulden der Bundesländer bedient. Die Bundesländer werden auf einen verbindlichen Tilgungsplan verpflichtet, so dass ihre Altschulden innerhalb eines Zeitraums von beispielsweise 50 Jahren abgebaut werden können.	45
- Wir fordern eine solidarische Finanzierung von Sozialleistungen durch alle staatlichen Ebenen. Deshalb stehen wir auch für eine Reform der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ein, die zu einer finanziellen Entlastung der Länder und Kommunen durch den Bund führt.	50
- Bildung ist auch eine gesamtstaatliche Aufgabe. Wir setzen uns für die Streichung des Kooperationsverbotes ein, damit Bund und Länder gemeinsam bildungspolitische Projekte umsetzen können.	55
<u>6. ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE</u>	60
Wir bekennen uns zum öffentlichen Auftrag der Daseinsvorsorge. Elementare menschliche Bedürfnisse dürfen nicht dem Markt ausgeliefert werden. Die Mär, private Anbieter würden alles besser machen als öffentliche staatliche und kommunale Unternehmen, ist widerlegt. Öffentliche Unternehmen müssen aber auch öffentlich gesteuert und kontrolliert werden – wenn sich staatliche Unternehmen genauso renditeorientiert verhalten wie private, ist damit nichts gewonnen.	65
- Wir treten dem von den Konservativen und Liberalen auch in Europa aufgebauten Privatisierungsdruck bei der öffentlichen Daseinsvorsorge politisch entgegen. Wir unterstützen deshalb die bis September laufende europäische Bürgerinitiative „Wasser ist ein	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Menschenrecht“. Die Wasserversorgung muss in öffentlicher Hand bleiben. - Wir werden Kommunen bei ihrem Bemühen unterstützen, wieder Eigentümer ihrer Unternehmen der kommunalen Daseinsvorsorge 5 zu werden. Wir wollen – auch auf europäischer Ebene - sicherstel- len, dass Kommunen selber entscheiden können, wie sie ihre öf- fentlichen Aufgaben erbringen. Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung, Personennahverkehr, Flughäfen und Flugsiche- 10 rung, wichtige Gesundheits- und Sozialdienste und der öffentlich- rechtliche Rundfunk dienen dem Gemeinwohl. Wir stellen uns Vor- haben, die einen Zwang zur Privatisierung beinhalten, entgegen. - Eine Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn wird es mit uns nicht geben. Die Probleme bei der Berliner S-Bahn zeigen deutlich, wohin die Börsenpläne der Bahn führen. 15 - Wir werden eine solidarische Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege einführen und ein besonderes Augenmerk auf die Ver- besserung der pflegerischen Versorgung und die Aufwertung der Pflegeberufe legen. - Zur Daseinsvorsorge gehört auch der flächendeckende Zugang zu 20 digitaler Infrastruktur. Die SPD setzt für die Möglichkeit der digi- talen Teilhabe aller Menschen im Internet ein, und stellt sich gegen den Missbrauch wirtschaftlicher Macht.</p>	
<p>25 Antragsbereich thA Antrag 6</p> <p><i>09/13 Adlershof</i> <i>090 Kreis Treptow-Köpenick</i> 30 <i>(Landesverband Berlin)</i></p>	
<p>Kompletter Umzug der Regierung von Bonn nach Berlin</p> <p>35 Das Wahlprogramm ist um folgenden Punkt zu ergänzen: Die SPD setzt sich für den kompletten Umzug der Bundesregie- rung und seiner Ministerien von Bonn nach Berlin aktiv ein.</p>	<p>thA6</p> <p>Kompletter Umzug der Regierung von Bonn nach Berlin</p> <p>Ablehnung</p>
<p>40 Antragsbereich thA Antrag 7</p> <p><i>Ortsverein Hünxe</i> 45 <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p>	
<p>Koalitionsbildung</p> <p>Wir fordern künftig keine Koalitionen mit demokratischen Parteien 50 auszuschließen</p>	<p>thA7</p> <p>Koalitionsbildung</p> <p>Überweisung an Parteivorstand</p>
<p>55 Antragsbereich thA Antrag 8</p> <p><i>Unterbezirk Würzburg Stadt</i> <i>(Landesverband Bayern)</i></p>	
<p>60 Keine Bündnisse mit demokratischen Parteien vor der Wahl ausschließen!</p> <p>Wir fordern, dass sich die SPD im Vorfeld einer Wahl mit den In- halten beschäftigt und den Wahlkampf so führt, dass im Anschluss 65 möglichst viele sozialdemokratische Inhalte umgesetzt werden können. Es dürfen vor dem Eintritt in Koalitionsverhandlungen keine Bündnisse ausgeschlossen werden.</p>	<p>thA8</p> <p>Keine Bündnisse mit demokratischen Parteien vor der Wahl ausschließen!</p> <p>Überweisung an Parteivorstand</p>

Sonstige

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Antragsbereich So Antrag 1</p> <p>5 <i>Unterbezirk Würzburg Stadt</i> <i>(Landesverband Bayern)</i></p> <p>Gesicht zeigen für die SPD auch im Wahlkampf!</p> <p>10 In letzter Zeit konnte man vermehrt beobachten, dass SPD-KandidatInnen für öffentliche Ämter auf ihren Wahlplakaten und Wahlpublikationen auf einen sichtbaren Hinweis auf die SPD verzichten haben. Da stellt sich die Frage, ob sich die KandidatInnen für ihre Parteizugehörigkeit schämen oder sie die Verwendung des SPD-Logos als wahlkampfschädlich empfinden.</p> <p>15 Wer sich für die SPD aufstellen lässt, sollte auch zeigen, dass sie/er für die SPD antritt. Daher soll öffentlich auf allen Wahlplakaten und Wahlpublikationen der von der SPD aufgestellten KandidatInnen gut sichtbar das SPD-Logo zu sehen sein. Dabei darf es keine Ausnahmen geben. Wer jedoch weiterhin darauf verzichten möchte, ist automatisch von einer Kandidatur für die SPD und den Wahlkampfgeldern der SPD ausgeschlossen.</p>	<p>So1</p> <p>Gesicht zeigen für die SPD auch im Wahlkampf!</p> <p>Überweisung an Parteivorstand</p>
<p>25 Antragsbereich So Antrag 2</p> <p>30 <i>030 Kreis Pankow</i> <i>(Landesverband Berlin)</i></p> <p>Sorgfältige Mitwirkung am Wahlprogramm ermöglichen</p> <p>35 Der Bundesparteivorstand hat den Gliederungen künftig zwischen Vorlage eines Bundeswahlprogrammwerfs und Antragsfrist zum Entwurf beratenden Bundesparteitag einen Zeitraum von wenigstens vier Monaten zur Diskussion einzuräumen.</p>	<p>So2</p> <p>Sorgfältige Mitwirkung am Wahlprogramm ermöglichen</p> <p>Überweisung an Parteivorstand</p>
<p>45 Antragsbereich So Antrag 3</p> <p><i>Ortsverein Eimsbüttel-Nord</i> <i>(Landesorganisation Hamburg)</i></p> <p>Energiewende auch bei Infoständen auf Parteitag!</p> <p>50 Der Bundesparteitag fordert den Bundesvorstand auf, seine Sponsoring-Richtlinie dahin gehend zu ändern, dass Informationsstände auf Parteitagen nur an Anbieter von weit überwiegend Ökostrom (abzüglich Graustromanteil) mit anerkannter Zertifizierung vergeben werden.</p> <p>55 Der SPD-Parteivorstand wird aufgefordert, die Sponsoring-Richtlinie im Sinne der Ziffer 2 zu überarbeiten.</p>	<p>So3</p> <p>Energiewende auch bei Infoständen auf Parteitag!</p> <p>Überweisung an Parteivorstand</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p><i>Antragsbereich So</i> <i>Antrag 4</i></p>	<p>So4 1</p>
<p><i>Bezirk Hessen-Süd</i></p>	
<p>Wahlprogramme in leichter Sprache</p>	<p>Wahlprogramme in leichter Sprache 5</p>
<p>Wir fordern den Parteivorstand auf, bei künftigen Bundestagswahlen in geeigneter Form Wahlprogramme in einfacher und verständlicher Sprache vorzulegen.</p>	<p>erledigt durch Praxis 10</p>
<p><i>Antragsbereich So</i> <i>Antrag 5</i></p>	<p>So5 15</p>
<p><i>Bezirk Hessen-Nord</i></p>	
<p>Weiterbau der A 49</p>	<p>Weiterbau der A 49 20</p>
<p>Die entsprechenden Entscheidungsträger sind aufzufordern, in geeigneten Anträgen darauf hinzuwirken, dass die restlichen Gelder für den Lückenschluss der A 49 von Neuental bis Gemünden (Felda) in Höhe von ca. 480 Millionen Euro vom Bundesministerium der Finanzen bereitgestellt werden.</p>	<p>Ablehnung 25</p>
<p><i>Antragsbereich So</i> <i>Antrag 6</i></p>	<p>So6 30</p>
<p><i>Unterbezirk Wesermarsch</i> <i>(Bezirk Weser-Ems)</i></p>	
<p>Ausschreibung des ÖPNV verbessern - Qualitätssicherung jetzt!</p>	<p>Ausschreibung des ÖPNV verbessern - Qualitätssicherung jetzt! 35</p>
<p>SPD-Bundestagsfraktion sowie die Landtagsfraktionen werden aufgefordert, sich für Änderung der Ausschreibungen für Nahverkehrspläne im Schienen- und Straßennetz einzusetzen.</p>	<p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und Landtagsfraktionen 40</p>
<p><i>Antragsbereich So</i> <i>Antrag 7</i></p>	<p>So7 45</p>
<p><i>Unterbezirk Wesermarsch</i> <i>(Bezirk Weser-Ems)</i></p>	
<p>Onlinebuchung von Fahrkarten im ÖPNV vereinheitlichen</p>	<p>Onlinebuchung von Fahrkarten im ÖPNV vereinheitlichen 50</p>
<p>Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für ein einheitliches Buchungssystem für Onlinefahrkarten des ÖPNV im gesamten Bundesgebiet einzusetzen.</p>	<p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion 55</p>
	60
	65

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Antragsbereich So Antrag 8</p> <p>5 030 Kreis Pankow (Landesverband Berlin)</p> <p>Arbeitswelten 2.0 Umgang mit „neuen Arbeitsverhältnissen“</p> <p>10 Gerade in Berlin ist folgende Entwicklung zu beobachten: Immer mehr Menschen haben eine Arbeitsbiographie, die geprägt ist von Selbständigkeit (oftmals kombiniert mit Minijobs), Kleinunternehmertum, Solo-Selbständigkeit und verschiedensten Variationen davon.</p> <p>15 Neben einer „digitalen Boheme“, die bewusst diese Berufswelt wählt, für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung keine Alternative darstellt, und für die kreative Lösungen bezüglich ihrer sozialen Sicherung gefunden werden müssen, sind hier auch viele Menschen, die von Ihrer Selbständigkeit nur mehr schlecht als recht existieren können und denen die sozialen Sicherungssysteme mehr im Wege stehen als nützen. Die SPD hat bis heute auf diese Thematik keine Antwort gefunden.</p> <p>25 <i>Dazu ein Beispiel:</i> <i>„Eine Dozentin in Integrationskursen mit einem Stundenhonorar von 18,- Euro kommt im Durchschnitt auf etwa 1125,- Euro im Monat, wenn sie 24 Unterrichtsstunden wöchentlich arbeitet. Das ist bereits ein Vollzeitjob, da Vor- und Nachbereitungszeiten dazu kommen, aber nicht extra bezahlt werden. Berücksichtigt werden in der Rechnung 20 % Betriebsausgaben (Werbungskosten) und drei Monate beschäftigungslose Zeiten im Jahr (Ferien, Feiertage, Krankheitszeiten, Fortbildungen).</i> <i>Wenn sie nicht die Hartz-IV-Kriterien erfüllt, zahlt diese Lehrerin an die Krankenkasse den Mindestbeitrag von 336,65 Euro und an die Rentenversicherung weitere 220,50 Euro, zusammen also 557,15 Euro. Das sind 49,5 % des Einkommens – ohne Steuern! Ihr bleiben 567,85 Euro als Nettoeinkommen.“</i></p> <p>40 Unser Auftrag an den Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion der SPD ist es, den Blick auf diesen Themenkomplex zu werfen, die politischen Bedürfnisse der oben beschriebenen Gruppen zu analysieren und Schritt für Schritt Lösungen zu generieren, die in einem Gesamtkonzept münden.</p>	<p>So8</p> <p>Arbeitswelten 2.0 Umgang mit „neuen Arbeitsverhältnissen“</p> <p>Überweisung an Parteivorstand und SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>50 Antragsbereich So Antrag 9</p> <p>Bezirk Hessen-Süd</p> <p>Arbeitslosenstatistik</p> <p>55 Die Ehrlichkeit in der Arbeitslosenstatistik muss wieder hergestellt werden. Wer keine Erwerbsarbeit hat, muss auch als arbeitslos aufgeführt werden. Alle Menschen, die aus dem Leistungsbezug heraus gefallen sind, müssen erfasst werden. Das gilt auch für die Arbeitnehmer/innen, die sich in Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung befinden.</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p>So9</p> <p>Arbeitslosenstatistik</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p><i>Antragsbereich So</i> <i>Antrag 10</i></p>	<p>So10 1</p>
<p><i>Ortsverein Eimsbüttel-Nord</i> <i>(Landesorganisation Hamburg)</i></p>	<p>5</p>
<p>Gegen bewaffnete Drohnen</p> <p>Der Bundesparteitag spricht sich gegen Beschaffung und Einsatz von bewaffneten Drohnen durch Deutschland aus und fordert die internationale Ächtung dieser Waffen. Er fordert Parteivorstand und Bundestagsfraktion auf, entsprechend zu agieren.</p>	<p>Gegen bewaffnete Drohnen</p> <p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion 10</p>
<p><i>Antragsbereich So</i> <i>Antrag 11</i></p>	<p>So11 15</p>
<p><i>Bezirk Hessen-Süd</i></p>	
<p>Änderung der gültigen Gesetzgebung zum Flottenverbrauch</p>	<p>Änderung der gültigen Gesetzgebung zum Flottenverbrauch 20</p>
<p>Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, eine Gesetzesinitiative zur Änderung der Berechnungsgrundlage für den für die CO₂-Bilanz maßgeblichen Flottenverbrauch von Fahrzeugherstellern zu starten. Ziel der Initiative soll es sein, die tatsächlichen Verbräuche der Fahrzeuge sowie die Verkaufszahlen und die Kilometerleistungen stärker zu berücksichtigen.</p>	<p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion 25</p>
<p><i>Antragsbereich So</i> <i>Antrag 12</i></p>	<p>So12 30</p>
<p><i>Unterbezirk Köln</i> <i>(Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i></p>	<p>35</p>
<p>Gesetz zur Änderung Strafgesetzbuches- Aufnahme menschenverachtender Tatmotive als besondere Umstände</p>	<p>Gesetz zur Änderung Strafgesetzbuches- Aufnahme menschenverachtender Tatmotive als besondere Umstände 40</p>
<p>Das Strafrecht muss deutlicher als bisher zum Ausdruck bringen, dass die Gesellschaft Straftaten, die sich gegen eine Person allein oder vorwiegend wegen deren politischer Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung oder Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status richten, nicht dulden. Derartige sogenannte Hassstraftaten weisen gegenüber sonstigen Gewalttaten einen erhöhten Unrechtsgehalt auf. Der Täter bringt durch sie zum Ausdruck, dass er sein Opfer nicht als Individuum, sondern als Vertreter einer von ihm als minderwertig eingeschätzten Gruppe ansieht. An dieser Stelle kann das Strafrecht ein deutliches Zeichen setzen, dass hassgeleitete Motive ein strafscharfender Umstand sind. Als Grundlage der Strafbemessung müssen die zuständigen Ermittlungsbehörden entsprechende Motivationen bei Straftaten erfassen und dokumentieren.</p> <p>Daher fordern wir die SPD- Bundestagsfraktion auf, die entsprechende Bundesratsinitiative der Bundesländer NRW, Bremen, Hamburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen zum „Gesetz zur Änderung Strafgesetzbuches- Aufnahme menschenverachtender Tatmotive als besondere Umstände „ zu unterstützen und erneut von der SPD-Bundestagsfraktion als Gesetzesentwurf in den Bundestag einzubringen.</p>	<p>Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion 45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>

1

5

10

15

20

25

30

35

40

45

50

55

60

65

1

5

10

15

20

25

30

35

40

45

50

55

60

65

Herausgegeben vom SPD-Parteivorstand, Abteilung Partei
Willy-Brandt-Haus, 10911 Berlin

Für den Inhalt der Anträge sind die jeweiligen Antragstellenden verantwortlich.

Gesamtherstellung: Köllen Druck+Verlag GmbH, Bonn-Berlin

Artikel-Nr.: 9410028

